



Entwicklungszusammenarbeit Bericht 2011

JUBILÄUMSAUSGABE ZUM 50-JÄHRIGEN BESTEHEN



et Atwood Clinton Manning Gurrria Wolfensohn.
ino Ogata Kaberuka Soto Pachauri Severino
Clark Bachelet Severino Atwood Ogata Soto
ta Gurrria Clark Wolfensohn Pachauri Bachele
Manning Ogata Atwood Severino Clark Pachauri
Clinton Soto Kaberuka Gurrria Wolfensohn
Pachauri Manning Bachelet Clinton Kaberuka

Entwicklungs- zusammenarbeit Bericht 2011

JUBILÄUMSAUSGABE ZUM
50-JÄHRIGEN BESTEHEN



Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der Organisation oder der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten wider.

Dieses Dokument und die darin enthaltenen Karten berühren nicht den völkerrechtlichen Status und die Souveränität über Territorien, den Verlauf der internationalen Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten und Gebieten.

Bitte zitieren Sie diese Publikation wie folgt:

OECD (2012), *Entwicklungszusammenarbeit – Bericht 2011: Jubiläumsausgabe zum 50-jährigen Bestehen*, OECD Publishing.

<http://dx.doi.org/10.1787/dcr-2011-de>

ISBN 978-92-64-09475-8 (Print)

ISBN 978-92-64-13081-4 (PDF)

Originaltitel: *Development Co-operation Report 2011: 50th Anniversary Edition – Coopération pour le développement 2011 : Édition spéciale "50e anniversaire"*

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Foto(s): Deckblatt © gio_banfi/shutterstock.com.

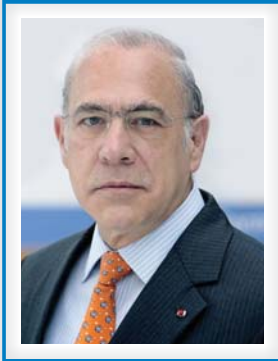
Korrigenda zu OECD-Veröffentlichungen sind verfügbar unter: www.oecd.org/publishing/corrigenda.

© OECD 2012

Die OECD gestattet das Kopieren, Herunterladen und Abdrucken von OECD-Inhalten für den eigenen Gebrauch sowie das Einfügen von Auszügen aus OECD-Veröffentlichungen, -Datenbanken und -Multimediaprodukten in eigene Dokumente, Präsentationen, Blogs, Websites und Lehrmaterialien, vorausgesetzt die OECD wird in geeigneter Weise als Quelle und Urheberrechtsinhaber genannt. Sämtliche Anfragen bezüglich Verwendung für öffentliche oder kommerzielle Zwecke bzw. Übersetzungsrechte sind zu richten an: rights@oecd.org. Die Genehmigung zur Kopie von Teilen dieser Publikation für den öffentlichen oder kommerziellen Gebrauch ist direkt einzuholen beim Copyright Clearance Center (CCC) unter info@copyright.com oder beim Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) unter contact@cfcopies.com.

Geleitwort

*Angel Gurría, Generalsekretär,
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*



Das Jahr 2011 ist ein wichtiges Datum für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und ihren Entwicklungsausschuss (DAC), die in diesem Jahr beide ihr fünfzigjähriges Bestehen feiern. Der DAC war in der Tat einer der ersten bei der OECD gegründeten Ausschüsse, was erkennen lässt, welche Bedeutung unsere Mitgliedsländer der Förderung der Entwicklung von Beginn an beigemessen haben.

Die diesjährige Ausgabe des Berichts vereint die Beiträge einer Reihe wichtiger Persönlichkeiten, die im Entwicklungsbereich internationales Ansehen genießen. Alle haben sie in der einen oder anderen Weise bereits mit dem DAC zusammengearbeitet, und sie erinnern uns daran, wie wichtig es ist, sämtliche politischen Entscheidungen unter dem Blickwinkel der aus ihnen erwachsenden Hindernisse und Chancen für die Entwicklung zu betrachten.

Während der letzten 50 Jahre war der DAC eine führende Kraft im Bereich der Entwicklung. Durch seine Bemühungen konnten wir viel über die geeignetsten Methoden der Erbringung von Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit lernen. Der Beitrag des DAC ebenso wie der anderen Teile der OECD zu „einer besseren Politik für ein besseres Leben“ stützt sich auf bewährte Methoden: Austausch über empfehlenswerte Praktiken, Verwendung des Peer-Review-Verfahrens zur Förderung eines wechselseitigen Lernprozesses und Bereitstellung zuverlässiger, vergleichbarer Statistiken, im Fall des DAC zur Messung von Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Dieser Ansatz ist das Markenzeichen des DAC und der OECD insgesamt.

Mit dem Fortschreiten der Globalisierung und der Verlagerung von Wachstum und Wohlstand in neue Regionen und aufstrebende Volkswirtschaften verändert sich indessen auch die Entwicklungslandschaft. Entwicklungsfinanzierung umfasst heute weit mehr als die Bereitstellung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit, und sie stützt sich auf ein breites Spektrum staatlicher, gemeinnütziger und privatwirtschaftlicher Akteure mit ihren unterschiedlichen Methoden und Verfahren.

Ein entscheidendes Element ist dabei die Mobilisierung inländischer Ressourcen, die zu einer wichtigen Triebfeder der Entwicklung geworden ist – selbst in Niedrigeinkommensländern. Auch Rücküberweisungen von Migranten, freiwillige private Leistungen sowie sämtliche Formen zivilgesellschaftlicher Ressourcen (Geld- oder Sachleistungen) spielen eine wichtige Rolle und müssen effektiv eingesetzt werden. Darüber hinaus tauschen die Entwicklungsländer in zunehmendem Maße Ressourcen und Fachwissen untereinander aus. Dies gilt insbesondere für „neue“ staatliche Akteure, von denen einige schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten erfolgreich mit ihren eigenen Modellen in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. Zugleich erschließen sich über die Aktivitäten von Stiftungen innovative Kombinationen öffentlicher und privater Finanzierungen und

Bürgschaften. Vervollständigt wird das Bild schließlich durch Investitions- und Handelsaktivitäten, die zu marktüblichen oder marktähnlichen Bedingungen über private und öffentliche Kanäle finanziert werden.

In dieser komplexen Entwicklungslandschaft kommt stabilen, leistungsfähigen und rechenschaftspflichtigen Staaten eine entscheidende Rolle zu, damit sichergestellt ist, dass Wirtschaftswachstum zu echten Verbesserungen der Lebensbedingungen aller Mitglieder der Gesellschaft führt. Um die Herausbildung solcher staatlicher Strukturen zu unterstützen, müssen Diplomatie, Verteidigungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit in geeigneter Weise koordiniert werden. Partnerschaften müssen auf von den betroffenen Ländern selbst entwickelte, endogene Lösungen hinarbeiten, die Entwicklungsprobleme im Kern angehen. Von zentraler Bedeutung ist es auch, die Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft zu fördern und den Aufbau bzw. die Stärkung wesentlicher staatlicher Funktionen und Institutionen zu unterstützen. Dafür bedarf es einer breit angelegten Zusammenarbeit mit Akteuren auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung.

Mit dem Herannahen des Stichdatums für die Millenniumsentwicklungsziele bietet das Vierte Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (HLF 4) im koreanischen Busan Ende 2011 (29. November bis 1. Dezember) eine gute Gelegenheit, diese Veränderungen in einen größeren Zusammenhang zu stellen und politische Unterstützung zu mobilisieren. Diese Konferenz bietet eine Chance, Entwicklungsfragen auf einer wesentlich breiteren Basis anzugehen und die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit im Licht der gesamten Bandbreite der sich verändernden Finanzierungsformen, Kompetenzen und Partnerschaften zu beurteilen. Zudem ist sie ein Forum zur Förderung kohärenterer Entwicklungspolitiken und zur Verbesserung der Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren. Wenn wir diese Chance richtig nutzen, kommen wir unserem Endziel – einer Welt, in der kein Land mehr auf EZ-Leistungen angewiesen ist – einen wesentlichen Schritt näher.

Gemäß dem Auftrag, der ihr bei der Tagung des Rats auf Ministerebene 2011 erteilt wurde, arbeitet die OECD derzeit an einer ehrgeizigen, die ganze Organisation umfassenden und auf ihrer 50-jährigen Fachkompetenz und Erfahrung aufbauenden Entwicklungsstrategie. Ziel ist es, den Ländern bei der Sicherung eines höheren, inklusiveren und nachhaltigen Wachstums zu helfen. Die Entwicklungsländer erhalten dabei die Möglichkeit, Kontakte mit den einzelnen Fachbereichen der OECD aufzubauen, Erfahrungen und Erfolgskonzepte auszutauschen und Partnerschaften und Wissen für die Gestaltung ihres eigenen Entwicklungsweges zu mobilisieren. Bei diesen Anstrengungen wird der DAC weiterhin eine Katalysatorrolle spielen. Durch seine Bemühungen um mehr, vor allem aber auch um wirksamere Entwicklungszusammenarbeit sowie um die Einbeziehung einer breiten Palette von Akteuren und die Erleichterung von Partnerschaften zwischen Fachleuten aus den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der OECD und den Entwicklungsländern wird der DAC damit fortfahren, einen Beitrag zu der von uns angestrebten „besseren Politik für ein besseres Leben“ zu leisten.



Angel Gurría

Generalsekretär, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dank

Autoren

J. Brian Atwood
Michelle Bachelet
Helen Clark
Donald Kaberuka
Richard Manning
Sadako Ogata
R.K. Pachauri
Jean-Michel Severino
Hernando de Soto
James Wolfensohn

Redaktionsleitung

Christine Graves

Lektorat, Produktionsmanagement

Isabel Huber

Grafik-Design

Peggy Ford-Fyffe King

Zahlreiche andere Personen haben ebenfalls an diesem Bericht mitgewirkt, und ihnen sei an dieser Stelle für ihre Unterstützung gedankt:

Yasmin Ahmad
Federico Bonaglia
Stephanie Coïc
Karen Jorgensen
Concetta Miano
Aimée Nichols
Patti O'Neill
Remy Paris
Simon Scott
Jens Sedemund
Suzanne Steensen
Piera Tortora
Alexandra Trzeciak-Duval
Shannon Wang
Michael Ward
Thomas Winther-Schmidt

Verzeichnis der Abkürzungen

AAA	Aktionsplan von Accra
ACG	Arabische Koordinierungsgruppe
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
AfDB	Afrikanische Entwicklungsbank
AGOA	African Growth and Opportunity Act
BNE	Bruttonationaleinkommen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
CO ₂	Kohlendioxid
CPA	Länderprogrammierbare Leistungen
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungsausschuss der OECD)
DRK	Demokratische Republik Kongo
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
HDI	Index der menschlichen Entwicklung
HIPC	Heavily-Indebted Poor Countries (Hochverschuldete arme Länder)
IPCC	Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen
JICA	Japanische Agentur für internationale Zusammenarbeit
KKP	Kaufkraftparitäten
MDG	Millennium Development Goals (Millenniumsentwicklungsziele)
MDRI	Multilateral Debt Relief Initiative (Multilaterale Entschuldungsinitiative)
NRO	Nichtregierungsorganisationen
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
OECD	Organisation für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
US	Vereinigte Staaten
USAID	Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung
VN	Vereinte Nationen
WEP	Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Inhaltsverzeichnis

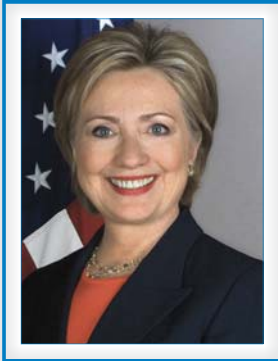
Geleitwort	
<i>Angel Gurría</i>	3
Dank	5
Verzeichnis der Abkürzungen	7
Vorwort	
<i>Hillary Rodham Clinton</i>	13
Zusammenfassung	15
Einführung: Die Antriebskräfte der künftigen Entwicklungszusammenarbeit	
<i>J. Brian Atwood</i>	19
50 Jahre OECD: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit	27
Teil I	
Fünzig Jahre Entwicklungszusammenarbeit: Was haben wir gelernt?	39
Kapitel 1	
50 Jahre OECD-Entwicklungsausschuss und die Herausforderungen einer sich wandelnden Welt	
<i>James Wolfensohn</i>	41
Kapitel 2	
Der wahre Wohlstand der Nationen – Erkenntnisse aus dem Bericht über die menschliche Entwicklung	
<i>Helen Clark</i>	47
Kapitel 3	
Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit in Afrika: Was wir in den letzten 50 Jahren gelernt haben	
<i>Donald Kaberuka</i>	57
Teil II	
Geschlechtergleichstellung, Teilhabe, Menschenrechte und die Umwelt: Was bremst den Fortschritt?	67
Kapitel 4	
Gender und Entwicklung – Engagement in Ergebnisse ummünzen	
<i>Michelle Bachelet</i>	69
Kapitel 5	
Amazonien ist nicht Avatar	
<i>Hernando de Soto</i>	79
Kapitel 6	
Inklusive Entwicklung: Den Herausforderungen der Zukunft entgegenreten	
<i>Sadako Ogata</i>	91

Kapitel 7			
Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung: das richtige Gleichgewicht finden			
<i>R. K. Pachauri</i>			97
Teil III			
Neue Herausforderungen, neue Ziele:			
Welche Zukunft erwartet die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit?			107
Kapitel 8			
Die Zukunft von internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen			
<i>Richard Manning</i>			109
Kapitel 9			
Die Wiedergeburt der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit			
<i>Jean-Michel Severino</i>			121
Anhang A:			
Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber			135
DAC-Mitglieder			137
ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2010			139
Australien	144	Korea	168
Belgien	146	Luxemburg	170
Dänemark	148	Neuseeland	172
Deutschland	150	Niederlande	174
Europäische Union	152	Norwegen	176
Finnland	154	Österreich	178
Frankreich	156	Portugal	180
Griechenland	158	Schweden	182
Irland	160	Schweiz	184
Italien	162	Spanien	186
Japan	164	Vereinigtes Königreich	188
Kanada	166	Vereinigte Staaten	190
OECD/DAC-Länderprüfungen			193
Dänemark	194	Portugal	198
Deutschland	195	Vereinigte Staaten	199
Neuseeland	196	Zwischenevaluierungen	200
Niederlande	197		

Andere OECD-Geber		203
Tschechische Republik	205	Polen
Island	206	Slowakische Republik
Mexiko	206	Türkei
Ungarn	206	Neue OECD-Mitglieder
Nicht der OECD angehörende Geber		211
Anhang B:		
Trends in der Entwicklungszusammenarbeit, 1960-2010		219
Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe und Konzepte		247
Abbildungen		
Abbildung 3.1. ODA-Nettoauszahlungen an Afrika nach Gebern		59
Abbildung 3.2. EZ-Leistungen und sonstige externe Mittelzuflüsse an Afrika		63
Abbildung 4.1. Anteil der ODA-Leistungen, die hauptsächlich bzw. in bedeutendem Umfang auf die Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet sind, nach Sektor		71
Abbildung 8.1. Weltbevölkerung, Einkommens- und Armutsniveau, 1960-2008		110
Tabellen		
Tabelle 2.1. Die internationalen Entwicklungsziele im Zeitverlauf		50
Tabelle 7.1. Potenzielle Auswirkungen des Klimawandels auf die Millenniumsentwicklungsziele		100
Tabelle 9.1. Verschiedene Arten der Mobilisierung und Nutzung finanzieller Entwicklungsressourcen		128
Kästen		
Kasten 7.1. Ein gutes Beispiel für eine Energieinnovation		103

Vorwort

*Hillary Rodham Clinton, Secretary of State,
Vereinigte Staaten von Amerika*



Nach dem Zweiten Weltkrieg erkannten weitblickende Staatsmänner wie George Marshall und Harry Truman, dass der Aufbau eines friedlicheren und wohlhabenderen Europas mehr voraussetzen würde als den Bau von Eisenbahnlinien und Fabriken – nämlich die Schaffung einer wirtschaftlichen Wertegemeinschaft, die für offenen, freien, transparenten und fairen Wettbewerb eintritt. Gemeinsam mit ihren Partnern auf internationaler Ebene trugen sie dazu bei, den Grundstein dessen zu legen, woraus später die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurde.

Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung stand immer schon im Mittelpunkt des Auftrags der OECD, und im 21. Jahrhundert ist sie wichtiger denn je. In den Vereinigten Staaten haben wir die Entwicklung zu einer Säule unserer Außenpolitik gemacht, und wir arbeiten mit unseren Partnern in der OECD zusammen, um wirksamere Vorgehensweisen im Entwicklungsbereich zu fördern. Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, dass öffentliche Entwicklungsleistungen zwar weiterhin unerlässlich sind, insbesondere in Krisensituationen, dass solche Leistungen allein aber nicht ausreichen, um ein nachhaltiges Wachstum herbeizuführen. Wir müssen den Ländern dabei helfen, ihre eigenen Mittel zu mobilisieren, nachhaltige Lösungen zu finden und Urheber ihrer eigenen Entwicklung zu werden.

Im Mai 2011 führte ich den Vorsitz der Tagung des Rats der OECD auf Ministerebene, bei der sich die Mitgliedsländer auf einen neuen umfassenden Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit einigten und den Rahmen einer „Strategie für die Entwicklung“ verabschiedeten, deren Ziel ein inklusiveres und nachhaltiges Wachstum in einer größtmöglichen Zahl von Ländern ist. Dieser Rahmen wird der OECD dabei helfen, ihre beiden Hauptstärken miteinander zu verbinden: Politikforschung von Weltniveau und Zusammenarbeit im Entwicklungsbereich. Er wird der OECD zudem dabei helfen, ihre politische Fachkompetenz im Interesse ihrer Mitgliedsländer ebenso wie der Entwicklungsländer auszuweiten und ihnen neue Möglichkeiten zu bieten, voneinander zu lernen. Die OECD wird ihre Anstrengungen in Bereichen intensivieren, in denen sie mit ihrer Arbeit dem Bedarf von Entwicklungs- und Schwellenländern gerecht werden kann, in denen sie Kernkompetenzen besitzt und in denen sie einen echten – d.h. nicht redundanten – Beitrag zur Arbeit anderer Organisationen und Geber leisten kann.

Seit fünfzig Jahren unterstützt die OECD aufstrebende Volkswirtschaften dabei, zu Triebkräften des weltweiten Wohlstands zu werden, und setzt sich für offenen, freien, transparenten und gerechten Wettbewerb ein. Länder, denen noch vor wenigen Generationen durch endemische Armut und ineffiziente Institutionen die Hände gebunden

waren, stellen heute ein Fünftel des Welthandels. Millionen von Menschen haben den Weg aus der Armut gefunden, und Millionen mehr konnten eine deutliche Verbesserung ihres Lebensstandards verzeichnen. Doch auch wenn diese Erfolge Anlass zu großer Freude sind, dürfen wir die Herausforderungen, die noch vor uns liegen, nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen mehr tun, um die Steuersysteme gerechter zu gestalten, die Korruption zu bekämpfen und den Regierungen dabei zu helfen, transparenter zu werden. Wir haben die weltweite Finanzkrise noch immer nicht hinter uns gelassen und müssen weiter auf ein besseres Gleichgewicht der Weltwirtschaft hinarbeiten. Klimawandel, Ressourcenknappheit, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und andauernde Arbeitslosigkeit – vor allem unter jungen Menschen – werden in den kommenden Jahren wahrscheinlich zu immer dringenderen Problemen werden. Angesichts des Ausmaßes dieser Herausforderungen sind Lösungen gefragt, die nur durch multilaterale Koordination und Kooperation, nicht zuletzt im Rahmen der Arbeit der OECD und ihres Entwicklungsausschusses (DAC) erzielt werden können.

Daher freue ich mich, dass in diese Jubiläumsausgabe des *Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit* zum 50-jährigen Bestehen Beiträge führender Wissenschaftler und mit Entwicklungsfragen in der Praxis befasster Fachleute eingeflossen sind, die darin über die bedeutendsten Herausforderungen für die Entwicklung, in der Gegenwart sowie in den kommenden Jahrzehnten, nachdenken. Ich hoffe, dass ihre Überlegungen den Anstoß zu weiteren Diskussionen geben, zu neuen Erkenntnissen und einem neuen Ideenaustausch führen und es uns letztlich ermöglichen werden, als internationale Gemeinschaft wirkungsvoller zusammenzuarbeiten.

Zusammenfassung

Die Welt der Entwicklungszusammenarbeit hat sich seit der Einrichtung des Entwicklungsausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahr 1961 radikal verändert. Damals war die Mehrzahl der Geber weltweit in diesem Ausschuss vertreten. Heute gibt es eine unaufhörlich wachsende Zahl von Finanzierungsinstrumenten und -einrichtungen, die dazu beitragen, dass die Architektur der Entwicklungszusammenarbeit zunehmend komplexer wird. Gleichzeitig tritt die Komplexität der Probleme, die sich auf die Entwicklungsmuster auf der ganzen Welt auswirken – und von diesen beeinflusst werden –, deutlicher denn je zu Tage. Wie J. Brian Atwood, der Vorsitzende des DAC, in seiner Einführung feststellt: „Mehr denn je sind sich die politischen Entscheidungsträger auf nationaler Ebene der Tatsache bewusst, dass viele unserer dringenden weltweiten Herausforderungen nur durch eine Verbesserung der entwicklungspolitischen Lösungsansätze und daher mit einer besseren Entwicklungszusammenarbeit bewältigt werden können.“

Die vorliegende Sonderausgabe des Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit zum 50-jährigen Bestehen der Organisation enthält Beiträge angesehener Akteure aus dem Entwicklungsbereich, die mit ihrer Arbeit dabei geholfen haben, den Denkansätzen im Hinblick auf wichtige Themen und Erfordernisse, denen wir uns heute gegenübersehen, Form zu geben. In seiner Einführung zu ihren Beiträgen unterstreicht Atwood die Rolle, die der DAC in den vergangenen fünfzig Jahren gespielt hat, und betont dessen anhaltende Relevanz für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen.

OECD-Generalsekretär Angel Gurría beschreibt in seinem Vorwort, wie die OECD auf die neue Entwicklungslandschaft und die Herausforderungen in diesem Bereich durch die Ausarbeitung einer ehrgeizigen, organisationsweiten Entwicklungsstrategie reagiert. Er hebt insbesondere das größer werdende Spektrum an Entwicklungsfinanzierungsmodalitäten und -quellen, die besonderen Schwierigkeiten der Governance in fragilen Staaten sowie die Rolle der Entwicklungsländer im Hinblick auf Fortschritte bei der Entwicklungsagenda hervor.

Die Außenministerin der Vereinigten Staaten, Hillary Clinton, erinnert in ihrem Vorwort daran, dass die OECD – die aus dem nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelegten Marshall-Plan hervorging – die Entwicklung gleich zu Beginn in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt hat. Sie würdigt die auf diese Weise erzielten Fortschritte, indem sie u.a. feststellt: „Länder, denen noch vor wenigen Generationen durch endemische Armut und ineffiziente Institutionen die Hände gebunden waren, stellen heute ein Fünftel des Welthandels.“ Hinsichtlich der künftigen Herausforderungen weist sie darauf hin, dass neue Entwicklungsanstrengungen auch Maßnahmen umfassen müssen, mit denen dem Klimawandel, der Arbeitslosigkeit, den Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern begegnet werden kann.

Fünfzig Jahre Entwicklungszusammenarbeit: Was haben wir gelernt?

Der frühere Präsident der Weltbank James Wolfensohn befasst sich mit dem Beitrag, den der DAC durch die Bereitstellung statistischer Ressourcen, die Analyse von Politikmaßnahmen, den Aufbau von Partnerschaften und die Koordinierung globaler Entwicklungsinitiativen zur Entwicklung leistet. Er stellt indessen fest, dass in den kommenden Jahrzehnten

tiefgreifende Veränderungen eintreten werden: „Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf knapp über 9 Milliarden Menschen anwachsen, von denen die meisten in Entwicklungsländern leben werden; zudem wird unsere Welt um die Mitte des Jahrhunderts sowohl in demografischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht von Asien dominiert werden.“ Er fordert den DAC auf, „weiter Analysen und Orientierungshilfen [zu] liefern, um eine friedliche Anpassung an diese Veränderungen zu erleichtern und eine gerechtere und stabilere Welt zu fördern.“

In ihrem Kapitel zum wahren Wohlstand der Nationen geht die Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, Helen Clark, auf die Geschichte des Berichts über die menschliche Entwicklung sowie den Beitrag ein, den dieser zur Neubewertung des Begriffs Entwicklung geleistet hat. Sie stellt fest, dass die Menschen heute insgesamt gesünder, besser ausgebildet und wohlhabender sind als je zuvor. Und während die Einkommensschere in der Regel weiter auseinanderklafft, sind die Abstände bei den Gesundheits- und Bildungsergebnissen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschrumpft. Mit Blick auf die Zukunft betont sie, wie wichtig es ist, dass alle Partner in der Entwicklungsarbeit kooperieren, um solide, auf Rechenschaftspflicht bedachte Institutionen und Systeme zu fördern, die in der Lage sind, nachhaltige Entwicklungsziele zu erreichen, den Bedürfnissen der Bürger gerecht zu werden, Schocks zu verarbeiten, die soziale Kohäsion zu fördern und Spannungen oder Streitfälle friedlich zu lösen.

Der Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank, Donald Kaberuka, setzt sich sachlich fundiert mit dem Sonderfall Afrika auseinander. Er stellt fest, dass die Entwicklungspolitik in den vergangenen fünfzig Jahren einen weiten Weg zurückgelegt hat, und geht auf einige wichtige dabei gewonnene Erkenntnisse ein. Afrika, sagt er, war in vielerlei Hinsicht ein Versuchslabor, in dem sich die Entwicklung der Geberpolitiken und -praktiken sowie die Änderungen im geopolitischen Umfeld widerspiegeln. Mit Blick auf die Zukunft betont er, dass Entwicklung Dialog sowie Beteiligung auf der Grundlage einer wirklichen Partnerschaft erfordert.

Geschlechtergleichstellung, Teilhabe, Menschenrechte und die Umwelt: Was bremst den Fortschritt?

Die Themen Gleichstellung der Geschlechter, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Wohlstand werden von Michelle Bachelet, Untergeneralsekretärin und Exekutivdirektorin der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN Women), aufgegriffen. Sie argumentiert, dass Entwicklung diese Ziele einbeziehen muss, um wirkungsvoll zu sein. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) hat zwar dazu beigetragen, Frauen und Mädchen zu ermächtigen, ihre Rechte in vollem Umfang als gleichberechtigte Bürger wahrzunehmen, die weit verbreitete Unzulänglichkeit der Investitionen führt jedoch dazu, dass viele Länder in Bezug auf wichtige Entwicklungsziele im Rückstand sind. Bachelet empfiehlt, Anreize zu schaffen, um das Ziel der Geschlechtergleichstellung in die Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren, diese zu verstärken und die Kapazität zu fördern, Strategien zu identifizieren, umzusetzen und zu überwachen, die die Hindernisse wirkungsvoll beseitigen, die Frauen von der Entfaltung ihres vollen Potenzials abhalten.

Hernando de Soto, der Präsident des Institute for Liberty and Democracy, der sich mit dem Thema Teilhabe befasst, richtet den Blick auf indigene Bevölkerungsgruppen im Amazonasgebiet und darauf, wie diese nach wie vor durch zahlreiche Vorurteile und vorgefasste Meinungen marginalisiert und daran gehindert werden, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Ausgehend von dieser Analyse stellt er fest, dass in den Entwicklungsländern generell Millionen von Menschen, die von natürlichen Ressourcen leben, u.a. infolge fehlender Eigentumsrechte und großer Schwierigkeiten bei der Gewerbebeantragung mit Hindernissen konfrontiert sind, wenn sie an der Weltwirtschaft teilnehmen und von ihr profitieren

möchten. De Soto zufolge haben die internationalen Geber zwar intensiv über das Konzept der Teilhabe diskutiert, doch fiel es ihnen schwer, dieses Konzept in die Praxis umzusetzen. Zur Förderung der rechtlichen Teilhabe – die entscheidend ist, um sicherzustellen, dass arme Bevölkerungsgruppen sich vor den Nachteilen der Globalisierung schützen und von ihren Vorteilen profitieren können – identifiziert de Soto folgende Maßnahmen: die Lücke zwischen dem legalen und dem extralegalen Sektor analysieren, die Funktionsweise dieser parallelen Wirtschaftsformen untersuchen, ihre Probleme und die Brüche zwischen ihnen evaluieren, ihre wirtschaftlichen Auswirkungen quantifizieren und Methoden entwickeln, wie sie in einem rechtsstaatlichen System integriert werden können, um eine produktive und inklusive Volkswirtschaft aufzubauen.

Auf der Grundlage ihrer persönlichen Erfahrung als Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen und später als Japans Administratorin für Entwicklungszusammenarbeit vertritt Sadako Ogata die Auffassung, dass die derzeitige Weltlage die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Spannungen verschärft, mit denen vulnerable Bevölkerungsgruppen konfrontiert sind. Sie fordert Politikmaßnahmen und Programme, die allen Beteiligten zugute kommen und dazu beitragen, das Gefälle zwischen verschiedenen sozialen Gruppen zu schließen. Bei einer wirklich inklusiven Entwicklung sollten laut Ogata die Sicherheit und das Wohlergehen aller Menschen in allen Situationen im Vordergrund stehen.

R.K. Pachauri, der Vorsitzende des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen, argumentiert in seinem Kapitel für die Notwendigkeit, politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte zu berücksichtigen, um die Kapazitäten zur Emissionsminderung und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu stärken. Das Vorgehen gegen den Klimawandel bedeutet gleichzeitig auch die Meisterung mehrerer Herausforderungen. Den Regierungen steht heute ein breites Spektrum an Maßnahmen und Instrumenten zur Verfügung, das ihnen hierbei helfen kann, darunter: die Einbeziehung der Klimapolitik in den breiteren Kontext der Entwicklungspolitik, die Definition von Regeln und Standards, die Einführung von Steuern und Gebühren, die Schaffung finanzieller Anreize sowie die Unterstützung von Forschung und Entwicklung.

Neue Herausforderungen, neue Ziele: Welche Zukunft erwartet die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit?

Auf der Grundlage seiner Erfahrungen als Vorsitzender des OECD-Entwicklungsausschusses (2003-2008) befasst sich Richard Manning eingehend mit den internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen und der Rolle, die der DAC bei der Stärkung der Effizienz, Verantwortung, Rechenschaftspflicht und Transparenz künftiger Entwicklungsprogramme spielen kann. Vor dem Hintergrund des nahenden Stichtags für die Millenniumsentwicklungsziele fordert er neue Zielvorgaben, wobei er Bereiche wie Verkehr, Energie, Menschenrechte und Teilhabe in den Vordergrund stellt. Diese neuen Zielvorgaben sollten Manning zufolge durch eine neue Herangehensweise an die Messung der EZ-Leistungen sowie eine Neudefinition der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, die von allen in diesem Bereich tätigen Akteuren unterstützt wird, ergänzt werden.

Der frühere Generaldirektor der französischen Entwicklungsbehörde Jean-Michel Severino vertritt die Auffassung, dass eine gründliche Neubeurteilung der Ziele, Instrumente, Vorgaben und operationellen Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur notwendig und zu begrüßen, sondern sogar unumgänglich ist. Globale Herausforderungen – die durch die demografische Entwicklung und den Klimawandel vergrößert werden – erfordern globale Antworten, und die Entwicklungspolitik und -finanzierung sollte Teil dieser Antworten sein. Die Art und Weise, wie die ODA-Leistungen definiert und die ODA-Politiken gegenwärtig konzipiert sind – einschließlich ihres überwölbenden Rahmens, der Millenniumsentwicklungsziele –, ist indessen unzureichend. Damit diese Politikmaßnahmen in Bezug

auf Geltungsbereich und Zielsetzungen eine wirklich globale Ausrichtung bekommen, sollten sie neu definiert werden, um eine weltweite Sozialpolitik und eine Umverteilung zwischen Reich und Arm zu fördern. Dabei sollte auch die Definition der neuen Millenniumsentwicklungsziele überdacht werden, um Elemente globaler öffentlicher Güter einzubinden und dafür zu sorgen, dass der Schwerpunkt nicht mehr zu stark auf Sozialindikatoren liegt.

Der Anhang zu den Anstrengungen und Politiken der DAC-Mitgliedsländer ist erweitert worden und enthält Daten, die in dieser Ausgabe erstmals aufgenommen wurden, und zwar zur Aufteilung der multilateralen ODA in Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen, zu den ODA-Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, zu den Leistungen, die auf die Umsetzung der Rio-Übereinkommen ausgerichtet sind, sowie zur humanitären Hilfe.

Ein besonderer statistischer Anhang zum 50-jährigen Bestehen der Organisation bietet abschließend einen Überblick über die tendenzielle Entwicklung der Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen fünfzig Jahren, u.a. mit Daten zu den ODA-Leistungen im Vergleich zu anderen Finanzierungsmitteln, den ODA-Leistungen im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf, zur Verteilung der ODA-Leistungen nach Geber, Region, Ländertyp und Sektor sowie zu Indikatoren der Qualität der Entwicklungszusammenarbeit.

Atwood

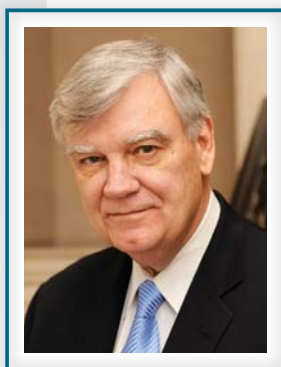
J. Brian Atwood wurde im Januar 2011 einstimmig zum Vorsitzenden des OECD-Entwicklungsausschusses gewählt.

Im Zeitraum 1993-1999, der Amtszeit Präsident Clintons, war Atwood Administrator der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID). Zuvor leitete er das Transition Team im US-Außenministerium und war dort Unterstaatssekretär der Abteilung für Management. Während der Amtszeit von Präsident Carter war er Leiter der Abteilung für Congressional Relations im US-Außenministerium.

1981-1982 war er Dekan des Fachbereichs Professional Studies and Academic Affairs im Foreign Service Institute (FSI). Von 2002 bis 2010 war Atwood Dekan der Hubert Humphrey School of Public Affairs der University of Minnesota. Zuvor bekleidete er zudem das Amt des Vorsitzenden und Vorstandsvorsitzenden (Chief Executive Officer) von Citizens International (1999-2002) und war Gründungsvorsitzender des National Democratic Institute of International Affairs (1985-1993). Im Jahr 2001 stand er im Dienst des Panels für UN-Friedensmaßnahmen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Kofi Annan.

Atwood trat 1966 in den Auswärtigen Dienst ein und war in den US-Botschaften in Côte d'Ivoire und Spanien tätig. Er war von 1972 bis 1977 Rechtsberater für Außenpolitik und Verteidigung von Senator Thomas F. Eagleton (Demokrat, Missouri).

Atwood wurde 1999 vom US-Außenminister mit dem Distinguished Service Award und 2011 mit dem President's Award for Outstanding Service der University of Minnesota ausgezeichnet.



Einführung

Die Antriebskräfte der künftigen Entwicklungszusammenarbeit

*J. Brian Atwood, Vorsitzender,
OECD-Entwicklungsausschuss*

Fünzig Jahre Erfahrung bringen, ganz gleich um welches Gebiet es sich handelt, ein breites Spektrum an Erkenntnissen mit sich, die häufig durch eine pragmatische Vorgehensweise und die Anpassung an Veränderungen gewonnen wurden. Die Entwicklungszusammenarbeit bildet diesbezüglich keine Ausnahme. In den fünfzig Jahren seit der Gründung des Entwicklungsausschusses (DAC) bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben unsere Mitglieder und Partner – die Regierungen der Geber- und Entwicklungsländer, multilaterale Organisationen, philanthropische Einrichtungen und Organisationen der Zivilgesellschaft – aus ihren individuellen Erfahrungen, mehr aber noch aus ihren Interaktionen gelernt.

Schon das Konzept der Entwicklungszusammenarbeit an sich basiert darauf, gemeinsame Ziele zu verfolgen, so dass der Aufbau gegenseitigen Vertrauens eine grundlegende Voraussetzung ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass im Zuge der weiteren Veränderung des DAC das Vertrauen, das unsere Mitglieder bei unseren Entwicklungspartnern aufgebaut haben – und weiter aufbauen werden – für unseren Beitrag als weltweite Organisation ausschlaggebend sein wird und dass wir in der Entwicklungszusammenarbeit noch viele Jahre lang eine zentrale Rolle einnehmen werden.

In der Tat sind die DAC-Mitglieder – Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit und EZ-Stellen – insofern mit keiner anderen staatlichen Instanz zu vergleichen, als es die Erfolge ihrer Partner sind, die ihren eigenen Erfolg bestimmen. Wenn wir jedoch über unsere vergangenen Erfolge nachdenken und untersuchen, welche Ansätze funktioniert haben und welche nicht, müssen wir uns selbst gegenüber ehrlich sein und anerkennen, dass die derzeitigen Veränderungen unserer Welt dazu führen könnten, dass ein gewisser Teil unserer Erfahrung an Relevanz verliert.

Viele der Persönlichkeiten, die in den vergangenen Jahrzehnten am meisten zu unserem Erfolg beigetragen haben, werden in dieser Publikation zum 50. Jahrestag des DAC vorgestellt. Ich habe diese Persönlichkeiten aufgefordert, nicht nur Gedanken über Vergangenes wiederzugeben, sondern ihren Blick auch auf die Zukunft und die Herausforderungen der heutigen Zeit zu richten. Ich habe sie gebeten, Fragen anzusprechen, die eine Debatte anregen – denn wir stehen am Anfang einer neuen Ära der Entwicklungszusammenarbeit, selbst wenn die Grundlagen dieser Ära in einer Zeit geschaffen wurden, die etwa zwanzig Jahre zurückreicht. Es sind die Perspektiven einiger unserer dynamischsten Partner, Persönlichkeiten, deren geistige Führerschaft in der Entwicklungszusammenarbeit und ausgezeichneten Resultate als EZ-Praktiker weltweit anerkannt sind. Ihre Erkenntnisse sind das Ergebnis ihrer unmittelbaren Beteiligung an der Umsetzung der anspruchsvollen Aufgabe der Entwicklung.

Entwicklung – ein globaler Imperativ

„Mehr denn je sind sich die politischen Entscheidungsträger auf nationaler Ebene der Tatsache bewusst, dass viele unserer dringenden weltweiten Herausforderungen nur mit einer besseren Entwicklungszusammenarbeit bewältigt werden können.“

Der 50. Jahrestag der Gründung des DAC – und der OECD – bietet uns hervorragende Möglichkeiten, bei unserer wichtigen entwicklungspolitischen Aufgabe Durchbrüche zu erzielen. Mehr denn je sind sich die politischen Entscheidungsträger auf nationaler Ebene der Tatsache bewusst, dass viele unserer dringenden weltweiten Herausforderungen nur durch eine Verbesserung der entwicklungspolitischen Lösungsansätze und daher mit einer besseren Entwicklungszusammenarbeit bewältigt werden können. Die politischen Entscheidungsträger in aller Welt sind beunruhigt über die ungleichen Wachstumsmuster, über Gesundheitsbedingungen, die die Arbeitskraft schwächen und Familien entmutigen könnten, über Nahrungsmittelpreisschwankungen und eine unausgewogene Ressourcenverteilung, die zu Instabilität führen und die derzeit bei einer Milliarde liegende Zahl der unter extremem Hunger leidenden Menschen erhöhen könnte, über Klimaänderungen, die die Agrarproduktion beeinträchtigen und die Zahl und Intensität der witterungsbedingten Naturkatastrophen erhöhen, sowie über sicherheitspolitische Probleme, die durch die Verschlechterung der genannten Bedingungen eine Zuspitzung erfahren könnten.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, wurden weltweit neue Einrichtungen ins Leben gerufen, insbesondere die G20 – eine Gruppe von etwa 20 Nationalstaaten und internationalen Organisationen, die ursprünglich zusammenkamen, um sich mit den Bedingungen auseinanderzusetzen, die die Finanzkrise von 2008 auslösten. Das Augenmerk der G20 liegt heute auf potenziellen „Schocks“, die zu einer weiteren Welle der Instabilität und gedämpfter Wachstumsaussichten führen könnten. Die politischen Entscheidungsträger unserer Länder widmen der Entwicklungsagenda heute mehr Aufmerksamkeit als je zuvor.

Bewährte Grundsätze

Ein weiteres dynamisches Phänomen, das auf die Arbeiten des DAC Einfluss hat, ist der bei unseren Entwicklungspartnern zusehends stärker werdende Wunsch, ihre EZ-Strategien selbst zu gestalten und umzusetzen. Und dies ist nur natürlich. Es ist das Ergebnis jahrzehntelanger Zusammenarbeit zwischen Gebern und Partnerländern mit dem Ziel des Aufbaus lokaler Kapazitäten und einer Verbesserung des Konzepts der Entwicklungszusammenarbeit.

So waren z.B. die 1990er Jahre durch den Beginn der Abkehr von der angebotsseitigen Entwicklungszusammenarbeit gekennzeichnet. Erstmals wurde von den Gebern der Gedanke angesprochen, dass EZ-Leistungen im Hinblick auf Armut nur einen Teil der Lösung darstellen. Sie bestätigten zwar die entscheidend wichtige Rolle der Zusagen von EZ-Volumen, vertraten aber die Auffassung, dass universelle Ziele ebenso wichtig seien. Und wenn diese – in den Millenniumsentwicklungszielen (MDG)

verankerten – Ziele erreicht werden sollen, müssen die Partnerschaften andere Formen annehmen. Wenn reale und dauerhafte Ergebnisse erzielt werden sollen, muss die Entwicklung von den Partnerländern selbst getragen werden. Sämtliche Erkenntnisse deuten darauf hin, dass dies erforderlich ist. Als Administrator der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) habe ich ein Programm eingeführt, das darauf abzielt, „Ergebnispakete“ zu produzieren, denen Länderstrategien zu Grunde liegen, die mit den lokalen Partnern in den Ministerien oder Organisationen der Zivilgesellschaft in den Partnerländern ausgehandelt werden. Da die Erfüllung gegenseitiger Verpflichtungen die Grundlage der abgeschlossenen Verträge war, wurde hierdurch die Rechenschaftspflicht gestärkt. Wo dieses System angewendet wurde, funktionierte es zwar einwandfrei, doch sind kulturelle Veränderungen in jedem bürokratischen Umfeld schwer herbeizuführen.

Im Lauf der Zeit hat sich das vom DAC inspirierte entwicklungspolitische Konzept so weit gewandelt, dass es heute als Teil eines Programms zur „Steigerung der EZ-Wirksamkeit“, das von den Gebern wie auch von den Partnerländern gleichermaßen mit Nachdruck befürwortet wird, legitimiert ist. Das erste Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, das 2003 in Rom stattfand, setzte einen Prozess der Überarbeitung der Modalitäten unserer Entwicklungszusammenarbeit in Gang, der die Verhaltensmuster in den Geber- ebenso wie in den Partnerländern erheblich verändert hat. Die darauf folgenden Zusammenkünfte des Hochrangigen Forums in Paris (2005) und in Accra (2008) erzielten hierauf aufbauend internationale Unterstützung für einen Katalog vereinbarter Grundsätze der EZ-Wirksamkeit¹. Eine durch eine unabhängige Evaluierung der Umsetzung dieser Grundsätze flankierte aktuelle Erhebung über rund 80 Entwicklungsländer macht deutlich, dass die Bemühungen nicht vergeblich waren: Eine wirkliche Veränderung ist eingetreten. Die unabhängige Evaluierung bestätigt den Wert dieser Grundsätze und liefert konkrete Beweise dafür, dass die Entwicklungszusammenarbeit Ergebnisse erzielt, wenn die Eigenverantwortung stark ausgeprägt ist, die Geberleistungen koordiniert und auf die Strategien der Partnerländer abgestimmt, die Leistungsströme vorhersehbar, die Rechnungsprüfungssysteme harmonisiert und die Transaktionen transparent sind. Wir sind zwar noch nicht am Ziel angekommen, aber wenn der Schwerpunkt auf Ergebnisorientierung und gegenseitiger Überzeugungsarbeit gleichrangiger Partner liegt, bewegen wir uns in die richtige Richtung.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) und andere Leistungen

2010 gab der DAC das höchste Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Geschichte bekannt: nahezu 130 Mrd. US-\$. In diesem historischen Jahr erfüllten die meisten DAC-Länder bedeutende EZ-Zusagen, und mehrere europäische Geber übertrafen die 1970 in einer Resolution der Vereinten Nationen gesteckte ODA-Zielvorgabe von 0,7% des Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommens (BNE). Die Vereinigten Staaten erzielten von allen Ländern das höchste ODA-Volumen, wenngleich ihr ODA-Anteil am Pro-Kopf-BNE nur 0,21% betrug, gegenüber einem DAC-Gesamtdurchschnitt von 0,32%. Dennoch zeigt eine Gegenüberstellung des ODA-Ergebnisses 2010 und der Zusagen von 2005, dass das Ergebnis um 19 Mrd. US-\$ geringer ausfiel. Und obwohl sich das Volumen der ODA-Leistungen an Afrika insgesamt erheblich erhöht hat, existierte nach wie vor eine erhebliche Lücke – von etwa 14 Mrd. US-\$ – gegenüber den Zusagen für diesen Kontinent.

„2010 gab der DAC das höchste Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Geschichte bekannt: nahezu 130 Mrd. US-\$.“

Der Anstieg in diesem Zeitraum erklärte sich zum Teil durch Anstrengungen, die darauf abzielten, die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer angesichts der weltweiten Finanzkrise zu stützen. Der Zugang zu ODA-Leistungen half diesen Ländern, die Finanzierungslücke zu überbrücken. Der Rückgriff auf ODA-Leistungen als Stimulierungs- oder „Überbrückungsfinanzierung“ hat jedoch die

Angriffe von Seiten derer verschärft, die den Vorwurf erheben, dass ODA-Leistungen tendenziell in die Abhängigkeit führen. Natürlich finden sich leichter Käufer für kritische Bücher, in denen die Abschaffung der EZ-Leistungen verlangt wird, als für solche, in denen die Vorteile der Entwicklungszusammenarbeit dargelegt werden. Doch wir können vor der Kritik nicht die Augen verschließen, denn wir sind uns der Tatsache bewusst, dass nicht alle durch ODA-Mittel unterstützten Programme Ergebnisse bringen, zur Durchführung von Politikreformen beitragen und den Institutionsaufbau fördern. Und dass Abhängigkeit ein Problem darstellt, ist eine Tatsache, doch gibt es zwei wirksame Gegenmittel: gegenseitige Rechenschaftspflicht bezüglich der durch die Entwicklungszusammenarbeit erzielten – oder nicht erzielten – Ergebnisse und die Mobilisierung inländischer Ressourcen.

Der DAC arbeitet zusammen mit dem OECD-Ausschuss für Steuerfragen an Studien, die darauf abzielen, die Steuerverwaltungssysteme in den Partnerländern zu verbessern, das Vertrauen zwischen Staat und Bürger zu stärken und sicherzustellen, dass multinationale Unternehmen einen angemessenen Beitrag leisten. Das Verhältnis Steueraufkommen/ODA in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird immer häufiger als Indikator für den Entwicklungserfolg und das Ende der Abhängigkeit herangezogen werden.

Der DAC und die Direktion Entwicklungszusammenarbeit arbeiten auch mit verschiedenen OECD-Gremien an Initiativen in den Bereichen Ernährungssicherheit, umweltverträgliches Wachstum und Investitionsfinanzierung. Diese und andere von der OECD lancierte horizontale Initiativen sind Teil einer auf der Tagung des Rats der OECD auf Ministerebene anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung der Organisation bestätigten und öffentlich befürworteten neuen Vision für die Entwicklungszusammenarbeit. Diese neue OECD-weite Entwicklungsstrategie wird von OECD-Generalsekretär Angel Gurría und vom DAC nachdrücklich befürwortet. Die aus diesen Aktivitäten hervorgehenden Erkenntnisse werden den Entwicklungspartnern, den Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit und der ganzen Entwicklungsgemeinschaft zugänglich sein.

Eine Agenda für immer stärkeres Engagement

Am 50. Jahrestag der Gründung des DAC wird die Debatte auch durch die Frage der weltweiten Entwicklungsarchitektur beherrscht. Wie in dieser Veröffentlichung von mehreren unserer Gastautoren festgestellt wird, führt die zunehmende Anzahl von Akteuren auf der weltweiten entwicklungspolitischen Bühne zu einer Fragmentierung und einem Mangel an Koordinierung. Für die Partnerländer, die danach streben, selbst Träger ihrer Entwicklungsstrategien zu sein, wird die Aufgabe durch diese Vielzahl von Akteuren noch erschwert. Und obwohl niemand genau weiß, wie hoch die Verluste sind, die aus dieser Fragmentierung resultieren, wurde geschätzt, dass 30-40% der aufgewendeten Mittel auf unnötige Transaktionskosten, Doppelarbeit oder nicht genutzte Möglichkeiten für den Aufbau wirksamer Partnerschaften entfallen könnten. Die Verbesserung des Leistungskoordinationssystems und eine Ausweitung der Partnerschaften sind daher eine dringende Notwendigkeit.

„Obwohl niemand genau weiß, wie hoch die Verluste sind, die aus dieser Fragmentierung resultieren, wurde geschätzt, dass 30-40% der aufgewendeten Mittel auf unnötige Transaktionskosten, Doppelarbeit oder nicht genutzte Möglichkeiten für den Aufbau wirksamer Partnerschaften entfallen könnten.“

Die neuen EZ-Leistungserbringer – aufstrebende Volkswirtschaften wie China, Brasilien, Indien, Indonesien, Russland und Südafrika – müssen ein Teil der Lösung sein. Der DAC hat sich diesen Ländern zugewandt, um sie in einen an keine Vorbedingungen geknüpften Dialog einzubeziehen – was von seinen hochrangigen Vertretern im Mai 2011 in einer Erklärung formell festgeschrieben wurde (Kasten, S. 23). Diese wichtige Erklärung, die die seit jeher in der Süd-Süd- und Nord-Süd-Zusammenarbeit angewendeten verschiedenen Entwicklungsansätze anerkennt, stützt sich auf die Arbeiten bewährter und vielfältiger Foren, darunter die DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit, der Internationale Dialog Friedens- und Staatsentwicklung, die China-DAC Study Group sowie

Für neue weltweite Partnerschaft zu Gunsten der Entwicklung

Am 6. April 2011 schrieb der DAC auf seiner Tagung hochrangiger Entwicklungsexperten durch Verabschiedung der folgenden Erklärung seine Bemühungen um eine Ausdehnung der Partnerschaften auf andere wichtige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit formell fest:

„Wir, die Mitglieder des OECD-Entwicklungsausschusses erkennen die wesentliche Rolle an, die wichtige Staaten außerhalb des DAC-Mitgliederkreises im Hinblick auf Beiträge zu den weltweiten Fortschritten bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele gespielt haben. Diese Staaten haben einen Großteil ihrer eigenen Bürger von der Armut befreit, und sie haben ihrerseits bei den Bemühungen um die Erreichung gemeinsamer Entwicklungsziele, um Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern gemeinsame Verantwortlichkeiten übernommen.

Wir begrüßen den Beitrag aller Anbieter von EZ-Ressourcen und -Fachwissen und hoffen, mit diesen neuen Partnern durch einen offenen Dialog ohne Vorbedingungen neue Beziehungen zu schaffen.“

Diese Erklärung unterstreicht das Engagement des DAC für eine „weltweite Partnerschaft zu Gunsten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit“, die sich auf die Industrieländer, die aufstrebenden Länder und die Entwicklungsländer, Stiftungen des privaten Sektors und Organisationen der Zivilgesellschaft erstreckt.

In der Erklärung wird die Tatsache anerkannt, dass sich die Methoden voneinander unterscheiden können. Gleichzeitig werden darin aber das gemeinsame Ziel und das allgemeine Interesse daran hervorgehoben, die Millenniumsentwicklungsziele und die Steigerung eines nachhaltigen, inklusiven Wirtschaftswachstums zu erreichen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan, Korea (vgl. weiter unten), eine wichtige Gelegenheit bietet, um im Hinblick auf den Aufbau dieser verbesserten weltweiten Partnerschaft Fortschritte zu erzielen.

Die ungekürzte Textfassung der Erklärung findet sich unter: www.oecd.org/dataoecd/7/3/47652500.pdf oder www.oecd.org/dac/opendoors.

der Hochrangige Partnerschaftsdialog zwischen der Arabischen Koordinierungsgruppe (ACG) und dem DAC. Durch dieses Engagement hat sich die Rolle des DAC geändert, so dass er bei den Bemühungen um eine Rationalisierung der weltweiten Entwicklungsarchitektur im Mittelpunkt steht.

Wir werden auf dem Vierten Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (29. November bis 1. Dezember 2011) in Busan (Korea) die Möglichkeit haben, eine solide gemeinsame Basis für alle EZ-Geber- und EZ-Empfänger zu schaffen. In Busan werden 150 Staaten vertreten sein, gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft, Vertretern des privaten Sektors, internationalen Organisationen und Abgeordneten. Dies dürfte bis 2015 die letzte Gelegenheit sein, die Spitzenvertreter der Staaten aus aller Welt an die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen im Hinblick auf die MDG zu erinnern und die für ihre Erreichung eingegangene Partnerschaft zu verstärken und auszuweiten. Da die zuvor angenommenen Grundsätze nachweislich weiterhin relevant sind, wird diese Partnerschaft zwei eindeutige Ziele haben: a) Fokussierung auf die von den Entwicklungsländern aufgestellten Prioritäten, d.h. Ländersysteme und Länderstrategien, und b) Vorlage konkreter koordinierter und messbarer Entwicklungsergebnisse, die durch ODA, Mittel neuer EZ-Leistungserbringer, andere Arten der Finanzierung und die Gesamtheit innen- und außenpolitischer Maßnahmen erzielt wurden, welche sich positiv oder negativ auf die Entwicklung auswirken.

Der weitreichenden Partnerschaft, deren Entstehen wir in Busan erwarten, wird auf der von der DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit in den acht Jahren ihrer Tätigkeit erzeugten Dynamik aufbauen. Diese positive Energie und der politische Wille, die, wie wir hoffen, von dort ausgehen werden, dürften eine Dynamik in Gang setzen, die den Bemühungen um die Erreichung der MDG eine globalere Dimension verleiht. Busan wird die Staaten und die Zivilgesellschaft wahrscheinlich auch auf einen gemeinsamen Weg bringen, um eine Reihe neuer EZ-Ziele zu erreichen, die über den Horizont 2015 hinausführen.

**„Der weitreichenden Partnerschaft,
deren Entstehen wir in Busan
erwarten, wird auf der von der
DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit
erzeugten Dynamik aufbauen ...“**

Diese neuen Ziele müssen eine Tragweite haben, die über die MDG hinausgeht, um zu schaffen, was Richard Manning als „einen verbesserten Rahmen der Armutsbekämpfung oder, ehrgeiziger formuliert, einen Rahmen zur Bewältigung der entscheidenden Herausforderungen für unseren Planeten“ bezeichnet (Kapitel 8), und die weltweiten Ziele besser in die länderspezifischen Kontexte einbetten.

Gedanken, die der Zukunft Impulse verleihen können

Wir hoffen, dass diese Veröffentlichung zur Pflichtlektüre derer gehören wird, die in Busan und im Anschluss daran auf die Errichtung der neuen Entwicklungsarchitektur hinarbeiten werden. Bei den Gastautoren handelt es sich um führende Denker der Entwicklungsgemeinschaft, und ihre Ideen sind aus dem wirklichen Leben geschöpft und das Produkt einer sorgfältigen Prüfung der vorliegenden Erkenntnisse.

Wenn Sadako Ogata auf die Notwendigkeit hinweist, die Kluft zwischen Nothilfe und Entwicklung zu schließen, und über die Vorteile inklusiver Entwicklung und menschlicher Sicherheit schreibt, so tut sie dies auf Grund ihrer Erfahrungen als Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen und Japans Administratorin für Entwicklungszusammenarbeit. Wenn Nobelpreisträger R.K. Pachauri über die Reduzierung der Risiken des Klimawandels durch Anpassung und Verringerung der Treibhausgasemissionen schreibt, so tut er dies als Leiter eines Instituts, das sich mit Entwicklung befasst, und nicht nur als Vorsitzender der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe für Klimaänderungen (IPCC) der Vereinten Nationen.

Die Erkenntnisse Jim Wolfensohns über unsere sich – in wirtschaftlicher wie in demografischer Hinsicht – wandelnde Welt sind nicht nur seiner erfolgreichen Dienstzeit bei der Weltbank, sondern auch seiner fortdauernden Mitwirkung an Arbeiten und Studien im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu verdanken. Die Beiträge der ehemaligen Präsidentin Chiles, Michelle Bachelet, und der ehemaligen Premierministerin Neuseelands, Helen Clark, behandeln das Thema Geschlechtergleichstellung und menschliche Entwicklung aus der Perspektive nationaler Entscheidungsträger und als Leiterin der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN Women) bzw. des VN-Entwicklungsprogramms. Donald Kaberuka, Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank, kann sich bei seinem Beitrag über die entwicklungspolitischen Erfolge und Bedürfnisse Afrikas auf seine Erfahrung als Finanzminister Ruandas stützen, denn dieser Staat galt einmal als gescheitert und ist im Entwicklungsprozess seither vorangekommen; aus dieser Perspektive betrachtet hat es ein erhebliches Gewicht, wenn er sich für Integration und die Beseitigung des Mangels an Infrastrukturen in der Region ausspricht.

Jean-Michel Severino, ehemaliger Generaldirektor der französischen EZ-Behörde, analysiert die Grenzen der Öffentlichen Entwicklungshilfe und der MDG und plädiert nachdrücklich dafür, das derzeitige System zu rationalisieren und den tatsächlichen weltweiten Erfordernissen Rechnung zu tragen, denen jedes neue System gerecht werden muss, wenn es wirksam sein soll. Mit seinem Beitrag zu dieser Veröffentlichung kam er – ebenso wie der ehemalige DAC-Vorsitzende Richard Manning – meiner Bitte nach, Kontroversen und Debatten auszulösen. Hernando de Soto, der mit seinem Institut für Freiheit und Demokratie seit Jahrzehnten Leben und Chancen für die Armen im informellen Sektor untersucht, hat dies ebenfalls getan. Sein Artikel konzentriert sich auf die Ärmsten der Armen im Amazonasgebiet, und in seinen Schlussfolgerungen über die Vorteile der Anerkennung der Rechte der indigenen Bevölkerung kommt sein unerschütterlicher Glaube an das Gesetz und den Unternehmergeist der sozial ausgegrenzten armen Bevölkerung zum Ausdruck.

Ich danke diesen Vordenkern im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, bei denen es sich ausnahmslos um sehr beschäftigte Persönlichkeiten handelt, deren Zeit und Talent von vielen Seiten in Anspruch genommen wird, für ihren Beitrag zu dieser Sonderausgabe des Berichts über Entwicklungszusammenarbeit. Sie erkennen die Rolle an, die der DAC in den letzten fünfzig Jahren gespielt hat, und sind sich der Tatsache bewusst, dass sich ein „neuer DAC“ für eine Erweiterung des Dialogs einsetzt, um zur Rationalisierung eines sich mit jedem Tag ändernden Entwicklungskontextes beizutragen. Es ist ein Entwicklungskontext, in dem Leistungsempfänger zu Gebern werden, in dem sich Norden und Süden treffen und in dem Differenzierungen, die eher trennen als vereinen, zunehmend als entwicklungshemmend betrachtet werden. Wenn wir es richtig anfangen, wird vielleicht dank der geleisteten Arbeit die Tätigkeit des DAC und vieler seiner Entwicklungspartner in den nächsten fünfzig Jahren überflüssig werden. Bis dahin bleibt noch viel zu tun und sind noch zahlreiche Entwicklungsziele zu erreichen.

„... ein ‚neuer DAC‘ setzt sich für eine Erweiterung des Dialogs ein, um zur Rationalisierung eines sich mit jedem Tag ändernden Entwicklungskontextes beizutragen.“

Anmerkungen

1. Die in der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit dargelegten fünf Grundsätze zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit lauten: Eigenverantwortung (die Entwicklungsländer legen selbst ihre Entwicklungsstrategien fest, verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption), Partnerausrichtung (die Geberländer erbringen ihre Unterstützung im Einklang mit diesen Zielen und nutzen die lokalen Systeme), Harmonisierung (die Geberländer koordinieren ihre Aktionen, vereinfachen die Verfahren und tauschen Informationen aus, um Doppelarbeit zu vermeiden), Ergebnisorientierung (das Hauptaugenmerk der Entwicklungsländer wie der Geber liegt auf der Erzielung und Messung von Ergebnissen) sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht (Geber- wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab).

50 Jahre OECD: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) haben als Rahmen der internationalen Entwicklungsdebatte große Aufmerksamkeit erlangt. Weniger bekannt sind die geschichtlichen Hintergründe dieser Ziele sowie ihre Ursprünge in den Arbeiten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und ihres Entwicklungsausschusses (DAC). Die Millenniumsentwicklungsziele sind indessen nur ein Beispiel von vielen für die Art und Weise, wie der DAC das Entwicklungsdenken und die Entwicklungspraktiken seit den 1960er Jahren geprägt hat. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der OECD lässt dieser Sonderbeitrag fünf Jahrzehnte der Entwicklungszusammenarbeit Revue passieren, untersucht die Rolle, die die OECD und der DAC in diesem Prozess gespielt haben und wirft einen Blick auf die Herausforderungen, die jetzt vor uns liegen, wo die OECD in ihr nächstes halbes Jahrhundert eintritt.

Im September 2010 reisten nahezu 140 Staats- und Regierungschefs nach New York, um am Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen (VN) teilzunehmen. Dieses Treffen war eine gute Gelegenheit, die Fortschritte in Bezug auf die acht wesentlichen Entwicklungsziele zu untersuchen, die zur Jahrtausendwende zur Förderung der Entwicklung in den ärmsten Ländern der Welt aufgestellt worden waren. Was die Staats- und Regierungschefs hörten, war nur z.T. ermutigend. OECD-Generalsekretär Angel Gurría schrieb damals: „Sofern wir in den kommenden fünf Jahren keinen entscheidenden Durchbruch erzielen, werden wir die Verpflichtungen, die wir gegenüber den Ärmsten auf dieser Welt eingegangen sind, nicht einhalten können“.

Es bleibt abzuwarten, ob dieser entscheidende Durchbruch noch erzielt werden kann. Doch selbst wenn die Ziele nicht vollständig erreicht werden, haben sie bereits dazu beigetragen, die Art und Weise zu verändern, wie die Welt über Entwicklung denkt und spricht. „Staats- und Regierungschefs in der heutigen Wirtschaftslage überhaupt dazu zu bringen, sich für Entwicklungsfragen zu interessieren ... ist äußerst schwierig“, erklärte dazu der ehemalige Präsident der Weltbank James Wolfensohn. „Unabhängig davon, ob die Ziele erreicht werden oder nicht, wirkt es sich zweifelsohne positiv aus, über eine Struktur zu verfügen, die sie ständig daran erinnert, dass sich ihre Vorgänger zur Verwirklichung einer Reihe von Zielen verpflichtet haben, und in deren Rahmen die diesbezüglich erzielten Fortschritte überprüft werden müssen. Mit anderen Worten sind die Millenniumsentwicklungsziele in den vergangenen zehn Jahren zu einem Rahmen mit großer Signalwirkung für die Entwicklungsdebatte geworden.“

Weniger bekannt sind die geschichtlichen Hintergründe dieser Ziele sowie ihre Ursprünge in den Arbeiten der OECD und insbesondere ihres Entwicklungsausschusses, des DAC. Und obwohl die Ziele den größten Bekanntheitsgrad erreichten, sind sie nur ein Beispiel von vielen für die Art und Weise, wie der DAC das Entwicklungsdenken und die Entwicklungspraktiken seit den 1960er Jahren geprägt hat. Innerhalb von fünfzig Jahren ist der Ausschuss nach eigener Aussage zu „einem einzigartigen internationalen Forum geworden, in dem Geberregierungen und multinationale Organisationen zusammenkommen ..., um Partnerländern bei der Minderung der Armut zu helfen“.

In dieser Rolle hat er insbesondere in den vergangenen zwei Jahrzehnten auf eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen hingearbeitet, die im Mittelpunkt der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stehen. „Wir wollten den konzeptuellen Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit entwickeln“, sagt der DAC-Vorsitzende J. Brian Atwood¹. „Das bedeutete, dass wir an der Beziehung mit unseren Entwicklungspartnern arbeiten mussten ... es sollte nicht mehr heißen „Wir machen das für euch“, sondern „Wir machen das mit euch“. Wir wissen, dass dies der richtige Weg ist, um im Bereich der Entwicklung Ergebnisse zu erzielen“.

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der OECD blickt dieser Sonderbeitrag zurück auf über fünf Jahrzehnte der Entwicklungszusammenarbeit und untersucht die Rolle, die die OECD und der DAC in diesem Prozess gespielt haben, sowie die Herausforderungen, die jetzt vor uns liegen, wo die OECD in ihr nächstes halbes Jahrhundert eintritt.

Vergangenheit: Von den 1960er Jahren bis zu den 2000er Jahren

Die Gründung der OECD Anfang der 1960er Jahre fiel zeitlich mit einer tiefgreifenden Transformation der Regierungsformen großer Teile der Welt zusammen. In den zehn Jahren bis Mitte der 1960er Jahre erlangten mehr als dreißig Länder in Afrika und eine Reihe von Ländern in Südostasien ihre Unabhängigkeit. Diese neuen Länder, insbesondere in Afrika, sahen sich vor enorme Herausforderungen gestellt. Einige waren nur dem Namen nach Länder, keine traditionellen Nationalstaaten, sondern eher Überbleibsel der Aufteilung des Kontinents durch die europäischen Kolonialmächte. Zudem verfügten viele dieser Länder nur über eine minimale Infrastruktur und insbesondere in Afrika nur über einen begrenzten oder keinen Zugang zum Meer. Und selbst einige der Länder, die reich mit Naturressourcen, wie Ölvorräten und Diamanten, ausgestattet waren, mussten bald entdecken, dass dieser Segen auch ein Fluch sein konnte.

Diesen neuen Staaten – und anderen Entwicklungsländern – dabei zu helfen, sich auf ein solides Fundament zu stellen, war ein moralischer Imperativ. Politische Berechnungen spielten dabei ebenfalls eine Rolle – eine Tendenz, die sich in den folgenden Jahrzehnten im Zuge des Kalten Krieges, als

Aktualisiertes DAC-Mandat (2011-2015)

„Das überwölbende Ziel des DAC ist die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit und anderer Politiken, die zu einer nachhaltigen Entwicklung und insbesondere einem armutsmindernden Wachstum, zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern beitragen und für eine Zukunft sorgen, in der kein Land mehr auf Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit angewiesen ist“.

Quelle: DCD DAC 2010.

die rivalisierenden Machtblöcke neue Verbündete zu gewinnen bzw. alte Verbündete zu halten suchen, nur noch verstärkte. Außerdem gab es ein solides und aktuelles Beispiel dafür, wie wirksame Entwicklungszusammenarbeit zerrütteten Ländern wieder auf die Beine helfen konnte: Der Marshall-Plan, das von den Vereinigten Staaten gesteuerte Hilfsprogramm, das zwischen 1947 und 1951 Hunderte Millionen Dollar in das kriegsgeschüttelte Europa leitete.

In den 1950er und 1960er Jahren wurde ein großer Teil der internationalen Entwicklungsarchitektur aufgebaut, ein Prozess, der auch die Gründung des DAC im Jahr 1960 umfasste² – jenem Jahr, das auch den Beginn der ersten Internationalen Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen markierte. Der Ausschuss hatte im Wesentlichen ein doppeltes Mandat: Erstens sollte er Mittel und Wege untersuchen, über die Ressourcen der Industrieländer – insbesondere finanzielle Hilfe und technisches Fachwissen – „zur Unterstützung von Entwicklungsländern und Entwicklungsgebieten verfügbar gemacht werden können“; zweitens sollte er auf eine Verbesserung und Verstärkung der langfristigen Entwicklungshilfe hinarbeiten.

Definitionen und Zielvorgaben: Die 1960er Jahre

Eine der ersten Fragen, mit der sich der DAC auseinanderzusetzen hatte, betraf die Definition der Entwicklungszusammenarbeit und die Festlegung ihres Volumens. Der erste Teil dieser Aufgabe mag einfach zu bewältigen erscheinen, in Wirklichkeit gelangte man jedoch erst 1969 zu einer Einigung über die Definition dessen, was später als öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) bekannt wurde, und erst 1972 lag diese Definition in ihrer endgültigen Form vor. Zu den für die Definition der ODA-Leistungen zu Grunde gelegten Kriterien zählte ihre Herkunft aus staatlichen und nicht aus privaten Quellen – eine Unterscheidung, die sich als bedeutend herausstellte, als es um die Festlegung des von den einzelnen Ländern zu leistenden Beitrags ging. Bereits 1958 hatte der Weltkirchenrat empfohlen, dass 1% des Vermögens der Geberländer in die Entwicklungsländer fließen sollte, er unterschied dabei aber nicht zwischen öffentlichen und privaten Kapitalflüssen. Da sie große Schwankungen bei den privaten Mitteln fürchteten, wünschten die Entwicklungsländer die Aufstellung einer konkreten Zielvorgabe für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit – 0,75% des Bruttonationaleinkommens (BNE). Ende der 1960er Jahre wurde diese Idee von der Pearson-Kommission übernommen, dem ersten internationalen Ausschuss für internationale Entwicklung, dessen Mitglieder sich allerdings auf einen geringfügig niedrigeren Betrag von 0,7% des BNE einigten. 1970 schlossen sich die meisten – wenn auch nicht alle – großen Geberländer diesem Ziel an. Seither haben aber nur wenige Länder diesen Richtwert erreicht, und seit Mitte der 1960er Jahre haben die ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder insgesamt nie 0,4% ihres BNE überschritten.

In den Anfangsjahren des DAC wurde auch der Grundstein für ein Projekt gelegt, das erst sehr viel später seine Früchte trug, nach „mehreren Jahrzehnten des Leidens“, wie es der ehemalige DAC-Vorsitzende Richard Manning ausdrückt³. Die Idee war, der „liefergebundenen Entwicklungszusammenarbeit“ ein Ende zu setzen – d.h. der Auflage für die Empfängerländer, Güter und Dienstleistungen nur bei bestimmten Anbietern zu beschaffen, gewöhnlich im Geberland. Durch die Aufhebung der Lieferbindung können die Empfängerländer ihre Güter und Dienstleistungen uneingeschränkt in aller Welt beschaffen, um sich so das beste Preis-Leistungs-Verhältnis zu garantieren. Demgegenüber erhöht die liefergebundene Entwicklungszusammenarbeit die Kosten für viele Güter und Dienstleistungen um 15-30% und die der Nahrungsmittelhilfe sogar um stattliche 40% – was den Effekt der Entwicklungszusammenarbeit deutlich reduziert. Erkannt wurde dieses Problem bereits 1970, als es auf der hochrangigen Tagung des DAC in Tokyo Gegenstand „erheblicher Diskussionen“ war. Es dauerte aber noch 31 Jahre, bis im DAC schließlich ein Katalog von Empfehlungen zur Aufhebung der Lieferbindung verabschiedet wurde.

Der Aufhebung der Lieferbindung standen beachtliche Hindernisse im Weg. Hierzu zählte (und zählt in gewisser Weise noch immer) das Bestreben der Regierungen der Geberländer, die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Privatwirtschaft für die ODA zu gewinnen, indem sie garantierten, dass zumindest ein Teil der mit der Entwicklungszusammenarbeit einhergehenden Vorteile ihren eigenen Ländern zugute kam. Laut Richard Manning funktioniert das nicht mehr so: „In strategischer Hinsicht hat sich das Argument umgekehrt. Heute sind alle der Ansicht, dass sich die Zustimmung der Öffentlichkeit für die Entwicklungszusammenarbeit nicht gewinnen lässt, weil ein Großunternehmen einen Großauftrag bekommt, sondern weil auf sichtbare Weise etwas Gutes getan wird, das von der Öffentlichkeit verstanden wird. In meinen Augen ist das eine grundlegende Bewusstseinsänderung“. Die Bemühungen um die vollständige Aufhebung der Lieferbindung halten an, es sind aber bereits beachtliche Fortschritte erzielt worden: Derzeit gelten 86% aller EZ-Leistungen des DAC als lieferungebunden.

Wolken am Horizont: Die 1970er und 1980er Jahre

Die 1950er Jahre und 1960er Jahre wurden als die „glorreichen Jahre“ der Entwicklungszusammenarbeit beschrieben. Am Anfang der 1970er Jahre begann dann aber ein Teil des ursprünglichen Enthusiasmus und Optimismus zu schwinden. Dieser Trend verfestigte sich – mit Höhen und Tiefen – in den darauffolgenden Jahren, insbesondere im Fall Afrikas: „Das Kolonialerbe zerfiel erwartungsgemäß, und es dauerte eine lange Zeit, bis authentische lokale Systeme eingerichtet wurden“, kommentiert Manning die damalige Lage in Afrika. „Die 1970er und 1980er Jahre waren recht verheerend. Die Situation verschlechterte sich, statt sich zu verbessern ... die Länder gerieten wirtschaftlich richtig aus dem Gleichgewicht“. Auch in den Entwicklungsländern war die Stimmung in den 1970er Jahren düster, zumal der Ölschock von 1973 den ungefähr drei Jahrzehnten eines relativ dynamischen Wachstums ein Ende setzte, die in vielen OECD-Ländern auf den Zweiten Weltkrieg gefolgt waren.

In diesem Umfeld wirtschaftlicher Unruhe und Kontraktion setzte eine Schwerpunktverlagerung ein. In den 1960er Jahren wurde der Großteil der EZ-Leistungen gezielt in die Infrastrukturentwicklung gelenkt, in dem Glauben, dass derartige Investitionen dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum Impulse verleihen würden. Anfang der 1970er Jahre wurde jedoch die Idee, dass Wirtschaftswachstum an sich bereits ausreichen würde, um den Lebensstandard aller Menschen zu erhöhen, in Frage gestellt. Die EZ-Leistungen wurden nun immer stärker auf die armen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet. Diese Schwerpunktverlagerung spiegelte sich auch im DAC wider, der 1977 eine Erklärung zu den „menschlichen Grundbedürfnissen“ veröffentlichte. In dieser Erklärung wurde argumentiert, dass das Wirtschaftswachstum allein Bedürfnissen wie angemessene Ernährung und Bildung nicht gerecht werden kann: Vielmehr stelle die Befriedigung derartiger Bedürfnisse das Fundament dar, auf dem das künftige Wirtschaftswachstum aufzubauen sei.

Die Auswirkungen der Ölschocks waren bis in die 1980er Jahre hinein spürbar. Die großen ölproduzierenden Länder erlebten in den 1970er Jahren einen erheblichen Anstieg ihrer Einnahmen, da die Ölpreise anzogen. Ein Großteil dieses Geldes ging an Banken im Westen, die es wiederum Entwicklungsländern liehen, insbesondere in Südamerika. Anfang der 1980er Jahre begannen sich die tatsächlichen Kosten dieser Fremdfinanzierung bemerkbar zu machen, und die Länder hatten Mühe, ihre Tilgungszahlungen zu leisten. 1982 gestand Mexiko ein, dass es nicht in der Lage war, seine Kredite zurückzuzahlen, und stellte den Schuldendienst ein, was eine Krise auslöste, die sich schließlich auf den ganzen Kontinent ausweitete. Auch die afrikanischen Länder hatten ab den 1980er Jahren zunehmend mit Schuldenbedienungsproblemen zu kämpfen. Die Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft lief im Wesentlichen auf zwei Schlüsselideen hinaus: Stabilisierung und Strukturanpassung. Die Geberländer

Die Ursprünge der Millenniumsentwicklungsziele

Viele der Prozesse und – leider – auch der Ergebnisse der internationalen Entwicklungsbemühungen erhalten außerhalb der „Entwicklungsgemeinschaft“ verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit. Die Millenniumsentwicklungsziele bilden eine Ausnahme: Seit ihrer Annahme um die Jahrhundertwende sind sie zum bedeutendsten Referenzrahmen für Entwicklungsfragen geworden – eine Bezugsgröße für die erzielten Fortschritte und noch zu bewältigenden Herausforderungen.

Die historischen Wurzeln der Millenniumsentwicklungsziele gehen auf eine turbulente Zeit für die Entwicklung zurück. Mitte der 1990er Jahre setzte ein Rückgang des ODA-Volumens ein, und die Bedürfnisse der traditionellen Empfängerländer wurden durch die Probleme der Staaten des ehemaligen Sowjetblocks in den Schatten gestellt. Unter den DAC-Mitgliedern bestand der Wunsch nach einer „neuen strategischen Vision, die die Relevanz der Entwicklungszusammenarbeit in einer sich rasch wandelnden Welt erhöhen würde“, wie Richard Manning festhielt (Manning, 2009). Die Strategische Reflexion des DAC im Jahr 1995 lieferte mit der Idee, eine Reihe herausragender Ziele aufzustellen, an denen sich die Entwicklungsfortschritte messen lassen, einen wesentlichen Baustein für die Konstruktion dieser neuen Vision.

Die Aufstellung von Zielen und Zielvorgaben war in Entwicklungskreisen nichts Neues. Dies geschah bereits in den Abschlussprotokollen einer Vielzahl von Konferenzen der Vereinten Nationen Anfang bis Mitte der 1990er Jahre und wurde sehr geschätzt, weil es ein Gefühl der Dringlichkeit schuf und für Referenzgrößen sorgte, an denen sich Entwicklungsfortschritte messen ließen. Der DAC nahm diese Arbeiten als Grundlage für die Aufstellung eines knappen und präzisen Katalogs an Entwicklungszielen und ging dann noch einen Schritt weiter mit der Aufstellung eines besonders ehrgeizigen Ziels: die Reduzierung der Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen um die Hälfte bis 2015.

In Anbetracht der Tatsache, dass die OECD über keine richtigen Durchsetzungsbefugnisse verfügt und der DAC nur einen Teil der Entwicklungswelt vertritt, war die Tragfähigkeit der vom DAC aufgestellten Ziele keineswegs garantiert: „Es wäre kein Wunder gewesen, wenn die Auswahl einiger Kernziele und Termine aus der Vielzahl der auf VN-Konferenzen aufgestellten Ziele und Stichdaten nur auf eine geringe Resonanz gestoßen wäre“, meint Manning. Dass sie dennoch Wirkung zeigten, war das Ergebnis zweier großer Ereignisabfolgen. Zum einen setzte sich die sogenannte „Utstein Gruppe“ der Entwicklungsminister aus vier europäischen Ländern in Foren wie dem G8 und den Vereinten Nationen stark für die Ziele ein. Zum anderen arbeitete die OECD mit Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammen, um Strategien und Indikatoren für die Messung der auf dem Weg zur Erreichung dieser Ziele gemachten Fortschritte zu konzipieren. Die Kombination dieser beiden Entwicklungen mündete letzten Endes in die Aufstellung der Millenniumsentwicklungsziele.

Was hat die Aufstellung dieser Ziele gebracht? In gewisser Hinsicht kann man hier leicht zynisch werden: Selbst heute, vier Jahre vor dem Stichdatum 2015, besteht wenig realistische Hoffnung, dass alle aufgestellten Ziele effektiv erreicht werden. Das liefert Kritikern der Millenniumsentwicklungsziele einen bequemen Angriffspunkt – bequem, aber ungerecht, wie Richard Carey⁴, ehemaliger Leiter der OECD-Direktion Entwicklungszusammenarbeit, meint: „Eines der Hauptprobleme der Millenniumsentwicklungsziele ist die pessimistische Einstellung ihnen gegenüber. Ich finde, wir sollten die Sache andersherum betrachten und die zahlreichen Fortschritte sehen, die erzielt worden sind“. Und auch wenn die Fortschritte selbst enttäuschend sind, können uns die Millenniumsentwicklungsziele weiter bringen, so J. Brian Atwood: „Meiner Meinung nach helfen uns die Ziele zu verstehen, in welchen Bereichen wir Fehler gemacht haben, und die notwendigen Korrekturmaßnahmen zu ergreifen“. Ganz entscheidend ist in diesem Kontext, dass die Millenniumsentwicklungsziele auch die Art und Weise geändert haben, wie über Entwicklung diskutiert wird, was, wie der *The Economist* richtig feststellte, „zu einer Verlagerung der Debatte weg von den Ausgaben und hin zu den Ergebnissen“ beigetragen hat.

Quelle: Dieser Abschnitt stützt sich in Teilen auf die Chronologie und Analyse in Manning (2009).

erwarteten, dass die Empfängerländer zuerst ihre Wirtschaft stabilisieren würden, beispielsweise durch einen Abbau der Haushaltsungleichgewichte, und dann in einem zweiten Schritt grundlegende Struktur-reformen voranbringen würden, wie beispielsweise die Handelsliberalisierung. Die EZ-Leistungen wurden an immer mehr Auflagen geknüpft – Auflagen, deren langfristige Vorteile weiterhin fragwürdig bleiben.

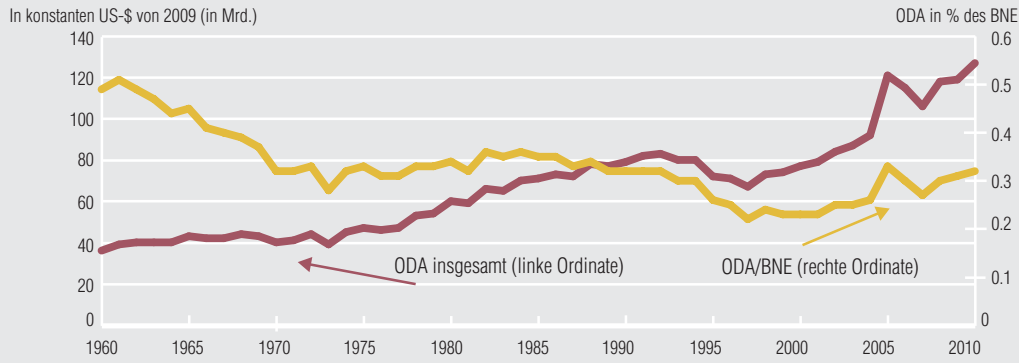
Ein weiterer entscheidender Trend in den 1980er Jahren war das zunehmende – wenn auch sporadische – Interesse der Medien an Afrika im Verein mit einer immer stärkeren Profilierung der Nichtregierungs-organisationen (NRO). Hierbei handelte es sich nicht um ein ganz und gar neues Phänomen: Anfang der 1970er Jahre hatte die Hungersnot in Biafra bereits die Schlagzeilen weltweit gefüllt und zu Spendenaktionen geführt, und auch bedeutende NRO wie Médecins sans Frontières (Ärzte ohne Grenzen) wurden in den 1970er Jahren gegründet. Allerdings beschleunigte sich der Prozess in den 1980er Jahren deutlich, was z.T. stark mediatisierten Ereignissen, wie dem Benefizkonzert Live Aid 1985, zu verdanken war, mit dem Geld für die Opfer der Hungerkatastrophe in Äthiopien gesammelt wurde. Dieses Phänomen hält bis heute an, wobei die NRO in der Entwicklungszusammenarbeit eine immer größere Rolle spielen. Diese Entwicklung hat einerseits viel frisches Kapital und viele neue Ideen mit sich gebracht, andererseits hat sie aber auch die Komplexität und Bürokratie der Entwicklungszusammenarbeit erheblich erhöht.

Nach dem Fall der Mauer: Die 1990er und 2000er Jahre

Der Zusammenbruch des Sowjetblocks Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre hatte wichtige Folgen für die Entwicklungswelt. Zum einen wurden einige der geopolitischen Beweggründe für die Entwicklungszusammenarbeit – das Bestreben, die Entwicklungsländer auf der einen oder anderen Seite der Fronten des Kalten Krieges zu binden – hinfällig. Zum Teil aus diesem Grund gingen die realen ODA-Leistungen im Lauf des Jahrzehnts um nahezu ein Drittel zurück, nachdem sie während des größten Teils der 1980er Jahre in realer Rechnung gestiegen waren. In Lateinamerika und Asien wurde ein Großteil der Abnahme durch einen Anstieg der privaten Kapitalflüsse mehr als wettgemacht, was in Afrika indessen nicht immer der Fall war. Eine weitere Folge des Falls des Eisernen Vorhangs war eine Neufokussierung der EZ-Leistungen auf Länder in Mittel- und Osteuropa zu einem Zeitpunkt, als diese große Mühe hatten, die turbulenten politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu bewältigen. Der Bedarf dieser Regionen war sehr real: In der ehemaligen Sowjetunion beispielsweise stieg die Zahl der in Armut lebenden Menschen zwischen 1987-1988 und 1993-1995 von knapp über 2 Millionen auf knapp unter 58 Millionen. Gleichzeitig hatten diese neuen Herausforderungen aber auch zur Folge, dass die Anliegen der „traditionellen“ Entwicklungsländer auf der internationalen Agenda in den Hintergrund rückten.

Als Mitte der 1990er Jahre immer häufiger von der „wachsenden Gebermüdigkeit“ die Rede war, wurde auch der unverblühte Vorwurf laut, die Entwicklungszusammenarbeit funktioniere nicht. Diese morose Stimmung übertrug sich auf den DAC. „Aus einer Vielzahl von Gründen fühlte sich der DAC stark unter Druck“, erinnert sich Richard Manning. „Er leitete ein *exercice de réflexion* ein, in dessen Rahmen er sich einige grundlegende Fragen zu dem Auftrag stellte, den er zu erfüllen hatte“. Dieser Prozess führte zur Veröffentlichung einer der wichtigsten Grundsatzserklärungen des DAC – *Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit* (OECD, 1996) –, in der einige der wichtigsten Gedanken jener Zeit zur Entwicklung in zwei Kernkonzepten ihren Ausdruck fanden. „Wir haben versucht, alles in diesem sehr kurzen Bericht unterzubringen“, sagt James Michel⁶, der den DAC-Vorsitz in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre innehatte, „mit dem Ziel, eine Übereinkunft für effektive Partnerschaften zu erreichen, um die Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern und Ziele aufzustellen, die eine Quelle der Inspiration darstellen würden“. Mit *Das 21. Jahrhundert gestalten* wurde der Grundstein gelegt für die Millenniumsentwicklungsziele (MDG, 2000) (Kasten, S. 31) und für

Höhen und Tiefen der Entwicklungszusammenarbeit



Die ODA-Leistungen sind seit den 1960er Jahren in realer Rechnung im Trend gestiegen, wenn auch mit einigen leichten Einbrüchen, wie beispielsweise Mitte der 1990er Jahre, als die Geberländer im Gefolge der Rezession eine Periode der Haushaltskonsolidierung durchliefen. 2010 erreichten die EZ-Gesamtleistungen der DAC-Geberländer mit etwas unter 129 Mrd. US-\$ ihr höchstes jemals verzeichnetes Niveau. Demgegenüber war der Verlauf der ODA-Leistungen in Prozent des BNE (einer Messgröße des nationalen Wohlstands der jeweiligen Geberländer) weniger eindeutig. Auf einen Rückgang während der 1960er Jahre folgte eine unstete Bewegung in den 1970er und 1980er Jahren und eine erneute Abnahme während des Großteils der 1990er Jahre, bevor Anfang der 2000er Jahre eine Belebung einsetzte.

die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2005) wie auch, so meint James Michel, für die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit in ihrer heutigen Form. „Meiner Meinung nach stützt sich der internationale Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit heute auf diese beiden Pfeiler: Entwicklungsziele, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, und Grundsätze der Wirksamkeit“.

Ende der 1990er Jahre nahm das Interesse an der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Beginn des neuen Jahrtausends wieder drastisch zu. Und das aus mehreren Gründen. Einer war der Erfolg der Jubilee Debt Campaign, die die Aufmerksamkeit auf den hohen Schuldenstand vieler Entwicklungsländer lenkte. Ein weiterer – und vielleicht noch zwingenderer – Grund waren die Anschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten. Diese Anschläge haben die Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Sicherheit verdeutlicht, was der zu jener Zeit amtierende DAC-Vorsitzende Jean-Claude Faure wie folgt beschrieb: „Die Ereignisse des 11. September haben die Überzeugung verstärkt, dass eine Welt ohne Gewalt, Terrorismus und Konflikte nur möglich ist, wenn es keine Ausgrenzung, keine Faktoren der sozialen Schwäche und keine Ungleichheit mehr gibt und jeder seine Chance hat“.

Das erklärt z.T., warum sich die EZ-Ausgaben im neuen Jahrzehnt sowohl in absoluter Rechnung als auch gemessen am BNE erhöht haben. Gleichzeitig wurde aber auch immer mehr Wert auf ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis gelegt: „Die Vorstellung, dass mehr Hilfe auch gute Hilfe sei, wich

zunehmend der Idee, dass gute Hilfe voraussetzt, dass die EZ-Mittel sinnvoll ausgegeben werden“, sagt James Michel. In Wirklichkeit war dieser Gedanke der EZ-Wirksamkeit im DAC nicht neu. Er wurde bereits 1961 zum ersten Mal formuliert und stellte später einen der Hauptpfeiler der Grundsatzerklärung *Das 21. Jahrhundert gestalten* dar. Neuen Elan erhielt er 2005 mit der Paris-Erklärung, in der viele der Themen zusammengeführt wurden, an denen der DAC seit mehreren Jahren arbeitete, und auf der Basis konkreter Indikatoren für die Fortschrittsmessung ein Katalog von fünf Grundsätzen zur Steigerung der Wirksamkeit der EZ-Leistungen aufgestellt wurde⁶.

Für all diejenigen, die die Agenda der Entwicklungszusammenarbeit über die Jahre aufmerksam verfolgt hatten, enthielten diese Grundsätze wahrscheinlich wenig Überraschungen. Jene, die sich zum ersten Mal damit auseinandersetzten, waren aber möglicherweise über die Rolle überrascht, die den Entwicklungsländern in der Erklärung zugeteilt wurde. Das Konzept der Hilfe war zunehmend dem der Zusammenarbeit gewichen – einer Partnerschaft zwischen Gebern und Entwicklungsländern, in der aber letztere das Ruder in der Hand haben. In diesem Sinne schrieb auch Ruandas Präsident Paul Kagame: „Wir schätzen die Unterstützung von außen sehr, doch sollte sie Projekten zugute kommen, die wir selbst zu realisieren beabsichtigen. Keiner darf so tun, als ob er sich stärker für unsere Länder einsetzen würde als wir selbst oder behaupten, besser zu wissen, was für uns gut ist, als wir selbst“.

Die Paris-Erklärung und der anschließende Aktionsplan von Accra (2008) sollten dieser Dynamik zusätzliche Impulse verleihen, die auf die Umstellung eines Entwicklungsmodells abzielte, das Richard Carey wie folgt beschreibt: „Die Geber arbeiteten Projekte aus, ohne sich darum zu kümmern, was andere machten. Wir haben dreißig Jahre damit zugebracht, Schulen zu bauen, ohne ein Bildungssystem zu schaffen“. J. Brian Atwood ist davon überzeugt, dass die Paris-Erklärung wirklich dazu beiträgt, Verhaltensänderungen zu bewirken. „Sie wird von den Entwicklungspartnern inzwischen sehr ernst genommen. Die Dynamik hat sich verlagert – die Partnerländer sehen wirklich, dass diese Grundsätze in ihrem Interesse liegen, und üben einen sehr starken Druck auf die Geber aus. Und das ist eine gute Sache. Die Bilanz der Geber in Bezug auf Verhaltensänderungen ist alles andere als überzeugend, es ist aber klar, dass ihr Engagement für die Grundsätze der Paris-Erklärung inzwischen mehr als nur ein Lippenbekenntnis ist“.

Gegenwart: Eine vollkommen veränderte Welt

Der offizielle Beitritt Koreas zum DAC am 1. Januar 2010 markierte eine beachtliche Wende. Fünf Jahrzehnte zuvor, als der DAC ins Leben gerufen wurde, „zählte Korea zu den ärmsten Nationen der Welt und hatte große Mühe, die Trümmer des Koreakriegs hinter sich zu lassen und sich als Land wieder aufzubauen“, berichtete Oh Joon, damaliger koreanischer Vize-Minister für auswärtige Angelegenheiten beim Beitritt seines Landes zum DAC. In den darauffolgenden Jahrzehnten hat das Land schätzungsweise 13 Mrd. US-\$ an Auslandshilfe erhalten und sich zugleich zu einer großen Volkswirtschaft – und einem Geberland ersten Ranges – entwickelt. „Viele Koreaner, mich eingeschlossen, haben dies noch selbst miterlebt“, erzählte Oh Joon. „Als Kind ging ich in eine Schule, in der wir Milch tranken und Maisbrot aßen, das aus Containern mit der Aufschrift „United Nations“ oder „US Government“ kam. Vor einigen Monaten habe ich einen Kindergarten in der Mongolei besucht, in dem die Kinder aus Büchern lernten, auf denen vermerkt war, dass sie ein Geschenk der Republik Korea waren“.

Korea ist kein Einzelfall. In den vergangenen fünfzig Jahren hat sich die wirtschaftliche Geografie der Welt bis zur Unkenntlichkeit verändert. Länder wie China, Indien und Brasilien, die einst als wirtschaftlich hoffnungslose Fälle betrachtet wurden, haben sich zu wirtschaftlichen Riesen entwickelt. Nach der jüngsten Rezession sind sie zu bedeutenden Antriebskräften der globalen Wirtschaft geworden: Zwischen 2005 und 2009 trugen die Entwicklungs- und Schwellenländer nahezu drei Viertel zum

globalen Wachstum bei, und Ökonomen der Weltbank zufolge wird ihre Wirtschaftsgröße etwa 2015 die der Industrieländer übersteigen. Trotz all dieser allgemeinen Fortschritte liegt der Lebensstandard in den aufstrebenden Volkswirtschaften nach wie vor weit unter dem der OECD-Länder: Selbst heute ist die Zahl der Armen in Indien noch immer höher als in allen Ländern Subsahara-Afrikas zusammengenommen. Dennoch haben die aufstrebenden Volkswirtschaften bei der Reduzierung des Niveaus der globalen Armut eine bedeutende Rolle gespielt: In den vergangenen zwanzig Jahren ist die Zahl der Menschen, die mit weniger als 1 US-\$ pro Tag auskommen müssen, weltweit um nahezu eine halbe Milliarde gesunken.

Mit anderen Worten hat die traditionelle Unterscheidung zwischen dem reichen „Norden“ und dem armen „Süden“ einer sehr viel komplexeren Wirtschaftskarte Platz gemacht, auf der die traditionell wohlhabenden Länder von einer wachsenden Zahl konvergierender Länder eingeholt werden. Gemäß einer Analyse des OECD-Entwicklungszentrums erhöhte sich die Zahl der konvergierenden Länder zwischen den 1990er Jahren und heute von 12 auf 65. Was ist aber mit den übrigen Ländern? Der britische Ökonom Paul Collier hat für den Teil der Weltbevölkerung, der in den am schlechtesten gestellten Ländern der Welt lebt, den Begriff der „untersten Milliarde“ geprägt. Er warnt, dass je weiter sich diese unterste Milliarde von einer zunehmend komplexen Weltwirtschaft entfernt, die Integration immer schwieriger statt einfacher wird.

Jetzt, wo die OECD und der DAC ihr 50-jähriges Bestehen feiern, sehen sie sich also einer Welt gegenüber, die ganz anders ist als die Welt, in der sie gegründet wurden. Es sind sehr große Fortschritte erzielt worden, die noch zu bewältigenden Herausforderungen sind aber nicht minder groß. Durch die jüngste Rezession sind diese Herausforderungen in gewisser Weise noch größer geworden. Während mit dem Wirtschaftsabschwung die relative Stärke von aufstrebenden Volkswirtschaften wie China und Indien deutlich zu Tage trat, wurde zugleich auch die Anfälligkeit anderer Länder offenkundig, insbesondere in Osteuropa und Mittelasien. Selbst in Subsahara-Afrika, wo sich das Wachstum zwar verlangsamt hat, generell aber nicht zum Stillstand gekommen ist, bedeutete die Rezession einen Rückschlag nach mehreren Jahren solider Wirtschaftsleistung.

Es herrscht zudem Besorgnis darüber, dass die Industrieländer ihr EZ-Niveau möglicherweise nicht aufrechterhalten können, da sie Mühe haben, sich von der Rezession zu erholen. Im Jahr 2010 erreichten die ODA-Leistungen der DAC-Mitgliedsländer ein Rekordhoch von 128,7 Mrd. US-\$ in absoluter Rechnung; in Realität lag dieser Betrag aber um 19 Mrd. US-\$ unter dem Betrag, der erreicht worden wäre, wenn die Geber ihre zuvor gemachten Zusagen erfüllt hätten. Bisher ist der befürchtete drastische Einbruch der ODA-Leistungen infolge von Haushaltsrestriktionen in den Geberländern nicht eingetreten. Dennoch wird in den kommenden Jahren der Druck für die Geberländer steigen nachzuweisen, dass die EZ-Leistungen ihr Geld wert sind, worauf bereits im *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit 2010* hingewiesen wurde: „Angesichts der derzeitigen Sparmaßnahmen wollen die Bürger der Geber- und der Entwicklungsländer gleichermaßen Zusicherungen, dass EZ-Leistungen wirksam sind, dass sie ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis liefern und dass sie von korrupten Regierungen nicht zweckentfremdet werden“.

Zukunft: Die vor uns liegenden Herausforderungen

Die aufstrebenden Volkswirtschaften verändern nicht nur das weltwirtschaftliche Gleichgewicht, sie verändern auch die Welt der Entwicklungszusammenarbeit, was in den kommenden Jahrzehnten noch deutlicher werden wird. Gegenwärtig entfallen auf die DAC-Mitglieder laut einer Analyse der Vereinten Nationen etwa 90% der ODA-Gesamtleistungen. In den vergangenen zehn Jahren ist aber die Zahl der Geberegierungen, die nicht Mitglied des DAC sind, drastisch auf nahezu dreißig gestiegen.

Viele dieser Länder befinden sich in dem Teil der Erde, der bislang „der Süden“ genannt wurde, und sie tragen zu einer Welle sogenannter Süd-Süd-Ströme in Bereichen wie Investitionen, Handel und Entwicklungszusammenarbeit bei.

In den vergangenen 50 Jahren haben sich zahlreiche andere Akteure den globalen Entwicklungsbemühungen angeschlossen und neue Ideen, Energien und Ressourcen eingebracht, das System zugleich aber auch komplexer gemacht. In den 1940er Jahren gab es nur vier bilaterale Geber. Der *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit 2009* stellte demgegenüber fest: „2006 wurden die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätigen bilateralen Geberstellen auf rd. 225 und die multilateralen Stellen auf 242 geschätzt, wovon 24 Entwicklungsbanken und rd. 40 VN-Stellen waren“. Die globale EZ-Architektur ist somit immer komplexer geworden, womit es für die Entwicklungsländer immer schwieriger wird, ihre Beziehungen zu den Geberländern erfolgreich zu verwalten.

Es ist schwer zu messen, inwieweit es sich bei den fraglichen Strömen um EZ-Leistungen handelt, was z.T. darauf zurückzuführen ist, dass sie zum größten Teil vom DAC nicht erfasst werden. Klar ist indessen, dass sie bereits einen erheblichen Einfluss haben und dass dieser weiter zunehmen wird. Wie Eckhardt Deutscher, der vorherige DAC-Vorsitzende, feststellte, müssen sich diese Veränderungen in der Art und Weise niederschlagen, wie über die Entwicklungszusammenarbeit diskutiert und wie sie umgesetzt wird, weil „die Mitsprache und die Erfahrung der Geber der Süd-Süd-Zusammenarbeit viel zu groß sind, um sie bei den Arbeiten zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit und der internationalen Debatte über die Entwicklungszusammenarbeit außer Acht zu lassen“.

Sein Nachfolger, J. Brian Atwood, teilt diese Ansicht, geht aber noch einen Schritt weiter: Das bevorstehende Hochrangige Forum zur EZ-Wirksamkeit in Busan, Korea (29. November bis 1. Dezember 2011) wird, so sagt er, eine Gelegenheit bieten, die Entwicklungsbeziehungen in ihrer Gesamtheit neu zu durchdenken. „Ich bin davon überzeugt, dass wir eine Erklärung erarbeiten werden, die alle Nationen dazu verpflichtet wird, direkter miteinander zusammenzuarbeiten“, sagt er. „Die Süd-Süd-Zusammenarbeit wird Rückendeckung erhalten, doch dürfte gleichzeitig der Wunsch nach Vermeidung einer Polarisierung – Nord-Süd versus Süd-Süd, Geber versus Nehmer usw. – geäußert werden, um in Bezug auf die weiter reichenden Ziele, die die Welt sich gesetzt hat, zu einer beiderseitigen Verantwortlichkeit zu kommen. Wir hoffen auf eine breitere und tiefere Partnerschaft für die Entwicklung“. Wird der DAC weiterhin Teil dieser Partnerschaft sein? „Ich denke, dass der DAC noch einige Zeit gebraucht werden wird, denn diese Herausforderung wird – leider – bestehen bleiben“, antwortet er. Längerfristig hofft J. Brian Atwood aber, dass die erfolgreiche Bewältigung der Entwicklungsherausforderung den DAC eines Tages überflüssig machen wird. „Wir arbeiten darauf hin, irgendwann einmal keine Arbeit mehr zu haben“.

Anmerkungen

1. Atwoods Kommentare stammen aus einem Interview mit dem Autor.
2. Der DAC wurde 1960 ursprünglich unter der Schirmherrschaft der Vorgängerorganisation der OECD, der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), als Entwicklungshilfegruppe (DAG) gegründet.
3. Die Kommentare von Richard Manning stammen aus einem Interview mit dem Autor.
4. Die Kommentare von Richard Carey stammen aus einem Interview mit dem Autor.
5. Die Kommentare von James Michel stammen aus einem Interview mit dem Autor.
6. Die in der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit dargelegten fünf Grundsätze zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit lauten: Eigenverantwortung (die Entwicklungsländer legen selbst ihre Entwicklungsstrategien fest, verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption), Partnerausrichtung (die Geberländer erbringen ihre Unterstützung im Einklang mit diesen Zielen und nutzen die lokalen Systeme), Harmonisierung (die Geberländer koordinieren ihre Aktionen, vereinfachen die Verfahren und tauschen Informationen aus, um Doppelarbeit zu vermeiden), Ergebnisorientierung (das Hauptaugenmerk der Entwicklungsländer wie der Geber liegt auf der Erzielung und Messung von Ergebnissen) sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht (Geber- wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab).

Literaturverzeichnis

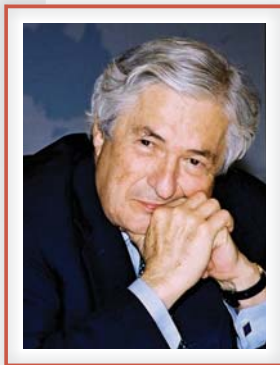
- Bosco, D. (2010), "An interview with James Wolfensohn", 5. Oktober, The Multilateralist blog, Foreign Policy, The Slate Group, Washington, D.C.; Verfügbar unter http://bosco.foreignpolicy.com/posts/2010/10/05/a_former_world_bank_president_speaks.
- Calderisi, R. (2007), *The Trouble with Africa*, Yale University Press, New Haven und London.
- Canuto, O. und M. Giugale (Hrsg.) (2010), *The Day After Tomorrow*, Weltbank, Washington, D.C.; verfügbar unter <http://go.worldbank.org/TPPWANWXR0>.
- Collier, P. (2008), *The Bottom Billion*, Oxford University Press, Oxford und New York.
- DCD DAC (2010), "DAC Mandate 2011-2015", 18. Oktober; verfügbar unter [www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=DCD/DAC\(2010\)34/FINAL&docLanguage=En](http://www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=DCD/DAC(2010)34/FINAL&docLanguage=En).
- Gurría, A. (2010) "Millennium Development Goals: A job well done?", 20. September, OECD Insights Blog, OECD, Paris; verfügbar unter <http://oecdinsights.org/2010/09/20/millennium-development-goals-a-job-well-done/>.
- Kagame, P. (2009), "Africa has to find its own road to prosperity", 7. Mai, *Financial Times*, The Financial Times Ltd., London.
- Manning, R. (2009), *Using Indicators to Encourage Development*, DIIS Report 2009:01, Danish Institute For International Studies, Kopenhagen; verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/55/4/44117550.pdf.
- Moyo, D. (2009), *Dead Aid*, Penguin Books, London.
- OECD (2010a), *Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2010*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2010b), *Perspectives on Global Development 2010: Shifting Wealth*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2010c), *Inside the DAC*, OECD, Paris, verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/43/32/40986871.pdf.
- OECD (2009a), *Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2009*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2009b), "OECD Development Assistance Committee (DAC) welcomes Korean membership", 25. November, OECD, Paris; verfügbar unter www.oecd.org/document/50/0,3343,en_2649_33721_44141618_1_1_1_1,00.html.
- OECD (2006), *DAC in Dates*, OECD, Paris; verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/3/38/1896808.pdf.
- OECD (2002), *Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2001*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (1996), *Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit*, OECD-Entwicklungsausschuss, Paris; verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf.
- OECD/AfDB (Afrikanische Entwicklungsbank) (2010), *African Economic Outlook 2010*, OECD Publishing und Afrikanische Entwicklungsbank; verfügbar unter www.africaneconomicoutlook.org.
- Ramachandran, V. (2010), "India Emerges as an Aid Donor", 5. Oktober, The Huffington Post; HuffingtonPost. com, Inc.; verfügbar unter www.huffingtonpost.com/vijaya-ramachandran/india-emerges-as-an-aid_b_751008.html.
- Riddell, R.C. (2008), *Does Foreign Aid Really Work?*, Oxford University Press, Oxford.

Teil I
Fünfzig Jahre
Entwicklungszusammenarbeit:
Was haben wir gelernt?

James D. Wolfensohn ist derzeit Vorsitzender von Wolfensohn & Company, LLC, einem privaten Investment- und Beratungsunternehmen, Vorsitzender des Citi International Advisory Board und Senior Advisor der Citi für globale Strategiefragen und internationale Angelegenheiten.

Wolfensohn war der neunte Präsident der Weltbankgruppe (1995-2005) und fungierte als Vertreter der Vereinigten Staaten als Sondergesandter des Nahost-Quartetts mit der Aufgabe, den Abzug aus dem Gazastreifen zu unterstützen (2005-2006). 2006 gründete er an der Brookings Institution das Wolfensohn Centre for Development, dessen Schwerpunkt die weltweite Armutsbekämpfung ist.

Wolfensohn war und ist aktiv an kulturellen und philanthropischen Aktivitäten beteiligt, u.a. als Vorsitzender des Institute for Advanced Study, Mitglied und Vorsitzender der Carnegie Hall in New York und Vorsitzender des John F. Kennedy Centre for the Performing Arts in Washington, D.C. Er ist Ehrenkurator der Brookings Institution, Mitglied des Council on Foreign Relations und der Century Association sowie Mitglied der American Academy of Arts and Sciences und der American Philosophical Society.



Kapitel 1

50 Jahre OECD-Entwicklungsausschuss und die Herausforderungen einer sich wandelnden Welt

James Wolfensohn

Seit fünfzig Jahren beobachtet der OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) die Entwicklungsfinanzierung und liefert Orientierungshilfen für eine sachgerechte Entwicklungspolitik, mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Wie James Wolfensohn in diesem Kapitel schreibt, stellt der DAC die notwendigen Informationen und Analysen zur Verfügung und hilft anderen Institutionen dabei, Ziele und Programme festzulegen, um die Herausforderungen der Entwicklung zu bewältigen.

In den kommenden Jahrzehnten werden tiefgreifende Veränderungen eintreten: Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf knapp über 9 Milliarden Menschen anwachsen – von denen die meisten in Entwicklungsländern leben werden; zudem wird unsere Welt gegen Mitte des Jahrhunderts sowohl in demografischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht von Asien dominiert werden. Der DAC muss vor diesem Hintergrund weiter Monitoring, Analysen und Orientierungshilfen liefern, um eine friedliche Anpassung an diese Veränderungen zu erleichtern und eine gerechtere und stabilere Welt zu fördern.

Das 50-jährige Bestehen des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) ist ein großer Anlass zur Freude. In den vergangenen fünfzig Jahren hat der DAC immer wieder den Anstoß zu bedeutenden Veränderungen in unserer Konzeption der Entwicklung gegeben und diese begleitet, indem er unsere Aktionen koordiniert hat und mit den sich wandelnden Gegebenheiten Schritt hielt. Der DAC beobachtet die Entwicklungsfinanzierung, um zu gewährleisten, dass sie so wirksam wie möglich ist, und liefert Orientierungshilfen für eine sachgerechte Entwicklungspolitik, mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Die fünfzig einschneidenden Entwicklungen dieser fünfzig Jahre, die auf der OECD/DAC-Website¹ anlässlich dieses Jubiläums hervorragend dargestellt sind, veranschaulichen, was wir alles erreicht haben – und was für eine wichtige Rolle der DAC bei der Definition der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) und ihrer Messung, der Beobachtung der Entwicklungsfinanzierung und der Förderung der Verpflichtung auf den 0,7%-Richtwert², der Untersuchung von Schulden-, Gender-, Armuts- und Umweltfragen, der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2005), der Erhöhung der Transparenz der Entwicklungszusammenarbeit – wobei die Partnerländer die Richtung vorgeben – und der Stärkung der Stimme fragiler Staaten, z.B. durch die jüngste Erklärung von Dili über Friedens- und Staatsentwicklung (2010), gespielt hat. Das sind nur einige der wichtigsten Punkte, die zu zahlreich sind, um hier alle aufgezählt werden zu können. Die Geschichte der Entwicklung und der Erfolg der unternommenen Entwicklungsanstrengungen wären ohne die Koordinierungs- und Katalysatorrolle des DAC und ohne seine Fähigkeit zur Anpassung an sich wandelnde Umstände zweifelsohne weniger beachtlich gewesen.

Heute sieht sich der DAC vielen Herausforderungen gegenüber, die höchstwahrscheinlich von ihm verlangen werden, dass er seinen Tätigkeitsbereich ausweitet und die Zahl seiner Mitglieder erhöht. Im Oktober 2010 wurde J. Brian Atwood als Nachfolger von Eckhard Deutscher, dessen dreijährige Amtszeit sehr konstruktiv war, zum Vorsitzenden des DAC gewählt. J. Brian Atwood verfügt über eine bemerkenswerte Erfahrung und steht im Ruf, konkrete Ergebnisse zu erzielen. Er gab seine Führungsposition an einer der renommiertesten akademischen Einrichtungen der Vereinigten Staaten auf, um diese Aufgabe zu übernehmen, und er kann auch auf ein erfolgreiches Wirken in der US-Regierung und als Administrator der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) von 1993 bis 1999 zurückblicken. Der DAC ist bei ihm somit in guten Händen.

Eine Geschichte wertvoller Beiträge

„ ... keine Institution hat mehr ... beigetragen als der DAC, ... um die Wirksamkeit von Entwicklungsinitiativen zu gewährleisten.“

Keine Institution hat meiner Ansicht nach mehr zur Arbeit der Entwicklungsfachleute beigetragen als der DAC, indem er ihnen statistische Ressourcen und Politikanalysen zur Verfügung gestellt hat, um die Wirksamkeit von Entwicklungsinitiativen zu gewährleisten. So hat er Partnerschaften mit Nicht-OECD-Mitgliedern, einschließlich multilateralen Organisationen wie der Weltbank, geknüpft und bei Anstrengungen zur Koordinierung globaler Entwicklungsinitiativen die Führung übernommen. Dabei

denke ich besonders an zwei Initiativen: zum einen die DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit, in der Industrie- und Entwicklungsländer, internationale und lokale Organisationen sowie Akteure des öffentlichen und privaten Sektors gemeinsam daran arbeiten, internationale Anstrengungen zur Steigerung

der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit voranzubringen; zum anderen der Internationale Dialog Friedens- und Staatsentwicklung, in dessen Rahmen die Regierungen von Ländern, die unter Konflikten und fragiler Staatlichkeit leiden, mit ihren Entwicklungspartnern zusammenarbeiten, um Meinungen auszutauschen und Lösungen für ihre jeweilige Situation zu finden.

Anstatt sich auf seinen bisherigen Errungenschaften auszuruhen, engagiert sich der DAC auch für den Aufbau statistischer Kapazitäten, die für Länder unerlässlich sind, die selbst die Verantwortung für ihre Entwicklung übernehmen wollen. Unter Nutzung eines bewährten Ansatzes unterstützt er heute 120 Länder dabei, Statistiksysteme aufzubauen, damit sie den Effekt ihrer Politiken zur Armutsbekämpfung zielgerecht ausrichten und messen können. Bereits 93% dieser Länder haben eigene nationale Statistikstrategien eingeleitet.

Unter Federführung des OECD-Generalsekretärs Angel Gurría und des DAC-Vorsitzenden konzentrieren sich die 24 Mitglieder des DAC zusammen mit Beobachtern der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) auf zwei Kernziele. Das erste Ziel lautet, die internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf die Stärkung der Kapazität der Entwicklungsländer, voll an der Weltwirtschaft teilzuhaben, auszubauen. Das zweite Ziel besteht darin, in den Entwicklungsländern selbst der Bevölkerung bei der Überwindung der Armut zu helfen, damit sie eine aktivere Rolle im Leben der Gesellschaft spielen können.

Doch selbst nach fünfzig Jahren Arbeit – und trotz der zahlreichen zuvor genannten Beiträge – müssen wir mit Bedauern feststellen: Es gibt noch sehr viel zu tun – die Hälfte der Bevölkerung unseres Planeten muss noch immer mit weniger als 2,50 US-\$ pro Tag auskommen, und einer Milliarde Menschen steht weniger als 1,25 US-\$ pro Tag zur Verfügung.

„ ... es gibt noch sehr viel zu tun – die Hälfte der Bevölkerung unseres Planeten muss noch immer mit weniger als 2,50 US-\$ pro Tag auskommen, und einer Milliarde Menschen steht weniger als 1,25 US-\$ pro Tag zur Verfügung.“

Die künftigen Herausforderungen

Helen Clark ruft uns in ihrem Beitrag zu dieser Veröffentlichung (Kapitel 2) eindrucksvoll die Themen ins Gedächtnis, die im jährlichen Bericht über die menschliche Entwicklung des UNDP behandelt werden. Ihrer Analyse und Erläuterung ist kaum etwas hinzuzufügen, und so beschränkte ich mich in diesem Zusammenhang darauf, erneut zu betonen, dass die Führungsrolle des DAC und die Zielorientiertheit vieler seiner Berichte für die Entwicklungsgemeinschaft von enormer Bedeutung sind: Der DAC stellt die notwendigen Informationen und Analysen zur Verfügung und hilft anderen Institutionen dabei, Zielvorgaben und Programme festzulegen, um die Entwicklungsherausforderungen zu bewältigen, denen wir uns weiterhin gegenübersehen.

Helen Clarks hervorragender Beitrag ermöglicht es mir, einen anderen Ansatz zu verfolgen, und meinen Blick auf die kommenden Jahrzehnte und die neuen Herausforderungen zu richten, mit denen wir uns weltweit konfrontiert sehen werden. Heute leben schätzungsweise 6,8 Milliarden Menschen auf unserem Planeten. Davon lebt in etwa 1 Milliarde in reicheren Ländern und der Rest in Entwicklungsländern. Fast drei Jahrzehnte lang – bis 2002 – ging diese Bevölkerungsverteilung mit einer Verteilung des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) einher, bei der eine umgekehrte Tendenz zu beobachten war, d.h. rd. 80% entfielen auf die weniger bevölkerungsreichen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und lediglich 20% auf die übrigen fünf Milliarden der damaligen Weltbevölkerung.

Diese Verteilung des globalen Wohlstands begann sich nach 2002 zu verändern, und sie liegt heute näher bei einem Verhältnis von 70% zu 30%. Die rasch aufstrebenden Volkswirtschaften China und

Indien sowie die übrigen asiatischen Länder sind für den Großteil dieser Veränderung verantwortlich. Es ist interessant festzustellen, dass auf China und Indien in den Jahren 1500 und 1815 rd. 50% des globalen BIP entfielen; heute wird weithin davon ausgegangen, dass diese beiden Länder bis 2050 erneut diesen Anteil erreichen werden, wobei Asien als Ganzes 65% des globalen BIP stellen wird. Bis dahin dürfte der Anteil der G7-Länder – die bis zum Jahr 2000 65% des globalen BIP ausmachten – auf 25% zurückgehen, und der Anteil der OECD-Länder insgesamt wird den Projektionen zufolge von derzeit 80% auf 35% des globalen BIP sinken.

„ ... die Entwicklungsländer halten bereits mehr als 70% der weltweiten Währungsreserven, wobei auf China – dessen Reserven ... sich auf rd. 3 Mrd. US-\$ belaufen – allein rund ein Drittel entfällt.“

Das Antlitz dieser neuen, komplexer gewordenen Welt zeigt sich bereits heute: China ist vor kurzem zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt nach den Vereinigten Staaten von Amerika aufgestiegen. Die Entwicklungsländer halten bereits mehr als 70% der weltweiten Währungsreserven, wobei auf China – dessen Reserven in unterschiedlichen Devisen sich auf rd. 3 Mrd. US-\$ belaufen – allein rund ein Drittel entfällt.

Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf knapp über 9 Milliarden Menschen anwachsen, wobei praktisch das gesamte Wachstum in den Entwicklungsländern stattfinden wird. Zu diesem Zeitpunkt werden in den OECD-Ländern knapp über 1 Milliarde Menschen leben, gegenüber 8 Milliarden in den Entwicklungsländern, allen voran

Indien als bevölkerungsreichstes Land. Auch wenn all diese Projektionen im Hinblick auf Zeitrahmen und Größenordnungen u.U. nicht exakt sind, steht doch fest, dass sie die Richtung der Entwicklung richtig verzeichnen und dass unsere Welt um die Mitte des Jahrhunderts sowohl in demografischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht von Asien dominiert werden wird. Die zehn größten Wirtschaftsmächte des Jahres 2000 werden voraussichtlich durch China, Indien, Brasilien, Russland, Indonesien, Vietnam und andere abgelöst werden, und die Vormachtstellung der „alten Welt“, die wir bislang als gegeben betrachtet haben, wird von Grund auf in Frage gestellt werden.

Derartige Veränderungen in der Verteilung der Machtverhältnisse müssen sich in der Mitgliederzahl der internationalen Organisationen widerspiegeln, wie es in den Bretton-Woods-Institutionen bereits zu beobachten ist; dieser Wandel wird sich zweifelsohne auch auf die Zusammensetzung, die Rolle und die Arbeit des DAC auswirken. Länder wie Chile, Korea, Mexiko und die Türkei sind von EZ-Empfängern zu aktiven OECD-Mitgliedern aufgestiegen, und weitere Veränderungen stehen zu erwarten.

Afrika und Umwelt

In dieser sich verändernden Welt ist es wichtig, sich mit der besonderen Herausforderung auseinanderzusetzen, die Afrika darstellt. Afrika zählt heute zwischen 800 und 900 Millionen Einwohner, bis 2050 wird sich die Bevölkerung dort auf 2 Milliarden belaufen, nahezu 20% der Weltbevölkerung. Afrika erwirtschaftet heute weniger als 2% des globalen BIP, und selbst wenn in einigen Projektionen von einem beträchtlichen Pro-Kopf-Wachstum ausgegangen wird, sind die Aussichten, sofern keine entscheidenden Schritte unternommen werden, nicht vielversprechend. Manche Länder könnten 3-4% des globalen BIP erzielen, und das jährliche Pro-Kopf-Einkommen könnte von 600-700 US-\$ auf 3 000-4 000 US-\$ ansteigen. Das wird aber in einer Welt geschehen, die sich grundlegend verändert hat: Zu diesem Zeitpunkt dürften die Menschen in China und Indien pro Kopf jährlich mehr als 30 000 US-\$ verdienen, während die Bürger vieler europäischer Länder und der Vereinigten Staaten mit über 80 000 US-\$ pro Kopf rechnen können. In solch einem Szenario wäre es unter Annahme eines freien Informationsflusses und sicherlich verfügbarer verbesserter Kommunikationsformen kein Wunder, wenn die Bevölkerung der 54 afrikanischen Länder unruhig würde und einen größeren Anteil an den globalen Gemeinschaftsgütern einfordert – mit friedlichen oder weniger friedlichen Mitteln – oder in die reicheren Länder auszuwandern versucht.

In dieser Hinsicht sind auch die derzeitigen Turbulenzen im Nahen Osten zu erwähnen, wo mehrere pseudogewählte oder selbsternannte Regierungen und Staatsschefs gestürzt wurden. Es ist fraglich, wie lange die Monarchien und Fürstentümer, die derzeit – einerseits mit einer stärkeren Verteilung der Ressourcen, andererseits durch Demonstration ihrer militärischen Macht – auf die Forderungen ihrer Bevölkerung antworten, ihre Stabilität wahren können.

Darüber hinaus sind auch die ökologischen Herausforderungen zu erwähnen, mit denen wir alle angesichts der sinkenden Wasservorräte sowie der Umstellungen im Energiemix, die zur Verringerung unserer Abhängigkeit von Kohlenwasserstoffen notwendig sind, konfrontiert sein werden. R.K. Pachauri behandelt diese Fragen sachkundig in seinem Beitrag (Kapitel 7). An dieser Stelle will ich mich darauf beschränken, anzumerken, dass diese Herausforderungen das Potenzial haben, die Welt zu vereinen, aber auch Konflikte verursachen können.

Eine neue Generation von Lösungen

Ich habe große Achtung vor der Arbeit, die hinter all den Projektionen und Schätzungen steht, auf die ich hier Bezug genommen habe und die, wie ich glaube, im Hinblick auf die Richtung der Entwicklung sehr wahrscheinlich sind, wenngleich sie im Hinblick auf den Zeitrahmen weniger gesichert sind. Sie zeigen eine gewaltige Herausforderung für die OECD-Länder auf, die meines Erachtens nicht angemessen darauf reagieren.

Dabei geht es zunächst um die Frage der Ausbildung der nächsten Generation. Mehr als 300 000 Chinesen und mehr als 300 000 Inder studieren im Ausland, davon jeweils mehr als 100 000 allein in den Vereinigten Staaten. Im Gegensatz dazu ziehen es die amerikanischen Studierenden, wenn sie ins Ausland gehen, noch immer vor, in Europa oder Lateinamerika zu studieren. Nur 13 000 Studierende aus den Vereinigten Staaten studieren in China und nur 3 000 in Indien. Vor kurzem habe ich in Peking vor einem Publikum von 700 Studierenden und Hochschullehrern einen Vortrag gehalten. Ich habe in Englisch ohne Dolmetscher gesprochen. Ein chinesischer Redner wäre in den Vereinigten Staaten oder in Europa bestimmt nicht auf ein ähnlich gut mit seiner Muttersprache vertrautes Publikum getroffen.

Damit will ich sagen, dass wir im Westen eine gründliche Evaluierung unserer Wettbewerbsfähigkeit und unserer Bildungssysteme vornehmen müssen, wenn wir die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen wollen. Es ist äußerst wichtig, dass wir uns bereits jetzt auf die Welt von 2050 vorbereiten, die im Zeichen Asiens stehen wird. Darüber hinaus müssen wir und unsere asiatischen Partner unsere Aufmerksamkeit zunehmend auf Afrika richten, wenn wir mehr Gerechtigkeit und damit auch mehr Frieden und Stabilität schaffen wollen.

Bei der Ernennung für eine zweite Amtszeit von fünf Jahren am 1. Juni 2011 erklärte Angel Gurría: „Das Streben nach Relevanz ist weiterhin mein Hauptanliegen, um das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und eine bessere Politik für ein besseres Leben zu gestalten“. Zur Unterstützung dieses ehrenwerten Ziels muss der DAC in den kommenden Jahrzehnten eine Führungsrolle einnehmen, wie er das bereits in der Vergangenheit getan hat, um weltweit einen friedlichen Anpassungsprozess an die neuen Realitäten zu ermöglichen. Gestützt auf die Erfahrungen der letzten fünfzig Jahre können wir damit rechnen, dass er qualitativ hochwertige Daten, Analysen und Vorschläge für Aktionen liefern wird, um allen Beteiligten dabei zu helfen, die neuen Herausforderungen zu akzeptieren und die Chancen auf eine gerechtere und stabilere Welt zu verbessern.

„Es ist äußerst wichtig, dass wir uns bereits jetzt auf die Welt von 2050 vorbereiten, die im Zeichen Asiens stehen wird.“

Anmerkungen

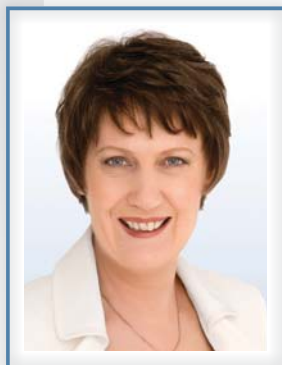
1. Vgl. www.oecd.org/dac.
2. Dieser bekannteste Richtwert für die internationale Entwicklungszusammenarbeit sieht vor, dass sich die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) auf 0,7% des Nationaleinkommens der Geber belaufen. 1969 schlug die Pearson-Kommission einen Zielwert von 0,7% des Bruttosozialprodukts (BSP) der Geber vor, der in einer Resolution der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970 verankert wurde. Die DAC-Mitglieder nahmen das 0,7%-Ziel im Allgemeinen an, wobei es allerdings Ausnahmen gibt: Die Schweiz, die bis 2002 kein Mitglied der Vereinten Nationen war, und die Vereinigten Staaten, die sich auf keine spezifischen Ziele und Zeitpläne verpflichten, aber die allgemeineren Ziele der Resolution unterstützen. Im überarbeiteten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von 1993 wurde das Bruttosozialprodukt durch das Bruttonationaleinkommen (BNE) ersetzt. Der Richtwert wird daher in Form eines ODA/BNE-Verhältnisses dargestellt.

Clark

Helen Clark wurde im April 2009 Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und ist die erste Frau, die diese Organisation leitet. Sie ist zudem Vorsitzende der VN-Gruppe für Entwicklung (UNDG), einem aus den Leitern der VN-Fonds, -Programme und -Abteilungen bestehenden Ausschuss, der sich mit Entwicklungsfragen befasst.

Vor ihrer Ernennung bei UNDP war Helen Clark Premierministerin Neuseelands (drei aufeinander folgende Amtsperioden von 1999 bis 2008). Helen Clark engagierte sich stark in der Politikformulierung und Interessenvertretung im internationalen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich. Unter ihrer Führung hatte Neuseeland ein bedeutendes Wirtschaftswachstum, geringe Arbeitslosigkeit und hohe Investitionen in Bildung und Gesundheit sowie in das Wohlergehen von Familien und älteren Menschen zu verzeichnen. Helen Clark setzte sich besonders stark für das umfassende neuseeländische Programm für Nachhaltigkeit und die Bewältigung des Problems des Klimawandels ein.

Helen Clark war in ihrer Eigenschaft als Premierministerin Mitglied des Council of Women World Leaders, einem internationalen Netzwerk amtierender und ehemaliger Präsidentinnen und Premierministerinnen, dessen Mission darin besteht, weltweit Entscheidungsträgerinnen auf höchster Ebene für gemeinsame Maßnahmen in Fragen zu mobilisieren, die für Frauen sowie für eine ausgewogene Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind.



Kapitel 2

Der wahre Wohlstand der Nationen – Erkenntnisse aus dem Bericht über die menschliche Entwicklung

Helen Clark

Helen Clark untersucht aus Anlass des 50. Jubiläums des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) die Fortschritte der menschlichen Entwicklung der letzten zehn Jahre und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie stützt ihre Analyse auf den erkenntnisreichen Bericht über die menschliche Entwicklung, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) jährlich zu solch unterschiedlichen Themen wie Geschlechtergleichstellung, Wasser, Menschenrechte, Klimawandel und Migration erstellt. Sie stellt fest, dass die Menschen im Durchschnitt heute gesünder, besser ausgebildet und wohlhabender sind als je zuvor. Während die Einkommensschere generell weiter auseinanderklafft, sind die Abstände bei den Gesundheits- und Bildungsergebnissen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschrumpft.

Im Hinblick auf die Zukunft bleibt es von entscheidender Bedeutung, dass alle Partner in der Entwicklungsarbeit kooperieren, um solide, auf Rechenschaftspflicht bedachte Institutionen und Systeme zu fördern, die in der Lage sind, nachhaltige Entwicklungsziele zu erreichen, den Bedürfnissen der Bürger gerecht zu werden, Schocks zu verarbeiten, die soziale Kohäsion zu fördern und Spannungen oder Streitfälle friedlich zu lösen.

Das 50. Jubiläum des Entwicklungsausschusses (DAC) der OECD ist eine hervorragende Gelegenheit, über die Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte nachzudenken und effektivere Lösungen für die Entwicklungsherausforderungen des 21. Jahrhunderts aufzuzeigen. Seit 1961 hat der DAC zur weltweiten Entwicklung beigetragen, indem er die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) definiert und sie in Bezug auf die vereinbarten Ziele beobachtet hat. Er hat auf die gute Umsetzung der EZ-Leistungen hingearbeitet sowie Leitlinien erstellt und Regeln guter Praxis verbreitet, um bessere EZ-Politiken zu fördern. Durch die Zusammenarbeit mit den wichtigsten Akteuren, einschließlich des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), hat der DAC die internationale Agenda zu Gunsten der Entwicklung beeinflusst und dabei stets die menschliche Seite der Entwicklung betont. Tatsächlich haben unsere Institutionen oft kooperiert, um das allgemeine Verständnis dieser Fragen zu fördern.

„Bei der Entwicklung geht es letztlich um einen Ausbau der Wahlmöglichkeiten und Fähigkeiten der Menschen – einschließlich der politischen Freiheiten und der Menschenrechte –, wodurch sie die Chance erhalten, ein langes, gesundes und kreatives Leben zu führen und Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf ihr Leben auswirken.“

Der jährliche *Bericht über die menschliche Entwicklung* wird inzwischen seit zwanzig Jahren durch das UNDP erstellt und bietet eine reichhaltige Informationsquelle über die Fortschritte der menschlichen Entwicklung. Der erste Bericht über die menschliche Entwicklung wurde im Jahr 1990 veröffentlicht und vertrat die Auffassung, dass „Menschen der wahre Wohlstand der Nationen sind“ (UNDP, 1990). Mit Eloquenz, philosophischer Klarheit und gehörigem geistigen Mut zerpfückte dieser erste Bericht ganze Schichten traditionellen Gedankenguts zum Thema Entwicklung, um die Bedeutung einer auf den Menschen konzentrierten Entwicklung zu betonen. Es wurde in dem Bericht anerkannt, dass es letztlich bei der Entwicklung um einen Ausbau der Wahlmöglichkeiten und Fähigkeiten der Menschen geht – einschließlich der politischen Freiheiten und der Menschenrechte –, wodurch sie die Chance erhalten, ein langes, gesundes und kreatives Leben zu führen und Entscheidungen zu beeinflussen, die sich auf ihr Leben auswirken.

Der Ansatz der Humanentwicklung

Die zentrale Prämisse jenes ersten Berichts über die menschliche Entwicklung war einfach: Die Entwicklung eines Landes sollte nicht allein am Nationaleinkommen gemessen werden, sondern anhand eines breiter angelegten Konzepts der menschlichen Entwicklung. In Zusammenhang mit diesem Bericht kombinierte der inzwischen bewährte Index der menschlichen Entwicklung (HDI) die Messgrößen der Lebenserwartung, der Bildung und des Lebensstandards.

Die Verfasser des ersten Berichts waren sich bewusst, dass der Index der menschlichen Entwicklung selbst Mängel aufweist: Beispielsweise verließ er sich auf nationale Durchschnitte, die eine unausgewogene Verteilung verschleierte, und berücksichtigte nicht die von den Autoren als „quantitatives Maß der menschlichen Freiheit“ beschriebene Dimension (UNDP, 1990). Die Autoren waren sich durchaus bewusst, dass sich der Ansatz der Humanentwicklung nicht auf die engen Grenzen des Index der menschlichen Entwicklung reduzieren ließ.

Die Spannweite des im *Bericht über die menschlichen Entwicklung* gewählten Ansatzes hat es ermöglicht, in den letzten zwanzig Jahren die Debatten zu einer großen Vielfalt dringender Herausforderungen für unseren Planeten zu gestalten. Die *Berichte über die menschliche Entwicklung* haben so unterschied-

liche Themen wie Gleichstellung der Geschlechter, Wasser, Menschenrechte, Klimawandel und Migration untersucht. Sie haben Politikempfehlungen formuliert, die in der Entwicklungszusammenarbeit inzwischen fest etabliert sind, einschließlich der Millenniumsentwicklungsziele (MDG).

In den letzten zwanzig Jahren hat der Ansatz der menschlichen Entwicklung Politikverantwortliche, Hochschullehrer, Forscher und EZ-Experten beeinflusst, und auch heute bietet er noch ein theoretisches Fundament für die Arbeit von UNDP und weiterer Akteure auf der ganzen Welt.

Zwanzig Jahre einer Neudefinition von Entwicklung

Ein rascher Überblick über die *Berichte über die menschliche Entwicklung* bringt zahlreiche Erkenntnisse, die für eine wirksame Entwicklung weiterhin von grundlegender Bedeutung sind. Der erste Bericht enthielt einen Aufruf zur Festlegung „globaler Ziele für die menschliche Entwicklung“, darunter Ziele zur Bekämpfung von Armut und Mangelernährung sowie eine Verbesserung der Grundbildung, der Basisgesundheitsdienste und des Zugangs zu sauberem Wasser.

Bereits im Jahr 1994 war im *Bericht über die menschliche Entwicklung* nachzulesen, dass das Konzept der Sicherheit viel zu lang von zwischenstaatlichem Konfliktpotenzial bestimmt wurde – wobei Sicherheit mit einer Kontrolle der Bedrohung von Staatsgrenzen gleichgesetzt wurde. In diesem Bericht wurde die menschliche Sicherheit weiter gefasst, im Sinne einer „Freiheit von Furcht und Freiheit von Not“ (UNDP, 1994). Diese radikale Abkehr von einer traditionellen Betrachtung von Frieden und Konfliktprävention führte im Kern an, dass Sicherheit durch Entwicklung und nicht durch Waffen geschaffen wird.

Das UNDP hat – in Zusammenarbeit mit den im Entwicklungsausschuss der OECD vertretenen bilateralen Gebern – in den folgenden Jahren mit Nachdruck daran gearbeitet, das traditionelle Sicherheitskonzept neu zu definieren, um es über die Stabilität des Staates und die nationale Sicherheit hinaus wesentlich zu erweitern und das Hauptaugenmerk auf die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen zu richten. Die Erkenntnis, dass Entwicklung und Sicherheit untrennbar miteinander verbunden sind, hat den Schwerpunkt der geberseitigen Unterstützung auf Reformen der Sicherheitssysteme verlagert, die einen Abbau der Armut und die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele unterstützen. In jüngerer Zeit hat sich das UNDP aktiv an den Anstrengungen des Entwicklungsausschusses beteiligt, die dafür sorgen sollen, dass die geberseitige Unterstützung die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft fördert, statt sie zu untergraben. Diese gemeinsamen Anstrengungen werden auch in wichtigen politischen Leitlinien des DAC formuliert (OECD, 2011).

„Die Erkenntnis, dass Entwicklung und Sicherheit untrennbar miteinander verbunden sind, hat den Schwerpunkt der geberseitigen Unterstützung auf Reformen der Sicherheitssysteme verlagert, die ... die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele unterstützen.“

Im Jahr 1995 präsentierte der *Bericht über die menschliche Entwicklung*, aufbauend auf der im Rahmen der VN-Dekade für Frauen und vor der vierten VN-Weltfrauenkonferenz (4.-15. September 1995 in Beijing) entstandenen Dynamik, eine ganze Bandbreite innovativer Empfehlungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Ermächtigung der Frauen. Er erkannte die Bedeutung unbezahlter Arbeit an, indem er die erste globale Schätzung des Werts nichtmonetärer Produktion durch Frauen und Männer in wirtschaftlichen und häuslichen Aktivitäten lieferte. In dem Bericht wurde argumentiert, dass „Investitionen in die Fähigkeiten der Frauen und die Stärkung ihrer Wahlmöglichkeiten die sichersten Wege zur Wirtschaftsentwicklung darstellen“ (UNDP, 1995). Der Bericht hob die Frage der Gewalt gegen Frauen hervor und forderte dazu auf, Massenvergewaltigungen und Folter gegen Frauen im Rahmen von Konflikten als Kriegsverbrechen anzuerkennen.

Die vierte Weltfrauenkonferenz war eine von mehreren richtungsweisenden Weltkonferenzen zu Entwicklungsthemen der 1990er Jahre. Andere befassten sich mit Bildung (Jomtien, 1990), Umwelt

Tabelle 2.1. Die internationalen Entwicklungsziele im Zeitverlauf

In Das 21. Jahrhundert gestalten dargelegte Ziele	Millenniumsentwicklungsziele und Zielvorgaben
Der Anteil der in den Entwicklungsländern in absoluter Armut lebenden Menschen soll bis zum Jahr 2015 zumindest halbiert werden (Ziel 1)	Halbierung des Anteils der Menschen, deren Einkommen weniger als 1 US-\$ pro Tag beträgt, zwischen 1990 und 2015 (Ziel 1, Zielvorgabe 1.A)
Bis zum Jahr 2015 soll in allen Ländern eine universale Grundschulbildung gesichert werden (Ziel 2a)	Bis 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Mädchen wie Jungen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen können (Ziel 2, Zielvorgabe 2.A)
Fortschritte auf dem Weg zu geschlechtlicher Gleichberechtigung und zur Befähigung der Frauen zur Selbstbestimmung sollen ihren konkreten Niederschlag in der Beseitigung des Gefälles in der Primar- und Sekundarschulbildung von Jungen und Mädchen bis zum Jahr 2005 finden (Ziel 2b)	Beseitigung des Geschlechtergefälles in der Primar- und Sekundarschulbildung, vorzugsweise bis 2005, und auf allen Bildungsebenen spätestens bis 2015 (Ziel 3, Zielvorgabe 3.A)
Die Sterblichkeitsraten bei Säuglingen und Kindern unter fünf Jahren sollen in allen Entwicklungsländern bis zum Jahr 2015 um zwei Drittel gegenüber dem Niveau von 1990 gesenkt werden (Ziel 2c)	Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken (Ziel 4, Zielvorgabe 4.A)
Die Müttersterblichkeitsrate soll bis 2015 um drei Viertel verringert werden (Ziel 2c)	Die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel reduzieren (Ziel 5, Zielvorgabe 5.A)
Über das System der gesundheitlichen Grundversorgung sollen alle Personen im entsprechenden Alter so bald wie möglich, spätestens jedoch bis zum Jahr 2015 Zugang zur Reproduktivgesundheitsfürsorge, darunter auch zu sicheren und verlässlichen Familienplanungsmethoden erhalten (Ziel 2d)	Universalzugang zur Reproduktivgesundheitsfürsorge erreichen (Ziel 5, Zielvorgabe 5.B)
In allen Ländern sollen bis zum Jahr 2005 nationale Strategien für eine nachhaltige Entwicklung in Umsetzung begriffen sein, um zu gewährleisten, dass der gegenwärtige Trend, der auf einen Schwund an Umweltressourcen – gemessen an Waldbeständen, Fischreichtum, Süßwasservorkommen, Klimazustand, Böden, Artenvielfalt, stratosphärischem Ozon, Anhäufung gefährlicher Substanzen und sonstigen wichtigen Indikatoren – hinausläuft, auf globaler wie nationaler Ebene bis zum Jahr 2015 effektiv umgekehrt wird (Ziel 3)	• Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren (Ziel 7, Zielvorgabe 7.A) • Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010 (Ziel 7, Zielvorgabe 7.B)
Ein engerer Pakt für effektive Partnerschaften (Artikel II.B)	Definition einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft (Ziel 8)

Quelle: OECD (1996) sowie die Website der Entwicklungsziele der Millenniumserklärung (der Vereinten Nationen), Verfügbar unter www.un.org/millenniumgoals.

(Rio de Janeiro, 1992), Bevölkerung (Kairo, 1994) und sozialer Entwicklung (Kopenhagen, 1995). Im Jahr 1996 fasste der DAC-Bericht *Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit* den Konsens dieser Konferenzen in einer kompakten Liste von Entwicklungszielen zusammen, die sich im Zeitverlauf messen und verfolgen lassen (Tabelle 2.1). Daraus entstand ein langfristiger Reflexionsprozess, der im Jahr 2000 in der Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen gipfelte.

In diesem Zusammenhang bot der *Bericht über die menschliche Entwicklung des Jahres 2000* den Menschenrechtsexperten einen gedanklichen Rahmen, sich effektiver mit „Entwicklung“ auseinanderzusetzen (UNDP, 2000). Es wurde darin, wie dies bereits ab und zu der Fall gewesen war, die Auffassung vertreten, dass Menschenrechte nicht als positives Ergebnis der Entwicklung zu betrachten sind, sondern eher als wichtige Voraussetzung, um Entwicklung zu ermöglichen.

Der Bericht des Jahres 2002 über die Vertiefung der Demokratie sprach sich nicht nur für „gute Regierungsführung“ und wirksame staatliche Institutionen aus, sondern auch für eine inklusive demokratische Regierungsführung als Politikpriorität (UNDP, 2002). Es wurde darin anerkannt, dass die Menschen aller Länder die Freiheit genießen möchten, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, ihre Meinungen kundzutun und an den Entscheidungen teilzuhaben, die ihr Leben beeinflussen – eine Einschätzung, die angesichts der jüngsten politischen Ereignisse im Nahen Osten einen starken Widerhall findet.

Im Jahr 2005 enthielt der *Bericht über die menschliche Entwicklung* Empfehlungen zu Entwicklungszusammenarbeit, Welthandel und Sicherheit (UNDP, 2005). Er skizzierte die grundsätzlichen Voraussetzungen für den Aufbau effektiver globaler Partnerschaften, darunter: die Festlegung einer Zielvorgabe für die Erreichung eines Verhältnisses der ODA zum Bruttonationaleinkommen (BNE) von 0,7% bis 2015, Maßnahmen zur Lösung des Problems untragbarer Schulden, Einschränkung der Konditionalität, stärkere Fokussierung auf den Aufbau von Institutionen und nationalen Kapazitäten, weniger auf breitangelegte makroökonomische Ziele, und Beendigung der ODA mit Lieferbindung, welche die Verwendung von EZ-Mitteln mit dem Kauf von Material und Dienstleistungen aus dem Geberland verband, anstatt den Empfängern zu erlauben, offene Märkte zu nutzen.

Auf jedem dieser Gebiete hat der DAC seine Kapazität der Zusammenführung und seine EZ-Monitoring-Systeme genutzt, um die Arbeit an den vereinbarten Zielen und Zielvorgaben zu fördern. Ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,7% ist von den DAC-Mitgliedern auf höchster Ebene wiederholt befürwortet worden. Es dient als Referenzwert für Selbstverpflichtungen zur Steigerung der ODA und hilft der OECD, ihre wesentliche Rolle dabei zu spielen, die Geber trotz der Wirtschaftskrise und des Wettbewerbs um Ressourcen für andere Ausgabenerfordernisse darin zu bestärken, die Finanzierung der Entwicklungsleistungen aufrechtzuerhalten. Desgleichen ist die Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen eines der Gebiete, auf denen der DAC besonders effektiv gewesen ist, da derzeit über 80% der bilateralen Leistungen keiner Lieferbindung mehr unterliegen (Anhang A, Abb. A.5). Der DAC hat diese Anstrengungen insbesondere auf die am wenigsten entwickelten Länder konzentriert.

„Ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,7% ... hilft der OECD, ihre wesentliche Rolle dabei zu spielen, die Geber darin zu bestärken, die Finanzierung der EZ aufrechtzuerhalten ...“

Von der globalen zur nationalen und regionalen Ebene

Das UNDP hat ferner über 140 Ländern dabei geholfen, im Zuge der Untersuchung der an sie gestellten Entwicklungsanforderungen ihre eigenen *Berichte über die menschliche Entwicklung* auszuarbeiten. Mehr als 600 nationale und subnationale Berichte sind bisher erstellt worden, und die UNDP-Regionalbüros haben darüber hinaus eine ganze Reihe von Berichten über unterschiedliche Weltregionen veröffentlicht.

Unter diesen Regionalberichten befand sich der fünf Bände umfassende, vom UNDP in Auftrag gegebene *Arabische Bericht über die menschliche Entwicklung*, in dem viele der Entwicklungsprobleme aufgezeigt

wurden, die z.T. für die diesjährigen Aufstände in arabischen Ländern verantwortlich waren. Diese Berichte, die seit 2002 produziert und von arabischen Intellektuellen und Entwicklungsexperten recherchiert und geschrieben werden, identifizierten drei wesentliche Defizite der menschlichen Entwicklung, denen die arabischen Länder gegenüberstehen: a) Regierungsführung, b) Ermächtigung der Frauen und c) Wissen.

In der Ausgabe 2009, *Herausforderung für die menschliche Sicherheit in den arabischen Staaten*, wurde festgestellt, dass fast 30% der jungen Menschen in den arabischen Ländern arbeitslos sind (UNDP, 2009). Da über 50% der Bevölkerung in dieser Region unter 25 Jahre alt sind, bedarf es einiger Millionen neuer Arbeitsplätze, um den jungen Menschen die Verwirklichung ihrer Zukunftsvorstellungen zu ermöglichen. Sie brauchen außerdem Gelegenheiten zur Teilnahme an Entscheidungsprozessen, die sich auf ihr Leben auswirken.

Eine Bestandsaufnahme nach 20 Jahren

Im Jahr 2010 bekräftigte der Bericht zum zwanzigjährigen Jubiläum, *Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung*, die ungebrochene Relevanz des Ansatzes der menschlichen Entwicklung für das Verständnis der unterschiedlichen Trends und Verlaufsformen der auf nationaler Ebene erzielten Fortschritte sowie für Überlegungen im Blick auf künftige Politikorientierungen (UNDP, 2010). Dieser Bericht bietet einen systematischen Überblick über die Ergebnisse der menschlichen Entwicklung in 135 Ländern während der letzten 40 Jahre, und die Autoren kommen zu dem Schluss, dass erhebliche Fortschritte erreicht wurden: Die Menschen sind heutzutage im Durchschnitt gesünder, besser ausgebildet und wohlhabender als je zuvor. Seit 1970 ist die Lebenserwartung im Weltdurchschnitt von 59 auf 70 Jahre gestiegen. Die Schulbesuchsquote wuchs von 55% auf 70%. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen hat sich in realer Rechnung auf über 10 000 US-\$ pro Jahr erhöht. Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* wird auch vermerkt, dass sich die Einkommensschere bis auf ein paar wichtige Ausnahmen in den letzten 40 Jahren zwar weiter geöffnet hat, der Abstand bei den Gesundheits- und Bildungsergebnissen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern sich hingegen deutlich verringerte.

Solche Verbesserungen erfolgen nie automatisch. Sie erfordern politischen Willen, kluge Politiken und ein stetiges Engagement der internationalen Gemeinschaft. So haben sich beispielsweise die enormen internationalen Investitionen in Moskitonetze zur Malariaabwehr und antiretrovirale Medikamente ohne Zweifel positiv auf die Lebenserwartung ausgewirkt.

Dennoch verliefen die Fortschritte in der menschlichen Entwicklung nicht linear. Wirtschaftskrisen, Konflikte, Naturkatastrophen, Epidemien und schwache Staats- und Regierungsführung blieben allesamt nicht ohne Folgen. In drei Ländern – der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Sambia und Simbabwe – ist der HDI heute niedriger als im Jahr 1970. Dennoch sind die HDI-Werte der DRK und Sambias in den vergangenen zehn Jahren gestiegen.

„Entwicklungspartner können effektive Arbeit leisten, indem sie eine inklusive Entwicklungsplanung unterstützen ...“

Die Jubiläumsausgabe zum 20. Erscheinen des *Berichts über die menschliche Entwicklung* betont außerdem zwei weitere wesentliche Themen: a) die Wege zu erfolgreicher Entwicklung sind zahlreich und vielfältig, und b) die Akzeptanz in den jeweiligen Ländern ist von entscheidender Bedeutung. Entwicklungspartner können effektive Arbeit leisten, indem sie eine inklusive Entwicklungsplanung unterstützen, die die Perspektiven der Armen und Marginalisierten widerspiegelt, und indem sie die Stärkung lokaler und nationaler Kapazitäten zur Mobilisierung von Ressourcen, Erbringung von Dienstleistungen und Findung evidenzbasierter Politikentscheidungen unterstützt.

Die Grundsätze sind der Weg

In den letzten zehn Jahren befanden sich fünf afrikanische Länder – Burkina Faso, Äthiopien, Mosambik, Ruanda und Uganda – unter den zehn Ländern mit den größten Fortschritten auf dem HDI. Die Herausforderung besteht darin, diese Art von Erfolg auszubauen und nachzubilden, um die menschliche Entwicklung voranzutreiben. Doch anstatt ein einziges Grundkonzept für Entwicklung erstellen zu wollen, wird im *Bericht über die menschliche Entwicklung* die Auffassung vertreten, dass grundlegende Prinzipien – und nicht etwa bestimmte Politikrezepte – in die nationalen Entwicklungsstrategien einfließen sollten.

Ebenso haben die anhaltenden Anstrengungen des DAC zu Gunsten einer Verbesserung der Verwaltung und Erbringung von EZ-Leistungen internationale Übereinkünfte und Grundsätze inspiriert, die die derzeitige EZ-Praxis leiten, insbesondere die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005 und den Aktionsplan von Accra von 2008. Diese „Roadmaps“ für eine effiziente und effektive Entwicklungszusammenarbeit helfen dabei, den Ländern die Verantwortung für ihre eigene Entwicklung zu übertragen sowie Kosten zu reduzieren, indem die Verfahren vereinfacht werden, und sie ermöglichen es sowohl den Geber- als auch den Partnerländern, Ergebnisse zu erzielen – kurzum, sicherzustellen, dass die Entwicklung zu Gunsten derer, die ihrer am meisten bedürfen, funktioniert.

Die politisch Verantwortlichen können viel dazu beitragen, das Leben der Menschen zu verbessern, auch bei wenig spektakulärem Wachstum. Wirtschaftliches Wachstum ist für die Entwicklung unbestreitbar notwendig, doch am wichtigsten ist, wie sich dieses Wachstum vollzieht. Wenn dieses Wachstum inklusiv ist und den Armen zugute kommt, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefördert werden, wenn es in den landwirtschaftlich geprägten ländlichen Regionen stattfindet, in denen so viele der Armen in den Entwicklungsländern leben, wenn es zur sozialen Sicherung beiträgt und zu höheren Steuereinnahmen führt, die zur Verbesserung der Gesundheits- und Bildungssysteme sowie der Infrastruktur genutzt werden können – dann wird es der Förderung der menschlichen Entwicklung zugute kommen.

„Wirtschaftliches Wachstum ist für die Entwicklung unbestreitbar notwendig, doch am wichtigsten ist, wie sich dieses Wachstum vollzieht.“

Eine Konzentration der Entwicklung auf die Menschen bedeutet, dass die Fortschritte gerecht und breit fundiert sein müssen. Es bedeutet, dass die Menschen aktiv an den Veränderungen teilhaben müssen, da die Entwicklung sich mit größerer Wahrscheinlichkeit verfestigen kann, wenn die Menschen ein wirkliches Mitspracherecht an ihrer Staatsführung und eine Gelegenheit zur Teilhabe an den Früchten der Fortschritte ihres Landes haben. Und es bedeutet, dass die heutigen Errungenschaften nicht zu Lasten der künftigen Generationen erzielt werden sollten.

Vierzig Jahre: Die Trends

Bei der Rückschau auf die allgemeinen Trends der letzten 40 Jahre ergibt sich aus dem *Bericht über die menschliche Entwicklung*, dass innerhalb der meisten Länder ein Anstieg der Einkommensungleichheit die Regel ist. Allerdings wurden in den meisten Teilbereichen der Befähigung zu einem selbstbestimmten Leben deutliche Fortschritte erzielt. In den letzten 40 Jahren kam es in vielen Regionen der Erde zu tiefgreifenden Veränderungen, mit einer besonders drastischen Ausbreitung der Demokratie in Europa, Zentralasien, Lateinamerika und der Karibik. Auch in Afrika, Ostasien und der Pazifikregion wurden auf diesem Gebiet deutliche Fortschritte verzeichnet.

Andererseits ist in dem Bericht zu lesen, dass bei der ökologischen Nachhaltigkeit in den meisten Bereichen Rückschritte zu beobachten sind. Vor zwanzig Jahren verabschiedeten die Umwelt- und

Entwicklungsminister der OECD-Länder die Leitlinien zu Entwicklung und Umwelt (OECD, 1992) – eine Reihe von Grundsätzen, die der DAC erarbeitet hatte, um Antworten auf Umweltbedrohungen wie Klimawandel, Abbau der Ozonschicht, Entwaldung und die Verschlechterung des Wasserangebots zu finden. Inzwischen hat die OECD mit ihren Politikorientierungen aus dem Jahr 2009 – *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation* – Leitlinien vorgelegt, mit denen sichergestellt werden kann, dass die wesentlichen Entwicklungsaktivitäten diese wichtige Frage berücksichtigen (OECD, 2009). Dennoch stellen die derzeitigen, nicht zukunftsfähigen Produktions- und Konsumstrukturen weiterhin eine der größten Herausforderungen für die menschliche Entwicklung dar, wie sich am Klimawandel, an der mangelhaften Luft- und Wasserqualität sowie der schwindenden Biodiversität zeigt.

Im Blick auf die Bedeutung des Schutzes unseres Planeten und seiner Ökosysteme sowie die Weiterverfolgung emissionsarmer Entwicklungswege und angesichts der anhaltenden internationalen Klimaverhandlungen sowie der anstehenden Konferenz der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2012 (Rio+20) wird sich der *Bericht über die menschliche Entwicklung 2011* auf das Thema Nachhaltigkeit konzentrieren.

Neue Maßnahmen für die Humanentwicklung

Die Ausgabe 2010 des *Berichts über die menschliche Entwicklung* stellte besonders die Tatsache heraus, dass „gute Dinge nicht immer gleichzeitig“ zu bekommen sind (UNDP, 2010). Beispielsweise könnten Länder einen hohen Index der menschlichen Entwicklung aufweisen und doch von Ungleichheit geprägt oder undemokratisch sein oder ein nicht nachhaltiges Entwicklungsmodell verfolgen. So rangierte Tunesien an siebter Stelle der 10 besten HDI-Ergebnisse im Verhältnis zu seinem Ausgangsniveau im Jahr 1970. Dennoch haben die jüngsten Ereignisse dort gezeigt, dass die menschliche Entwicklung nicht allein von besserer Gesundheit, besserer Bildung und höherem Einkommen abhängt, was uns wiederum zu dem breiter angelegten Konzept menschlicher Entwicklung bringt, in dem es darum geht, die Freiheiten und Wahlmöglichkeiten der Menschen zu verbessern.

Getreu seiner starken Tradition innovativer Messinstrumente stellte der Bericht 2010 einen überarbeiteten Index der menschlichen Entwicklung vor, der drei völlig neue Messgrößen enthält: einen die Ungleichheit einbeziehenden Index (Inequality Adjusted Index), einen Index für geschlechtsspezifische Ungleichheit und einen Index für mehrdimensionale Armut.

Wenn diese neuen Messgrößen angewendet werden, werden die Ergebnisse der Länder auf dem Index der menschlichen Entwicklung durch die Ungleichheit im Durchschnitt um 22% reduziert, wobei fast 40% der Länderpunktwerte um mehr als 25% sinken. Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass die Länder mit einem niedrigeren Index der menschlichen Entwicklung in der Regel auch die größte Ungleichheit aufweisen.

„... etwa ein Drittel der Bevölkerung der 104 Länder, für die Daten vorliegen – etwa 1,75 Milliarden Menschen – ist von multidimensionaler Armut betroffen.“

Selbstverständlich ist es für die Menschenrechte von Bedeutung, dass Mädchen und Frauen gleiche Bildungs- und Beschäftigungschancen sowie Zugang zu Gesundheitsdiensten erhalten und an der Entscheidungsfindung teilhaben. Der Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit zeigt, dass Initiativen in diesen Bereichen sich auch positiv auf die Humanentwicklung eines Landes auswirken. In zahlreichen Ländern sind jedoch die Müttersterblichkeitsraten sehr hoch, und Frauen genießen nicht in allen gemessenen Dimensionen gleiche Rechte, von der parlamentarischen Vertretung über Bildung bis hin zur Erwerbsbeteiligung.

Der neue mehrdimensionale Armutsindex, der von der Oxford Poverty and Human Development Initiative mit Unterstützung des UNDP entwickelt wurde, zeigt sich überschneidende Deprivationsmerkmale auf

der Ebene der privaten Haushalte in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Lebensstandard auf. Dieser Index kann den Politikverantwortlichen dabei helfen, besser zu verstehen, wie sich die Armut in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen äußert, und dadurch auf effektivere Weise Politikantworten zu formulieren und Ressourcen zuzuordnen. Schätzungsweise ein Drittel der Bevölkerung der 104 Länder, für die Daten vorliegen – etwa 1,75 Milliarden Menschen –, ist von multidimensionaler Armut betroffen. Dies bedeutet z.B., dass sie möglicherweise Teil eines Haushalts sind, in dem ein Mitglied unterernährt ist, in dem ein Kind gestorben ist oder in dem kein Familienmitglied fünf Jahre Bildung aufweist und/oder kein Kind im schulpflichtigen Alter tatsächlich eine Schule besucht.

Die Stärke der Zahlen

Während wir dem Erfolg der *Berichte über die menschliche Entwicklung* der letzten zwanzig Jahre und den seit 1970 erzielten Fortschritten bei der Humanentwicklung Achtung zollen, darf nicht vergessen werden, dass noch viel Arbeit vor uns liegt, damit alle Menschen ihr volles Potenzial entfalten können.

In dem Bericht wird darauf verwiesen, dass einzelne Staaten, wenn sie allein handeln, vielen der Probleme der heutigen Welt machtlos gegenüber stehen – von der Armutsbekämpfung über den Klimawandel und Epidemien bis zur Förderung eines gerechteren Handels, größerer Ernährungssicherheit und Konfliktbewältigung.

Dies ist ein weiteres Argument zu Gunsten stärkeren multilateralen Handelns und langfristiger, flexibler Partnerschaften, um Ländern dabei zu helfen, ihre Entwicklungsziele zu erreichen, einschließlich der Millenniumsentwicklungsziele. Es spricht ferner für die Bedeutung einer höheren und besseren ODA, die außerdem als Katalysator wirken kann, um den Ländern dabei zu helfen, die Institutionen, Systeme und Kapazitäten zu entwickeln, die sie brauchen, um ihre Perspektiven zu verbessern und private Investitionen sowie neue Quellen der Klimafinanzierung anzuziehen.

Das UNDP ist in den Entwicklungsländern universell präsent und hilft den Ländern dabei, ihre Entwicklungsziele zu erreichen. Wir arbeiten in über 160 Ländern und Gebieten, um die Armut zu mindern, eine demokratische Staatsführung zu fördern, HIV/AIDS und andere ansteckende Krankheiten zu bekämpfen, den Ländern bei der Krisenprävention und -bewältigung zu helfen und die Umwelt zu schützen sowie gegen den Klimawandel vorzugehen.

Wir bemühen uns ständig darum, zu den starken Veränderungen beizutragen, die die Länder sich wünschen, und ihre Widerstandskraft zu stärken, damit sie ihre Herausforderungen meistern können.

Die Entwicklung vorantreiben

Von Anfang an waren die *Berichte über die menschliche Entwicklung* in ihrem Denken unabhängig. Ihre Botschaft ist nicht überall willkommen. Hätten die Berichte nie kontroverse Themen behandelt und sachkundige Debatten über uns alle betreffende Themen angestoßen, dann würden sie das Denken im Bereich Entwicklung nicht weiterbringen.

Während der derzeitigen Vorbereitungsphase für das Vierte Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (29. November bis 1. Dezember 2011) ist es entscheidend, dass alle EZ-Partner zusammenarbeiten, um den Ländern dabei zu helfen, ihre Humanentwicklungsziele zu erreichen. Busan wird eine große Bandbreite an Akteuren zusammenführen – einschließlich der Süd-Süd-Entwicklungspartner, der Partnerländer, des privaten Sektors, der Organisationen der Zivilgesellschaft, Parlamentarier, Wissenschaftler und anderer Akteure. Gemeinsam können wir widerstandsfähige, auf Rechenschaftspflicht bedachte Institutionen

„Gemeinsam können wir widerstandsfähige, auf Rechenschaftspflicht bedachte Institutionen und Systeme fördern, die in der Lage sind, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen ...“

und Systeme fördern, die in der Lage sind, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, den Bedürfnissen der Bürger gerecht werden, auf Schocks zeitnah und entschieden antworten, den sozialen Zusammenhalt verbessern und bei Spannungen und Streitfällen friedlich vermitteln können. Seit zwanzig Jahren hat die Berichterstattung über die menschliche Entwicklung das Engagement für die Armutsbekämpfung weiterentwickelt, geistige Erkenntnisse sowie Ideen über Entwicklung gefördert, die einen erheblichen Beitrag zur weltweiten Entwicklung geleistet haben.

In Zusammenarbeit mit Partnern wie dem DAC freut sich das UNDP darauf, die Zusammenarbeit im Bereich Entwicklung zu stärken, um dieser Aufgabe weiter gerecht zu werden.

Quellenhinweise

OECD (2009), *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation: Policy Guidance*, OECD Publishing, Paris.

OECD (1996), *Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit*, OECD, Paris. Verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf.

OECD (1992), *DAC Guidelines on Aid and Environment*, OECD, Paris. Verfügbar unter www.oecd.org/document/33/0,3746,en_2649_34421_1887578_1_1_1_1,00.html.

UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) (2010), *Bericht über die menschliche Entwicklung 2010: Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung*, Vereinte Nationen, New York.

UNDP (2009), *Human Development Report 2009: Challenges to Human Security in the Arab Countries*, UNDP-Regionalbüro für arabische Staaten, Vereinte Nationen, New York.

UNDP (2005), *Bericht über die menschliche Entwicklung 2005: Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt: Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt*, Vereinte Nationen, New York.

UNDP (2002), *Bericht über die menschliche Entwicklung 2002: Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt*, Vereinte Nationen, New York.

UNDP (2000), *Bericht über die menschliche Entwicklung 2000: Menschenrechte und menschliche Entwicklung*, Vereinte Nationen, New York.

UNDP (1995), *Bericht über die menschliche Entwicklung 1995: Gleichstellung der Geschlechter und menschliche Entwicklung*, Vereinte Nationen, New York.

UNDP (1994), *Bericht über die menschliche Entwicklung 1994: Neue Dimensionen menschlicher Sicherheit*, Vereinte Nationen, New York.

UNDP (1990), *Human Development Report 1990: Concept and Measurement of Human Development* (nicht auf Deutsch verfügbar), Vereinte Nationen, New York.

N.B.: Die deutschen Ausgaben sind beim UNO-Verlag, Bonn, erhältlich.

Literaturverzeichnis

OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (2011), *Supporting Statebuilding in Situations of Conflict and Fragility: Policy Guidance*, DAC Guidelines and Reference Series, OECD Publishing, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264074989-en>.

Donald Kaberuka ist der siebte Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbankgruppe.

Als Präsident der Entwicklungsbankgruppe führt Donald Kaberuka von Amts wegen den Vorsitz in den Verwaltungsorganen der Institution: im Direktorium der Afrikanischen Entwicklungsbank und im Direktorium des Afrikanischen Entwicklungsfonds, der vergünstigte Kredite vergibt.

Vor Beginn seiner Tätigkeit bei der Bank war Donald Kaberuka Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung in Ruanda (1997-2005), und er wird allgemein als der Hauptarchitekt des nach dem Krieg eingeleiteten erfolgreichen Wiederaufbau- und Wirtschaftsreformprogramms des Landes anerkannt. Er war für die Einführung und Umsetzung weitreichender Wirtschafts- und Governance-Reformen im Bereich der Finanz-, Geld-, Haushalts- und Strukturpolitik, einschließlich der Unabhängigkeit der Zentralbanken des Landes, verantwortlich. Diese Reformen führten in Ruanda zu einer beachtlichen wirtschaftlichen Erholung und zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, wodurch sich das Land im April 2005 für einen Schuldenerlass im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder qualifizierte.

Als Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung vertrat Donald Kaberuka Ruanda als Gouverneur der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Afrikanischen Entwicklungsbank.

Donald Kaberuka studierte in Tansania und im Vereinigten Königreich. Er erwarb an der University of Glasgow in Schottland einen Master (MPhil Econ) und promovierte zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften (PhD in Economics). Er spricht fließend Englisch, Französisch und Suaheli.



Kapitel 3

Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit in Afrika: Was wir in den letzten 50 Jahren gelernt haben

Donald Kaberuka

Donald Kaberuka ist sich der Tatsache bewusst, dass die Entwicklungspolitik in den letzten fünfzig Jahren einen weiten Weg zurückgelegt hat und dass sie sich ständig weiter entwickelt – mit unterschiedlichen Zielen, Akteuren und Instrumenten. In diesem Kapitel werden die mit der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika gemachten Erfahrungen untersucht, es wird auf einige der gewonnenen Erkenntnisse näher eingegangen, und es werden Orientierungen für die Zukunft vorgeschlagen. Afrika war in den letzten fünfzig Jahren in vielerlei Hinsicht ein Versuchslabor, das die Entwicklung der Geberpolitiken und -praktiken sowie die Änderungen im geopolitischen Umfeld widerspiegelte.

Mit Blick auf die Zukunft betont Donald Kaberuka, dass es bei Entwicklung um viel mehr geht als um EZ-Leistungen: Entwicklungszusammenarbeit – wirkliche Partnerschaft – erfordert einen Dialog unter Beteiligung der Empfänger, der traditionellen und nichttraditionellen Geber und des Privatsektors. Sein Fazit lautet, dass Entwicklungszusammenarbeit – und der Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD – in Afrika immer noch eine wichtige Rolle spielen.

Afrika war in den letzten fünfzig Jahren im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in vielerlei Hinsicht ein Versuchslabor, das Schwerpunktverlagerungen in den Geberpolitiken und -praktiken sowie Änderungen im geopolitischen Umfeld widerspiegelte. Die Auswirkungen waren insgesamt positiv, selbst wenn sie isoliert von anderen Faktoren nur schwer zu quantifizieren sind. Eine Entwicklungszusammenarbeit, die über EZ-Leistungen hinausgeht, spielt in Afrika immer noch eine wichtige Rolle. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über diese fünfzig Jahre, geht näher auf einige der gewonnenen Erkenntnisse ein und bietet Lösungsansätze für die Zukunft.

Politik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungspolitik hat sich verändert und entwickelt sich ständig weiter. EZ-Leistungen wurden zunächst als vorübergehendes postkoloniales Phänomen betrachtet. Sie konzentrierten sich ursprünglich auf die externe Bereitstellung von hauptsächlich bilateraler Finanzhilfe zur Unterstützung eines Entwicklungsmodells, das dem Pfad einer staatlich gelenkten Industrialisierung folgen sollte. Als klar wurde, dass dadurch, anders als erwartet, die Armut nicht reduziert wurde – und dass sich die Lage im Gesundheits- und Bildungsbereich nicht zwangsläufig verbessert hatte –, wurde der Schwerpunkt auf direktere sozioökonomische Ziele verlagert. Ein zunehmender Betrag der EZ-Leistungen wurde nach und nach in die sozialen Sektoren und in Aktionen im Bereich der humanitären Hilfe und der Nothilfe geleitet, wobei viele bilaterale Geber ihre Mittel für Landwirtschaft und Infrastruktur reduzierten.

In den 1980er und 1990er Jahren stieg die afrikanische Schuldenlast wegen der hohen Zinsen explosionsartig an. Die Antwort der Geber bezog sich auf makroökonomische Aspekte und war an Bedingungen geknüpft: Es wurde beschlossen, Schuldenerleichterungen an strengere Politikaufgaben zu knüpfen, auf Strukturanpassungsmaßnahmen zu bestehen und die Rolle des Staates und der staatlichen Unternehmen zu reduzieren. Dieser Ansatz wurde als Washington-Konsens bekannt. Im Jahr 1996 wurde die Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) beschlossen, um die Schuldenlast vieler afrikanischer Staaten zu bewältigen und sie auf ein langfristig tragfähiges Niveau zu senken.

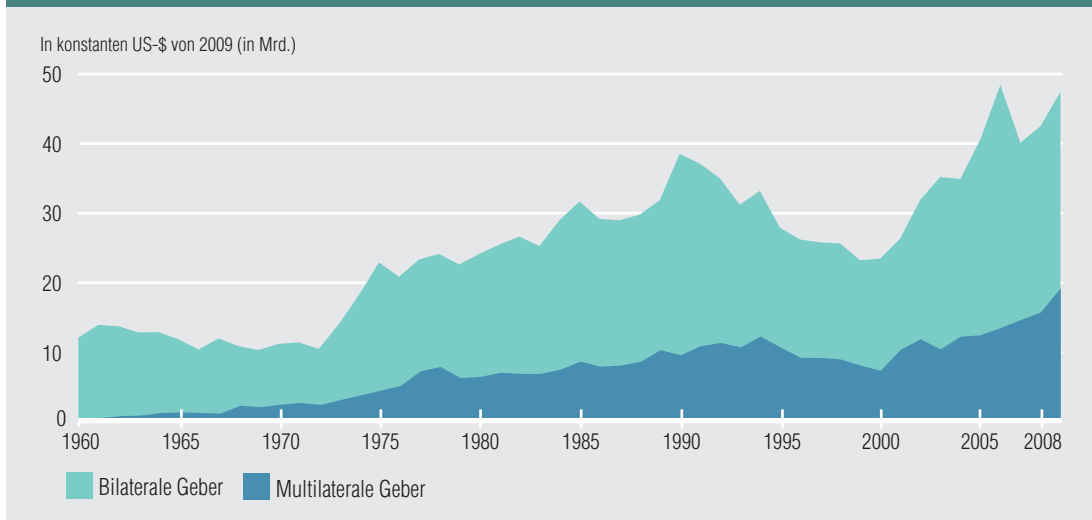
Trotz dieser Anstrengungen blieben die Erfolge begrenzt. Es war offensichtlich, dass echte Entwicklungsfortschritte eine gute Regierungsführung und eine gute institutionelle Grundlage erfordern. Als Reaktion darauf sollten sich die EZ-Leistungen auf die Länder konzentrieren, die eine gute Erfolgsbilanz aufweisen. Dies führte jedoch dazu, dass zwischen „Lieblingländern“ und „Stiefkindern“ der Gebergemeinschaft unterschieden wurde und dass fragile und gescheiterte Staaten sowie deren Auswirkungen auf ihre Nachbarländer vernachlässigt wurden.

„In der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2005 wurden zum ersten Mal in der Geschichte Vergleichsmaßstäbe für Geberpraktiken gesetzt ...“

In jüngster Zeit konzentrieren sich die Geber verstärkt darauf, die Wirksamkeit der EZ-Leistungen zu steigern und Ergebnisse zu erzielen. In der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2005 wurden zum ersten Mal in der Geschichte Vergleichsmaßstäbe für Geberpraktiken gesetzt, die dann 2008 in Accra im Aktionsplan von Accra überprüft und aktualisiert wurden.

Im gleichen Zeitraum wurde dieser Politikansatz zwar durch die sukzessive Festlegung von quantitativen Entwicklungszielen unterstützt, es fehlte jedoch der politische Wille,

Abbildung 3.1 ODA-Nettoauszahlungen an Afrika nach Gebern
(Zu jeweiligen Preisen in Mrd. US-\$)



Quelle: OECD Development Assistance Committee Statistics, 2011. [StatLink !\[\]\(a1f361090ddffdf9a3763af3034ac366_img.jpg\) http://dx.doi.org/10.1787/888932512119](http://dx.doi.org/10.1787/888932512119)

diese Ziele auch zu erreichen. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloss 1970, dass die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder ihre EZ-Leistungen aufstocken und ihr Möglichstes tun sollten, um bis Mitte des Jahrzehnts 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) bereitzustellen. Im Monterrey-Konsens von 2002 wurden die Geber aufgefordert, „konkrete Anstrengungen zu unternehmen“, um dieses Ziel zu erreichen. Bis heute hat jedoch nur eine Handvoll Geber dieses Ziel erreicht.

Bis Anfang der 1990er Jahre war zwar ein stetiger Anstieg der EZ-Leistungen an Afrika festzustellen, darauf folgte jedoch fast ein ganzes Jahrzehnt mit rückläufigen Leistungen, bevor in diesem Jahrhundert wieder eine rasche Zunahme zu verzeichnen war, als die Auszahlungen der Schuldenerleichterung verbucht wurden (Abb. 3.1). In den letzten Jahren wurden auf mehreren aufeinander folgenden G8-Gipfeln Zusagen für die Aufstockung der Hilfe gemacht oder bekräftigt. Insbesondere auf dem Gipfel von Gleneagles im Jahr 2005 versprachen die G8, die EZ-Leistungen an Afrika bis 2010 zu verdoppeln. Durch politischen Druck wurde dieses relativ starke Engagement aufrechterhalten, selbst wenn die Umsetzung eindeutig hinter den vereinbarten Zielen zurückbleibt.

Multilaterale Entwicklungsleistungen sichern auf der Grundlage transparenter Kriterien, die frei von nationalen politischen Präferenzen sind, zweifellos eine gerechtere Verteilung der EZ-Leistungen. Ihr Anteil an den EZ-Leistungen insgesamt ist jedoch nur langsam gestiegen, von etwa einem Fünftel 1970 zu einem Viertel 1985, und seitdem liegt ihr Anteil bei ungefähr einem Drittel.

Gleichzeitig ist die Zahl der entwicklungspolitischen Akteure, dazu gehören bilaterale, multilaterale, nichtstaatliche und karitative Organisationen, stark angestiegen. Die Ziele sind heterogener geworden, die Zahl der Akteure und Instrumente ist angestiegen, und die Geberinitiativen und -mittel sind stärker vertikal ausgerichtet. Dennoch hat der Entscheidungsspielraum der Entwicklungsländer nicht zugenommen: Die länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen (Country Programmable Aid – CPA)¹ – der programmierbare Teil der Leistungen, der nationale Entwicklungsprioritäten unterstützt – blieb im letzten Jahrzehnt (bei Ausklammerung der technischen Hilfe) konstant bei 41% der bilateralen EZ-Bruttoleistungen der Geber.

„Gleichzeitig ist die Zahl der entwicklungspolitischen Akteure, ... bilaterale, multilaterale, nichtstaatliche und karitative Organisationen, stark angestiegen.“

Diese kurze Zusammenfassung zeigt eindeutig, dass die wichtigsten politischen Veränderungen in der Zuteilung und Zusammensetzung der EZ-Leistungen trotz der offiziellen Verlautbarungen in Bezug auf die Eigenverantwortung und Prioritäten der betroffenen Länder im Wesentlichen von den Lieferanten bestimmt wurden. Die Geber haben natürlich legitime Interessen und müssen gegenüber ihren Steuerzahlern Rechenschaft ablegen, die Ergebnisse sind jedoch oft verwirrend und manchmal widersprüchlich. Außerdem gibt es keine sicheren Erkenntnisse in Bezug auf die beste Vorgehensweise. Afrika muss sich also anpassen und reagieren, und diese Aufgabe bleibt angesichts der Komplexität der Fragen schwierig. Es ist offensichtlich, dass es keine Entwicklungsstrategie gibt, die für alle angemessen ist; Afrika ist ein großer und sehr vielfältiger Kontinent mit 54 Ländern.

Der globale Kontext

Der politische Kontext der Entwicklungszusammenarbeit hat sich analog zu den breiteren Interessen der staatlichen Akteure im Lauf der Zeit ebenfalls verändert. Politische Interessen bestimmten die Zuteilung und Zusammensetzung der EZ-Leistungen und die Bindung der EZ-Finanzierung an Lieferungen aus dem Geberland. In den ersten Jahren machte sich der Ost-West-Wettbewerb im Kalten Krieg bemerkbar, weil jede Seite versuchte, ihren Einfluss in Afrika – z.B. in der Demokratischen Republik Kongo (DRK), in Äthiopien und in Somalia – zu vergrößern. Dies änderte sich mit dem Fall der Berliner Mauer, was sich im Rückgang der EZ-Leistungen der großen Geberländer in den 1990er Jahren zeigte.

„Die jüngsten Unruhen in Nordafrika haben die Notwendigkeit eines inklusiven Wachstums, das allen zugute kommt, von Beschäftigungsgewinnen sowie stärkerer Mitsprache und Rechenschaftspflicht schlaglichtartig verdeutlicht.“

Die Globalisierung und die Liberalisierung der Finanzmärkte haben das Bewusstsein in Bezug auf die Interdependenz der Welt erhöht und die Finanzkrise hat deutlich gezeigt, wie schnell die Ansteckung fortschreiten kann. Heute wird allgemein anerkannt, dass kein Land immun ist; selbst der am wenigsten integrierte Kontinent – Afrika – war betroffen. Frühere Politikempfehlungen über die Rolle des Marktes und den entwicklungslenkenden Staat wurden in Frage gestellt. Die jüngsten Unruhen in Nordafrika haben die Notwendigkeit eines inklusiven Wachstums, das allen zugute kommt, von Beschäftigungsgewinnen sowie stärkerer Mitsprache und Rechenschaftspflicht schlaglichtartig verdeutlicht.

Die wichtigste Veränderung war aber zweifellos der rasche und andauernde wirtschaftliche Aufstieg Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas (BRICS), insbesondere der Aufstieg Chinas. Obwohl sie als „neue Geber“ gesehen werden, engagieren sich insbesondere Indien und China bereits seit längerer Zeit für und in Afrika. Zusammen mit Brasilien gehören sie heute zu den wichtigsten Handelspartnern Afrikas. Ihre Einfuhren von Mineralien und Rohstoffen aus Afrika haben sich im letzten Jahrzehnt vervielfacht – der Handel mit Brasilien hat sich z.B. versechsfacht. Und die afrikanischen Exporteure haben von dem Anstieg der Rohstoffpreise profitiert. Die Investitionen der BRICS in Afrika steigen weiter an, vor allem in den oben genannten Sektoren, und das Interesse an Technologietransfer sowie an einem Süd-Süd-Erfahrungsaustausch nimmt zu.

Der G20-Gipfel 2010 in Seoul markierte einen wichtigen Paradigmenwechsel. Wachstum ist jetzt das politische Ziel, wobei den Antriebskräften des Wachstums Priorität eingeräumt wird. Es wird allgemein anerkannt, dass der Fortschritt von einem breiten Spektrum von Faktoren abhängt und durch eine bessere Kohärenz zwischen Handel, Investitionen, EZ-Leistungen, Migration und nationaler Politik flankiert werden muss. EZ-Leistungen stellen in den meisten afrikanischen Ländern nicht mehr die wichtigste Komponente dar. Sie sind nur ein Element in einem Mix von Finanzströmen: Heimatüberweisungen von Arbeitsmigranten, Handel sowie inländische und ausländische Investitionen. Afrika kann sich also nicht allein auf EZ-Leistungen verlassen, sondern muss nach zusätzlichen Mitteln Ausschau halten und dafür sorgen, dass sich das Unternehmertum auf dem Kontinent entfalten kann.

In den 1960er und 1970er Jahren unterschieden sich die Wachstumsraten in Afrika nicht wesentlich von denen in Asien, danach jedoch kam es in Afrika zu einer fast zwei Jahrzehnte andauernden Stagnation. Fast alle afrikanischen Volkswirtschaften wiesen hohe Haushaltsdefizite, zweistellige Inflationsraten und eine steigende Schuldenlast auf; Grundstoffe waren knapp, die Armut war allgegenwärtig und nahm zu. Es gab kaum ausländische Investitionen und ein hohes Maß an Kapitalflucht. Das Wachstum belebte sich Ende der 1990er Jahre wieder, bis die Finanzkrise zehn Jahre Wachstum vorübergehend ein Ende setzte.

Im Vergleich zu den Fortschritten in Asien oder den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) sind die Ergebnisse enttäuschend. In einigen Bereichen wurden wirkliche Fortschritte erzielt: So ist z.B. die Alphabetisierungsrate von 28% im Jahr 1970 bis heute auf fast 60% gestiegen, und die Einschulungsrate hat sich beträchtlich verbessert. Zu viele afrikanische Länder rangieren auf der Liste der Indikatoren für die soziale Entwicklung aber immer noch weit unten: Von den 177 im Index der menschlichen Entwicklung aufgeführten Ländern (Kapitel 2) liegen die untersten 35 in Subsahara-Afrika.

Das bedeutet aber keineswegs, dass EZ-Leistungen an Afrika nur als eine Geschichte des Scheiterns und der Geldverschwendung zu sehen sind. In den letzten zehn Jahren haben viele Länder ihre Wirtschaftspolitik beträchtlich verbessert – was sich daran zeigt, dass sie die Inflation eingedämmt und die öffentlichen Finanzen, die Leistungsbilanzen und die Bedingungen wirtschaftlicher Tätigkeit verbessert haben. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 5,6% pro Jahr gehörte Afrika unmittelbar vor der Finanzkrise des Jahres 2008 zu den Entwicklungsregionen mit dem schnellsten Wachstum. Und im Großen und Ganzen wurde die makroökonomische Stabilität trotz der gestiegenen Nahrungsmittel- und Kraftstoffpreise nicht beeinträchtigt. Die von den meisten afrikanischen Ländern durchgeführten politischen und institutionellen Reformen haben, gestützt durch steigende EZ-Leistungen und Schuldenerlasse, Früchte getragen.

Heute haben 26 von 33 afrikanischen Ländern, die im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) bzw. der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) für Schuldenerleichterung in Frage kommen, den Erfüllungspunkt (Completion Point) erreicht und sich so unwiderruflich für eine Schuldenerleichterung im Rahmen der HIPC-Initiative und einen Schuldenerlass im Rahmen der MDRI qualifiziert. Die Weltbankgruppe hat im Rahmen der HIPC-Initiative in nominaler Rechnung Hilfe in Höhe von 2,9 Mrd. US-\$ (51,3% des bereitgestellten Gesamtbetrags in Höhe von 5,7 Mrd. US-\$) für Afrika bereitgestellt. Die afrikanischen Länder haben die Finanzkrise insgesamt gut überstanden und erleben zurzeit eine wirtschaftliche Erholung. Die Widerstandsfähigkeit Afrikas ist stärker geworden und die meisten afrikanischen Entscheidungsträger sind entschlossen, ihre Reformprogramme fortzusetzen. Afrika hat jetzt das Potenzial, sich zu einem Wachstumspol zu entwickeln.

„Die Widerstandsfähigkeit Afrikas ist stärker geworden, und ... Afrika hat jetzt das Potenzial, sich zu einem Wachstumspol zu entwickeln.“

Es gibt zahlreiche Erfolgsgeschichten, die diesen Fortschritt auf Projektebene verdeutlichen, und die Erfolgsquote der Projekte ist insgesamt positiv. Die Länder weisen über den Kontinent verteilt und im Zeitverlauf eine unterschiedliche Erfolgsbilanz auf. Es gibt jedoch Beispiele für nachhaltige Fortschritte: So ist Botsuana z.B. ein Musterbeispiel für zweckmäßige Politikmaßnahmen und eine gute Regierungsführung; in Ruanda hat sich die Lage nach dem Völkermord stabilisiert, und das Land verzeichnet ein stetiges jährliches Wachstum; Guinea Bissau hat solche Fortschritte erzielt, dass das Land weniger zinsverbilligte Kredite der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) benötigt und heute Kredite zu weniger vergünstigten Bedingungen aufnehmen kann.

Gewonnene Erkenntnisse

Eine wichtige Lehre aus den letzten fünfzig Jahren besteht darin, dass der Förderung der Integration nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Afrika ist nach wie vor nur schwach in die Weltwirtschaft

integriert, und nur ungefähr 3,5% des Welthandels entfallen auf Afrika. Die 16 afrikanischen Länder ohne Zugang zum Meer stehen vor einer zusätzlichen Herausforderung, da ihr Zugang zur übrigen Welt auch von den Verkehrsnetzen der Küstenländer abhängt. Afrika würde von einer besseren wirtschaftlichen Integration profitieren, nicht nur in Bezug auf die Welt insgesamt, sondern auch innerhalb des Kontinents. Es ist z.B. offensichtlich, dass die regionale Integration bei der Finanzkrise als „Puffer“ gewirkt hat, insbesondere in Ostafrika.

Der Aufbau regionaler Infrastrukturnotenpunkte und die Bündelung von Ressourcen würden zu Skaleneffekten und Kostensenkungen führen. Dabei handelt es sich jedoch um langfristige Projekte, die oft politische und technische Schwierigkeiten mit sich bringen und eine dauerhafte mehrjährige Finanzierung erfordern. Nur wenige Geber stellen erhebliche Mittel für regionale Projekte bereit, und selbst die multilateralen Einrichtungen haben nur begrenzte Mittel zur Verfügung.

Es herrscht Konsens dahingehend, dass das Wachstum in Afrika vom Privatsektor ausgehen wird. Der Entwicklung des Privatsektors wird jedoch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, und die meisten Geber halten sich mit Direktinvestitionen zurück. Der schlechte Zustand der Infrastruktur – insbesondere eine unzureichende und unzuverlässige Energieversorgung – stellt nach wie vor ein großes Hindernis für die Entwicklung des Privatsektors dar. Eine Beseitigung der Infrastrukturlücke Afrikas würde die Wirtschaftskraft des Kontinents stärken und die Integration fördern.

Es ist inzwischen nachgewiesen, dass die Infrastruktur das Wachstum fördert. Das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum wurde in Afrika durch Infrastrukturverbesserungen von 1990 bis 2005 um 1 Prozentpunkt erhöht – das ist mehr als der Beitrag der im gleichen Zeitraum durchgeführten makroökonomischen Stabilisierung und strukturpolitischen Maßnahmen. Eine Verbesserung der Infrastruktur der Region auf das Niveau der übrigen Entwicklungsländer erfordert jedoch Investitionen von etwa 93 Mrd. US-\$ pro Jahr – das entspricht 15% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Region – für die nächsten zehn Jahre. Zurzeit wird nur ungefähr die Hälfte dieses Betrags gedeckt. Traditionelle Finanzierungsquellen werden nicht ausreichen, Innovation und Reformen sind von entscheidender Bedeutung, um mehr Ressourcen zu generieren.

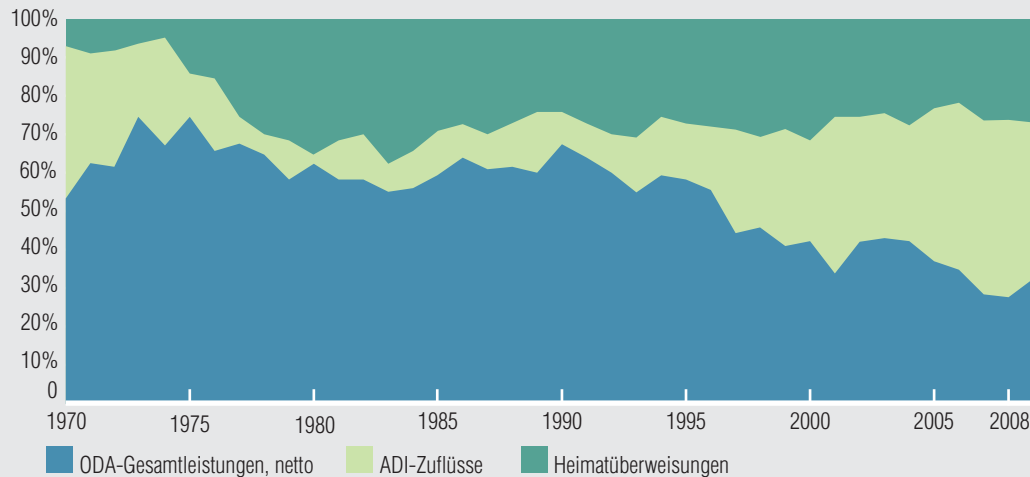
„Den Befunden zufolge hat Marktöffnung für den Handel positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum – natürlich unter der Voraussetzung, dass die Angebotskapazitäten ausreichen.“

Glücklicherweise haben wir die relativ müßigen anfänglichen Debatten über den komparativen Nutzen von EZ-Leistungen und Handel sowie den Einsatz von gemischten Krediten hinter uns gelassen. Den Befunden zufolge hat Marktöffnung für den Handel positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum – natürlich unter der Voraussetzung, dass die Angebotskapazitäten ausreichen. Die sukzessiven Runden der multilateralen Handelsliberalisierung haben leider auch die Schwierigkeiten für zahlreiche Niedrigeinkommensländer deutlich gemacht, von den Vorteilen einer Marktöffnung und neuer Handelsmöglichkeiten zu profitieren. Die Handelspräferenzen der OECD-Länder sind wichtig für Afrika und haben beträchtliche Vorteile mit sich gebracht.

Die Schätzungen sind unterschiedlich, Forschungsarbeiten gelangen jedoch zu dem Schluss, dass der Wert dieser Präferenzen etwa 4% der Exporte der Empfängerländer beträgt – deutlich mehr als die Vorteile, die durch die Präferenzen der Vereinigten Staaten und Japans erzielt werden. Der Unterschied ist auf höhere Präferenzbeträge, ein breiteres Spektrum von erfassten Erzeugnissen und weniger strenge Ursprungsregeln zurückzuführen.

Mauritius ist ein besonders gutes Beispiel für eine erfolgreiche Entwicklung. Zuckerexporte zu einem über dem Weltpreis liegenden Preis haben es dem Land ermöglicht, seine Industriestruktur zu diversifizieren, u.a. durch den Aufbau einer vertikal integrierten Bekleidungsindustrie, die sogar im Wettbewerb mit China bestehen kann. Analog dazu ermöglichten es die im Rahmen des African Growth and Opportunity

Abbildung 3.2 EZ-Leistungen und sonstige externe Mittelzuflüsse an Afrika
(In Prozent)



Quelle: Datenbanken der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (2011), sowie OECD, Development Assistance Committee Statistics (2011).

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932512138>

Act (AGOA) eingeführten Präferenzen Kenia, Lesotho und Swasiland, ihre Bekleidungsindustrie zu entwickeln. Die Handelspräferenzen der Europäischen Union (EU) ermöglichten Botsuana eine Steigerung der Rindfleischexporte und Kenia eine Erhöhung seiner Exporte von Gartenbauerzeugnissen in die EU. In letzter Zeit werden diese Präferenzen in Frage gestellt, und die afrikanischen Länder werden unter Druck gesetzt, ihre Importe zu liberalisieren, was jedoch Risiken für Länder mit einer schwachen Finanzlage birgt, die auf Handelsteuern angewiesen sind.

Öffentlich-private Partnerschaften bieten beträchtliche Vorteile, selbst wenn die bisherigen Erfahrungen uneinheitlich sind. So wurden z.B. etwa 40% aller Wasserverträge, die den Privatsektor betreffen, vor Ablauf gekündigt, und bei Eisenbahnkonzessionen waren Fehleinschätzungen, unrealistische Erwartungen und mangelnde Kapitalausstattung festzustellen. In Afrika sind zwar hohe Renditen zu erzielen, den Privatinvestoren fehlen jedoch oft die für den Erfolg erforderlichen lokalen Fachkenntnisse und Erfahrungen. Mechanismen wie Bürgschaften und Koinvestitionen mit internationalen Finanzinstitutionen können dazu beitragen, die für Privatinvestoren mit Investitionen in einem schwierigen Umfeld verbundenen Risiken zu mildern. Außerdem können die Renditen in Projekten, die sonst kommerziell nicht attraktiv wären, durch innovative Finanzstrukturen erhöht werden.

Es ist offensichtlich, dass Afrika sich nicht nur auf externe Finanzmittel verlassen darf, um seine Entwicklungsbedürfnisse zu befriedigen. In der Praxis übersteigen finanzielle Leistungen aus anderen Quellen bereits die EZ-Leistungen, wie Abbildung 3.2 zu entnehmen ist.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass inländische und ausländische Investoren von einer Verbesserung des Investitionsklimas profitieren. Es muss jedoch noch mehr getan werden, um die Finanzmärkte in Afrika auszubauen. Das afrikanische Finanzsystem ist zu bankbasiert, übermäßig konzentriert und nicht wettbewerbsfähig. Kredite haben kurze Laufzeiten und sind teuer, die Banken halten nur wenige Unternehmensanteile, und die Anleihemärkte werden von den Regierungen beherrscht. Neue Instrumente können dazu beitragen, alternative Finanzierungsquellen zu mobilisieren und den Zugang zu Finanzmitteln

sowie deren Bereitstellung zu verbessern. Neue Finanzquellen wie Pensionsfonds, Staatsfonds und Beteiligungsfonds müssen angezapft werden. Auf lokale Währung lautende Infrastrukturanleihen werden zunehmend eingesetzt, um einheimische Ressourcen für die Infrastruktur zu mobilisieren, u.a. von Kleinanlegern. Defizite in der Infrastruktur, insbesondere im Energiebereich, bieten gute Anlagemöglichkeiten.

„Afrika muss seinerseits die Vorteile, die sich aus der starken Zunahme der Mineralexploration ... ergeben, kritisch überprüfen ...“

Afrika muss seinerseits die Vorteile, die sich aus der starken Zunahme der Mineralexploration und dem Anstieg der Rohstoffpreise ergeben, kritisch überprüfen und Rechenschaft über die Nutzung dieser Ressourcen ablegen. In Afrika wird bisher zu wenig in die Wertschöpfung, in die Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten, in Kompetenzentwicklung und in Technologietransfer investiert. Landkonzessionen und Investitionsvorlagen für großvolumige Agrarprojekte, die für den Export und für Biokraftstoffe vorgesehen sind, sollten ebenfalls sorgfältig geprüft werden, da sie allzu oft systemische Auswirkungen haben (z.B. der Einsatz schwindender Wasserressourcen oder die Auswirkungen auf die inländische Ernährungssicherheit).

Die Debatten über Klimawandel und über Entwicklung wurden bisher zu einem gewissen Grad getrennt voneinander geführt. Das ist ein Fehler, da sie eng miteinander verbunden sind, insbesondere im Bereich der Anpassung. Außerdem gibt es in den ärmeren Ländern einen wirklichen Zielkonflikt, da knappe Entwicklungsressourcen möglicherweise in Klimaschutzmaßnahmen umgeleitet werden – trotz der offiziellen Verlautbarungen, dass für den Klimaschutz vorgesehene Finanzmittel neue und zusätzliche Leistungen sein sollten. Diese Frage ist für Afrika von großer Bedeutung: Obwohl der Kontinent weniger als 4% zur globalen Erwärmung beiträgt, ist er bereits vom Klimawandel betroffen, denn er muss beträchtliche Kosten für Anpassungsmaßnahmen und Risikominderung tragen. Studien zufolge kann der wirtschaftliche Verlust für Afrika bis zum Jahr 2030 jährlich 1,5-3% des BIP betragen. Afrika muss umfassend an der Klimaschutzdebatte und an der Entscheidungsfindung beteiligt werden, denn die afrikanischen Perspektiven und Interessen müssen berücksichtigt werden. Die Entwicklungsplanung und -politik muss entsprechend angepasst werden.

Alles in allem zeigen diese Erkenntnisse eindeutig, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit in Afrika heute sehr von der Vergangenheit unterscheidet. Sie erfordert neue Ansätze, langfristige Perspektiven und Innovation. Außerdem muss die Rechenschaftspflicht erhöht werden, aber nicht nur gegenüber den Gebern. Nordafrika hat uns eindringlich vor Augen geführt, dass makroökonomische Fortschritte nicht ausreichen, sondern dass es darauf ankommt, die Ungleichheiten zu reduzieren, auf die Menschen, für die wir uns einsetzen, einzugehen und ihnen gegenüber Rechenschaft abzulegen.

Der Weg in die Zukunft

Die Belege aus Afrika sind eindeutig. Bei Entwicklung geht es um viel mehr als EZ-Leistungen. Entwicklungszusammenarbeit, die eine wirkliche Partnerschaft darstellt, erfordert einen Dialog unter Beteiligung der Empfänger, der traditionellen und nichttraditionellen Geber und des Privatsektors. Entwicklungszusammenarbeit spielt in Afrika nach wie vor eine wichtige Rolle, und der Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD ist weiterhin relevant. Beide können ihr Potenzial aber nur dann ausschöpfen, wenn sie:

- auf wirklicher Partnerschaft basieren, unter voller Mitwirkung der Empfänger an der Politikgestaltung;
- von den Prioritäten der Empfänger und dem von ihnen gewählten Entwicklungspfad angetrieben werden;
- Teil einer integrierten und globalen Politik des Engagements sind;

- kohärent und koordiniert mit der Handels-, Investitions-, Klima- und Migrationspolitik vorgehen;
- die Fragmentierung verringern;
- die EZ-Leistungsströme vorhersehbarer und weniger volatil gestalten;
- das Investitionsklima und die Wettbewerbsfähigkeit in Afrika verbessern;
- Investitionen des Privatsektors mobilisieren und den Handel fördern;
- zu Ergebnissen vor Ort führen;
- die innerstaatliche Rechenschaftspflicht in Afrika fördern;
- die wirtschaftliche Integration innerhalb Afrikas und mit der übrigen Welt unterstützen.

Der DAC seinerseits muss zwei entscheidende Fragen beantworten:

Erstens, wer beteiligt sich an der Politikdiskussion und -entwicklung? Eine Beteiligung Afrikas ist von entscheidender Bedeutung, wenn eine wirkliche Partnerschaft erreicht werden soll. Darüber hinaus müssen nichttraditionelle Geber wie die BRICS-Länder an der Debatte und der Politikformulierung mitwirken. Überdies ist den weiter oben aufgeführten Vorschlägen deutlich zu entnehmen, dass sich die Debatten nicht nur auf EZ-Leistungen beziehen dürfen, sondern dass sie zielorientiert einen Zusammenhang mit anderen relevanten Politikbereichen herstellen müssen. Außerdem müssen Wege gefunden werden, den Privatsektor, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und die Zivilgesellschaft einzubinden.

Zweitens, welche Ziele und Vergleichsmaßstäbe sollten bei der Messung der Fortschritte herangezogen werden? Meiner Meinung nach sind die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) weiterhin wichtige Indikatoren, die in der Öffentlichkeit mehr Zugkraft entfalten als andere Indikatoren. Ich hoffe jedoch, dass größere Anstrengungen unternommen werden können, um an Fristen gebundene messbare Zielvorgaben auf Länderebene zu entwickeln – Zielvorgaben, die die Erwartungen und Ziele der gesellschaftlichen Akteure widerspiegeln. Diese können dann als Basis für die Ressourcenallokation und als Fortschrittsindikatoren dienen und außerdem von den Empfängerregierungen eingesetzt werden, um gegenüber ihrer Bevölkerung Rechenschaft abzulegen. Analog dazu ist der Zielwert von 0,7% des BNE weiterhin ein wichtiger Indikator für die relativen Anstrengungen der reicheren Länder, selbst wenn seine Bedeutung und Relevanz als einzige Messgröße für das Engagement der Geberländer zurückgegangen ist.

Anmerkungen

1. Bei den CPA werden u.a. Schuldenerleichterungen, Nothilfe, humanitäre Hilfe und Gemeinkosten ausgeklammert. Die CPA verharrten in den letzten zehn Jahren konstant bei 54% der bilateralen EZ-Bruttoleistungen der Geber, wobei im Zeitraum 2005-2006 auf Grund der in diesen Jahren zu verzeichnenden umfangreichen Schuldenerleichterungsmaßnahmen ein leichter Rückgang festzustellen war.



Teil II

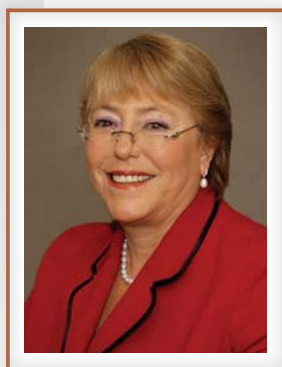
Geschlechtergleichstellung, Teilhabe, Menschenrechte und die Umwelt: Was bremst den Fortschritt?

Michelle Bachelet ist die erste Untergeneralsekretärin und Exekutivdirektorin der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN Women). Unter Bachelets Leitung führt, unterstützt und koordiniert UN Women die Arbeit der Vereinten Nationen in den Bereichen Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen auf globaler, regionaler und Länderebene.

In den Jahren 2006-2010 war Bachelet Staatspräsidentin von Chile.

Die langjährige Vorkämpferin für Frauenrechte hat sich im Rahmen ihrer beruflichen Laufbahn stets für die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen eingesetzt. Als Präsidentin tätigte sie bedeutende Investitionen in die Reform der Rentenversicherung, in Programme zur sozialen Absicherung von Frauen und Kindern sowie in Forschung und Entwicklung. Während ihrer Präsidentschaft verdreifachte sich die Zahl der kostenlosen Einrichtungen für die frühkindliche Betreuung für Familien mit niedrigen Einkommen, und im ganzen Land wurden rd. 3 500 Kinderbetreuungseinrichtungen errichtet.

Bachelet leitete ferner verschiedene Ressorts in der chilenischen Regierung und war Verteidigungs- sowie Gesundheitsministerin. Als Verteidigungsministerin führte Bachelet genderbezogene Politikmaßnahmen ein, um die Bedingungen der Frauen in den Streitkräften und bei der Polizei zu verbessern. Als Gesundheitsministerin setzte sie eine Gesundheitsreform um, in deren Rahmen den Primärversorgungseinrichtungen größere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, um eine bessere und raschere Gesundheitsversorgung für Familien sicherzustellen.



Kapitel 4

Gender und Entwicklung – Engagement in Ergebnisse ummünzen

Michelle Bachelet

In diesem Kapitel betont Michelle Bachelet, dass Entwicklung die Ziele der Gleichstellung der Geschlechter, der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und des Wohlstands einbeziehen muss, um wirkungsvoll zu sein. Sie unterstreicht den Beitrag, den die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) hinsichtlich der Ermächtigung von Frauen und Mädchen geleistet hat, ihre Rechte in vollem Umfang als gleichberechtigte Bürger auszuüben. Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen (VN) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf dem Gebiet der Geschlechtergleichstellung hat ebenfalls eine wesentliche Rolle dabei gespielt, größere Unterstützung für und stärkere Auswirkungen auf die Ziele in diesem Bereich zu sichern, insbesondere vor dem Hintergrund des nahenden Ablaufs der Frist für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele. Dennoch hat u.a. die weitverbreitete Unzulänglichkeit der Investitionen durch die Geber dazu geführt, dass die Länder in Bezug auf ihre Verpflichtungen im Bereich der Geschlechtergleichstellung im Rückstand sind.

In diesem Kapitel werden Empfehlungen gegeben, wie sich die Hindernisse beseitigen lassen, die Frauen davon abhalten, ihr volles Potenzial zu entfalten, und wie sich für Männer und Frauen gleichermaßen gerechte Entwicklungsergebnisse erzielen lassen.

Zu ihrem 50. Jahrestag hat die OECD viel zu feiern. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) hat in nahezu allen Entwicklungsländern bedeutende Beiträge zur Armutsbekämpfung und zu Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Infrastruktur geleistet. In manchen Fällen sind die ODA-Leistungen die wichtigste Quelle für die Unterstützung der Verwirklichung dieser Entwicklungsziele gewesen. Und zu diesen Erfolgsgeschichten hat die effektive Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen (VN) und den OECD-Mitgliedsländern entscheidend beigetragen.

Als erste Leiterin von UN Women, der neuen Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen, bin ich mir deutlich bewusst, welchen Beitrag die ODA-Leistungen im Hinblick auf die Unterstützung der Anstrengungen der Länder zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter erbracht haben. Die finanziellen ODA-Ressourcen stellen eine wesentliche Unterstützung für die Erbringung von Leistungen und die Bereitstellung von Informationen dar, die Frauen und Mädchen befähigen, ihre Rechte als gleichberechtigte Bürger in vollem Umfang wahrzunehmen. Und von ebenso großer Bedeutung ist, dass die ODA-Leistungen durch Unterstützung der technischen und politischen Zusammenarbeit die Kapazitäten der nationalen Regierungen und der Zivilgesellschaft stärken, Systeme zu errichten, die ihnen dabei helfen, Fortschritte in Bezug auf die Entwicklungsergebnisse zu planen, zu budgetieren, umzusetzen und zu überwachen.

Um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in den Bereichen Entwicklung und menschliche Sicherheit zu bewältigen, haben sich die OECD-Mitgliedsländer und ihre Partner auf einen Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) verständigt, der sich auf die Grundsätze der Eigenverantwortung der jeweiligen Länder und der gegenseitigen Rechenschaftspflicht unter allen Entwicklungspartnern statt lediglich zwischen EZ-Empfängern und EZ-Gebern stützt. Diese Anstrengungen beruhen auf den in der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005 umrissenen Grundsätzen, die durch den Aktionsplan von Accra auf dem Dritten Hochrangigen Forum zur EZ-Wirksamkeit in Accra, Ghana (2008), weitere Impulse bekamen.

Die erste Vision und der Aktionsplan, die ich für UN Women ausgearbeitet habe und die zum Zeitpunkt der Gründung der Organisation im Januar 2011 vorgestellt wurden, stehen mit vielen dieser Grundsätze und Praktiken im Einklang. Im Aktionsplan werden die Grundsätze dargelegt, an denen die Arbeit von UN Women ausgerichtet ist, und die programmatischen Bereiche identifiziert, auf die wir uns – zusammen mit dem System der Vereinten Nationen – konzentrieren werden. Ferner ist darin die führende Rolle von UN Women im Hinblick auf die Gewährleistung einer besser abgestimmten Reaktion der VN auf die Prioritäten der Mitgliedstaaten und auf das Erfordernis definiert, die Gleichstellung der Geschlechter auf Länder-, regionaler und globaler Ebene voranzubringen.

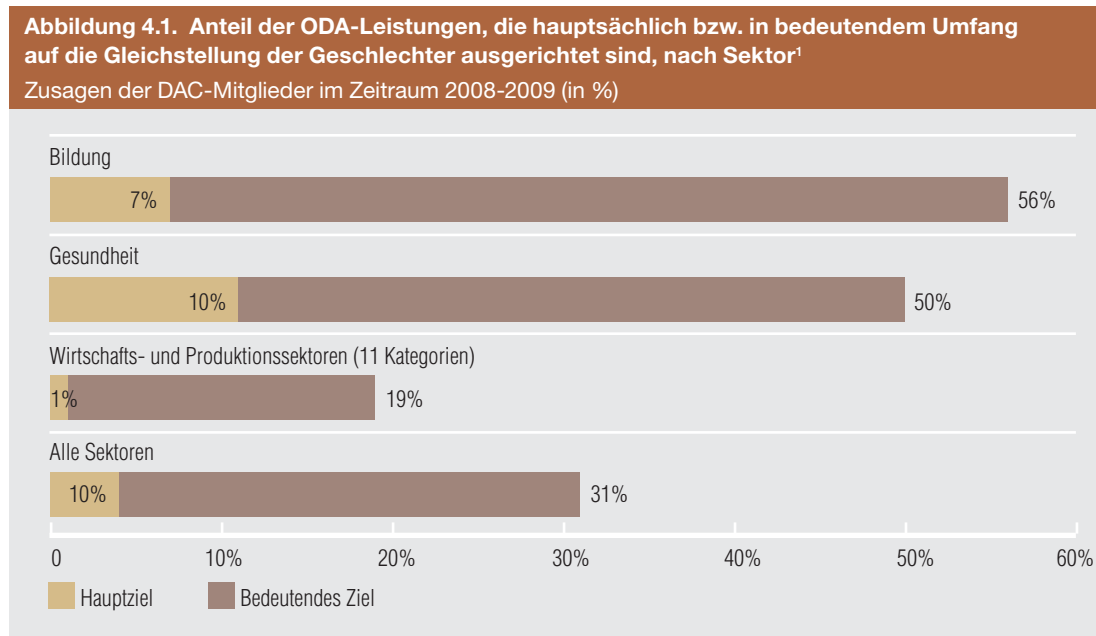
Die fünf programmatischen Prioritäten von UN Women sind: a) die Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen, b) die Gewährleistung der politischen Beteiligung und Führung der Frauen, c) die Beendigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, d) die Stärkung der Führungsrolle von Frauen im Bereich Frieden und Sicherheit sowie e) die Stärkung der nationalen Entwicklungsplanung und -budgetierung, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

Eine Messgröße der Wirksamkeit von UN Women wird sein, in welchem Maße die Organisation eine wirkungsvollere und strategischere Reaktion des VN-Systems auf die Forderungen der Länder nach Unterstützung bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen

bietet. Das VN-System muss auf besser abgestimmte und systematischere Art und Weise zusammenarbeiten, um nicht nur – durch das Zusammenbringen von Informationen und Fachwissen der VN-Organisationen, der Regierungen, der Zivilgesellschaft, von Stiftungen sowie des privaten Sektors – seine Effizienz, Fokussierung und Reichweite zu steigern, sondern durch die Einbeziehung aller Blickwinkel, um Anstoß zu Veränderungen zu geben, auch größere Wirkungsmacht zu entfalten. Aus diesem sogenannten „Delivering as One“-Ansatz der Vereinten Nationen werden wir wertvolle Lehren ziehen und Modelle gewinnen.

„Das VN-System muss ... zusammenarbeiten, um nicht nur ... seine Effizienz, Fokussierung und Reichweite zu steigern, sondern ... auch ... Anstoß zu Veränderungen zu geben.“

Gleichzeitig wird die institutionelle Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit der OECD im Bereich der Geschlechtergleichstellung – die die Mitglieder des Interinstitutionellen Netzwerks für Frauen und Geschlechtergleichheit (IANWGE) der Vereinten Nationen und die des Netzwerks des Entwicklungsausschusses (DAC) der OECD Gleichstellung der Geschlechter (GENDERNET) regelmäßig zusammenbringt – unerlässlich sein, um sicherzustellen, dass unsere Organisationen zusammenarbeiten, um unsere Unterstützung und ihre Auswirkungen zu verbessern, insbesondere angesichts des nahenden Ablaufs der Frist für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele.



Quelle: OECD (2011).

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512157>

Dank der Bemühungen von GENDERNET haben die Mitglieder des OECD-Entwicklungsausschusses eine Reihe wichtiger Leitlinien über Gleichstellung der Geschlechter und Entwicklungszusammenarbeit angenommen. Der OECD-Entwicklungsausschuss hat ferner erstmals Bemühungen zur Beobachtung der Finanzierung im Bereich Geschlechtergleichstellung durch den „Gender Equality Policy Marker“ unternommen, der in regelmäßigen Abständen verfeinert worden ist, um identifizierten Lücken und verbesserungsfähigen Bereichen Rechnung zu tragen. Ich messe all diesen Arbeiten hohe Bedeutung bei. Mehrere VN-Organisationen bauen heute auf den Erfahrungen mit dem Gender-Marker des OECD-Entwicklungsausschusses auf und passen diesen an ihre eigenen internen Operationen an. UN Women wird darauf hinarbeiten, dass im gesamten VN-System ein einheitlicher Ansatz zur Kennzeichnung der Finanzmittel verwendet wird, so dass die Vereinten Nationen als Ganzes Rechenschaft über ihre Investitionen in Frauen und Mädchen ablegen können.

Trotz dieser Fortschritte haben wir jedoch noch einen weiten Weg vor uns. Unter anderem auf Grund der weitverbreiteten Unterfinanzierung hinken wir bei wichtigen Indikatoren im Bereich der Geschlechtergleichstellung nach wie vor weit hinterher.

Warum sind Entwicklungsergebnisse für Frauen und Mädchen so schwer zu erreichen?

Um wirkungsvoll zu sein, muss Entwicklung die Ziele der Geschlechtergleichstellung, der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und des Wohlstands verfolgen. Der Bericht über die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen von 2011 (*Millennium Development Goals Report 2011*), in dem die jüngsten interinstitutionellen Forschungs- und Analysearbeiten der Vereinten Nationen dargelegt sind, enthält folgende Befunde:

- Die Zahl der Mädchen, die keine Grundschule besuchen, belief sich im Jahr 2009 auf 36 Millionen, verglichen mit 31 Millionen Jungen.
- Die Müttersterblichkeit ist seit 1990 lediglich um 2,3% jährlich zurückgegangen. Die jüngsten Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation zeigen, dass es auf der Grundlage der derzeitigen Entwicklung lediglich 14 Ländern gelingen wird, die Müttersterblichkeit bis 2015 um drei Viertel zu verringern.

In diesem und in anderen Berichten der Vereinten Nationen wurden die verfügbaren Daten auf weitere Diskrepanzen untersucht. Sie gelangten u.a. zu folgenden Erkenntnissen:

- Der Anteil der Mädchen, die keine Grundschule besuchen, ist im ländlichen Raum mehr als doppelt so hoch wie in städtischen Gebieten.
- Bei Frauen aus armen Haushalten ist die Wahrscheinlichkeit, qualifizierte Geburtshilfe – die hinsichtlich der Verringerung der Müttersterblichkeit einen Schlüsselfaktor darstellt – zu erhalten, drei Mal niedriger als bei Frauen aus wohlhabenden Haushalten.
- Die Kindersterblichkeit liegt bei Frauen mit geringer bzw. überhaupt keiner formalen Bildung mehr als doppelt so hoch wie bei denjenigen mit Sekundar- bzw. höherer Bildung.

„In zahlreichen Ländern ist bereits das Leben im ländlichen Raum, wo die Armutsquoten höher sind und der Zugang zu Dienstleistungen und Märkten geringer ist, ein Indikator für Benachteiligung.“

Bei der Untersuchung dieser Diskrepanzen gelangte UN Women zu dem Schluss, dass Disparitäten beim Zugang zu Dienstleistungen – sowohl unter Frauen als auch zwischen Frauen und Männern – Fortschritte bei den Millenniumsentwicklungszielen bremsen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Insbesondere arme und in ländlichen Gebieten lebende Frauen und Mädchen, die am stärksten auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind, geraten oftmals ins Abseits. In zahlreichen Ländern ist bereits das Leben im ländlichen Raum, wo die Armutsquoten höher sind und der Zugang zu Dienstleistungen und Märkten geringer ist, ein Indikator für Benachteiligung. Auch wenn einige Länder Geschlechtergleichstellung im Bildungsbereich erreicht haben, sind Mädchen im ländlichen Raum nach wie vor benachteiligt, insbesondere in den ärmsten Ländern.

In einer Reihe von Studien wurden die Kosten der geschlechterbezogenen Diskriminierung und Ausgrenzung aufgezeigt. Eines der dramatischsten Beispiele ist die Gewalt gegen Frauen, deren Kosten gemessen an den Gesundheitsfolgen und der Arbeitsplatzproduktivität enorm sind. In den Vereinigten Staaten etwa belaufen sich diese Kosten auf schätzungsweise 5,8 Mrd. US-\$ jährlich, während die Kosten in Kanada – mit seiner geringeren Bevölkerung und niedrigeren Gesundheitskosten – auf insgesamt 1,16 Mrd. US-\$ geschätzt werden (VN, 2006).

Daten wie diese zeigen die Notwendigkeit, Entwicklungsmaßnahmen zu überprüfen, um festzustellen, welche von ihnen Frauen in bestimmten Sektoren dauerhaft benachteiligt haben, und die Ressourcen

für Maßnahmen zu erhöhen, die nachweislich zu ausgewogeneren Ergebnissen geführt haben. So machen Frauen im ländlichen Raum beispielsweise die Mehrheit der Kleinbauern aus und spielen eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern, die landwirtschaftlichen Beratungsdienste konzentrieren sich jedoch weiterhin vorrangig auf männliche Landbesitzer; oftmals haben Frauen zu diesen Dienstleistungen auf Grund der Gestaltung dieser Dienste bzw. aus Nichtberücksichtigung sogar überhaupt keinen bzw. lediglich eingeschränkten Zugang.

In den Geberpolitiken finden Bäuerinnen u.U. zwar oftmals Erwähnung, in der Geberfinanzierung schlägt sich dieses politische Engagement bislang jedoch nicht nieder. Aus den Statistiken des OECD-Entwicklungsausschusses geht hervor, dass sich die Zusagen der DAC-Mitglieder für die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums im Zeitraum 2008-2009 auf 7,5 Mrd. US-\$ beliefen. Gemessen am „Gender Equality Policy Marker“ wurden 3% des Gesamtbetrags für Programme bereitgestellt, in denen vorrangig auf die Geschlechtergleichstellung abgezielt wurde, und 32% für Programme, in denen die Geschlechtergleichstellung ein nachrangiges Ziel war. Lediglich 5% der ODA-Leistungen in Bezug auf die für die praktische Arbeit in der Landwirtschaft benötigten Vorleistungen (z.B. Ausrüstungsgüter, Maschinen, Saatgut) zielten konkret auf die Geschlechtergleichstellung ab (OECD, 2011).

Maßnahmen wie geschlechtergerechte Landreformen haben sich als wirkungsvoll erwiesen. In Tadschikistan etwa erhöhte sich durch entsprechende Reformen – in Kombination mit Rechtshilfe, Ausbildung und Unterstützung von Frauenkooperativen – der Anteil der Frauen, die landwirtschaftlichen Familienbetrieben vorstehen, von 2% auf 14% (UNIFEM, 2010a). In ihrem jüngsten Bericht, *The State of Food and Agriculture 2010-11*, dessen Augenmerk der Gleichstellung der Geschlechter gilt, stellt die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) fest, dass die Beseitigung der Benachteiligung von Frauen in der Landwirtschaft, und insbesondere der Abbau des Ertrags- und Produktivitätsgefälles zwischen Männern und Frauen, die Zahl der unterernährten Menschen um 12-17% senken würde. Dies entspricht 100-150 Millionen Menschen, die nicht mehr hungern müssten (FAO, 2011).

Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die OECD und ihre Partnerländer nicht nur Wege finden müssen, um die Gleichstellungsziele in Ergebnisse umzumünzen, sondern auch, um eine stärkere Kohärenz der Politikmaßnahmen in den Bereichen soziale Entwicklung, wirtschaftliche Entwicklung (einschließlich Handel und Beschäftigung) sowie Wiederaufbau nach einer Krise bzw. einem Konflikt sicherzustellen.

„... die Beseitigung der Benachteiligung von Frauen in der Landwirtschaft, und insbesondere der Abbau des Ertrags- und Produktivitätsgefälles zwischen Männern und Frauen, [würde] die Zahl der unterernährten Menschen um 12-17% senken“.

Von Grundsaterklärungen zu konkreten Maßnahmen: das Beispiel Chile

Wirkungsvolle Ergebnisse sind möglich. Zahlreiche Länder sind bereits auf gutem Weg, umfassende Lösungen zur Beseitigung der Hindernisse zu bieten, die Frauen davon abhalten, ihr volles Potenzial zu entfalten, was die Erreichung der Ziele im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ermöglicht. Auf Grund meiner Erfahrung als Präsidentin von Chile kann ich den Wert der Verknüpfung von Politikmaßnahmen im Bereich der sozialen Entwicklung mit der wirtschaftlichen Entwicklung belegen.

Nach der Wiederherstellung der Demokratie verfügte Chile sowohl über den politischen Konsens als auch über die wirtschaftliche Stärke, die für die Schaffung der modernen, wohlhabenden, stabilen und inklusiven Gesellschaft notwendig waren, die sich Männer wie Frauen gleichermaßen wünschten. Während meiner Präsidentschaft führten wir eine Reihe von geschlechtergerechten sozialpolitischen Maßnahmen ein, wobei wir den Bedürfnissen der Frauen Rechnung trugen, aber auch anerkannten, dass solche Politikmaßnahmen den Familien wie der Gesellschaft als Ganzes zugute kommen würden.

Eine der wichtigsten dieser Politikmaßnahmen war eine Rentenreform – ein Eckpfeiler des sozialen Sicherungsnetzes des Landes –, mit der sichergestellt wurde, dass Männer und Frauen mit niedrigem Einkommen im Alter ein menschenwürdiges und finanziell abgesichertes Dasein führen können. Frauen zählten zu den größten Nutznießern: Gegen Ende 2009 waren 65% der Rentenempfänger Frauen – nicht nur diejenigen, die bezahlter Erwerbsarbeit nachgegangen waren, sondern auch diejenigen, die zu Hause gearbeitet und nie einen Lohn erhalten hatten. Was Geld angeht, haben diese Frauen für die harte Arbeit, die sie ein Leben lang verrichtet haben, heute etwas vorzuweisen.

In Anerkennung der Rolle, die die Erbringung von Dienstleistungen bei der Erzielung von Fortschritten im Hinblick auf die soziale Gleichberechtigung und die Geschlechtergleichstellung spielt, schuf meine Regierung ein umfassendes Netzwerk von Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere für arme Haushalte. Während meiner Amtszeit wuchs das Netzwerk von 705 kostenfreien Einrichtungen im Jahr 2005 auf 3 500 solcher Einrichtungen bis Ende 2009. Frauen konnten in dem Wissen arbeiten gehen bzw. nach Arbeit suchen, dass ihre Kinder lernten, gut ernährt wurden und wohl gediehen. Im Zeitraum 2000-2009 stieg die Frauenerwerbsquote um über 5 Prozentpunkte auf 41,8%.

Wir führten ferner eine Reihe beschäftigungsbezogener Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Frauen ein, darunter Angebote im Bereich der beruflichen Bildung insbesondere für weibliche Haushaltsvorstände, an Arbeitgeber gezahlte Subventionen als Anreiz zur Einstellung von Frauen sowie die Verabschiedung eines Gesetzes über gleiche Entlohnung. Im ersten Jahr meiner Regierungstätigkeit stellten wir einen Kodex für gute Arbeitspraktiken für die öffentliche Verwaltung auf, der Leitlinien zur Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung vorgab.

Um das Problem der häuslichen Gewalt zu bewältigen, investierten wir in zusätzliche Fraueneinrichtungen, in denen Behandlungs- und Präventivleistungen erbracht werden, darunter 61 neue Einrichtungen, die in der Nähe der Frauen gelegen sind, die sie am meisten benötigen. Wir änderten das Strafrecht, so dass die Ermordung einer Frau als Verbrechen der schwerwiegendsten Art anerkannt wurde und die Haftstrafen, mit denen ein solches Verbrechen bedroht ist, erhöht wurden. Und wir unterstützten 33 Aufnahmestationen für Opfer von Gewalt, die fachärztliche Behandlungen in besser ausgestatteten Krankenhäusern anbieten.

Wir führten ferner grundlegende Reformen des Bildungssystems durch und schufen einen modernen institutionellen Rahmen mit finanzieller Förderung armer Studierender. Mit Blick auf die Zukunft beschlossen wir, im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation durch Investitionen in Humankapital über zwei neue Fonds – den Fondo de Innovación para la Competitividad (Innovationsfonds für Wettbewerbsfähigkeit) sowie den Fondo Bicentenario de Capital Humano (Zweihundertjahresfonds für Humankapital) – einen Sprung nach vorne zu machen.

Als Reaktion auf den Wirtschaftsabschwung, der aus der schwersten globalen Finanzkrise der vergangenen Jahre resultierte, bemühten wir uns darum, die wirtschaftliche Erholung durch einen Plan für außergewöhnliche Haushaltsausgaben zu stimulieren, der sich auf 4 Mrd. US-\$ belief und durch die mittels des Wirtschafts- und Sozialstabilisierungsfonds gebildeten Ersparnisse finanziert wurde. Auf Grund dieses Plans konnten wir Projekte entwickeln, um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen, und zugleich die Sozialausgaben schützen, insbesondere Ausgaben, die auf einkommensschwache Familien und Familien mit weiblichen Haushaltsvorständen abzielten. Tatsächlich hatten alle Konjunkturmaßnahmen einen „Gender-Fokus“: Bei den Wohnbeihilfen etwa wurden weibliche Haushaltsvorstände bevorzugt, und durch die staatlichen Leistungen im Gesundheitsbereich wurden Mütter im öffentlichen Gesundheitssystem mit kostenfreien Babyartikeln versorgt.

All diese Maßnahmen waren möglich, weil wir sowohl über eine starke Wirtschaft als auch über den politischen Konsens verfügten, der für die Ausübung einer verantwortungsvollen Führungsrolle erforderlich ist. Zwar sind vielleicht nicht alle Länder in solch einer glücklichen Lage, es ist jedoch wichtig, dass die Geber Regierungen bei der Ergreifung der nötigen Maßnahmen unterstützen, um eine eigenverantwortliche und inklusive Entwicklung zu gewährleisten.

Drei wichtige Maßnahmen für die Gleichstellung der Geschlechter

Systeme für die Verwaltung der Entwicklungszusammenarbeit und der nationalen Entwicklung spielen eine wichtige Rolle bei der Ermöglichung von Ansätzen wie den oben umrissenen. Die OECD, ihre einzelnen Mitgliedsländer und ihre nationalen Partner können sicherstellen, dass diese Systeme drei wichtige Maßnahmen integrieren, um geschlechtergerechte Entwicklungsergebnisse zu erzielen:

Maßnahme 1: Schaffung von Anreizen zur Integration des Ziels der Geschlechtergleichstellung in die Entwicklungszusammenarbeit.

Um die Leistungen in Bezug auf Geschlechtergleichstellung auf institutioneller, Programm- und individueller Ebene zu verbessern, sind Anreizsysteme von grundlegender Bedeutung. Wenn Evaluierungen und Leistungsbewertungen Mängel im Zusammenhang mit der systematischen Berücksichtigung von Genderfragen (Gender-Mainstreaming) aufzeigen, müssen Korrekturmaßnahmen ergriffen werden, um den Kapazitätsaufbau zu fördern und diese Mängel zu beseitigen. Gegenwärtig fehlt es in den Leitlinien des OECD-Entwicklungsausschusses an Anreizen, um ihre Einhaltung zu fördern, und die Nichteinhaltung bleibt folgenlos (Molyneux, 2007).

Maßnahme 2: Förderung von Investitionen in den Kapazitätsaufbau, um wirkungsvolle Strategien zu identifizieren, umzusetzen und zu überwachen.

Die Anwendung des Gender-Markers bietet einige interessante Daten über das Maß an Aufmerksamkeit, das Genderfragen in „harten“ Sektoren wie Energie oder Verkehrswesen zuteil wird, im Gegensatz zu den sogenannten „weichen“ Sektoren wie Bildung und Gesundheit. Selbst in Post-Konflikt-Situationen zielt einerseits zwar über die Hälfte der ODA-Leistungen im Bildungs- und Gesundheitssektor auf Ergebnisse im Bereich der Geschlechtergleichstellung ab, wohingegen es andererseits jedoch wenig Belege dafür gibt, dass in anderen Sektoren nennenswerte Ressourcen für die Geschlechtergleichstellung aufgewendet werden. Dies lässt darauf schließen, dass es am Verständnis für die nach Geschlecht differenzierten Auswirkungen von Finanzmitteln in den Bereichen Infrastruktur, Sicherheit, wirtschaftliche Chancen, Energie, Verkehr sowie in produktiven Sektoren wie Landwirtschaft bzw. Industrie mangelt.

Die Fähigkeit, Prioritäten im Bereich der Geschlechtergleichstellung in den Entwicklungsrahmen umfassend systematisch zu berücksichtigen, erfordert mehr als Leitlinien und Checklisten; sie erfordert ein umfassenderes Verständnis für die Veränderungen, die in Systemen, Institutionen und Ansätzen notwendig sind, sowie ein wirkungsvolleres Engagement von Wirtschaftsanalysten und Politikverantwortlichen, zusammen mit Experten im Bereich Geschlechtergleichstellung, im Rahmen der Bemühungen, diese Veränderungen herbeizuführen.

Maßnahme 3: Erhöhung der geschlechterbezogenen Entwicklungszusammenarbeit.

Wenn die Länder die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen erzielen sollen, die notwendig sind, um raschere Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele zu erwirken, müssen die Investitionen in die Gleichstellungsziele – sowohl

als Haupt- als auch als nachrangige Ziele – deutlich erhöht werden. Dies lässt sich durch die Einrichtung von Finanzierungsmechanismen im Bereich der Geschlechtergleichstellung, z.B. Korbfinanzierungen, erreichen oder durch Ausweitung von Fördermöglichkeiten, die speziell an den Prioritäten der Frauen ausgerichtet sind.

Die Entwicklungsfinanzierung kann positive Maßnahmen („Affirmative Action“) zur Förderung der Geschlechtergleichstellung unterstützen, u.a. indem größere Aufmerksamkeit darauf gelegt wird, Frauen bei der Erbringung von Leistungen zu bevorzugen. Die Befunde legen nahe, dass dies positiven Einfluss darauf haben kann, in welchem Maß Frauen die vorteilhaften Auswirkungen der Entwicklung zugute kommen. In Subsahara-Afrika etwa geht die Anwesenheit weiblicher Lehrkräfte mit einer höheren Grundschulbesuchsquote der Mädchen einher. In Afrika, Asien und Lateinamerika ergab eine Studie über landwirtschaftliche Programme, dass die Anwesenheit landwirtschaftlicher Beraterinnen wichtig war, um die Teilnahme von Bäuerinnen zu fördern. Die Daten aus 40 Ländern zeigen, dass die Beschäftigung von Frauen bei der Polizei positiv mit einer höheren Anzeigequote sexueller Gewalt korreliert ist (UN Women, 2011).

Ausblick

Die politische Vision, die der Entwicklungsplanung und -umsetzung zu Grunde liegt, muss die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt stellen. UN Women sieht dem Vierten Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit vom 29. November bis zum 1. Dezember 2011 in Busan als Gelegenheit, einen Fahrplan für die Bewältigung der seit langem bestehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erreichung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen aufzustellen, mit Interesse entgegen. Zusammen mit den Vereinten Nationen, anderen Entwicklungspartnern und Frauenrechtsnetzwerken arbeiten wir darauf hin, sicherzustellen, dass das Ergebnis dieses Forums nicht nur die politische Bekräftigung der zentralen Rolle der Gleichstellung der Geschlechter in der eigenverantwortlichen Planung und Budgetierung der Länder bieten wird, sondern auch die Grenzen der derzeitigen Mainstreaming-Ansätze anerkennt, in deren Rahmen Belange der Geschlechtergleichstellung lediglich am Rande berücksichtigt werden.

„Eine Agenda für die Zeit nach 2015 macht konzertierte Anstrengungen ... erforderlich, um eine Debatte über die Entwicklung zu fördern, die ... das Ziel der geschlechtergerechten und inklusiven Entwicklung ins Zentrum der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit stellt.“

Eine Agenda für die Zeit nach 2015 macht konzertierte Anstrengungen von Seiten der Regierungen und der anderen nationalen Akteure, der OECD-Mitglieder und des Systems der Vereinten Nationen erforderlich, um eine Debatte über die Entwicklung zu fördern, die die Mängel der Erfahrungen der Vergangenheit anerkennt und das Ziel der geschlechtergerechten und inklusiven Entwicklung ins Zentrum der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit stellt.

In ihrem ersten Strategieplan hat UN Women identifiziert, was erforderlich ist, um auf Frauen zugeschnittene nationale Entwicklungspläne und -haushalte sicherzustellen, und welche Schritte notwendig sind, um die Einbeziehung der Frauen sowie ihrer Ziele bei der Definition eines Rahmens als Orientierungshilfe für die nationale Entwicklungsplanung über die Millenniumsentwicklungsziele hinaus zu gewährleisten. Der OECD-Entwicklungsausschuss ist in der Lage, auf seinen früheren Erfahrungen aufzubauen und seine Führungsrolle zu nutzen, um einen kohärenten und umfassenden Rahmen für eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit für die Zeit nach den Millenniumsentwicklungszielen zu schaffen.

UN Women sieht einer effektiven Zusammenarbeit mit dem OECD-Entwicklungsausschuss mit Interesse entgegen, um diese Vision für die Zukunft zu gestalten und mit konkreten Ergebnissen auf Länderebene in die Tat umzusetzen.

Anmerkungen

1. Das Creditor Reporting System (CRS) des OECD-Entwicklungsausschusses enthält folgende Orientierungen: Die Hauptziele (vorrangige Politikziele) sind diejenigen, die sich als grundlegend für die Konzeption und die Auswirkungen der Aktivität identifizieren lassen und ein explizites Ziel der Aktivität darstellen. Sie lassen sich durch Beantwortung der folgenden Frage auswählen: „Wäre die Aktivität ohne dieses Ziel durchgeführt worden?“ Bedeutende (nachrangige) Politikziele sind diejenigen, die zwar wichtig sind, jedoch keinen der Hauptgründe für die Durchführung der Aktivität darstellen. Der Wert „Keine Ausrichtung“ bedeutet, dass die Aktivität zwar am jeweiligen Politikziel gemessen wurde, jedoch nicht auf dieses ausgerichtet ist. Diese Abbildung zeigt die Ausrichtung auf die Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen Gesundheit, Bildung sowie Wirtschafts-/Produktionssektoren. Leistungen für Banken, Unternehmen, Landwirtschaft, Verkehr und andere Bereiche der wirtschaftlichen Teilhabe weisen eine insgesamt niedrigere Ausrichtung auf die Gleichstellung der Geschlechter auf (19%) als die Sektoren Bildung (56%) und Gesundheit (50%). 31% aller sektorspezifischen Leistungen sind an der Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen ausgerichtet.

Quellenhinweise

FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) (2011), *Food and Agricultural Report 2010-2011: Closing the Gender Gap for Development*, Rom.

Molyneux, M. (2007), „The Chimera of Success: Gender Ennui and the Changed International Policy Environment“, in Andrea Cornwall, *Feminisms in Development: Contradictions, Contestations and Challenges*, Zed Books, London.

OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (2011), „Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment 2008-2009“, OECD-Entwicklungsausschuss (DAC), Paris. Verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/9/34/47335126.pdf.

UN Women (Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen) (2011), *Progress of the World's Women 2011-2012: In Pursuit of Justice*. Vereinte Nationen, New York.

UNIFEM (Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau) (2010a), *Gender Justice: Key to Achieving the Millennium Development Goals*, UN Women, Vereinte Nationen, New York. Verfügbar unter www.unifem.org/materials/item_detail.php?ProductID=180.

VN (Vereinte Nationen) (2010), *Millennium Development Goals Report 2010*, Vereinte Nationen, New York.

VN (2006), *In-Depth Study on All Forms of Violence against Women: Report of the Secretary-General*, A/61/122/Add.1: 137. Vereinte Nationen, New York.

Literaturverzeichnis

Budlender, D. (2010), *Price of Peace: Financing for Gender Equality in Post-Conflict Reconstruction*, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), New York. Verfügbar unter www.gender-budgets.org/index.php?option=com_joomdoc&task=doc_details&gid=1182&Itemid=189.

CERES (Research School for Resource Studies for Development) (2010), „Gender Mainstreaming: On track with Gender – Taking Stock Phase“, Policy Brief, Development Policy Review Network, Utrecht, Niederlande. Verfügbar unter [www.ontrackwithgender.nl/sites/ontrackwithgender.nl/files/file/Policy%20Brief%201%20\(2010\)%20TAKING_STOCK_Gender_Mainstreaming-2.pdf](http://www.ontrackwithgender.nl/sites/ontrackwithgender.nl/files/file/Policy%20Brief%201%20(2010)%20TAKING_STOCK_Gender_Mainstreaming-2.pdf).

FaHCSIA (Department of Families, Housing, Community Services and Indigenous Affairs) (2009), *The Cost of Violence against Women and their Children*, Commonwealth of Australia, Canberra.

OECD (2010), „Aid in Support of Gender Equality in Fragile and Conflict-Affected States“, OECD-Entwicklungsausschuss, Paris. Verfügbar unter www.oecd.org/document/6/0,3746,en_2649_34541_37461446_1_1_1_1,00.html.

UNIFEM (2010), „Gender-Responsive Budgeting and Aid Effectiveness Knowledge Briefs“, UN Women, Vereinte Nationen, New York. Verfügbar unter www.gender-budgets.org/index.php?option=com_joomdoc&task=doc_details&gid=914&Itemid=587.

University of Western Ontario (2005), *The Economic Costs of Violence against Women: An Evaluation of the Literature* (Expert Brief für VN 2006), Ontario.

Chapter 5

Amazonien ist nicht Avatar*Hernando de Soto¹*

Hernando de Soto ist zurzeit Präsident des Institute for Liberty and Democracy, einer international anerkannten Denkfabrik mit Hauptsitz in der peruanischen Hauptstadt Lima, die sich für den Aufbau von Rechtssystemen einsetzt, die den Armen helfen, Zugang zu Eigentumsrechten zu bekommen.

Die Zeitschriften *Time* und *Forbes* nennen ihn einen der führenden Innovatoren weltweit, und mehr als 20 000 Leser der Zeitschriften *Prospect* und *Foreign Policy* wählten ihn zu einem der 13 führenden „öffentlichen Intellektuellen“ der Welt. Er war Präsident des Exekutivkomitees Kupfer exportierender Länder (CIPEC), Chief Executive Officer von Universal Engineering Corporation, Direktor der Swiss Bank Corporation Consultant Group und Gouverneur der Zentralbank Perus. Er hat die Staatschefs mehrerer Länder bei der Durchführung von Programmen zur Reform des Eigentumsrechts beraten und ist Autor des Buchs *Marktwirtschaft von unten* (Mitte der 1980er Jahre) und des bahnbrechenden Werks *Freiheit für das Kapital*.



Hernando de Soto zufolge werden indigene Bevölkerungsgruppen nach wie vor durch zahlreiche Vorurteile und vorgefasste Meinungen marginalisiert und daran gehindert, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Vergleichbar mit den Entwicklungsländern generell ist die Lage im Amazonasgebiet wesentlich komplexer als die Geschichte, die in dem Kinoerfolg Avatar erzählt wird. Millionen von Menschen, die von den natürlichen Ressourcen leben, sind mit Hindernissen konfrontiert, wenn sie an der Weltwirtschaft teilnehmen und von ihr profitieren wollen, weil sie keine Eigentumsrechte besitzen oder weil sie ihr Gewerbe nicht anmelden können. Das Konzept der Teilhabe – ausgegrenzten Menschen das Recht zuzugestehen, ihre Ressourcen zu kontrollieren, indem sie in Bezug auf Eigentum und die Ausübung einer Geschäftstätigkeit über dasselbe Instrumentarium verfügen wie die Reichen – wurde von den internationalen Gebern zwar intensiv diskutiert, denen es jedoch schwerfiel, dieses Konzept in die Praxis umzusetzen.

De Soto stellt eine Reihe von Vorurteilen in Frage, auf denen die Einstellungen basieren, die den indigenen Gemeinschaften die Teilhabe verwehren, und gibt anschließend einige Empfehlungen ab, wie Regierungen und Geber die Armen dazu in die Lage versetzen können, sich selbst vor den Nachteilen der Globalisierung zu schützen und von ihren Vorteilen zu profitieren.

In dem mit Begeisterung aufgenommenen Science-Fiction-Film *Avatar* plant ein rücksichtslos nach Gewinn strebendes Bergbauunternehmen, die indigene Bevölkerung des Mondes Pandora aus dem Wald zu vertreiben, der ihre angestammte Heimat ist, um die dortigen Rohstoffe ausbeuten zu können. Diese Pläne werden durchkreuzt, als ein ehemaliger amerikanischer Marineinfanterist, der zu der Söldnergruppe gehört, die angestellt wurde, um die Mission auszuführen, auf die Seite der Einheimischen wechselt und einen Gegenangriff anführt. Der von dem amerikanischen Regisseur James Cameron phantasievoll in Szene gesetzte Film mit dem Titel *Avatar* wurde von dem Kinopublikum weltweit mit großer Begeisterung aufgenommen. Viele von uns stimmten den Botschaften des Films automatisch zu: dass die indigenen Bevölkerungsgruppen mit ihrer traditionellen Lebensweise zufrieden

sind, dass sie in einer Rousseau'schen Harmonie mit ihrer Umwelt leben und dass sie sicherlich kein Interesse daran haben, an der Marktwirtschaft ihres Landes, geschweige denn an der Globalisierung, teilzunehmen.

Bei den Peruanern weckte der Film aber auch ein Gefühl des „déjà vu“. Anfang des Jahres konnten wir beobachten, wie indigene Bevölkerungsgruppen nach wochenlangen Demonstrationen gegen die einseitige Entscheidung der Regierung, Öl-, Gas- und Holzunternehmen Konzessionen im peruanischen Amazonasgebiet zu erteilen, Öl- und Gaspumpstationen besetzten, um ihr Eigentum zu schützen. Am 5. Juni 2009 entsandte Präsident Alan Garcia bewaffnete Einsatzkräfte der nationalen Polizei, um eine Pumpstation in der Nähe der



Hernando de Soto (Mitte) mit Ureinwohnern vom Stamm der Bora in San Andrés, in der Nähe von Iquitos. Foto mit freundlicher Genehmigung des Institute for Liberty and Democracy

Stadt Bagua im nördlichen Urwaldgebiet zu räumen. Die dortige Bevölkerung wehrte sich unter dem Einsatz von Speeren und Macheten. Dabei starben 34 Menschen, die meisten von ihnen Polizisten. Die tödliche Gewalt schockierte Peru und führte zum Rücktritt von Garcias gesamtem Kabinett.

Der Konflikt im peruanischen Amazonasgebiet ist aber nicht mit dem Film *Avatar* vergleichbar, da die Geschichte in Amazonien nuancierter und bewegender ist. Es geht hier um tausende von armen Menschen, die langsam ihre Identität verlieren, ohne bereits die Vorteile der Globalisierung nutzen zu können. Diese gefährliche Auseinandersetzung zwischen traditioneller und neuer Weltordnung findet nicht nur in Peru und anderen Teilen Lateinamerikas statt, sondern auch in China, Indien und Afrika, wo Ureinwohner und die lokale Bevölkerung gegen die „Landnahme“ durch Privatinvestoren protestieren. Aus diesem Grund haben internationale Organisationen die Frage der Rechte von indigenen Bevölkerungsgruppen in die Liste der Gefahren für die Stabilität der Entwicklungsländer aufgenommen.

Im Jahr 2009 wusste ich ehrlich gesagt nur wenig über die im peruanischen Amazonasgebiet lebenden indigenen Gemeinschaften, die nur etwas mehr als 1% der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachen. Ich habe zwar einen großen Teil meines Berufslebens damit verbracht, den Armen zu helfen, Zugang zu Eigentums- und Unternehmensrechten zu erhalten – zuerst in Peru und dann in anderen Entwicklungsländern –, ich stimmte jedoch weitgehend mit den „Experten“ überein, denen zufolge die

indigenen Bevölkerungsgruppen ihre traditionelle Lebensweise im Urwald ungestört fortsetzen sollten. Als ich die auf den Vorfall in Bagua folgende politische Debatte verfolgte, wurde mir jedoch klar, dass niemand in Peru eine Erklärung für den Ausbruch der Gewalt hatte. Meine Kollegen vom Institute for Liberty and Democracy (ILD) und ich fuhren in das Amazonasgebiet, um konkrete Informationen über die Ereignisse zu erhalten. Wir arbeiteten acht Monate vor Ort – zu unserer Arbeit gehörten ausführliche Interviews mit den Führern aller wichtigen Stämme und den Häuptlingen von etwa 200 indigenen Gemeinschaften – und anschließend waren wir noch mehrere Wochen damit beschäftigt, unsere Ergebnisse zu analysieren und Reformalternativen zu prüfen, die den Menschen im Amazonasgebiet vielleicht helfen können, das Potenzial ihrer Ressourcen besser auszuschöpfen. Das Ergebnis: Ich teile inzwischen die Ängste vieler Amazonasbewohner in Bezug auf die Globalisierung.

Im Gegensatz zum Ausgang des Hollywood-Films glaube ich jedoch nicht, dass den indigenen Bevölkerungsgruppen damit gedient ist, sie von der Globalisierung zu isolieren (im Film werden die Angestellten des amerikanischen Bergbauunternehmens, die Pandora überfallen hatten, festgenommen und in ihren Raumschiffen zurück nach Hause geschickt). Was die Menschen im Amazonasgebiet wirklich wollen, ist dasselbe, was die Armen überall in den Entwicklungsländern anstreben: ihre Rechte durchsetzen, so dass sie nicht länger politisch ausgegrenzt werden und ihre eigene wirtschaftliche Zukunft mitbestimmen können, ohne ihre traditionelle Lebensweise und ihre Identität zu verlieren. Es folgt ein zusammenfassender Bericht über unsere Forschungsergebnisse.

„Was die Menschen im Amazonasgebiet wirklich wollen, ist dasselbe, was die Armen überall in den Entwicklungsländern anstreben ...“

Die indigenen Gemeinschaften haben keine Verfügungsgewalt über ihre Gebiete

Die meisten Peruaner waren der Überzeugung, dass die Regierung den indigenen Bevölkerungsgruppen im Amazonasgebiet bereits vor langer Zeit Eigentumsrechte für ihre Gebiete zugesprochen hatte. Von den 5 000 indigenen Gemeinschaften im peruanischen Amazonasgebiet haben jedoch nur etwa 5% einen Eigentumstitel, der es ihnen ermöglicht, ihr Gebiet zu kontrollieren und ihre sogenannten Gemeinschaftsressourcen effizient und produktiv zu nutzen. Der Staat hat zwar 1 497 Gemeinschaften anerkannt und 1 260 von ihnen einen Eigentumstitel verliehen – sicherlich ein Fortschritt –, diese Eigentumstitel sind jedoch aus den folgenden acht Gründen für sie von wenig Nutzen:

1. Die meisten Eigentumstitel der indigenen Bevölkerungsgruppen geben den genauen Standort der Grundstücke nicht an: 80% zeigen keine genauen Grenzen an, verwenden keine universellen Koordinaten oder enthalten keine geografischen Merkmale, die es ermöglichen würden, die Grundstücke in einem standardisierten System genau zu identifizieren. Darüber hinaus sind die wenigen Eigentumstitel, die vergeben wurden, in Grundbüchern eingetragen, die keine geografische Basis besitzen.
2. Die meisten Titel können von den Inhabern nicht ohne weiteres genutzt werden, um sich gegen Ansprüche Dritter zur Wehr zu setzen, weil die Namen der Inhaber falsch geschrieben sind, weil mehrere Personen Eigentumstitel für das gleiche Grundstück besitzen (weil mehrere sukzessive Überschreibungen nicht eingetragen wurden) und/oder weil die Titel Grenzen angeben, die durch Grundstücke führen, die anderen Gemeinschaften, Gemeinschaftsmitgliedern oder Konzessionären gehören bzw. Teil von wirtschaftlich genutzten Waldflächen oder Naturschutzgebieten sind.
3. Die im Urwald lebenden Gemeinschaften haben nur schwer Zugang zur Vergabe von Eigentumsrechten. Das Verfahren ist sehr langwierig und kostspielig, es dauert durchschnittlich 747 Arbeitstage und kostet 36 095 US-\$, was dem 186-Fachen des durchschnittlichen Grundlohns in Peru entspricht.

4. Die für die Vergabe von Eigentumstiteln an indigene Bevölkerungsgruppen zuständigen Stellen besitzen zu wenig Autorität, Kontinuität und operative Kapazität. So wurde die Zuständigkeit für die Vergabe von Eigentumstiteln zunächst von den Verwaltungssitzen der regionalen Landwirtschaftsbehörden auf die nationale Landwirtschaftsbehörde für die Ausstellung von Eigentumstiteln (PETT) und anschließend auf die neuen Regionalregierungen verlagert, wodurch ihr Einfluss und ihre Effizienz stark eingeschränkt werden.
5. Die indigenen Gemeinschaften haben kein lokales Grundbuchamt, um Eigentumsrechte zu dokumentieren und bekannt zu machen, und sie haben auch keine Möglichkeit, ihre zahlreichen Grundstücksgeschäfte (Pacht, Verkauf, Übertragung usw.) einzutragen und nachzuweisen.
6. Das Eigentum kann nicht eindeutig bestimmt werden, weil die Regeln für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft nicht ordnungsgemäß dokumentiert sind. Die Regeln unterscheiden sich von Gruppe zu Gruppe, und die Mitgliederlisten werden nicht regelmäßig aktualisiert.
7. Anstatt ein einheitliches Gesetz für alle indigenen Bevölkerungsgruppen im Amazonasgebiet einzuführen, hat die Regierung jeder Gemeinschaft das Recht zugesprochen, ihre eigenen Regeln festzulegen und dadurch ungefähr 5 000 souveräne Rechtssysteme geschaffen, die nicht standardisiert sind.
8. All diese Faktoren führen dazu, dass die Eigentumsrechte nur innerhalb einer bestimmten Gemeinschaft anerkannt werden und deshalb außerhalb dieser Gemeinschaft nur schwer anzuwenden sind. Wir haben z.B. einen Fall beobachtet, wo ein Mahagonibaum auf dem winzigen Markt der Gemeinschaft für nur 3 kg Zucker, das entspricht etwa 3 US-\$, verkauft wurde. Wenn die Rechte des Baumeigentümers außerhalb der Gemeinschaft anerkannt würden – wenn er einen von der nationalen oder globalen Marktwirtschaft anerkannten standardisierten Eigentumstitel hätte –, würde der Wert dieses Baums beträchtlich steigen: In Callao, dem Hafen von Lima, wäre er z.B. 12 000 US-\$ wert, in Kalifornien würde er sogar 50 000 US-\$ kosten und nach der Verarbeitung zu Möbeln mit elegantem Design würde der Mahagonibaum bis zu 200 000 US-\$ wert sein.

„Weil sie nicht den gleichen Normen folgen wie andere Gemeinschaften, geschweige denn der Rest von Peru oder der Welt, leben die Angehörigen der indigenen Bevölkerung in einer Art steriler wirtschaftlicher Apartheid.“

Die rechtlichen Defizite des aktuellen Eigentumsrechts im peruanischen Amazonasgebiet schränken die Verfügungsgewalt der indigenen Bevölkerungsgruppen über ihre Gebiete und Ressourcen beträchtlich ein und begrenzen ihre Möglichkeiten, einen angemessenen und gerechten Nutzen daraus zu ziehen. Weil sie nicht den gleichen Normen folgen wie andere Gruppen, geschweige denn der Rest von Peru oder der Welt, leben die Angehörigen der indigenen Bevölkerung in einer Art steriler wirtschaftlicher Apartheid. Jede Gemeinschaft ist Gefangene ihres kleinen Ghettos, ohne Verbindung zur Außenwelt, was es ihr erschwert, mit den Menschen anderer Gemeinschaften oder darüber hinaus wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Der Wohlstand, den diese Bevölkerungsgruppen anstreben und den sie benötigen, um sich selbst aus der Armut zu befreien – die Gesundheits-, Bildungs- und sonstigen Basisdienste, die ihnen fehlen –, ist jedoch nur mit den modernen Instrumenten einer Marktwirtschaft erreichbar.

Ohne institutionalisiertes kollektives Gedächtnis und Mechanismen, die Kontakte mit anderen und eine weltweite Arbeitsteilung ermöglichen, können diese Gemeinschaften keine angemessene Wertschöpfung erzielen, sich nicht gegen wirtschaftliche Aggression zur Wehr setzen und keinen ausreichenden Zugang zu Krediten, Kapital oder ausländischer Technologie erlangen. Das sind die

Instrumente, die der entwickelten Welt wirtschaftlichen Wohlstand gebracht haben, und wenn die indigenen Bevölkerungsgruppen nicht die gleichen rechtlichen Möglichkeiten erhalten, werden sie ausgegrenzt und arm bleiben, weiter ihre Kultur und ihre Identität verlieren und von der vorherrschenden Gesellschaft „geschluckt“ werden.

Die indigenen Völker haben keine Verfügungsgewalt über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten

Für die meisten indigenen Bevölkerungsgruppen im Amazonasgebiet ist es zu teuer, ein Unternehmen zu gründen. Der bürokratische Aufwand ist enorm, und die Behörden, die die erforderlichen Genehmigungen erteilen, sind nur nach tage- oder wochenlanger Reise zu erreichen – im Kanu, zu Fuß oder im Bus. Es kann bis zu 105 Tage dauern und bis zu 2 120 US-\$ kosten, eine Genehmigung für die Gründung einer Personengesellschaft zu erhalten. Der bürokratische Aufwand für die Durchsetzung eines Vertrags mit einem Wert von 31 800 US-\$ kann 580 Tage dauern und bis zu 7 420 US-\$ kosten – ein Preis, der für gewöhnliche indigene Menschen unerschwinglich ist.

Solche Hindernisse verwehren selbst den ehrgeizigsten Unternehmern den Zugang zu den Rechtsinstrumenten – Rechtspersönlichkeit (für die Unternehmen), beschränkte Haftung, Inhaberaktien, Unternehmensidentität, Bürgschaften und durchsetzbare Verträge –, die für den Aufbau eines Unternehmens, die Wertschöpfung und den Schutz des Unternehmers vor rücksichtsloser Verdrängung aus dem Markt unerlässlich sind und die es den Unternehmern erlauben, Verbindungen zu anderen Märkten herzustellen.

Es gibt viele Beispiele. Ohne die rechtliche Möglichkeit, ein Unternehmen zu gründen, können indigene Unternehmer z.B. keine Unternehmenshierarchie außerhalb der eigenen Familie oder der eigenen Gemeinschaft aufbauen oder eine Gruppe nach rein ökonomischen Kriterien ohne Rücksichtnahme auf andere Einflüsse organisieren. Dadurch wird der Zugang zu Humankapital beträchtlich eingeschränkt und ist es Unternehmern nur sehr begrenzt möglich, Ressourcen mit Menschen zu kombinieren, die nicht zur eigenen Gemeinschaft gehören. In solchen Fällen ist es unmöglich zu wissen, ob man es mit einem Unternehmer zu tun hat, der ökonomische Motive verfolgt, mit einem Krieger, dessen Loyalität seinem militärischen Anführer gilt, mit einem Politiker, der von seiner Ideologie angetrieben wird, mit einem Gemeinschaftsmitglied, das den Anweisungen eines nicht näher bekannten Angehörigen folgt oder mit einem Mitglied einer religiösen Gruppe, das von seinem Glauben geleitet wird.

„Ohne die rechtliche Möglichkeit, ein Unternehmen zu gründen, können indigene Unternehmer ... keine Unternehmenshierarchie außerhalb der eigenen Familie oder Gemeinschaft aufbauen ...“

Außerdem hat ein indigener Unternehmer ohne Zugang zu den Vorteilen der beschränkten Haftung keine Möglichkeit, den im Fall einer Unternehmensinsolvenz zu liquidierenden persönlichen Besitz zu begrenzen. Jede Handlung unterliegt der uneingeschränkten persönlichen Haftung, so dass der Unternehmer alles aufs Spiel setzt, was er besitzt, und Gefahr läuft, sich so hoch zu verschulden, dass er den Rest seines Lebens wie ein Sklave für seine Gläubiger arbeiten muss (eine Situation, die bei den Bewohnern des Amazonasgebiets durchaus vorkommt).

Wenn ein Unternehmenseigentümer im Amazonasgebiet nicht dazu in der Lage ist, den Wert seines Unternehmens in Inhaberaktien aufzuteilen, muss das gesamte Unternehmen aufgelöst werden, selbst wenn er nur einen Teil seiner Schulden nicht begleichen kann. Die Aufteilung des Unternehmens in Aktien würde es dem Unternehmer ermöglichen, nur einen Teil des Unternehmens abzuwickeln, um den erforderlichen Betrag zu decken oder diesen Betrag in eine Kapitalbeteiligung umzuwandeln und so vielleicht eine gewisse Kontrolle über das Unternehmen zu behalten.

Ein indigener Unternehmer, der die für eine Identifizierung des Unternehmens erforderlichen amtlichen Dokumente nicht besitzt, kann die Erfolgsbilanz des Unternehmens nicht bekannt machen und über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus kein Vertrauen aufbauen.

Ohne ein funktionierendes Bürgschaftssystem – z.B. in der Erzeugung von Nutzholz – hat ein Gläubiger nur begrenzte Möglichkeiten, einen Kredit einzutreiben, und dadurch wird der Zugang des indigenen Holzeigentümers zu Krediten eingeschränkt. Er erhält Kredite nur in sehr geringem Umfang oder zu sehr hohen Zinssätzen.

In der unübersichtlichen und von großen Entfernungen geprägten Weltwirtschaft können Worte schnell hinweggefeht werden. Verträge und formale Dokumente – in Schriftform und ordnungsgemäß eingetragen – bieten weniger abstrakte und genauere Indikatoren als das gesprochene Wort und da sie nach internationalen Standards aufgesetzt sind, haben sie eine größere geografische Reichweite. Die folgenden Instrumente signalisieren bestimmte Funktionen: Eigenwechsel, Wechsel und Schuldscheine bescheinigen eine Zahlungsverpflichtung, Lizenzen und Genehmigungen enthalten eine Autorisierung, Wertpapiere, Aktien und Pfandrechte dienen als Nachweis für Werte, die Gesellschaftssatzung bescheinigt die Identität des Unternehmens und die Rechnungslegung in doppelter Buchführung ermöglicht die Verbuchung von Auszahlungen und Einzahlungen. Wenn das Vertrauen in Ersparnisse und Investitionen gesichert werden soll, wenn die Reputation auf Tatsachen basieren soll und wenn Ausbeuter und Betrüger leicht identifizierbar sein sollen, müssen all diese Signale in das gesamtgesellschaftliche Gedächtnis einfließen: durch Amtsregister, in der Form von Eigentumstiteln und Risikoversicherungen, durch private Verfügungsgewalt sowie durch Wertpapierbörsen und andere Vermittlungsstellen, einschließlich Notare.



Durch einen Vergleich mit dem Kinofilm Avatar beschreibt de Soto eine Reihe von Vorurteilen, die die indigenen Bevölkerungsgruppen im peruanischen Amazonasgebiet weiter ausgrenzen und daran hindern, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Foto mit freundlicher Genehmigung des Institute for Liberty and Democracy

Die Avatar-Vorurteile

Warum besitzen die indigenen Bevölkerungsgruppen keine solchen Rechtsinstrumente, um ihr Eigentum und ihr Gewerbe zu schützen? Weil zahlreiche Vorurteile uns glauben machen, dass die indigenen Bevölkerungsgruppen diese Verfügungsgewalt nicht wollen oder nicht benötigen oder dass sie nicht dazu in der Lage sind, sie zu benutzen. Meine Kollegen und ich haben eine Liste dieser weit verbreiteten Auffassungen erstellt und unsere Antworten darauf gegeben:

1. Vorurteil: Indigene Bevölkerungsgruppen sind Kommunisten.

Im Gegenteil, sie leben in einem Wirtschaftssystem, das von der Familie und dem Einzelnen beherrscht wird. Ihre eigenen Führer und Dokumente bringen dies sehr deutlich zum Ausdruck. Zum Beispiel:

- Der nationale Entwicklungsvorschlag für das Amazonasgebiet, den die Organisationen der indigenen Bevölkerungsgruppen des Amazonasgebiets der peruanischen Regierung vorgelegt haben und der im Dezember 2009 verabschiedet wurde, stellt fest: „Weder öffentliche Stellen noch NRO (Nichtregierungsorganisationen) sollten in Zukunft Modelle für eine gemeinschaftliche Verwaltung der Aquakultur (gemeinschaftliche Fischfarmen) fördern, da diese nachweislich gescheitert sind, weil das indigene Produktionsmodell auf der Familie oder der Großfamilie (Interessengruppen) basiert“ (PCM, 2009).
- Das Protokoll der ersten Sitzung der indigenen Organisationen der nordöstlichen Region des Marañón, die im April 2008 in San Lorenzo, der

Hauptstadt der Provinz Datem del Marañón (Loreto) stattfand, stellt fest: „Wir müssen Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung auf Familien-, Verbands- und Einzelebene fördern und bereitstellen (Gemeinschaftsunternehmen funktionieren nicht)“. Darüber hinaus heißt es dort: „Das Wirtschaftsprogramm sollte Politikmaßnahmen und Strategien erarbeiten, die die Entwicklung von Initiativen auf lokaler Ebene sowie von Gruppen-, Familien- und Einzelinitiativen fördern“.

2. Vorurteil: Die indigenen Menschen sind auf ihre eigene Weise auch wohlhabend.

Die indigenen Bevölkerungsgruppen des Amazonasgebiets sind nicht wohlhabend – in Wirklichkeit trifft das Gegenteil zu, was in offiziellen Statistiken der Regierung und der Vereinten Nationen dokumentiert wird:

- In Peru sind sieben von zehn indigenen Menschen arm (ILO, 2005), und fünf von zehn leben in extremer Armut.
- Fünf der ärmsten Bezirke Perus (Balsapuerto, Cahuapanas, Alto Pastaza, Morona-Loreto und Río Santiago-Amazonas) befinden sich in indigenen Regionen in Perus nördlichem Amazonasgebiet (INEI, 2007).
- Im Amazonasgebiet geht Armut einher mit anderen Mangelercheinungen, vor allem im Gesundheitsbereich:
 - Die Lebenserwartung der indigenen Bevölkerungsgruppen ist 20 Jahre niedriger als bei anderen sozialen Gruppen des Landes (INEI, 1996)².
 - Die Säuglingssterblichkeit ist bei den indigenen Bevölkerungsgruppen fast dreimal so hoch wie im nationalen Durchschnitt: Pro tausend geborene Kinder sterben 16,96 Säuglinge, im Vergleich zu 6,1 landesweit (Fuentes und Revilla, 2007).
 - Chronische Mangelernährung – die die geistige und körperliche Entwicklung beträchtlich beeinträchtigt – betrifft 50% der indigenen Kinder, was zu schwerwiegenden Lernbehinderungen führt³.
 - In indigenen Bevölkerungsgruppen erkranken 40% der Kinder und 58,3% der schwangeren Frauen an perniziöser Anämie, eine Krankheit, die tödlich verlaufen kann (Huamán-Espino und Valladares, 2006).
 - Malaria, Hepatitis B und D, Leishmaniose und ähnliche Krankheiten, die in städtischen Gebieten kaum auftreten, sind bei den indigenen Gemeinschaften weitverbreitet (Cabezas et al., 2006).
- Etwa 20 000 indigene Männer aus Gemeinschaften in den entlegensten Landesteilen, die in der illegalen Rohstoffförderung arbeiten – oft mit Frauen und Kindern –, sind Opfer von Zwangsarbeit (ILO, 2005).

Die indigenen Bevölkerungsgruppen sind heute auf eine florierende Wirtschaft angewiesen, um ihre steigende Nachfrage nach Gütern von außen zu befriedigen, von Werkzeugen und Bekleidung zu Nahrungsmitteln und Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit. Das Wenige, das sie besitzen, haben sie häufig als Gegenleistung für die Abtretung ihres natürlichen Kapitals – biologische Vielfalt, Wälder, Land usw. – erhalten, und dadurch haben sie ihre zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit einer Hypothek belastet.

3. Vorurteil: Die indigenen Bevölkerungsgruppen brauchen die übrige Welt nicht und ziehen ein Leben in Isolation vor.

Das ist falsch. Heute sind in fast allen indigenen Gemeinschaften Güter von der Außenwelt zu finden – von Streichhölzern, Salz, Seilen, Macheten, Äxten, Gewehren und Fischhaken zu Motoren, Radios und vielen anderen mechanischen und elektrischen Geräten. Hoch auf der Wunschliste der indigenen Gemeinschaften stehen moderne Kommunikationssysteme, insbesondere Radios, Telefongeräte, Fernseher, Internet und Motorboote.

4. Vorurteil: Die indigenen Bevölkerungsgruppen wollen weder Eigentum besitzen noch ein Gewerbe ausüben.

In fast allen Gemeinschaften, die wir besucht haben, fanden wir Schriftstücke und Karten, die dokumentieren, wie die Gemeinschaften selbst Bescheinigungen über das Privateigentum an Häusern, landwirtschaftlichen Nutzflächen und Jagdgebieten sowie in Bezug auf Geschäftsvorfälle ausstellen. Diese Schriftstücke sind auch Beleg dafür, dass fast alle indigenen Organisationen es vorziehen, ihr Eigentum mit einem Rechtstitel zu versehen, auf den sie in den häufigen Streitfällen über die Nutzung der Ressourcen innerhalb der betreffenden Gruppe und zwischen den verschiedenen Gemeinschaften sowie gegenüber Dritten und Eindringlingen – ob Siedler, Konzessionäre oder Holzfäller – zurückgreifen können. Laut Forschungsarbeiten der peruanischen Graduate School of Business (ESAN) gibt es zwischen allen Gemeinschaften im Amazonasgebiet Grenzstreitigkeiten.

5. Vorurteil: Die Erteilung von Eigentumsrechten fördert die Umweltzerstörung.

Im Gegenteil: Entwaldung und Umweltdegradation treten vor allem in Regionen ohne fundierte Eigentumsrechte auf. Die Plünderung und Zerstörung der Ressourcen – sowie die Zerstörung der Ökosysteme innerhalb und außerhalb der indigenen Gebiete – wird durch fehlende Eigentumsrechte gefördert, und dadurch wird die biologische Vielfalt der Amazonasregion beeinträchtigt. Dokumentierte Eigentumsrechte und rechtsgültig angemeldete Gewerbebetriebe ermöglichen eine transparente Bewirtschaftung der Ressourcen. Ohne diese Instrumente ist es unmöglich, die Eigentümer der Ressourcen oder diejenigen, die für sie zuständig sind, zu identifizieren und Plünderer zu bestrafen.

6. Vorurteil: Die Weltanschauung der indigenen Bevölkerungsgruppen ist mit der Globalisierung unvereinbar.

Dafür gibt es keinerlei Beweise und diese These ist vergleichbar mit der Behauptung, bestimmte Nationalitäten seien kulturell nicht dazu in der Lage, Fußball zu spielen oder im Internet zu surfen. Vor gerade einmal 30 Jahren gab es tatsächlich Personen, die behaupteten, dass die Weltanschauungen von China, Indien und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion mit der Globalisierung unvereinbar seien. Vor 60 Jahren waren einige „Experten“ auch der Auffassung, dass die japanische Gesellschaft außerhalb eines Feudalsystems niemals funktionieren könne und dass Araber und Eskimos ihr Zusammenleben nur auf Stammesebene organisieren könnten. Diese Nationalitäten haben sich nicht nur in die globalisierte Welt integriert, ohne ihre kulturelle Identität zu verlieren, sie haben darüber hinaus aus anderen Kulturen übernommene Innovationen an ihre eigene Kultur angepasst und sind dadurch selbst wichtige Antriebskräfte der Globalisierung geworden.

Es steht jedoch außer Frage, dass den Menschen ohne klare Rechte in Bezug auf ihre Gebiete und gewerblichen Tätigkeiten die Ressourcen fehlen, die sie benötigen, um ihre Kultur, ihre Weltanschauung, ihre Gebräuche und ihre Traditionen zu verteidigen. Ohne diese Rechte laufen die Bewohner der Amazonasregion Gefahr, „assimiliert“ zu werden – wobei die Entfremdung so groß sein kann, dass sie ihre Selbstachtung und ihre Sicherheit als Bevölkerungsgruppe verlieren.

Die Vorurteile können durch rechtliche Teilhabe der Menschen überwunden werden

Ich habe mich zwar nicht mein ganzes Leben mit Fragen in Bezug auf indigene Bevölkerungsgruppen beschäftigt – daran besteht kein Zweifel –, ich kann jedoch mit Sicherheit sagen, dass die Hunderte von indigenen Führern, mit denen ich gesprochen habe, keinerlei Interesse daran zeigten, wie präkolumbische Antiquitäten, die in Naturkundemuseen in Glasvitrinen aufbewahrt werden, oder wie Behinderte, die unfähig sind, sich mit der Außenwelt und der Moderne auseinanderzusetzen, behandelt zu werden. Ihre Kulturen sind lebendig und passen sich ständig an neue Umgebungen und Umstände an. In meiner 30-jährigen Tätigkeit in Entwicklungsländern habe ich festgestellt, dass Menschen, die vom System ausgegrenzt sind, sehr wohl wissen, wie sie sich der übrigen Welt anschließen können und wie sie von dieser Integration profitieren können, sobald sie die rechtlichen, politischen und technischen Instrumente erhalten, die es ihnen ermöglichen, sich zu organisieren und ihrer Stimme Ausdruck zu verleihen.

Unsere Ergebnisse bestätigen, dass die Amazonasregion, ebenso wie der Mond Pandora in dem Film *Avatar*, von wundervollen Menschen bewohnt wird. Im Gegensatz zur fiktiven Welt des Mondes Pandora ist die Amazonasregion jedoch kein isoliertes und autarkes Gebiet. Sie ist ein Teil der realen Welt, den die unaufhaltsame und ständig wachsende Welle der Globalisierung bereits erreicht hat. Es ist an der Zeit, dass alle diejenigen unter uns, die den indigenen Bevölkerungsgruppen helfen wollen – wo immer dies auch sein mag –, die Regierungen ermuntern, diesen Gruppen den Zugang zu Eigentums- und Unternehmensrechten zu erleichtern. Nur dann sind sie dazu in der Lage, miteinander und mit der Außenwelt Signale auszutauschen, ihre Ressourcen produktiv zu bündeln sowie die Vielfalt und den Wohlstand zu schaffen, die es ihnen ermöglichen werden, sich vor den Gefahren der Globalisierung zu schützen und von ihren Vorteilen zu profitieren.

„Es ist an der Zeit, dass alle diejenigen unter uns, die den indigenen Bevölkerungsgruppen helfen wollen – wo immer dies auch sein mag –, die Regierungen ermuntern, diesen Gruppen den Zugang zu Eigentums- und Unternehmensrechten zu erleichtern.“

Was also hält uns zurück?

Die internationalen Geberorganisationen haben schon vor längerer Zeit erkannt, dass die Teilhabe der Armen – dazu gehört auch, dass insbesondere indigene Bevölkerungsgruppen Zugang zu Vermögenswerten haben und diese auch kontrollieren können – für die Armutsbekämpfung und die menschliche Entwicklung von zentraler Bedeutung ist. Trotz dieser Erkenntnis hat es sich jedoch als schwierig erwiesen, die Teilhabe zu verwirklichen und ausgegrenzten Menschen das Recht zu geben, ihre Ressourcen mit den gleichen Instrumenten – Eigentums- und Unternehmensrechte – zu kontrollieren, wie sie den Reichen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus war das Konzept der Teilhabe in den letzten Jahren zwar zentrales Thema der Diskussionen im Entwicklungsausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Geberorganisationen hatten jedoch Schwierigkeiten, dieses Konzept praktisch umzusetzen.

Die Herausforderung besteht darin, das, was alle Entwicklungsländer in den letzten 150 Jahren durch Ausprobieren erreicht haben und jetzt für selbstverständlich halten, in einem oder einigen Programmen zu bündeln. Tatsache ist, dass nur wenige Organisationen dazu bereit sind, die extralegale Wirtschaft systematisch und umfassend in die formelle Wirtschaft zu integrieren und dabei so vorzugehen, dass die Entwicklungsländer und die Länder der ehemaligen Sowjetunion den Prozess politisch und kulturell nachvollziehen können, und sicherzustellen, dass die Betroffenen diesem Ansatz zustimmen. Meine Organisation hat viel aus unseren Fehlern gelernt.

„Nur wenige Organisationen sind dazu bereit, die extralegale Wirtschaft systematisch und umfassend in die formelle Wirtschaft zu integrieren und dabei so vorzugehen, dass die Entwicklungsländer und die Länder der ehemaligen Sowjetunion den Prozess politisch und kulturell nachvollziehen können ...“

Uns ist klar geworden, dass jedes effektive Programm zur Förderung der rechtlichen Teilhabe mehrere Dinge erreichen muss: die Lücke zwischen dem legalen und dem extralegalen Sektor verstehen, analysieren, wie diese beiden Parallelwirtschaften funktionieren, ihre Probleme und Trennlinien beurteilen, ihre wirtschaftlichen Auswirkungen quantifizieren und herausfinden, wie sie in ein rechtsstaatliches System integriert werden können, um eine moderne, produktive und inklusive Volkswirtschaft aufzubauen. Dazu ist jedoch kaum jemand bereit.

Warum? Weil es nicht nur darum geht, Dienstleistungen in Bezug auf technische Studien, Projektmanagement, Systemintegration oder Informationstechnologie bereitzustellen oder Ausrüster und Dienstleistungsunternehmen zu beauftragen, die sich auf die Dokumentation von Grundeigentumsrechten, insbesondere Landvermessung, Kartierung und die Modernisierung der Grundbücher, spezialisiert haben. Viele Organisationen können dies leisten. Die Durchführung eines umfassenden Formalisierungsprogramms bedeutet jedoch, ein Land vom Feudalismus, Patrimonialismus, Tribalismus oder Merkantilismus in eine moderne Marktwirtschaft zu verwandeln. Ein Programm, das einen solchen Übergang gewährleisten soll, muss Folgendes berücksichtigen:

- traditionelle Identifizierungsmethoden von Menschen und Organisationen in der informellen Wirtschaft, z.B. Abdrücke (Unterschriften, Fingerabdrücke), Kennzeichnungen, Zugehörigkeitsmerkmale usw.
- die Fungibilität und Rückverfolgbarkeit der zum informellen Sektor gehörenden Dokumente
- die Größe der Gruppen, denen informelles Eigentum – Grund und Boden oder Unternehmen – gehört
- der Umfang des wirtschaftlichen Nutzens, der sich aus der Eigentumsformalisierung ergibt
- die Verbindung zwischen der Formalisierung und den Infrastruktureinrichtungen auf Makroebene, die erforderlich sind, um die Rechte und Verantwortlichkeiten der Anbieter und Nutzer von Versorgungsleistungen zu individualisieren und das Zahlungsausfallrisiko zu reduzieren
- die Identifizierung der verschiedenen Arten von informellen Unternehmen und ihres Ursprungs
- die Lage der geografischen Regionen und Sektoren, in denen informelle Unternehmen am aktivsten sind
- die Einrichtung von Amtsregistern, die ausschließlich dafür vorgesehen sind, die traditionellen Identifizierungsmethoden des informellen Sektors jeder einzelnen Gesellschaft zu digitalisieren
- die umfassende Vergabe von Eigentumstiteln an die Wirtschaftsakteure des informellen Sektors, wobei ihre Anführer als Sondereinheit dienen – d.h. als Teil der Expertengruppen, die vor Ort Informationen sammeln – um sicherzustellen, dass die Rechtstitel eindeutig sind
- konkrete Pläne zur Formalisierung von extralegalen Übernahmen und Landbesetzungen.

„Die OECD und ihre Partner sind außergewöhnlich gut dafür gerüstet, all dieses zerstreute Wissen, das für einen erfolgreichen Übergang in die Moderne erforderlich ist, zu bündeln.“

Im Gegensatz zu den üblichen Beratern und Zuarbeitern des öffentlichen Sektors sind die OECD und ihre Partner außergewöhnlich gut dafür gerüstet, all dieses zerstreute Wissen, das für einen erfolgreichen Übergang in die Moderne erforderlich ist, zu bündeln. Rechtliche Teilhabe ist heute dringender geboten als je zuvor. Dies zeigt sich auch eindeutig in den mutigen Demonstrationen für Wandel im Nahen Osten und in Nordafrika, in den sozialen Konflikten zwischen indigenen Bevölkerungsgruppen und Investoren – und der Notwendigkeit, weitere Konflikte zu vermeiden – sowie in dem stetigen Wachstum der informellen Wirtschaftssektoren in den Entwicklungsländern und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, wo der Unmut und die Wut über Armut und rechtliche Ausgrenzung wahrscheinlich noch zunehmen werden.

Anmerkungen

1. Dieser Artikel wäre ohne die Forschungsarbeit und die Ratschläge des Institute for Liberty and Democracy (ILD) nicht möglich gewesen. Die Teammitglieder waren: Ana Lucía Camaïora, Bernardo Roca Rey, María del Carmen Delgado, Gustavo Marini, José Álvarez, Luis Triveño, Luis Aliaga, Jackeline Silva, Patricia Aparicio, Jorge Reátegui, Ramiro Rubio, Luis Morales Bayro, Mario Galantini und Gabriel Aguirre.
2. Die Zahl bezieht sich auf die indigene Bevölkerung weltweit.
3. Im UNICEF-Bericht von 2009 ist auf Seite 1 zu lesen: „In Peru hat eine Fallstudie in Río Santiago (Provinz Condorcanqui, Region Amazonas) ergeben, dass 56% der Kinder unter drei Jahren unter chronischer Mangelernährung leiden. (Der ursprüngliche spanische Text lautet: *„En Perú, un estudio de caso en el Río Santiago, provincia de Condorcanqui, región de Amazonas, registró un 56% de desnutrición crónica en menores de tres años.*)

Literaturverzeichnis

Cabezas, C. et al. (2006), "Hiperendemicidad de hepatitis viral b y delta en pueblos indígenas de la Amazonía peruana", *Revista Peruana de Medicina Experimental y Salud Pública*, 23:2, S. 114-122.

Fuentes, D. und D. Revilla (2007), "Consideraciones Éticas para la Realización de Investigaciones en comunidades nativas de la Selva Amazónica del Perú", *Revista Peruana de Medicina Experimental y Salud Pública*, 24:1, Lima, S. 53-54. Verfügbar unter www.scielo.org.pe/pdf/rins/v24n1/a09v24n1.pdf.

Huamán-Espino, L. und C. Valladares (2006), "Estado nutricional y características del consumo alimentario de la población Aguaruna, Amazonas, Perú 2004", *Revista Peruana de Medicina Experimental y Salud Pública*, 23:1, Lima, S. 13. Verfügbar unter <http://redalyc.uaemex.mx/pdf/363/36323103.pdf>.

ILD (Institute for Liberty and Democracy) (2010), "The Peruvian Amazon is not Avatar", ILD, Lima, Peru. Verfügbar unter www.ild.org.pe/index.php?option=com_content&view=article&id=124&Itemid=295&lang=en.

ILO (Internationale Arbeitsorganisation) (2005), *A global alliance against forced labour: Global report under the follow-up to the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work*, Report of the Director-General, ILO, Genf, S. 39, 41.

Indigene Organisationen der nordöstlichen Region des Marañón (2008), *Protokoll der ersten Sitzung der indigenen Organisationen der nordöstlichen Region des Marañón*, die im April 2008 in San Lorenzo, der Hauptstadt der Provinz Datem del Marañón (Loreto) stattfand.

INEI (Instituto Nacional de Estadística e Informática) (2007), XI Censo de Población y VI de Vivienda 2007), *Sistema de Consulta de Indicadores de Pobreza a Nivel de Distrito*, INEI, Lima.

INEI (1996), "Proyecciones Departamentales de la Población 1995-2015", INEI, Lima, *Bevölkerungsprognosen für Peru 1995-2015*. Datenbank, verfügbar unter www.inei.gob.pe/biblioineipub/bancopub/Est/Lib0005/n00.htm.

PCM (Presidencia del Consejo de Ministros) (2009), "Mesa de Trabajo N° 4: Propuesta Nacional de Desarrollo Amazónico (Acta del 22 de junio del 2009)", *Grupo Nacional de Coordinación para el Desarrollo de los Pueblos Amazónicos* (eingesetzt durch Präsidialdekret Nr. 117-2009-PCM, geändert durch Präsidialdekret Nr. 211-2009-PCM), Lima, S. 46, Fußnote 29.

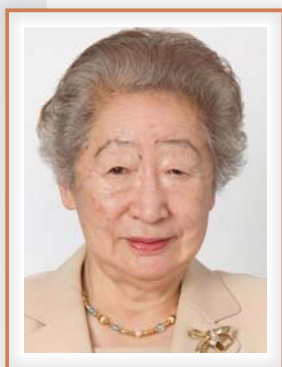
Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) (2009), "Hoja de datos: Día de los Pueblos Indígenas del Mundo", Vereinte Nationen, New York, S. 1. Verfügbar unter www.unicef.org/lac/Hoja_de_datos_30julio%281%29.pdf.

Sadako Ogata übernahm im Oktober 2003 den Vorsitz der Japanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit (JICA). Zudem war sie Vorsitzende des Beirats für menschliche Sicherheit (2003-2011), Mitglied des Beratergremiums der Vereinten Nationen zur Verhinderung von Völkermord (2006-2007) und der Hochrangigen VN-Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel (2003-2004) und Ko-Vorsitzende der Kommission für menschliche Entwicklung (2001-2003). Außerdem war sie als Sonderbeauftragte des japanischen Premierministers für Afghanistanhilfe tätig (2001-2004).

Von 1991 bis 2000 war Sadako Ogata Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen (UNHCR).

Zuvor war sie die zuständige unabhängige Expertin für die Menschenrechtssituation in Myanmar der Kommission der Vereinten Nationen für Menschenrechte (1990) und Beauftragte Japans in der VN-Menschenrechtskommission (1982-1985). Sie führte zudem den Vorsitz des Exekutivrats des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) (1978-1979).

Sadako Ogata ist darüber hinaus eine herausragende akademische Persönlichkeit, die als Dekanin der Fakultät für Auslandsstudien der Sofia-Universität in Tokyo tätig war (1989-1991). Sie ist Doktor der Politikwissenschaften (Universität Kalifornien, Berkeley), hat einen Master of Arts in internationalen Beziehungen der Georgetown University, Washington, und einen Bachelor der University of the Sacred Heart, Tokyo.



Kapitel 6

Inklusive Entwicklung: Den Herausforderungen der Zukunft entgegentreten

Sadako Ogata

Sadako Ogata blickt zurück auf ihre Erfahrungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, wo sie besonders für den Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen eintritt, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Spannungen ausgesetzt sind, die auf globaler Ebene wie auch innerhalb einzelner Länder auftreten können. Sie stellt fest, dass die Globalisierung und der wirtschaftliche und technische Fortschritt mit einer Ausweitung des Gefälles zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen verbunden sind.

Verfügen die für die humanitäre Hilfe und/oder die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Organisationen über die richtigen Lösungsansätze, um angesichts eines immer schneller voranschreitenden Globalisierungsprozesses auf die damit einhergehenden Herausforderungen zu antworten? Sind sie darauf vorbereitet, einzugreifen oder sich zu engagieren? Wie Ogata hervorhebt, sind Maßnahmen und Programme erforderlich, die allen Beteiligten zugute kommen. Sie vertritt die Auffassung, dass eine wirklich inklusive Entwicklung, bei der die Sicherheit und das Wohlergehen aller Bevölkerungsteile in allen Situationen im Vordergrund steht, den Weg in eine für alle bessere Zukunft weisen sollte.

In den letzten zwanzig Jahren vollzog sich ein rasch voranschreitender Globalisierungsprozess, der im Hinblick auf die Lebensbedingungen der Weltbevölkerung revolutionäre Veränderungen brachte. Diese Veränderungen berührten mich persönlich wie auch in meinem beruflichen Werdegang. Zwischen 1991 und 2000 oblag mir als Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen (UNHCR) der Schutz von Flüchtlingen und deren Unterstützung bei der Wiederansiedlung. Später, als ich für die Verwaltung der japanischen EZ-Leistungen zuständig war, bestand meine Aufgabe darin, die Entwicklungszusammenarbeit Japans mit dem Ziel auszurichten, die weltweit vulnerabelsten Bevölkerungsteile zu unterstützen. Obwohl diese beiden Tätigkeiten vom Konzept her recht unterschiedlich sind, haben sie doch gemeinsame Ziele: die Gewährleistung der Sicherheit und des Wohlergehens der Bevölkerung und die Stärkung der Fähigkeit der Länder, allgemeine Sicherheit und Stabilität zu garantieren.

Zunehmende Konflikte, wachsende Anforderungen

Als Hohe Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen (UNHCR) bestand meine Aufgabe hauptsächlich darin, die Menschen zu schützen, die in vielen Regionen der Erde vor Konflikten flüchten mussten. Das Ende des Kalten Krieges ging weltweit mit einer starken Zunahme innerstaatlicher Konflikte einher, und nach der Auflösung großer föderaler Staaten wie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien kam es in deren ehemaligen Teilrepubliken zu Unruhen. Zudem löste der Entkolonialisierungsprozess in vielen afrikanischen Staaten Konflikte über historisch, ethnisch oder stammesrechtlich begründete Gebiets-, Rechts- oder Führungsansprüche aus.

„In vielen Repatriierungssituationen müssen die Flüchtlinge in eine vom Krieg zerrüttete und verarmte Heimat zurückkehren und sind häufig gezwungen, unter Menschen ein neues Leben zu beginnen, die einmal ihre Feinde waren.“

Dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen obliegt zwar satzungsgemäß der Schutz von Flüchtlingen außerhalb ihres Herkunftslands, doch wird erwartet, dass er sie auch während des Prozesses der Repatriierung und Wiederansiedlung unterstützt. In vielen Repatriierungssituationen müssen die Flüchtlinge in eine von Krieg zerrüttete und verarmte Heimat zurückkehren und sind häufig gezwungen, unter Menschen ein neues Leben zu beginnen, die einmal ihre Feinde waren. Dies war der Fall für die über 3 Millionen ruandischen Staatsbürger, die aus dem Exil aus Nachbarländern heimkamen, darunter 2 Millionen Flüchtlinge, die 1996 aus dem Kongo zurückkehrten. Humanitäre Einrichtungen, insbesondere der UNHCR, mussten ihren unmittelbaren Bedürfnissen nachkommen und dabei rasch die Instandsetzung und den Wiederaufbau von Unterkünften, Schulen und öffentlichen Einrichtungen in die Wege leiten. Der UNHCR übernahm effektiv die

Wiederinstandsetzung und den Wiederaufbau von nahezu 100 000 Häusern, z.T. zusammen mit der Einrichtung von Wasserversorgungssystemen, Zentren ärztlicher Versorgung und Schulen.

Zu dieser Zeit waren die EZ-Stellen nicht in der Lage, diesen Anforderungen rasch nachzukommen. Sie gingen bei ihrer Arbeit normalerweise so vor, dass sie zunächst mit den Regierungen der Empfängerländer Verträge über den Aufbau von Kapazitäten abschlossen. In Post-Konflikt-Situationen, in denen die Kapazitäten der Regierung des Empfängerlands schwach oder unzureichend sind, ist es den EZ-Stellen jedoch u.U. nicht möglich, unverzüglich in Aktion zu treten, auch dann nicht, wenn sie vor Ort über Mitarbeiter verfügen. Zugleich fehlt es den Regierungen der betroffenen Länder häufig an den Kapazitäten, um die Wiederaufbauarbeiten nach Konflikten selbst verwalten zu können, geschweige

denn, um den Bedürfnissen von Menschen gerecht zu werden, die aus dem Land geflohen und gerade erst heimgekehrt sind.

In Fall Ruandas war das späte Einsetzen der Tätigkeit der EZ-Stellen besonders augenfällig. Der UNHCR fiel dagegen durch seine frühzeitige Präsenz im Wiederaufbauprozess auf. Hieran zeigt sich, dass zwischen der humanitären Hilfe und den EZ-Aktivitäten in Friedenskonsolidierungsprozessen nach Konflikten eine Lücke klafft, die es zu überbrücken gilt.

Die Kluft überbrücken

Die sich ausweitende Lücke zwischen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit war Gegenstand einer eingehenden Untersuchung durch die Vereinten Nationen sowie durch Organisationen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. In Reaktion darauf ergriff die Brookings Institution – ein unabhängiges Forschungsinstitut – 1999 die Initiative, eine internationale Konferenz zu diesem Thema¹ zu organisieren. An ihr nahmen zahlreiche humanitäre Einrichtungen und EZ-Stellen teil, die die Notwendigkeit erkannt hatten, diese Lücke durch das Angebot besser integrierter und aufeinander abgestimmter Leistungen zu überbrücken. Die Teilnehmer bestätigten erneut, dass die Hauptaufgabe humanitärer Einrichtungen darin besteht, Menschenleben zu retten und unverzüglich lebensnotwendigen Bedürfnissen gerecht zu werden, während die der EZ-Einrichtungen darin besteht, in den Empfängerländern Kapazitäten aufzubauen. Alle Teilnehmer kamen überein, zusammenzuarbeiten, um Maßnahmen zu konzipieren, die es ihnen ermöglichen würden, die Lücke zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu überbrücken und dadurch den Prozess der Friedenskonsolidierung nach Konflikten zu beschleunigen.

„... dass die Hauptaufgabe humanitärer Einrichtungen darin besteht, Menschenleben zu retten und unverzüglich lebensnotwendigen Bedürfnissen gerecht zu werden, während die der EZ-Einrichtungen darin besteht, in den Empfängerländern Kapazitäten aufzubauen.“

In Japan haben wir überdies intensiv über Mittel und Wege nachgedacht, wie wir zu Friedenskonsolidierungsmaßnahmen und -programmen in Post-Konflikt-Situationen beitragen können. Die Japanische Agentur für internationale Zusammenarbeit (JICA), die sich bislang auf die technische Ausbildung ihrer Mitarbeiter an sich konzentriert hatte, begann nach Wegen zu suchen, technisch geschultes Personal direkter in die Entwicklungszusammenarbeit einzubinden. Die Bemühungen konzentrierten sich auf Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Arbeitsplatzschaffung. Die Infrastrukturmaßnahmen zur Errichtung von Schulen, Krankenhäusern und Ausbildungszentren wurden mit technischen Programmen für die Ausbildung von Lehrkräften, Krankenpflegepersonal, Ärzten, Facharbeitern und Ingenieuren verknüpft.

Japan hat schon früh seine Bereitschaft unter Beweis gestellt, sich für die Friedensentwicklung in Afghanistan zu engagieren. Japan war dort seit den 1970er Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv, verließ aber während der Taliban-Herrschaft das Land und konzentrierte seine Anstrengungen auf die Unterstützung afghanischer Flüchtlinge, insbesondere in Pakistan. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem Militäreinsatz der Vereinigten Staaten gegen die Taliban und Al-Qaida hat sich Japan rasch im Bereich der Friedensentwicklung engagiert. In Japan fand im Januar 2002 die erste internationale Konferenz über den Wiederaufbau Afghanistans statt, womit Japan seine Bereitschaft demonstrierte, in diesem Prozess eine wesentliche Rolle zu übernehmen.

Diese Konferenz war das erste internationale Treffen zum Thema Wiederaufbau, bei dem Vertreter von humanitären Organisationen und EZ-Stellen, einschließlich der Finanzinstitutionen, unter einem Dach zusammenkamen. Dies ist als ein Ergebnis früherer Anstrengungen zu werten, die darauf abzielten, die Lücke zwischen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit in der Friedenskonsolidierung in Post-Konflikt-Situationen zu überbrücken. Seither sind die Bemühungen

zur Bewältigung der schwierigen Aufgabe des Wiederaufbaus in Afghanistan durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den humanitären Organisationen und den EZ-Stellen gekennzeichnet.

Unterstützung der Staatsentwicklung

Neben der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Bereichen können auch von der Kooperation zwischen einer ganzen Reihe von Regierungsstellen – nicht nur auf Ebene der Zentralregierungen, sondern auch zwischen zahlreichen regionalen und kommunalen Verwaltungen – Impulse für den Erfolg der Friedenskonsolidierung ausgehen, was dazu beiträgt, dass die positiven Effekte des Friedens die gesamte Bevölkerung erreichen.

Als Beispiel hierfür ein kleines lokales Projekt, das von der JICA in Juba, der Hauptstadt des Südsudans, initiiert wurde. Im Januar 2005 wurde im Sudan ein Friedensabkommen zwischen dem Norden und dem Süden des Landes geschlossen und damit ein Bürgerkrieg beendet, der über zwanzig Jahre lang andauerte. Bereits ein Jahr darauf wurde von einem lokalen JICA-Team eine erste – wenn auch bescheidene – Hafenanlage am Nil errichtet. Mit diesem Projekt versuchte eine EZ-Stelle, den Start des Wiederaufbauprozesses zu beschleunigen. Der Hafen erleichterte die Rückkehr von Flüchtlingen in den Südsudan sowie den Gütertransport aus Nachbarländern und -provinzen.

Die JICA fuhr damit fort, in Juba Straßen und Wasserversorgungssysteme zu bauen, und errichtete zudem ein Ausbildungszentrum für Elektriker und andere Handwerksberufe. Juba wird als Hauptstadt des Südsudans nach dessen Unabhängigkeit, für die sich die überwiegende Mehrheit der Wähler ausgesprochen hat, eine wichtige Rolle spielen. Und so leistet eine bescheidene, von einer EZ-Stelle errichtete Hafenanlage einen Beitrag zu dem nach Jahren des Konflikts und der Vertreibung der Bevölkerung erforderlichen Staatsaufbau.

Inklusive Entwicklung

Für die Entwicklungsarbeit und die Staatsentwicklung ist das Prinzip eines inklusiven Ansatzes von entscheidender Bedeutung. Durch die Globalisierung hat sich der Personen- und Güterverkehr beschleunigt, durch sie wurden die Schranken zwischen den Ländern auf ein Mindestmaß reduziert und hat die gegenseitige Abhängigkeit der Länder zugenommen. Durch sie hat sich aber auch die Geschwindigkeit erhöht, mit der sich in einem Land oder einer Region auftretende Probleme in Bereichen wie Finanzen, Nahrungsmittel, Energie usw. auf andere Länder ausbreiten und Krisen hervorrufen können. Auch der Wohlstand einzelner Landesteile, namentlich in städtischen Ballungsräumen kann, wenn ihm eine ungünstige Wirtschaftslage im ländlichen Raum gegenübersteht, politische Krisen auslösen wie die, die vor einiger Zeit in Thailand zu Bürgeraufständen führten. Die weltweite Verbreitung der Informationstechnologien, die die Wissensgrundlagen der Bevölkerung wesentlich erweitert, kann zudem der Ausbreitung von politischen Bewegungen Vorschub leisten, die einen Regimewechsel fordern, wie dies gegenwärtig in vielen Teilen Nordafrikas und im Nahen Osten der Fall ist.

„Damit erhöht sich zugleich die Bedeutung einer Politik inklusiver Entwicklung, die für schwache, arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen sogar noch größer ist.“

Haben die für die humanitäre Hilfe und/oder die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Organisationen die richtigen Antworten auf Herausforderungen, wie sie sich angesichts eines immer schneller voranschreitenden Globalisierungsprozesses stellen? Sind sie darauf vorbereitet, einzugreifen oder sich zu engagieren?

Das Schwergewicht auf eine „inklusive Entwicklungszusammenarbeit“ zu legen, bedeutet nicht nur, für Armutsbekämpfung oder Schuldenerlasse einzutreten. Alle humanitären Organisationen und EZ-Stellen unterstützen arme, schwache und benachteiligte Bevölkerungsgruppen, worauf es jedoch heute ankommt, ist das

Eintreten für Maßnahmen und Programme, die allen Beteiligten zugute kommen. Bei der Durchführung groß angelegter Infrastrukturprojekte sollten z.B. alle etwaigen negativen Effekte sorgfältig geprüft werden, insbesondere die Auswirkungen auf die örtlichen Gemeinschaften. Besonders wichtig ist es, bei der Unterstützung ethnischer oder religiöser Minderheiten mit viel Feingefühl vorzugehen. Damit erhöht sich zugleich die Bedeutung einer Politik inklusiver Entwicklung, die für schwache, arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen sogar noch größer ist.

Die Bevölkerung vieler Entwicklungsländer setzt sich heute aus zahlreichen verschiedenen ethnischen, religiösen und tribalen Gruppen zusammen. Japan muss z.B. den Effekten Aufmerksamkeit widmen, die seine EZ-Leistungen für die verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften oder Interessengruppen in Asien, Afrika und im Nahen Osten haben, wo es seine Entwicklungsprogramme zurzeit ausweitet.

Eine gemeinsame Basis

Angesichts der derzeitigen Weltlage sind vulnerable Bevölkerungsgruppen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Spannungen ausgesetzt, wie sie auf globaler Ebene und innerhalb einzelner Länder auftreten. Die Globalisierung und der technische und wirtschaftliche Fortschritt sind mit einer Ausweitung des Gefälles zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen verbunden. Die Verbreitung der Informationstechnologien beschleunigt diesen Prozess, was unterschiedliche Effekte hat. Während viele diese Entwicklung nutzen, um sozial aufzusteigen, geraten andere immer weiter ins Abseits, was dazu führt, dass sie nach radikaleren Mitteln suchen, um Veränderungen herbeizuführen.

“Eine wirklich inklusive Entwicklung, bei der die Sicherheit und das Wohlergehen aller Bevölkerungsteile in allen Situationen im Vordergrund steht, sollte den Weg in eine für alle bessere Zukunft weisen.”

Die Globalisierung muss als die gemeinsame Basis verstanden und akzeptiert werden, auf die sich die Formulierung aller Maßnahmen und Programme stützen muss. Eine wirklich inklusive Entwicklung, bei der die Sicherheit und das Wohlergehen aller Bevölkerungsteile in allen Situationen im Vordergrund steht, sollte den Weg in eine für alle bessere Zukunft weisen.

Anmerkungen

1. Brookings-Roundtable „Relief to Development Gap“, 15. Januar 1999.

Rajendra Kumar Pachauri ist Vorsitzender des Weltklimarats (IPCC – Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen), dem mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten wissenschaftlichem zwischenstaatlichem Gremium, das für Entscheidungsträger und die breite Öffentlichkeit eine Quelle objektiver Informationen zum Klimawandel darstellt. Er ist zugleich auch Generaldirektor des Energie- und Ressourceninstituts TERI, einer großen unabhängigen Forschungseinrichtung, die in den Bereichen Energie, Umwelt, Forstwirtschaft, Biotechnologie und der Erhaltung natürlicher Ressourcen tätig ist. Dr. Pachauri ist ein herausragender Forscher in Umweltangelegenheiten und für seinen Einsatz zu Gunsten des Aufbaus und der Verbreitung eines Wissensfundus zum anthropogenen Klimawandel und der Schaffung eines soliden Fundaments für die Umsetzung der zur Bekämpfung des Klimawandels notwendigen Maßnahmen international bekannt.

Seit Juli 2009 ist Dr. Pachauri auch Direktor des Klima- und Energieinstituts der Yale University. Er ist in mehreren internationalen Foren aktiv, die sich mit dem Thema des Klimawandels und seinen politischen Dimensionen befassen. Im Januar 2008 wurde er in Indien vom indischen Präsidenten mit dem zweithöchsten zivilen Verdienstorden, der Padma Vibhushan, ausgezeichnet und von der französischen Regierung 2006 als Officier de la Légion d'Honneur geehrt. Von seiner Majestät, dem japanischen Kaiser Akihito, wurde ihm der mehrfarbige Orden der Aufgehenden Sonne verliehen. Außerdem wurde er vom finnischen Premierminister zum Kommandeur des Ordens der Weißen Rose und vom belgischen König zum Kommandeur des Ordens von Leopold II ernannt.



Kapitel 7

Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung: das richtige Gleichgewicht finden

R. K. Pachauri

R. K. Pachauri hebt zwei wichtige Referenzpunkte für die weitere Entwicklungsdebatte hervor: das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als einen Prozess, der die politische, die soziale, die ökonomische und die Umweltdimensionen vereint, und die Anerkennung der Tatsache, dass sich das Weltklima derzeit verändert. Diese beiden eng miteinander verwobenen Fragen liegen den Emissionsminderungs- und Anpassungsmaßnahmen zu Grunde, die, zusammen angewendet, Risiken reduzieren (beispielsweise für die menschliche Gesundheit oder die landwirtschaftliche Produktivität) und gleichzeitig die Fähigkeit der Menschen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels erhöhen können. Das Vorgehen gegen den Klimawandel bedeutet gleichzeitig auch die parallele Meisterung mehrerer Herausforderungen: Beispielsweise können makroökonomische und andere, nicht klimabezogene Politiken, darunter auch Entwicklungspolitiken, die Emissionen, die Anpassungsfähigkeit und die Anfälligkeit gegenüber Klimaänderungen deutlich beeinflussen. Den Regierungen steht heute ein breites Spektrum an Programmen und Instrumenten zur Verfügung, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Hierzu zählt die Einbeziehung der Klimapolitik in den breiteren Kontext der Entwicklungspolitik, die Definition von Regulierungen und Standards, die Einführung von Steuern und Gebühren, die Schaffung finanzieller Anreize sowie die Unterstützung von Forschung und Entwicklung.

Der OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) hat durch seine intellektuelle Klarheit und als Autorität in der internationalen gedanklichen Auseinandersetzung mit Fragen der Entwicklung eine bemerkenswerte Bilanz vorzuweisen. Der 50. Jahrestag zur Gründung des DAC ist von besonderer Bedeutung. In den fünfzig Jahren seit der Gründung dieses Gremiums haben sich der Kontext, in dem sich die Entwicklung in den verschiedenen Teilen der Welt vollzieht, und auch die Bestimmungsfaktoren für die künftigen Orientierungen drastisch geändert.

„... Nachhaltige Entwicklung vereinigt die politische, die soziale, die wirtschaftliche und die Umweltdimension der Entwicklung.“

Erstens hatte das Konzept der nachhaltigen Entwicklung¹ tiefgreifende Auswirkungen auf die Neudefinition der Richtung, die die Welt auf ihrem Entwicklungspfad einschlagen sollte. Dieses Konzept wurde von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung unter dem Vorsitz von Gro Harlem Brundtland geprägt und auf der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio stattfand, eingehender untersucht. Dort wurde nachhaltige Entwicklung als ein Änderungsprozess definiert, in dem die Ausbeutung von Ressourcen, die Allokation von Investitionen, die Ausrichtung der technologischen Entwicklung und der institutionelle Wandel alle miteinander in

Einklang stehen und sowohl das heutige als auch das künftige Potenzial, menschliche Bedürfnisse und Hoffnungen zu befriedigen, verstärken. Auf dem Rio-Gipfel wurde so klar zum Ausdruck gebracht, dass die nachhaltige Entwicklung die politische, die soziale, die wirtschaftliche und die Umweltdimension der Entwicklung vereinigt.

Die zweite – und vielleicht noch tiefergreifendere – Veränderung, die weltweit stattgefunden hat, ist eine Bewusstseinsänderung, die erhebliche Auswirkungen auf die Struktur und den Prozess der Entwicklung hat: die Anerkennung der wissenschaftlichen Realität, dass sich das Erdklima verändert. Im *Vierten Sachstandsbericht* des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) heißt es klar: „Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig, wie dies nun auf Grund der Beobachtungen des Anstiegs der mittleren globalen Luft- und Meerestemperaturen, des ausgedehnten Abschmelzens von Schnee und Eis und des Anstiegs des mittleren globalen Meeresspiegels offensichtlich ist“. Im *Vierten Sachstandsbericht* wird ferner unterstrichen, „dass der größte Teil des beobachteten Anstiegs der mittleren globalen Temperatur seit Mitte des 20. Jahrhunderts sehr wahrscheinlich durch den beobachteten Anstieg der anthropogenen Treibhausgaskonzentration verursacht ist.“ In diesem Kontext liegt dem Begriff „sehr wahrscheinlich“ eine Schätzung zu Grunde, die mit einer über 90%igen Wahrscheinlichkeit zutrifft.

Nachhaltige Entwicklung und Klimawandel

Die nachhaltige Entwicklung steht in engem Zusammenhang zur Realität des Klimawandels: Sie kann zwar die Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel reduzieren, doch kann dieser umgekehrt auch die Nationen in ihrer Fähigkeit einschränken, nachhaltige Entwicklungspfade zu finden.

Die beobachteten und potenziellen Auswirkungen des Klimawandels wurden im *Vierten Sachstandsbericht* in allen Einzelheiten und quer über die Regionen der Welt untersucht. Der Bericht kam zu der Schlussfolgerung, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass der Klimawandel den Fortschritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung entweder direkt – durch erhöhte Exposition gegenüber schädlichen Auswirkungen – oder indirekt – durch Beeinträchtigung der Fähigkeit, sich anzupassen – verlangsamt.

Ferner wird im *Vierten Sachstandsbericht* festgehalten, dass der Klimawandel auf allen Ebenen mit anderen globalen, die Entwicklung der Umwelt und Naturressourcen betreffenden Phänomenen, wie Wasser-, Boden- und Luftverschmutzung, Gesundheitsrisiken, Katastrophenrisiken wie Überschwemmung und Dürre sowie Entwaldung interagieren werden. Zudem könnten sich ihre kumulierten Auswirkungen in Zukunft verstärken, falls keine integrierten Emissionsminderungs- und Anpassungsmaßnahmen unternommen werden.

Über das nächste halbe Jahrhundert könnte dieser Prozess die Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele behindern (Tabelle 7.1).

Auf der anderen Seite können Bemühungen, die Entwicklung nachhaltiger zu gestalten, die Kapazitäten verschiedener Gesellschaften zur Emissionsminderung und Anpassung an die Folgen des Klimaschutzes stärken. Ferner kann die Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel reduziert werden, indem die Empfindlichkeiten durch Anpassungsmaßnahmen verringert und die Belastung durch Emissionsminderung abgebaut wird. Gegenwärtig haben jedoch wenige Pläne zur Förderung der Nachhaltigkeit ausdrücklich die Anpassung an Auswirkungen des Klimawandels oder die Förderung der Anpassungsfähigkeit miteinbezogen. Und obwohl Änderungen in den Entwicklungspfaden einen wichtigen Beitrag zur Emissionsminderung leisten können, bedarf es außerdem erheblicher Ressourcen zur Überwindung vielfältiger Hemmnisse.

... Gegenwärtig haben jedoch wenige Pläne zur Förderung der Nachhaltigkeit ausdrücklich die Anpassung an Auswirkungen des Klimawandels oder die Förderung der Anpassungsfähigkeit miteinbezogen.“

Im *Vierten Sachstandsbericht* wird beispielsweise projiziert, dass der Gesundheitszustand von Millionen von Menschen durch die Erhöhung der Frequenz, mit der verschiedene Phänomene auftreten, beeinträchtigt werden kann. In der Tat können extreme Witterungsbedingungen zu Mangelernährung, erhöhter Sterblichkeit sowie mehr Erkrankungen und Verletzungen führen. Eine klimaänderungsbedingt höhere Konzentration von bodennahem Ozon in Stadtgebieten kann Herz- und Atemwegserkrankungen auslösen, und die räumliche Verbreitung der Überträger einiger Infektionskrankheiten kann sich verändern. Obwohl der Klimawandel in gemäßigten Gebieten voraussichtlich gewisse Vorteile mit sich bringen wird, ist insgesamt zu erwarten, dass insbesondere in den Entwicklungsländern die negativen Effekte steigender Temperaturen auf die Gesundheit die Vorteile überwiegen. Faktoren wie Bildungs- und Gesundheitswesen, die öffentliche Gesundheitsvorsorge sowie die Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung, die einen direkten Einfluss auf die Gesundheit der Bevölkerung haben, werden von entscheidender Bedeutung sein.

Was die Ernteertragsfähigkeit betrifft, so wird in mittleren bis hohen Breiten bei einigen Nutzpflanzen bei einem Anstieg der lokalen mittleren Temperatur um 1-2°C eine leichte Erhöhung des Ernteertragspotenzials projiziert; bei größeren Temperaturanstiegen wird indessen mit einem Rückgang gerechnet. In niedrigeren Breiten hingegen – und insbesondere in saisonal trockenen und Tropengebieten – dürften Temperaturanstiege in derselben Größenordnung das Ernteertragspotenzial reduzieren, was ein erhöhtes Hungerrisiko zur Folge hätte. Global gesehen wird bei einem Anstieg der lokalen mittleren Temperatur im Bereich von 1-3°C eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion projiziert, wohingegen bei einem Anstieg über diesen Bereich hinaus mit negativen Effekten gerechnet wird. Einige Gegenden werden voraussichtlich bereits 2020 einen Ernterückgang verzeichnen. In Afrika könnten sich die Erträge aus der vom Regen abhängigen Landwirtschaft auf Grund der Klimaänderungen und -variabilität den Projektionen zufolge bis 2020 um bis zu 50% reduzieren. Auch der Zugang zu Nahrungsmitteln wird in vielen afrikanischen Ländern voraussichtlich stark beeinträchtigt. Dies würde die Ernährungssicherheit weiter gefährden und die Mangelernährung auf dem Kontinent verstärken.

Tabelle 7.1. Potenzielle Auswirkungen des Klimawandels auf die Millenniumsentwicklungsziele

Millenniumsentwicklungsziel	Beispiele für Verbindungen mit dem Klimawandel
Ausrottung von extremer Armut und Hunger (Ziel 1)	Den Projektionen zufolge wird der Klimawandel das Kapital vieler armer Menschen, wie Gesundheit, Zugang zu Wasser, ein Zuhause und Infrastrukturen, reduzieren. Die Veränderungen bei den natürlichen Systemen und Ressourcen, der Infrastruktur und der Arbeitsproduktivität dürften den Verlauf und das Ausmaß des Wirtschaftswachstums beeinflussen und so die Einkommenschancen verringern. Ferner wird damit gerechnet, dass sich der Klimawandel vor allem in Afrika negativ auf die regionale Ernährungssicherheit auswirkt.
Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen (Ziel 3)	Vor allem in den Entwicklungsländern sind Frauen unverhältnismäßig stark mit Tätigkeiten betraut, die von natürlichen Ressourcen abhängen, wie die Landwirtschaft – eine Aktivität, die gegenüber dem Klimawandel besonders anfällig ist. Die traditionellen Rollen der Frauen als Hauptnutzer und Verwalter natürlicher Ressourcen, Pflegekräfte und Arbeiterinnen (z.B. in der Subsistenzlandwirtschaft) macht sie von den Naturressourcen abhängig, die der Gefahr von Klimaänderungen am stärksten ausgesetzt sind.
Gesundheitsrelevante Ziele: Bekämpfung schwerer Krankheiten (Ziel 6) Senkung der Kindersterblichkeit (Ziel 4) Verbesserung der Gesundheit von Müttern (Ziel 5)	Es wird damit gerechnet, dass der Klimawandel eine durch Hitzewellen bedingte Erhöhung der Sterberaten und Krankheitsfälle auslösen wird. Ferner dürfte er die Prävalenz einiger vektorübertragener Krankheiten (wie Malaria und Dengue-Fieber) und die Anfälligkeit gegenüber wasser- oder nahrungsmittelbedingten bzw. ansteckenden Krankheiten (wie Cholera und Dysenterie) erhöhen. Kinder und schwangere Frauen sind vektor- und wasserbedingten Krankheiten gegenüber ganz besonders anfällig, und die durch Malaria verursachte Anämie ist für ein Viertel der Fälle von Müttersterblichkeit verantwortlich. Infolge des Klimawandels werden Quantität und Qualität des Trinkwassers voraussichtlich nachlassen. Mangelernährung und Ernährungsunsicherheit – eine der Hauptursachen der Gesundheitsprobleme bei Kindern – werden infolge der geringeren Produktivität insbesondere in Subsahara-Afrika und vielen anderen äquatorialen Gegenden den Projektionen zufolge zunehmen.
Gewährung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung (Ziel 7)	Der Klimawandel wird wahrscheinlich die Qualität und Produktivität der natürlichen Ressourcen und Ökosysteme verändern, wobei die Gefahr besteht, dass es zu irreversiblen Zerstörungen kommt. Die klimatischen Veränderungen können auch die biologische Vielfalt verringern und die bereits existierende Umweltdegradation noch weiter verstärken.

Source: In Anlehnung an OECD (2009).

Ein anderer Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt, ist die Tatsache, dass die anthropogene Erderwärmung je nach Geschwindigkeit und Ausmaß des Klimawandels zu abrupten oder irreversiblen Auswirkungen führen kann. Ein partielles Abschmelzen von Eisschilden auf polaren Landmassen könnte einen Anstieg des Meeresspiegels um mehrere Meter, größere Veränderungen der Küstenstrukturen sowie Überschwemmungen tiefliegender Gebiete zur Folge haben, wobei Flussdeltas und tiefliegende Inseln am stärksten in Mitleidenschaft gezogen würden. Ferner werden die Bevölkerungen und Lebensräume in den Küstengebieten durch die Interaktionen zwischen den Auswirkungen des Klimawandels und den Einflüssen von Entwicklung und Verschmutzung immer stärker belastet.

Verfügbare Forschungsergebnisse weisen auf die mögliche künftige Zunahme heftiger Regenfälle in vielen Regionen hin, die zu einem überhöhten Überschwemmungsrisiko führt und die physische Infrastruktur und Wasserqualität vor neue Herausforderungen stellt. Wahrscheinlich werden bis zu den 2080er Jahren bis zu 20% der Weltbevölkerung in Gegenden leben, in denen das Potenzial für Flusshochwasser zunehmen könnte. In anderen Gegenden dürften sich Häufigkeit und Heftigkeit von Überschwemmungen und Dürren erhöhen.

All diese Faktoren werden die nachhaltige Entwicklung voraussichtlich negativ beeinflussen.

Anpassung und Emissionsminderung: Verringerung der Risiken – und Schäden

Viele Auswirkungen des Klimawandels können durch Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen verringert, verzögert oder vermieden werden. Isoliert angewendet kann keine dieser Maßnahmen alle Auswirkungen des Klimawandels vermeiden, während sie sich bei gleichzeitiger Anwendung ergänzen und die Risiken um ein Vielfaches reduzieren können. Die Bewältigung der Klimaänderungen erfordert daher einen iterativen Risikomanagementprozess, der sowohl Anpassungs- als auch Emissionsminderungsmaßnahmen miteinbezieht, und die Schäden, positiven Nebeneffekte und Aspekte wie Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und auch die Einstellungen gegenüber den Risiken berücksichtigt.

Umsetzung und Effektivität von Anpassungsmaßnahmen werden durch eine Reihe von Hemmnissen eingeschränkt. Die Anpassungskapazität hängt eng mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zusammen und ist von daher in und unter den Gesellschaften nicht gleichmäßig verteilt. Ferner ist die Anpassungskapazität dynamisch und wird durch die produktive Basis einer Gesellschaft beeinflusst, darunter natürliche und künstliche Anlagegegenstände, soziale Netzwerke und Berechtigungen, menschliches Kapital und Institutionen, Regierungsform, nationales Einkommen, Gesundheit und Technologie. Schließlich wird sie durch vielfache klimatische und nichtklimatische Stressfaktoren und auch durch die Entwicklungspolitik beeinflusst. Selbst Gesellschaften mit hoher Anpassungskapazität bleiben anfällig gegenüber Klimaänderungen, -schwankungen und -extremen.

Was die Minderung der Auswirkungen des Klimawandels betrifft, können Änderungen des Lebensstils und der Verhaltensmuster über alle Sektoren hinweg zu Verbesserungen beitragen. In den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten werden Emissionsminderungsbemühungen und -investitionen einen großen Einfluss auf die Möglichkeiten zur Senkung der Stabilisierungsniveaus² der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre haben. So können Politikmaßnahmen, die einen realen oder impliziten Kohlendioxidpreis³ einführen, Herstellern und Verbrauchern Anreize bieten, in kohlendioxidarme Produkte, Technologien und Verfahren zu investieren. Verzögerungen bei den Entscheidungen zur Emissionsminderung dürften die entsprechenden Möglichkeiten erheblich verringern und die Risiken schwerwiegenderer Auswirkungen des Klimawandels erhöhen.

„Die Anpassungskapazität ist ein dynamischer Prozess, der durch die produktive Basis einer Gesellschaft beeinflusst wird ... natürliche und künstliche Anlagegegenstände, soziale Netzwerke und Berechtigungen, menschliches Kapital und Institutionen, Regierungsstrukturen, nationales Einkommen und Technologie“

Die Emissionsminderungsoptionen bringen auch eine Reihe positiver Nebeneffekte mit sich, wie z.B. geringere Luftverschmutzung und damit verbundene Vorteile für die Gesundheit, höhere Energiesicherheit, ein erhöhtes Beschäftigungsniveau und höhere landwirtschaftliche Produktion. Gemäß dem *Vierten Sachstandsbericht* würde sich die durchschnittliche jährliche BIP-Zuwachsrates bei einem Stabilisierungsniveau von 445-535 ppm/CO₂-Äquivalenten (was den globalen Temperaturanstieg auf 2-2,8°C begrenzen würde) bis 2030 um weniger als 0,12% reduzieren. Das entspricht einem Mindestkostenpfad in Richtung eines langfristigen Stabilisierungsniveaus und bedeutet mit anderen Worten, dass die Obergrenze der Bandbreite der BIP-Reduzierung 2030 unter 3% liegen würde. Dabei sollten die im Hinblick auf Entwicklung, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit auftretenden positiven Nebeneffekte auch im Kontext der geschätzten Kosten berücksichtigt werden. Im *Vierten Sachstandsbericht* wurde effektiv geschätzt, dass Emissionsminderungsmöglichkeiten mit negativen Nettokosten⁴ über das Potenzial verfügen, Emissionen im Jahr 2030 um etwa 6 Gt CO₂-Äq./Jahr zu senken, was ausreicht, um den für das Jahr 2030 projizierten weltweiten Emissionszuwachs zu kompensieren.

Die Emissionsminderung bietet daher ein breites Spektrum an Vorteilen, die zu sehr niedrigen und in manchen Fällen auch negativen Kosten erreicht werden können. Demgegenüber haben Verzögerungen bei den Minderungsaktionen einen globalen Anstieg der Kosten zur Folge, der in einigen Gegenden der Welt unverhältnismäßig hoch ausfällt. Noch wichtiger ist vielleicht die Tatsache, dass Verzögerungen bei den Aktionen zu sehr viel stärkeren und höchstwahrscheinlich folgenschwereren Auswirkungen des Klimawandels führen, als die, die wir bisher erfahren haben. Auch hier ist zu erwarten, dass diese Auswirkungen für einige der ärmsten Regionen und Bevölkerungen der Welt am gravierendsten sein werden. Paradoxe Weise haben diese Bevölkerungen in den meisten Fällen in der Vergangenheit kaum zur Akkumulation der Treibhausgasemissionen beigetragen.

Anreize schaffen für Veränderungen

Entscheidungen über makroökonomische und sonstige nicht direkt Klimaschutzbezogene Politikmaßnahmen (kurz: Nicht-Klima-Politiken) können Emissionsniveau, Anpassungskapazität und Verwundbarkeit maßgeblich beeinflussen. Den Regierungen steht ein breites Spektrum an Programmen und Instrumenten zur Verfügung, um Anreize für Emissionsminderungsmaßnahmen zu schaffen. Hierzu zählen die Einbeziehung der Klimapolitik in den breiteren Kontext der Entwicklungspolitik, Regulierungen und Standards, Steuern und Gebühren, handelbare Zertifikate, finanzielle Anreize, freiwillige Vereinbarungen, Offenlegung umweltbezogener Daten beispielsweise durch Kennzeichnung und Zertifizierungsprogramme, sowie Forschung, Entwicklung und Demonstration (FE&D). Die Anwendbarkeit dieser Maßnahmen hängt von den nationalen Begleitumständen und dem sektoralen Kontext ab. In zahlreichen Sektoren können Emissionsminderungsmöglichkeiten so umgesetzt werden, dass Synergien gefördert und Konflikte mit anderen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung vermieden werden.

„Der größte Zuwachs der Treibhausgasemissionen zwischen 1970 und 2004 stammte aus den Sektoren Energieversorgung, Verkehr und Industrie.“

Von entscheidender Bedeutung ist es ferner auch, die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel und Energie näher zu betrachten. Es besteht sehr hohes Vertrauen darin, dass der Nettoeffekt menschlicher Aktivitäten seit 1750 eine Erwärmung war. Im *Vierten Sachstandsbericht* wird festgehalten, dass der globale Anstieg der CO₂-Emissionen in erster Linie auf die Nutzung fossiler Brennstoffe zurückzuführen ist und dass der größte Zuwachs an Treibhausgasemissionen zwischen 1970 und 2004 aus den Sektoren Energieversorgung, Verkehr und Industrie stammt. Was demgegenüber die Ressourcenverfügbarkeit betrifft, so ist der Energiesektor selbst dem Klimawandel gegenüber sehr anfällig, was u.a. dem großen Wasserverbrauch zuzuschreiben ist.

In Anbetracht der bedeutenden Auswirkungen, die der Klimawandel den Projektionen zufolge auf die Energienachfrage und -erzeugung haben wird, ist dem fehlenden Zugang zu Energiequellen in großen

Teilen der Erde weder von der internationalen Gemeinschaft noch den meisten nationalen Regierungen die ihm gebührende Aufmerksamkeit gewidmet worden. Nahezu 20 Jahre nach dem Rio-Gipfel leben auf der Welt noch immer nahezu 1,5 Milliarden Menschen in Haushalten ohne Zugang zur Elektrizität. Weit über 2 Milliarden Menschen sind zum Kochen auf Biomasse-Brennstoffe angewiesen, die qualitativ häufig minderwertig sind und ernsthafte Auswirkungen auf die Gesundheit all jener haben, die ihren schädlichen Emissionen ausgesetzt sind.

Angesichts der Tatsache, dass die Weltbevölkerung weiter steigt, und der Herausforderung, vor die sich die meisten Entwicklungsländer durch ihre starke Kohleabhängigkeit zur Ankurbelung der Entwicklung ihrer energieintensiven Volkswirtschaften gestellt sehen, wird die Energienachfrage unweigerlich weiter steigen. Klimaschutzmaßnahmen, die Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern, können diese Nachfrage befriedigen helfen und zugleich auch für die Wirtschaft von Vorteil sein und die Emission lokaler Schadstoffe reduzieren. Effiziente angebots- und nachfrageseitige Steuerungsprogramme können bei der Energieübertragung und -verteilung entstehende Verluste auf ein Mindestmaß reduzieren helfen. Überdies kann die Diversifizierung der Energiequellen, wie der Einsatz sowohl importierter als auch inländischer Brennstoffe, zur Verbesserung der Energiesicherheit beitragen. Maßnahmen wie diese sind ein Instrument zur Einbeziehung von Klimaschutzabwägungen in die Entwicklungspolitiken bei gleichzeitiger Reduzierung der Energieintensität der Volkswirtschaften.

Im *Vierten Sachstandsbericht* wurde das Potenzial mehrerer Emissionsminderungsportfolios zur Erreichung einer Stabilisierung der Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre evaluiert, mit dem Ergebnis, dass Energiesparen und -effizienz zu den interessantesten verfügbaren Optionen zählen. Effektiv stimmen alle bewerteten Stabilisierungsszenarien darin überein, dass 60-80% der Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf Maßnahmen zur Kontrolle der Energieversorgung und -nutzung sowie industrielle Prozesse zurückzuführen sind, wobei die Energieeffizienz in vielen Szenarien eine entscheidende Rolle spielt. Von ganz besonderer Bedeutung ist das Potenzial des Energiesektors zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in armen Ländern, die über keine modernen Energieträger verfügen und für ihre Entwicklung normalerweise auf den Einsatz fossiler Brennstoffe angewiesen sind (Kasten 7.1).

Durch Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien entstehen zahlreiche Synergieeffekte mit der nachhaltigen Entwicklung. In den am wenigsten entwickelten Ländern beispielsweise kann die Nutzung anderer Energiequellen die Sterblichkeit und Morbidität durch die Verringerung der Raumluftverschmutzung reduzieren, die Arbeitsbelastung für Frauen und Kinder verringern und die nicht nachhaltige Nutzung von Feuerholz sowie die damit verbundene Entwaldung senken.

Kasten 7.1. Ein gutes Beispiel für eine Energieinnovation

Projekte wie „Lighting a Billion Lives“ (LaBL – eine Milliarde Leben erleuchten), das vom Energie- und Ressourceninstitut TERI in Indien lanciert wurde, sind sehr vielversprechend, was die Bewältigung der großen vor uns liegenden Herausforderungen betrifft. Diese bahnbrechende Innovation treibt die nachhaltige Entwicklung weltweit voran, indem sie sich der dreifachen Herausforderung von Klimawandel, Energie und Entwicklung stellt.

LaBL versorgt Dörfer, die keinen Zugang zu Elektrizität haben, über verschiedene Wege, von denen einige marktorientiert sind, mit extrem leistungsstarken Solarlaternen. Im Rahmen dieses Projekts werden Frauen darin geschult, als Unternehmerinnen zu agieren, indem sie die Solarlaternen mit auf den Dächern ihrer Häuser installierten Photovoltaik-Anlagen aufladen und diese dann an die Dorfbewohner verleihen. Das TERI hat das Projekt auf über 600 Dörfer in Indien und zahlreiche weitere in anderen Teilen Asiens ausgedehnt.

Anmerkungen

1. Nachhaltige Entwicklung wurde 1987 von der Brundtland-Kommission definiert als eine „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Vereinte Nationen, 1987).
2. Im IPCC-Synthesebericht des *Vierten Sachstandsberichts* wird Stabilisierung definiert als: „Das Konstanthalten der atmosphärischen Konzentrationen eines oder mehrerer Treibhausgase (z.B. Kohlendioxid) oder einer CO₂-äquivalenten Sammlung an Treibhausgasen. Stabilisierungsanalysen oder -szenarien behandeln die Stabilisierung von Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre.“
3. Kohlendioxidpreise werden in der IPCC-Arbeitsgruppe 3 für den *Vierten Sachstandsbericht* wie folgt definiert: „Der Preis, der für die Emission einer metrischen Tonne an Kohlendioxid in die Atmosphäre gezahlt werden muss (an eine öffentliche Behörde als Steuersatz oder an einer Börse für Emissionszertifikate). In den Modellen und im IPCC-Bericht wird der Kohlendioxidpreis als die sozialen Kosten zur Vermeidung einer zusätzlichen Einheit an CO₂-Äq.-Emission definiert. In einigen Modellen wird er durch den Schattenpreis einer zusätzlich emittierten Einheit CO₂ wiedergegeben, in anderen durch den Kohlendioxidsteuersatz oder den Preis von Emissionszertifikaten. Er wurde im IPCC-Bericht auch als Mindestsatz für die Grenzkosten der Emissionsbekämpfung bei der Bewertung von wirtschaftlichen Emissionsminderungspotenzialen herangezogen.“
4. Die negativen Nettokosten werden im IPCC-Synthesebericht des Sachstandsberichts wie folgt definiert: „23 Optionen mit negativen Nettokosten (no regret bzw. nachteilfreie Optionen) sind als diejenigen Optionen definiert, deren Vorteile wie geringere Energiekosten und verringerte Emissionen lokaler/regionaler Schadstoffe ihre Kosten für die Gesellschaft aufwiegen oder übersteigen, wobei die Vorteile einer vermiedenen Klimaänderung ausgeklammert werden.“

Literaturverzeichnis

IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) (2008), *Vierter Sachstandsbericht: Klimaänderung 2007*, World Meteorological Organisation, Genf.

OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (2009), *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation: Policy Guidance*, OECD Publishing, Paris.

The Energy and Resources Institute (2011), *Lighting a Billion Lives*, <http://labl.teriin.org/>.

VN (Vereinte Nationen) (1987), *Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Unsere gemeinsame Zukunft*, Vereinte Nationen, New York.



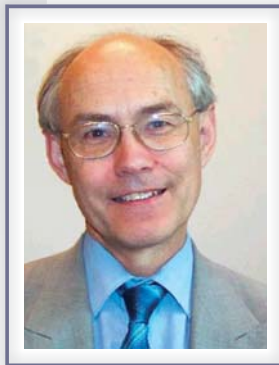
Teil III

Neue Herausforderungen,
neue Ziele: Welche Zukunft
erwartet die öffentliche
Entwicklungszusammenarbeit?

Richard Manning ist als unabhängiger Berater für internationale Entwicklungsfragen tätig. Er ist auch Vorsitzender des Board des Institute of Development Studies an der University of Sussex, stellvertretender Vorsitzender des Board des BBC World Service Trust und Senior Research Associate am Centre for the Study of African Economies an der Oxford University. Er war stellvertretender Vorsitzender der Wiederauffüllungskonferenz 2010 des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria und Organisator der Beitrags-ankündigungskonferenz für die GAVI Alliance in London im Juni 2011.

Manning war von 1965-2003 im Ministerium für internationale Entwicklung (Department for International Development – DFID) des Vereinigten Königreichs und für dessen Vorgängerinstitutionen tätig. In diesem Zeitraum gehörten zu seinen Dienstorten Posten in Lagos und Bangkok ebenso wie bei der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs bei der Europäischen Union sowie als stellvertretender Exekutivdirektor der Weltbank. Als Generaldirektor des DFID beaufsichtigte er von 1996-2003 die Ausarbeitung der ersten beiden Weißbücher über internationale Entwicklung der Labour-Regierung.

Von Juni 2003 bis Januar 2008 war Manning Vorsitzender des OECD-Entwicklungsausschusses. Er war Ko-Vorsitzender des Hochrangigen Forums über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, bei dem 2005 die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet wurde.



Kapitel 8

Die Zukunft von internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen

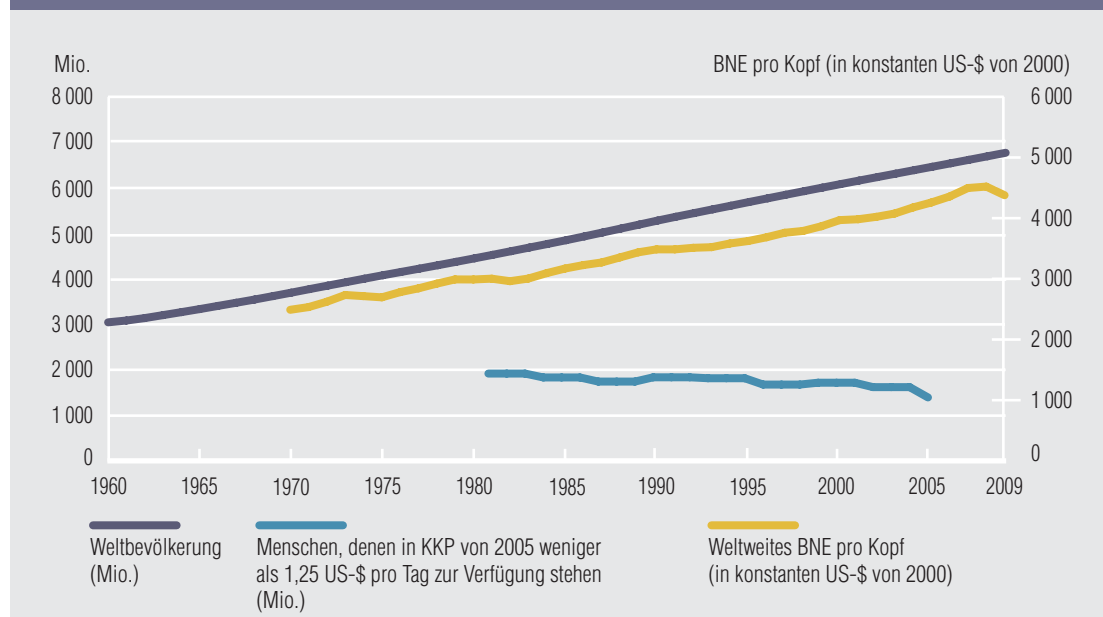
Richard Manning

In diesem Kapitel stellt Richard Manning fest, dass trotz der zahlreichen Fortschritte, die in den vergangenen fünfzig Jahren erzielt wurden, große Ungleichheiten fortbestehen. Auch wenn das bedeutet, dass internationale Leistungen zu vergünstigten Bedingungen über mehrere Jahrzehnte hinweg weiter notwendig sein werden, vertritt er die Ansicht, dass im Rahmen künftiger Entwicklungsprogramme die Verantwortung, die Rechenschaftspflicht und die Transparenz gestärkt werden sollten.

Eine bessere EZ-Abwicklung ist auch nach wie vor ein wichtiges Thema, vor allem für Länder, die auf Entwicklungsleistungen angewiesen sind. Der OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) kann weiterhin eine Führungsrolle einnehmen, indem er kollektive Selbstdisziplin fördert. Dafür muss aber die Definition der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) kritisch überprüft werden, um sicherzustellen, dass es sich bei allen erfassten ODA-Leistungen auch wirklich um vergünstigte Leistungen handelt. Ferner ist es notwendig, unter allen EZ-Leistungserbringern allgemeines Einvernehmen im Hinblick auf die Messung der Entwicklungsleistungen herzustellen.

Ein fünfzigjähriges Jubiläum eignet sich als Zeitpunkt, um mit Abstand die Herausforderungen des Augenblicks vor dem Hintergrund der längerfristigen Trends zu bewerten, die für Veränderungen verantwortlich sind. Das hervorstechendste Merkmal der letzten fünfzig Jahre ist, dass die Welt eine Verdopplung ihrer Bevölkerung bewältigt hat und der Lebensstandard insgesamt gestiegen ist (Abb. 8.1). Andererseits hat aber auch die Ungleichheit beträchtlich zugenommen. Mit dem in einigen großen, ärmeren Ländern zu beobachtenden spektakulären Wachstum der jüngsten Zeit geht möglicherweise letzten Endes auch die zwischen den einzelnen Ländern bestehende Ungleichheit zurück. Gleichwohl ist noch immer ein Fünftel der Weltbevölkerung von absoluter Armut betroffen. Darüber hinaus sind zunehmende Belastungen für die natürliche Ressourcenbasis festzustellen.

Abbildung 8.1. Weltbevölkerung, Einkommens- und Armutsniveau, 1960-2008



Quelle: OECD Development Assistance Committee Statistics (2011). [StatLink !\[\]\(064d4882861e4820e873e8f35f42807b_img.jpg\) http://dx.doi.org/10.1787/888932512176](http://dx.doi.org/10.1787/888932512176)

In den letzten fünfzig Jahren war auch ein Reifeprozess und eine Entwicklung des internationalen Systems für den Transfer von vergünstigten Finanzmitteln zwischen den Staaten zu beobachten. Viele andere Faktoren sind für die Entwicklungszusammenarbeit und folglich auch für die Arbeit des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) von Bedeutung. Als früherer DAC-Vorsitzender freue ich mich besonders über den neuen Versuch, eine EZ-Strategie für den ganzen OECD-Raum zu definieren, mit der einige dieser Fragen angegangen werden sollen und in deren Rahmen der Entwicklungsausschuss eine zentrale Rolle spielen muss. Gleichwohl bildeten die Arbeiten des DAC zu den finanziellen Leistungen¹ während der letzten fünfzig Jahre eine wesentliche Grundlage seines Mandats, und daher suche ich auch keine Entschuldigung dafür, dass ich mich hier erneut mit diesem Aspekt befasse.

Öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA) und andere Formen der internationalen Finanzierung

Dieser Mix aus Fortschritten und Problemen bildet den Hintergrund für die internationalen EZ-Leistungen. Lässt man die reine Handelsfinanzierung beiseite (seien es Ausleihungen oder ausländische Direktinvestitionen), können solche Leistungen in mindestens dreierlei Hinsicht näher bestimmt werden:

- **Wer zahlt?** (z.B. Steuerpflichtige aus den DAC-Mitgliedsländern oder anderen Ländern, einschließlich Länder der südlichen Hemisphäre, Stiftungen, Beitragszahler anderer Nichtregierungsorganisationen)
- **Zu welchem Zweck?** (z.B. Entwicklung, humanitäre Hilfe, globale öffentliche Güter, kommerzielle Unternehmen, Kulturförderung, militärische/strategische Zwecke usw.)
- **Wie hoch ist der Vergünstigungsgrad?** (z.B. die „Weichheit“ eines Kredits, die den für den Kreditnehmer entstehenden Vorteil gegenüber einem Darlehen zu marktüblichen Konditionen ausdrückt)

ODA-Leistungen sind jedoch nicht isoliert zu betrachten, sie sind vielmehr im allgemeinen Kontext der internationalen Finanzströme und den entsprechenden Schnittstellen zu sehen. Die Süd-Süd-Zusammenarbeit beläuft sich z.B. inzwischen auf insgesamt rd. 15 Mrd. US-\$ pro Jahr, wobei der vergünstigte Anteil dieser Leistungen zahlreiche (in der Tat in vielen Fällen vermutlich sogar alle) Merkmale von ODA² aufweist. Darüber hinaus gehören zu den internationalen Finanzströmen auch öffentliche Mittel zu marktüblichen Bedingungen, öffentliche Mittel für Zwecke, die sich von denen unterscheiden, die durch ODA finanziert werden (z.B. einige Elemente globaler öffentlicher Güter), private freiwillige Beiträge sowie Leistungen kommerzieller Art, deren Volumen zunehmend an Bedeutung gewinnt.

In den fünfzig Jahren des Bestehens des DAC ist das ODA-Volumen in etwa mit demselben Tempo gewachsen wie das Bruttonationaleinkommen (BNE) seiner Hauptgeber. In den 1960er Jahren und erneut in den 1990er Jahren waren jedoch beachtliche Rückgänge festzustellen, diese letzte rückläufige Tendenz hat sich aber in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts umgekehrt (Anhang B, Abb. B.2). Was das Beitragsvolumen anbelangt, stellten die DAC-Mitgliedsländer aus Westeuropa in der Regel den größten Anteil der ODA-Leistungen, wobei aber Japan Ende der 1990er Jahre für kurze Zeit der größte einzelne öffentliche Geber war und die Vereinigten Staaten in den ersten zehn Jahren dieses Jahrhunderts einige der stärksten Erhöhungen verzeichneten. Die privaten Leistungen auf Zuschussbasis sowohl vom freiwilligen Sektor als auch von Stiftungen sind insgesamt schneller gestiegen als die öffentlichen Leistungen – insbesondere jene aus Nordamerika, die über zwei Drittel der von den DAC-Mitgliedsländern 2009 gemeldeten 22 Mrd. US-\$ ausmachten.

Die länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen (*Country Programmable Aid* – CPA)³ der DAC-Mitglieder, die Schlüsselkomponente der ODA-Leistungen, sind im Zeitraum 2004-2009 rasch gestiegen, der jüngsten DAC-Erhebung über die Ausgabenpläne der Geber (OECD, 2001)⁴ (eine sehr wertvolle Ergänzung zur DAC-Produktlinie) ist aber zu entnehmen, dass die CPA in der Zeit bis 2013 stagnieren könnten.

Andernorts haben die aufstrebenden Volkswirtschaften die große Finanzkrise des Jahres 2008 mit kaum mehr als einer ein oder zwei Jahre währenden Delle in ihren beeindruckenden Wachstumsraten abgetan, die sie im Großteil der vergangenen zwanzig Jahren verzeichneten. Insbesondere Subsahara-Afrika, wo sich zunehmend der harte Kern des Armutsproblems konzentriert, scheint in eine Ära des stetigen Wachstums eingetreten zu sein, das die Volkswirtschaften dieser Region über eine Generation hinweg verändern kann.

„Eine gute Messgröße der Fortschritte in den Nicht-DAC-Mitgliedsländern ist die zunehmende Zahl der Länder, die von der unteren Einkommensgruppe in die mittlere Einkommensgruppe aufsteigen ...“

Eine gute Messgröße der Fortschritte in den Nicht-DAC-Mitgliedsländern ist die zunehmende Zahl der Länder, die von der unteren Einkommensgruppe in die mittlere Einkommensgruppe aufsteigen: 11 Länder, die früher der unteren Einkommensgruppe angehörten – darunter die Schwergewichte Indien und Indonesien –, sind zwischen 2005 und 2008 in die mittlere Einkommensgruppe aufgestiegen und folgen damit Chinas Aufstieg im Jahr 2003. Heute leben drei Viertel der Ärmsten der Welt in Ländern der mittleren Einkommensgruppe, von denen allerdings einige der bemerkenswertesten im Verhältnis zu ihren inländischen Ressourcen nie umfangreiche ODA-Leistungen erhalten haben. Eine der praktischen Folgen dieser Fortschritte ist, dass Instrumente, wie die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)⁵, die sich als sehr wirksame Kanäle erwiesen haben, um die Finanzmittel von aufsteigenden Ländern an jene Länder umzuverteilen, die in der unteren Einkommensgruppe verbleiben, ein selbsttragendes Niveau zu erreichen scheinen – zumindest zur Zeit –, da ihre Kernziele zahlenmäßig abnehmen.

Es lohnt sich sicherlich zu untersuchen, welche Folgen diese Tendenzen für die Zukunft von internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen haben werden.

Ein sich änderndes Gleichgewicht: Was motiviert die Geber?

Untersuchen wir zunächst, was die „öffentlichen“ Erbringer von internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen motiviert, seien es DAC-Mitglieder oder sonstige Geber.

Zu den Motiven der öffentlichen Leistungserbringer gehören typischerweise – unmittelbare oder allgemeinere – nationale Interessen ebenso wie altruistische Anliegen. Unmittelbare nationale Interessen können ihrer Art nach sehr kurzfristig (einen Auftrag erhalten, Überschussprodukte absetzen, ein bestimmtes politisches Ziel sichern) oder längerfristig sein (eine Beziehung aufbauen, eine aufstrebende Demokratie stützen). Zu den allgemeineren nationalen Zielen zählen gewöhnlich z.B. die Stabilität in einer bestimmten Region erhöhen, weniger energieintensive Entwicklungsmethoden einsetzen oder eine erhoffte Verringerung des Migrationsdrucks erreichen. Diese allgemeineren Anliegen verschmelzen mit den Anliegen bezüglich der globalen öffentlichen Güter. Altruistische Motive erstrecken sich im Wesentlichen auf die Armutsbekämpfung und die humanitäre Nothilfe.

Das Gleichgewicht zwischen diesen verschiedenen Motiven scheint sich auf eine Art zu verändern, die sich bis zu einem gewissen Punkt voraussagen lässt. Unmittelbare nationale/gegenseitige Interessen überwiegen mit großer Wahrscheinlichkeit, wenn der Abstand zwischen den nationalen Einkommensniveaus des Geber- und des Empfängerlands verhältnismäßig gering ist (wie bei ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an Länder der mittleren Einkommensgruppe oder Leistungen aus der Süd-Süd-Zusammenarbeit der aufstrebenden Geberländer an Länder der unteren Einkommensgruppe). Altruistische Anliegen scheinen im Gegensatz dazu am stärksten zu sein, wenn der Abstand zwischen den Einkommensniveaus am größten ist (daher auch die explizite „Fokussierung auf die Armutsbekämpfung“ eines Großteils der ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder für die am wenigsten entwickelten Länder und die Tatsache, dass es möglich war, die Aufhebung der Lieferbindung der Finanzhilfen an diese Gruppe und die hochverschuldeten armen Länder herbeizuführen, was aber nicht für die Leistungen gilt, die den Ländern der mittleren Einkommensgruppe oder in der Tat allen Ländern der unteren Einkommensgruppe zukommen). Es gibt natürlich offensichtliche Ausnahmen von diesem Muster – z.B. wenn eines der am wenigsten entwickelten Länder strategisch besonders von Belang ist. Es hat auch den Anschein, als seien Länder, wenn sie reicher werden, eher bereit, in vergünstigte Leistungen zu investieren, um allgemeinere nationale Interessen und insbesondere globale öffentliche Güter zu fördern.

Mit einer ungleichen Welt umgehen

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass in einer Welt, in der alle Länder mehr oder weniger dasselbe Einkommen haben, das Volumen der internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen nur sehr gering ausfallen würde – wie es der Fall in Ländern ist, die heute ähnliche Einkommensniveaus aufweisen – und dass diese Leistungen in der Regel in Notsituationen bereitgestellt würden. In solch einer Welt würden alle Länder zweifelsohne einen Beitrag zu den globalen öffentlichen Gütern leisten. Solange aber große Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Ländern fortbestehen, ist es wahrscheinlich, dass ODA-Leistungen und andere Formen der öffentlichen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen weiterhin notwendig sein werden und die reicheren Länder den größten Anteil der internationalen Finanzierung zu vergünstigten Bedingungen für die globalen öffentlichen Güter aufbringen müssen. Daher lohnt es sich, die Aussichten auf eine Verringerung der internationalen Ungleichheit zu untersuchen.

„... dass in einer Welt, in der alle Länder mehr oder weniger dasselbe Einkommen haben, das Volumen der internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen nur sehr gering ausfallen würde ... und dass diese in der Regel in Notsituationen bereitgestellt würden.“

Aus den Befunden geht hervor, dass sowohl die zwischen den Ländern als auch die zwischen den einzelnen Menschen bestehenden Ungleichheiten in den letzten 200 Jahren zugenommen haben. In jüngerer Zeit hat die kräftige Expansion in den aufstrebenden Volkswirtschaften zu dem Phänomen geführt, das Martin Wolf als „große Konvergenz“ (Wolf, 2011) bei den Disparitäten zwischen den Ländern bezeichnet. Das Durchschnittseinkommen in China ist heute z.B. im Verhältnis zu dem der OECD-Länder viel höher als vor 20 Jahren. Selbst in Afrika hat das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens vor kurzem das der OECD-Länder überstiegen. Dennoch ist das absolute Niveau der zwischen den einzelnen Staaten bestehenden Ungleichheit noch immer erheblich: 2007 betrug selbst in China das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nur 5 050 US-\$ (gemessen in Kaufkraftparitäten) gegenüber 43 200 US-\$ in den Vereinigten Staaten. In vielen Ländern und ganz bestimmt in der Mehrzahl der am wenigsten entwickelten Länder wird es mehrerer Generationen bedürfen, um diese Ungleichheiten deutlich zu verringern.

Die zwischen einzelnen Menschen festzustellenden Ungleichheiten sind größer als die zwischen den Ländern zu beobachtenden Ungleichheiten. Neueren Schätzungen zufolge ist das Durchschnittseinkommen der oberen 5% der Bevölkerung trotz des Wachstums der indischen Wirtschaft noch immer niedriger als das Durchschnittseinkommen der unteren 5% der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Weltweit entfallen auf die obersten 5% der Einkommensbezieher 37% des Welteinkommens – und auf die unteren 5% lediglich 0,2% (Milanovic, 2011). Die Sicherung eines grundlegenden Lebensstandards, wie er in den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) beschrieben ist, wird auch in den kommenden Jahrzehnten in vielen Ländern der unteren Einkommensgruppe weit über der Finanzierungskapazität der inländischen Steuerzahler liegen.

Zusätzlich zu diesen fortbestehenden Ungleichheiten – trotz eines möglichen Ausgleichs auf der Ebene zwischen den einzelnen Ländern – muss die Welt bis 2050 weitere 2-3 Milliarden Menschen beherbergen und vor allem die Folgen des steigenden Lebensstandards bewältigen. Diese Faktoren werden zusammen mit der Erderwärmung zwangsläufig alle Formen von natürlichen Ressourcen und Lebensräumen gefährden.

Auf globaler Ebene besteht nicht unbedingt ein Konflikt zwischen den Aktionen zur Lösung derartiger globaler Fragen und den Anstrengungen, um den Bedürfnissen armer Menschen gerecht zu werden (die in der Regel am meisten vom Klimawandel und von der Ressourcenknappheit betroffen sind). Es besteht aber die Gefahr, dass die armen Länder angesichts des Klimawandels gedrängt werden, Dinge zu tun, deren größter Nutzen anderen zufällt (wie umfangreiche Investitionen in eine verhältnismäßig

kostenintensive, saubere Energieproduktion zu tätigen), wobei allerdings nicht von ihnen erwartet werden kann, dass sie die anfallenden Zusatzkosten selbst finanzieren. Wenn der Großteil der öffentlichen grenzüberschreitenden Leistungen zu vergünstigten Bedingungen der Förderung spezifischer globaler öffentlicher Güter zugute kommt, würde es zumindest für die von ODA-Leistungen abhängigen Länder schwierig werden, ihre öffentlichen Ausgaben auf ausgewogene Weise zu verwalten. Gleichzeitig ist es unmöglich, eine strenge Unterscheidung zwischen ODA-Leistungen, deren oberstes Ziel die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung des Lebensstandards ist, und Finanzierungen in wenigstens einigen Bereichen vorzunehmen, in denen die Nutzeffekte über das Empfängerland selbst hinausreichen.

All das bedeutet, dass auf globaler Ebene vermutlich von einer allmählich abnehmenden Zahl von Ländern der unteren und des unteren Teils der mittleren Einkommensgruppe weiterhin Forderungen nach internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen ausgehen werden. Es ist ebenfalls wahrscheinlich, dass die Forderungen nach globalen öffentlichen Gütern zunehmen, die Druck auf die Regierungen der reicheren Länder ausüben werden, einen Beitrag insbesondere in Form von Finanzierungen zu vergünstigten Bedingungen zu leisten. Dies wird vor dem Hintergrund einer ungewöhnlich schwierigen Haushaltslage in vielen OECD-Ländern geschehen, deren Wähler sich in vielen Fällen eher mit Ungewissheit im Hinblick auf ihre eigenen Einkommensaussichten konfrontiert sehen als in dem verhältnismäßig günstigen Zeitraum 2001-2007. Das stellt sowohl für die ODA-Leistungen als auch – zumindest auf kurze Sicht – für die privaten karitativen Spenden ein Szenario voller Herausforderungen dar. Gleichzeitig dürfte die Kapazität der ärmeren Länder, sich Zugang zu Handelsfinanzierung zu verschaffen, weiter steigen, ebenso wie die Kapazität der aufstrebenden Volkswirtschaften, den südlichen Partnerländern vergünstigte Leistungen zur Verfügung zu stellen.

Vier Vorschläge für eine effektive Entwicklungsfinanzierung

Welche Art von Agenda könnte vor diesem Hintergrund dazu führen, dass die knappen öffentlichen internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen möglichst wirksam eingesetzt werden, damit sie den nachhaltigsten Effekt auf die Entwicklung und die Armutsreduzierung haben?

1. Vorschlag: Selbstdisziplin, Transparenz und Autonomie

Auch wenn die nationalen Interessen natürlich völlig legitim sind, führt eine zu starke Fokussierung auf die kurzfristigen nationalen/gegenseitigen Interessen häufig zu Ergebnissen, die nicht nachhaltig sind: Dazu zählen Prestigeprojekte, die zu „Kathedralen in der Wüste“ werden, Technologien, die mehr den Bedürfnissen der Geber als denen der Empfänger entsprechen, obskure Geschäfte mit gefälligen Diktatoren.

Drei Ansätze können und sollten weiter verfolgt werden:

- Förderung kollektiver Selbstdisziplin. Nach vielen schwierigen Diskussionen in den 1980er Jahren ist es der OECD gelungen, durch die Neuen Regeln für die Lieferbindung und die Mischfinanzierung (1991, bekannt als Helsinki-Regeln) kollektive Selbstdisziplin im Wettbewerb, um gemischte Kredite für wirtschaftlich attraktive Projekte zu verankern. Mit diesem Abkommen wurde der Einsatz liefergebundener ODA-Leistungen durch die OECD-Mitgliedsländer für wirtschaftlich lebensfähige Projekte effektiv beendet, mit Ausnahme von Leistungen zu extrem vergünstigten Bedingungen. Diese Maßnahme hat sich als äußerst wirksam erwiesen, um zu verhindern, dass ODA-Leistungen zweckentfremdet und für den „Erwerb von Verträgen“ verwendet werden. Die Ausweitung solcher Abkommen auf andere Geber weicher Kredite und die Schließung bestehender Lücken würden wichtige Fortschritte darstellen.

- Erhöhung der Transparenz. Ein wirksames Mittel, um die Glaubwürdigkeit der einzelnen Institutionen aufrechtzuerhalten, ist es, die Finanzierungsmodalitäten einer Prüfung durch die Öffentlichkeit zu unterziehen, und internationale Transparenzstandards für die Geber von ODA-bezogenen Leistungen sind äußerst wünschenswert. Die bisher im Rahmen der auf diesem Gebiet führenden Internationalen Geber-Transparenz-Initiative (International Aid Transparency Initiative – IATI) gesammelten Erfahrungen zeigen, dass solche Schritte Zeit erfordern, aber auch, dass sie technisch durchführbar sind. Um ein allgemeines Einvernehmen im Hinblick auf die Notwendigkeit spezifischer Transparenzstandards herzustellen und diese umzusetzen, werden jedoch mehr politische Impulse erforderlich sein.
- Unterstützung von Empfängern von EZ-Leistungen, sich selbst zu organisieren, um gegebenenfalls die Entscheidungen der Geber von ODA-bezogenen Leistungen in Frage zu stellen. Dies impliziert z.B., dass die Kapazität der Finanzministerien gestärkt wird, Kapitalinvestitionen zu überprüfen, dass die Erstellung solider Bewertungs- und Evaluierungsmethoden unterstützt wird (internationale Stellen können und sollten dahingehend mehr tun) und dass den Ländern dabei geholfen wird, sich unangemessenen Auflagen zu widersetzen. Das ist umso wichtiger, wenn es um nicht vergünstigte Leistungen geht, wo eine fehlende Rigorosität bei Ausleihungen – und bei der Verwendung der Gegenwerte – leicht zu wiederkehrenden Schuldenkrisen führen kann.

2. Vorschlag: Eine neue Ergebnismatrix („results framework“), die lokal geführt, aber global definiert ist

Die Ministerinnen und Minister, die für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich sind, fordern zu Recht Ergebnisse aus diesen Ausgaben. Es stellt sich die Frage, wie diese Ergebnisse nachgewiesen werden können.

Zwei Dinge sind dafür unerlässlich:

- Auf internationaler Ebene ist eine gemeinsam vereinbarte Ergebnismatrix („results framework“) erforderlich. Dieser Rahmen für Ergebniskontrolle muss sich nach dem Auslaufen des Rahmens der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) 2015 auf einen etwa zehn- oder fünfzehnjährigen Zeitraum erstrecken. Trotz seiner Mängel ist der MDG-Rahmen für die Förderung dessen, was als beginnendes „globales Armutsbekämpfungsprojekt“ betrachtet werden kann, wesentlich gewesen. Dieses Projekt, das auf der Millenniumserklärung (2000) und dem Monterrey-Konsens (2002) gründet, wird durch die 2005 in Gleneagles und Brüssel getroffenen Entscheidungen, die ODA-Leistungen aufzustocken, ebenso wie durch die auf den Hochrangigen Foren über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Rom (2003), Paris (2005) und Accra (2008) herbeigeführten Entscheidungen sowie durch die im Hinblick auf das bevorstehende Forum in Busan unternommenen Anstrengungen (die später in diesem Kapitel erörtert werden) unterstützt. Der Nachfolgerahmen könnte entweder ein verbesserter Rahmen zur Armutsbekämpfung oder, was noch ehrgeiziger wäre, ein Rahmen zur Bewältigung der größten globalen Herausforderungen sein. Die Ausmerzung der extremen Armut (die als ein multidimensionales Konzept und nicht nur als ein wirtschaftliches zu sehen ist) würde zusammen mit der Bereitstellung wesentlicher globaler öffentlicher Güter ein wichtiges Element dieses Rahmens darstellen.

Eine neue Ergebnismatrix sollte meiner Ansicht nach sechs wichtige Veränderungen beinhalten:

- Anstatt standardisierter Ziele, die von New York „vorgegeben“ werden, wäre es vorzuziehen, für die Schlüsselp Parameter auf globaler Ebene vereinbarte Mindestziele festzusetzen. Auf dieser Grundlage könnten die einzelnen Länder oder Ländergruppen dann ermutigt werden, ihre eigenen Ziele für diese (oder zusätzliche) Parameter festzulegen. Dies würde die Eigenverantwortung der lokalen Akteure erheblich fördern.
 - Die grundlegenden Ziele sollten auf die zu erreichenden Ergebnisse ausgelegt sein – so würde z.B. ein Mindestbildungsniveau, das bis zu einem bestimmten Alter zu erreichen ist, „Output“-Ziele, wie die Schulbesuchsquote, ersetzen.
 - Eine eindeutige Fokussierung auf die Armutsbekämpfung sollte mit in das Konzept aufgenommen werden, so dass die Ziele nicht erreicht werden können, indem die Betroffenen einfach nur von knapp unterhalb eines vorgegebenen Werts auf knapp oberhalb dieses Werts gebracht werden. Zu den Optionen gehören: ein Gewichtungssystem, eine systematische Aufschlüsselung der Daten, zumindest nach Geschlecht und Einkommen, oder die Festsetzung expliziter Ziele z.B. für das unterste Quintil der Bevölkerung.
 - Der Eindruck, dass die MDG der Verbesserung des Lebensstandards gegenüber dem nachhaltigen Wirtschaftswachstum und dem Zugang zu Infrastrukturleistungen Vorrang einräumen, sollte widerlegt werden, indem Ziele nicht nur für den Zugang zu Wasser und Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), sondern auch für den Zugang zu Verkehrsleistungen und Energie festgelegt werden.
 - Im Einklang mit der Millenniumserklärung sollten in einem neuen Rahmen die Menschenrechte und die Stärkung der Eigeninitiative (Empowerment) explizit berücksichtigt werden.
 - Das nicht sachgerechte MDG 8 sollte durch eine Reihe „förderlicher Bedingungen“ ersetzt werden (einschließlich der, jedoch nicht beschränkt auf die Bereitstellung von grenzüberschreitenden Leistungen zu vergünstigten Bedingungen), die die Verwirklichung der neuen Ziele erleichtern und sowohl von den Regierungen der reichen als auch der armen Länder Aktionen verlangen würden.
- Die Rechenschaftspflicht bezüglich der Ergebnisse der Geber von ODA-bezogenen Leistungen (unabhängig davon, ob es sich dabei um bilaterale oder multilaterale Leistungen handelt) sollte auf Systemen, die auf lokaler Ebene von den Nutzern der Leistungen eingerichtet werden, und nicht auf einer Vielzahl von geberorientierten Monitoring- und Evaluierungsansätzen gründen, die lokalen Institutionen übermäßige Regeln auferlegen. Dafür ist Folgendes erforderlich: eine große Umstellung hin zu lokalem Datenmonitoring (einschließlich stärkerer und flexiblerer nationaler Statistiksyste me und mehr ländergeführter Erhebungen entsprechend den internationalen Standards), eine auf lokaler Ebene festgelegte und kontrollierte Ergebnismatrix sowie eine auf lokaler Ebene durchgeführte (aber rigorose) Evaluierung, die durch Institutionen wie die International Initiative for Impact Evaluation (3IE) unterstützt wird. Es ist ermutigend, dass auf der Tagung hochrangiger Entwicklungsexperten des DAC von April 2011 die Notwendigkeit solcher Ansätze anerkannt worden ist.

3. Vorschlag: Bessere Abwicklung – durch und für alle

Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Wirksamkeit der Abwicklung der ODA-bezogenen Leistungen zu erhöhen und so wirkliche Ergebnisse für die Armen zu erzielen. Dies bedeutet

insbesondere, dass u.a. folgende Probleme bewältigt werden müssen: mangelnde Eigenverantwortung der lokalen Akteure, mangelnde Orientierung an den lokalen Prioritäten, unzureichende Rechenschaftspflicht gegenüber den Parlamenten und den Bürgern (im Vergleich zu den Gebern), die Umgehung lokaler Systeme (im Gegensatz zu entschlossenen Maßnahmen, die zu ihrer Verbesserung beitragen), die Überbewertung von staatsgeführten Aktionen (im Gegensatz z.B. zur Förderung von Aktionen des privaten Sektors und von Gemeindegruppen) sowie das Fehlen von wirklicher gegenseitiger Rechenschaftspflicht (einschließlich der Rechenschaftspflicht der Geber im Hinblick auf eine angemessene Vorhersehbarkeit ihrer Finanzierung). Diese Probleme sind umso gravierender je abhängiger ein Land von ODA-bezogenen Leistungen ist.

All das steht natürlich voll und ganz mit den Aktionsprogrammen im Einklang, die auf den Hochrangigen Foren in Rom, Paris und Accra erstellt wurden, sowie mit den Fragen, die auf dem bevorstehenden Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (29. November bis 1. Dezember 2011) erörtert werden. Und obwohl die EZ-Abhängigkeit der Tendenz nach offenbar nicht zunimmt, wird sie vermutlich über einen erheblichen Zeitraum insbesondere für drei Ländergruppen ein Thema bleiben, für Kleinststaaten (in den meisten Fällen kleine Inseln), deren wirtschaftliche Möglichkeiten begrenzt sind, selbst wenn viele von ihnen zu den Ländern der mittleren Einkommensgruppe gehören, konfliktgeschüttelte Länder und Postkonfliktstaaten sowie eine Reihe armer, aber expandierender Volkswirtschaften, die die ODA verhältnismäßig gut eingesetzt haben und welche die Geber auch langfristig zu unterstützen bereit sind. Für diese Länder ist die Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit weiterhin von besonderer Bedeutung.

„... die EZ-Abhängigkeit ... wird vermutlich ... ein Problem für drei Ländergruppen bleiben, insbesondere für Kleinststaaten ..., konfliktgeschüttelte Länder und Postkonfliktstaaten ... sowie eine Reihe armer, aber expandierender Volkswirtschaften, die die ODA verhältnismäßig gut eingesetzt haben ...“

In Anbetracht der Diversifizierung der Erbringer von internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen muss die Agenda für die Steigerung der ODA-/EZ-Wirksamkeit für die Zeit nach Busan jedoch von allen einschlägigen Akteuren ausgestaltet werden, einschließlich der EZ-Leistungserbringer außerhalb des DAC, und mit einer besonders kräftigen Stimme der Empfänger solcher Mittel. Der DAC hat eine sehr kreative Rolle als „Inkubator“ der Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit gespielt, die zu einem Diskussionsforum wichtiger verschiedener Akteure zur Erörterung solcher Fragen geworden ist und in der die Stimme der Empfängerländer an Gewicht gewonnen hat. Eine klarere Beziehung zwischen den Aktivitäten der Arbeitsgruppe und den Diskussionen über ähnliche Fragen, die unter der Ägide des Forums für Entwicklungszusammenarbeit der Vereinten Nationen (VN) stattfinden, das als VN-Organ über das Potenzial verfügt, eine allgemeinere Überwachung der EZ-Politik durchzuführen, ist indessen erforderlich. In den künftigen Vereinbarungen sollte auch zum Ausdruck kommen, welche Schlussfolgerungen sich aus der jüngsten Monitoring-Runde⁶ im Hinblick auf die „Wirksamkeit des Dialogs über die EZ-Wirksamkeit“ ableiten lassen: Führt er wirklich zu Verhaltensänderungen? Wäre es möglich, ihn auf eine begrenzte Anzahl äußerst wichtiger Fragen auszurichten?

4. Vorschlag: ODA in der Welt nach 2015

Eine internationale Ergebnismatrix für die Zeit nach 2015 muss durch einen sachgerechten Ressourcenrahmen unterstützt werden, einschließlich öffentlicher Leistungen zu vergünstigten Bedingungen. Auch wenn der Zugang zu ODA-Leistungen keineswegs die einzige oder die wichtigste Rahmenbedingung für die Erzielung internationaler Ergebnisse ist, hat er nach wie vor seine Bedeutung, insbesondere für die ärmeren Länder der Welt. Daher spricht auch vieles dafür, dass das ODA-Konzept in dem oben beschriebenen allgemeineren Kontext erneut überprüft wird, damit etwaige Veränderungen im selben

Zeitraumen herbeigeführt werden können. Kehren wir nun zu den am Anfang dieses Kapitels gestellten Fragen zurück, so stellen sich mehrere Fragen:

- **Wer zahlt?** Eine Einigung über die wichtigsten Definitionen ist zwischen den Gebern, die die ODA-Definition des DAC anwenden, und den Erbringern von Entwicklungsleistungen im Rahmen der Süd-Süd-Zusammenarbeit erforderlich, die ihre umfangreichen Beiträge ihrer Art nach als anders betrachten.
- **Zu welchem Zweck?** Einige wichtige Grenzfragen müssen gelöst werden, insbesondere was die Finanzierung globaler öffentlicher Güter anbelangt. Ist es noch immer sachgerecht, „die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung des Lebensstandards“ als Definition des Ziels zu nehmen, oder sollten andere Ziele anerkannt werden, z.B. im Hinblick auf das nachhaltige Management des Planeten? Wie sind Erwägungen des gegenseitigen Interesses zu behandeln, die von den Erbringern der Süd-Süd-Zusammenarbeit hervorgehoben werden und den traditionellen Gebern keineswegs unbekannt sind?
- **Wie hoch ist der Vergünstigungsgrad?** Es ist sicherlich an der Zeit, die existierende Definition der Leistungen, die als vergünstigt anzusehen sind, kritisch zu überprüfen. Diese Definition, bei der ein inzwischen nicht mehr zeitgemäßer standardisierter Abzinsungssatz angewendet wird, ermutigt die DAC-Mitglieder auf positive Weise, Transaktionen mit fragwürdigem Vergünstigungsgrad zu erbringen, um die Zielvorgaben im Hinblick auf das ODA-Volumen zu erreichen, zu denen sie sich verpflichtet haben. Das ist für die EZ-Leistungserbringer außerhalb des DAC ein sehr schlechtes Beispiel. Eine logische Folge wäre, die Definition des Vergünstigungsgrads an die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verwendete oder zumindest an jene anzupassen, die von der OECD selbst für liefergebundene ODA-Kredite angewendet wird. Gleichzeitig muss die Rechnungslegung in Bezug auf die umfangreichen öffentlichen Leistungen verbessert werden, die unter dem vereinbarten Vergünstigungsgrad liegen. Viele Probleme sind zwar auf Finanztransaktionen mit geringem Vergünstigungsgrad zurückzuführen (die Transaktionen der Exportkreditagenturen waren ein wesentlicher Faktor in der Schuldenkrise, der sich viele arme Länder in den 1980er und 1990er Jahren gegenübersehen), solche Leistungen sind aber für die Entwicklung wichtig – ebenso wie die von bilateralen Institutionen der Entwicklungsfinanzierung und den multilateralen Entwicklungsbanken gewährten Mittel. Das Volumen dieser Leistungen wird insofern im Verhältnis zunehmen, als die armen Länder weiter bis zu dem Punkt aufsteigen werden, an dem sie dauerhaft Zugang zu solchen Finanzmitteln und ganz allgemein Zugang zu Leistungen zu marktüblichen Bedingungen haben werden.

Das ist eine komplexe Agenda und sie wird sowohl innerhalb des DAC als auch außerhalb des OECD-Raums schwerwiegende Probleme aufwerfen. Sie könnte leicht z.B. zu einer schwierigen Debatte über das Volumen der öffentlichen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen führen, die erforderlich sind, um die in einem Rahmen für die Zeit nach 2015 anvisierten Ergebnisse zu verwirklichen, ebenso wie darüber, welche Ziele für reichere (und möglicherweise auch für weniger reiche) Erbringer derartiger Leistungen sachgerecht sind. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Fragen über die Bedeutung von „Additionality“ aufkommen (z.B. in Bezug auf die Verpflichtungen, globale öffentliche Güter zu finanzieren) – ein Thema, das häufig debattiert wird und einer differenzierteren Erörterung bedarf, als es gewöhnlich der Fall ist. Einige Elemente dieser Agenda werden zwangsläufig über die Kompetenz des DAC hinausgehen. Aber der DAC, der über ein halbes Jahrhundert Erfahrung beim Nachweis von internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen verfügt, kann und sollte bei ihrer Bewältigung eine zentrale Rolle spielen.

Anmerkungen

1. Eine der ersten Aufgaben des DAC war es, die internationalen Entwicklungsleistungen zu definieren, mit dem Ziel, sie zu maximieren und zu verbessern. Er beschloss, dass der Schwerpunkt auf den Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) liegt und dass diese definiert sind als Leistungen, a) die aus öffentlichen Quellen stammen, b) deren Sinn und Zweck die Förderung der Entwicklung oder die Verbesserung des Lebensstandards ist und c) die vergünstigt sind. Natürlich beschäftigt sich der DAC nicht nur mit der ODA; der Entwicklungsausschuss hat seine Arbeiten zu Fragen der Politikformulierung stetig ausgeweitet und deren Reichweite erhöht, und diese Arbeiten sind von grundlegender Bedeutung, um den einzelnen Ländern dabei zu helfen, von Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit unabhängig zu werden.
2. Vgl. insbesondere die Erklärung der Tagung hochrangiger Entwicklungsexperten des DAC von April 2011 mit dem Titel "Welcoming New Partnerships in International Development Co-operation", abrufbar unter www.oecd.org/dataoecd/7/3/47652500.pdf.
3. Das Volumen der länderprogrammierbaren Entwicklungszusammenarbeit (Country Programmable Aid – CPA) entspricht dem Umfang der Leistungen, die von den Gebern auf Ebene der Partnerländer in Programme eingeplant werden können. Das CPA-Volumen ist nach dem Ausschlussprinzip definiert als das Bruttovolumen der ODA-Leistungen nach Abzug bestimmter Leistungen, die ihrer Art nach unvorhersehbar sind (humanitäre Hilfe, Schuldenerleichterungen und Umschuldung), die nicht mit grenzüberschreitenden Zahlungsströmen verbunden sind (Entwicklungsforschung im Geberland, Programme zur Sensibilisierung für Entwicklungsfragen, kalkulatorische Studienplatzkosten, Kosten für Flüchtlinge im Geberland und Verwaltungskosten), die nicht Bestandteil zwischenstaatlicher Kooperationsvereinbarungen sind (Nahrungsmittelhilfe und von nachgeordneten Gebietskörperschaften in den Geberländern gewährte ODA-Leistungen), die nicht vom Geber in Länderprogramme einplanbar sind (z.B. Beiträge zu den Kernhaushalten von nationalen und internationalen NRO) oder die nicht für die Einplanung in Programme auf Länderebene vorgesehen sind (z.B. Beiträge zu öffentlich-privaten Partnerschaften, für manche Geber von anderen Stellen als von der wichtigsten EZ-Stelle gewährte Leistungen).
4. Die Erhebung von 2011 über die Ausgabenpläne der Geber (OECD, 2011) zeigt, dass bis 2013 ein Anstieg der weltweiten CPA-Leistungen mit einer realen Wachstumsrate von 2% pro Jahr geplant ist, im Vergleich zu durchschnittlich 8% pro Jahr in den vergangenen drei Jahren. Die projizierte Abschwächung dürfte für die Länder der unteren Einkommensgruppe und für Afrika schwerwiegender sein, wo die EZ-Leistungen den Projektionen zufolge in realer Rechnung um rd. 1% pro Jahr steigen werden, im Vergleich zu einer realen jährlichen Wachstumsrate von 13% in den vergangenen drei Jahren.
5. Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ist die Organisation der Weltbankgruppe, die armen Ländern Kredite zu vergünstigten Bedingungen gewährt.
6. Die Fortschritte bei der Umsetzung der Grundsätze, die in der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit dargelegt sind, werden in den Erhebungen zu den drei Monitoring-Runden genau überwacht (2006, 2008 und 2011). Die Daten aus diesen Erhebungen bilden ein leistungsfähiges Instrument, um die Industriestaaten und die Entwicklungsländer für ihre EZ-Zusagen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Zeitverlauf ist die Zahl der an dieser Erhebung teilnehmenden Länder von 33 im Jahr 2006 auf 55 im Jahr 2008 und auf über 80 im Jahr 2011 gestiegen.

Literaturverzeichnis

Milanovic, B. (2011), *The Haves and the Have-Nots: A Brief and Idiosyncratic History of Global Inequality*, Basic Books, New York.

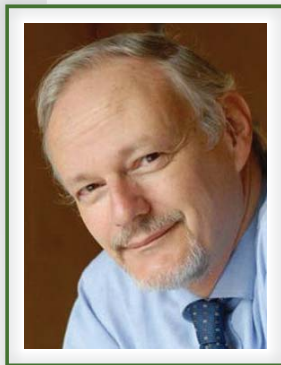
OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (2011), *2011 OECD Report on Aid Predictability: Survey on Donors' Forward Spending Plans 2011-13* (erscheint demnächst), OECD, Paris.

Wolf, M. (2011), "In the grip of a great convergence", *The Financial Times*, online eingesehen am 19. Juli 2011. Verfügbar unter www.ft.com/cms/s/0/072c87e6-1841-11e0-88c9-00144feab49a.html#axzz1PfVsB1X4.

Jean-Michel Severino ist Geschäftsleiter von Investisseurs et Partenaires, einer alternativen Private-Equity-Firma mit Schwerpunkt Impact Investment, die in kleine und mittlere Unternehmen in Afrika investiert. Zuvor war er geschäftsführender Direktor (directeur général) der französischen Entwicklungsagentur (AFD) (2001-2010), Vize-Präsident der Weltbank für Asien (1996-2001) und Leiter der Sektordirektion Entwicklung im französischen Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit (1994-1996). Er ist zudem Aufsichtsratsmitglied mehrerer Unternehmen, u.a. Danone und France Télécom, sowie Senior Fellow des German Marshall Fund und der Foundation for International Economics and Development (FERDI). Er ist Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen über Entwicklungspolitik und Afrika.

Severino war Mitglied des für die Beratung über die strategische Vision der Afrikanischen Entwicklungsbank eingesetzten Hochrangigen Ausschusses sowie der strategischen Ausschüsse der Westafrikanischen Entwicklungsbank, der Commission de l'Union économique et monétaire ouest-africaine, der Kommission des „Weißbuchs“ über die Außenpolitik Frankreichs und die europäische Politik und des Hochrangigen Sachverständigenausschusses über die Kohärenz des Systems der Vereinten Nationen. Er ist Mitglied des Conseil français des affaires étrangères des französischen Außenministeriums.

Severino erhielt nationale französische Auszeichnungen sowie die mehrerer Länder Asiens und Afrikas, und 2009 wurde ihm das Sceptre d'or du développement durable verliehen, die höchste Auszeichnung Frankreichs für nachhaltige Entwicklung.



Kapitel 9

Die Wiedergeburt der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit

Jean-Michel Severino

Angesichts der vielen Veränderungen der letzten Jahrzehnte im Hinblick auf Motivationen und Zielsetzungen öffentlicher Entwicklungsleistungen vergleicht Jean-Michel Severino die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) mit einer Hydra. Doch obwohl das komplexe globale „makrosoziale“ Geflecht von heute erneut eine Basis für internationale Solidarität schafft, ist Severino der Auffassung, dass eine gründliche Überprüfung der Ziele, der Messmethoden, des Politikinhalts und der Finanzierungsmodalitäten der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur notwendig und begrüßenswert, sondern auch unumgänglich ist. Es bedarf einer neuen Generation gemeinsamer langfristiger Ziele, um das Tempo der gemeinsamen Mobilisierung vorzugeben, indem die sozialen Anliegen mit den Konzepten öffentlicher Güter und weltweiten makroökonomischen Managements in Einklang gebracht werden und die alleinige Fokussierung auf Finanzierungsfragen zu Gunsten stärker auf Inklusivität ausgerichteter Politikansätze aufzugeben. Hierzu genügt es jedoch nicht allein, die Ziele festzulegen, sondern es müssen auch die Ergebnisse an den zuvor festgelegten Zielen gemessen werden. Hierzu bedarf es eines neuen internationalen Messsystems. Severino geht für die Zukunft von einer allmählichen Schwerpunktverlagerung der Finanzierung des Gemeinwohls aus, indem die Reichen aller Länder die Finanzierungslast für die Armen tragen werden, z.B. durch international erhobene Steuern.

Die ODA – „Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit“ – ist eine Hydra¹. In einem Text von 2010 verkündeten Olivier Ray und ich das Ende der ODA (Severino und Ray, 2009), und dies hat sich seither immer wieder bestätigt. An Kondolenzschreiben war kein Mangel.

Vertreter von Hochschulen, Regierungen und Öffentlichkeit haben wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, die aus der ODA-Politik resultierenden übermäßigen Belastungen zu beseitigen: Konditionalität erdrückt, sagen sie, und Leistungsströme schaffen Abhängigkeit und leisten Korruption Vorschub. Dambisa Moyo legt dies in ihrem erfolgreichen Buch mit dem Titel *Dead Aid* eloquent dar (Moyo, 2011). Andere Persönlichkeiten aus wissenschaftlichen Kreisen kritisieren die Wirksamkeit – bzw. den Mangel an Wirksamkeit – der Entwicklungszusammenarbeit mit einer Heftigkeit, die immer wieder beeindruckt. Einige – wie z.B. William Easterly – bestreiten mit dieser Kritik sogar ihren Lebensunterhalt. In Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen, wie wir sie gegenwärtig erleben, berufen sich die Regierungen auf solche Auffassungen, um Ausgabenkürzungen zu rechtfertigen, d.h. sie sagen denen, die sie nicht mehr finanzieren wollen, Ineffizienz nach. So ist es möglich, völlig ruhigen Gewissens Ausgabenkürzungen vorzunehmen – wie es überall zu beobachten war, wobei Großbritannien die einzige nennenswerte und erstaunliche Ausnahme ist.

„Die Öffentlichkeit stimmt in den Gesang mit ein, denn die Menschen sind zwar großzügig, haben aber kein Vertrauen zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.“

Die Öffentlichkeit stimmt in den Gesang mit ein, denn die Menschen sind zwar großzügig, haben aber kein Vertrauen zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Nichtregierungsorganisationen (NRO) werden von ihnen hingegen geradezu angebetet. Leider ist es aber so, dass NRO besser in der Lage sind, den Bevölkerungsteilen mit den dringendsten humanitären Bedürfnissen direkte Hilfe zukommen zu lassen, als Antworten auf die schwierigen und meist harten Herausforderungen des Wirtschaftswachstums zu finden.

Und jetzt gießen auch noch ODA-Fachkreise Wasser auf diese Mühlen. Wie viele Konferenzen und Tagungen haben in den letzten Jahren stattgefunden, wie viele Texte wurden über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit geschrieben! Bei ihrer Lektüre können sich Kritiker der Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Ansicht nur gerechtfertigt und bestärkt fühlen, denn warum sollte man eine Politik unterstützen, deren Ineffizienz von ihren eigenen Akteuren angeprangert wird? Entwicklungsfachleute haben sich als diejenigen erwiesen, denen es am besten gelingt, ihren eigenen Aufgabenbereich zu Grabe zu tragen.

Das Leben nach dem Tod

Angeichts dieser harten Kritik – die vermutlich das Ende vieler offenbar besser formulierter öffentlichen Politikmaßnahmen gewesen wäre – ist es wirklich erstaunlich, dass die ODA weiter überlebt. Wenn auch das ODA-Volumen nicht gerade explosionsartig steigt, ist doch sein Wachstum nach wie vor beeindruckend: 2010 erreichte es Schätzungen zufolge mit 129 Mrd. US-\$ einen historischen Rekordstand (Anhang B, Abb. B.2). Diesem Betrag ist noch der ganz beträchtliche Beitrag privater Leistungen von Stiftungen und NRO hinzuzurechnen. Nie zuvor war die internationale Solidarität so dynamisch.

Diese starke Unterstützung lässt sich durch die Motive und Interessen erklären, die der heute verfolgten Entwicklungspolitik zu Grunde liegen.

Während der langen Periode des Kalten Krieges trugen das aus der Kolonialzeit herrührende schlechte Gewissen und der Wunsch, dem Vormachtstreben der Sowjetunion in den armen Ländern Einhalt zu gebieten, dazu bei, das ODA-Volumen auf einem hohen Niveau zu halten, bis der Fall der Berliner Mauer der Entwicklungszusammenarbeit ihre kräftigen geopolitischen Wurzeln entzog. Und wenn auch ein Fundament des Mitgefühls bestehen blieb, so war dies allein nicht ausreichend, um bedeutende Zusagen von Seiten der Industriestaaten zu rechtfertigen. Dennoch erhöhten sich die ODA-Leistungen Ende der 1990er Jahre wieder, was auf die Tatsache zurückzuführen war, dass sich die Regierungen der großen Länder plötzlich sehr stark der „gemeinsamen Probleme“ bewusst wurden, die durch Faktoren wie die zunehmende finanzielle Kluft zwischen Arm und Reich, die weltweite gegenseitige Abhängigkeit und die potenzielle Rolle der Entwicklungszusammenarbeit bei der Bewältigung von Konflikten und ihrer Verhütung entstehen.

Was wir heute ODA nennen, hat daher wahrscheinlich kaum etwas mit der Art von Entwicklungszusammenarbeit zu tun, die durch die Probleme motiviert wurde, wie sie vor Jahrzehnten existierten. Wir erleben zurzeit einen tiefgreifenden Wandel in der Funktion der ODA, der wahrscheinlich zu einer Umbenennung führen sollte, etwa in „weltweite Sozialpolitik“ oder eine Bezeichnung in diesem Sinne.

Vor der großen Globalisierungswelle – solange die ODA noch der Verfolgung geopolitischer Ziele diene – spielte die technische Leistung von entwicklungspolitischen Maßnahmen eine sekundäre Rolle. Es kam z.B. nicht wirklich darauf an, ob die ODA wirksam war oder nicht, solange sie die politischen Regime von Staaten konsolidierte, zu denen freundschaftliche Beziehungen bestanden. Natürlich ist diese geopolitische Dimension auch in unserem Jahrhundert nicht verschwunden, denn die ODA wird nach wie vor – von Diplomaten oder vom Militär – als ein Instrument eingesetzt, wie z.B. in Afghanistan oder im Irak.

„... ein erheblicher Teil der Entwicklungsziele steht in immer engerem Zusammenhang mit ganz spezifischen Problemen, wie z.B. Klimaänderung, Verlust biologischer Vielfalt, Verbreitung von HIV/AIDS und schweren endemischen Krankheiten, internationale Ungleichgewichte usw.“

Dennoch steht ein erheblicher Teil der Entwicklungsziele in immer engerem Zusammenhang mit ganz spezifischen Problemen, wie z.B. Klimaänderung, Verlust biologischer Vielfalt, Verbreitung von HIV/AIDS und schweren endemischen Krankheiten, internationale Ungleichgewichte usw. Zunehmend wird auf die Entwicklungszusammenarbeit der „alten Schule“ zurückgegriffen, um externe Probleme der Globalisierung zu bewältigen, die mit den Beziehungen zwischen Arm und Reich in Zusammenhang stehen. Und Probleme dieser Art gibt es in Hülle und Fülle.

Von weltweiten öffentlichen Gütern zu Cargo-Dollar

Diese neue Basis für die internationale Solidarität bekommt durch das projizierte Bevölkerungswachstum und den – unabhängig vom Tempo des Wirtschaftswachstums – aus ihm resultierenden Anstieg der absoluten Zahl der in Armut lebenden Menschen eine noch stärkere Relevanz. Aber eine wichtige Rolle spielt auch eine neu entstehende Dimension: der Umgang mit dem weltweiten „makrosozialen“ Gleichgewicht.

1939 kam es erstmals zum Beginn eines wirklich weltweiten Krieges. 2007 war dagegen das Jahr, in dem die erste wirklich weltweite Wirtschaftskrise begann. Die Welt wird nie mehr sein wie zuvor; beiden Ereignissen entsprang die Notwendigkeit einer neuen Art der Regierungsführung – wie umstritten sie auch sein mag –, und beide haben eine tiefgreifende Veränderung des Kräftegleichgewichts in Gang gesetzt, die auch künftig andauern wird.

Auf Grund der Art von Schwierigkeiten, die hier im Mittelpunkt stehen, wird jedoch eine wichtige Politikfrage übersehen, die sich aus der Weltwirtschaftskrise ergibt: Für die meisten armen Länder hat sie den Hoffnungen ein Ende bereitet, bei ihren Bemühungen um wirtschaftliche Erfolge nach dem

asiatischen Wachstumsmodell Fortschritte zu erzielen. Dieses Modell ermöglichte es beträchtlichen in extremer Armut lebenden Bevölkerungsmassen, einen tiefgreifenden Wandel ihrer Lebensbedingungen zu erfahren. Doch im Hinblick auf eine Wiederholung dieses Prozesses in einer Welt, deren Einwohnerzahl sich 9 Milliarden nähert – und seine Ausdehnung auf die überwiegende Mehrheit der armen Bevölkerung –, stellen sich nunmehr drei große Herausforderungen: ein durch exzessive finanzielle Ungleichgewichte bedingtes Problem makroökonomischer Instabilität, ein Problem sozialer Unausgewogenheit, das durch wachsende Ungleichheiten in den reichen wie in den armen Ländern hervorgerufen wird, und ein Umweltproblem auf Grund der Tatsache, dass dieses Modell besonders CO₂-intensiv ist.

Welche Optionen sich bieten, ist nicht ohne weiteres erkennbar. Von der Logik her müssten Wirtschaftsentwicklungsmodelle eine Umorientierung in die Richtung eines von den Inlandsmärkten getragenen Wachstums herbeiführen, und dies in Verbindung mit einer erheblichen Verbesserung der Energieeffizienz. Anzeichen von Veränderungen dieser Art sind sichtbar, wie sich z.B. an der sich entfaltenden Dynamik des Süd-Süd-Handelsaustauschs oder den neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen Chinas zeigt. Trotz dieser Signale ist jedoch schwer zu sagen, ob ein neues, von der Binnenwirtschaft getragenes Wachstumssystem mit geringen CO₂-Emissionen, das überdies imstande ist, dasselbe wirtschaftliche Leistungsniveau zu erreichen wie beispielsweise Ostasien, entstehen kann.

„... die internationale Solidarität muss eine wichtige Rolle dabei spielen, dass die wirtschaftlichen Antriebskräfte und der internationale makroökonomische Handel in einer wirtschaftlichen Krisenzeit wieder ins Gleichgewicht kommen.“

In diesem Sinne muss die internationale Solidarität eine wichtige Rolle dabei spielen, dass die wirtschaftlichen Antriebskräfte und der internationale makroökonomische Handel in einer wirtschaftlichen Krisenzeit wieder ins Gleichgewicht kommen. Ein von der Binnenwirtschaft getragenes Wachstum ist mit finanziellen Zwängen konfrontiert, besonders im Hinblick auf Ersparnisbildung und Investitionen, die es bei exportbasierten Wachstumsmodellen nicht gibt; die ODA und ausländische Direktinvestitionen können erheblich dazu beitragen, diese Einschränkungen zu überwinden. Dass beim G20-Treffen in Seoul das Augenmerk den Infrastrukturen galt, ist angesichts des erheblichen Zeitdrucks ein gutes Zeichen. Dies dürfte den aufstrebenden Ländern völlig neue Möglichkeiten eröffnen, um die bedeutenden internationalen Reserven, über die sie verfügen, für eine neue politische Rollenverteilung zu nutzen: Aus Petro-Dollar sollten neue asiatische Cargo-Dollar werden – während wir in der Lage sein sollten, aus den Fehlern der 1980er Jahre zu lernen.

Wenn diese Feststellung auch nur annähernd richtig ist, lassen sich mindestens vier wichtige Schlüsse ziehen: Die Ziele der ODA werden sich weiter erheblich diversifizieren und sollten formell geändert werden; die Messverfahren müssen weiter entwickelt werden; auch die Politik sollte eine Modernisierung erfahren und sich ihrem Inhalt anpassen; das Volumen der EZ-Leistungen wird sicherlich steigen, was zu einem Wandel der Finanzierungsarten führen wird.

Dies soll nun Punkt für Punkt untersucht werden.

Die neuen Ziele einer globalisierten Welt

An dieser Stelle möchte ich einen Augenblick Zeit nehmen, um J. Brian Atwood, dem derzeitigen Vorsitzenden des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC), besonderen Dank auszusprechen. Als er die Leitung der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) übernahm, schlug er den DAC-Mitgliedern vor, über die Erarbeitung eines Katalogs von Indikatoren nachzudenken, die bei der Festlegung von Entwicklungszielen helfen könnten. Seiner Auffassung nach wurde die positive öffentliche Wahrnehmung der ODA durch einen Mangel an Klarheit über die angestrebten Ziele beeinträchtigt.

Dieser Aufruf zum Handeln führte in mehreren Etappen zur politischen Formulierung und Annahme dessen, was einmal die Millennium Development Goals (MDG) – die Millenniumsentwicklungsziele – werden sollten.

Die Verbreitung von Informationen über die MDG gab den politischen Entscheidungsträgern der OECD-Länder, die entschlossen waren, die Umsetzung der Ziele zu finanzieren, politischen Rückhalt. Sie half, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und für die staatliche Politik Unterstützung zu finden, und hat wahrscheinlich in den letzten zehn Jahren in erheblichem Maße zu einer Zunahme des philanthropischen Interesses privater Organisationen beigetragen.

Die Umsetzung der MDG spiegelt die fundamental veränderte Rolle der Entwicklung wider, auf die wir uns bezogen haben. Doch auf Grund der Geschwindigkeit, mit der sich die Welt verändert, sind diese Ziele bereits überholt.

Tatsache ist, dass die MDG in ihrer derzeitigen Fassung viele technische Schwachstellen aufweisen: Ihre Formulierung ist zum Teil verwirrend, sie vermischen die Endergebnisse mit den Mitteln zu deren Erreichung; sie unterschätzen Wirtschaftswachstum und Einkommen und überbewerten die soziale Dimension der Entwicklung; sie messen bestimmten Fragen zu viel Bedeutung bei (z.B. der Gesundheit) und setzen die anderer Faktoren herab (z.B. Wasser) oder lassen andere völlig außer Acht (z.B. Energie). Und obwohl sich all diese Schwachstellen beheben ließen, kaschieren sie in Wirklichkeit zahlreiche Probleme politischer Art.

Am größten ist das Problem im Hinblick auf die MDG jedoch, was die Zukunft betrifft.

Bis 2015 muss eine neue Generation von Zielen festgelegt werden, doch hat der Denkprozess hierüber gerade erst begonnen. In der Realität werden die Verhandlungen die Aufstellung eines neuen Katalogs weltweiter Ziele zum Thema haben. In einer Welt sich explosionsartig ausweitender Ungleichheit müssen diese Ziele die Form einer gemeinsamen staatlichen Politik annehmen, die weltweite gemeinsame Bestrebungen widerspiegelt, denn sie müssen den zunehmenden Umweltproblemen und makrofinanziellen Ungleichgewichten Rechnung tragen. Um über die Problematik weltweiter Armut zu debattieren, gilt es die Konvergenz dieser Tendenzen auf Makroebene und ihre Umsetzung in staatliche Ziele zu untersuchen. Tatsache ist, dass die derzeitigen MDG in einem Weltkonzept verwurzelt bleiben, das auf einem sozialen Ansatz basiert; ihr Modell lässt öffentliche Güter im Allgemeinen unberücksichtigt und bezieht auch nicht den Katalog „öffentlicher Anliegen“ mit ein, die mit den Beziehungen zwischen den reichen und armen Bewohnern unserer Erde in Zusammenhang stehen.

„Bis 2015 muss eine neue Generation von Zielen festgelegt werden, doch hat der Denkprozess hierüber gerade erst begonnen. In der Realität werden die Verhandlungen die Aufstellung eines neuen Katalogs weltweiter Ziele zum Thema haben.“

Wenn sich die neuen Ziele nicht nur auf die Entwicklungspolitik im engeren Sinne beziehen sollen, wenn sie alle weltweiten Ziele staatlicher Politik einschließen sollen, und wenn sie den Realitäten der staatlichen Politik entsprechen sollen, so dass sie die Akteure wirksam mobilisieren und eine glaubwürdige Messgröße für die Ergebnisse liefern, dann müssen sie sich in zwei Richtungen verändern.

Zunächst müssen die MDG – innerhalb des vereinbarten Zeitrahmens, seien es 15 oder 30 Jahre – die Ziele benennen, die wir alle bis zum Ende der Frist erreichen wollen: Reduzierung der Mortalität und Morbidität, Erhöhung der Lebenserwartung, Verbesserung des Einkommens und – was ebenso wichtig ist – Verringerung der Ungleichheit und Begrenzung unseres ökologischen Fußabdrucks.

Es ist besonders wichtig, diese Ziele genau zu klären, denn sie lassen sich durch verschiedene Politikinstrumente erreichen: Gute gesundheitspolitische Maßnahmen können zu einer Verbesserung der Einkommen beitragen; die Wasserpolitik oder eine Verbesserung der Einkommen durch makroökonomische Maßnahmen können dazu beitragen, die Säuglingssterblichkeit zu verringern; Stadtentwicklungsmaßnahmen können helfen, die biologische Vielfalt zu erhöhen; eine Reform der Handelspolitik kann die CO₂-Emissionen reduzieren. Kurzum ist es wichtig, eine Trennlinie zu ziehen zwischen den Effekten, die wir

„Es ist von fundamentaler Bedeutung, uns auf das zu konzentrieren, was wir erreichen wollen, und nicht auf die Frage, welche Mittel zu bestimmten Resultaten führen können und welche nicht.“

erzielen wollen, und den konkreten Maßnahmen, und so die hinter jedem Einzelziel stehenden Interessenvertretungen aufzubrechen. Es ist von fundamentaler Bedeutung, uns auf das zu konzentrieren, was wir erreichen wollen, und nicht auf die Frage, welche Mittel zu bestimmten Resultaten führen können und welche nicht.

Bei der zweiten notwendigen Veränderung handelt es sich um eine Anpassung der MDG an die immer stärker werdende Tendenz einer „Mobilisierung für Rechte“. Recht auf Wasser, auf Bildung, auf Gesundheit Diese Forderungen werden auf politischer Ebene immer stärker anerkannt. Der universelle Zugang zu den wichtigsten Gütern und Dienstleistungen – und nicht nur ein Rückgang der Ungleichheit beim Zugang zu ihnen – wird zu einem grundlegenden aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen herzuleitenden Menschenrecht. Das ist in unserem Jahrhundert das im Hinblick auf die Menschenwürde absolut unverzichtbare Minimum, so etwas wie ein weltweites Sicherheitsnetz.

Die MDG sind dieser Herausforderung nicht gewachsen; die nächste Generation neuer Ziele muss es sein. Die neuen Ziele müssen es ermöglichen, eine begrenzte Anzahl sektoralpolitischer Maßnahmen zu identifizieren, die mit den weltweiten Menschenrechtserklärungen und den Rechtsvorschriften in Zusammenhang stehen, die den universellen Charakter dieser Dienstleistungen garantieren. Gesundheit, Bildung, Wasser, Energie und Natur könnten z.B. die fünf Säulen sein, d.h. die fünf Basisdienstleistungen, zu denen jeder Mensch auf dieser Erde Zugang haben sollte.

Mit diesen neuen Zielen sollte der Zweck verfolgt werden, durch gemeinsame Mobilisierung, an der zwangsläufig alle Länder beteiligt sind, das Tempo ihrer universellen Umsetzung zu bestimmen. Ein zentrales Anliegen bei der Festlegung des Zeithorizonts müsste die Frage der makroökonomischen Nachhaltigkeit sein, und dabei dürfte eine Kombination aus lokalen öffentlichen und privaten Mitteln gemeinsam mit internationaler Unterstützung der Zielsetzung Glaubwürdigkeit verleihen, da es unerlässlich ist, dafür Sorge zu tragen, dass keine Ziele gesetzt werden, die – wie auch immer die makroökonomische oder demografische Situation sein mag – unmöglich zu finanzieren sind.

Das Jahr 2015 rückt näher. Die internationale Gemeinschaft beginnt jedoch gerade erst, sich einer der weltweit wichtigsten Fragen staatlicher Politik zuzuwenden: der Formulierung unserer gemeinsamen langfristigen Ziele. Diese müssen den sozialen Ansatz internationaler Solidarität mit dem Ansatz der öffentlichen Güter und Konzepten des weltweiten makroökonomischen Managements in Einklang bringen. Es ist

„Eine Schwerpunktverlagerung von Politikzielen zu Instrumenten kann es den politischen Entscheidungsträgern erleichtern, ein breiteres Spektrum an Optionen ins Auge zu fassen als ausschließlich Entwicklungszusammenarbeit; dieser Punkt sollte bei den Verhandlungen über die „neuen MDG“ im Mittelpunkt stehen, selbst wenn er zu zähen Debatten führen sollte.“

an der Zeit, sich auf die Erarbeitung von Zielen zu konzentrieren, die uns in die Zukunft projizieren und für die gemeinsame Ausrichtung unserer Instrumente sorgen.

Von der Hilfe zu einer ergebnisorientierten Entwicklungspolitik

Eines der größten Probleme im Hinblick auf die Art und Weise, in der die auf dem Konzept öffentlicher Güter basierende staatliche Politik heute weltweit organisiert ist, ist durch ihr Instrumentarium begründet.

Die MDG sind zu häufig mit dem Leistungsvolumen verknüpft, das in den meisten Fällen als das einzige Mittel dargestellt wird, mit dem sich die Armut in der Welt verringern lässt. Diese Tatsache bürdet der Entwicklungszusammenarbeit eine erhebliche Belastung auf. Eine Schwerpunktverlagerung von Politikzielen zu Instrumenten kann es den politischen Entscheidungsträgern erleichtern, ein breiteres Spektrum an Optionen ins Auge zu fassen als ausschließlich Entwicklungszusammenarbeit; dieser Punkt sollte bei den Verhandlungen über die „neuen MDG“ im Mittelpunkt stehen, selbst wenn er zu zähen Debatten führen sollte.

Zu diesem Punkt gehören tatsächlich zwei einander ergänzende separate Themen: der Einsatzbereich der Instrumente und die Instrumente selbst.

Zahlreiche Studien haben sich bereits mit dem Umfang der eingesetzten Instrumente beschäftigt, doch wurde diese Frage allzu häufig unter der Rubrik „Kohärenz“ (zwischen Entwicklungspolitik und den übrigen staatlichen Maßnahmen) untersucht. In Wirklichkeit hängt die Umsetzung der MDG jedoch in erster Linie von der Auswahl der von jedem Land eingesetzten Politikinstrumente ab und erst an zweiter Stelle von den von der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung nationaler Maßnahmen eingesetzten Mitteln. Diese können sich auf ganz unterschiedliche Bereiche erstrecken, wie z.B. Handel, Investitionen und Finanzen bis hin zu Migration, Forschungspolitik, Diplomatie und ... Streitkräften. Wie im Bericht des Center for Global Development (CGD) mit dem Titel *More than Money: Impact Investing for Development* ausgeführt, sollten die Industriestaaten – und wahrscheinlich auch die aufstrebenden Länder – nicht nur über ihre ODA-Anstrengungen, sondern auch über das ganze ihre „Entwicklungsfreundlichkeit“ kennzeichnende Spektrum der von ihnen eingesetzten Instrumente und Maßnahmen Bericht erstatten (Simon und Barmeier, 2010). Mit der Festlegung einer neuen Generation von MDG dürfte sich eine Gelegenheit bieten, das Schwergewicht von der Finanzierung – wie hoch sie auch sein mag – zu Ansätzen zu verlagern, die sich auf die ganze Bandbreite der Maßnahmen erstrecken. Dies würde natürlich bedeuten, dass einige „schlechte Spieler“ im Bereich der ODA, was ihre „Entwicklungsfreundlichkeit“ betrifft, eine Verbesserung ihrer Einstufung zu verzeichnen hätten – aber warum nicht? Ist es denn unfair, wenn offenbar großzügige Finanziers andere kontraproduktive Maßnahmen fortsetzen dürfen?

„Mit der Festlegung einer neuen Generation von MDG dürfte sich eine Gelegenheit bieten, das Schwergewicht von der Finanzierung – wie hoch sie auch sein mag – zu Ansätzen zu verlagern, die sich auf das ganze Spektrum der Maßnahmen erstrecken.“

Ein anderes Thema sind die bei Finanzmarktinterventionen eingesetzten Instrumente. Von den OECD-Ländern und der Zivilgesellschaft wird eine immer größere Vielfalt von Finanzmarktinstrumenten eingesetzt, so dass eine Finanzinnovationsdynamik entstanden ist, die sich in den letzten zwanzig Jahren verstärkt hat (Severino und Ray, 2009) (Tabelle 9.1). Diese innovativen Finanzmarktinstrumente in das derzeitige ODA-Berichterstattungssystem aufzunehmen – das de facto abschreckend wirkt –, ist jedoch schwierig, denn die Finanzminister und die Regierungen geben im Allgemeinen den Innovationen den Vorzug, die ihre ODA-Einstufung verbessern. Und da es schwierig ist, Instrumente zu fördern, von denen eine Hebelwirkung auf die Entwicklungszusammenarbeit ausgeht, oder die Finanzierungen durch den privaten Sektor fördern, sind Zuschüsse und vergünstigte Kredite im derzeitigen Benachrichtigungssystem nach wie vor die Kategorien, die wirkliche Legitimität haben. Die OECD-Länder müssten über alle Instrumente berichten können, die von ihnen eingesetzt werden, um arme Länder bei ihren Bemühungen um die Erreichung der MDG zu unterstützen, und nicht nur über die seit den 1970er Jahren eingesetzten und ausschließlich diesem Zweck „gewidmeten“ Instrumente.

In einer zunehmenden Zahl von Fällen kann die Entwicklungszusammenarbeit im eigentlichen Sinne zur Erreichung der MDG keinen wirksamen Beitrag leisten – was anhand des folgenden Beispiels verdeutlicht wird. Das Energiedefizit der Länder Subsahara-Afrikas kostet den afrikanischen Kontinent wahrscheinlich 1-2 Prozentpunkte seines jährlichen Wirtschaftswachstums. Dieser Situation Abhilfe zu schaffen, würde nicht nur einen unschätzbaren Beitrag zur Erhöhung der Einkommen, zu Gesundheit und Geschlechtergleichstellung leisten; es würde auch zur Lösung von Klimaproblemen beitragen, wenn dieser Herausforderung durch den Einsatz sauberer Energien und Bemühungen um Energieeffizienz begegnet würde. Doch Energie ist erstens kein MDG, und zweitens scheuen die meisten Geber davor zurück, sich mit dieser schwierigen Frage auseinanderzusetzen, wo sie doch mehr Unterstützung durch die Öffentlichkeit zu erwarten haben, wenn sie sich um die Bereiche Gesundheit und Bildung kümmern.

Tabelle 9.1. Verschiedene Arten der Mobilisierung und Nutzung finanzieller Entwicklungsressourcen

Ressourcen- mobilisierung → ↓ Ressourcen- nutzung	Wiederholte öffentliche Finanzierung	Wiederholte private Finanzierung	Punktueller Mobilisierung	Gemeinsame Ressourcen	Einsatz von Marktinstrumenten
Wiederholte Nutzung	Bezahlung von Umweltdienstleistungen/ Besteuerungssysteme	Sozial verantwortungsbewusste Investitionen (ethische Finanzierungen)	Internationale Finanzierungsfazilität für Impfprogramme (IFFIm)	Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria	Die ProductRed-Initiative*
Investitionen	Finanzierung von Infrastrukturen durch vergünstigte Kredite	CDM (Clean Development Mechanism)		Förderung einer produktiven Nutzung der Rücküberweisungen von Migranten	Thematische Erstverlust-Investitionsfonds der Geber (z.B. Mikrofinanzierung, Landwirtschaft)/ Aktienverkauf an Diasporagemeinschaften
Hebelwirkung		Mikrofinanzierung	Schuldenerlass für Investitionen im Gesundheitsbereich (Debt-to-Health)	Gemeinsame Beschaffungsinitiativen	Kapitalbeteiligung
Systemische Effekte	Darlehen für klimapolitische Maßnahmen	Auszeichnungen für naturwissenschaftliche Erkenntnisse im Bereich der Entwicklung		GAVI-Allianz (früher: Global Alliance for Vaccines and Immunisation)/UNITAID (für den Kauf von Medikamenten für die Behandlung von AIDS, Tuberkulose und Malaria)	Lokaler Ankauf durch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WEP)/Vorabkaufverpflichtung für die Industrie (AMC – advanced market commitment)
Verbriefung/ Verhütung	Programme zur Verhütung der Verbreitung weltweiter Pandemien	NRO-Projekte im Bereich der Konfliktprävention	Humanitäre Appelle an Treuhandfonds	Nothilfefonds/Fazilität des Internationalen Währungsfonds (IWF) für exogene Schocks	Garantie- und Versicherungsinstrumente

*(RED) ist ein Unternehmensmodell, das geschaffen wurde, um für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zu sensibilisieren und Gelder für ihn zu mobilisieren. Hierzu erhalten weltweit führende Marken Anreize, mit dem (RED)-Label versehene Produkte herzustellen. Ein Teil der durch den Verkauf dieser Produkte erzielten Gewinne geht direkt an den Globalen Fonds, um in afrikanische AIDS-Programme investiert zu werden.

Quelle: Severino und Ray, 2009.

Hinzu kommt noch, dass abgesehen von den geringen Beträgen, die als Technische Zusammenarbeit ausgewiesen werden können, die wichtigsten für die Bewältigung dieser Herausforderung erforderlichen Instrumente – Veränderungen der staatlichen Maßnahmen und Anreize, Schaffung von Garantiesystemen, die lokales Kapital und den privaten Sektor stärken, und die Verbesserung der lokalen und internationalen Investitionsmärkte – im Rahmen des ODA-Benachrichtigungssystems nicht als ODA ausgewiesen werden können. Und wenn öffentliche Gelder gebraucht werden, dürften zinsvergünstigte Kredite wichtiger sein als Zuschüsse, für die es viele Negativanreize gibt. Daher ist es kein Wunder, dass

die Energiefrage trotz ihrer entscheidenden Bedeutung in den letzten Jahren auf der innerstaatlichen wie auf der internationalen Agenda weiter ganz unten stand.

Dies führt uns erneut zu den entscheidenden Herausforderungen: Festlegung von Zielen, Bewertung der Ergebnisse anhand der gesetzten Ziele und Bestimmung der optimalen Kombination sektorspezifischer und finanzpolitischer Maßnahmen, um diese Ergebnisse zu erzielen.

„Daher ist es kein Wunder, dass die Energiefrage trotz ihrer entscheidenden Bedeutung in den letzten Jahren auf der innerstaatlichen wie auf der internationalen Agenda weiter ganz unten stand.“

Evaluierung der Politiken oder Politik der Evaluierung

Ist unser internationales Evaluierungssystem seiner Aufgabe gewachsen?

Die Antwort lautet nein.

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit einmal den Finanzströmen zu. Unsere derzeitige staatliche Politik wird nicht gemessen, und aus diesem Grund können wir sie mit unserem System auch nicht verstehen, erklären oder verteidigen – oder nur anhand ganz grober Schätzungen.

Eine Evaluierung der staatlichen Politik ist vom Prinzip her einfach, in der Realität aber schwierig. Die offiziellen ODA-Definitionen kaschieren ein erhebliches Maß an Verwirrung im Hinblick auf die Messung des Volumens, der Budgetausgaben für eine bestimmte Maßnahme und der Verwaltungskosten.

Dieser Mangel an Präzision ist durch das Alter des Messsystems bedingt. Es wurde in den 1960er Jahren festgelegt, und es bestand auf Grund des für jede Änderung erforderlichen Konsenses kaum die Möglichkeit, es zu überarbeiten. Und kein Land wagt es, Änderungen des Messsystems vorzuschlagen, weil befürchtet wird, dass dann andere Änderungsvorschläge folgen könnten, die für das betreffende Land u.U. von Nachteil sind.

In vielen Bereichen sind jedoch Änderungen unbedingt erforderlich. Das Spektrum dessen, was als ODA ausgewiesen werden kann, ist einerseits zu groß (denn viele Leistungen können als ODA bezeichnet werden, selbst wenn sie einen geringen Bezug zur Entwicklung haben) und andererseits zu eng (denn viele innovative Instrumente lassen sich mit dem derzeitigen System nicht erfassen). Infolgedessen erfasst die ODA nicht das Volumen der real bereitgestellten Ressourcen – ganz gleich ob die Maßnahmen privaten oder öffentlichen Ursprungs sind. Noch wichtiger ist, es gibt keine Möglichkeit, zu beziffern, wie hoch die realen Kosten der Entwicklungspolitik für den Steuerzahler sind: Die Kosten vergünstigter Kredite sowie der Umschuldungen und Schuldenerlasse sind so undurchsichtig und komplex, dass es unmöglich ist, eine Relation zu den tatsächlichen Kosten herzustellen. Auch die Verwaltungskosten werden nur ganz grob ermittelt. Diese technischen Probleme wären jedoch nicht so gravierend, wenn einerseits die Verbuchungsmodalitäten nicht die Verhaltensweisen bestimmen, und andererseits die sich hieraus ergebenden Zahlen nicht den Wissenschaftlern und den für die Evaluierung zuständigen Organen dazu dienen würden, die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu untersuchen.

„... gibt es keine Möglichkeit, zu beziffern, wie hoch die realen Kosten der Entwicklungspolitik für den Steuerzahler sind ...“

Eine Überprüfung der ODA-Rechnungslegung ist eine Priorität, wenn wir die negativ wirkenden Verhaltensweisen ausschalten und klar unterscheiden wollen zwischen den Budgetausgaben, die für den Steuerzahler anfallen, und dem Gesamtvolumen finanzieller Zusagen aller Art, die gegeben wurden, um bestimmte Ergebnisse zu erzielen. Die Klärung dieser Wirkungskette ist von wesentlicher Bedeutung, um eine auf Fakten basierende Debatte über den Beitrag des Finanzierungsvolumens zur Umsetzung einer bestimmten Politik zu führen.

Staatliche Politik anders finanzieren

Der Umfang der weltweiten staatlichen Politikmaßnahmen wird in den nächsten Jahrzehnten erheblich zunehmen müssen.

Hierzu wird es bestimmt kommen, ganz gleich in welchem Tempo sich das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer vollzieht. Zurzeit besteht keine Verbindung zwischen den weltweiten Politikmaßnahmen und den Problemen wirtschaftlicher und sozialer Konvergenz. Wie bereits ausgeführt, geht es immer mehr um weltweite öffentliche Güter, die nicht mit dem Ausmaß der Armut in der Welt, sondern vielmehr mit einer ganzen Reihe von Problemen in Verbindung stehen, die durch das Bevölkerungswachstum, die weltweite Zunahme der Wirtschaftsaktivitäten und das Fortbestehen internationaler Ungleichheiten begründet sind.

In unserer heutigen durch die Globalisierung gekennzeichneten Welt wird sich das Prinzip der Finanzierung staatlicher Politikmaßnahmen sicherlich genauso wandeln, wie es einmal innerhalb der nationalen Landesgrenzen der Fall war: die Finanzierung wird nicht durch das absolute Armuts- oder Wohlstandsniveau bestimmt werden, sondern durch die relative Größenordnung der beiden. Die finanziellen Ungleichgewichte zwischen den Ländern werden noch jahrzehntelang fortbestehen, und hieraus wird sich die Notwendigkeit für die reichen Länder herleiten, für die Finanzierung der ärmsten Länder der Erde aufzukommen – aber nicht nur für die Finanzierung, wie wir sehen werden.

Der Aktionsradius der staatlichen Politik wird sich auf zwei Arten vergrößern. Erstens wird sich infolge der Zunahme der Weltbevölkerung, der wachsenden Bevölkerungsdichte auf unserem Planeten sowie der sich häufenden Probleme bei der Steuerung des Umgangs des Menschen mit der Natur ganz allgemein die Zahl der Themen „gemeinsamen Interesses“ erhöhen (man könnte dies als „Extensitätssyndrom“ bezeichnen). Zweitens werden diese Probleme an Bedeutung zunehmen.

In diesem Kontext muss das Niveau der von den Reichen zu leistenden Zahlungen zwangsläufig steigen, und zwar aus drei ganz einfachen Gründen:

Erstens: In der Gleichung der weltweiten öffentlichen Güter sind die armen Länder gleichzeitig Opfer (sie leiden z.B. unter den Folgen der von anderen ausgelösten Klimaänderung), Ursprung (z.B. durch Auslösung von Konflikten) und Anbieter von Lösungen (z.B. biologische Vielfalt). Aus diesem Grund stehen bei den wachsenden internationalen öffentlichen und privaten Finanzströmen Kompensationsleistungen, „Transferleistungen an die schwächsten Glieder“ und Zahlungen für weltweite Dienstleistungen im Mittelpunkt.

Zweitens: In einer Welt fortschreitender Globalisierung müssen sich staatliche Politikmaßnahmen zunehmend auf die ärmsten Länder konzentrieren. Bei einer Weltbevölkerung von 9 Milliarden Menschen, davon 8 Milliarden in aufstrebenden und Entwicklungsländern, über 5 Milliarden in China und Indien sowie 2 Milliarden in den Ländern Subsahara-Afrikas, hängt die langfristige politische Tragfähigkeit der Globalisierung von der Kapazität ab, eine größere Zahl von Ländern an einem breitfundierten raschen Wirtschaftswachstum teilhaben zu lassen. Selbst in Ländern, die ein reales oder potenzielles Wachstum aufzuweisen haben, ist es unerlässlich, eine Konvergenz der Einkommen zu gewährleisten und dies auf eine Weise zu tun, die der Endlichkeit der Umweltressourcen der Erde Rechnung trägt, eine Frage von Leben oder Tod. Die Bereitschaft, hierfür zu zahlen, wird eine immer wichtigere Rolle spielen, und der Schwerpunkt der internationalen Agenda wird sich über die Armut hinaus auch immer stärker auf nachhaltige Entwicklung und umweltverträgliches Wachstum verlagern. Der Rio+20-Konferenz 2012 wird im Hinblick auf die Gestaltung des entwicklungspolitischen Programms der nächsten zwanzig Jahre eine entscheidende Rolle zukommen.

In den nächsten Jahrzehnten werden wir schließlich mit ansehen, wie politische Schwierigkeiten, Isolierung und andere Faktoren weiter große Teile der Erde daran hindern, am weltweiten Wohlstand teilzuhaben. Selbst beim besten Szenario werden im Jahr 2050 auf der Erde immer noch über 1 Milliarde Menschen in absoluter Armut leben. In dem weltweit integrierten Wirtschaftsraum, der jetzt entsteht, sollte (offiziell oder auf indirektem Weg) eine weltweite Umverteilungspolitik eingeleitet werden. Dieses weltweite soziale Sicherheitsnetz wird über viele Jahre hinweg existieren müssen, und es wird unerlässlich sein, um die entsprechenden geopolitischen Probleme zu lösen. Krisenmanagement und -verhütung werden in vielen Fällen die Voraussetzungen für die Umverteilung schaffen. Die Art und Weise, in der die MDG festgelegt wurden, hindert heute sogar schon viele relativ gut verwaltete arme Länder daran, die Ziele zu erreichen. Um die bereits beschriebenen – immer mehr als grundlegende Menschenrechte anerkannten – fundamentalen Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen, bedarf es massiver finanzieller Unterstützung. Künftig wird mit der Zunahme des Bevölkerungsdrucks und der weltweiten Ungleichgewichte mehr und mehr Unterstützung erforderlich sein.

Die Zunahme des Umfangs staatlicher Politikmaßnahmen und der aus ihr resultierende Kostenanstieg werden sich auf die Finanzierungsmodalitäten auswirken. Bislang waren die Staatshaushalte der OECD-Länder die wichtigsten Finanzierungsquellen von EZ-Leistungen. Dies muss sich ändern, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: In den reichen Ländern werden weniger arme Menschen bereit sein, für die in den armen Ländern lebenden Wohlhabenden zu zahlen.

Wie bereits ausgeführt, ist die Entwicklung der internationalen Wirtschaft nicht nur durch das Aufstreben zuvor armer Länder und die hartnäckig fortbestehende Armut vieler besonders armer Länder gekennzeichnet, sondern auch durch eine Verstärkung der Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Länderkategorien, einschließlich der Industriestaaten. Nie zuvor traten die Wohlstandsunterschiede so deutlich zu Tage. In den nächsten Jahrzehnten könnten andauernde Situationen extremer Armut – und steigende Zahlen in absoluter Armut lebender Menschen – durchaus mit einem auch in den armen Ländern relativ hohen Wirtschaftswachstum einhergehen. Sie könnten auch mit steigenden Zahlen einer wohlhabenden Elite angehörender Menschen koexistieren, und dies auch in den ärmsten Ländern.

„... die Entwicklung der internationalen Wirtschaft ist auch durch eine Verstärkung der Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Länderkategorien gekennzeichnet ... Nie zuvor traten die Wohlstandsunterschiede so deutlich zu Tage.“

Diese weltweite Struktur kann ein ausgewogeneres Verhältnis der Finanzierung von Wohlergehen, Entwicklung und Wirtschaftsgütern auf weltweiter Ebene nur ganz allmählich herbeiführen; und die Kosten dieses Übergangs müssen von den Reichen getragen werden, ganz gleich ob sie in aufstrebenden Ländern, in armen Ländern oder in Industrieländern leben.

Die Erhebung einer internationalen Abgabe hat daher eine vielversprechende Zukunft.

Die Erhebung einer internationalen Abgabe wurde irrtümlicherweise als ein neues entwicklungspolitisches Finanzierungsinstrument beschrieben. Eine solche Idee wird zwar zweifellos weitere intelligente Lösungsansätze für extrem schwierige politische Probleme bieten, doch sind Steuern keine neue Erfindung. Sie sind so alt wie die Menschheit. Die Suche nach einer neuen Steuerbemessungsgrundlage – deren Zielgruppe die weltweit wohlhabendsten und am stärksten privilegierten Gesellschaftsschichten sind – wird jedoch zur Einführung der Erhebung internationaler Abgaben führen. Und da die Schaffung einer internationalen Einkommensteuer erhebliche Zeit in Anspruch nehmen kann, wird das Augenmerk dem Vermögen und den von Wohlhabenden durchgeführten Transaktionen gelten. Eine Vielzahl von Möglichkeiten wird bereits geprüft: eine Abgabe auf Flugtickets und den internationalen Transitverkehr, eine CO₂-Abgabe usw. Und viele Optionen werden bereits genutzt.

„Langfristig müssen wir jedoch anerkennen, dass die beeindruckende Transformation der sozialen Strukturen unseres Planeten es erforderlich macht, unsere über fünfzig Jahre alten Finanzierungssysteme zu verändern.“

Die internationale Debatte über die Erhebung von Steuern für die Finanzierung der Entwicklung wurde in einem Kontext ideologischer Unschärfe eingeführt. Von manchen wurde behauptet, dass die Befürworter dieser Idee damit über die mangelnde Bereitschaft einiger reicher Länder hinwegtäuschen wollten, ihren ODA-Verpflichtungen nachzukommen. Die Sache ist jedoch viel ernster. Die ODA-Budgets der Regierungen der OECD-Länder werden im Kampf gegen die Armut – oder ganz allgemein in der internationalen oder weltweiten Politik – noch lange Zeit unverzichtbar bleiben und weiter den überwiegenden Teil der Finanzierungsmittel stellen. Es wird zudem völlig legitim sein, wenn Länder, bei denen im Hinblick auf die Fortsetzung der Finanzierung der

Entwicklungszusammenarbeit nationale Interessen auf dem Spiel stehen, sich diese Mittel bei ihren Bürgern holen. Für Europa stellt beispielsweise das Schicksal der Region am südlichen Mittelmeerufer eine wichtige regionale Herausforderung dar, die es zu bewältigen gilt. Langfristig müssen wir jedoch anerkennen, dass die beeindruckende Transformation der sozialen Strukturen unseres Planeten es erforderlich macht, unsere über fünfzig Jahre alten Finanzierungssysteme zu verändern.

Keine Schlussbemerkung

Und wieder einmal erweist sich die ODA als eine Hydra. Man könnte sie als Politik der „Neugeburt“ bezeichnen.

Sie ist zwar in ihrer historischen Definition tot, lebt aber in neuer Form als eine weltweite Politik fort, die mit dem 21. Jahrhundert allein des Überlebens willen eingeleitet werden muss.

„Die ODA lebt ... in neuer Form als eine weltweite Politik fort, die mit dem 21. Jahrhundert allein des Überlebens willen eingeleitet werden muss.“

Eine Welt mit einer Bevölkerung von 9 Milliarden Menschen und einer wirtschaftlich und finanziell integrierten Gesellschaft braucht staatliche Politiken, um ihre Märkte zu regulieren, um es den Menschen zu ermöglichen, in Frieden zu leben, und um sicherzustellen, dass sich der Wohlstand nach und nach auf alle ausweitet. Diese weltweiten Politikmaßnahmen zur Lösung der Probleme im Umwelt-, wirtschaftlichen und sozialen Bereich bringen Kosten mit sich, und diese müssen von den reichsten Bürgern der Erde getragen werden. In der Welt von morgen werden die Reichen nicht nur in den OECD-Ländern, sondern überall auf

der Erde leben, und so auch in den ärmsten Ländern. Das Schwergewicht der Entwicklungsziele wird natürlich weiter überwiegend auf den armen Ländern liegen, und sie werden darauf abgestellt sein, den ärmsten Menschen zugute zu kommen. Sie müssen aber künftig so gestaltet sein, dass sie immer komplexeren externen Faktoren gerecht werden, und so auch der immer engeren Beziehung zwischen dem sozialen Schicksal der Armen in den Entwicklungsländern und denen in den OECD-Ländern.

Die heutigen Konzepte, Ziele, Instrumente, Einrichtungen und Arbeitsmethoden der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden von den Veränderungen überholt, die sich in einer Welt vollziehen, die durch eine unaufhaltsame durch Demografie, Wachstum und Technologie beschleunigte Bewegung gekennzeichnet ist. Die öffentlichen und privaten Akteure der Entwicklungszusammenarbeit müssen die wichtige Bedeutung dieser Veränderungen anerkennen und bereit sein, sich ihnen anzupassen und die Methoden sowie auch die Ziele der Maßnahmen in Frage zu stellen, für die sie tätig sind. Ohne dies würden sie die Entstehung von Politikmaßnahmen aufhalten, die gebraucht werden, um eine bessere Welt zu schaffen. Der ODA der „alten Schule“ und denjenigen, die in ihrem Dienst stehen, kommt eine wichtige Rolle dabei zu, eine neue Welt politischen Handelns zu schaffen, eine Welt, die nichts mit Begriffen wie „öffentlich“, „Entwicklung“ oder „Unterstützung“ zu tun haben wird ..., sondern auf diesen Konzepten aufbauen wird.

Das ist die Herausforderung, der wir uns gegenübersehen. Sind wir ihr gewachsen?

Anmerkungen

1. Zur Veranschaulichung seiner Auffassung, dass in den letzten Jahrzehnten viele Veränderungen im Hinblick auf Motivationen und Zielsetzungen der Entwicklungspolitik eingetreten sind, insbesondere im Bereich der ODA, nimmt er Bezug auf die Hydra, ein vielköpfiges Ungeheuer aus der griechischen Mythologie, bei dem für jeden abgeschlagenen Kopf zwei neue nachwuchsen.

Literaturverzeichnis

Moyo, D. (2011), *Dead Aid*, Farrar, Straus und Giroux, New York.

Severino, J.-M. und O. Ray (2009), "The end of ODA: Death and rebirth of a global public policy", Global Centre for Development, Working Paper, Number 167, Global Centre for Development, Washington D.C.

Simon, J. und J. Barmeier (2010), *More than Money: Impact Investing for Development*, Centre for Global Development, Washington D.C.



Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber



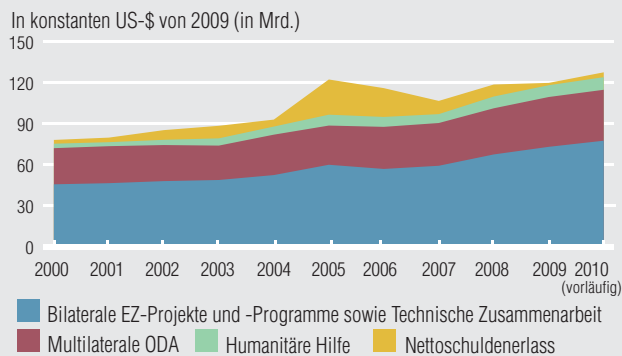
DAC-Mitglieder

ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2010

2010 beliefen sich die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der DAC-Mitglieder netto auf 128,7 Mrd. US-\$, was einem Anstieg um 6,5% gegenüber dem Jahr 2009 entsprach. Dies war das höchste je in realer Rechnung verzeichnete Niveau, höher noch als das Rekordniveau des Jahres 2005, als die ODA-Leistungen durch außerordentliche Schuldenerlasse enorm ausgeweitet wurden. Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen betrug die ODA netto 0,32%, womit sie auf gleicher Höhe wie 2005 lag, aber höher war als in allen anderen Jahren seit 1992.

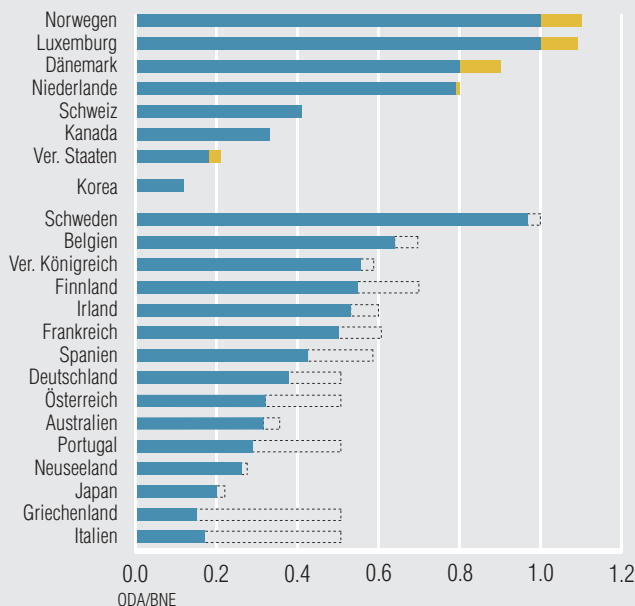
Die bilateralen Leistungen für die eigentlichen Entwicklungsprogramme und -projekte (d.h. ohne Schuldenerlasse und humanitäre Hilfe) stiegen im Vergleich zu 2009 um 5,9% (Abb. A.1). Die Kreditvergabe nahm stärker zu (+13,2%) als die Zuschüsse (+6,8%).

Abbildung A.1. Komponenten der ODA der DAC-Geber



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512651>

Abbildung A.2. Verhältnis ODA/BNE 2010 im Vergleich zu den Projektionen von 2005



Im oberen Teil der Abbildung sind die DAC-Mitgliedsländer aufgeführt, die 2010 die 2005 projizierten Werte erreichten (etwaige Überschreitungen der Zielvorgabe sind gelb dargestellt); Korea war 2005 noch nicht Mitglied im DAC.

Im unteren Teil sind die DAC-Mitgliedsländer aufgeführt, die 2010 die 2005 projizierten Werte nicht erreichten (unter Kennzeichnung des Umfangs der Zielunterschreitung).

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512670>

Die größten Geber gemessen am Leistungsvolumen waren 2010 die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland und Japan. Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden übertrafen erneut das von den Vereinten Nationen gesetzte Ziel eines ODA-Volumens im Verhältnis zum BNE von 0,7%. Die größte Zunahme der ODA-Leistungen in realer Rechnung wurde zwischen 2009 und 2010 in Australien, Belgien, Japan, Kanada, Korea, Portugal und dem Vereinigten Königreich verzeichnet (Tabelle A.1).

Wie gut erfüllten die Mitglieder ihre Zielvorgaben für 2010?

2005 waren die Geber auf dem G8-Gipfel in Gleneagles sowie in anderen Foren spezifische Verpflichtungen zur Erhöhung ihrer EZ-Leistungen eingegangen. Die 15 im DAC vertretenen Mitglieder der Europäischen Union (EU) hatten sich damals insbesondere verpflichtet, 2010 jeweils ein ehrgeiziges Mindestziel – ein ODA-Niveau von 0,51% ihres BNE – zu erreichen, und einige visierten sogar ein höheres Niveau an.

Das DAC-Sekretariat erstellte daraufhin eine Simulationsrechnung zur Höhe der ODA im Verhältnis zum BNE, die die DAC-Mitglieder 2010 erreichen würden, wenn sie diese Zielvorgaben einhielten¹. In Abbildung A.2 werden die Ergebnisse dieser vor sechs Jahren durchgeführten Simulationsrechnung mit vorläufigen Daten zum tatsächlichen Verhältnis ODA/BNE im Jahr 2010 verglichen.

Der Umfang der Zielvorgaben und der Zusagen unterschied sich stark zwischen den verschiedenen DAC-Mitgliedern. Die Vereinigten Staaten verpflichteten sich, ihre Leistungen für Subsahara-Afrika zwischen 2004 und 2010 zu verdoppeln, und übertrafen diese Zielvorgabe 2009 – ein Jahr vor dem Stichdatum. Kanada beabsichtigte, sein Budget für die internationale Entwicklungszusammenarbeit im Vergleich zu 2001 zu verdoppeln, was auch gelang. Die Schweiz erfüllte ihr Ziel, ein ODA-Niveau im Verhältnis zu seinem BNE von 0,41% zu erreichen. Australien wollte ein Volumen von 4 Mrd. \$A erreichen, was ihm ebenfalls gelang; im Verhältnis zum BNE konnte die Zielvorgabe allerdings nicht erreicht werden, da das BNE-Wachstum höher ausfiel als erwartet. Norwegen und Luxemburg übertrafen mit Werten von 1,10% bzw. 1,09% ihre Zusage, die ODA im Verhältnis zu ihrem BNE auf einem Niveau von 1,0% zu halten. Auch Dänemark schnitt mit einem Wert von 0,90% 2010 besser ab, als die Simulationsrechnung erwarten ließ, und die Niederlande erzielten einen leicht höheren Wert als die projizierten 0,80% des BNE.

Tabelle A.1. Nettovolumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA), 2009 und 2010
(Vorläufige Zahlen für 2010)

DAC-Mitglied	2010		2009		2010	Prozentuale Veränderung 2009-2010 ¹
	ODA Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	ODA/BNE %	ODA Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	ODA/BNE %	ODA Mio. US-\$ ¹	
					Zu Preisen und Wechselkursen von 2009	
Australien	3 849	0.32	2 762	0.29	3 096	12.1
Österreich	1 199	0.32	1 142	0.30	1 242	8.8
Belgien	3 000	0.64	2 610	0.55	3 109	19.1
Kanada	5 132	0.33	4 000	0.30	4 509	12.7
Dänemark	2 867	0.90	2 810	0.88	2 931	4.3
Finnland	1 335	0.55	1 290	0.54	1 380	6.9
Frankreich	12 916	0.50	12 600	0.47	13 523	7.3
Deutschland	12 723	0.38	12 079	0.35	13 272	9.9
Griechenland	500	0.17	607	0.19	509	-16.2
Irland	895	0.53	1 006	0.54	957	-4.9
Italien	3 111	0.15	3 297	0.16	3 248	-1.5
Japan	11 045	0.20	9 457	0.18	10 574	11.8
Korea	1 168	0.12	816	0.10	1 026	25.7
Luxemburg	399	1.09	415	1.04	413	-0.3
Niederlande	6 351	0.81	6 426	0.82	6 570	2.2
Neuseeland	353	0.26	309	0.28	297	-3.9
Norwegen	4 582	1.10	4 086	1.06	4 233	3.6
Portugal	648	0.29	513	0.23	674	31.5
Spanien	5 917	0.43	6 584	0.46	6 197	-5.9
Schweden	4 527	0.97	4 548	1.12	4 225	-7.1
Schweiz	2 295	0.41	2 310	0.45	2 205	-4.5
Ver. Königreich	13 763	0.56	11 283	0.51	13 475	19.4
Ver. Staaten	30 154	0.21	28 831	0.21	29 852	3.5
DAC-MITGLIEDER INSGESAMT	128 728	0.32	119 781	0.31	127 518	6.5
Durchsch. Leistung der Länder		0.49				
Nachrichtlich:						
EU-Institutionen	12 986		13 444		13 546	0.8
DAC/EU-Mitgliedsländer	70 150	0.46	67 210	0.44	71 726	6.7
G7-Länder	88 844	0.28	81 548	0.26	88 453	8.5
Nicht zur G7 gehörende Länder	39 884	0.49	38 233	0.50	39 065	2.2
DAC-Nichtmitgliedsländer:						
Tschech. Republik	224	0.12	215	0.12	225	4.6
Estland	18	0.10	18	0.10	19	4.7
Ungarn	113	0.09	117	0.10	114	-2.2
Island	29	0.28	35	0.35	27	-22.6
Israel	141	0.07	124	0.06	139	12.4
Poland	378	0.08	375	0.09	359	-4.1
Slowak. Republik	74	0.09	75	0.09	77	2.7
Slowenien	63	0.13	71	0.15	66	-7.4
Türkei	967	0.13	707	0.11	875	23.8

1. Unter Berücksichtigung der Preis- und der Wechselkursentwicklungen.

Anmerkung: Die Zahlen für 2010 sind vorläufig; genaue endgültige Daten werden im Dezember 2011 vorliegen. Die Daten wurden für alle Länder auf Kalenderjahrbasis standardisiert und können daher von den für das entsprechende Finanzjahr ermittelten Zahlen in den Haushaltsunterlagen der Länder abweichen.

Quelle: OECD DAC Statistics, 2011.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514779>

Unter den sonstigen EU-Ländern erreichten Belgien (0,64%), Finnland (0,55%), Irland (0,53%), Schweden (0,97%) sowie das Vereinigte Königreich (0,56%) den Mindestzielwert von 0,51%, auch wenn ihre Ergebnisse etwas unter den 2005 in der Simulationsrechnung projizierten Werten lagen. Frankreich erreichte mit 0,50% beinahe die Zielvorgabe, den folgenden Ländern gelang dies jedoch nicht: Deutschland (0,38%), Griechenland (0,17%), Italien (0,15%), Österreich (0,32%), Portugal (0,29%) und Spanien (0,32%).

Die japanische ODA stieg 2010 deutlich an, lag aber trotzdem etwas unter dem 2005 projizierten Niveau.

Neuseeland, das beabsichtigt, bis 2012/2013 ein ODA-Niveau von 600 Mio. NZ\$ zu erreichen, verfehlte 2010 knapp das projizierte ODA/BNE-Verhältnis von 0,28%.

Korea war 2005 noch nicht Mitglied im DAC und hat folglich damals auch keine Zusagen bezüglich einer Ausweitung seiner Entwicklungszusammenarbeit gemacht; dennoch ist das Volumen seines ODA-Programms in realer Rechnung seit 2005 um 56% gestiegen.

Der Gesamteffekt dieser verschiedenen Anhebungen war ein Anstieg der ODA gegenüber dem Stand von 2004 um real 37% bzw. 30 Mrd. US-\$ (in US-Dollar von 2004). Gemessen an den 2005 gemachten Zusagen fiel das ODA-Volumen 2010 aber dennoch um rd. 19 Mrd. US-\$ zu niedrig aus. Von diesem Fehlbetrag kann nur etwas mehr als 1 Mrd. US-\$ auf ein infolge der Wirtschaftskrise niedrigeres BNE-Niveau zurückgeführt werden. Der restliche Fehlbetrag von 18 Mrd. US-\$ ist dadurch bedingt, dass Geber ihre ODA-Zusagen nicht voll erfüllt haben.

In Gleanagles hatten die G8-Geber auch die Absicht geäußert, das Gesamtvolumen der ODA für Afrika um 25 Mrd. US-\$ zu erhöhen. Vorläufige Schätzungen lassen jedoch nur auf einen Anstieg um 11 Mrd. US-\$ schließen. Der Fehlbetrag ist hier prozentual gesehen größer als der Fehlbetrag beim Gesamtvolumen der ODA-Leistungen. Der Hauptgrund dafür sind schlechte Ergebnisse bei mehreren der Geber, die einen großen Teil ihrer ODA für Afrika vorgesehen haben.

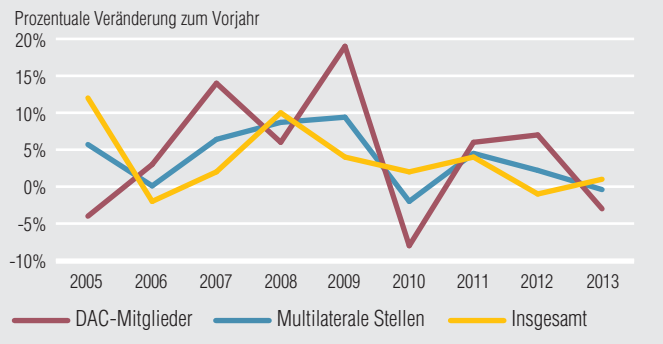
Um sicherzustellen, das künftige ODA-Zielvorgaben und -Zusagen klar, realistisch und realisierbar sind, hat der DAC vor kurzem eine diesbezügliche Empfehlung verabschiedet, die *Recommendation on Good Pledging Practice* (OECD DAC, 2011a). Sie soll allen Gebern dabei helfen, ihre Zusageverfahren zu verbessern und die Rechenschaftspflicht wie auch die Transparenz zu erhöhen.

Entwicklung der ODA-Leistungen nach 2010

Der DAC hat vor kurzem den vierten umfassenden Bericht über die künftigen Ausgabenprogramme der Geber (OECD DAC, 2011b) vorgelegt, der Informationen über die im Zeitraum bis 2013 insgesamt geplanten Programme bilateraler und multilateraler Geber liefert.

Die Ergebnisse dieses Berichts lassen für die kommende Zeit auf ein langsames Wachstum der ODA schließen. Die länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen (*Country Programmable Aid – CPA*)² insgesamt werden im Zeitraum 2011-2013 voraussichtlich um real 2% jährlich zunehmen, gegenüber einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 8% während der vergangenen drei Jahre. Bei alleiniger Betrachtung der bilateralen Leistungen der DAC-Mitglieder ist das voraussichtliche Wachstum mit 1,3% jährlich etwas geringer (Abb. A.3). Für die Länder der unteren Einkommensgruppe und die afrikanischen Länder wird die Verlangsamung wahrscheinlich deutlicher ausfallen, für sie ist mit einem

Abbildung A.3. Länderprogrammierbare Leistungen der DAC-Mitglieder insgesamt



Quelle: OECD DAC 2011.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512689>

Anstieg der länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen um real 1% pro Jahr zu rechnen, verglichen mit einer Jahreswachstumsrate von 13% in den vergangenen drei Jahren. Somit wird die Zunahme der Leistungen für diese Länder wahrscheinlich nicht mit ihrem Bevölkerungswachstum Schritt halten.

Anstrengungen und Politiken der einzelnen DAC-Mitglieder

Die Länderprofile der einzelnen DAC-Mitglieder in diesem Abschnitt sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt und enthalten Abbildungen, die die wichtigsten ODA-Daten der jeweiligen Länder veranschaulichen:

- Bilaterale ODA, brutto und netto
- ODA nach Einkommensgruppe, Region und Sektor
- Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto
- Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge
- Lieferaufbindung
- Ausrichtung auf die Gleichstellung der Geschlechter
- Umwelt- und klimaschutzbezogene Leistungen
- Humanitäre Hilfe.

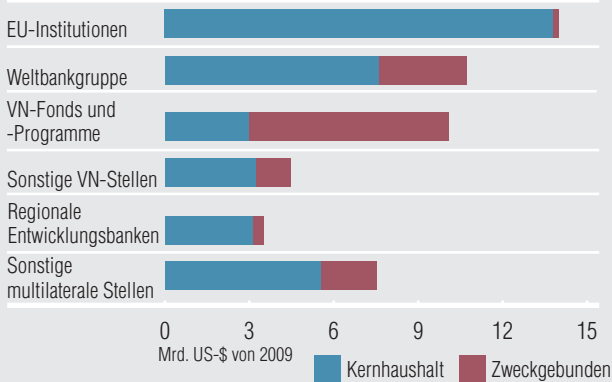
Es gilt darauf hinzuweisen, dass für 2010 nur Finanzdaten vorliegen und dass diese jeweils für die einzelnen DAC-Mitglieder angegeben sind. Die Analysen und Erläuterungen in den Länderprofilen stützen sich indessen auf Daten aus dem Zeitraum bis 2009. Die meisten Angaben sprechen für sich, zu den Daten zur multilateralen ODA, zur Lieferaufbindung, zur Entwicklungszusammenarbeit zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter, zu den umwelt- und klimaschutzbezogenen Leistungen sowie zur humanitären Hilfe bedarf es allerdings einiger erläuternder Anmerkungen.

Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Alle DAC-Mitglieder leiten einen Teil ihrer Entwicklungsleistungen durch das multilaterale System; der Umfang dieses Anteils schwankt allerdings. Der Großteil dieser Leistungen erfolgt in Form von – nichtzweckgebundener – Kernfinanzierung, d.h. von Beiträgen zu den Kernhaushalten der

multilateralen Einrichtungen. Zusätzlich zu dieser eigentlichen multilateralen ODA stellen die DAC-Mitglieder noch zweckgebundene Mittel zur Verfügung, die für bestimmte Sektoren, Themen, Länder und Regionen gedacht sind und die ebenfalls über multilaterale Einrichtungen ihrem Verwendungszweck zugeführt werden. In den vergangenen sechs Jahren lief der Großteil der multilateralen ODA über nur fünf große Gruppen multilateraler Einrichtungen: EU-Institutionen, Weltbankgruppe, VN-Fonds und -Programme, sonstige VN-Stellen und regionale Entwicklungsbanken. In den Länderprofilen in diesem Anhang werden die Angaben zur multilateralen ODA der einzelnen DAC-Mitglieder im Jahr 2009 so aufgeschlüsselt, dass ersichtlich ist, welcher Anteil auf Beiträge zu den Kernhaushalten und welcher Anteil auf zweckgebundene Beiträge entfällt und wie viel davon jeweils an die fünf verschiedenen Gruppen multilateraler Einrichtungen geht. Abbildung A.4 gibt Aufschluss über das Gesamtvolumen der ODA-Leistungen, die die DAC-Mitglieder 2009 an bzw. über das multilaterale System erbrachten, aufgeschlüsselt in Beiträge zum Kernhaushalt der fraglichen Einrichtungen und zweckgebundene Beiträge.

Abbildung A.4. Multilaterale ODA, DAC insg. (ohne EU als Geber), Beiträge zu Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mrd. US-\$ von 2009)

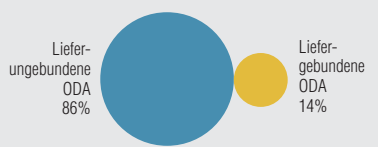


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512708>

Lieferaufbindung

Bei den lieferungebundenen Entwicklungsleistungen handelt es sich gemäß der Definition des DAC um Kredite und Zuschüsse, die in vollem Umfang frei zur Finanzierung von Beschaffungen in allen OECD-Ländern und so gut wie allen Entwicklungsländern verwendet werden können.

Abbildung A.5. Grad der Lieferaufbindung, DAC insg., Durchschnitt 2008-2009 (ohne Verwaltungskosten der Geber und Technische Zusammenarbeit)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512727>

Alle anderen Kredite und Zuschüsse gelten als liefergebundene Leistungen, unabhängig davon, ob dem eine formelle Lieferbindung oder nur eine informelle Vereinbarung zu Grunde liegt. Der DAC befasst sich schon seit seiner Gründung (1961) mit der Frage der Aufhebung der Lieferbindung. Zweck der Unterscheidung zwischen

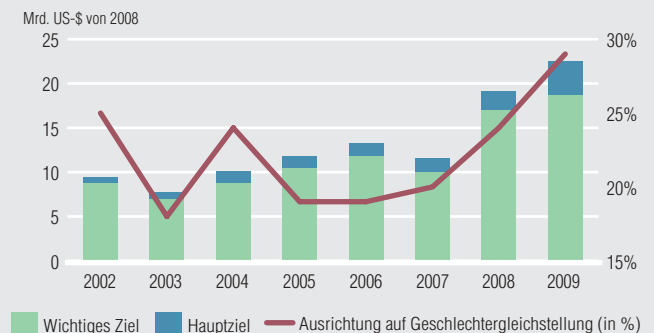
liefergebundenen und -ungebundenen Leistungen ist es, aufzuzeigen, welcher Teil der ODA der Mitglieder uneingeschränkt für Beschaffungen im Wege des internationalen Wettbewerbs genutzt werden kann.

Die wettbewerbliche Auftragsvergabe auf internationaler Ebene ermöglicht eine kostengünstige Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen für Entwicklungsprojekte sowie -programme und fördert einen freien und offenen Handel. Die Berichterstattung des DAC zur Lieferaufbindung erstreckt sich nicht auf die multilateralen Entwicklungsleistungen (Beiträge zu den Kernhaushalten multilateraler Einrichtungen), da diesbezüglich nur Daten zur bilateralen ODA erfasst werden. Wie in anderen Bereichen auch richtet der DAC auf diesem Gebiet seit vielen Jahren besondere Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder (*Least Developed Countries* – LDC). 2001 verabschiedete der DAC die Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei der Vergabe von ODA-Mitteln an die am wenigsten entwickelten Länder, und 2008 wurde diese Empfehlung auf alle hochverschuldeten armen Länder (*Heavily Indebted Poor Countries* – HIPC) ausgedehnt. Die Zahlen zur Lieferaufbindung in den Länderprofilen sind allerdings nicht nach Ländergruppen aufgeschlüsselt, sondern beziehen sich auf die gesamten bilateralen Entwicklungsleistungen der jeweiligen DAC-Mitglieder (ohne Verwaltungskosten der Geber und Technische Zusammenarbeit) an alle von ihnen unterstützten Länder, wobei jeweils ein Durchschnittswert für die Jahre 2008-2009 angegeben ist. In Abbildung A.5 ist der Grad der Lieferaufbindung der ODA aller DAC-Mitglieder zusammengefasst dargestellt (Durchschnitt 2008-2009).

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Was die Angaben bezüglich der Entwicklungsleistungen zur Unterstützung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen angeht, messen alle DAC-Mitglieder mit Ausnahme der Vereinigten Staaten³ ihre Leistungen anhand des „Gender-Markers“ des DAC. Dieser Gender-Marker dient dazu, von den Gebern geförderte Aktivitäten in Bezug auf ihre Ausrichtung auf das Ziel der Geschlechtergleichstellung einzuteilen. Die Einteilung in die Kategorie „Hauptziel“ bedeutet, dass die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter ein explizites Ziel der jeweiligen Aktivität und für deren Gestaltung maßgeblich war. „Wichtiges Ziel“ bedeutet, dass die Gleichstellung der Geschlechter ein bedeutendes, aber nur sekundäres

Abbildung A.6. ODA-Zusagen der DAC-Mitglieder insg. zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009 (in Mrd. US-\$ von 2008)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512746>

Ziel der Aktivität war. Die ODA der einzelnen Länder zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen ist dargestellt in Bezug auf a) das Volumen der zugesagten ODA-Leistungen für Aktivitäten, bei denen die Geschlechtergleichstellung ein „Hauptziel“ oder „wichtiges Ziel“ war (linke Koordinate in den Abbildungen der Länderprofile, dargestellt durch die Höhe der Balken), und b) ihren Anteil an den nach Sektoren aufschlüsselbaren Leistungen (rechte Koordinate in den Abbildungen der Länderprofile, dargestellt durch die Linie). Es gilt darauf hinzuweisen, dass Schwankungen bei den für die Förderung der Geschlechtergleichstellung bereitgestellten Leistungen der DAC-Mitglieder in einigen Fällen auf Unterschiede bei der Anwendung des Gender-Markers im Zeitverlauf zurückzuführen sind. In Abbildung A.6 sind die gesamten ODA-Zusagen der DAC-Mitglieder zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen im Zeitraum 2000-2009 dargestellt⁴.

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (UNCBD) und das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) wurden in Reaktion auf Umweltgefährdungen, denen die beteiligten Regierungen globale Bedeutung beimaßen, im Vorfeld der Konferenz von Rio im Jahr 1992 ausgehandelt und unterzeichnet (weshalb sie zusammen unter der Bezeichnung „Rio-Übereinkommen“ laufen). In den Rio-Übereinkommen drückt sich das Engagement der Unterzeichnerstaaten aus, die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung und globale Umweltbelange in ihre nationalen Entwicklungsprogramme einfließen zu lassen und zugleich Mittel der finanziellen und technischen Zusammenarbeit für diese Zwecke bereitzustellen. Die Industriestaaten, die die drei Rio-Übereinkommen 1992 unterzeichnet haben, verpflichteten sich, Entwicklungsländern bei ihrer Umsetzung zu helfen. Der DAC beobachtet seit 1998 im Rahmen seines Creditor Reporting Systems (CRS) die ODA-Zusagen, die auf die Ziele der Rio-Übereinkommen ausgerichtet sind, wobei die sogenannten Rio-Marker Anwendung finden. Sämtliche Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit, die im CRS erfasst werden, sollten einer Prüfung unterzogen werden und entsprechend eingestuft werden als

a) auf die Umsetzung der Übereinkommen als „Hauptziel“ oder als „wichtiges Ziel“ ausgerichtet oder b) nicht auf die Umsetzung der Übereinkommen ausgerichtet. Alle Länder mit Ausnahme Luxemburgs geben an, diese Marker zu verwenden. Es gilt darauf hinzuweisen, dass Schwankungen bei den umwelt- und klimaschutzbezogenen Leistungen der DAC-Mitglieder in einigen Fällen auf Unterschiede bei der Anwendung der Rio-Marker im Zeitverlauf zurückzuführen sind. In Abbildung A.7 ist das durchschnittliche Gesamtvolumen der ODA-Zusagen der DAC-Mitglieder für Ziele der Rio-Übereinkommen im Zeitraum 2002-2009 dargestellt⁵. Wie der Gender-Marker messen die Rio-Marker die ODA-Zusagen und nicht etwa die tatsächlichen ODA-Auszahlungen.

Humanitäre Hilfe

Die DAC-Mitglieder gaben 2009 insgesamt 13,14 Mrd. US-\$ für humanitäre Hilfe aus, was 14 US-\$ je Bürger der DAC-Mitgliedsländer und 10,1% der gesamten ODA entspricht. Davon entfielen 8,6 Mrd. US-\$ auf bilaterale Leistungen und der Rest auf Beiträge der DAC-Mitglieder zu den Kernhaushalten von VN-Stellen mit humanitärem Auftrag⁶. Die wichtigsten Empfänger humanitärer Hilfe waren 2009 der Sudan, die Palästinensischen Autonomiegebiete und Afghanistan. In den nachstehenden Länderprofilen ist für alle DAC-Mitglieder der Gesamtumfang der Auszahlungen für humanitäre Hilfe im Jahr 2009 angegeben, der sich zusammensetzt aus bilateralen Leistungen sowie Beiträgen zu den Kernhaushalten von VN-Stellen mit humanitärem Auftrag. Die Länderprofile informieren auch

über die Hauptmerkmale der einzelnen DAC-Geber als Erbringer von humanitärer Hilfe. Die bei dieser Analyse zu Grunde gelegten Daten stammen von Development Initiatives, wo mit OECD-Statistiken sowie Daten humanitärer Organisationen gearbeitet wird. Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Tabelle A.2. Humanitäre Hilfe, DAC insgesamt, 2009

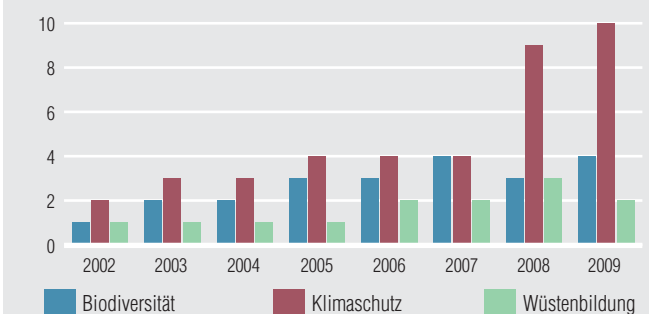
2009 INSGESAMT
13.138 Mrd. US-\$

10.1%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Sudan
2. Palästinensische Autonomiegebiete
3. Afghanistan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen des Jahres 2009. Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Abbildung A.7. ODA-Zusagen der DAC-Geber insg. für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (in Mrd. US-\$)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512765>

Australien

Für 2010 setzte sich Australien zum Ziel, ODA-Leistungen in Höhe von 4 Mrd. \$A zu erbringen, und erreichte diesen Wert. Australiens ODA-Leistungen beliefen sich 2010 auf 3,85 Mrd. US-\$, im Vergleich zu 2009 in realer Rechnung ein Anstieg um 12,1%. Dieses ODA-Niveau entspricht 0,32% des australischen Bruttonationaleinkommens (BNE), gegenüber 0,29% im Jahr 2009. Der Anstieg war auf eine Erhöhung der Zuschüsse an die am wenigsten entwickelten Länder zurückzuführen. Australien beabsichtigt, seine ODA-Leistungen im Verhältnis zum BNE bis 2015-2016 auf 0,5% anzuheben.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Australien konzentriert sich weiterhin auf Asien und den Pazifikraum und weitete seine Programme in Afghanistan, Bangladesch, Nepal, Pakistan und Sri Lanka aus, wobei 6-7% seiner Mittelzuweisungen nunmehr nach Südasien fließen – ein Prozentsatz, der steigen dürfte. Australiens Engagement in Afrika dürfte mit steigendem ODA-Budget wachsen; derzeit entfallen auf den Kontinent weniger als 4,9% der Mittelllokationen.

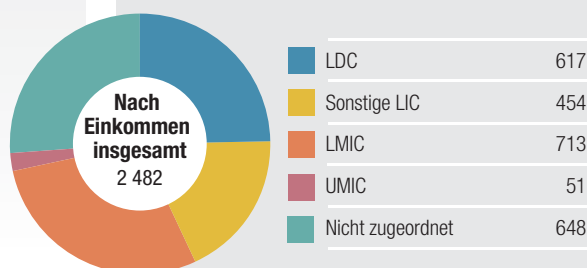
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	2 954	2 762	3 849	39.4%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	2 809	2 762	3 096	12.1%
Australische Dollar (Mio.)	3 583	3 535	4 196	18.7%
ODA/BNE	0.32%	0.29%	0.32%	
Bilateral Anteil	90%	84%	90%	

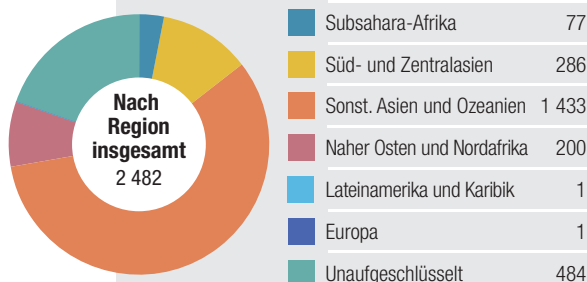
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512195>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Indonesien	334
2	Papua-Neuguinea	312
3	Salomonen	177
4	Irak	161
5	Afghanistan	118
6	Philippinen	85
7	Vietnam	71
8	Timor-Leste	68
9	Kambodscha	44
10	Bangladesch	43

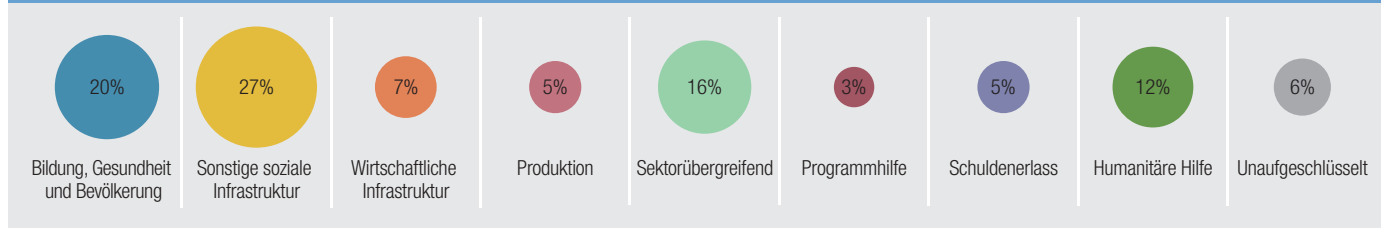
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	44%
10 Hauptempfänger	57%
20 Hauptempfänger	68%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

INDONESIEN
334 Mio. US-\$

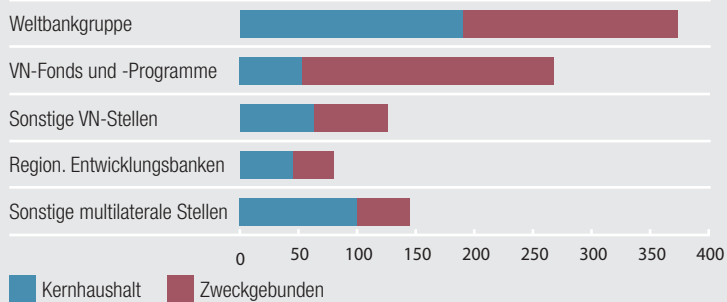
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

2009 stellte Australien 450 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 15% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte Australien einen zusätzlichen Betrag von 542 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 992 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die Weltbankgruppe war der größte Empfänger australischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.8. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512784>

Lieferaufbindung

Australien hat im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit Fortschritte bei der Lieferaufbindung gemacht und beabsichtigt, die Lieferbindung bei seinen ODA-Leistungen in naher Zukunft vollständig aufzuheben.

Abbildung A.9. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512803>

Humanitäre Hilfe

Australien stellte 2009 humanitäre Hilfe in einer Höhe von insgesamt 341,7 Mio. US-\$ bereit. Australien ist ein wichtiger humanitärer Geber im asiatisch-pazifischen Raum. Die Soforthilfe im Katastrophenfall ist eine Stärke und erfolgt anhand einer Reihe von Soforthilfemechanismen, einschließlich vereinfachter Sofortfinanzierungsverfahren für Partner, die im Krisenfall tätig werden, eines gemeinsam mit Partnern aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen (NRO) verwalteten Lagers für Soforthilfeartikel sowie Standardverfahren, in deren Rahmen auf eine wachsende Liste von Soforthilfe-teams zurückgegriffen werden kann, was die umgehende Entsendung in Katastrophengebiete ermöglicht. Australien hat ferner eine Politik sowie nützliche Instrumente als Orientierungshilfe für seine Investitionen in die Verringerung von Katastrophenrisiken entwickelt.

Tabelle A.3. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
341,7 Mio. US-\$

11,7%
DER GESAMT-ODA

HAUPTEMPFÄNGER
1. Afghanistan
2. Indonesien
3. Irak

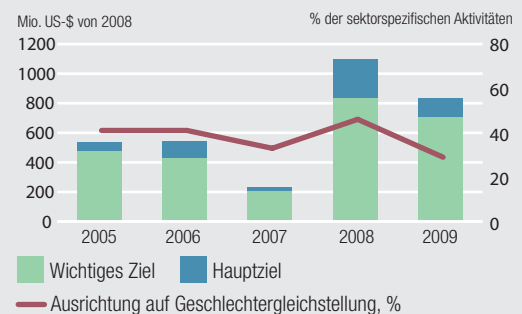
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Australiens ODA-Zuweisungen für die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen spiegelt die vorrangige Bedeutung wider, die das Land diesem Thema beimisst, da die Zusagen sowohl für Haupt- als auch für bedeutende Aktivitäten in den Jahren 2008 und 2009 im Vergleich zu den drei Vorjahren erhöht wurden. Australien hat sich dazu verpflichtet, seine Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen in den kommenden Jahren zu erhöhen.

Australien hat nicht alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers gemessen: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 87%.

Abbildung A.10. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

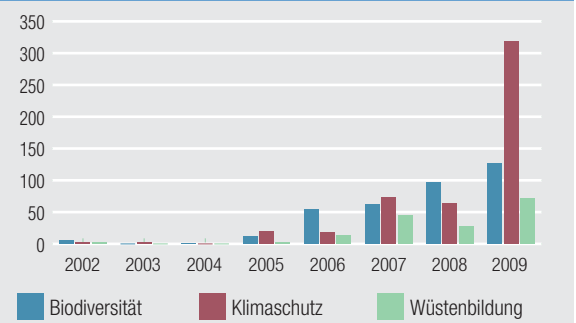


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514133>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Ökologische Nachhaltigkeit ist eine wichtige Priorität für die australische Entwicklungszusammenarbeit, was in der wesentlichen Aufstockung der Fördermittel für den Umwelt- und Klimaschutz in den vergangenen drei Jahren zum Ausdruck kam.

Abbildung A.11. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512822>

Belgien

Belgiens ODA wuchs im Zeitraum 2009-2010 in realer Rechnung um 19,1% und belief sich 2010 auf 3 Mrd. US-\$. Der Umfang der belgischen ODA-Leistungen im Jahr 2010 entsprach 0,64% des BNE, gegenüber 0,55% im Jahr 2009. Dieser Zuwachs bei der belgischen ODA im Jahr 2010 war hauptsächlich auf eine Erhöhung der Schuldenerlasse und bilateralen Zuschüsse zurückzuführen.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Belgien konzentriert sich weiterhin auf Subsahara-Afrika und erbringt 44% seiner ODA in dieser Region. Entsprechend seines Engagements für Zentralafrika sind die drei Schwerpunktländer in dieser Region – Burundi, die Demokratische Republik Kongo und Ruanda – die drei größten Empfänger belgischer ODA. Belgien hat darüber hinaus seine Programme in Togo und Niger ausgeweitet.

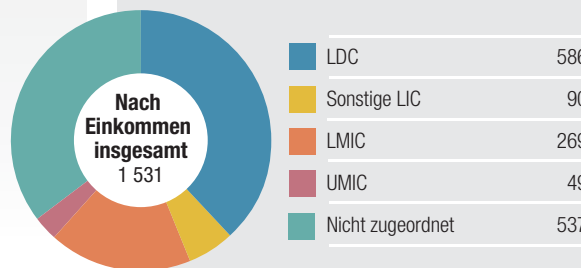
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	2 386	2 610	3 000	15.0%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	2 329	2 610	3 109	19.1%
Euro (Mio.)	1 654	1 874	2 265	20.9%
ODA/BNE	0.48%	0.55%	0.64%	
Bilateral Anteil	58%	61%	68%	

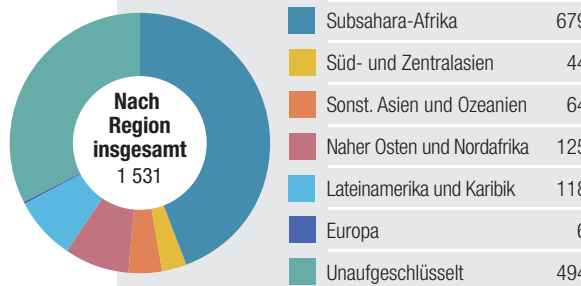
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512233>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

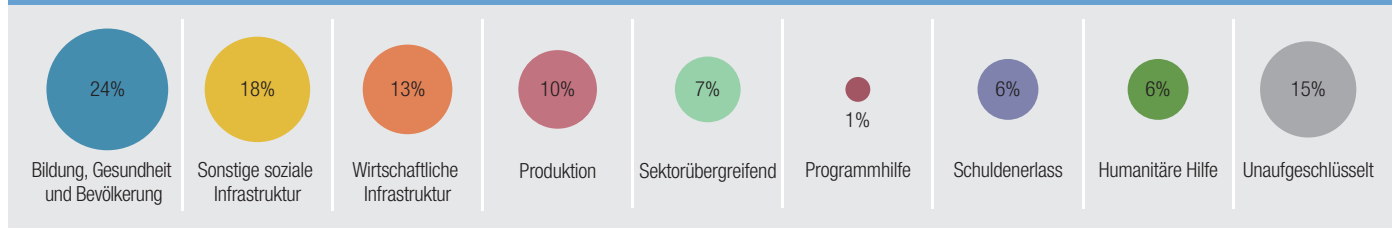
1	Kongo, Dem. Rep.	176
2	Ruanda	74
3	Burundi	56
4	Irak	52
5	Togo	32
6	Vietnam	27
7	Peru	27
8	Paläst. Autonomiegebiete	27
9	Niger	25
10	Mosambik	25

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	25%
10 Hauptempfänger	34%
20 Hauptempfänger	48%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
KONGO, DEM. REP.
176 Mio. US-\$

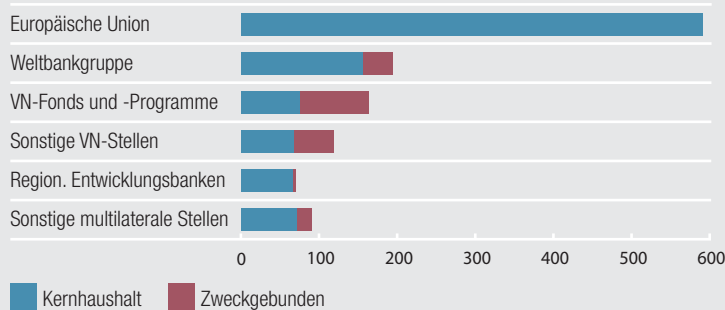
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

2009 stellte Belgien 1,02 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 40% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte das Land zusätzlich 203 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt rd. 1,22 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger belgischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.16. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512898>

Lieferaufbindung

Belgien hat im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit Fortschritte bei der Lieferaufbindung erzielt. 94% seiner gesamten bilateralen ODA-Leistungen wurden im Zeitraum 2008-2009 ohne Lieferbindung erbracht.

Abbildung A.17. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512917>

Humanitäre Hilfe

Belgien stellte 2009 humanitäre Hilfe von insgesamt 204,6 Mio. US-\$ bereit. Davon wurden 50% über multilaterale Stellen, 33% über EU-Institutionen, 15% über NRO und die restlichen 2% über andere Kanäle vergeben. 2006 wurden Leitlinien für die humanitäre Hilfe Belgiens fertiggestellt, die einen allgemeinen Rahmen für seine humanitären Programme bieten. Seitdem hat Belgien die Höhe seines Haushalts für humanitäre Hilfe wesentlich angehoben, die Beiträge für Korbfinanzierungsmechanismen gesteigert und den Großteil seiner Instrumente der humanitären Hilfe in einem Ministerium zentralisiert, so dass lediglich sein Soforthilfeteam – B-FAST – gesonderten Berichterstattungsvorgaben unterliegt. Belgien arbeitet derzeit an besseren Verknüpfungen zwischen den humanitären Programmen und den anschließenden Entwicklungsleistungen.

Tabelle A.5. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
204.6 Mio. US-\$

8%
DER GESAMT-ODA

HAUPTEMPFÄNGER
1. Dem. Rep. Kongo
2. Palästinensische Autonomiegebiete
3. Afghanistan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Belgiens politisches Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter wird in dem Gesetz von 2007 über die Umsetzung der Resolutionen der Weltkonferenz der Frauen von 1995 umrissen. Zwischen 2007 und 2009 sagte Belgien umfangreichere Mittel für die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen zu.

Nicht alle Aktivitäten Belgiens sind anhand des Gender-Markers gemessen worden: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 77%.

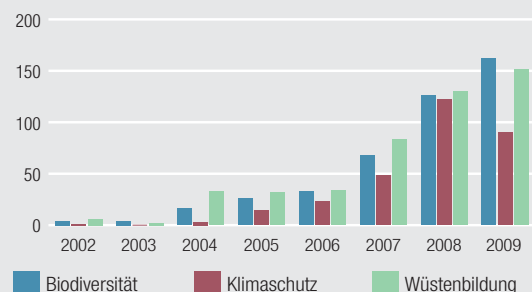
Abbildung A.18. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009



Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Umwelt- und Klimaschutz zählen nicht explizit zu den Prioritäten der belgischen Entwicklungszusammenarbeit, stellen jedoch einer Vereinbarung zwischen der Regierung und Nichtregierungsorganisationen (NRO) von 2009 zufolge sowohl für die belgische Entwicklungszusammenarbeit als auch für NRO sektorübergreifende Themen dar. Die stärkere Förderung in den Bereichen biologische Vielfalt und Wüstenbildung spiegelt Belgiens zunehmendes Interesse an diesen Themen wider.

Abbildung A.19. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512936>

Dänemark

Dänemark ist bezogen auf den Anteil der ODA-Leistungen am BNE einer der fünf großzügigsten Geber. Mit 0,9% des BNE im Jahr 2010 belief sich Dänemarks ODA-Volumen auf 2,87 Mrd. US-\$, was in realer Rechnung einem Anstieg gegenüber 2009 um 4,3% entspricht. Dänemark beabsichtigt, seine eigene Zielvorgabe für das ODA/BNE-Verhältnis von 0,8% beizubehalten. Indessen wird das Land seine ODA-Zusagen im Zeitraum 2011-2013 im Rahmen seiner Maßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizits in diesem Zeitraum auf dem Nominalniveau von 2010 einfrieren.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Dänemark ist entschlossen, die ärmsten und fragilsten Staaten der Welt weiterhin durch seine Entwicklungsleistungen zu unterstützen. 2009 erfolgten 60% der bilateralen Bruttoauszahlungen an die am wenigsten entwickelten Länder, und weitere 21% wurden anderen Ländern der unteren Einkommensgruppe zugeteilt. Dänemark konzentriert sich stark auf Subsahara-Afrika und sagte dieser Region im Jahr 2009 59% seines bilateralen Portfolios zu.

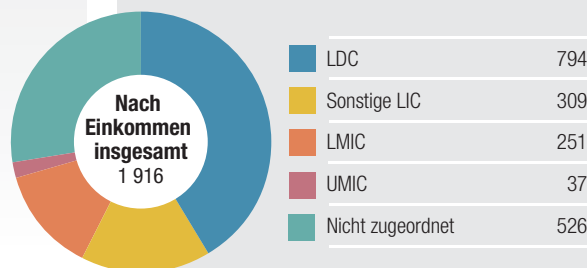
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	2 803	2 810	2 867	2.0%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	2 721	2 810	2 931	4.3%
Dänische Kronen (Mio.)	14 486	15 023	16 116	7.3%
ODA/BNE	0.82%	0.88%	0.90%	
Bilateral Anteil	65%	68%	71%	

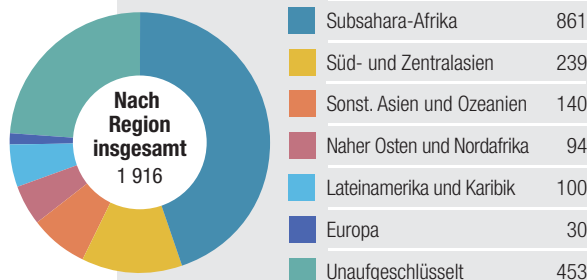
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512271>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Tansania	113
2	Mosambik	96
3	Uganda	88
4	Ghana	87
5	Vietnam	75
6	Afghanistan	68
7	Kenia	62
8	Nigeria	56
9	Benin	50
10	Bangladesch	47

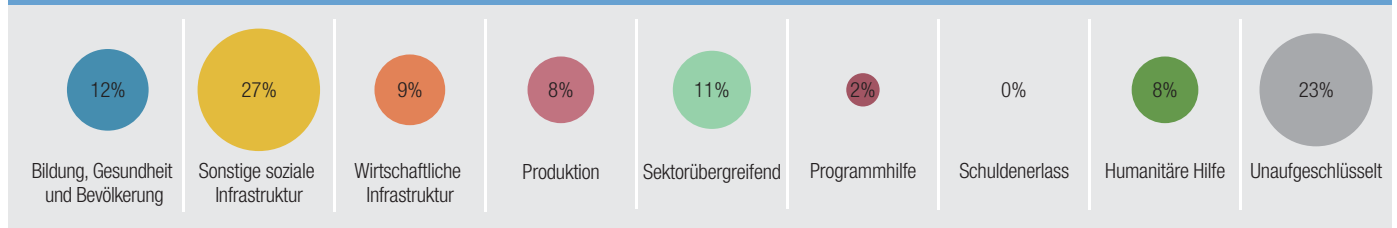
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	24%
10 Hauptempfänger	39%
20 Hauptempfänger	57%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

TANSANIA
113 Mio. US-\$

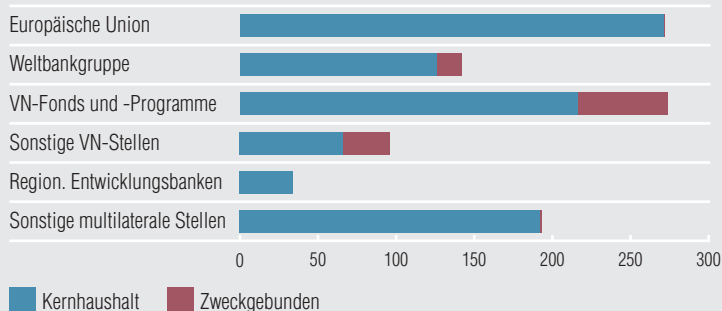
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

2009 stellte Dänemark 904 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 35% seiner ODA-Bruttoleistungen entsprach. Im selben Jahr erbrachte Dänemark zusätzlich 106 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 1,01 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen sowie die VN-Fonds und -Programme waren die größten Empfänger der multilateralen ODA-Leistungen Dänemarks.

Abbildung A.24. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513012>

Abbildung A.25. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513031>

Lieferaufbindung

Dänemark hat bei der Lieferaufbindung seiner Entwicklungsleistungen Fortschritte gemacht: Die Nahrungsmittelhilfe sowie die Technische Zusammenarbeit erfolgen seit 2005 bzw. 2008 vollständig ohne Lieferbindung. Dänemark liegt mit 97% der insgesamt erbrachten ODA-Leistungen, die lieferungsgebunden erfolgten, im Hinblick auf die Lieferaufbindung unter den OECD-Gebern ganz vorne.

Humanitäre Hilfe

Dänemark stellte 2009 humanitäre Hilfe in einer Höhe von insgesamt 250,9 Mio. US-\$ bereit. Davon wurden 53% über multilaterale Stellen, 24% über NRO, 15% über EU-Institutionen und die restlichen 8% über andere Kanäle vergeben. Dänemarks humanitäre Strategie zielt auf die Verbesserung der Auswirkungen der dänischen humanitären Programme ab, indem das Land sich auf Bereiche konzentriert, in denen es einen komparativen Vorteil aufweist – die Vertiefung des dänischen Engagements in einer reduzierten Anzahl von Krisensituationen unter gleichzeitiger Verringerung der Zahl der wichtigsten Partner und Finanzierungsinstrumente. Um diesen Leitgedanken umzusetzen, veröffentlicht Dänemark eine Projektion seiner Etatzusagen über einen Fünfjahreszeitraum und stellt mehrjährige Finanzierungen für ausgewählte Partner bereit, wodurch sich die Berechenbarkeit seiner Ausgaben für humanitäre Hilfe erhöht. Dänemark

Tabelle A.7. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
250.9 Mio. US-\$

8.6%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Palästinensische Autonomiegebiete
2. Afghanistan
3. Sudan

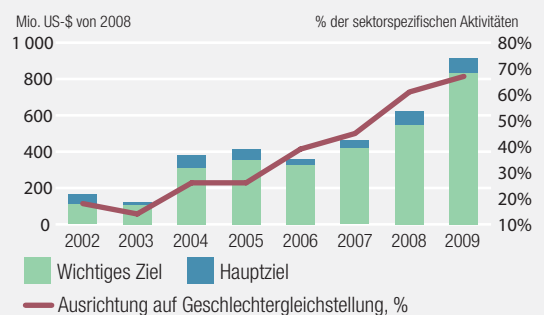
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

stellt darüber hinaus sicher, dass seine humanitären Programme in das dänische Ländergesamtkonzept eingebunden werden, und fördert einen kohärenten Ansatz zur Unterstützung der Erholung in den Partnerländern.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Dänemark räumt der Geschlechtergleichstellung und der Ermächtigung der Frauen in seinen Programmen Priorität ein, wobei das für die Förderung dieser Prioritäten zwischen 2007 und 2009 zugesagte ODA-Volumen stetig erhöht wurde. 2009 waren 67% der sektorbezogenen bilateralen ODA auf die Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet, verglichen mit 45% im Jahr 2007. Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 99%.

Abbildung A.26. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

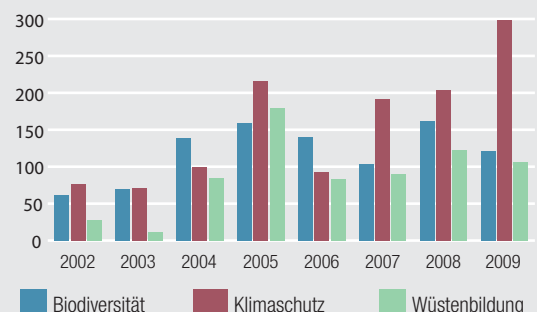


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514209>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Dänemarks Ausrichtung auf den Klimaschutz hat sich während des Zeitraums 2007-2009 erhöht, was die politische Priorität widerspiegelt, die Dänemark diesem Thema beimisst. ODA-Leistungen mit den Schwerpunkten biologische Vielfalt und Wüstenbildung machten im selben Zeitraum ebenfalls einen relativ hohen Anteil der bilateralen ODA aus.

Abbildung A.27. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513050>

Deutschland

Deutschland war 2010 der viertgrößte Geber weltweit und erbrachte fast 10% der ODA-Gesamtleistungen der DAC-Mitglieder. Deutschlands ODA-Nettoleistungen beliefen sich auf 12,72 Mrd. US-\$, eine Steigerung in realer Rechnung um 9,9% gegenüber 2009. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,35% im Jahr 2009 auf 0,38% im Jahr 2010, was zum großen Teil einer gestiegenen bilateralen Kreditvergabe zu verdanken war.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Deutschland unternimmt Anstrengungen, um seine bilateralen ODA-Leistungen auf weniger Länder und Sektoren zu fokussieren. Das Land hat die Zahl seiner Partnerländer seit 2006 von 84 auf 57 reduziert, und eine weitere Reduzierung auf 50 Länder ist im Gange. Deutschland konzentriert seine Entwicklungszusammenarbeit auf 11 Schwerpunktbereiche. Es wird erwartet, dass in den nächsten Jahren ein wachsender Anteil von Deutschlands ODA-Leistungen vor allem den künftigen 50 Partnerländern zukommen wird.

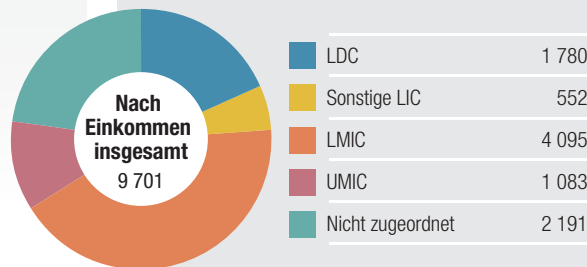
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	13 981	12 079	12 723	5.3%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	13 686	12 079	13 272	9.9%
Euro (Mio.)	9 693	8 674	9 606	10.7%
ODA/BNE	0.38%	0.35%	0.38%	
Bilateraler Anteil	65%	59%	63%	

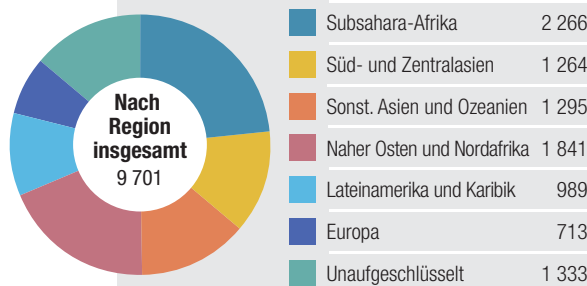
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512347>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Irak	946
2	China	566
3	Indien	358
4	Kamerun	336
5	Afghanistan	316
6	Liberia	243
7	Botsuana	221
8	Ägypten	205
9	Indonesien	198
10	Brasilien	172

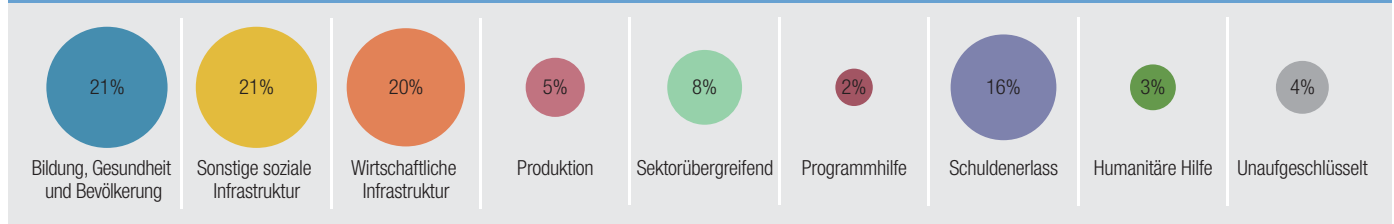
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	26%
10 Hauptempfänger	37%
20 Hauptempfänger	49%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

IRAK
946 Mio. US-\$

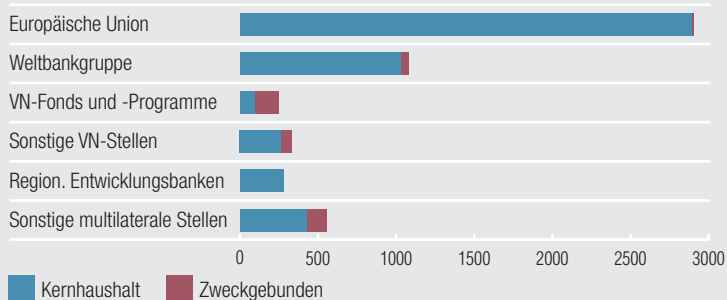
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Deutschland stellte 2009 5,0 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 39% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im gleichen Jahr erbrachte Deutschland einen zusätzlichen Betrag von 417 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 5,4 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger deutscher multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.39. Multilaterale ODA, Beiträge zu Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513221>

Abbildung A.40. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-2009



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513240>

Tabelle A.11. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
738.3 Mio. US-\$

6%
DER GESAMT-ODA

HAUPTEMPFPÄNGER
1. Palästinensische Autonomiegebiete
2. Afghanistan
3. Sudan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Humanitäre Hilfe

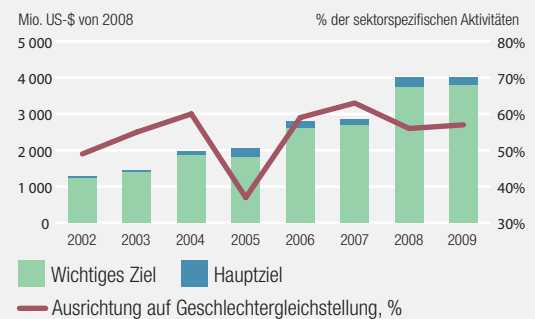
Deutschland stellte 2009 humanitäre Hilfe von insgesamt 738,3 Mio. US-\$ bereit. Davon wurden 46% über EU-Institutionen, 22% über multilaterale Stellen und 15% über NRO vergeben, und die restlichen 17% wurden über andere Kanäle erbracht. Deutschland betrachtet die Aufteilung seiner humanitären Instrumente zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) als effektives System, weil es sich auf die komparativen Vorteile der beiden Organisationen stützt. Dies gilt unter anderem für die schnelle Reaktionsfähigkeit des Auswärtigen Amts und die Fähigkeit des BMZ, bei länger andauernden Krisensituationen mehrjährige Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Deutschland tritt außerdem entschlossen für eine weltweite Stärkung der Programme im Bereich der Katastrophenrisikoreduzierung ein, was den Aufbau und die Unterstützung von Strukturen auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene sowie den Einsatz für die Risikoreduzierung auf internationaler Ebene einschließt.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Deutschlands entschlossenes Engagement für Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung der Frauen zeigt sich an den hohen ODA-Leistungen, die Deutschland für diese Aufgaben bereitstellt.

Deutschland misst nicht alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 84%.

Abbildung A.41. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009



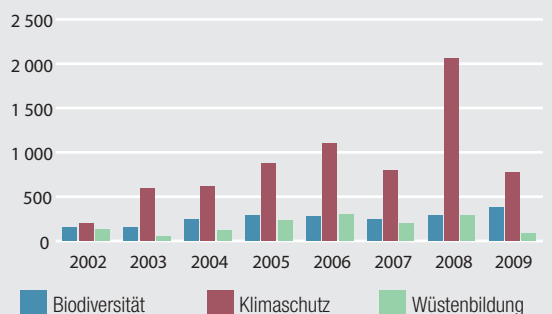
Lieferaufbindung

Deutschland hat einen glaubwürdigen Plan und Kalender vorgelegt, um seine im Aktionsplan von Accra eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die Aufhebung der Lieferbindung zu erfüllen, und hat diesbezüglich im Bereich der Finanz- und Nahrungsmittelhilfe gute Fortschritte erzielt. Deutschland konzentriert sich derzeit darauf, die Lieferbindung der Technischen Zusammenarbeit und der humanitären Hilfe weiter zu reduzieren.

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Deutschland kann eine gute, über zwanzig Jahre zurückreichende Bilanz im Hinblick auf die systematische Berücksichtigung von Umweltfragen in all seinen Programmen vorweisen, und dies zeigt sich in den für diese Aufgabe und für den Klimaschutz vorgesehenen ODA-Leistungen.

Abbildung A.42. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513259>

Europäische Union

Auf die EU-Institutionen entfallen – finanziert sowohl durch den Europäischen Entwicklungsfonds als auch durch sonstige ODA-anrechenbare Beiträge aus Haushaltsmitteln – rd. 18% der ODA-Leistungen der EU-Mitgliedsländer.

Die wichtigsten Daten zu den EU-Institutionen für 2010 sind:

- Die über die EU-Institutionen erbrachten ODA-Leistungen beliefen sich auf 12,99 Mrd. US-\$.
- Der scheinbare Rückgang bei den ODA-Zahlen gegenüber 2009 ist zum großen Teil auf Wechselkursschwankungen zurückzuführen. In realer Rechnung wurde ein leichter Zuwachs von 0,8% verzeichnet.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Der Großteil der ODA-Leistungen der EU-Institutionen wird unmittelbar eingesetzt. Im Zeitraum 2008-2009 ging der größte Teil nach Subsahara-Afrika (37%), gefolgt von Europa (15%) sowie der Region Naher Osten und Nordafrika (13%).

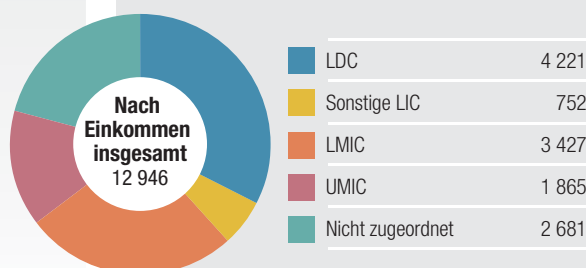
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	13 197	13 444	12 986	-3.4%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	12 865	13 444	13 546	0.8%
Euro (Mio.)	9 149	9 654	9 804	1.6%

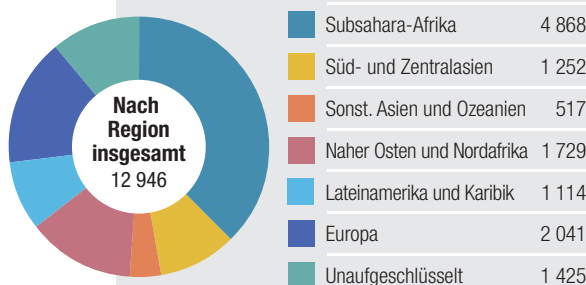
V = Vorläufige Daten

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932512290>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Türkei	611
2	Paläst. Autonomiegebiete	601
3	Afghanistan	372
4	Äthiopien	325
5	Serbien	306
6	Marokko	306
7	Sudan	252
8	Kongo, Dem. Rep.	229
9	Ukraine	210
10	Ägypten	204

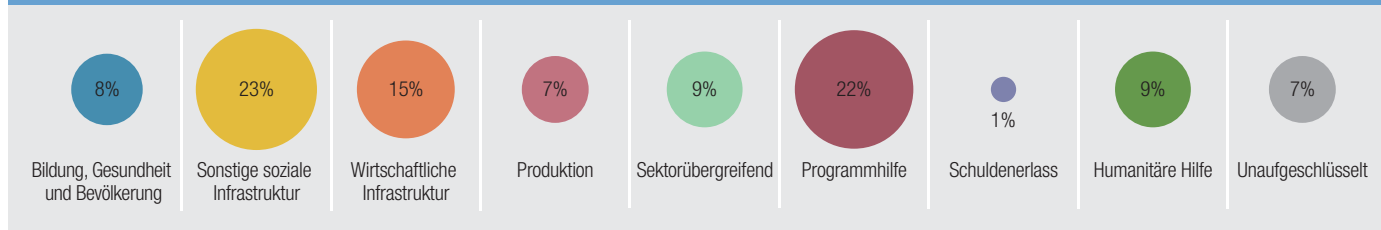
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	17%
10 Hauptempfänger	26%
20 Hauptempfänger	39%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

TÜRKEI
611 Mio. US-\$

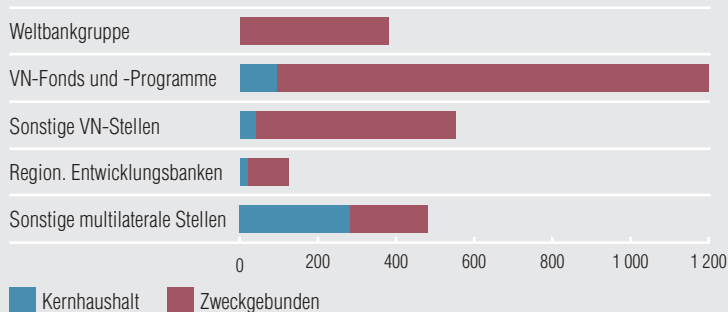
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Die Europäische Union ist unter den DAC-Mitgliedern insofern einzigartig, als sie in der Entwicklungszusammenarbeit eine Doppelrolle einnimmt. Auch wenn sie in den DAC-Veröffentlichungen oftmals als multilaterale Organisation dargestellt wird, ist die EU ein individueller Geber, der seine eigene Entwicklungspolitik verfolgt und eigene Ressourcen dafür aufwendet. Als solcher arbeitet sie mit anderen multilateralen Organisationen zusammen und erbringt Beiträge zu deren Kernhaushalten sowie sonstige zweckgebundene Beiträge. 2009 erbrachten die EU-Institutionen insgesamt 2,7 Mrd. US-\$ an und über multilaterale Organisationen.

Abbildung A.28. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513069>

Tabelle A.8. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
1.65 Mrd. US-\$

12.1%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Palästinensische Autonomiegebiete
2. Sudan
3. Afghanistan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Humanitäre Hilfe

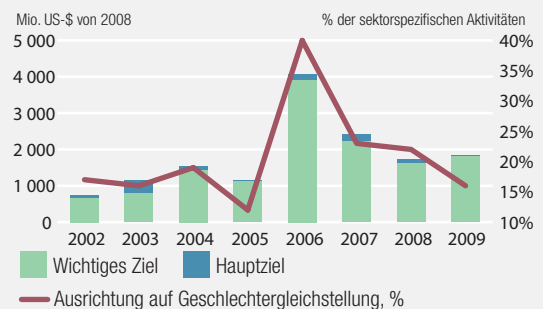
Die Institutionen der Europäischen Union stellten 2009 humanitäre Hilfe in einer Höhe von insgesamt 1,65 Mrd. US-\$ bereit. Davon wurden 44% über multilaterale Stellen, 15% über NRO und die restlichen 41% über andere Kanäle vergeben. Das Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft (ECHO) ist der zweitgrößte Geber im DAC. Seine Stärke besteht in einer umfangreichen Präsenz vor Ort, einem Netzwerk technischer Fachkräfte sowie seiner Konzentration auf die Erbringung seiner Leistungen über etablierte Partner-NRO. Das ECHO verfügt über innovative Modelle für die Bestimmung des Gefährdungsgrads und der Schwere einer Krise sowie für die Identifizierung in Vergessenheit geratener Krisen, die in sein Frühwarnsystem einfließen. Diese Modelle werden auch zunehmend von anderen Gebern als Orientierungshilfe für ihre Entscheidungsfindung verwendet. Die Soforthilfe wird durch den Ad-hoc-Einsatz von Fachkräften in der Region sowie durch eine breite Partnerbasis sichergestellt, die in der Lage ist, Entsendungen bei entstehenden Krisensituationen vorzunehmen.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Lediglich ein geringer Teil der ODA-Leistungen der EU-Institutionen wird für Projekte zugesagt, die sich besonders auf Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung der Frauen konzentrieren.

Nicht alle Aktivitäten der EU-Institutionen werden anhand des Gender-Markers gemessen: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 87%.

Abbildung A.29. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

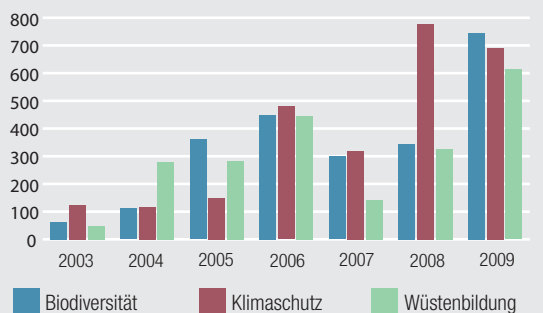


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514228>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Im Lauf der Zeit haben die EU-Institutionen ihre Unterstützung für wichtige Umweltthemen sowie den Klimaschutz erhöht, wie aus ihrer Berichterstattung in Bezug auf die Rio-Marker hervorgeht. Bis 2009 waren die EU-Institutionen zu bedeutenden Akteuren in den Bereichen biologische Vielfalt, Klimaschutz und Wüstenbildung geworden.

Abbildung A.30. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513088>

Finnland

Das ODA-Volumen Finnlands belief sich 2010 auf 1,34 Mrd. US-\$, was 0,55% des BNE entspricht. Das Volumen der finnischen ODA-Leistungen ist im vergangenen Jahrzehnt gewachsen, und zwischen 2009 und 2010 betrug der Anstieg in realer Rechnung 6,9%, was hauptsächlich auf eine Zunahme der bilateralen Zuschüsse zurückzuführen ist.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

In den vergangenen fünf Jahren hat Finnland den Anteil seiner bilateralen Leistungen an Länder der unteren Einkommensgruppe und an Subsahara-Afrika erhöht. Allerdings sind die bilateralen ODA-Leistungen des Landes nach wie vor über eine Vielzahl von Empfängerländern verteilt, wobei die 20 Hauptempfängerländer weniger als die Hälfte der bilateralen Leistungen erhalten. Was Schwerpunktbereiche betrifft, stellt Finnland weiterhin einen hohen Anteil seiner Entwicklungsleistungen für soziale Infrastruktur in den Partnerländern zur Verfügung.

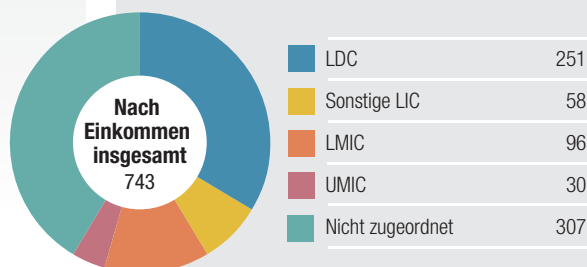
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	1 166	1 290	1 335	3.5%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	1 137	1 290	1 380	6.9%
Euro (Mio.)	808	926	1 008	8.8%
ODA/BNE	0.44%	0.54%	0.55%	
Bilateraler Anteil	59%	61%	62%	

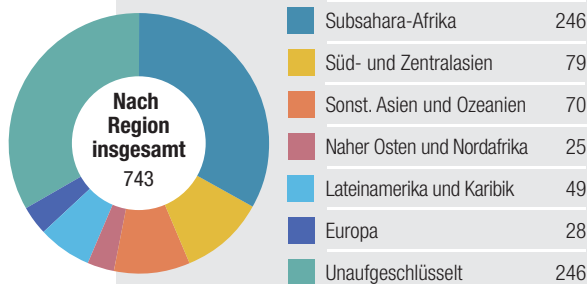
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512309>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Tansania	49
2	Mosambik	42
3	Vietnam	28
4	Afghanistan	27
5	Sambia	21
6	Äthiopien	20
7	Nepal	19
8	Kenia	17
9	Nicaragua	16
10	Südafrika	14

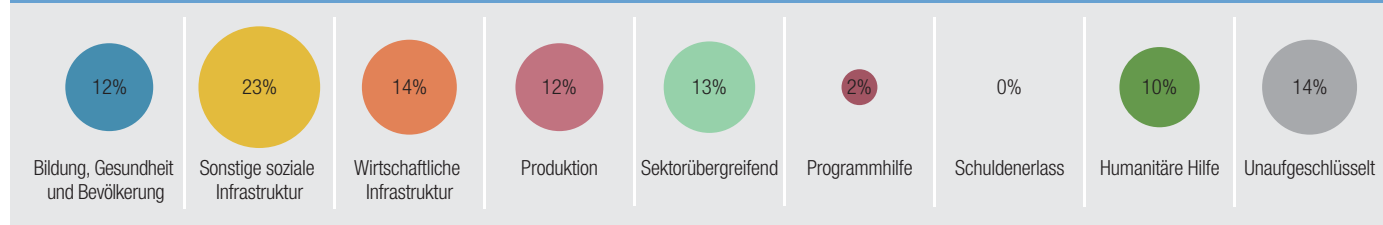
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	22%
10 Hauptempfänger	34%
20 Hauptempfänger	45%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

TANSANIA
49 Mio. US-\$

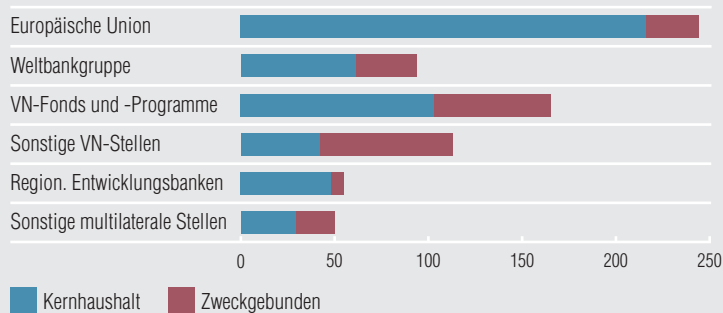
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Finnland stellte 2009 499 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 40% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte Finnland zusätzlich 222 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 721 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger finnischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.31. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513107>

Lieferaufbindung

Finnlands bilaterale ODA-Leistungen werden zum großen Teil ohne Lieferbindung erbracht (im Zeitraum 2008-2009 im Durchschnitt 91%).

Abbildung A.32. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513126>

Tabelle A.9. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
154.5 Mio. US-\$

11.7%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Afghanistan
2. Sudan
3. Pakistan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Humanitäre Hilfe

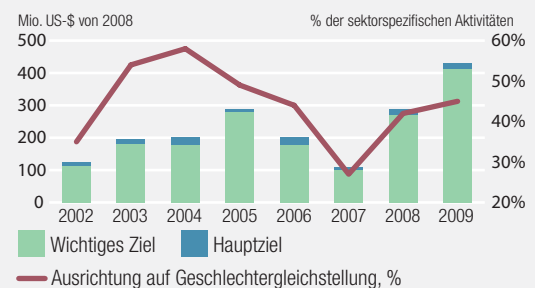
Insgesamt wendete Finnland 2009 154,5 Mio. US-\$ für humanitäre Hilfe auf. Finnlands humanitäres Programm wird zum großen Teil über multilaterale Kanäle abgewickelt und ist auf eine geringe Anzahl von Organisationen ausgerichtet, hauptsächlich im VN-System, sowie auf die Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften sowie finnische NRO. Nach den Leitlinien für die humanitäre Hilfe ist der Anteil der humanitären Hilfe auf 10-15% der finnischen ODA festgelegt, was leicht über dem allgemeinen DAC-Durchschnitt liegt. Bei akuten Krisen kann die Einheit für humanitäre Hilfe zusätzliche Finanzmittel aus nicht verwendeten Mitteln aus dem EZ-Haushalt erhalten, und im Ausnahmefall kann das Parlament außeretatmäßige Ressourcen zuweisen.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Finnland hat die Geschlechtergleichstellung als eines der drei wichtigen Querschnittsthemen seiner Entwicklungszusammenarbeit identifiziert. Zwischen 2002 und 2009 hat es bei den ODA-Zusagen mit Genderschwerpunkt beträchtliche Schwankungen gegeben. Dennoch ist seit 2007 ein größerer ODA-Anteil zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung zugeteilt worden, und die auf das Ziel der Geschlechtergleichstellung ausgerichteten Mittelzuweisungen haben 2009 mit über 400 Mio. US-\$ einen Höchststand erreicht.

Alle Aktivitäten sind anhand des Gender-Markers gemessen worden: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

Abbildung A.33. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

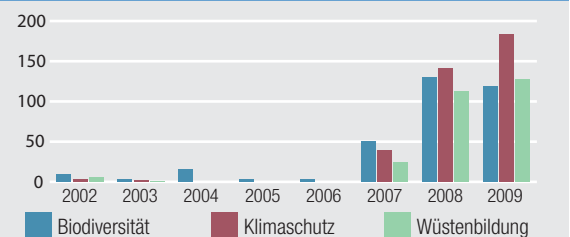


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514247>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Finnland hat seit Mitte der 1980er Jahre die Integration von Umweltanliegen in alle EZ-Maßnahmen betont, und Umweltschutz bildet zusammen mit Geschlechtergleichstellung und gefährdeten Gruppen ein wichtiges Querschnittsthema für seine Entwicklungszusammenarbeit. Die ODA-Zusagen für den Umwelt- und insbesondere den Klimaschutz sind 2007 deutlich gestiegen und seither weiter erhöht worden.

Abbildung A.34. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513145>

Frankreich

Das Volumen der französischen ODA-Leistungen belief sich 2010 auf 12,9 Mrd. US-\$, eine Steigerung um 7,3% in realer Rechnung gegenüber 2009. Das ODA/BNE-Verhältnis Frankreichs betrug 0,5%.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Der Anteil der bilateralen ODA-Leistungen Frankreichs an den Gesamtleistungen des Landes lag im Jahr 2009 bei 56%, was unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre liegt. Frankreich hat 2010 einen politischen Referenzrahmen für die Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Afrika, ein Schwerpunkt dieser Strategie, soll über Spenden und subventionierte Kredite 60% des französischen EZ-Budgets erhalten. Frankreich konzentriert sich auf fünf Schwerpunktsektoren: a) Gesundheit, b) allgemeine und berufliche Bildung, c) Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, d) nachhaltige Entwicklung und e) Förderung des Wirtschaftswachstums.

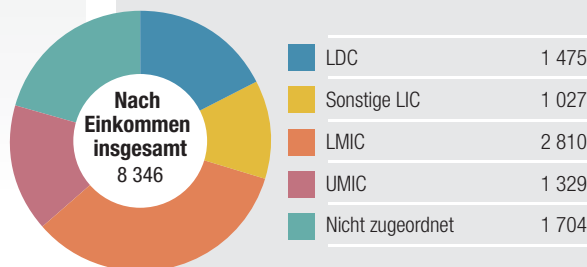
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	10 908	12 602	12 916	2.5%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	10 586	12 602	13 523	7.3%
Euro (Mio.)	7 562	9 049	9 751	7.8%
ODA/BNE	0.39%	0.47%	0.50%	
Bilateral Anteil	61%	57%	60%	

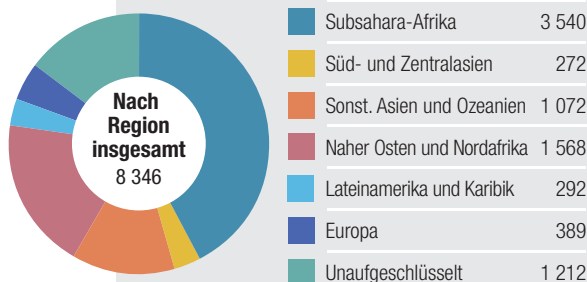
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512328>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

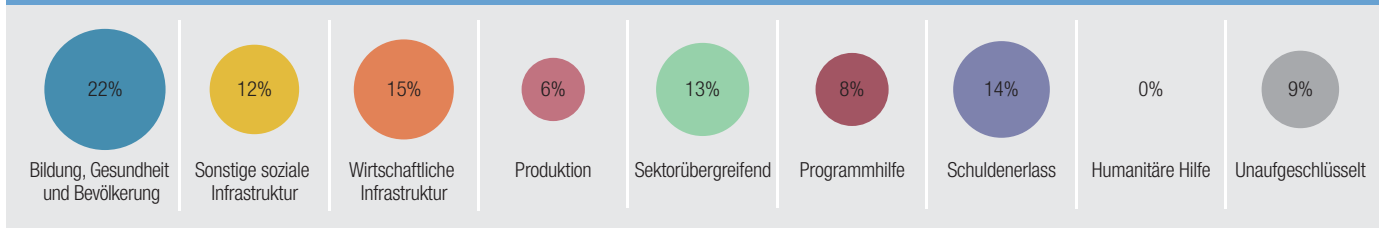
1	Côte d'Ivoire	657
2	Mayotte	514
3	China	346
4	Marokko	345
5	Indonesien	263
6	Tunesien	253
7	Kongo, Rep.	253
8	Türkei	248
9	Kamerun	241
10	Libanon	210

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	25%
10 Hauptempfänger	40%
20 Hauptempfänger	58%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
CÔTE D'IVOIRE
657 Mio. US-\$

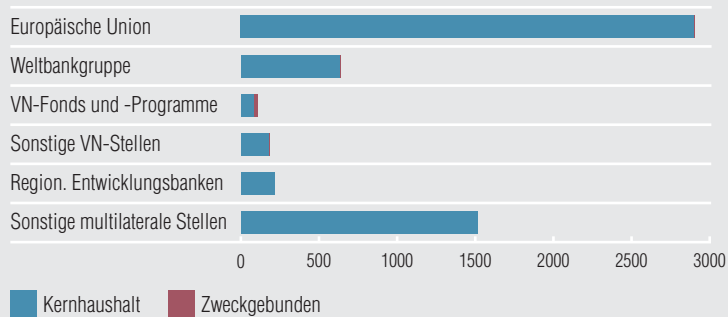
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Frankreich stellte 2009 5,5 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 41% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte Frankreich zusätzlich 49 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 5,6 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger französischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.35. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513164>

Lieferaufbindung

Frankreichs ODA-Leistungen sind zum großen Teil ungebunden (86%). Insbesondere alle Aktivitäten der Agence Française de Développement (Französische Entwicklungsagentur) sind ungebunden, und zwar unabhängig vom Partnerland.

Abbildung A.36. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513183>

Humanitäre Hilfe

Frankreich stellte 2009 insgesamt 407,9 Mio. US-\$ an humanitärer Hilfe bereit. Die humanitäre Hilfe des Landes stützt sich auf eine breite Vision, die Vorbeugung, Vorsorge, die Frühphase des Wiederaufbaus sowie Nothilfemaßnahmen umfasst. Die humanitären Organisationen der Vereinten Nationen schätzen Frankreich als beständigen und engagierten Geber, und ein großer Teil der französischen Finanzmittel wird in Form zweckungebundener Beiträge bereitgestellt. Frankreich nimmt die Evaluierung ernst und besitzt ein dreistufiges Regelwerk als Basis für a) die systematische Evaluierung der einzelnen Aktivitäten, b) umfassende Programmevaluierungen hinsichtlich der Reaktionen auf schwere Krisen und c) thematische Evaluierungen von Bereichen, die programmübergreifend von strategischer Bedeutung sind.

Tabelle A.10. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
407.9 Mio. US-\$

4.1%
DER GESAMT-ODA

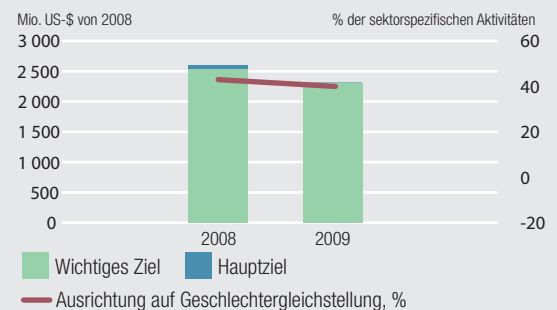
HAUPTTEMPFÄNGER
1. Pakistan
2. Palästinensische Autonomiegebiete
3. Afghanistan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Frankreich hat seine Bemühungen zur Integration der Geschlechtergleichstellung in die internationale Zusammenarbeit des Landes seit 2006 intensiviert und im Dezember 2007 ein Strategiepapier über Geschlechtergleichstellung verabschiedet. Da Frankreich heute den Gender-Marker verwendet, kann das Land in Zukunft seine ODA-Leistungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und Ermächtigung der Frauen messen und die Auswirkungen seiner Strategie beurteilen. Frankreich misst nicht alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 92%.

Abbildung A.37. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

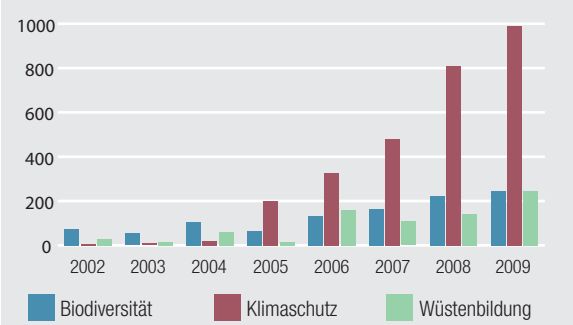


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514266>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Nachhaltige Entwicklung ist einer der strategischen Bereiche in Frankreichs Politikrahmen für Entwicklungszusammenarbeit. Frankreich hat spezielle Strategien zum Umweltschutz entwickelt, die unter anderem die Bekämpfung der Wüstenbildung und der Landdegradation umfassen.

Abbildung A.38. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513202>

Griechenland

Griechenland erbrachte 2010 ODA-Leistungen in Höhe von 500 Mio. US-\$, was in realer Rechnung eine Abnahme von 16% gegenüber 2009 darstellt. Das ODA-Volumen entsprach 2010 0,17% des griechischen BNE. Der Ausblick für das griechische ODA-Volumen bis 2013 ist in Anbetracht der schweren Rezession und des mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank umgesetzten wirtschaftlichen Anpassungsplans negativ.

Bilaterale ODA

Die Länder im benachbarten Balkanraum sind gemäß der Priorität, die Griechenland dieser Region einräumt, die Hauptempfänger griechischer bilateraler ODA-Leistungen. Albanien war 2009 mit 21% der bilateralen ODA der größte Empfänger von Entwicklungsleistungen. Mit Ausnahme seiner fünf Hauptempfängerlande ist Griechenland in den Entwicklungsländern ein kleiner bilateraler Geber.

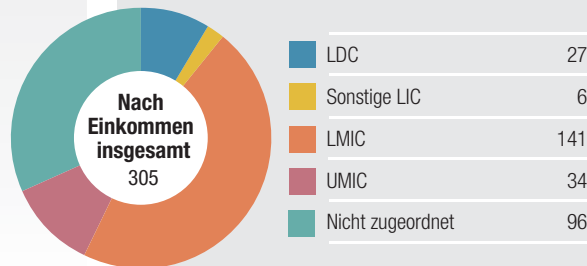
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	703	607	500	-17.7%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	688	607	509	-16.2%
Euro (Mio.)	488	436	378	-13.4%
ODA/BNE	0.21%	0.19%	0.17%	
Bilateraler Anteil	44%	49%	41%	

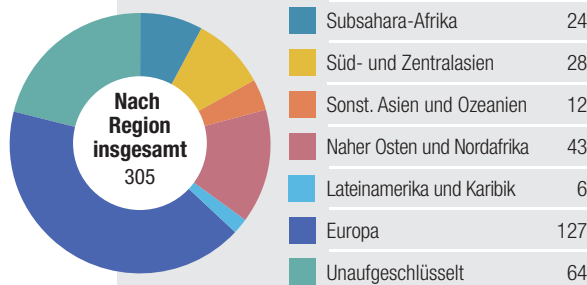
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512366>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Albanien	63
2	Serbien	19
3	Kosovo*	16
4	Afghanistan	14
5	Ägypten	14
6	Palästina, Autonomiegebiete	9
7	Türkei	6
8	Syrien	5
9	Bosnien und Herzegowina	5
10	China	4

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

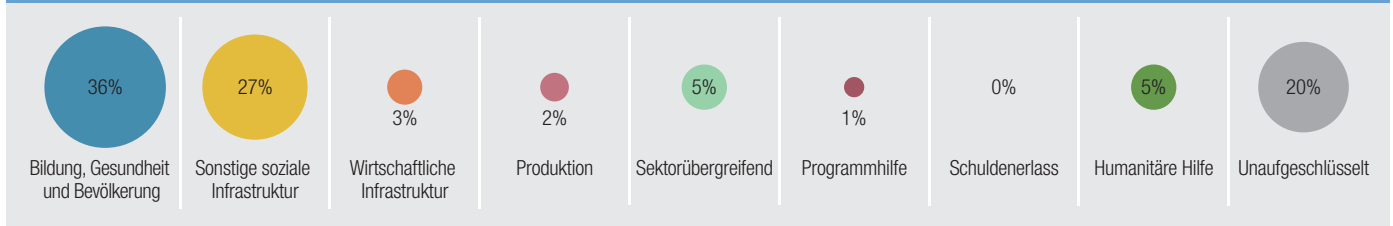
5 Hauptempfänger	41%
10 Hauptempfänger	51%
20 Hauptempfänger	61%

* Die ODA-Bruttoleistungen für Kosovo betrugen 2009 33 Mio. US-\$. Vor 2009 wurde Kosovo nicht getrennt auf der DAC-Liste der ODA-Empfänger aufgeführt, die Leistungen für Kosovo wurden vielmehr unter den Leistungen für Serbien ausgewiesen.

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

ALBANIEN
63 Mio. US-\$

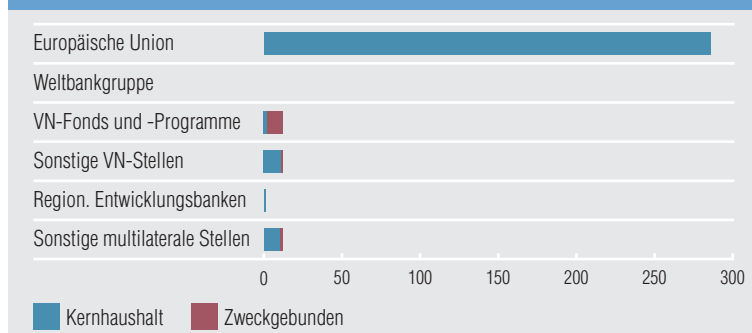
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Griechenland stellte 2009 310 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 53% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte Griechenland zusätzlich 14 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 324 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger griechischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.43. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513278>

Lieferaufbindung

Griechenland erfüllt uneingeschränkt die DAC-Empfehlung von 2001 über die Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder und die hochverschuldeten armen Länder, über die Hälfte der griechischen bilateralen ODA erfolgte in den beiden Jahren 2008 und 2009 jedoch liefergebunden.

Abbildung A.44. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513297>

Humanitäre Hilfe

Griechenland stellte 2009 humanitäre Hilfe von insgesamt 50,3 Mio. US-\$ bereit. Die griechische humanitäre Hilfe befindet sich an einem Scheideweg, da die Abteilung für internationale Zusammenarbeit im griechischen Außenministerium Hellenic Aid im Begriff ist, einen neuen Rechtsrahmen und Strategieplan für die künftigen humanitären Programme des Landes auszuarbeiten. Die Herstellung engerer Verknüpfungen mit den allgemeinen Zielen der griechischen Entwicklungszusammenarbeit sowie dem komparativen Vorteil Griechenlands wird ein wichtiger Teil dieses Prozesses sein. Griechenland muss in Anbetracht der wahrscheinlichen Einschränkungen in der nächsten Zukunft darüber hinaus bei seinen Erwartungen Realitätsinn bewahren, was insbesondere das Haushaltsvolumen, umständliche Systeme für die Einhaltung von Vorschriften sowie die Notwendigkeit betrifft, die Beziehung Griechenlands zu den anderen Akteuren im humanitären Bereich neu zu definieren.

Tabelle A.12. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
50.3 Mio. US-\$

8.1%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Kosovo
2. Nördlich der Sahara
3. Palästinensische Autonomiegebiete

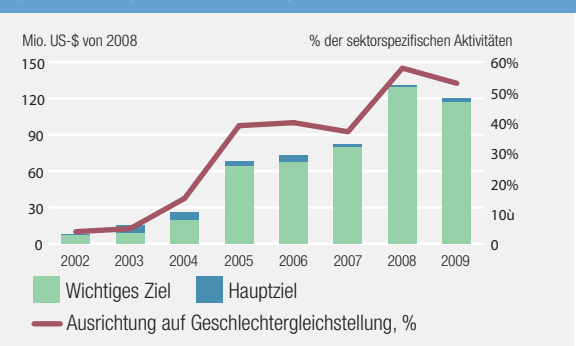
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Griechenland hat seine ODA-Zusagen für die Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung der Frauen seit 2002 erhöht. 53% des griechischen Entwicklungsprogramms hatten 2009 einen Genderschwerpunkt, insbesondere in Bezug auf Aktivitäten im Bildungssektor. Dies steht mit der Priorität im Einklang, die Griechenland „Frauen in der Entwicklung“ beimsist.

Griechenland misst alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

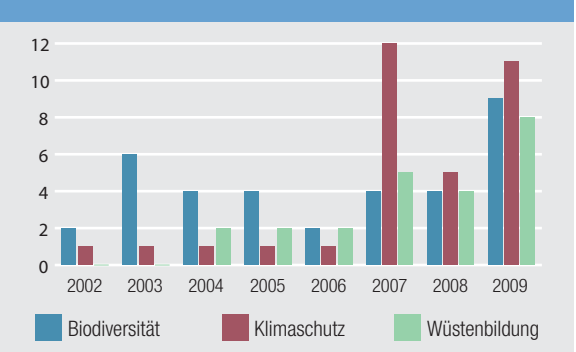
Abbildung A.45. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009



Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Griechenland hat seine Konzentration auf den Umwelt- und Klimaschutz seit 2007 verstärkt. Indessen hat sich der Anteil der umweltbezogenen Entwicklungsleistungen, die Griechenland im Zeitraum 2008-2009 zusagte, von 11% auf 6% der sektorbezogenen bilateralen Leistungen verringert.

Abbildung A.46. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513316>

Irland

Irlands ODA-Volumen belief sich 2010 auf 895 Mio. US-\$, was 0,53% seines BNE entspricht. Seine Entwicklungsleistungen verringerten sich gegenüber 2009 auf Grund von Haushaltszwängen um 4,9%. Dies stellte einen geringeren Rückgang als 2009 dar. Im neuen Regierungsprogramm (2011) wird Irlands Verpflichtung bekräftigt, das Ziel zu erreichen, bis 2015 0,7% des Nationaleinkommens als ODA zur Verfügung zu stellen.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Im Einklang mit seiner Verpflichtung, die Armut und Gefährdung der Armen, insbesondere in Afrika, zu verringern und ihre Chancen zu erhöhen, konzentriert Irland seine ODA auf eine begrenzte Anzahl von am wenigsten entwickelten Ländern in Subsahara-Afrika: Im Zeitraum 2008-2009 gingen 80,6% der Gesamtleistungen in diese Region, wobei der Schwerpunkt vorrangig auf den sozialen Sektoren lag – Bildung, Gesundheit und Bevölkerung sowie andere soziale Infrastruktur.

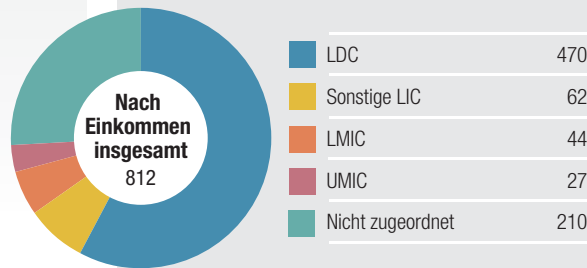
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	1 328	1 006	895	-11.0%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	1 230	1 006	957	-4.9%
Euro (Mio.)	921	722	676	-6.4%
ODA/BNE	0.59%	0.54%	0.53%	
Bilateraler Anteil	70%	69%	67%	

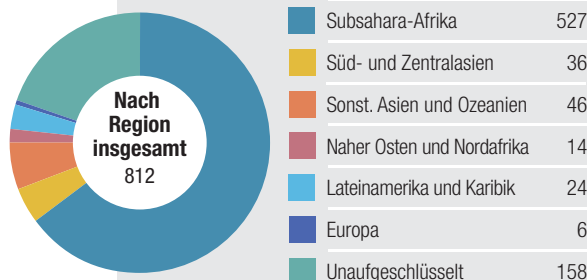
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512385>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Uganda	73
2	Mosambik	69
3	Äthiopien	63
4	Tansania	60
5	Sambia	41
6	Vietnam	26
7	Malawi	23
8	Südafrika	22
9	Sudan	20
10	Lesotho	19

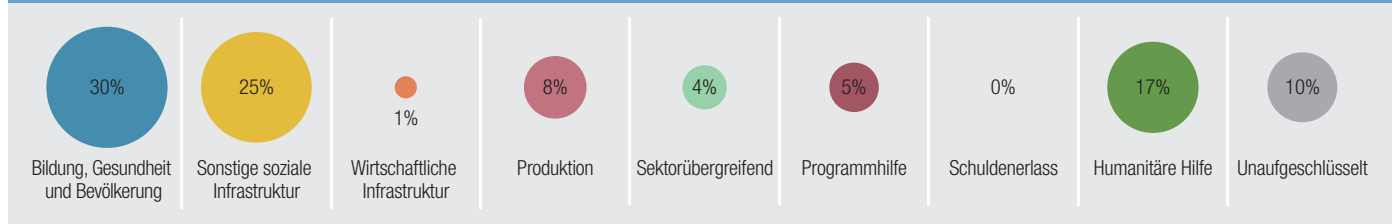
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	38%
10 Hauptempfänger	51%
20 Hauptempfänger	64%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

UGANDA
73 Mio. US-\$

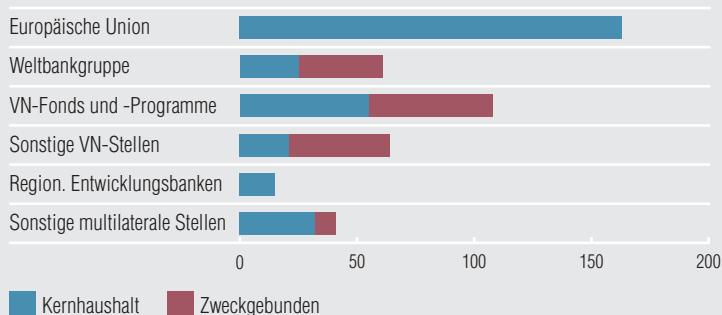
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Irland stellte 2009 313 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 31% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte Irland zusätzlich 141 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 454 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen sowie die VN-Fonds und -Programme waren die größten Empfänger irischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.47. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513335>

Lieferaufbindung

Irlands ODA-Leistungen werden vollständig ohne Lieferbindung erbracht.

Abbildung A.48. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513354>

Humanitäre Hilfe

Irland stellte 2009 humanitäre Hilfe in einer Höhe von insgesamt 152,9 Mio. US-\$ bereit. Irland fördert einen „Armuts- und Gefährdungsansatz“, der die irische humanitäre Hilfe fest in einer allgemeineren Armutsbekämpfungsagenda verortet, wodurch sowohl die Ursachen als auch die Symptome von Krisen bekämpft werden. Das Land nutzt für seine Finanzierungen ausgiebig Korb- und Gemeinschaftsfinanzierungsmechanismen und hat einen strategischen Rahmen für seine Unterstützung im Rahmen des VN-Systems etabliert. Irland hat darüber hinaus eine Leitinitiative für die Soforthilfe ausgearbeitet, die eine Bemühung darstellt, die Lücken zu füllen, die im Hinblick auf Materialien, Finanzierung, grundlegende Kompetenzen und Ausbildung in der Kapazität der internationalen Gemeinschaft bestehen, auf Notfälle zu reagieren.

Tabelle A.13. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
152.9 Mio. US-\$

14.1%
DER GESAMT-ODA

HAUPTEMPFÄNGER

1. Subsahara-Afrika
2. Kongo, Demokratische Republik
3. Sudan

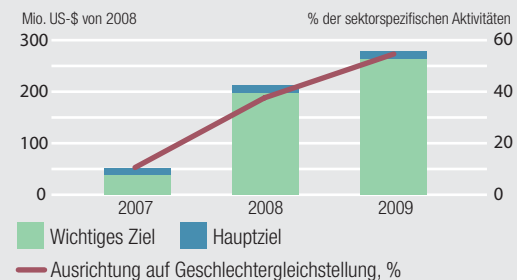
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Im Einklang mit seiner aktiven Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Ermächtigung der Frauen auf internationaler Ebene liegt der Schwerpunkt auf der Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt, der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe der Frauen sowie der Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und zu Gesundheitsdiensten. Die Ausrichtung der irischen bilateralen ODA auf die Gleichstellung der Geschlechter hat sich seit 2007 auf 53% der ODA-Gesamtleistungen erhöht.

Irland misst alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

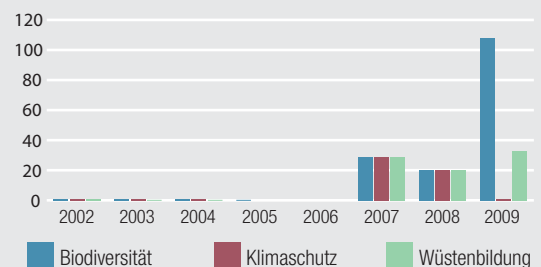
Abbildung A.49. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009



Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Irland konzentriert sich auf den Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsthemen und hat seine Berichterstattung zum Umwelt-Marker seit 2007 verbessert. Der Anteil der umweltbezogenen ODA-Leistungen belief sich 2009 auf 22%, wobei die Zusagen im Bereich biologische Vielfalt einen bedeutenden Sprung nach oben und im Bereich Klimaschutz einen Rückgang aufwiesen. Irland konzentriert sich zunehmend auf Hunger und damit zusammenhängende Aktivitäten und hat dementsprechend seine Förderung für Aktivitäten erhöht, die Ziele in den Bereichen Hunger und biologische Vielfalt verfolgen.

Abbildung A.50. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513373>

Italien

Italiens ODA belief sich 2010 auf 3,1 Mrd. US-\$, womit sie gegenüber 2009 um 1,5% in realer Rechnung gesunken ist. Das ODA-Volumen des Jahres 2010 entsprach 0,15% des Bruttonationaleinkommens.

Bilaterale ODA

Italiens Entschlossenheit, sich auf Konflikt- und Post-Konflikt-Situationen zu konzentrieren, findet ihren Niederschlag in der Liste der zehn Hauptempfänger von ODA-Bruttoleistungen. Italien ist zwar fest entschlossen, wenigstens die Hälfte seiner ODA an Subsahara-Afrika zu vergeben, was den historischen Trends entsprechen würde (durchschnittlich 52,7% im Zeitraum 2003-2004), ist jedoch nicht auf Kurs, dieses Ziel zu erreichen, da im Zeitraum 2008-2009 nur 28,5% seiner ODA-Leistungen an Subsahara-Afrika gingen. Bei den ODA-Auszahlungen an den Nahen Osten und Nordafrika ist mit einem Wert von 43,8% im Zeitraum 2008-2009 ein beträchtlicher Anstieg gegenüber dem Durchschnitt von 17,8% im Zeitraum 2003-2004 festzustellen.

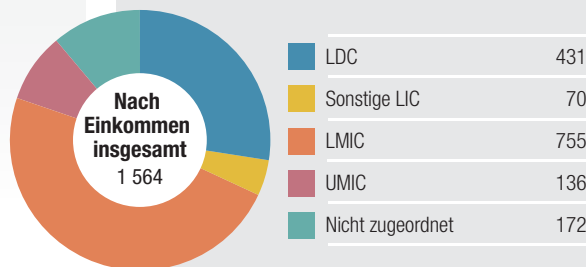
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	4 861	3 297	3 111	-5.7%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	4 794	3 297	3 248	-1.5%
Euro (Mio.)	3 370	2 368	2 349	-0.8%
ODA/BNE	0.22%	0.16%	0.15%	
Bilateraler Anteil	38%	27%	30%	

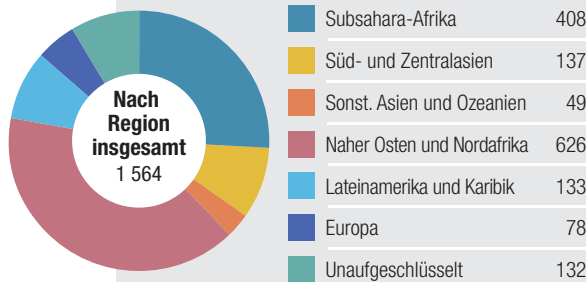
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512404>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

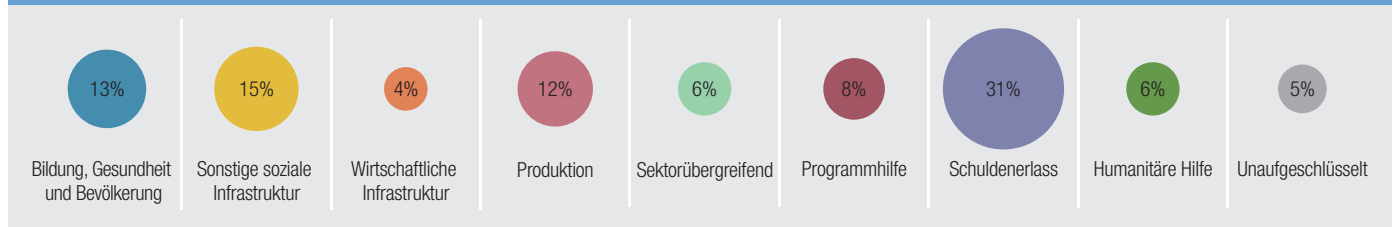
1	Irak	429
2	Afghanistan	92
3	Äthiopien	60
4	Palästina. Autonomiegebiete	55
5	Libanon	48
6	Albanien	43
7	Liberia	38
8	Côte d'Ivoire	34
9	Mosambik	30
10	Sudan	27

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	44%
10 Hauptempfänger	55%
20 Hauptempfänger	66%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
IRAK
429 Mio. US-\$

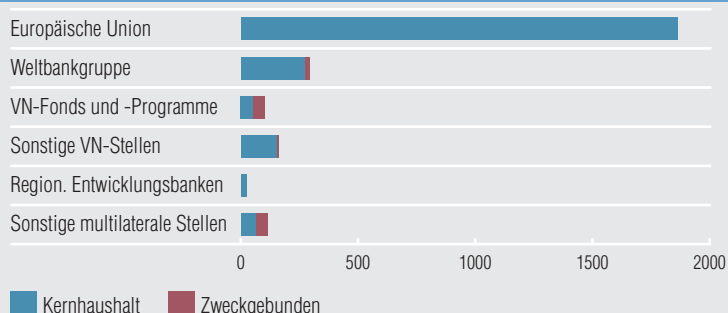
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Italien stellte 2009 2,4 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 73% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Weitere 134 Mio. US-\$ vergab Italien 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 2,6 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System geleitet wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger von Italiens multilateralen ODA-Leistungen.

Abbildung A.51. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513392>

Lieferaufbindung

Italien hat die Lieferbindung seiner bilateralen ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder (Durchschnitt 2007-2009) im Einklang mit der DAC-Empfehlung von 2001 zu 80% aufgehoben. Bei mehr als einem Viertel der bilateralen Leistungen des Landes bestand 2008-2009 aber noch eine Lieferbindung. Italien hat keinen klaren Plan für die Aufhebung der Lieferbindung bei den noch gebundenen Leistungen vorgelegt.

Abbildung A.52. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513411>

Tabelle A.14. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
360.7 Mio. US-\$

11.4%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Irak
2. Palästinensische Autonomiegebiete
3. Afghanistan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

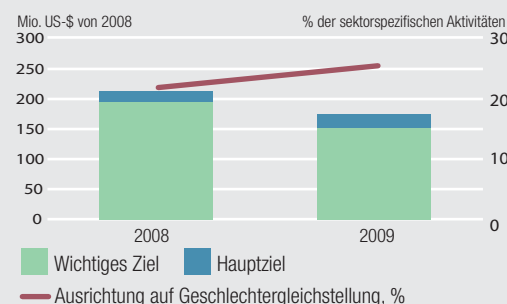
Humanitäre Hilfe

Italien wandte 2009 insgesamt 360,7 Mio. US-\$ für die humanitäre Hilfe auf. Das Land unterstützt das internationale humanitäre System durch Finanzhilfen an Partner und den Einsatz von italienischen Fachkräften und Notstandsreserven. Diese Mechanismen bieten dem Land ein vielseitiges Instrumentarium für die Unterstützung des internationalen humanitären Systems. In der Praxis werden die italienischen Mittel für humanitäre Hilfe zu etwa gleichen Teilen über multilaterale (einschließlich EU) und bilaterale Kanäle vergeben. Die italienischen Beitragszahlungen an die wichtigsten humanitären Partner des Landes schwankten im Lauf der Zeit jedoch beträchtlich, was die Vorhersehbarkeit der Hilfe beeinträchtigte.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Italien betrachtet die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen als ein Querschnittsthema, dem große Priorität einzuräumen ist. Seit 2008 misst Italien alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers (die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%). Im Jahr 2009 waren 23% der bilateralen ODA-Leistungen auf die Geschlechtergleichstellung ausgerichtet.

Abbildung A.53. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

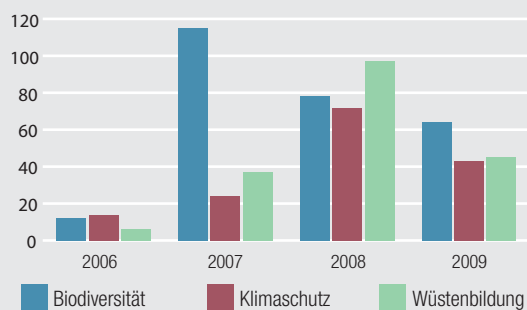


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514342>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Italiens ODA-Zusagen für die Umwelt sind seit 2006 angestiegen, was sich aus der 2007 erfolgten Entscheidung erklärt, die Umwelt zu einem Schwerpunktthema zu machen. Der Anteil der auf die Umwelt ausgerichteten ODA-Leistungen betrug 2009 41%, womit sie gegenüber 2008 um 2 Prozentpunkte zugenommen haben.

Abbildung A.54. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513430>

Japan

2010 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Japans auf über 11 Mrd. US-\$, eine signifikante Steigerung in realer Rechnung um 11,8% gegenüber dem Vorjahresniveau von 9,46 Mrd.US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis des Landes lag 2010 bei 0,20%.

Bilaterale ODA

Die bilateralen ODA-Leistungen Japans machen etwa zwei Drittel des Gesamtbudgets aus, 2010 waren es 66%. Der Anteil der ODA-Leistungen Japans für die am wenigsten entwickelten Länder betrug im Zeitraum 2008-2009 etwa 16%, wobei die Leistungen an Subsahara-Afrika etwa 10% ausmachten, während Südostasien und Ozeanien 37% zukamen. Die Fokussierung auf Asien hat zur Folge, dass die Mittelzuweisungen Japans an die am wenigsten entwickelten Länder im Vergleich zu einigen anderen DAC-Mitgliedern geringer ausfallen und erklärt sich aus der geografischen Lage des Landes. Dennoch hat Japan seine bilateralen ODA-Leistungen an Subsahara-Afrika in den letzten Jahren erheblich aufgestockt.

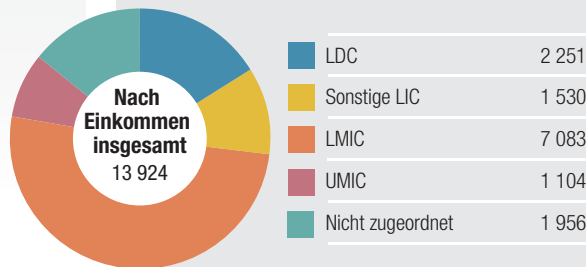
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	9 601	9 457	11 045	16.8%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	10 541	9 457	10 574	11.8%
In Yen (Mrd.)	994	883	969	9.7%
ODA/BNE	0.19%	0.18%	0.20%	
Bilateraler Anteil	71%	65%	66%	

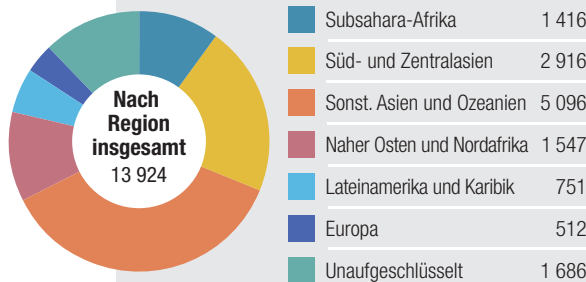
V = Vorläufige Daten

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932512423>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Indonesien	1 370
2	Indien	1 240
3	China	1 200
4	Vietnam	1 104
5	Irak	974
6	Philippinen	580
7	Bangladesch	508
8	Türkei	428
9	Sri Lanka	341
10	Afghanistan	272

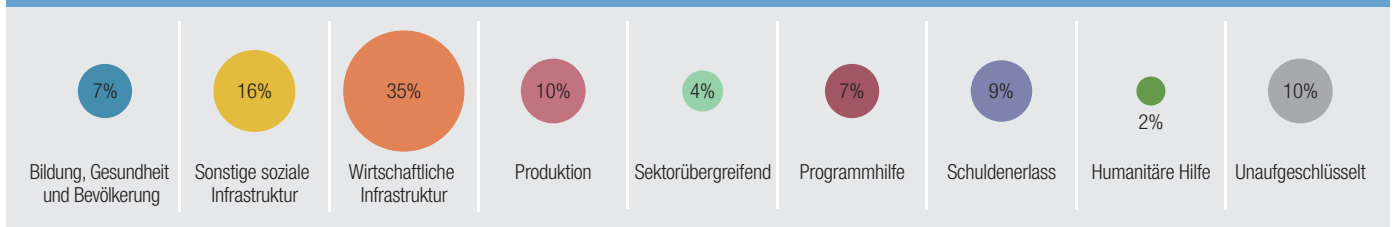
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	42%
10 Hauptempfänger	58%
20 Hauptempfänger	68%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

INDONESIEN
1 370 Mio. US-\$

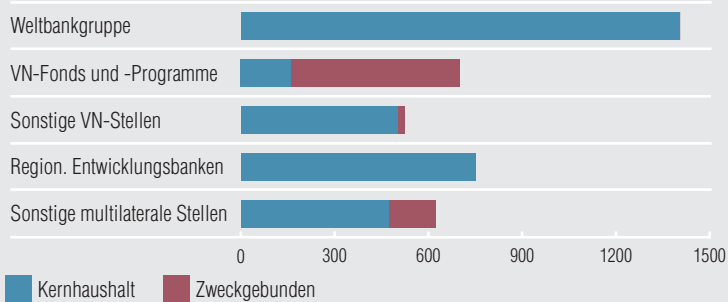
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

2009 stellte Japan 3,3 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 19% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte Japan zusätzlich 713 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 4,0 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die Weltbank-Gruppe war der größte Empfänger japanischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.55. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513449>

Lieferaufbindung

Im Zeitraum 2008-2009 waren durchschnittlich 96% der Leistungen Japans lieferungebunden (mit einem 2009 vergleichsweise geringfügig höheren Anteil an lieferungebundenen Leistungen als 2008).

Abbildung A.56. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513468>

Humanitäre Hilfe

Japan stellte 2009 humanitäre Hilfe von insgesamt 269,5 Mio. US-\$ bereit. Im japanischen entwicklungspolitischen Ansatz wird zwischen humanitären Aktionen bei Naturkatastrophen und in komplexen Krisensituationen unterschieden. Bei Naturkatastrophen übernimmt Japan die globale Führungsrolle in der Katastrophenminderung und Katastrophenhilfe, indem es die Partnerländer bei der Übernahme der Hauptverantwortung für die Katastrophenvorsorge durch die Vermittlung neuester Erkenntnisse, institutionelle Entwicklung und Technologietransfer unterstützt. Ferner verfügt Japan über einsatzfähige Katastrophenabwehrkapazitäten, die durch Notstandsreserven ergänzt werden. In komplexen Krisensituationen wendet Japan im Einklang mit dem in der Verfassung von 1947 verankerten

Tabelle A.15. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
269.5 Mio. US-\$

3.2%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Afghanistan
2. Sudan
3. Pakistan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

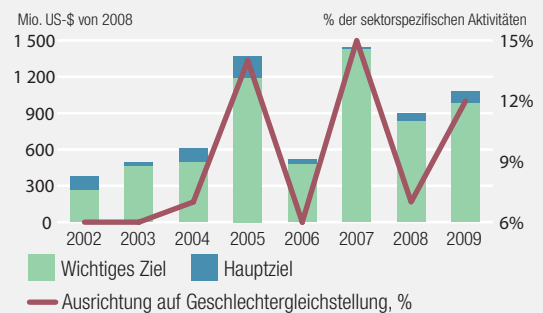
Grundsatz der politischen Neutralität eine vorsichtigeren Strategie an und konzentriert sich weitgehend auf die Friedenssicherung.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Mindestens 10% der japanischen ODA-Leistungen flossen in den Jahren 2008 und 2009 in Aktivitäten, die die Geschlechtergleichstellung zu einem bedeutenden Ziel erklärt hatten. Ein kleiner Teil der japanischen ODA-Leistungen wird für Projekte verwendet, die speziell auf die Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen ausgerichtet sind.

Japan misst nicht alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 95%.

Abbildung A.57. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

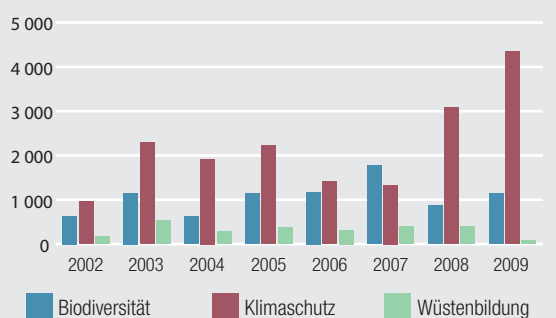


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514361>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Japan räumt dem Problem des Klimawandels unter den ODA-Leistungen seit langem hohe Priorität ein. In den letzten Jahren hat der Klimawandel einen beachtlichen Anteil der japanischen Leistungen auf sich vereint, und im Jahr 2009 wurden mehr als 4 Mrd. US-\$ für die Förderung des Klimaschutzes bereitgestellt.

Abbildung A.58. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513487>

Kanada

Kanadas ODA-Leistungen sind zwischen 2009 und 2010 auf Grund einer Aufstockung der bilateralen Zuschüsse (insbesondere Nothilfe nach dem Erdbeben in Haiti) und höherer Beitragszahlungen an die Weltbank um fast 13% gestiegen. Kanadas ODA belief sich 2010 auf 5,13 Mrd. US-\$ (0,33% des BNE).

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Kanada konzentriert seine bilaterale ODA seit 2009 auf 20 Schwerpunktländer, und wenigstens 80% der länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen Kanadas fließen in diese Länder. Ausschlaggebend für die Auswahl dieser 20 Länder waren ihre Bedürfnisse und ihre Aufnahmekapazität sowie die außenpolitischen Prioritäten Kanadas.

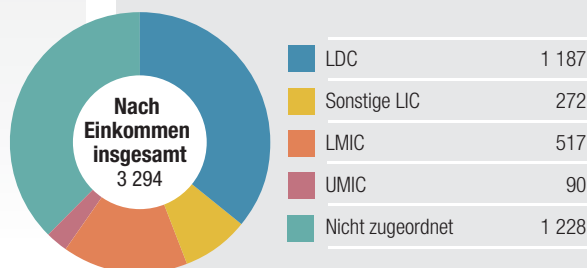
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	4 795	4 000	5 132	28.3%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	4 423	4 000	4 509	12.7%
Kanadische Dollar (Mio.)	5 156	4 564	5 287	15.8%
ODA/BNE	0.33%	0.30%	0.33%	
Bilateral Anteil	70%	79%	75%	

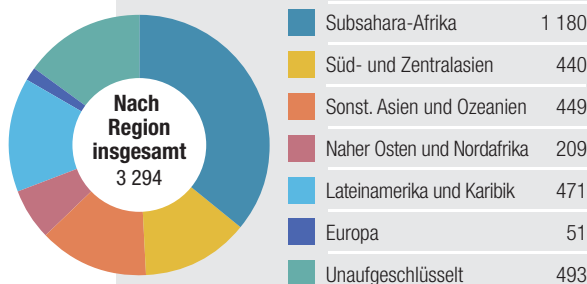
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512252>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

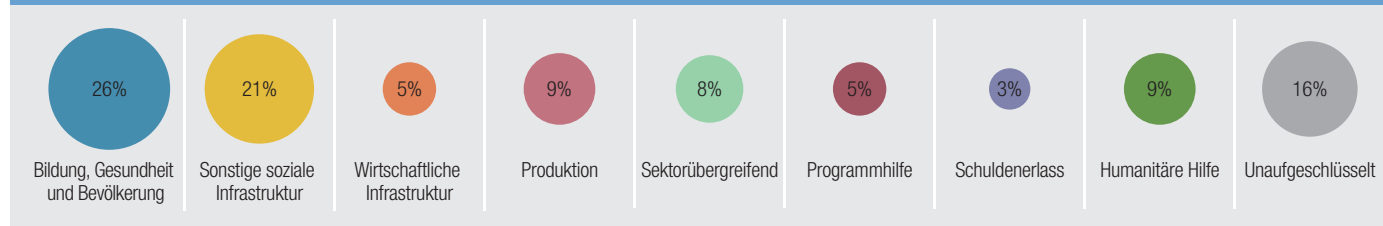
1	Afghanistan	220
2	Haiti	134
3	Äthiopien	120
4	Sudan	94
5	Mali	91
6	Ghana	87
7	Irak	82
8	Mosambik	76
9	Tansania	69
10	Bangladesch	67

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	20%
10 Hauptempfänger	32%
20 Hauptempfänger	44%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
AFGHANISTAN
220 Mio. US-\$

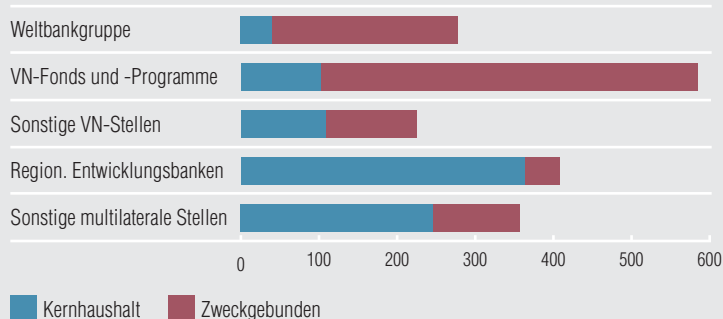
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Kanada stellte 2009 859 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 25% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Weitere 997 Mio. US-\$ erbrachte Kanada 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 1,9 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden.

Abbildung A.20. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512955>

Lieferaufbindung

Kanada hat Fortschritte beim Abbau der Lieferbindung seiner ODA-Leistungen erzielt. Die gesamte Nahrungsmittelhilfe ist inzwischen ungebunden und Kanada hat zugesagt, die Lieferbindung für alle anderen ODA-Leistungen an alle Länder bis 2012-2013 aufzuheben.

Abbildung A.21. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512974>

Humanitäre Hilfe

Kanada wandte 2009 insgesamt 425,0 Mio. US-\$ für humanitäre Hilfe auf. Davon wurden 54% über multilaterale Stellen und 18% über NRO vergeben, die restlichen 28% wurden über andere Kanäle erbracht. Die humanitäre Hilfe Kanadas zeichnet sich aus durch einen gut koordinierten ressortübergreifenden Ansatz, eine systematische, bedarfsorientierte Ressourcenallokation auf der Grundlage eines innovativen, abgestuften Krisenmodells und den verstärkten Einsatz multilateraler und nicht zweckgebundener Finanzierungskanäle. Kanada verfügt außerdem über ressortübergreifende Leitlinien für die Beziehungen zwischen zivilem und militärischem Bereich, die den Gesamtansatz für die Beteiligung des kanadischen Militärs an der humanitären Hilfe regeln.

Tabelle A.6. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
425.0 Mio. US-\$

9.9%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Sudan
2. Palästinensische Autonomiegebiete
3. Afghanistan

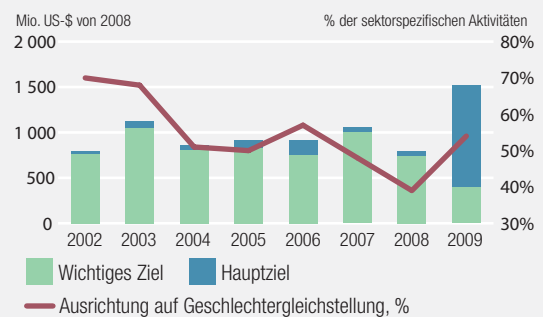
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Kanada räumt der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauen in seinen Programmen eine hohe Priorität ein, was sich an dem relativ hohen Volumen der für diese Aufgaben zugesagten ODA-Leistungen zeigt.

Kanada misst nicht alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 91%.

Abbildung A.22. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

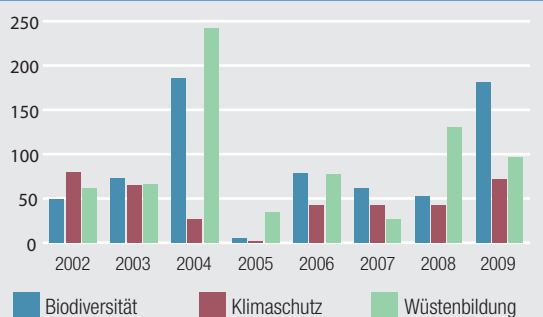


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514190>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Kanada hat Umwelt- und Klimaschutzfragen verstärkt in den Blickpunkt gerückt, was darin zum Ausdruck kommt, dass das Volumen der ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen in den letzten beiden Jahren gestiegen ist.

Abbildung A.23. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512993>

Korea

Im Jahr 2010 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Koreas auf 1,17 Mrd. US-\$, was einer Steigerung in realer Rechnung um 25,7% gegenüber dem ODA-Niveau von 2009 (816 Mio. US-\$) entspricht. Die ODA-Bruttoleistungen lagen mit knapp über 1,2 Mrd. US-\$ 2010 leicht darüber. Wenngleich das ODA/BNE-Verhältnis Koreas mit 0,12% das niedrigste unter den DAC-Mitgliedern ist, bedeutet dies einen Anstieg gegenüber den 2009 verzeichneten 0,10%.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

2010 waren 76% der koreanischen ODA-Leistungen bilateralen Natur, gegenüber 71% im Jahr 2009. Die bilateralen ODA-Leistungen Koreas sind geografisch verhältnismäßig stark auf Ostasien und Ozeanien konzentriert (35% der ODA-Bruttoleistungen im Zeitraum 2008-2009), was sich aus Koreas geografischer Lage, seinen Prioritäten und seinen komparativen Vorteilen erklärt. Der Rest der bilateralen ODA des Landes ist auf ein breites Spektrum an Regionen verteilt. Die koreanischen ODA-Leistungen bestehen aus einem Mix aus Krediten und Zuschüssen, die getrennt verwaltet werden.

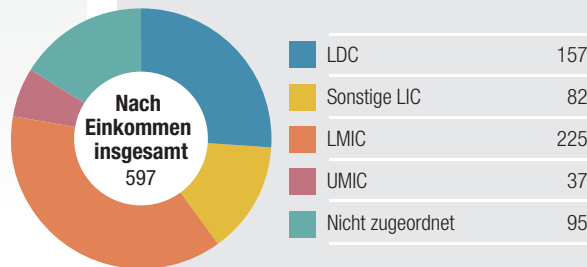
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	802	816	1 168	43.1%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	723	816	1 026	25.7%
Südkoreanische Won (Mrd.)	891	1 040	1 349	29.8%
ODA/BNE	0.09%	0.10%	0.12%	
Bilateraler Anteil	67%	71%	76%	

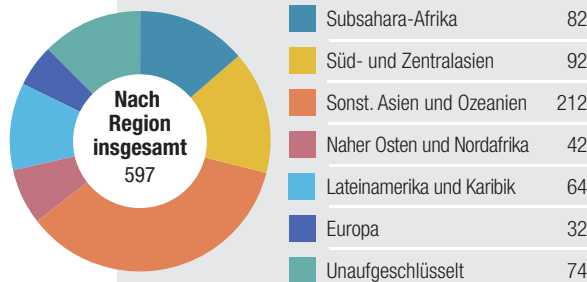
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512442>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Vietnam	60
2	Indonesien	27
3	Angola	27
4	Kambodscha	26
5	Philippinen	25
6	Mongolei	25
7	Sri Lanka	23
8	Türkei	19
9	Laos	18
10	Afghanistan	14

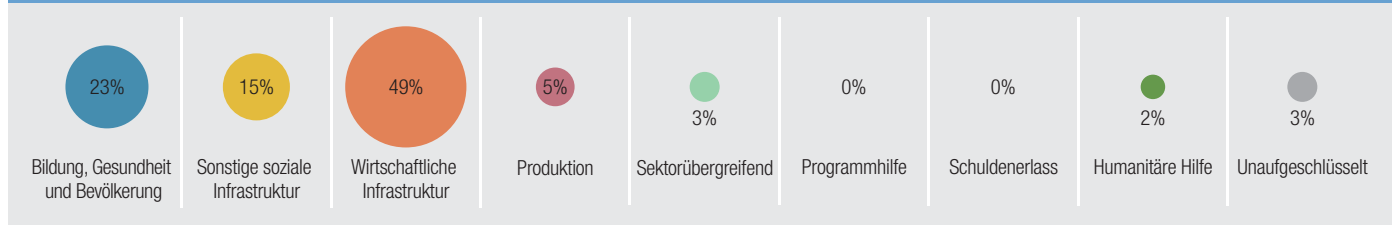
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	28%
10 Hauptempfänger	44%
20 Hauptempfänger	61%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

VIETNAM
60 Mio. US-\$

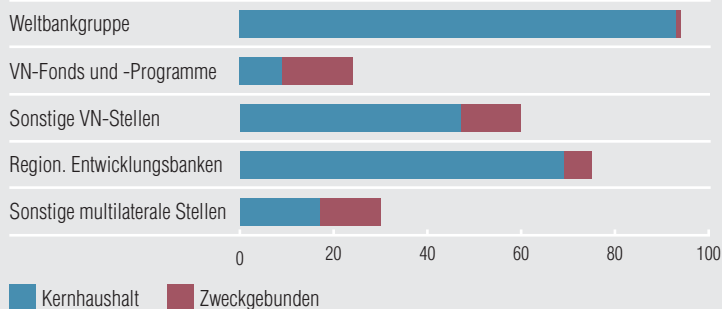
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

2009 stellte Korea 235 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 29% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Weitere 50 Mio. US-\$ erbrachte Korea 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 285 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die Weltbankgruppe und die Regionalen Entwicklungsbanken waren die größten Empfänger koreanischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.59. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513506>

Lieferaufbindung

Bei über der Hälfte der ODA-Leistungen Koreas, für die entsprechende Angaben gemacht wurden, bestand 2008-2009 eine Lieferbindung. Mit dem Beitritt zum DAC vereinbarte Korea, die Lieferbindung für einen größeren Teil seiner Leistungen aufzuheben und stellte einen Aktionsplan auf, um die Lieferbindung für 75% seiner ODA-Leistungen insgesamt bis 2015 und für die Gesamtheit seiner Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder bis 2012 aufzuheben.

Abbildung A.60. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513525>

Humanitäre Hilfe

Korea wandte 2009 insgesamt 21,7 Mio. US-\$ für humanitäre Hilfe auf, wovon 88% über multilaterale Organisationen, 4% über NRO und die übrigen 8% über andere Kanäle zur Verfügung gestellt wurden. Korea hat seine humanitäre Hilfe in den letzten Jahren ausgebaut. Die Haupteinsatzbereiche der bilateralen humanitären Hilfe Koreas sind große Naturkatastrophen, wo Korea mit der Bereitstellung von Hilfsgütern und Finanzmitteln sowie der Entsendung professioneller und ehrenamtlicher Hilfskräfte reagiert. Außerdem wird Korea inzwischen auch über multilaterale Kanäle tätig, indem es die humanitären VN-Einrichtungen direkt finanziert und Beiträge zum Prozess der interinstitutionellen konsolidierten Finanzierungsauftrufe der Vereinten Nationen und zum Zentralen Fonds für die Reaktion auf Not-situationen der Vereinten Nationen (Central Emergency Response Fund – CERF) leistet.

Tabelle A.16. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
21.7 Mio. US-\$

2.4%
DER GESAMT-ODA

HAUPTMPFÄNGER
1. China
2. Irak
3. Myanmar

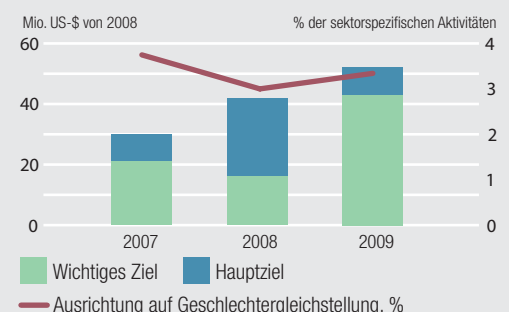
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Der Anteil der ODA-Leistungen, den Korea der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen widmet, ist begrenzt, wenngleich er im Vergleich zum Jahr 2007, als Korea den Gender-Marker erstmals anwendete, etwas gestiegen ist.

Korea misst alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

Abbildung A.61. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

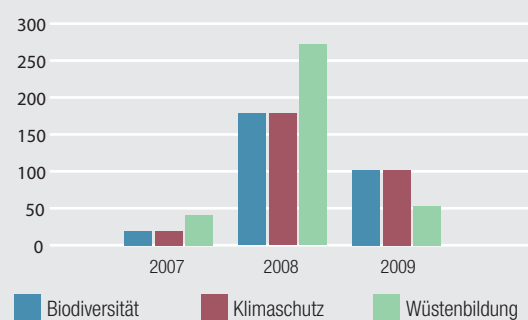


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514380>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Korea hat im Jahr 2000 mit der Berichterstattung anhand der Rio-Marker begonnen und die Anwendungsmodalitäten derselben seither nach und nach verbessert. Die für die Bewältigung von Umweltproblemen vorgesehenen Mittel machen im Allgemeinen einen geringen Teil des koreanischen ODA-Programms aus.

Abbildung A.62. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513544>

Luxemburg

Luxemburg zählt in Bezug auf seinen BNE-Anteil der ODA-Leistungen zu den großzügigsten DAC-Gebern. 2010 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen des Landes auf 399 Mio. US-\$, was 1,09% seines BNE entspricht.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Ein großer Anteil der bilateralen Leistungen Luxemburgs geht in die am wenigsten entwickelten Länder. Die meisten prioritären Partner haben dank der konsequenten Politik der geografischen Konzentration Luxemburgs einen Anstieg der bilateralen Leistungen erfahren. Luxemburg sieht einen großen Teil seiner ODA-Leistungen für die Unterstützung der Sozialsektoren vor.

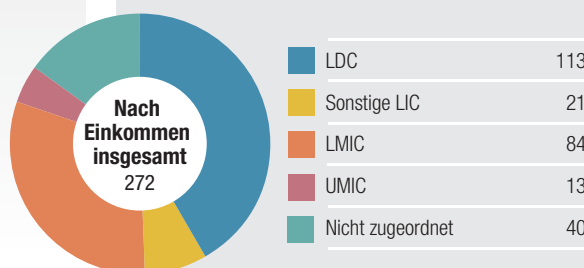
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	415	415	399	-3.7%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	399	415	413	-0.3%
Euro (Mio.)	288	298	301	1.2%
ODA/BNE	0.97%	1.04%	1.09%	
Bilateraler Anteil	67%	64%	66%	

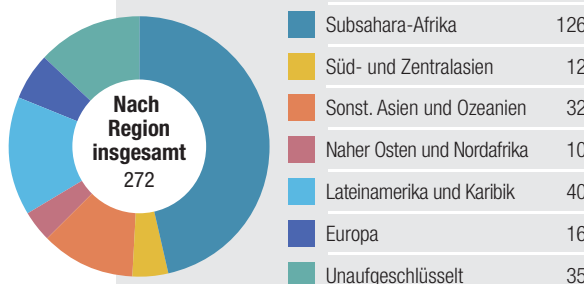
V = Vorläufige Daten

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932512461>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Senegal	22
2	Mali	21
3	Kap Verde	17
4	Vietnam	15
5	Nicaragua	14
6	Burkina Faso	14
7	El Salvador	12
8	Laos	11
9	Niger	11
10	Namibia	8

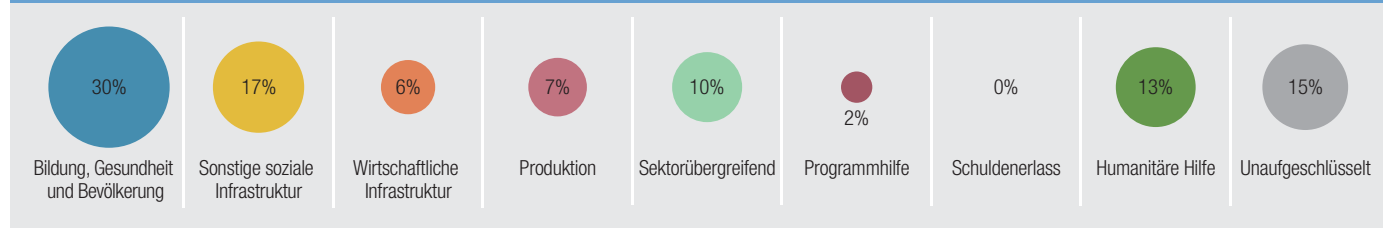
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	33%
10 Hauptempfänger	54%
20 Hauptempfänger	70%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

SENEGAL
22 Mio. US-\$

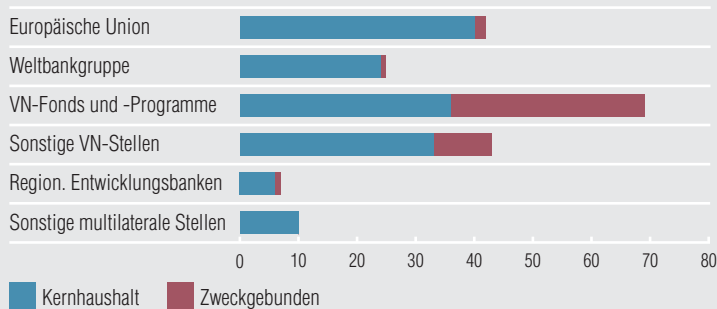
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

2009 stellte Luxemburg 149 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 34% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte Luxemburg zusätzlich 48 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 196 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden.

Abbildung A.63. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)

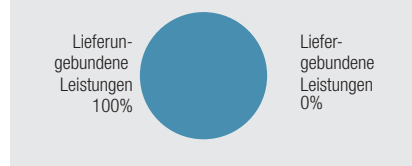


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513563>

Lieferaufbindung

Luxemburgs Leistungen sind weiterhin vollständig lieferungebunden.

Abbildung A.64. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513582>

Tabelle A.17. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
61.4 Mio. US-\$

14.1%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Subsahara-Afrika
2. Sudan
3. Palästinensische Autonomiegebiete

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

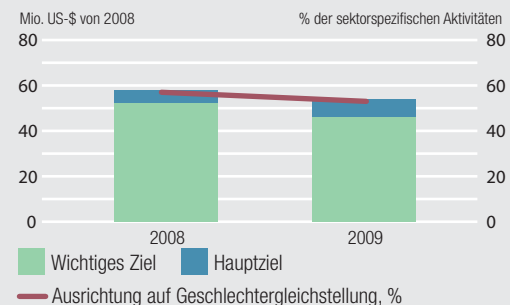
Humanitäre Hilfe

Luxemburg stellte 2009 humanitäre Hilfe von insgesamt 61,4 Mio. US-\$ bereit. Wenngleich sich das humanitäre Programm in absoluter Rechnung bescheiden ausnimmt, genießt es unter seinen Partnerländern hohe Anerkennung. Zu den wesentlichen Merkmalen zählen minimale Zweckbindung, Mehrjahresfinanzierungsvereinbarungen mit multilateralen Stellen und vier großen NRO, Fokussierung auf den bilateralen Dialog, bedeutende Zusagen an den Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen der Vereinten Nationen (Central Emergency Response Fund – CERF) und geringer Verwaltungsaufwand. Ein ständiger Kommunikations- und Informationsfluss ermöglicht es Luxemburg, Entwicklungen in Echtzeit zu verfolgen und rasch mit der Programmierung von Anpassungen zu reagieren.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Luxemburg hat die Geschlechtergleichstellung zu einem seiner vier Querschnittsthemen erklärt, auf die es seine Anstrengungen konzentrieren möchte. Allerdings hat Luxemburg erst 2008 mit der Berichterstattung über die Fokussierung seiner Leistungen auf die Gleichstellung der Geschlechter begonnen, und nicht alle Aktivitäten werden anhand des Gender-Markers gemessen (die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 52%). Den verfügbaren Daten zufolge wurde 2009 über die Hälfte (53%) der ODA-Leistungen Luxemburgs für Aktivitäten bereitgestellt, deren Schwergewicht auf der Geschlechtergleichstellung liegt.

Abbildung A.65. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514399>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Luxemburg hat die Umwelt zu einem der vier Querschnittsthemen gewählt, auf die es seine Bemühungen konzentrieren möchte. Allerdings misst es seine Aktivitäten nicht anhand der Rio-Marker für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Neuseeland

Neuseelands ODA belief sich 2010 netto auf 353 Mio. US-\$, womit sie gegenüber 2009 in realer Rechnung um 3,9% gestiegen ist. Das ODA/BNE-Verhältnis verringerte sich leicht, von 0,28% im Jahr 2009 auf 0,26% im Jahr 2010. Trotz starken Drucks auf die öffentlichen Ausgaben beabsichtigt Neuseeland, seine ODA nach einem mittelfristigen Ausgabenplan weiter zu erhöhen und bis 2012-2013 ein Niveau von 416 Mio. US-\$ zu erreichen.

Bilaterale ODA

Auf das bilaterale ODA-Programm entfallen 73% der insgesamt von Neuseeland geleisteten Entwicklungszusammenarbeit. Es ist stark auf den Pazifikraum und Südostasien ausgerichtet, die beide für die neuseeländische Außenpolitik von zentraler Bedeutung sind. Eine Reihe der wichtigsten Partnerländer Neuseelands in diesen Regionen zählt entweder zu den am wenigsten entwickelten Ländern oder zu den anderen Ländern der unteren Einkommensgruppe (OLIC). Dies erklärt, weshalb der auf LDC und LIC entfallende Anteil der ODA-Leistungen Neuseelands so hoch ist. Neuseelands Entwicklungsleistungen sind darüber hinaus traditionell zu einem großen Teil auf soziale Infrastrukturen und Dienste ausgerichtet.

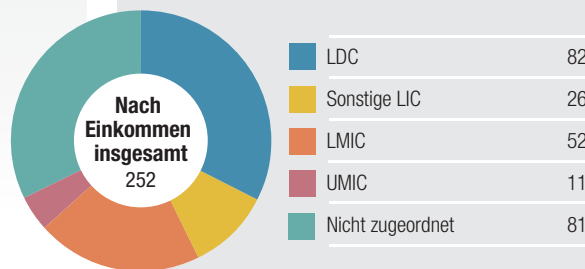
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	348	309	353	14.1%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	320	309	297	-3.9%
Neuseeland-Dollar (Mio.)	503	494	490	-1.0%
ODA/BNE	0.30%	0.28%	0.26%	
Bilateraler Anteil	80%	73%	78%	

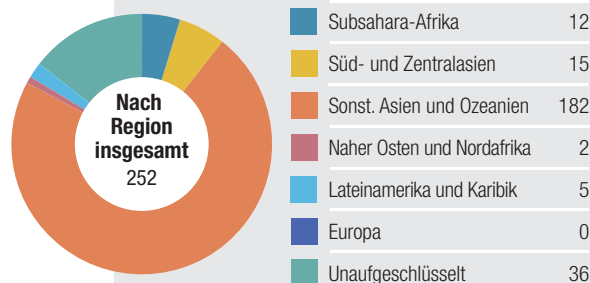
V = Vorläufige Daten

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932512518>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

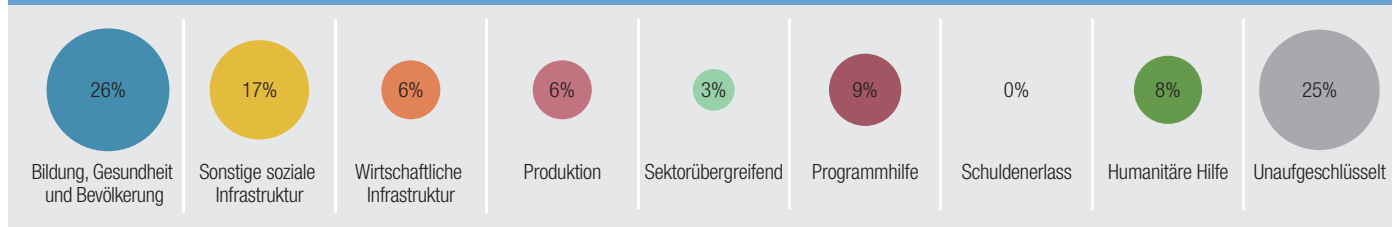
1	Salomonen	24
2	Papua-Neuguinea	16
3	Tokelau	15
4	Vanuatu	13
5	Niue	10
6	Samoa	9
7	Indonesien	9
8	Tonga	7
9	Vietnam	6
10	Afghanistan	6

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	31%
10 Hauptempfänger	46%
20 Hauptempfänger	59%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
SALOMONEN
24 Mio. US-\$

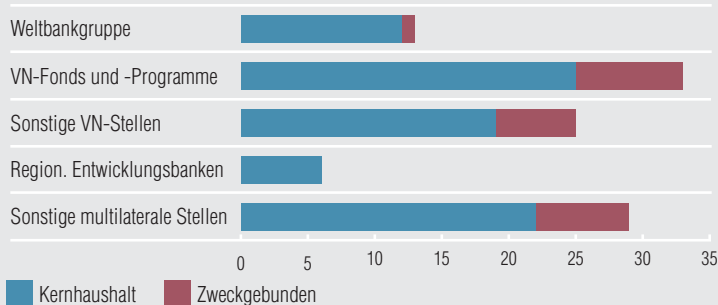
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Neuseeland stellte 2009 83 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 23% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Weitere 23 Mio. US-\$ erbrachte Neuseeland 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 106 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden.

Abbildung A.70. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513658>

Lieferaufbindung

Neuseelands ODA wird weitgehend ohne Lieferbindung erbracht (92%). Der restliche Anteil, bei dem die Lieferbindung noch besteht, bezieht sich auf Kosten für Flüchtlinge in Neuseeland sowie inlandsbasierte Mechanismen wie Stipendien und die Entsendung neuseeländischer Polizeikräfte.

Abbildung A.71. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513677>

Humanitäre Hilfe

Neuseeland wandte 2009 insgesamt 28,9 Mio. US-\$ für humanitäre Hilfe auf. Neuseelands humanitäre Hilfe im Pazifikraum erfolgt zeitnah und wirkungsvoll, und das Land behauptet sich in weltweiten Foren und Politikdiskussionen zum Thema humanitäre Hilfe auf hohem Niveau. Als Geber wird Neuseeland als nützlicher Partner betrachtet, der große Herausforderungen im humanitären Bereich offen diskutiert, nur einen geringen Teil der Mittel zweckgebunden vergibt, Beiträge zu den Kernhaushalten einiger VN-Stellen leistet und sich an der Korbfinanzierung über den weltweit agierenden Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen der Vereinten Nationen (Central Emergency Response Fund – CERF) beteiligt, ergänzt durch flexible mehrjährige Pauschalzuschüsse an NRO. Neuseeland stellt darüber hinaus Mittel für den Aufbau von Kapazitäten in mehreren nationalen Büros für Katastrophenmanagement auf Pazifikinseln zur Verfügung.

Tabelle A.19. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
28.9 Mio. US-\$

8.7%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Samoa
2. Afghanistan
3. Fidschi

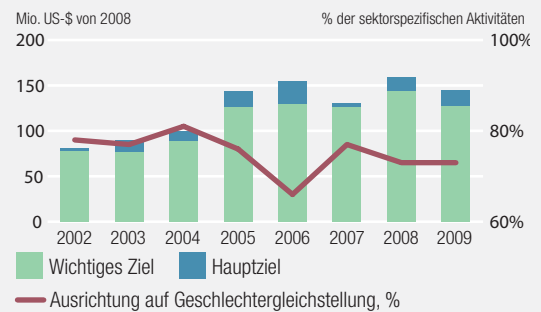
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Neuseeland hat die Geschlechtergleichstellung, die Menschenrechte und den Umweltschutz als Querschnittsthemen definiert und versucht, diese in sein ODA-Programm und in den internationalen Politikdialog einzubinden. Das Land hat geeignete Messinstrumente entwickelt, und seine systematische Berichterstattung zu den Arbeiten im Bereich Geschlechtergleichstellung zeigt, dass ein hoher Anteil der Programme die Gleichstellung der Geschlechter als Haupt- bzw. als wichtiges Ziel verfolgt.

Neuseeland misst alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

Abbildung A.72. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

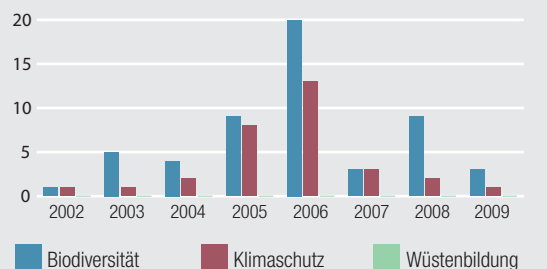


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514456>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Umweltschutz ist eines der drei Querschnittsthemen Neuseelands. In Anbetracht der vielfältigen tatsächlichen bzw. potenziellen Naturkatastrophenrisiken auf zahlreichen Pazifikinseln muss Neuseeland bei der Verwaltung sämtlicher Projekte bzw. Programme über deren Lebenszyklus Fragen des Katastrophenmanagements sowie der Anpassung an den Klimawandel einbeziehen, um die Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel zu verringern und sicherzustellen, dass künftige Auswirkungen berücksichtigt werden.

Abbildung A.73. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513696>

Niederlande

Die Niederlande waren 2010 der sechstgrößte Geber und erbrachten 4,9% der ODA-Gesamtleistungen der DAC-Mitglieder (vollständig in Form von Zuschüssen). Die ODA-Nettoleistungen der Niederlande beliefen sich auf 6,35 Mrd. US-\$, eine Steigerung in realer Rechnung um 2,2% gegenüber 2009. Das ODA/BNE-Verhältnis verringerte sich leicht von 0,82% im Jahr 2009 auf 0,81% im Jahr 2010.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Die bilateralen öffentlichen Entwicklungsleistungen der Niederlande konzentrieren sich zunehmend auf eine geringe Zahl von Ländern und Sektoren, von denen die meisten in Subsahara-Afrika liegen. Die von ihren Botschaften verwalteten Programme sind stark dezentralisiert und genießen auf Grund ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Partnerländer hohes Ansehen.

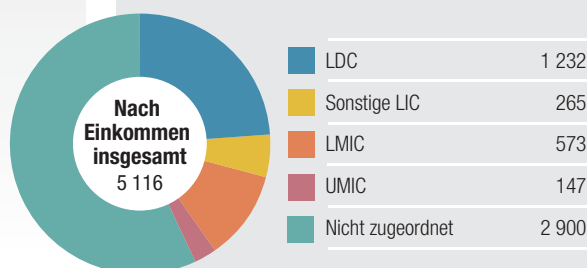
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	6 993	6 426	6 351	-1.2%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	6 740	6 426	6 570	2.2%
Euro (Mio.)	4 848	4 615	4 795	3.9%
ODA/BNE	0.80%	0.82%	0.81%	
Bilateral Anteil	74%	75%	75%	

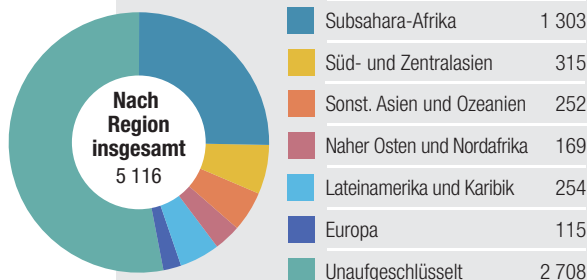
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512480>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

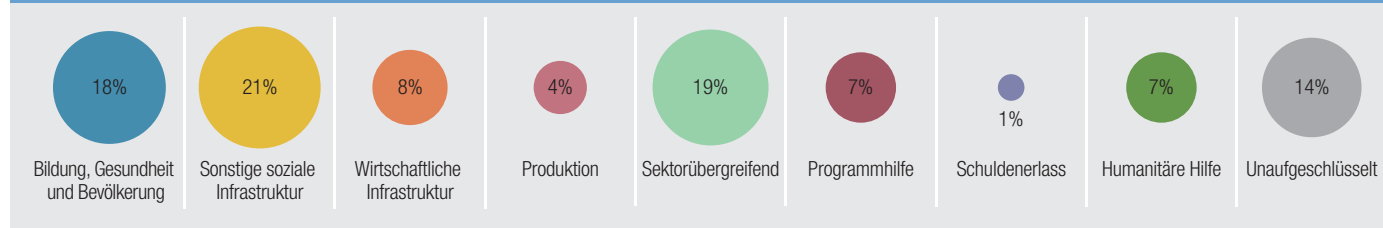
1	Indonesien	165
2	Afghanistan	130
3	Sudan	127
4	Ghana	109
5	Mosambik	103
6	Äthiopien	100
7	Suriname	92
8	Tansania	89
9	Mali	78
10	Bangladesch	78

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	12%
10 Hauptempfänger	21%
20 Hauptempfänger	32%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
INDONESIEN
165 Mio. US-\$

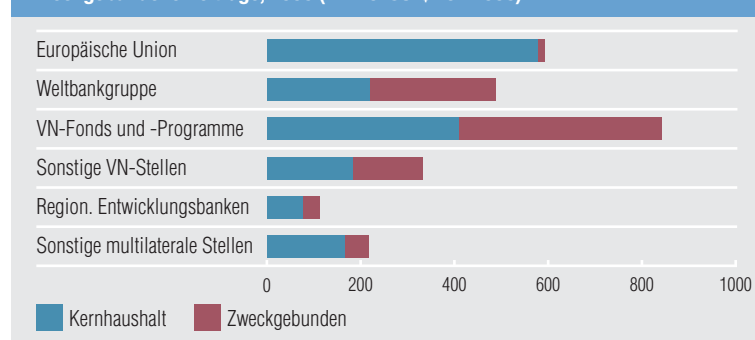
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Die Niederlande stellten 2009 1,6 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 25% ihrer ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachten die Niederlande zusätzlich 957 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 2,6 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen sowie die VN-Fonds und -Programme waren die größten Empfänger niederländischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.66. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513601>

Lieferaufbindung

Die Niederlande haben bei der Aufhebung der Lieferbindung im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit Fortschritte erzielt und kommen ihren Zusagen gemäß der DAC-Empfehlung von 2001 sowie dem Aktionsplan von Accra nach.

Abbildung A.67. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513620>

Humanitäre Hilfe

Die Niederlande stellten 2009 humanitäre Hilfe in Höhe von insgesamt 526 Mio. US-\$ bereit. Davon wurden 66% über multilaterale Stellen, 16% über NRO und 14% über die Europäische Union vergeben, und die restlichen 4% wurden über andere Kanäle erbracht. Die Niederlande sind ein bedeutender und strategisch wichtiger humanitärer Geber, der eine Schlüsselrolle bei der Stärkung des weltweiten humanitären Hilffsystems spielt. Um diesen Ansatz zu unterstützen, konzentriert sich die niederländische humanitäre Hilfe stark auf die Förderung multilateraler Stellen sowie VN-geführter Korbfinanzierungsmechanismen. Die Partner sind sich darin einig, dass die niederländische Lobbyarbeit zur Stärkung der Systeme nützlich gewesen sowie weiterhin relevant ist und fortgesetzt werden sollte.

Tabelle A.18. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
526.0 Mio. US-\$

7.9%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER

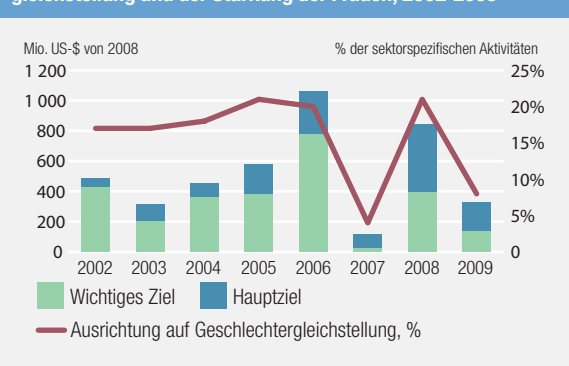
1. Afghanistan
2. Sudan
3. Kongo, Demokratische Republik

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Der Anteil der sektorspezifischen niederländischen ODA-Leistungen, die für Aktivitäten mit Genderschwerpunkt zugesagt wurden, ist von 2003 bis 2006 stetig gestiegen, schwankt seitdem jedoch. Alle Aktivitäten sind anhand des Gender-Markers gemessen worden: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

Abbildung A.68. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

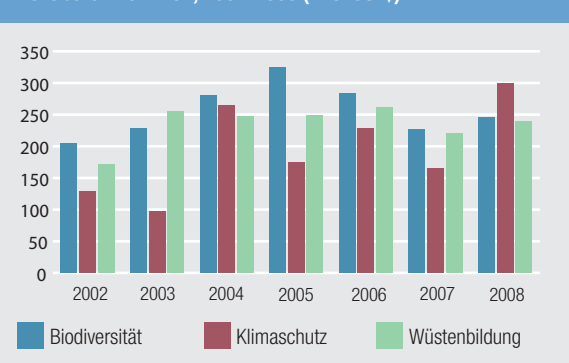


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514418>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Die Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes durch die Niederlande spiegelt sich in dem dauerhaft hohen Niveau der ODA-Zusagen für diese Bereiche in den vergangenen fünf Jahren wider.

Abbildung A.69. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513639>

Norwegen

2010 erreichte Norwegen ein ODA-Niveau im Verhältnis zu seinem BNE von 1,1% – eine herausragende Leistung. Norwegen war 2010 der neuntgrößte Geber der Welt und erbrachte 3,5% der ODA-Gesamtleistungen der DAC-Mitglieder. Norwegens ODA-Nettoleistungen beliefen sich auf 4,58 Mrd. US-\$, womit sie gegenüber 2009 in realer Rechnung um 3,6% gestiegen sind. Der Anstieg ist hauptsächlich auf zunehmende Bemühungen zur Förderung sauberer Energien und zur Verringerung der Entwaldung zurückzuführen.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Norwegens bilaterale Programme konzentrieren sich zunehmend auf einige thematische Prioritäten von globaler Bedeutung: Umwelt und Klimaschutz, weltweite Gesundheitsförderung, saubere Energien, Zivilgesellschaft, Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung. Norwegen konzentriert sich mit seinem bilateralen Programm zwar weiterhin auf 32 Länder, richtet die Beziehungen mit diesen Ländern jedoch nach einem thematischen Ansatz neu aus.

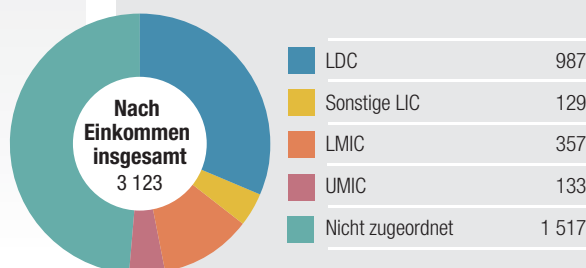
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	4 006	4 086	4 582	12.1%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	3 495	4 086	4 233	3.6%
Norwegische Kronen (Mio.)	22 862	25 653	27 697	8.0%
ODA/BNE	0.89%	1.06%	1.10%	
Bilateral Anteil	77%	78%	79%	

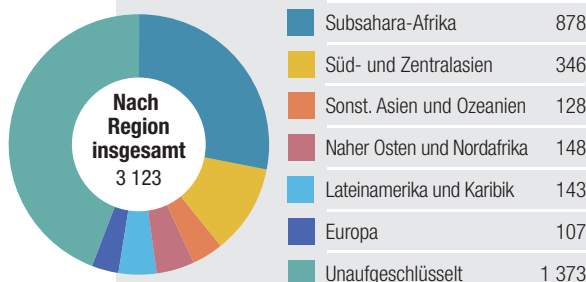
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512499>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Afghanistan	122
2	Tansania	122
3	Paläst. Autonomiegebiete	108
4	Sudan	106
5	Mosambik	89
6	Uganda	71
7	Sambia	68
8	Malawi	64
9	Nepal	44
10	Somalia	39

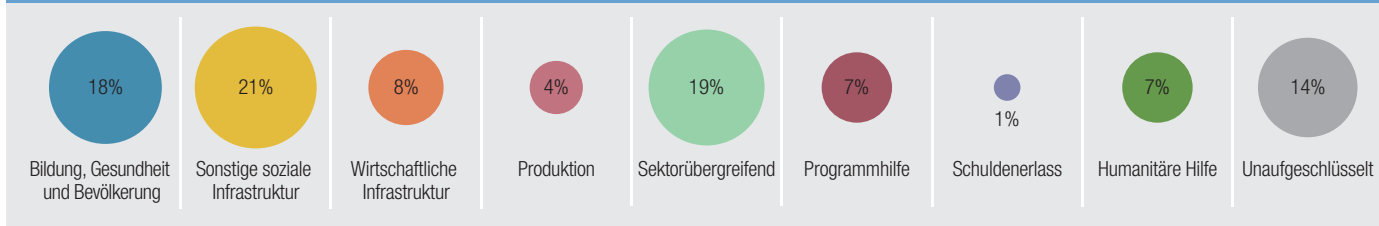
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	18%
10 Hauptempfänger	27%
20 Hauptempfänger	36%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

AFGHANISTAN
122 Mio. US-\$

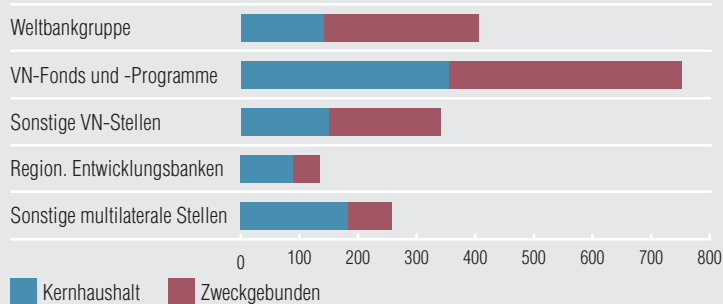
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Norwegen stellte 2009 918 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 23% seiner ODA-Bruttoleistungen entsprach. Weitere 977 Mio. US-\$ erbrachte Norwegen 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 1,9 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die VN-Fonds und -Programme waren der größte Empfänger norwegischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.74. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)

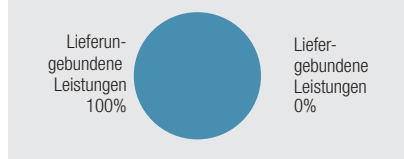


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513715>

Lieferaufbindung

Norwegens ODA wird vollständig ohne Lieferbindung erbracht.

Abbildung A.75. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513734>

Humanitäre Hilfe

Norwegen wandte 2009 insgesamt 426,4 Mio. US-\$ für humanitäre Hilfe auf. Norwegen fördert im Rahmen seiner Strategie für die humanitäre Hilfe einen ganzheitlichen Ansatz in humanitären Angelegenheiten und arbeitet weiter auf sein Ziel hin, die Professionalität und die Umsetzungskapazitäten wichtiger Partner – insbesondere im VN-System – zu verbessern. Dieses Engagement wird durch den bedeutenden Anteil an humanitärer Hilfe unterstützt, der über die VN-Stellen sowie die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung erbracht wird, sowie durch die Förderung des Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen.

Tabelle A.20. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
426.4 Mio. US-\$

9.2%
DER GESAMT-ODA

HAUPTEMPFÄNGER
1. Sudan
2. Afghanistan
3. Palästinensische Autonomiegebiete

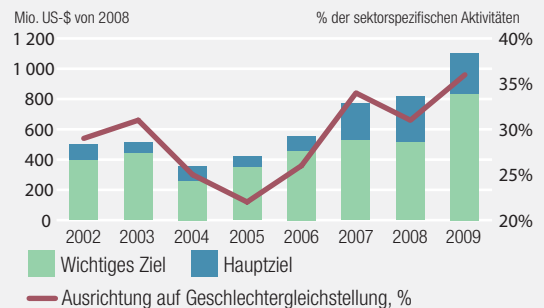
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Der Anteil der nach Sektoren aufschlüsselbaren ODA, die Norwegen für Aktivitäten mit Genderschwerpunkt zugesagt hat, schwankte im Zeitraum 2002-2009 zwischen 28% und 36%. Der Höchstwert von 36% wurde 2009 erreicht.

Norwegen misst alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

Abbildung A.76. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

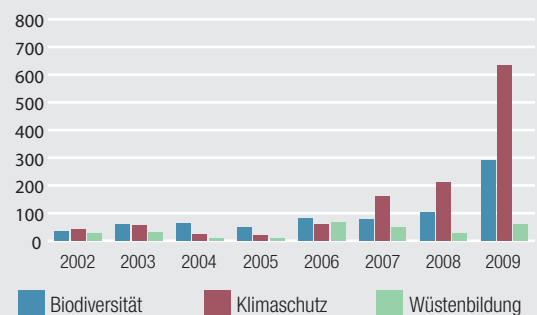


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514437>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Seit 2005 ist ein stetig steigender Anteil der norwegischen ODA für Aktivitäten in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz bestimmt. In einem neuen Weißbuch, das dem norwegischen Parlament 2010 vorgelegt wurde, wird beschrieben, wie Umwelt und Entwicklung untrennbar miteinander verbunden sind, und eine kohärente Umwelt- und Entwicklungspolitik für das Land dargelegt.

Abbildung A.77. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513753>

Österreich

Österreichs ODA-Volumen belief sich 2010 auf 1,20 Mrd. US-\$, was 0,32% des BNE und im Vergleich zu 2009 einem Anstieg von 8,8% in realer Rechnung entspricht. Der Anstieg ist hauptsächlich auf Schuldenerlasse zurückzuführen.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Im Einklang mit seinem Ziel, seine ODA-Leistungen auf weniger Partnerländer zu konzentrieren, hat Österreich sieben Länder – hauptsächlich in Südosteuropa – identifiziert, für die die Leistungen auslaufen werden. In Anbetracht des bedeutenden Anteils, den Schuldenerlasse seit 2005 an Österreichs ODA-Leistungen haben, und insbesondere im Jahr 2009 im Hinblick auf den Irak, befinden sich nur wenige der Schwerpunktländer Österreichs unter den ersten zehn Empfängerländern, mit Ausnahme Bosnien-Herzegowinas, Serbiens, Äthiopiens und Ugandas.

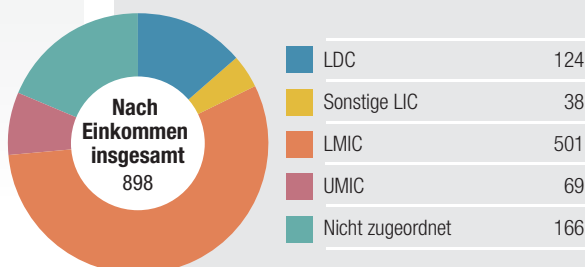
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	1 714	1 142	1 199	5.0%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	1 672	1 142	1 242	8.8%
Euro (Mio.)	1 188	820	905	10.4%
ODA/BNE	0.43%	0.30%	0.32%	
Bilateral Anteil	72%	44%	51%	

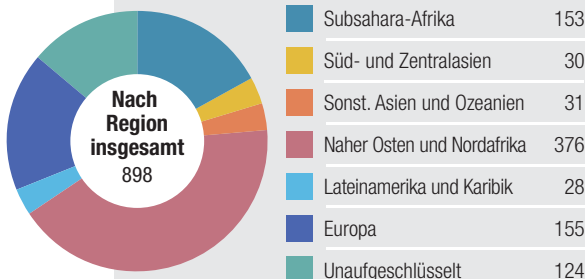
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512214>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

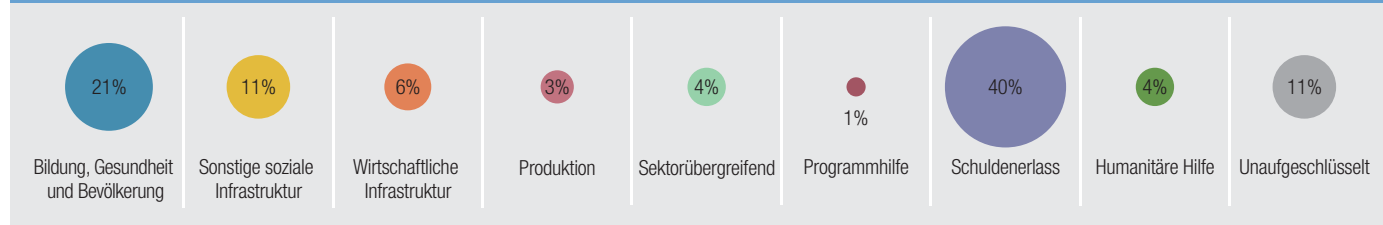
1	Irak	339
2	Bosnien und Herzegowina	33
3	Türkei	27
4	Tschad	24
5	Serbien	23
6	Ägypten	20
7	China	17
8	Äthiopien	17
9	Uganda	14
10	Côte d'Ivoire	11

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	50%
10 Hauptempfänger	58%
20 Hauptempfänger	68%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
IRAK
339 Mio. US-\$

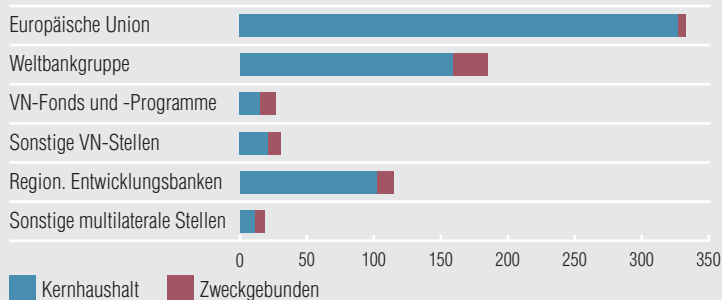
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

2009 stellte Österreich 635 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 54% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Im selben Jahr erbrachte Österreich einen zusätzlichen Betrag von 75 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 709 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger österreichischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.12. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



Lieferaufbindung

Österreich hat zwar für den Großteil seiner Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder (96,9%, Durchschnitt für 2008-2009) die Lieferbindung im Einklang mit der DAC-Empfehlung von 2001 aufgehoben, nahezu ein Viertel der im Zeitraum 2008-2009 von Österreich erbrachten bilateralen ODA-Leistungen war jedoch liefergebunden. Österreich verfügt über keine klare Strategie, um die Lieferbindung bei dem Rest seiner liefergebundenen Leistungen aufzuheben.

Abbildung A.13. Grad der von bilateralen ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512860>

Tabelle A.4. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
77.8 Mio. US-\$

7%
DER GESAMT-ODA

HAUPTEMPFÄNGER
1. Tschad
2. Palästinensische Autonomiegebiete
3. Äthiopien

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Humanitäre Hilfe

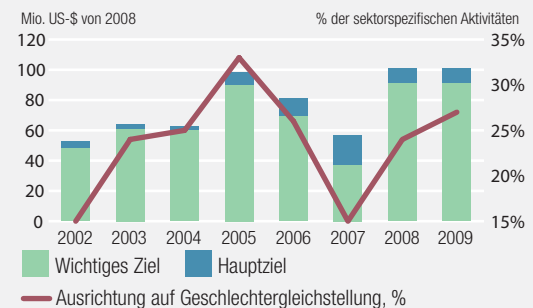
Österreich stellte 2009 humanitäre Hilfe von insgesamt 77,8 Mio. US-\$ bereit. Österreich räumt seinen Programmländern bei der Auszahlung von Mitteln für humanitäre Hilfe Priorität ein und vergibt den Großteil seiner bescheidenen Finanzmittel über multilaterale Kanäle. Die Verwaltung der öffentlichen Finanzmittel für internationale humanitäre Hilfe insgesamt ist auf mindestens vier Ministerien verteilt, zusätzlich zu den von der Austrian Development Agency verwalteten Mitteln.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Seit 2002 ist die Förderung für die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen gestiegen, die eine sektorübergreifende Priorität für Österreich darstellt: 27% der bilateralen ODA umfassten 2009 ein Element der Geschlechtergleichstellung.

Österreich hat alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers gemessen: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

Abbildung A.14. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

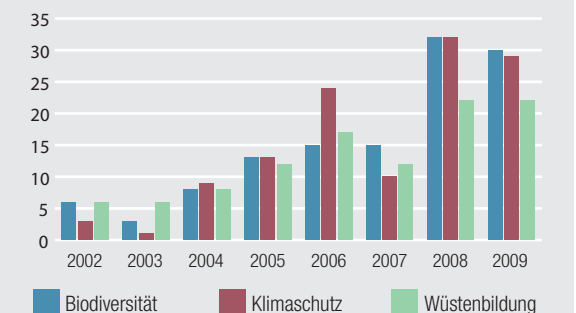


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514152>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Österreich behandelt die Umwelt als wesentlichen, sektorübergreifenden Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit und verstärkt seine Fokussierung auf die biologische Vielfalt sowie den Klimaschutz, wie sich am Umweltmarker für den Zeitraum 2008-2009 erkennen lässt.

Abbildung A.15. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512879>

Portugal

Portugals ODA betrug 2010 netto 648 Mio. US-\$, was in realer Rechnung gegenüber dem ODA-Niveau von 2009 einem Anstieg um 31,5% entspricht. Portugals ODA/BNE-Verhältnis lag 2010 bei 0,29%.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

2010 entfielen 61% von Portugals ODA-Budget auf bilaterale Leistungen, gegenüber 54% im Jahr 2009. Die geografische Verteilung der portugiesischen bilateralen ODA-Leistungen weist unter allen DAC-Mitgliedern mit die stärkste Konzentration auf: Der Großteil der portugiesischen bilateralen ODA geht an sechs portugiesischsprachige Länder, fünf davon in Afrika und eines in Asien. Diese Verteilung bedeutet auch, dass Portugal einen großen Teil seiner bilateralen ODA-Leistungen einigen der ärmsten Länder der Welt zukommen lässt. In den letzten Jahren hat Portugal seine Kreditlinienprogramme ausgeweitet, die weniger auf die sechs portugiesischsprachigen Länder konzentriert sind als Portugals Zuschüsse und Technische Zusammenarbeit.

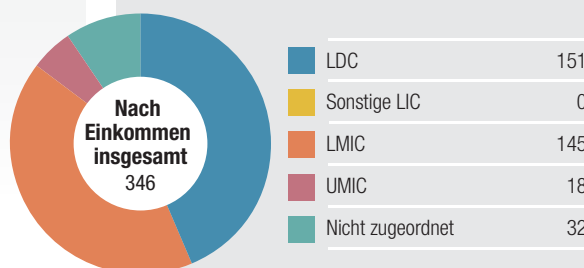
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	620	513	648	26.4%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	600	513	674	31.5%
Euro (Mio.)	430	368	489	32.9%
ODA/BNE	0.27%	0.23%	0.29%	
Bilateraler Anteil	60%	54%	61%	

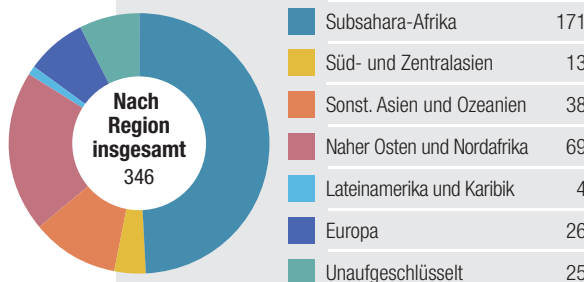
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512537>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

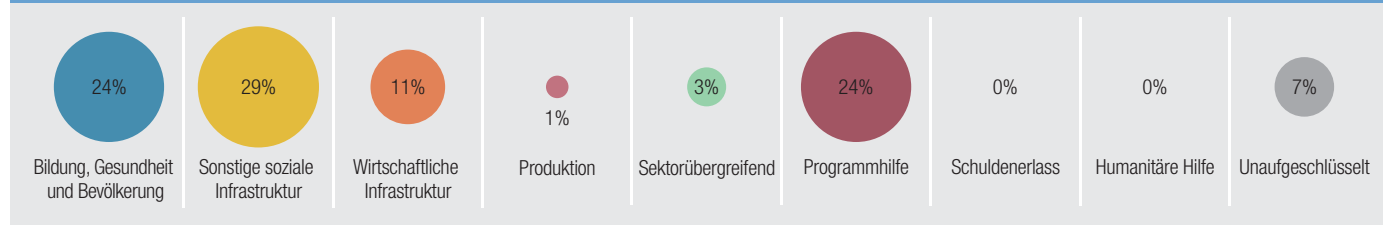
1	Kap Verde	64
2	Marokko	58
3	Mosambik	48
4	Timor-Leste	37
5	Angola	19
6	Guinea-Bissau	16
7	Sao Tome & Principe	14
8	Bosnien und Herzegowina	14
9	Afghanistan	13
10	Libanon	10

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	65%
10 Hauptempfänger	84%
20 Hauptempfänger	90%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
KAP VERDE
64 Mio. US-\$

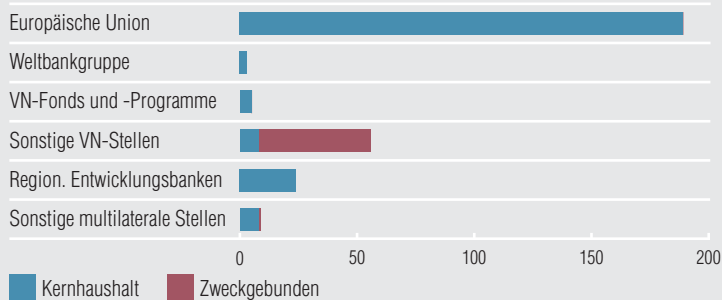
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Portugal stellte 2009 236 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 42% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Weitere 50 Mio. US-\$ erbrachte Portugal 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 286 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger portugiesischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.78. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513772>

Liefieraufbindung

Über die Hälfte von Portugals ODA-Leistungen waren 2008-2009 liefergebunden. Ein Großteil davon entfällt auf Portugals Kreditlinienprogramme.

Abbildung A.79. Grad der Liefieraufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513791>

Humanitäre Hilfe

Portugal wandte 2009 insgesamt 24,9 Mio. US-\$ für humanitäre Hilfe auf. Das Volumen der portugiesischen humanitären Hilfe ist bescheiden und die Planung erfolgt überwiegend auf Ad-hoc-Basis, das Budget kann in Zeiten großer Krisen allerdings durch weitere Mittelbewilligungen aufgestockt werden. Portugal hat in jüngster Zeit einige wirkungsvolle Katastrophenschutzinsätze durchgeführt; die aus diesen Erfahrungen gewonnenen Erkenntnisse könnten als nützliche Bausteine für Portugals künftige humanitären Hilfeinsätze dienen, insbesondere im Hinblick auf die ressortübergreifende Koordinierung und die Katastrophenvorsorge.

Tabelle A.21. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
24.9 Mio. US-\$

4.7%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Libanon
2. Kap Verde
3. Palästinensische Autonomiegebiete

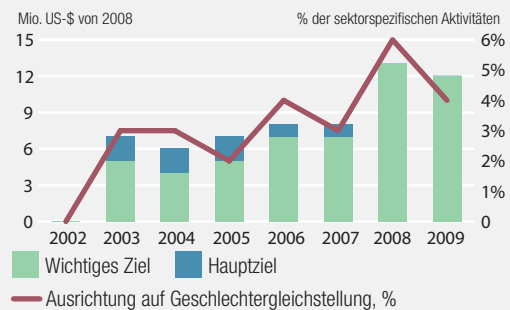
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Den Anteil der ODA-Leistungen, die Portugal speziell für die Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen bereitstellt, ist begrenzt. 2009 sank der Anteil der nach Sektoren aufschlüsselbaren ODA-Leistungen, der auf Aktivitäten zu Gunsten der Gleichstellung der Geschlechter entfällt, auf 4%, gegenüber 6% im Vorjahr.

Portugal misst alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

Abbildung A.80. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

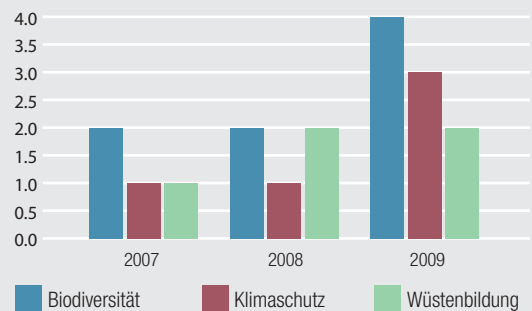


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514475>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Leistungen zu Gunsten der Umwelt machen im Allgemeinen nur einen geringen Teil des portugiesischen ODA-Programms aus.

Abbildung A.81. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513810>

Schweden

In allen Jahren zwischen 2005 und 2010 hat Schweden mehr als 0,9% seines BNE für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt. 2010 betrug Schwedens ODA/BNE-Verhältnis 0,97%. Die schwedischen ODA-Nettoleistungen beliefen sich auf 4,5 Mrd. US-\$, was gegenüber 2009 einen geringfügigen Rückgang, in realer Rechnung gegenüber 2009 jedoch einen Rückgang um rd. 7% darstellt.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Schwedens bilaterale ODA-Leistungen machen zwei Drittel seines Gesamtbudgets aus. Trotz des in Schwedens Grundsatzdokumenten gesetzten Schwerpunkts, der auf Armutsbekämpfung und Subsahara-Afrika liegt, ist der Anteil der für Subsahara-Afrika und die am wenigsten entwickelten Länder ausgewiesenen bilateralen ODA-Leistungen in den letzten fünf Jahren nicht erheblich gestiegen. 2008-2009 ließ Schweden 28% seiner bilateralen ODA-Bruttoleistungen den am wenigsten entwickelten Ländern und 29% Subsahara-Afrika zukommen.

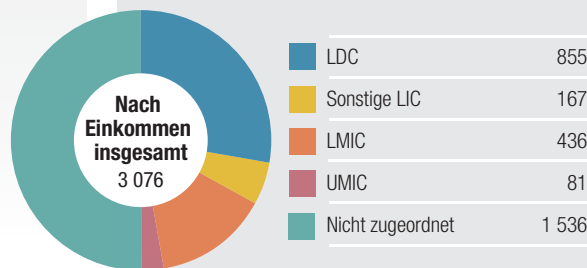
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	4 732	4 548	4 527	-0.5%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	4 219	4 548	4 225	-7.1%
Schwedische Kronen (Mio.)	31 607	34 713	32 602	-6.1%
ODA/BNE	0.98%	1.12%	0.97%	
Bilateraler Anteil	66%	66%	64%	

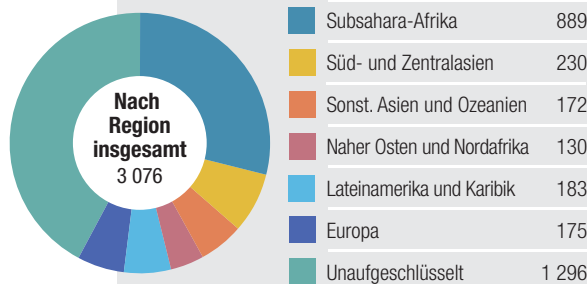
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512575>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Tansania	111
2	Mosambik	109
3	Afghanistan	77
4	Palästina, Autonomiegebiete	69
5	Kenia	66
6	Kongo, Dem. Rep.	65
7	Sudan	60
8	Uganda	58
9	Äthiopien	46
10	Bangladesch	42

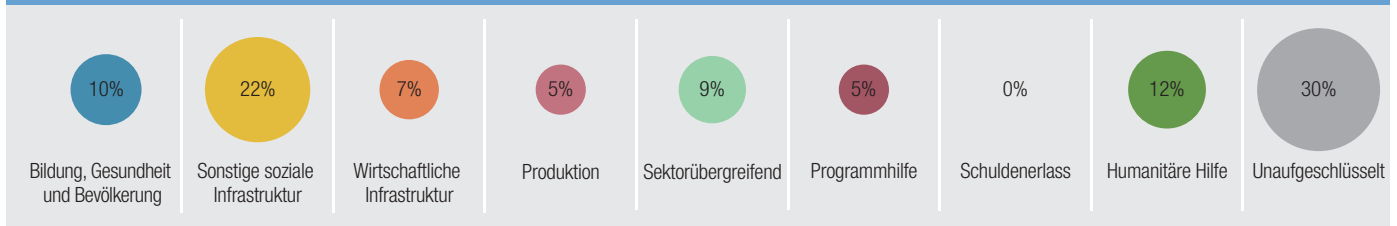
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	14%
10 Hauptempfänger	23%
20 Hauptempfänger	33%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

TANSANIA
111 Mio. US-\$

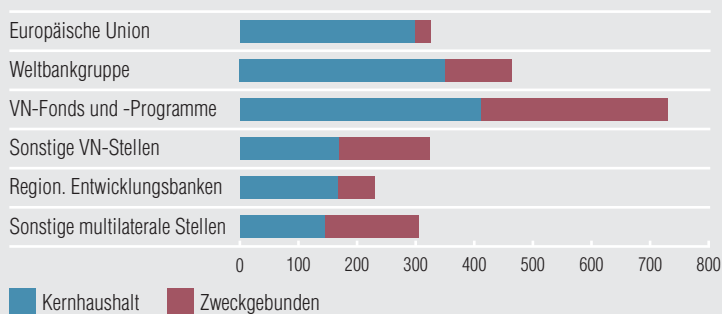
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Schweden stellte 2009 1,5 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 34% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Schweden erbrachte 2009 einen zusätzlichen Betrag von 838 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 2,4 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden.

Abbildung A.86. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513886>

Lieferaufbindung

Schwedens bilaterale ODA-Leistungen sind vollständig lieferungebunden.

Abbildung A.87. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513905>

Humanitäre Hilfe

Schweden stellte 2009 humanitäre Hilfe von insgesamt 639,9 Mio. US-\$ bereit. Davon wurden 63% über multilaterale Stellen, 24% über NRO und 8% über EU-Institutionen vergeben, die restlichen 5% wurden über andere Kanäle erbracht. Schweden wird sowohl im Hinblick auf das Volumen als auch die Qualität der finanziellen Unterstützung als ein verlässlicher humanitärer Geber betrachtet. Im Einklang mit Schwedens starkem Engagement für multilaterales Handeln wurden die Mittel hauptsächlich über VN-Einrichtungen und die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung ausgezahlt. Schweden bemüht sich, die Lücke zwischen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit zu schließen, indem humanitäre Helfer in Länderteams eingebunden werden und den Partnerländern mehrjährige Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Soforthilfe wird durch einen Mechanismus geleistet, mit dem

Tabelle A.23. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
639.9 Mio. US-\$

30.3%
DER GESAMT-ODA

HAUPTEMPFÄNGER
1. Kongo,
Demokratische Republik
2. Palästinensische
Autonomiegebiete
3. Sudan

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

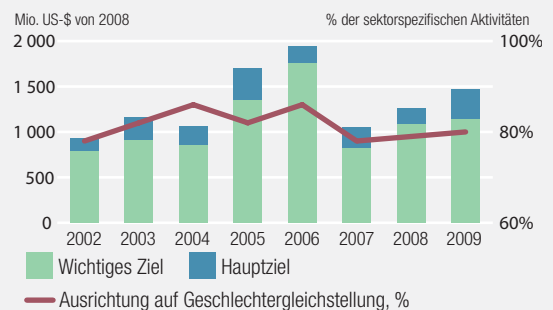
vorab festgelegte Partnerländer im Voraus Mittel erhalten und der durch die soliden Soforthilfekapazitäten des Katastrophenschutzdienstes (MSB) untergestützt wird.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Ein recht hoher Anteil der schwedischen ODA-Leistungen dient der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen, und das kommt in Schwedens Priorisierung dieser Frage zum Ausdruck.

Schweden misst alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt somit 100%.

Abbildung A.88. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

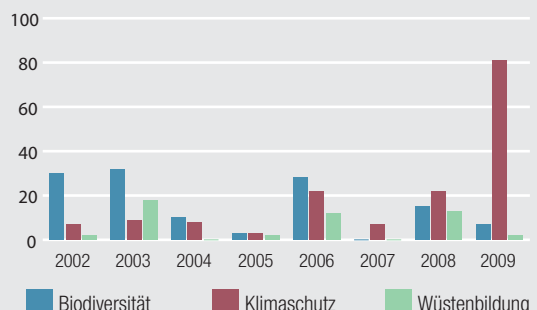


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514513>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Das schwedische Engagement für den Klimaschutz zeigt sich gemäß den Rio-Markern daran, dass seine ODA-Verpflichtungen in diesem Bereich 2009 zugenommen haben. Gleichwohl hat Schwedens Unterstützung für zwei andere wichtige Umweltbereiche, die biologische Vielfalt und die Bekämpfung der Wüstenbildung, abgenommen.

Abbildung A.89. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513924>

Schweiz

Das ODA-Volumen der Schweiz belief sich 2010 auf 2,3 Mrd. US-\$, was in realer Rechnung einer Abnahme um 4,5% entspricht, die auf den geringeren Umfang der schweizerischen Schuldenerlassmaßnahmen zurückzuführen ist. Die ODA-Leistungen beliefen sich im Verhältnis zum BNE auf 0,41% und waren somit im Vergleich zu 0,45% im Jahr 2009 rückläufig.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Die bilateralen ODA-Bruttoteilungen der Schweiz lagen in den vergangenen Jahren stabil bei rd. 75-76% der ODA-Gesamtleistungen. Bei ihren Mittelallokationen legt die Schweiz einen besonderen Schwerpunkt auf die am wenigsten entwickelten Länder, an die im Zeitraum 2008-2009 im Jahresdurchschnitt 44% der bilateralen ODA-Bruttoteilungen ausbezahlt wurden, und erfüllt weiterhin ihre Verpflichtungen gegenüber Afrika, wobei 41% der bilateralen ODA-Mittel im Zeitraum 2008-2009 Ländern in Subsahara-Afrika zufließen. Togo und der Irak zählen zwar nicht zu den Schwerpunktpartnerländern der Schweiz, stehen auf Grund der außergewöhnlichen Schuldenerlasse in diesen Jahren jedoch auf der Liste der größten Empfänger schweizerischer ODA im Zeitraum 2008-2009.

Trotz ihres Schwerpunkts im Bereich soziale Infrastruktur und Dienstleistungen sind die ODA-Leistungen der Schweiz weiterhin auf zu viele Sektoren und Themengebiete verteilt.

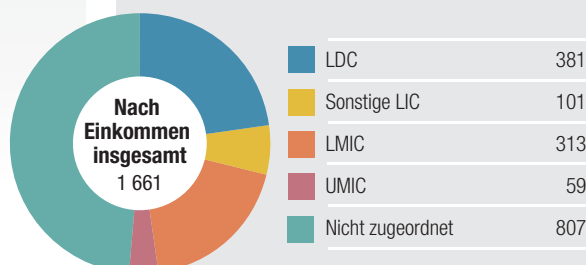
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	2 038	2 310	2 295	-0.6%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	2 067	2 310	2 205	-4.5%
Schweizer Franken (Mio.)	2 234	2 504	2 393	-4.4%
ODA/BNE	0.44%	0.45%	0.41%	
Bilateraler Anteil	76%	76%	75%	

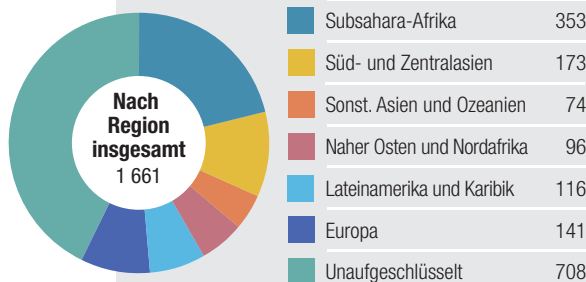
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512594>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Togo	80
2	Irak	47
3	Serbien	34
4	Tansania	27
5	Mosambik	24
6	Nepal	23
7	Vietnam	23
8	Kosovo*	22
9	Burkina Faso	22
10	Bangladesch	20

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

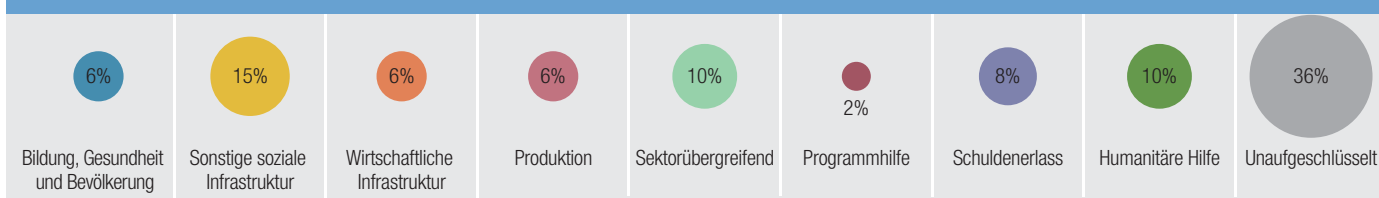
5 Hauptempfänger	13%
10 Hauptempfänger	19%
20 Hauptempfänger	30%

* Die ODA-Bruttoteilungen für Kosovo betrugen 2009 33 Mio. US-\$. Vor 2009 wurde Kosovo nicht getrennt auf der DAC-Liste der ODA-Empfänger aufgeführt, die Leistungen für Kosovo wurden vielmehr unter den Leistungen für Serbien ausgewiesen.

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

TOGO
80 Mio. US-\$

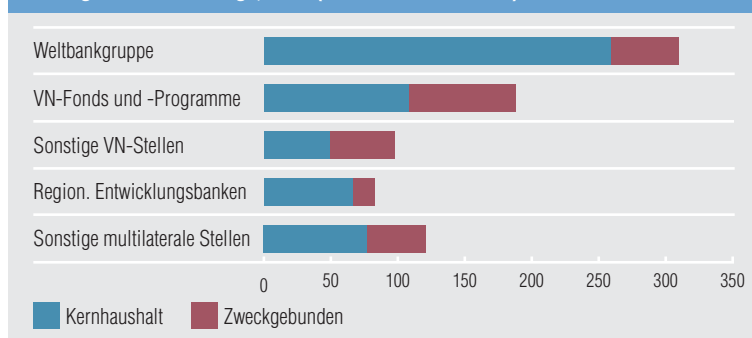
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

2009 stellte die Schweiz 559 Mio. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 26% ihrer ODA-Bruttoleistungen entsprach. Im selben Jahr erbrachte die Schweiz einen zusätzlichen Betrag von 246 Mio. US-\$ in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 806 Mio. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die Weltbankgruppe war der größte Empfänger schweizerischer multilateraler ODA-Leistungen.

Abbildung A.90. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)

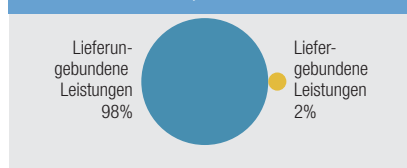


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513943>

Lieferaufbindung

Die Schweiz hat die Lieferbindung für ihre ODA-Leistungen nahezu in vollem Umfang aufgehoben (98%), und ihre Entwicklungsleistungen an hochverschuldete arme Länder sowie am wenigsten entwickelte Länder sind vollständig lieferungebunden.

Abbildung A.93. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513962>

Humanitäre Hilfe

Die Schweiz stellte 2009 humanitäre Hilfe von insgesamt 183,7 Mio. US-\$ bereit. Davon wurden 50% über NRO, 38% über multilaterale Stellen und die restlichen 12% über andere Kanäle vergeben. Die Schweiz verfolgt bei der humanitären Hilfe einen ganzheitlichen Ansatz, der vier wichtige Tätigkeitsfelder umfasst: Katastrophenverhütung und -vorsorge, Nothilfe, Wiederaufbau und Interessenvertretung. Die humanitären Strategien, Prioritäten und Verfahren der Schweiz sind im Einklang mit ihrer Rolle als Verwahrstaat der Genfer Konventionen besonders stark durch die Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht geprägt. Die Schweiz hat ebenfalls eine herausragende Rolle bei den Bemühungen zur Unterstützung von Ansätzen für eine Verringerung des Katastrophenrisikos in der Entwicklungszusammenarbeit gespielt und arbeitet darauf hin, die Erholung durch nützliche Geldleistungen zu fördern.

Tabelle A.24. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
183.7 Mio. US-\$

8.7%
DER GESAMT-ODA

HAUPTEMPFÄNGER
1. Palästinensische Autonomiegebiete
2. Sudan
3. Jordanien

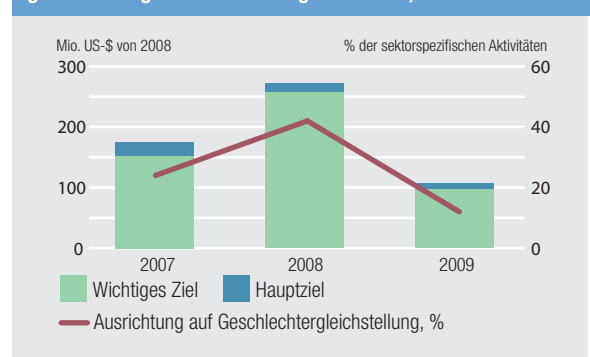
Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

2008 ergab eine Evaluierung der Ergebnisse der Schweiz im Hinblick auf die systematische Einbeziehung der Gleichstellung der Geschlechter, dass die Integration der Geschlechtergleichstellung in die Programme trotz gewisser Fortschritte unterschiedlich erfolgte und nach wie vor in großem Umfang als optional betrachtet wurde. Die Reaktion der Schweiz auf die Evaluierung war ein guter Schritt nach vorne, wobei die Bedeutung der Geschlechtergleichstellung entschieden bekräftigt wurde und klare Politikvorgaben gemacht wurden.

Die Schweiz misst nicht alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 87%.

Abbildung A.92. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

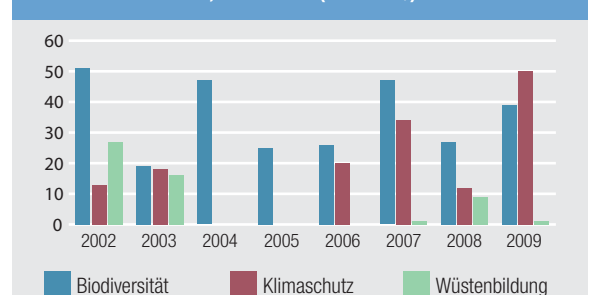


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514532>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Das Engagement der Schweiz für die Umwelt hat ihre Wurzeln in dem Grundsatz der Nachhaltigkeit, der in der schweizerischen Verfassung umrissen ist. Seit Anfang der 1990er Jahre haben Umweltbelange in der Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz einen hohen Stellenwert. Den Rio-Markern zufolge schwankten die auf die Ziele der Rio-Übereinkommen ausgerichteten ODA-Zusagen zwischen 2002 und 2009 erheblich.

Abbildung A.93. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513981>

Spanien

Nach einem stetigen Anstieg der ODA bis zum Jahr 2009 sah sich die spanische Regierung 2010 auf Grund der schweren Folgen der Weltwirtschaftskrise gezwungen, in ihrem Entwicklungsbudget Kürzungen vorzunehmen. Die ODA des Landes betrug 5,9 Mrd. US-\$, womit sie zwischen 2009 und 2010 um 5,9% zurückgegangen ist. Das ODA/BNE-Verhältnis des Landes sank auf 0,43%. Spanien steht aber dennoch zu seiner Zusage, das internationale Ziel von 0,7% bis 2015 zu erreichen.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Spanien legt den Schwerpunkt weiterhin auf Lateinamerika und die Karibik, wobei 40% der Entwicklungszusammenarbeit des Landes auf den amerikanischen Kontinent entfallen. Gleichzeitig misst Spanien auch den LDC immer mehr Bedeutung bei. In den letzten fünf Jahren galt dies insbesondere für die spanischen Programme in Subsahara-Afrika, so dass heute 27% der ODA des Landes in diese Region fließen und ein weiterer Anstieg wahrscheinlich ist.

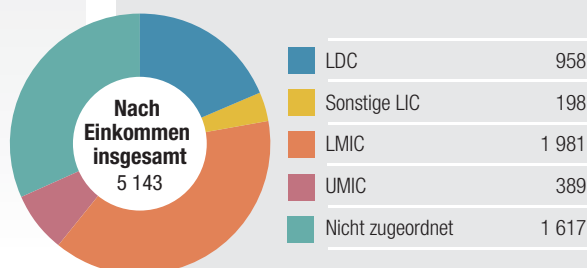
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	6 867	6 584	5 917	-10.1%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	6 670	6 584	6 197	-5.9%
Euro (Mio.)	4 761	4 728	4 467	-5.5%
ODA/BNE	0.45%	0.46%	0.43%	
Bilateral Anteil	70%	68%	68%	

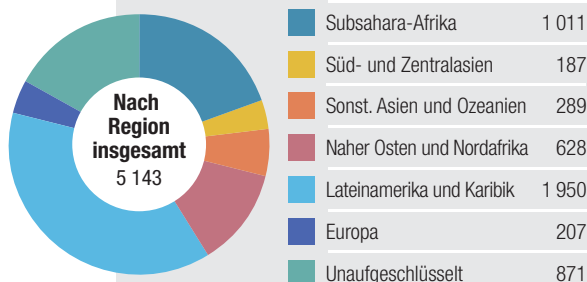
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512556>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

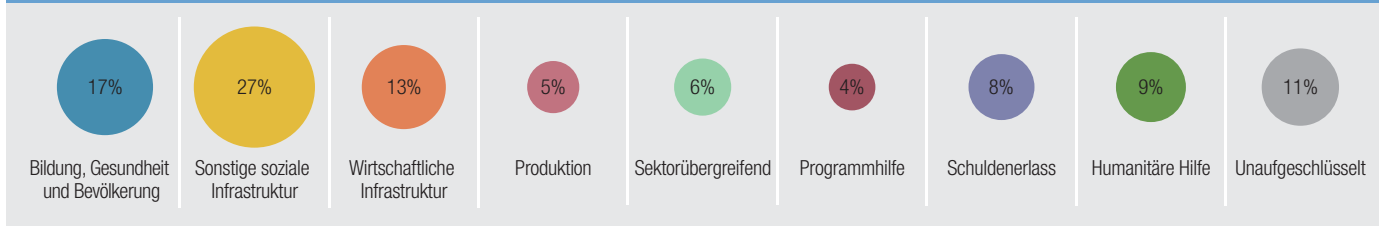
1	Guatemala	185
2	Marokko	178
3	Nicaragua	164
4	Honduras	159
5	Kolumbien	125
6	Peru	120
7	Türkei	115
8	El Salvador	106
9	Palästina, Autonomiegebiete	101
10	Bolivien	98

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	16%
10 Hauptempfänger	26%
20 Hauptempfänger	42%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
GUATEMALA
185 Mio. US-\$

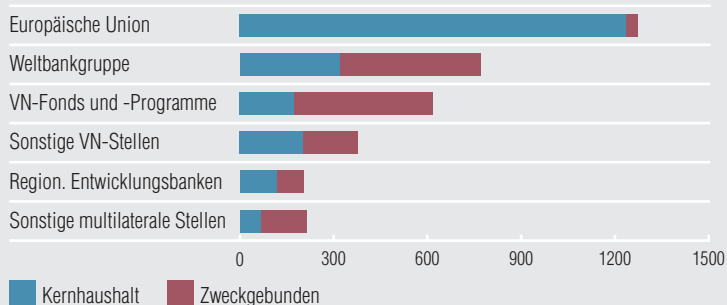
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Spanien stellte 2009 2,1 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 32% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Weitere 1,4 Mrd. US-\$ erbrachte Spanien 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen, so dass insgesamt 3,5 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System bereitgestellt wurden. Die EU-Institutionen waren der größte Empfänger von Spaniens multilateralen ODA-Leistungen.

Abbildung A.82. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513829>

Lieferaufbindung

Spanien gehört zu den DAC-Mitgliedern, die die Lieferung von Gütern und Dienstleistungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiterhin stark an Beschaffungsaufträge im eigenen Land binden und deshalb in diesem Bereich noch Fortschritte erzielen müssen. Das Land hat jedoch konkrete Schritte unternommen – u.a. durch die Einrichtung eines neuen Fonds für Entwicklungszusammenarbeit (FONPRODE) –, um die Lieferbindung der ODA-Leistungen in nächster Zukunft völlig aufzuheben.

Abbildung A.83. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513848>

Tabelle A.22. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
649.4 Mio. US-\$

9.7%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Äthiopien
2. Somalia
3. Palästinensische Autonomiegebiete

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Humanitäre Hilfe

Spanien wandte 2009 insgesamt 649,4 Mio. US-\$ für humanitäre Hilfe auf. Davon wurden 52% über multilaterale Stellen, 25% über EU-Institutionen und 11% über NRO vergeben, die restlichen 12% wurden über andere Kanäle erbracht. Spanien hat bei der Neukonzipierung und Präzisierung seines umfangreichen humanitären Programms große, teilweise sogar bahnbrechende Fortschritte erzielt. Das Land stützt sich auf innovative Ansätze und erbringt seine Leistungen strategisch gezielt und flexibel sowohl direkt als auch über Partner. Spanien hat für die Soforthilfe einen neuen innovativen und effektiven Ansatz entwickelt und setzt sich darüber hinaus für einen frühzeitigen Einsatz von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit ein. Spanien ist außerdem fest entschlossen, strategisch und offen mit seinen Partnern zusammenzuarbeiten, Finanzierungsmittel flexibel, oft über mehrjährige Zeiträume und

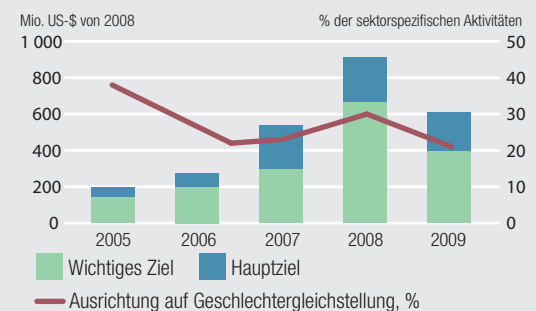
ergebnisorientiert bereitzustellen und die gegenseitige Rechenschaftspflicht zu fördern. Das Land setzt sich darüber hinaus für Dreieckskooperationen mit neuen Gebern ein.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter in der spanischen Entwicklungszusammenarbeit eine politische Priorität ist, schwankte der Anteil der für Aktivitäten mit Ausrichtung auf die Geschlechtergleichstellung zugesagten sektorspezifischen ODA im Zeitraum 2005-2009 zwischen 21% und 40%. Der niedrigste Wert (21%) wurde 2009 verzeichnet.

Spanien misst nicht alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 96%.

Abbildung A.84. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009

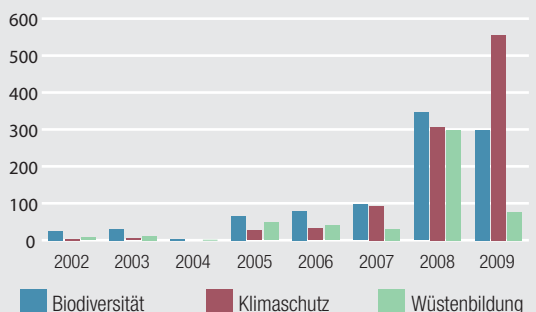


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514494>

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Eine der vier Prioritäten der spanischen Entwicklungszusammenarbeit sind natürliche Ressourcen (Umwelt und Klimawandel). Dies zeigt sich in dem erheblichen Anstieg der Finanzierungsmittel, die im Rahmen der spanischen Entwicklungszusammenarbeit seit 2007 für den Umwelt- und Klimaschutz bereitgestellt wurden.

Abbildung A.85. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932513886>

Vereinigtes Königreich

Die ODA-Nettoleistungen des Vereinigten Königreichs beliefen sich 2010 auf 13,8 Mrd. US-\$. Das bedeutet in realer Rechnung für 2008-2009 eine Steigerung um 14,5% und für 2009-2010 einen Zuwachs von 19,4%. Die ODA des Vereinigten Königreichs betrug 2010 0,56% des BNE.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Im Jahr 2010 entfielen 64% der ODA des Vereinigten Königreichs auf bilaterale Leistungen. Der Anteil der an die Länder der unteren Einkommensgruppe vergebenen ODA ging in den letzten Jahren zwar leicht zurück, nachdem 2006 ein Höchstwert von 79% erreicht worden war, die bilaterale ODA des Ministeriums für internationale Zusammenarbeit (Department for International Development – DFID) ist jedoch immer noch stark auf diese Länder ausgerichtet, was die anhaltende Fokussierung auf die Verwirklichung der MDG verdeutlicht. Aus diesem Grund wird auch den fragilen Staaten immer mehr Bedeutung beigemessen, da diese Länder bei der Verwirklichung der MDG mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind. Die sektorale Aufteilung der bilateralen ODA des Vereinigten Königreichs ist deshalb weiterhin sehr stark auf die MDG ausgerichtet. Der Anteil der für soziale Infrastruktur und Dienstleistungen bereitgestellten bilateralen ODA des Landes ist im Lauf der Zeit angestiegen.

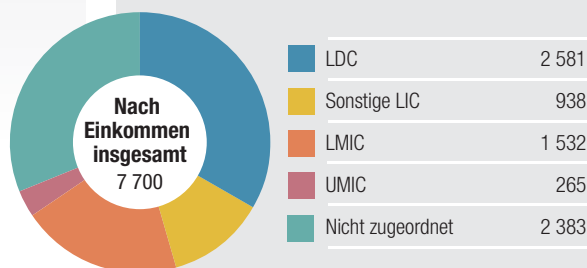
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	11 500	11 283	13 763	22.0%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	10 067	11 283	13 475	19.4%
Pfund Sterling (Mio.)	6 356	7 223	8 912	23.4%
ODA/BNE	0.43%	0.51%	0.56%	
Bilateraler Anteil	64%	66%	64%	

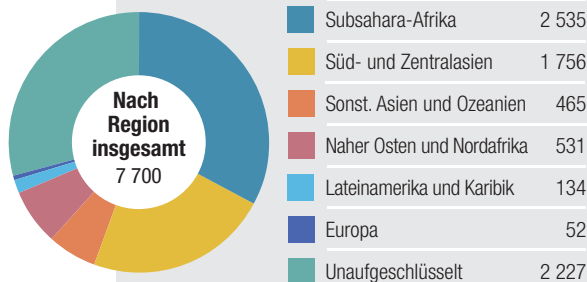
V = Vorläufige Daten

[StatLink !\[\]\(2123feaadf0ccaef6fe2b38fbaf32068_img.jpg\) http://dx.doi.org/10.1787/888932512613](http://dx.doi.org/10.1787/888932512613)

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Indien	708
2	Irak	344
3	Afghanistan	323
4	Äthiopien	298
5	Bangladesch	251
6	Sudan	246
7	Pakistan	239
8	Tansania	236
9	Kongo, Dem. Rep.	209
10	Nigeria	202

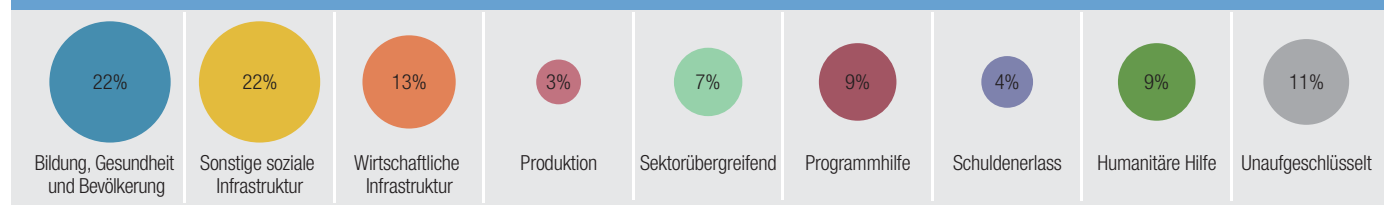
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	25%
10 Hauptempfänger	40%
20 Hauptempfänger	55%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

INDIEN
708 Mio. US-\$

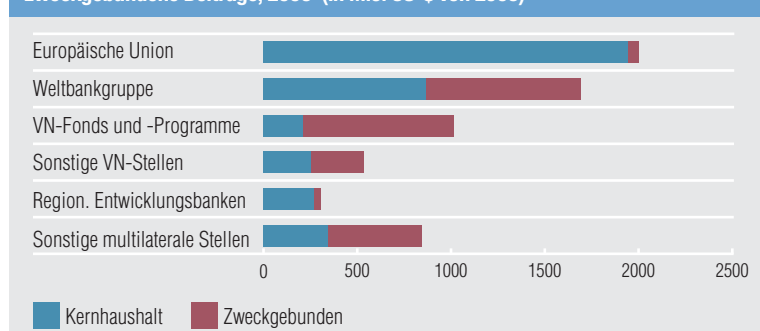
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Das Vereinigte Königreich stellte 2009 3,9 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 36% seiner ODA-Bruttoleistungen entspricht. Weitere 2,5 Mrd. US-\$ wurden vom Vereinigten Königreich 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen vergeben, so dass insgesamt 6,4 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System geleitet wurden. Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat ihre Überprüfung der multilateralen ODA (Multilateral Aid Review) im März 2011 abgeschlossen. Das Vereinigte Königreich wird auch in Zukunft über multilaterale Organisationen Finanzmittel in einer Höhe bereitstellen, die für deren Ziele und die Pläne des Vereinigten Königreichs angemessen ist.

Abbildung A.94. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)

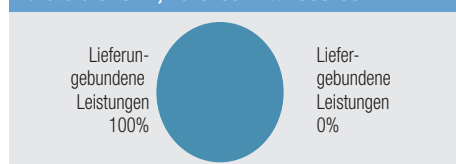


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514000>

Lieferaufbindung

Die ODA des Vereinigten Königreichs ist vollständig ungebunden.

Abbildung A.95. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514019>

Tabelle A.25. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
1.17 Mrd. US-\$

8.9%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Sudan
2. Kongo,
Demokratische Republik
3. Myanmar

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Humanitäre Hilfe

Das Vereinigte Königreich leistete 2009 humanitäre Hilfe im Umfang von insgesamt 1,17 Mrd. US-\$. Davon wurden 44% über multilaterale Stellen, 30% über EU-Institutionen und 17% über NRO vergeben, die restlichen 9% wurden über andere Kanäle erbracht. Das Vereinigte Königreich spielt eine wichtige Rolle im internationalen humanitären System, sowohl bei der Politikformulierung als auch in finanzieller Hinsicht. Fast zwei Drittel der britischen humanitären Hilfe sind entweder zweckungebunden oder nur leicht zweckgebunden, und die Mittel werden oft auf Mehrjahresbasis bereitgestellt, so dass die Vorhersehbarkeit erhöht wird. Das Land gilt als entschlossener Fürsprecher einer auf etablierten Prinzipien basierten humanitären Hilfe, und es setzt sich entschlossen dafür ein, die Reformagenda der Vereinten Nationen im Bereich der humanitären Hilfe einzuleiten und voranzubringen. In der jüngsten Überprüfung der humanitären Soforthilfe des DFID wurden interessante

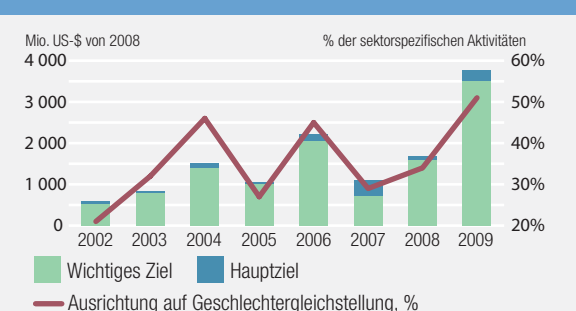
Vorschläge in Bezug auf die Priorisierung von Belastbarkeit und Wiederaufbau in der humanitären Hilfe unterbreitet.

Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Das Vereinigte Königreich bemüht sich seit 2007 verstärkt um die Integration der Geschlechtergleichstellung in das Programm des Landes. Dies führte zu guten Ergebnissen, was sich darin zeigt, dass die Geschlechtergleichstellung in immer mehr Programmen Hauptziel oder wichtiges Ziel ist. Der Anteil der nach Sektoren aufschlüsselbaren ODA mit Ausrichtung auf Geschlechtergleichheit stieg 2007-2009 an.

Das Vereinigte Königreich misst nicht alle Aktivitäten anhand des Gender-Markers: Die Erfassungsquote in der folgenden Abbildung beträgt 83%.

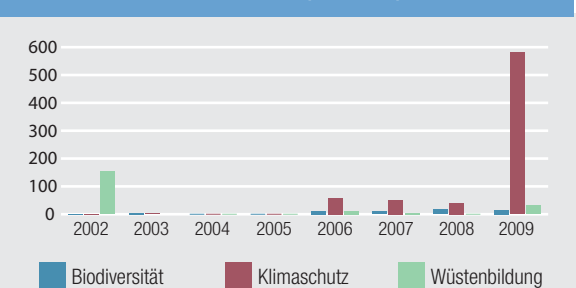
Abbildung A.96. ODA-Zusagen zu Gunsten der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2002-2009



Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Das Vereinigte Königreich ist sich bewusst, dass es immer wichtiger und dringlicher wird, dem Klimawandel und seinen Auswirkungen auf Wachstum und Armutsbekämpfung zu begegnen⁸. Das Land hat für den Zeitraum von 2011-2012 bis 2014-2015 2,9 Mrd. £ an ODA zur Verfügung gestellt (Internationaler Klimafonds), um den Entwicklungsländern zu helfen, Anpassungsmaßnahmen für die Auswirkungen des Klimawandels vorzunehmen, die Wälder zu schützen und eine CO₂-arme Entwicklung zu verfolgen⁹.

Abbildung A.97. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514038>

Vereinigte Staaten

Die Vereinigten Staaten stellen etwa ein Viertel der weltweiten ODA und sind weiterhin der mit Abstand größte DAC-Geber. Im Jahr 2010 erreichte ihre ODA ein Rekordniveau von 30 Mrd. US-\$, gegenüber 28,8 Mrd. US-\$ im Jahr 2009. Das ODA/BNE-Verhältnis lag 2010 bei 0,21%.

Anhang A: Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Bilaterale ODA

Die Vereinigten Staaten erbringen den größten Teil ihrer ODA-Leistungen (87%) in der Form bilateraler Zusammenarbeit und haben immer noch Programme in etwa 120 Entwicklungsländern laufen. Sie haben ihre ODA-Leistungen an Länder der unteren Einkommensgruppe beträchtlich aufgestockt, so dass deren Anteil 2009 auf 55% anstieg. Die Vereinigten Staaten wenden darüber hinaus einen höheren Anteil ihrer ODA als die meisten anderen DAC-Geber für fragile Staaten auf. Sie sind der größte bilaterale Geber im Gesundheitsbereich.

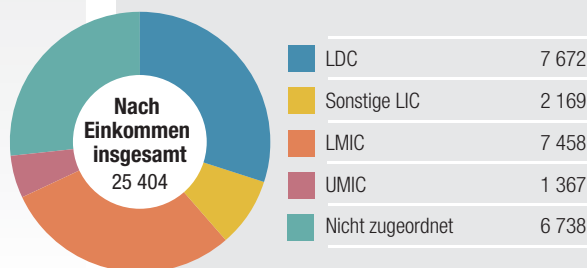
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2008	2009	2010 ^V	Veränderung 2009/2010
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	26 437	28 831	30 154	4.6%
Konst. Preise (2009, Mio. US-\$)	26 679	28 831	29 852	3.5%
ODA/BNE	0.18%	0.21%	0.21%	
Bilateraler Anteil	90%	87%	87%	

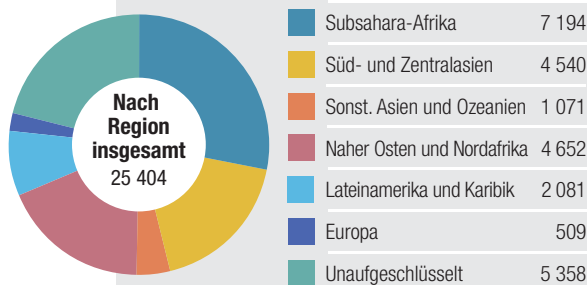
V = Vorläufige Daten

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512632>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Afghanistan	2 549
2	Irak	2 544
3	Sudan	901
4	Äthiopien	769
5	Paläst. Autonomiegebiete	667
6	Kolumbien	645
7	Ägypten	552
8	Kenia	516
9	Pakistan	484
10	Südafrika	451

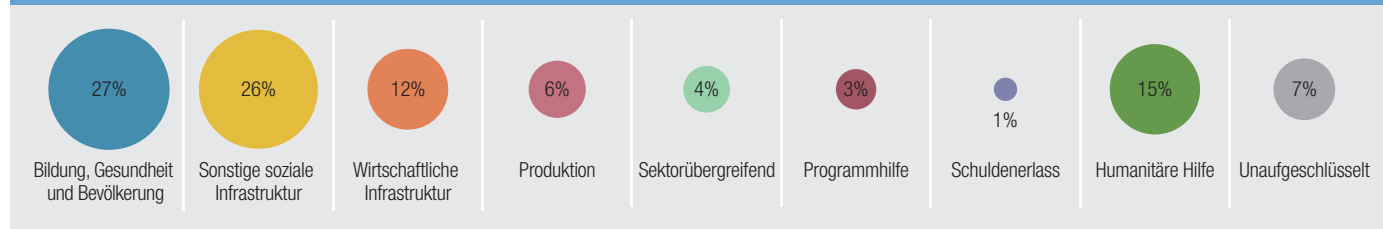
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	29%
10 Hauptempfänger	40%
20 Hauptempfänger	52%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

AFGHANISTAN
2 549 Mio. US-\$

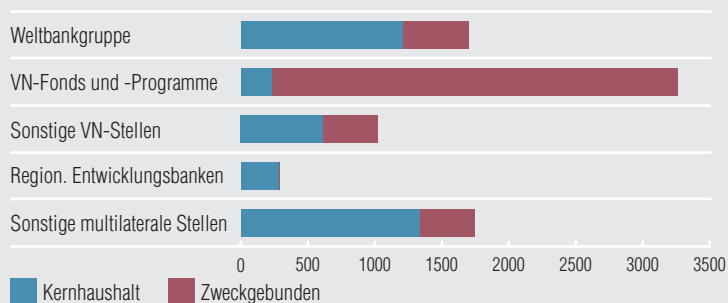
ODA nach Sektor



Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge

Die Vereinigten Staaten stellten 2009 3,7 Mrd. US-\$ an multilateralen ODA-Leistungen bereit („Kernfinanzierung“), was 12% ihrer ODA-Bruttoleistungen entspricht. Weitere 4,3 Mrd. US-\$ wurden von den Vereinigten Staaten 2009 in Form von zweckgebundenen Mitteln über multilaterale Organisationen vergeben, so dass insgesamt 8,0 Mrd. US-\$ an und über das multilaterale System geleitet wurden.

Abbildung A.98. Multilaterale ODA, Beiträge zu den Kernhaushalten und zweckgebundene Beiträge, 2009 (in Mio. US-\$ von 2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514057>

Lieferaufbindung

Trotz beträchtlicher Fortschritte bei der Umsetzung der DAC-Empfehlung von 2001 für die Aufhebung der Lieferbindung sind immer noch mehr als ein Viertel (28%) der ODA-Leistungen der Vereinigten Staaten an die Lieferung von US-amerikanischen Gütern und Dienstleistungen gebunden (Durchschnitt 2008-2009).

Abbildung A.99. Grad der Lieferaufbindung von bilateraler ODA, Durchschnitt 2008-09



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514076>

Tabelle A.26. Humanitäre Hilfe, 2009

2009 INSGESAMT
4.32 Mrd. US-\$

15.3%
DER GESAMT-ODA

HAUPTTEMPFÄNGER
1. Sudan
2. Äthiopien
3. Somalia

Quelle: Daten und Analysen von Development Initiatives auf der Basis von Daten der OECD und anderer Organisationen (2009). Für manche Geber liegen auch Informationen zu den Ausgabenkanälen vor, diese stammen allerdings aus dem Jahr 2008.

Humanitäre Hilfe

Die Vereinigten Staaten leisteten 2009 humanitäre Hilfe im Umfang von insgesamt 4,32 Mrd. US-\$. Davon wurden 61% über multilaterale Stellen und 28% über NRO vergeben, die restlichen 11% wurden über andere Kanäle erbracht. Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor ein anpassungsfähiger, flexibler, schneller und großzügiger humanitärer Geber – der größte der Welt –, sie haben eine umfassende, erfahrene und engagierte Präsenz vor Ort und starke Partnerschaften innerhalb der humanitären Gemeinschaft, und sie werden weltweit als Interessenvertreter immer aktiver. Die jüngsten Politikveränderungen bieten den Vereinigten Staaten eine gute Gelegenheit, auf den bewährten Praktiken der humanitären Programme aufzubauen, indem Inkohärenzen zwischen den Programmen abgebaut und die Instrumente der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit ressortübergreifend verbunden werden. Die Vereinigten Staaten haben vielversprechende Schritte unternommen, um ihre Nahrungsmittelhilfe zu reformieren.

So sind lokale und regionale Beschaffung, monetäre Transfers und Nahrungsmittelgutscheine inzwischen möglich. Die verschiedenen Ansätze im Bereich der Mitarbeiterschulung könnten auch für andere Geber lehrreich sein.

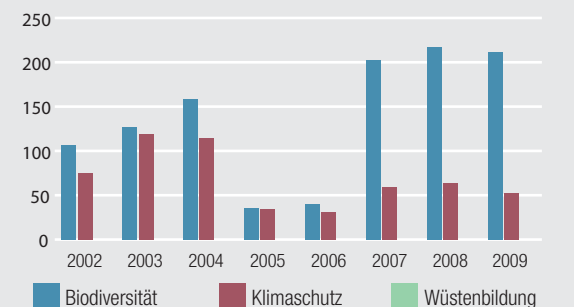
Leistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen

Den Vereinigten Staaten wird in Bezug auf die Ausrichtung der ODA auf die Gleichstellung der Geschlechter allgemein eine Führungsrolle zuerkannt. Zurzeit liegen dazu jedoch keine Daten vor¹⁰. Die Vereinigten Staaten haben die Datenerhebung im Bereich der Geschlechtergleichstellung einer Prüfung unterzogen und beschlossen, die dabei angewandten Methoden deutlich zu ändern, um die Berichterstattung zuverlässiger und stichhaltiger zu gestalten. Die Vereinigten Staaten gehen davon aus, dass die Berichterstattung zum Gender-Marker im Jahr 2011 in der neuen Methodik wieder aufgenommen wird.

Umwelt- und Klimaschutzbezogene Leistungen

Die Vereinigten Staaten sind bei der Förderung von Umweltprogrammen sehr stark engagiert. Sie haben klare Bestimmungen für die systematische Einbeziehung von Umweltfragen in die Entwicklungszusammenarbeit und erzielen derzeit Fortschritte bei der Integration von Klimafragen. Die Berichterstattung der Vereinigten Staaten an den DAC wurde seit 2007 durch die Verwendung der Rio-Marker verbessert. Dies bedeutet, dass sie die Ausrichtung ihrer Leistungen auf den Klimawandel in Zukunft besser beobachten können.

Abbildung A.100. ODA-Zusagen für die Ziele der Rio-Übereinkommen, 2002-2009 (Mio. US-\$)



Wichtige Anmerkungen zu den Daten: Seit 1998 überprüft der DAC durch das CRS und unter Verwendung der „Rio-Marker“ die ODA-Leistungen für die Ziele der Rio-Übereinkommen. Die Daten für die Jahre 1998-2006 wurden auf experimenteller Basis erhoben, die Berichterstattung wurde 2007 verbindlich.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932514095>



OECD/DAC-Länderprüfungen

OECD/DAC-Peer Review Dänemark

30. März 2011

Prüfer: Luxemburg und Neuseeland

Im Rahmen seiner Länderprüfung 2011 sprach der DAC Dänemark sein Lob für sein langfristiges Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit aus, das sich in verschiedenen Bereichen zeigt: 2010 belief sich Dänemarks ODA auf 2,87 Mrd. US-\$ bzw. auf 0,9% seines BNE. Dänemark hat das Ziel der Vereinten Nationen von 0,7% des BNE in jedem Jahr seit 1978 übertroffen, was ihm weltweit den Ruf eines großzügigen Gebers eingebracht hat. Wie andere DAC-Länder muss auch Dänemark sein Haushaltsdefizit verringern, und auch wenn es seine ODA für die kommenden Jahre nicht gekürzt hat, hat Dänemark doch angekündigt, dass es seine Leistungen die kommenden drei Jahre auf dem Nominalniveau von 2010 einfrieren wird. Dänemark nimmt darüber hinaus in seinem Entwicklungsansatz durch seine Arbeit mit fragilen Staaten, das Erbringen effektiver humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie die Konzentration auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauen sowie den Klimawandel eine führende Stellung ein.

Dänemark hat in Bezug auf die meisten Empfehlungen der vorigen DAC-Länderprüfung aus dem Jahr 2007 gute Fortschritte erzielt. Es ist in fragilen Staaten tätig und fördert internationale Ansätze in Bezug auf das Verständnis und das Management der Risiken. Zudem verbessert das Land die Art und Weise, wie die dänischen Botschaften die ODA verwalten, und arbeitet mit anderen Gebern zusammen, um die Effektivität der Leistungen zu steigern. Darüber hinaus verfolgt Dänemark einen mutigen neuen Ansatz bei der Erbringung humanitärer Hilfe und spielt in Klima- und Gleichstellungsfragen international eine führende Rolle. Der DAC stellte fest, dass Dänemarks Leistungen transparent und berechenbar waren und seine Unterstützung multilateraler Organisationen ergebnisorientiert und damit strategischer ausgerichtet ist.

Dieser Länderprüfung zufolge verstärken die neue Entwicklungspolitik Dänemarks (seit 2010) und die Organisation innerhalb des Außenministeriums die Verknüpfungen zwischen Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Indessen sollte Dänemark darlegen, wie es – insbesondere in fragilen Staaten – die Ziele erreichen will, die es festgelegt hat, um die Wirtschaft anzukurbeln und Beschäftigung, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, politische Stabilität, Umwelt sowie Klimaschutz zu fördern, und auf welche Weise die Ergebnisse gemessen werden sollen.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Die Entwicklungsprioritäten Dänemarks weisen im Allgemeinen Kontinuität auf, auch wenn die neue Entwicklungsstrategie nur in geringem Maße einen expliziten Schwerpunkt auf traditionelle Sektoren legt und nicht aufzeigt, wie Dänemarks Verpflichtung zur Ausrichtung seiner Anstrengungen an den Prioritäten der Partnerländer und zur Arbeitsteilung sich auf die Art und Weise der Umsetzung seiner neuen Prioritäten auswirken wird. Dänemark sollte anhand der überarbeiteten Leitlinien für das Programmmanagement klären, welche Bedeutung die neuen Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit für die Arbeit seiner EZ-Behörde Danida in traditionellen Sektoren, seine Partnerwahl für die Leistungserbringung und seinen Ansatz zur Arbeitsteilung unter den Gebern in den Partnerländern haben werden.
- Im Inland sollte Dänemark nach wie vor mit Hilfe seiner ressortübergreifenden Koordinierungsausschüsse die Politikkohärenz in Gebieten fördern, die über das Mandat im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten hinausgehen, wie bereits in der Länderprüfung von 2007 empfohlen wurde. Dänemark sollte die institutionellen Mechanismen für die Koordinierung, Förderung, Schlichtung und Überwachung der Kohärenz sowohl im Hinblick auf die inländischen Politikmaßnahmen, mit denen Entwicklungsziele verfolgt werden, als auch auf jene der Europäischen Union stärken.
- Um die Feinabstimmung seines organisatorischen Aufbaus zu verbessern, sollte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten durch Stärkung der Mechanismen für die Entscheidungsfindung, die Koordinierung und den Wissensaustausch zwischen den im Entwicklungsbereich tätigen Zentren des Ministeriums sowie den Botschaften die Effizienz erhöhen.
- Dänemark hat in der Zentrale und vor Ort gute Fortschritte bei der Steigerung der Effizienz der Leistungserbringung erzielt. Indessen muss Dänemark sicherstellen, dass die Botschaften über genügend Kapazitäten sowie Unterstützung aus der Zentrale verfügen, um sich an die Umstände vor Ort – insbesondere in fragilen Staaten – anzupassen, und gemeinsame Ansätze bevorzugen.

OECD/DAC-Peer Review Deutschland

13. Oktober 2010

Prüfer: Australien und Vereinigtes Königreich

Im Prüfbericht des Jahres 2010 wurde das langfristige Engagement Deutschlands für ODA-Leistungen und Entwicklung lobend hervorgehoben. Deutschland gehört seit zwanzig Jahren zu den größten bilateralen Gebern der Welt, stellte 2009 jedoch nur 0,35% seines Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bereit. Dies bleibt deutlich hinter seinem Versprechen zurück, den Anteil bis 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% zu erhöhen. Deutschland hat aber dennoch die Absicht, sein Versprechen zu halten und die ODA bis 2015 auf 0,7% des BNE zu erhöhen.

Deutschlands weltweite Bedeutung als Geberland wird allgemein anerkannt, und in dem Prüfbericht wird Deutschland ermutigt, in Zukunft bei Entwicklungsfragen eine noch stärkere internationale Führungsrolle einzunehmen. In der Länderprüfung wird Deutschlands Führungsrolle bei Fragen in Bezug auf Klimawandel und Entwicklung lobend hervorgehoben und festgestellt, dass die Bundesregierung diese Frage in ihre EZ-Programme integriert und die klimabezogenen ODA-Leistungen in den letzten Jahren um 40% erhöht hat.

Deutschland hat seit der letzten DAC-Länderprüfung vor fünf Jahren in vielen Bereichen seiner Entwicklungszusammenarbeit gute Fortschritte erzielt. Das Land arbeitet heute eng mit 57 Entwicklungsländern zusammen, ein Rückgang gegenüber zuvor 84, und beabsichtigt, sich auf Regierungsführung, Bildung, Gesundheit, Klima und Umwelt, ländliche Entwicklung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu konzentrieren und den Schwerpunkt verstärkt auf den Privatsektor zu legen. Deutschland stellte diesen Ländern aber nur 40% seiner bilateralen ODA-Leistungen zur Verfügung – eine Aufstockung würde ihre Wirkung auf die Entwicklung steigern. Auf Anregung des DAC verabschiedete die Bundesregierung Pläne für eine Reform des fragmentierten Systems der Entwicklungszusammenarbeit, und sie unternahm darüber hinaus Schritte, um die Koordinierung ihrer ODA-Leistungen zu verbessern. Der DAC forderte Deutschland auf, diese geplanten Reformen umfassender und schneller voranzutreiben, um die Effizienz zu verbessern und eine effektivere Umsetzung der ODA-Leistungen zu sichern. Dadurch wird Deutschlands Beitrag zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG), insbesondere in Subsahara-Afrika, gestärkt.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Die Bundesregierung hält zwar an ihren Zusagen in Bezug auf die MDG fest, sie versprach jedoch im letzten Jahr eine klar erkennbare Kursänderung für Deutschlands Entwicklungszusammenarbeit. Die neue Vision wurde im Koalitionsvertrag vom Oktober 2009 umrissen, ihre praktischen Konsequenzen ebenso wie die anderer seitdem erfolgter Erklärungen sind jedoch immer noch unklar. Deutschland sollte ein klar definiertes überwölbendes

Politikkonzept für die Entwicklungszusammenarbeit veröffentlichen, das es ermöglicht, bei der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele und der Armutsbekämpfung schneller Fortschritte zu erzielen, wobei besonderes Augenmerk auf Konflikte und fragile Staatlichkeit sowie auf Subsahara-Afrika gerichtet werden sollte, und das eine weitere Konzentration der deutschen Entwicklungszusammenarbeit fördert.

- Deutschland hat seine Position als führender ODA-Geber zwar halten können, die Fortschritte in Bezug auf seine im Rahmen der Europäischen Union eingegangene Verpflichtung, die ODA-Mittel im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) zu erhöhen, sind jedoch zum Stillstand gekommen. Das Ziel lautete, die ODA-Leistungen bis 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% des BNE anzuheben. 2009 belief sich die ODA jedoch nur auf 0,35% des BNE, womit Deutschland noch recht weit entfernt davon ist, sein erstes Teilziel für das ODA-Volumen zu erreichen. Deutschland sollte deshalb neue, realistische Jahresziele für das Volumen der ODA-Leistungen festlegen, mit denen ein glaubwürdiger Weg vorgegeben wird, um den Zielwert von einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,7% bis 2015 zu erreichen. Darüber hinaus sollte Deutschland darauf hinarbeiten, dass die Umsetzung der neuen Zielvorgaben und des Wachstumspfad parteiübergreifend Unterstützung findet, und diese breit kommunizieren.
- Auch wenn sich das fragmentierte deutsche EZ-System noch weitgehend auf demselben Stand wie im Jahr 2005 befindet, hat Deutschland einen großen institutionellen Reformprozess eingeleitet, um die drei Organisationen der Technischen Zusammenarbeit zusammenzulegen, das BMZ zu stärken und die Koordinierung zwischen den Ministerien zu verbessern. Deutschland sollte sicherstellen, dass die Zusammenlegung der drei Durchführungsorganisationen der Technischen Zusammenarbeit zeitplangerecht erfolgt und als erster Schritt der geplanten ganzheitlichen Reform des deutschen Systems der Entwicklungszusammenarbeit gesehen wird.
- Deutschland hat bei allen wesentlichen in der Erklärung von Paris aufgeführten Indikatoren für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit Verbesserungen erzielt. Bei der Nutzung der öffentlichen Finanzmanagementsysteme, bei gemeinsamen Vereinbarungen oder Verfahren sowie bei der Durchführung gemeinsamer Feldmissionen weist Deutschland jedoch nach wie vor Schwachstellen auf. Deutschland sollte auf den bei der Umsetzung des Operationsplans für die EZ-Wirksamkeit erzielten Fortschritten aufbauen, indem es die Systeme der Partnerländer stärker nutzt und seine EZ-Instrumente an von den Partnerländern selbst getragenen programm-basierten Ansätzen ausrichtet.

OECD/DAC-Peer Review Neuseeland

8. Dezember 2010

Prüfer: Österreich und die Europäische Union

2009 belief sich die Netto-ODA Neuseelands auf 309 Mio. US-\$, was 0,28% des BNE entspricht. Seit 2004 hat Neuseeland seine ODA stetig gesteigert und 2008 mit 348 Mio. US-\$ einen Höchststand erreicht. Trotz starken Drucks auf die öffentlichen Ausgaben beabsichtigt Neuseeland, das Niveau seiner ODA bis 2012-2013 auf 416 Mio. US-\$ anzuheben. Indessen bleibt Neuseeland nach wie vor hinter dem international vereinbarten VN-Richtwert von 0,7% für das Verhältnis zwischen ODA und Bruttonationaleinkommen (BNE) zurück, und seine Finanzierungszusagen über 2012-2013 hinaus sind ungewiss. Der DAC empfiehlt Neuseeland, auf der Grundlage eines klaren und strategischen zukunftsgerichteten Ausgabenplans mit einem Zwischenziel sowie einem Zeitrahmen für die Umsetzung auf die Steigerung seiner ODA auf 0,7% hinzuarbeiten.

Neuseeland ist zwar ein relativ kleiner Geber, verfügt jedoch über ein international anerkanntes ODA-Programm sowie ein besonderes Verständnis des einzigartigen Kontexts des Pazifikraums. Das Land wird als flexibler und berechenbarer humanitärer Geber betrachtet. Hierauf sollte Neuseeland aufbauen, wenn sein ODA-Haushalt wächst.

Im Rahmen dieser DAC-Länderprüfung werden die großen strategischen, institutionellen und organisatorischen Reformen unterstrichen, die derzeit im Hinblick auf Neuseelands ODA-Programm im Gang sind, darunter die vollständige Wiedereingliederung der Entwicklungszusammenarbeit in das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Handel. Diese Wiedereingliederung bietet den Behörden die Gelegenheit, das ODA-Programm zu verstärken und die Fokussierung auf die Entwicklung, sowohl im Ministerium als auch ressortübergreifend, zu schärfen. Darüber hinaus bietet sie eine neue Gelegenheit, auf die Zivilgesellschaft und den privaten Sektor zuzugehen.

Dem Bericht zufolge könnte Neuseeland seine Anstrengungen erneuern, das entwicklungspolitische Know-how zu bewahren und den Vertretungen in den Partnerländern weitere Befugnisse zu übertragen. Das Land wird ermutigt, seine strategische Vision unter Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung zu klären und besser zu kommunizieren. Neuseeland wird ferner empfohlen, seine starke geografische Konzentration auf den Pazifikraum beizubehalten, wo es bereits ein wichtiger Akteur ist.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Neuseeland sollte die neuen strategischen Orientierungen seines ODA-Programms klären und eine mittelfristige Strategie ausarbeiten, in der der Ansatz der Regierung zur wirtschaftlichen Entwicklung zu Gunsten der Armutsbekämpfung erläutert wird und die Bedeutung der ökologischen und sozialen Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung anerkannt werden.
- Um seiner internationalen Glaubwürdigkeit als Entwicklungspartner größeres Gewicht zu verleihen, sollte Neuseeland die geografische Zersplitterung über den Pazifikraum hinaus weiter verringern und seine empfehlenswerte Vorgehensweise im Hinblick auf die Vorhersehbarkeit bei den bilateralen und regionalen Programmen durch Eingehen mehrjähriger Zusagen gegenüber seinen prioritären multilateralen Partnern ausweiten.
- Neuseeland sollte die organisatorischen Veränderungen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Handel abschließen. Bei der Wiedereingliederung des ODA-Programms sollte das Ministerium auf seinen Stärken aufbauen, jedoch zugleich auch seinen besonderen Bedarf in diesem Zusammenhang anerkennen, insbesondere im Hinblick auf seine Kapazitäten im Bereich des entwicklungspolitischen Know-hows. Im Rahmen des neuseeländischen ODA-Programms müssen die Dienstposten mit den geeigneten Kompetenzen versehen, die EZ-Managementsysteme gestrafft sowie die Funktionen und die Regeln für die Rechenschaftspflicht geklärt werden, wenn das Land sein umfangreicher werdendes ODA-Programm weiterhin effizient umsetzen und Entscheidungsbefugnisse wirkungsvoller an die Vertretungen in den Partnerländern übertragen soll.
- Um die Wirksamkeit und Wirkung seiner ODA weiter zu steigern, sollte Neuseeland innerhalb des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und Handel sowie anderer staatlicher Stellen ein breiteres Verständnis sowie Engagement für EZ-Wirksamkeit fördern und einen systematischeren Implementierungsansatz festlegen, auf den sich alle relevanten staatlichen Stellen verständigen. Das Land sollte darüber hinaus die Nutzung der Systeme der Partnerländer weiterhin steigern, indem es sich dafür rüstet, die unterschiedlichen Rechenschaftspflichten und Risiken zu bewältigen, die mit den damit zusammenhängenden Modalitäten verbunden sind, und geeignete Schulungen und Orientierungshilfen bereitzustellen.

OECD/DAC-Peer Review Niederlande

28. September 2011

Prüfer: Italien und die Vereinigten Staaten

Die Niederlande genießen hohes Ansehen als Geber, sowohl auf Grund des von dem Land erbrachten ODA-Volumens als auch auf Grund seiner Bestrebungen, die Wirksamkeit seiner Leistungen sicherzustellen. Zum Zeitpunkt der OECD/DAC-Länderprüfung 2011 war das Land im Begriff, eine umfangreiche Reform seiner Entwicklungszusammenarbeit durchzuführen.

Die Niederlande sind eines von lediglich fünf DAC-Ländern, die den VN-Richtwert für die ODA von 0,7% des Nationaleinkommens erreicht haben. Seit 1975 hat das Land diesen Richtwert in jedem Jahr übertroffen. 2010 belief sich die niederländische ODA auf 0,81% des BNE. Die Niederlande sind nunmehr im Begriff, ihren jährlichen ODA-Haushalt zu verringern, und zielen auf eine Senkung auf 0,7% im Jahr 2015 ab. Im Rahmen der DAC-Länderprüfung wurde den Niederlanden empfohlen, sicherzustellen, dass sein ODA/BNE-Verhältnis 0,7% künftig nicht unterschreiten wird.

Die Länderprüfung ergab, dass die Niederlande einige mutige Entscheidungen in Bezug auf ihre Entwicklungszusammenarbeit getroffen haben. Hierzu zählen die Verlagerung des Schwerpunkts von sozialen Sektoren hin zu wirtschaftlichen Sektoren, die gezieltere Ausrichtung der ODA auf vier Themenbereiche, die Förderung einer größeren Rolle des privaten Sektors sowie die Verringerung der Zahl der Schwerpunktpartnerländer von 33 auf 15.

In diesem Reformkontext wurden im Prüfbericht Chancen und Komplikationen hervorgehoben. Bei der Länderprüfung wurde den Niederlanden empfohlen, sicherzustellen, dass die Bemühungen zur gezielten Ausrichtung der niederländischen ODA so gestaltet werden, dass die in der Paris-Erklärung dargelegten Grundsätze in Bezug auf Eigenverantwortung, Partnerorientierung und Harmonisierung respektiert werden. Im Prüfbericht wurde ferner festgestellt, dass die Reform der niederländischen Entwicklungszusammenarbeit den Niederlanden eine Gelegenheit bietet, größere Synergien bei ihren wichtigsten Kanälen für die Leistungserbringung zu erzielen.

Im humanitären Bereich haben die Niederlande die Herausforderung angenommen, das weltweite System der humanitären Hilfe zu verbessern – eine wichtige Arbeit, die nunmehr in einer ressortübergreifenden humanitären Politik verankert werden muss.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Um den Erfolg ihrer Reformen sicherzustellen, sollten die Niederlande ihren Politikrahmen für die Entwicklungszusammenarbeit vervollständigen, indem sie a) die Grundsätze und Kriterien festlegen, die den Zielen und Entscheidungen für jeden ihrer wichtigsten Erbringungskanäle zu Grunde liegen, und b) klarstellen, wie sie ihre neuen Politikmaßnahmen auf jeden dieser Kanäle anwenden werden. Als Teil ihrer geplanten Globalisierungsagenda sollten die Niederlande ein Programm für Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung verabschieden, in dem die Verpflichtungen in Aktionspläne umgesetzt werden.
- Um ihre ODA weiterhin wirkungsvoll zu erbringen, sollten sich die Niederlande darauf konzentrieren, a) die Vorhersehbarkeit ihrer Unterstützung und ihre Nutzung der Systeme der Partnerländer zu erhöhen, b) die Transparenz ihrer Pläne, Aktivitäten und Finanzierungsentscheidungen zu verbessern und c) mit der Aufhebung der Lieferbindung bei ihren öffentlichen Entwicklungsleistungen fortzufahren. Das Land sollte darüber hinaus die Chancen nutzen, die sich aus seiner neuen Konzentration auf lediglich 15 Länder ergeben, um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Es sollte auf den vorhandenen Stärken der niederländischen Botschaften in den Partnerländern aufbauen – insbesondere Flexibilität und vorhandene Kapazitäten –, um sicherzustellen, dass diese die nötigen Kompetenzen und ein entsprechendes Mandat haben, um die niederländischen Anstrengungen in diesen Ländern in vollem Umfang zu koordinieren.
- Die Niederlande sollten ihre ressortübergreifende humanitäre Politik unter Darlegung klarer humanitärer Ziele fertigstellen. Um wirkungsvolle und effiziente Maßnahmen zur Erbringung humanitärer Hilfe in jedem Kontext zu fördern, sollten die Niederlande ihre Soforthilfemechanismen für plötzlich auftretende Notfälle in andauernden Krisensituationen verfeinern, mehrjährige Finanzierungsbudgets in Erwägung ziehen und die Übertragung weiterer Entscheidungsbefugnisse an die Stellen vor Ort fördern.

OECD/DAC-Peer Review Portugal

9. November 2010

Prüfer: Finnland und Irland

Die ODA-Leistungen Portugals beliefen sich 2009 auf insgesamt 513 Mio. US-\$, was 0,23% des BNE des Landes entspricht (vorläufige Daten für 2009). Mit diesen Zahlen rangiert Portugal unter den 23 DAC-Mitgliedern sowohl bezüglich des ODA-Volumens (Platz 21) als auch hinsichtlich des ODA/BNE-Verhältnisses (Platz 18) weit hinten. Portugal ist weit davon entfernt, die internationale Zielvorgabe einer Erhöhung der ODA auf 0,7% des BNE bis 2015 und das innerhalb der Europäischen Union beschlossene Zwischenziel von 0,51% des BNE bis 2010 zu erreichen.

In Portugal wird der strategische Rahmen für die Entwicklungszusammenarbeit klarer ausgerichtet, und eine der Hauptprioritäten besteht darin, Fortschritte bei der Verwirklichung der MDG in den Partnerländern zu erzielen. Die Entwicklungszusammenarbeit wird ressortübergreifend gestaltet. So strebt Portugal im Sicherheitssektor z.B. eindeutig eine Koordinierung zwischen Sicherheits- und Entwicklungsmaßnahmen an.

Im Prüfbericht werden die Fortschritte Portugals in Bezug auf Politikkohärenz für Entwicklung lobend hervorgehoben. Der portugiesische Ministerrat verabschiedete diesbezüglich im November 2010 ein Gesetz, das folgende Ziele festlegt: a) entschlossen sicherstellen, dass die nationalen und internationalen Politiken des Landes die Entwicklung der Partnerländer nicht beeinträchtigen, b) die interministeriellen Koordinierungsmechanismen auf politischer und technischer Ebene stärken und c) Politikkohärenz für Entwicklung durch im Zweijahresturnus erstellte ressortübergreifende Gutachten unterstützen. In den Bereichen Sicherheit und Migration hat Portugal bereits Fortschritte hinsichtlich der Politikkohärenz für Entwicklung erzielt.

Portugal bekennt sich politisch zur Aid Effectiveness Agenda. Die jüngste Generation der Länderstrategien ermöglicht eine bessere Koordinierung innerhalb des portugiesischen EZ-Systems und eine Ausrichtung auf die Prioritäten der Partnerländer. Portugal beteiligt sich inzwischen auch an Geberkoordinierungsmechanismen. Die zukünftigen Länderstrategien sollten stärker ergebnisorientiert sein und Portugal dazu verpflichten, die Aid Effectiveness Agenda weiter voranzubringen.

Das portugiesische Institut für Entwicklungszusammenarbeit (IPAD) verbessert die Qualität und erhöht die Unabhängigkeit seiner Evaluierungen und setzt deren Ergebnisse verstärkt zur Reform seiner EZ-Programme ein. Das Land muss aber noch weitere Fortschritte erzielen, um ein ergebnisorientiertes Management zu gewährleisten.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Portugal hat nur geringe Fortschritte bei der Modernisierung seiner ODA-Modalitäten erzielt. Das Land vergibt den größten Teil seiner ODA nach wie vor bilateral (etwa 60% der Brutto-ODA), insbesondere im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit mit portugiesischsprachigen Ländern (ungefähr 50% der bilateralen ODA). Die Technische Zusammenarbeit wird üblicherweise in der Form von Direktleistungen erbracht und umfasst nur ein geringes Volumen an Transferzahlungen an die Partner. Bei künftigen ODA-Aufstockungen sollte Portugal darauf achten, dass wirkliche finanzielle Leistungen in die Partnerländer gehen und deren Systeme genutzt werden.
- Die Koordinierung des fragmentierten EZ-Systems stellt eine weitere große Herausforderung dar. Das portugiesische System der Entwicklungszusammenarbeit stützt sich auf eine Vielzahl von Akteuren (alle Ministerien und viele nachgeordnete Gebietskörperschaften) und wird durch das IPAD koordiniert. Das IPAD hat zwar Fortschritte bei der Koordinierung der portugiesischen Entwicklungszusammenarbeit erzielt, insbesondere durch eine Reform der Planungsverfahren, es kann seine Aufgabe auf Grund mehrerer Hindernisse jedoch nicht voll wahrnehmen: Seine Befugnisse in Bezug auf den eigenen Haushalt und den Entwicklungshaushalt insgesamt sind begrenzt, die Personalausstattung ist unzureichend, und sein Einfluss auf das Finanzministerium (der wichtigste Akteur in der portugiesischen Entwicklungszusammenarbeit) ist gering. Portugal sollte sein Modell insgesamt überdenken, um die Kohärenz und Koordinierung seines EZ-Systems zu verbessern.
- Trotz einiger Fortschritte bei der Umsetzung der Aid Effectiveness Agenda bleiben noch Herausforderungen zu bewältigen. Portugals Anstrengungen werden erschwert, weil die Dezentralisierung der Befugnisse und der Mitarbeiter zu Gunsten der Außenstrukturen begrenzt ist und das breite Spektrum kleiner Projekte nicht in größeren Programmen zusammengefasst oder in von den Partnern durchgeführte Programme integriert ist. In den letzten beiden Jahren hat Portugal den DAC nicht umfassend über den Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen informiert. Das Land sollte größere Anstrengungen unternehmen, um die Lieferbindung seiner ODA gemäß dem Aktionsplan von Accra so weit wie möglich aufzuheben.

OECD/DAC-Peer Review Vereinigte Staaten

23. Juni 2011

Prüfer: Dänemark und die Europäische Union

Mit einem ODA-Haushalt von 30,1 Mrd. US-\$ im Jahr 2010 sind die Vereinigten Staaten weltweit der mit Abstand größte Geber von EZ-Leistungen und humanitärer Hilfe, und sie bringen etwa ein Viertel der globalen ODA-Leistungen auf. Sowohl die von den Republikanern als auch die von den Demokraten geführten Regierungen haben die ODA-Budgets in den letzten zehn Jahren erheblich aufgestockt. Die Vereinigten Staaten haben ihre Leistungen an Subsahara-Afrika, wie auf dem G8-Gipfel von Gleneagles versprochen, seit 2005 verdoppelt. Das Land vergibt einen großen Teil seiner ODA in Form humanitärer Hilfe (15%), während das Volumen der Schuldenerleichterung in den letzten Jahren niedrig war. Die ODA besteht fast ausschließlich aus Zuschüssen. Der DAC ermutigt die Vereinigten Staaten, das ODA-Niveau von 2010 – das höchste bisher erreichte Niveau – aufrechtzuerhalten und die ODA zu erhöhen, sobald es zu einer Konjunkturerholung kommt, so dass das Land seinem Anspruch gerecht werden kann, in der Entwicklungszusammenarbeit eine globale Führungsrolle einzunehmen.

Der vor kurzem bekräftigte Anspruch der Vereinigten Staaten, in der Entwicklungsarbeit eine globale Führungsrolle einzunehmen, findet seinen Niederschlag in neuen strategischen Zielen und neuen EZ-Abwicklungsmethoden. Zu den vielen positiven Aspekten gehören eine stärkere strategische Fokussierung auf nachhaltige Entwicklung, eine Aufwertung der Entwicklungszusammenarbeit zu einem Grundpfeiler, der die gleiche Bedeutung hat wie Diplomatie und Verteidigung, eine Stärkung des ressortübergreifenden Ansatzes, eine neue Betonung der Grundprinzipien einer qualitativ hochwertigen ODA sowie ein erneutes Bekenntnis zum Multilateralismus. Die Vereinigten Staaten sind außerdem führend bei der Förderung öffentlich-privater Partnerschaften, und sie engagieren sich in ihrem EZ-Programm immer stärker für Fragen des Klimawandels.

Diese neue von den höchsten Regierungsebenen vorangetriebene Dynamik weckt unter den beteiligten Akteuren und Partnern der Vereinigten Staaten hohe Erwartungen. Das Außenministerium und die US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) – die für Entwicklungsfragen zuständige Behörde – haben vielversprechende Schritte unternommen, um die wichtigen Reformen voranzutreiben, die für die Umsetzung der im Jahr 2010 erlassenen Strategierichtlinie des Präsidenten zur globalen Entwicklung (Presidential Policy Directive on Global Development) und der alle vier Jahre stattfindenden Überprüfung der Arbeit des Außenministeriums und von USAID (Quadrennial Diplomacy and Development Review – QDDR) erforderlich sind.

Herausforderungen und Empfehlungen

Die Fortsetzung dieser Reformen – sowohl als prioritäre Aufgabe als auch zur Sicherung dauerhafter Fortschritte – erfordert großes Engagement auf allen Ebenen. Die institutionelle und haushaltsrechtliche Fragmentierung der US-amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit und die jeweiligen Funktionen von Regierung und Kongress stellen in diesem Zusammenhang eine besondere Herausforderung dar.

- Die Regierung sollte ihre Anstrengungen fortsetzen, um folgende Ziele zu erreichen: a) einen ressortübergreifenden strategischen Rahmen mit Ausrichtung auf Entwicklungsergebnisse sowie eine qualitativ hochwertige ODA entwickeln und umfassend darüber informieren, b) sicherstellen, dass die EZ-Haushalte mit den in der Strategierichtlinie des Präsidenten aufgeführten strategischen Orientierungen übereinstimmen und den EZ-Haushalt gemeinsam mit dem Kongress weiter straffen und vereinfachen, c) die US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) stärken und ihr Mandat so erweitern, dass sie bei politischen Abwägungen den Fokus auf die Entwicklungsperspektiven lenken kann, d) die Programmgestaltungs- und Berichterstattungsprozesse der 27 in den Vereinigten Staaten mit der EZ-Arbeit befassten Stellen straffen und unter Einhaltung der international vereinbarten Grundsätze der EZ-Wirksamkeit praktische Orientierungshilfen für deren Aktivitäten entwickeln.
- Bei politischen und operationellen Zielkonflikten zwischen geo- und sicherheitspolitischen Prioritäten und der Entwicklungszusammenarbeit sowie bei solchen Konflikten in der damit zusammenhängenden Kooperation zwischen zivilen und militärischen Instanzen sollten die Vereinigten Staaten vorsichtig zu Werke gehen. Das Land sollte sicherstellen, dass diese Kombination den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe dient. Die Vereinigten Staaten sollten auch weiterhin sicherstellen, dass die ODA an die ärmsten Länder mit den schwächsten Kapazitäten nicht auf Grund der neuen Fokussierung auf Länder, die gute Fortschritte aufweisen, eingestellt wird.
- Um das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu verbessern, sollten die Vereinigten Staaten die Lieferbindung ihrer ODA an die am wenigsten entwickelten Länder und die hochverschuldeten armen Länder gemäß der DAC-Empfehlung von 2001 in ihrer geänderten Fassung vom 25. Juli 2008 vollständig aufheben. Schließlich sollten sie auf ihrem umfassenden Ansatz im Bereich der Entwicklung aufbauen und die Strategierichtlinie des Präsidenten von 2010 nutzen, um die Auswirkungen der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik auf die Entwicklungsländer systematischer überwachen zu können.

Zwischenevaluierungen

Der DAC hat seit Juni 2010 Zwischenevaluierungen für Australien, Frankreich, Luxemburg, Norwegen und Schweden durchgeführt. Diese Zwischenevaluierungen haben dabei geholfen: *a)* Veränderungen, Ergebnisse und Auswirkungen zu verfolgen, *b)* die Bemühungen der Mitglieder bei der Umsetzung der Empfehlungen zu unterstützen und *c)* Erfahrungen öfter als alle vier bis fünf Jahre (der übliche Zeitraum zwischen den vollständigen Länderprüfungen) an andere DAC-Mitglieder weiterzugeben. Die Zwischenevaluierungen bieten auch die Gelegenheit, die jüngsten internationalen und nationalen Entwicklungen sowie deren Auswirkungen auf das EZ-Programm des geprüften Landes zu erörtern.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise war auch bei diesen Zwischen-evaluierungen ein zentrales Thema. Ihre schweren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer setzten die Mitglieder unter Druck, ihre EZ-Budgets trotz des Zwangs zur Senkung öffentlicher Ausgaben aufrechtzuerhalten. Australien bekräftigte seine Entschlossenheit, den Zielwert von einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,5% bis 2015/2016 zu erreichen, und als erster Schritt zur Verwirklichung dieses Ziels wurde das EZ-Budget für 2010–2011 um 9% aufgestockt. Luxemburg konnte sein hohes ODA/BNE-Verhältnis, das 2009 einen Wert von 1,04% erreichte, aufrechterhalten, und Norwegen bekräftigte seine Entschlossenheit, die ODA auf dem aktuellen Niveau von 1% des BNE zu halten. Das ODA-Budget Schwedens war entsprechend dem Bruttonationaleinkommen von Fluktuationen geprägt, und es verzeichnete 2010 nach dem Rückgang ein Jahr zuvor wieder einen Anstieg. 2010 entsprach die ODA Schwedens 0,97% des BNE. Indessen forderte Frankreich – in Erkenntnis der Tatsache, dass die Zusage des Landes, das Haushaltsdefizit von 8% im Jahr 2010 auf 3% im Jahr 2013 zu reduzieren, einer Aufstockung des ODA-Volumens möglicherweise im Wege steht – die Entwicklung weiterer innovativer Finanzmechanismen.

Hinsichtlich der Politiken tendieren die DAC-Mitglieder dazu, die EZ-Agenda zu erweitern und alle Entwicklungsanstrengungen zu erfassen, die zu nachhaltiger Entwicklung und Wirtschaftswachstum beitragen. Norwegen betont verstärkt die Rolle der ODA als Katalysator für langfristige Entwicklung, und Schweden konzentriert sich auf die Beteiligung des Privatsektors an den Entwicklungsanstrengungen. Sowohl Australien als auch Luxemburg haben bestätigt, dass Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiger Grundpfeiler ihrer Außenpolitik ist, und sie haben gemeinsam mit Frankreich die nachhaltige Entwicklung zu einem Hauptziel erklärt. Dies geht einher mit Maßnahmen, die darauf zielen, die Ergebnisse besser zu vermitteln, um die öffentliche

und politische Unterstützung für ODA in Krisenzeiten zu sichern. Die schwedische Regierung legt viel Wert darauf, die erzielten Ergebnisse besser nachzuweisen und die Transparenz zu erhöhen. Die Zwischenprüfungen zeigen darüber hinaus die kontinuierlichen Bemühungen der DAC-Mitglieder, die EZ-Abwicklung durch effektivere institutionelle Strukturen und Systeme zu verbessern. Australien erhöht die Autonomie seiner EZ-Organisation (AusAID) und das Land setzt den schrittweisen Dezentralisierungsprozess fort. Frankreich konsolidiert sein System und führt in diesem Zusammenhang eine Klärung der Mandate des Lenkungsausschusses für Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium und des neu eingerichteten Rats für strategische Planung (Conseil d'orientation stratégique) in der Französischen Entwicklungsagentur (Agence Française de Développement – AFD) herbei. Norwegen überprüft seine Organisation und strafft die Verwaltungsverfahren. Die Schwedische Behörde für Internationale Entwicklungszusammenarbeit (Sida) durchläuft einen weitreichenden Prozess der Neuorientierung und Modernisierung.

Darüber hinaus konzentrieren sich die Geber stärker auf das für eine qualitativ hochwertige ODA erforderliche Kompetenzspektrum (die richtige Person am richtigen Platz) – und die damit verbundenen Herausforderungen. Australien hat ein Personalplanungsprojekt durchgeführt und ist bemüht, die Zuständigkeiten der lokal angeworbenen Mitarbeiter zu erweitern. Luxemburg reagiert auf den Personal-mangel, indem das Land weitere Synergien innerhalb des Systems nutzt und auf externe Sachverständige zurückgreift. Indessen bemüht sich Schweden, den Anteil des vor Ort eingesetzten Personals zu erhöhen und gleichzeitig einen beträchtlichen Personalabbau zu bewältigen.

Die evaluierten Mitglieder unternehmen weiter große Anstrengungen, die EZ effektiv abzuwickeln. Aus den Zwischenevaluierungen geht hervor, dass dies in fragilen Situationen besonders schwierig ist. Frankreich und Australien betonen, dass in solchen Fällen ein ressortübergreifender Ansatz erforderlich ist, während Norwegen und Schweden darauf hinweisen, dass die Besetzung von Stellen wegen der harten Bedingungen in den fragilen Staaten eine große Herausforderung darstellt.

Insgesamt zeugten diese Zwischenevaluierungen von einem dynamischen Wunsch unter den überprüften Ländern, die Politiken den neuen internationalen Herausforderungen anzupassen, Reformen durchzuführen und in jedem einzelnen Kontext nach Innovationsmöglichkeiten zu suchen. Zu den empfehlenswerten Praktiken und Erfahrungen gehören:

- Australiens verstärktes Konzept für die Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen: Ein Mitglied des Exekutivausschusses von AusAID ist Gleichstellungsbeauftragter, und bei der Programmgestaltung und -umsetzung werden Gender-Marker verwendet.
- Frankreichs stärker strategieorientierter Ansatz für die Evaluierung: Die Evaluierung wird als zukunftsgerichtetes Managementinstrument eingesetzt.
- Luxemburgs neuerliche Fokussierung auf die Unterstützung der regionalen Integration in Afrika: Das Land engagiert sich für die institutionelle Stärkung von wichtigen regionalen Organisationen.
- Norwegens Fortschritte bei der systematischen Berücksichtigung von Umweltbelangen und Klimawandel mit greifbaren Ergebnissen: Das Land arbeitet mit Indonesien zusammen, um die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren.
- Die Anstrengungen Schwedens zur Straffung seines entwicklungspolitischen Rahmens: Der entwicklungspolitische Rahmen ist übersichtlicher geworden und zeichnet ein viel klareres Bild von der Aufteilung der institutionellen Verantwortung für Politikgestaltung und -umsetzung.



Andere OECD-Geber

Tschechische Republik

2009 beliefen sich die tschechischen ODA-Leistungen netto auf 215 Mio. US-\$, was in realer Rechnung einem Rückgang um 8,5% gegenüber 2008 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis blieb bei 0,12% stabil. Zurückzuführen war der Rückgang in erster Linie auf die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bedingten Haushaltsrestriktionen.

Die bilateralen Leistungen machten 47% des tschechischen ODA-Programms aus, das sich weiterhin auf acht Schwerpunktländer konzentrierte: Angola, Bosnien und Herzegowina, Moldau, Mongolei, Serbien, Vietnam, Jemen und Sambia. Ferner stellte die Tschechische Republik Wiederaufbauhilfe für Georgien bereit und reagierte auf Krisensituationen in Afghanistan und den Palästinensischen Autonomiegebieten.

Der Prozess der Veränderung der institutionellen Strukturen für die Erbringung der ODA-Leistungen der Tschechischen Republik setzte sich 2009 fort. Die Tschechische Entwicklungsbehörde besteht nun seit einem Jahr und hat ihre Projektumsetzungsaktivitäten erheblich ausgebaut.

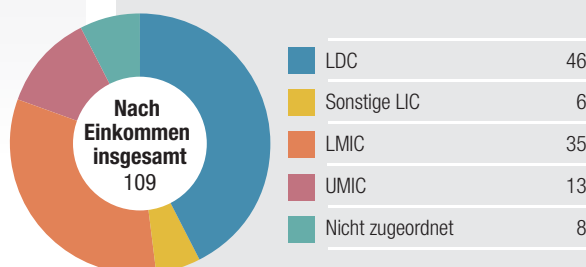
Das Ministerkabinett hat ein Gesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe verabschiedet, das dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt wurde. Das Außenministerium hat zudem mit der Erarbeitung einer neuen tschechischen ODA-Strategie für den Zeitraum 2010-2017 begonnen.

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

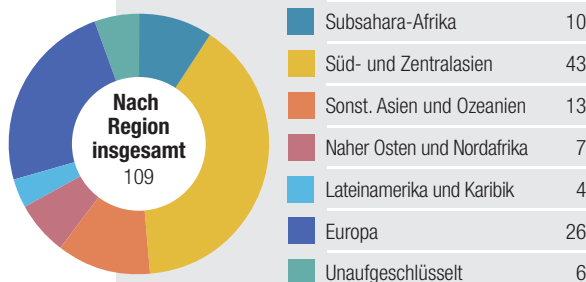
ODA, netto	2008	2009	Veränderung 2008/2009
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	249	215	-13.8%
Konst. Preise (2008, Mio. US-\$)	249	228	-8.5%
Tschechische Kronen (Mio.)	4 323	4 077	-5.7%
ODA/BNE	0.12%	0.12%	
Bilateraler Anteil	47%	47%	

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932522113>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

1	Afghanistan	34
2	Mongolei	6
3	Serbien	6
4	Bosnien und Herzegowina	4
5	Ukraine	4
6	Georgien	4
7	Vietnam	4
8	Paläst. Autonomiegebiete	3
9	Moldau	3
10	Angola	2

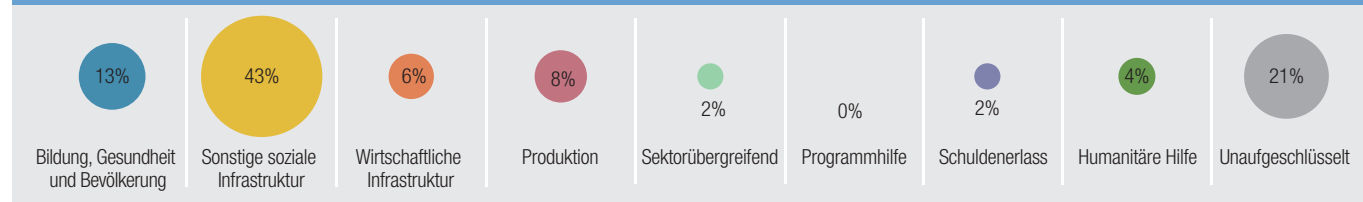
Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	50%
10 Hauptempfänger	65%
20 Hauptempfänger	76%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO

AFGHANISTAN
34 Mio. US-\$

ODA nach Sektor



Island

2009 gingen die ODA-Nettoleistungen Islands in realer Rechnung um 9,9% auf 35 Mio. US-\$ zurück, verglichen mit 48 Mio. US-\$ im Vorjahr. Das ODA/BNE-Verhältnis sank ebenfalls von 0,47% auf 0,35%. Die bilateralen Leistungen betrugen 27 Mio. US-\$ und machten 76% des ODA-Gesamtvolumens aus.

Trotz der derzeitigen Wirtschaftslage bleibt die Entwicklungszusammenarbeit eine der Säulen der isländischen Außenpolitik, und die Regierung ist fest entschlossen, die Millenniumsziele und andere international vereinbarte Entwicklungsziele zu erreichen.

Die Isländische Behörde für Internationale Entwicklung (ICEIDA) zahlte 2009 etwa 41% der isländischen ODA aus und war in sechs Ländern tätig: Malawi, Mosambik, Namibia, Nicaragua, Sri Lanka und Uganda. Infolge von Haushaltszwängen wurden die Botschaften Islands in Nicaragua und Sri Lanka 2009 geschlossen.

Die Direktion Internationale Zusammenarbeit des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten kommt für die verbleibenden 59% der isländischen ODA-Leistungen auf. Diese umfassen die multilaterale Zusammenarbeit mit VN-Stellen und der Weltbank, die humanitäre Hilfe und Unterstützungsleistungen für NRO. Die Teilnahme an Friedensoperationen und am Wiederaufbau nach Konflikten erfolgt über die Krisenreaktionseinheit (ICRU) der Direktion. 2009 machten diese Leistungen 8% der ODA-Gesamtleistungen aus, wobei der Schwerpunkt auf Afghanistan, den Palästinensischen Autonomiegebieten, dem Balkan und Liberia lag.

Mexiko

Mexiko ist zurzeit nicht in der Lage, dem Entwicklungsausschuss Daten zu seiner ODA zu übermitteln. Jedoch hat Mexiko in den vergangenen Jahren die notwendigen institutionellen Kapazitäten aufgebaut, um in naher Zukunft mit einer angemessenen und nachhaltigen Berichterstattung zu beginnen. Erstens hat Mexikos Außenministerium mit Unterstützung des DAC, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und des Nationalen Instituts für Geografie und Statistik jüngst ein Nationales Informationssystem zur Internationalen Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet. Dieses System, das von den Bundeseinrichtungen verlangt, ihre Kooperationsaktivitäten online zu registrieren, und der Öffentlichkeit freien Zugang zu seiner Datenbank gewährt, wird als Instrument für eine effiziente und transparente Berichterstattung über die mexikanische Entwicklungszusammenarbeit gegenüber dem DAC dienen. Zweitens hat der mexikanische Kongress Anfang 2011 ein Gesetz

zur Internationalen Zusammenarbeit verabschiedet. Dieses Gesetz wird den Rechtsrahmen festigen und für die notwendige institutionelle Stärke sorgen, um die Steuerung der mexikanischen Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern, worunter auch die angemessene und zeitnahe Berichterstattung über die EZ-Aktivitäten des Landes fällt.

Die Leistungen der bilateralen und regionalen Entwicklungszusammenarbeit Mexikos gehen hauptsächlich nach Lateinamerika und in die Karibik und werden in erster Linie in Form technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit für die Kapazitätsentwicklung erbracht. Im Jahr 2009 konzentrierten sich die Aktivitäten auf die mittelamerikanischen Länder, namentlich Costa Rica, El Salvador und Guatemala. Die horizontalen Süd-Süd-Kooperationsprogramme in Südamerika, insbesondere die mit Chile und Kolumbien durchgeführten Programme, befinden sich im Konsolidierungsprozess. Das Gleiche trifft auf zahlreiche Dreiecks-Partnerschaften zu, an denen Akteure wie Japan, Spanien, Deutschland und das UNDP beteiligt sind. Schwerpunkte der mexikanischen Technischen Zusammenarbeit waren 2009 Landwirtschaft, öffentliche Verwaltung, Gesundheit, Umweltschutz, Bildung sowie Wissenschaft und Technologie.

Ungarn

2009 stiegen die ungarischen ODA-Nettoleistungen in realer Rechnung um 22,5% auf 117 Mio. US-\$, gegenüber 107 Mio. US-\$ im Jahr 2008. Auch das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,08% auf 0,10%.

Das Volumen der bilateralen Leistungen verdoppelte sich nahezu im Vergleich zum Vorjahr, wohingegen die multilateralen Leistungen geringfügig abnahmen. 75 Mio. US-\$ wurden an die EU geleitet, was 86% der multilateralen Beiträge Ungarns entspricht.

Das ungarische ODA-Programm beruht auf einer mittelfristigen Länderstrategie und konzentriert sich auf die folgenden Schwerpunktpartnerländer: Bosnien und Herzegowina, Moldau, die Palästinensischen Autonomiegebiete und Vietnam. Projektorientierte Leistungen gingen an Länder in Subsahara-Afrika sowie an Kambodscha, Mazedonien (EJR), Kosovo, Kirgisistan, Laos, Mongolei, Montenegro, Ukraine und Jemen. Ungarn hält an seinen internationalen ODA-Zusagen für Afghanistan und den Irak fest.

Ungarn konzentriert seine Leistungen auf den Bereich politischer und wirtschaftlicher Transformation, weil es davon ausgeht, dass es hier über einen komparativen Vorteil verfügt. Weitere prioritäre Sektoren des ungarischen EZ-Programms sind Landwirtschaft, Wassermanagement sowie Bildung.

Polen

2009 beliefen sich die ODA-Nettoleistungen Polens auf 375 Mio. US-\$, womit sie gegenüber 2008 in realer Rechnung um 23,7% gestiegen sind. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich zwischen 2008 und 2009 ebenfalls von 0,08% auf 0,09%. Die bilateralen ODA-Leistungen verharrten bei 92 Mio. US-\$, was 25% der polnischen ODA insgesamt entspricht.

Als Mitglied der Europäischen Union erbringt Polen seine Leistungen überwiegend durch Beiträge zum Entwicklungsbudget der Europäischen Kommission. Hierauf entfielen im Jahr 2009 nahezu 96% der multilateralen ODA-Leistungen Polens.

Die polnischen bilateralen ODA-Leistungen umfassten Auszahlungen von Krediten zu vergünstigten Bedingungen an Angola, China, Montenegro und Vietnam ebenso wie Stipendienprogramme sowie Sozial- und Gesundheitsleistungen für Flüchtlinge in den ersten 12 Monaten ihres Aufenthalts in Polen. Darüber hinaus wurde humanitäre Hilfe für Indonesien, Kenia, Pakistan, die Palästinensischen Autonomiegebiete, die Philippinen und Vietnam geleistet.

Das polnische EZ-Programm ist auf eine enge Zusammenarbeit mit der Gebergemeinschaft ausgerichtet, insbesondere innerhalb der Europäischen Union und der OECD. Wie in der Vergangenheit liegt das Schwergewicht der polnischen Entwicklungszusammenarbeit weiterhin auf der Stärkung und Förderung der Demokratie sowie einer guten Staats- und Regierungsführung, den Menschenrechten, einer nachhaltigen Entwicklung und dem Aufbau der Zivilgesellschaft.

Kasten A.1 DAC-Sonderprüfung der Entwicklungszusammenarbeit Polens

Das Schwergewicht der polnischen Entwicklungszusammenarbeit liegt auf der Stärkung und Förderung der Demokratie sowie einer guten Staats- und Regierungsführung, den Menschenrechten, einer nachhaltigen Entwicklung und dem Aufbau der Zivilgesellschaft, insbesondere in seinen Nachbarländern in Osteuropa. Im Jahr 2008 beliefen sich die polnischen ODA-Leistungen auf 372 Mio. US-\$ bzw. 0,08% des BNE. Polen hat zugesagt, seine ODA im Verhältnis zum BNE bis 2015 auf 0,33% anzuheben. Zudem hat sich Polen verpflichtet, seine Entwicklungszusammenarbeit durch die Anwendung der Grundsätze der Erklärung von Paris über die EZ-Wirksamkeit von 2005 wirksamer zu gestalten.

Polen bat den DAC, eine Sonderprüfung seines Programms der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2009 durchzuführen. Ein Prüferteam mit Vertretern Belgiens, Kanadas, der Türkei und des DAC besuchte im Januar 2010 Warschau, wo es mit Regierungsbeamten und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammentraf. Im Rahmen der Prüfung wurde Polen empfohlen, seine Entwicklungszusammenarbeit weiter an den nationalen Systemen der Partnerländer auszurichten, die Lieferbindung aufzuheben und die Harmonisierung seiner ODA mit der anderer Geber zu verbessern. Die Ergebnisse der Sonderprüfung wurden in einer Diskussionsrunde in Warschau am 17. Mai 2010 erörtert, an der polnische Akteure, DAC-Mitglieder und andere neue Geber teilnahmen.

Slowakische Republik

2009 beliefen sich die ODA-Nettoauszahlungen der Slowakischen Republik auf insgesamt 75 Mio. US-\$, was einem Rückgang um 17,6% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis sank ebenfalls von 0,10% auf 0,09%. Zurückzuführen war die Abnahme der ODA-Leistungen auf die Wirtschaftskrise. 26% der slowakischen ODA-Leistungen waren bilateraler Natur. Ein Beitrag in Höhe von 52 Mio. US-\$ zum EU-Haushalt machte 93% der multilateralen ODA-Leistungen der Slowakischen Republik aus.

Im April 2009 stimmte die Regierung neuen Projekten in den Programmländern (Afghanistan, Kenia, Serbien) und folgenden Schwerpunktländern zu: Albanien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Äthiopien, Mazedonien (EJR), Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Mongolei, Sudan, Tadschikistan, Ukraine, Usbekistan und Vietnam.

Die Slowakische Republik unterstützt die Erreichung der Millenniumsziele, indem sie gezielt ODA-Leistungen für soziale Infrastrukturen bereitstellt, insbesondere für die Bereiche Gesundheitsversorgung, Bildung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Umwelt sowie den Aufbau demokratischer Institutionen.

Kasten A.2 DAC-Sonderprüfung der Entwicklungszusammenarbeit der Slowakischen Republik

Auf Ersuchen des Slowakischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MFA) führten die OECD-Direktion Entwicklungszusammenarbeit (DCD) und Vertreter des DAC aus dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden von November 2010 bis April 2011 eine Sonderprüfung der slowakischen internationalen Entwicklungszusammenarbeit durch. Hauptziel der Sonderprüfung war es, den internen Dialog der slowakischen Behörden über die Reform ihrer Auslandshilfe durch Beispiele guter Praxis und neu gewonnene Erkenntnisse zu bereichern. Der Bericht über die Sonderprüfung wurde von der Regierung in Bratislava im Oktober 2011 vorgestellt und vom DAC auf seiner Tagung am 3. November 2011 diskutiert. Der DAC begrüßte die Sonderprüfung als eine Chance, aus der einzigartigen Perspektive und den Erfahrungen von Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit zu lernen, die nicht zum Kreis seiner Mitglieder gehören.

Fazit der Prüfung ist, dass die Slowakische Republik inzwischen viele der rechtlichen, strategischen und institutionellen Bausteine für ihre Entwicklungszusammenarbeit zusammengefügt hat. Die Slowakische Republik verfügt mittlerweile über hinreichend Spielraum, um ihr System der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, so dass sie ihre Entwicklungsziele im Interesse der armen Bevölkerungsgruppen in den Partnerländern effizienter, effektiver und transparenter erreichen kann. Die Entwicklungszusammenarbeit der Slowakischen Republik sieht sich mehreren großen Herausforderungen gegenüber, dem Prüfbericht zufolge gibt es jedoch Lösungen für diese Probleme. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen sollte die Slowakische Republik besonderes Augenmerk darauf richten:

- a) die Führungsverantwortung in ihrer Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere die Schlüsselrolle des Außenministeriums zu stärken,
- b) die Sichtbarkeit ihres gesamten Programms der Entwicklungszusammenarbeit in der Slowakischen Republik selbst zu erhöhen,
- c) die Erbringung der ODA-Leistungen zu verbessern.

Türkei

2009 erreichten die ODA-Nettoleistungen der Türkei 707 Mio. US-\$, was einem geringfügigen Anstieg um 0,6% in realer Rechnung gegenüber dem Jahr 2008 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis verharrte bei 0,11%.

Die bilaterale ODA belief sich auf 665 Mio. US-\$ und machte damit 94% der türkischen ODA insgesamt aus. Der Großteil der bilateralen Zusammenarbeit wurde in Form von Projekt- und Programmhilfe, Technischer Zusammenarbeit sowie Unterstützung bei Friedensoperationen nach Konflikten und humanitärer Hilfe erbracht.

Geografisch gesehen fließen über 50% der türkischen bilateralen ODA nach Süd- und Zentralasien. Afghanistan, das ODA-Mittel von über 96 Mio. US-\$ erhielt, war weiterhin der Hauptempfänger der bilateralen ODA-Leistungen. Bosnien und Herzegowina, der Irak, Kasachstan, Kirgisistan und die Palästinensischen Autonomiegebiete werden als weitere wichtige Partnerländer aufgeführt.

Die Türkei ist bestrebt, ihren Partnern die Erfahrungen zugute kommen zu lassen, die sie im Lauf ihres eigenen Entwicklungsprozesses gesammelt hat, vor allem im Bereich der Technischen Zusammenarbeit. Kosteneffizienz infolge niedrigerer Verwaltungskosten kann als der größte komparative Vorteil dieser Aktivitäten der Technischen Zusammenarbeit betrachtet werden, die auf die institutionelle Entwicklung und Verbesserung der Humanressourcen in den Partnerländern ausgerichtet sind.

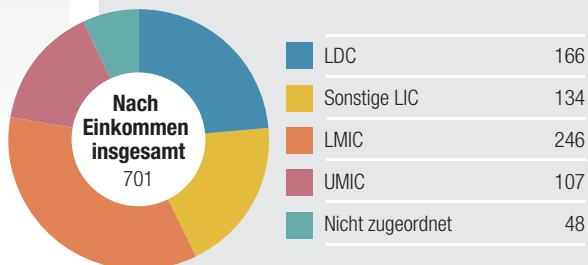
Die Türkische Internationale Agentur für Zusammenarbeit (TIKA) ist das wichtigste Organ für die Verwaltung der türkischen ODA. Die TIKA ist eine autonome Organisation der Technischen Zusammenarbeit unter der Verantwortung des Premierministers. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, eine Verbindung zu schaffen zwischen den Bedürfnissen der Partnerländer und der Erfahrung der relevanten türkischen Ministerien und Behörden.

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2008-2009, wenn nicht anders angegeben

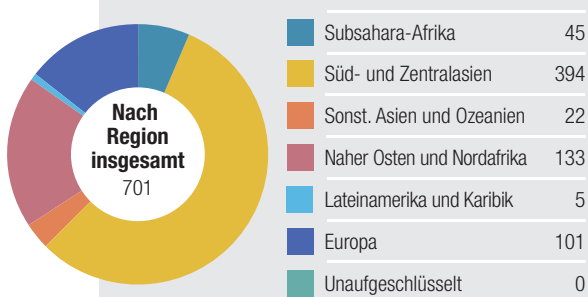
ODA, netto	2008	2009	Veränderung 2008/2009
Jeweilige Preise (Mio. US-\$)	780	707	-9.4%
Constant (2008 Mio. US-\$)	780	785	0.6%
Türkische Lira (Mrd.)	1 021	1 093	7.1%
ODA/BNE	0.11%	0.11%	
Bilateraler Anteil	94%	94%	

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932522094>

ODA nach Einkommensgruppe (Mio. US-\$)



ODA nach Region (Mio. US-\$)



Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-\$)

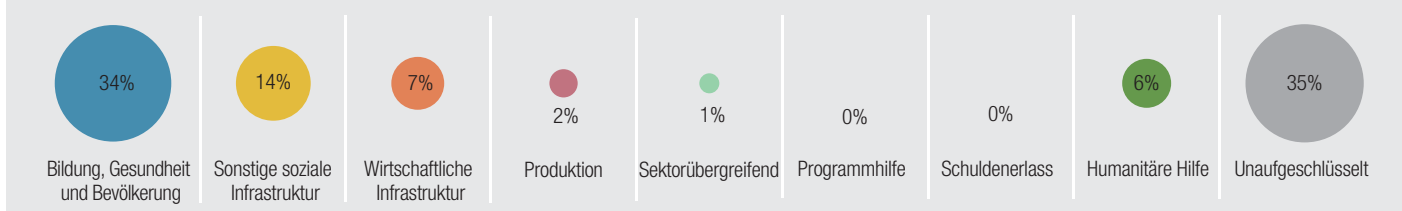
1	Afghanistan	119
2	Kasachstan	62
3	Kirgisistan	60
4	Pakistan	57
5	Irak	50
6	Paläst. Autonomiegebiete	34
7	Aserbaidzhan	31
8	Bosnien und Herzegowina	24
9	Libanon	19
10	Serbien	17

Nachrichtlich: Anteil an bilat. ODA, brutto

5 Hauptempfänger	50%
10 Hauptempfänger	68%
20 Hauptempfänger	82%

GRÖSSTER ODA-EMPFÄNGER, BRUTTO
AFGHANISTAN
119 Mio. US-\$

ODA nach Sektor



Neue OECD-Mitglieder

2010 erhöhte sich die Zahl der OECD-Mitglieder mit der Aufnahme von vier neuen Ländern (Beitrittsdaten in Klammern): Chile (7. Mai 2010), Estland (9. Dezember 2010), Israel (7. September 2010) und Slowenien (21. Juli 2010). Die ODA Estlands betrug 2009 netto 18,4 Mio. US-\$, wovon 80% auf multilaterale Leistungen entfielen. Die ODA Israels¹¹ belief sich 2009 netto auf insgesamt 123,9 Mio. US-\$, wobei der Großteil (87%) auf bilateralem Weg erbracht wurde. 35,4 Mio. (bzw. 33%) davon entfielen auf Unterhaltskosten für Übersiedler aus Entwicklungsländern (in denen oft Bürgerkriege oder schwere Unruhen herrschen) oder Personen, die ihr Land aus humanitären oder politischen Gründen verlassen mussten, im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Israel. Sloweniens ODA-Nettoleistungen beliefen sich auf 71,3 Mio. US-\$, davon waren 65% multilaterale ODA-Leistungen, die größtenteils über Institutionen der Europäischen Union weitergeleitet wurden. Das ODA-Volumen Estlands und Israels wird seit den neunziger Jahren vom DAC erfasst, und Slowenien hat 2005 mit der Übermittlung seiner ODA-Daten begonnen. Chile hingegen informiert den DAC derzeit noch nicht über sein ODA-Volumen.

Mehrere Nicht-OECD-Länder spielen in der Entwicklungszusammenarbeit seit langem eine wichtige Rolle, und viele von ihnen erhöhen derzeit das Volumen der an Entwicklungsländer gehenden konzessionären Mittel für die Entwicklungsfinanzierung. Der Entwicklungsausschuss der OECD würdigt und begrüßt die Rolle von Ländern, die nicht zum Kreis seiner Mitglieder gehören, in der internationalen Entwicklungslandschaft. Der DAC ist bestrebt, mit diesen Ländern gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Armut zu reduzieren, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern und globale Entwicklungsherausforderungen zu bewältigen. Als anerkannte Quelle für Statistiken zur Entwicklungszusammenarbeit ist der DAC um eine umfassendere Berichterstattung über die weltweiten ODA-Leistungen mit Informationen über sämtliche Geber bemüht. Der DAC hofft, dass alle Länder mit bedeutenden EZ-Aktivitäten in naher Zukunft beginnen werden, grundlegende Informationen über ihre Finanzierungsströme zu übermitteln. Dies wird es ihnen nicht nur ermöglichen, Anerkennung für ihre großen Anstrengungen zu erhalten, sondern auch dazu beitragen, dass in den Geber- und Partnerländern gleichermaßen Entscheidungen in voller Sachkenntnis getroffen werden können. Zwanzig Nicht-OECD-Länder übermitteln dem DAC bereits ihre ODA-Statistiken.



Nicht der OECD angehörige Geber

Dieser Abschnitt informiert über das Volumen und die Hauptmerkmale der Entwicklungsprogramme von 16 Ländern, die nicht Mitglied der OECD sind. Elf dieser Länder berichten dem DAC offiziell über ihre ODA-Leistungen: Chinesisch Taipeh, Zypern¹², Kuwait, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Malta, Rumänien, Saudi-Arabien, Thailand und die Vereinigten Arabischen Emirate. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) liefern dem DAC keine Daten, leisten aber schon seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit¹³.

Die Entwicklungsleistungen dieser 16 Nicht-OECD-Länder machten 2009 einen kleinen, aber zunehmend an Bedeutung gewinnenden Anteil an den ODA-Leistungen insgesamt aus. Zusammen erbrachten diese Länder Schätzungen zufolge 2009 brutto Entwicklungsleistungen in Höhe von 9,3 Mrd. US-\$, was 6,4% der gesamten ODA-Bruttoleistungen entspricht. Die ODA-Leistungen einiger dieser Länder übertrafen den Beitrag mancher DAC-Länder. Dies war insbesondere für Saudi-Arabien (3,2 Mrd. US-\$ brutto), China (1,9 Mrd. US-\$ brutto) und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) (über 1,0 Mrd. US-\$ brutto) der Fall (Abb. A.101).

Einige Länder im Nahen Osten sind bereits seit mehreren Jahrzehnten in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv und haben komplexe Mechanismen für die Koordinierung und Harmonisierung ihrer Leistungen eingerichtet, insbesondere über die Arab Co-ordination Group (Arabische Koordinierungsgruppe – ACG). Mitglieder der ACG und des DAC haben in jüngster Zeit auf drei Tagungen (in Kuwait im Mai 2009, in Wien im April 2010 und in London im Juli 2011) starkes Interesse daran bekundet, voneinander zu lernen. Sie vereinbarten nicht nur, Informationen über ihre jeweiligen Entwicklungsprogramme auszutauschen, sondern kamen auch überein, in mehreren vorrangigen Bereichen zusammenzuarbeiten, darunter: Unterstützung der Partnerländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit, Verbesserung der Versorgung armer Bevölkerungsgruppen mit ausreichender, leicht zugänglicher und kostengünstiger Energie, Eindämmung der Klimafolgen traditioneller Energiequellen und besser koordinierte Unterstützung für Jemen bei seinen Reformanstrengungen.

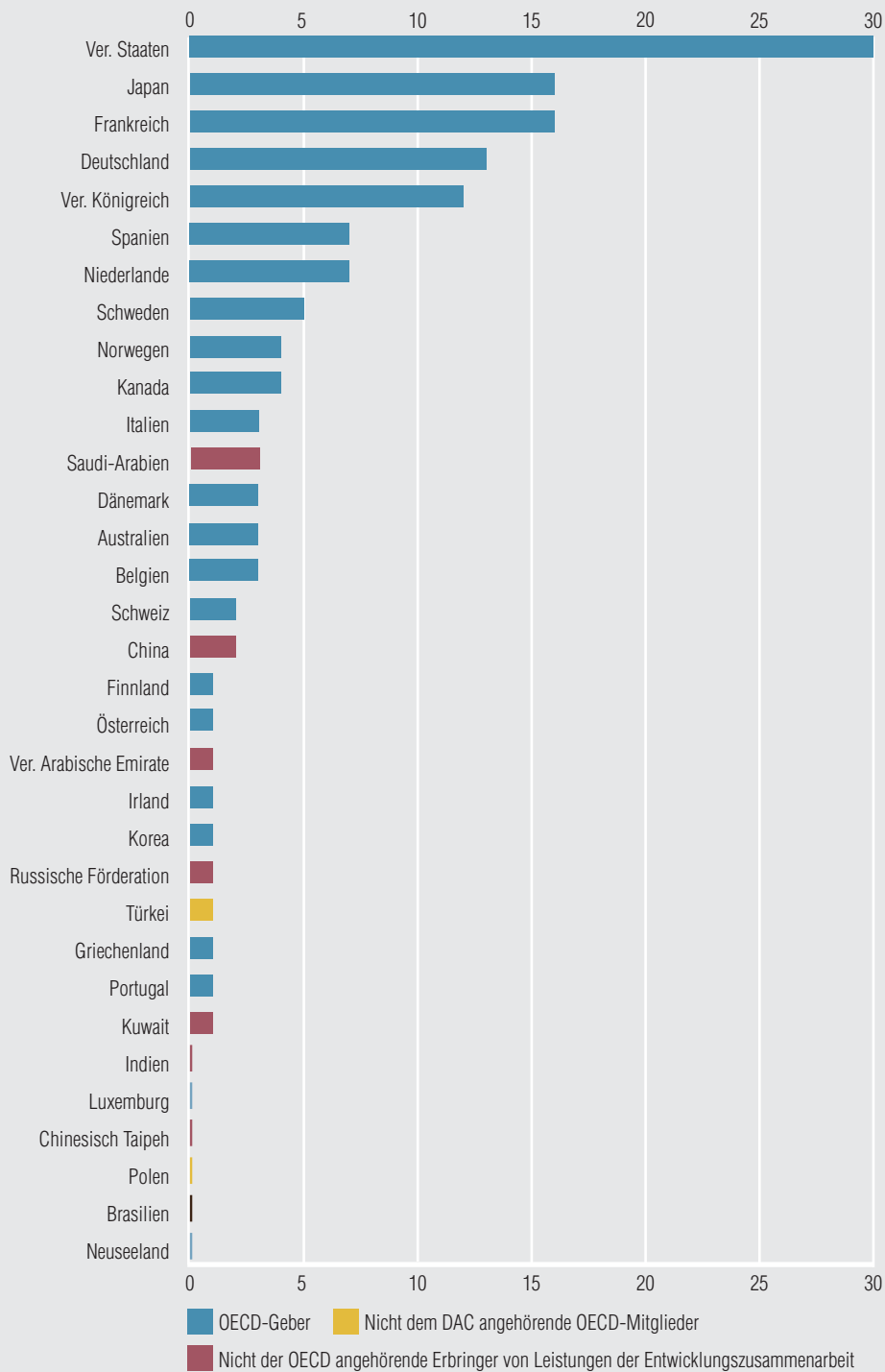
Drei der großen Geberländer der Golfregion – Kuwait, Saudi-Arabien und die VAE – stellen dem DAC Angaben über ihre ODA-Leistungen zur Verfügung. Der Großteil ihrer ODA wird bilateral vergeben und ist auf Sektoren wie Infrastruktur, Energie und Landwirtschaft ausgerichtet. Die Entwicklungszusammenarbeit ist für diese Länder auch ein wichtiges Instrument, um Solidarität innerhalb der arabischen Welt zu demonstrieren, indem Ländern

der Region, die Konflikten ausgesetzt sind oder sich in Situationen fragiler Staatlichkeit befinden, Unterstützung angeboten und bei der Stabilisierung geholfen wird. Saudi-Arabien war 2009 weiterhin der größte Geber außerhalb des Kreises der DAC-Mitglieder mit einem ODA-Bruttoaufkommen von 3,2 Mrd. US-\$. Dies stellt jedoch einen Rückgang um 42% im Vergleich zum Vorjahr dar, als sich Saudi-Arabien ODA-Auszahlungen noch auf 5,1 Mrd. US-\$ beliefen. Auch Kuwait verringerte seine Entwicklungsleistungen 2009: Seine ODA sank brutto auf 527,7 Mio. US-\$, gegenüber 663,4 Mio. US-\$ im Jahr 2008. Die VAE gaben an, dass sich ihre ODA 2009 brutto auf 1,0 Mrd. US-\$ belief. Die VAE stellten dem DAC 2010 erstmals ressortübergreifende, nach Aktivitäten aufgeschlüsselte Daten zu ihren ODA-Leistungen zur Verfügung, womit sie das erste Land außerhalb des Kreises der DAC-Mitglieder sind, das derart detaillierte Daten vorlegt (Smith, 2011a).

Bei den nicht im DAC vertretenen Mitgliedern der Europäischen Union fielen die Ergebnisse in Bezug auf die ODA-Leistungen 2009 unterschiedlich aus. Rumänien und Zypern¹⁴ erhöhten ihre ODA-Bruttoauszahlungen: Rumänien erreichte 2009 ein Niveau von 152,5 Mio. US-\$ – nach 122,9 Mio. im Jahr 2008 –, und Zypern¹⁵ stellte 45,4 Mio. US-\$ zur Verfügung – nach 37,4 Mio. im Jahr 2008. Litauens ODA-Leistungen gingen 2009 hingegen auf 36,2 Mio. US-\$ brutto zurück, im Vergleich zu 47,9 Mio. US-\$ im Vorjahr. Lettlands ODA-Leistungen waren ebenfalls rückläufig, allerdings nur geringfügig: 21,0 Mio. US-\$ im Jahr 2009, im Vergleich zu 21,9 Mio. US-\$ im Jahr 2008. Malta meldete dem DAC 2009 erstmals seine ODA-Leistungen, die sich brutto auf 13,7 Mio. US-\$ beliefen. Auf Grund ihrer begrenzten Kapazitäten, bilaterale Entwicklungsprogramme vor Ort durchzuführen, leiten diese EU-Länder ihre ODA größtenteils über multilaterale Einrichtungen, insbesondere über Institutionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen.

Chinesisch Taipeh, Thailand und Liechtenstein liefern dem DAC ebenfalls Statistiken zu ihrer ODA. Zwei dieser Länder verringerten 2009 ihre ODA-Leistungen: Die ODA-Bruttoauszahlungen von Chinesisch Taipeh gingen 2009 auf 411,4 Mio. US-\$ zurück, gegenüber 435,2 Mio. US-\$ im Jahr 2008; Thailand erbrachte Leistungen in Höhe von 40,2 Mio. US-\$, was einen starken Rückgang im Vergleich zu den 178,5 Mio. US-\$ des Vorjahres darstellte. Liechtenstein erhöhte seine ODA-Bruttoleistungen auf 26,3 Mio. US-\$, gegenüber 23,3 Mio. US-\$ im Vorjahr. Diese drei Länder erbringen den Großteil ihrer Entwicklungszusammenarbeit bilateral: Der Anteil der bilateralen ODA beträgt für Chinesisch Taipeh 98%, für Thailand 86% und für Liechtenstein 80%.

Abbildung A.101. ODA der Geber im Jahr 2009, brutto (in jeweiligen Preisen, Mrd. US-\$)



Quelle: OECD DAC Statistics sowie Schätzungen für Brasilien, China, Indien und Russland aus Zimmermann und Smith (2011).

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514114>

Zusätzlich zu den Angaben der Länder, die dem DAC Bericht erstatten, erstellte der DAC auch Schätzungen zum Umfang der Entwicklungszusammenarbeit Brasiliens, Chinas, Indiens, Russlands und Südafrikas im Jahr 2009.

Laut einer neueren Untersuchung der brasilianischen Regierung belief sich die Entwicklungszusammenarbeit Brasiliens 2009 auf 362,2 Mio. US-\$, womit ihr Volumen im Vergleich zu den 336,8 Mio. US-\$ von 2008 gestiegen ist (IPEA und ABC, 2010).

In diesen Zahlen sind nur Zuschüsse der brasilianischen Bundesregierung berücksichtigt; Kredite (zinslos oder vergünstigt), Schuldenerlasse und Entwicklungsleistungen nachgeordneter Gebietskörperschaften sind darin nicht inbegriffen. Das Volumen der brasilianischen Entwicklungszusammenarbeit ist daher vermutlich höher als in den amtlichen Schätzungen ausgewiesen. Laut dem Regierungsbericht entfielen 2009 mehr als 68% der brasilianischen EZ-Leistungen auf multilaterale Organisationen, 13,5% auf die Technische Zusammenarbeit, 12% auf die humanitäre Hilfe und weitere 6% auf Stipendien für ausländische Studierende in Brasilien (IPEA und ABC, 2010). Die Brasilianische Entwicklungsbank (BNDES) hat ihre Anstrengungen zur Förderung des Handels und des Binnenwachstums in Brasilien durch die Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer verstärkt; es liegen allerdings keine klaren Informationen zum Vergünstigungsgrad dieser Kredite vor (Zimmermann und Smith, 2011). Die brasilianische Entwicklungszusammenarbeit, die sich früher auf lateinamerikanische und auf portugiesischsprachige Länder konzentrierte, wird zunehmend auf andere afrikanische Partnerländer, wie z.B. Ghana, ausgedehnt.

Die chinesische Regierung erklärte in ihrem vor kurzem erschienenen Weißbuch „China's Foreign Aid“, dass sie zwischen 1950 und 2009 ungefähr 38,5 Mrd. US-\$ (256,3 Mrd. Renminbi) an Auslandshilfe zur Verfügung gestellt hat (Chinesische Regierung, 2011). Diese Zahl setzt sich zusammen aus Zuschüssen (41%), zinslosen Darlehen (30%) und Subventionen für vergünstigte Kredite (29%). 2009 belief sich Chinas Entwicklungszusammenarbeit laut dem Ausgabenbudget der Zentralregierung 2010 (Chinesische Regierung, 2010) auf 1,9 Mrd. US-\$, gegenüber 1,8 Mrd. US-\$ im Jahr 2008. In dieser Summe sind der Kapitalteil der vergünstigten Kredite und die Schuldenerlasse jedoch nicht berücksichtigt. Würden diese mit eingerechnet, könnte sich die chinesische Entwicklungszusammenarbeit auf 3 Mrd. US-\$ belaufen (Zimmermann und Smith, 2011). Laut Angaben der Regierung gingen 63% der chinesischen Entwicklungsleistungen 2009 in Länder der unteren Einkommensgruppe (Chinesische Regierung, 2011). Der Schwerpunkt der chinesischen Entwick-

lungszusammenarbeit lag 2009 auf Afrika (45,7%) und Asien (32,8%), chinesische Entwicklungsleistungen gingen aber auch an Lateinamerika und die Karibik (12,7%), Ozeanien (4%), Europa (0,3%) sowie andere Länder (4,5%). Die prioritären Sektoren der chinesischen Entwicklungszusammenarbeit sind Landwirtschaft, Industrie, Wirtschaftsinfrastruktur, öffentliche Einrichtungen, Bildung und Gesundheit. In jüngster Zeit hat die chinesische Regierung auch verstärkte Aufmerksamkeit darauf gerichtet, anderen Entwicklungsländern bei der Bekämpfung des Klimawandels zu helfen (Chinesische Regierung, 2011).

Dem Jahresbericht des indischen Außenministeriums zufolge belief sich das Hilfs- und Kreditprogramm des Landes im Finanzjahr 2009/2010 auf 488,0 Mio. US-\$, womit es im Vergleich zu den 609,5 Mio. US-\$ des Finanzjahrs 2008/2009 geschrumpft ist (Indische Regierung, 2010). Die indische Entwicklungszusammenarbeit wird von der Abteilung Wirtschaft des Finanzministeriums verwaltet, die auch die Aufsicht über die Export Import Bank of India (EXIM Bank) führt. Zum 25. Mai 2011 wies die EXIM Bank 140 operative Kreditlinien aus, von denen die meisten für die Finanzierung spezifischer Infrastrukturprojekte indischer Unternehmen in Entwicklungsländern bestimmt sind, hauptsächlich in Sektoren wie Elektrizität, Energie, Bewässerung und Verkehr (Export Import Bank of India, 2011). Die Abteilung Technische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit des Außenministeriums ist für die Technische Zusammenarbeit zuständig. Im Rahmen seines Programms für Internationale Technische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ITEC) bildet Indien jährlich Tausende von Fachkräften aus über 150 Ländern aus, in so verschiedenen Bereichen wie Informationstechnologie, Bildung und Unternehmensentwicklung (Indische Regierung, 2010). Der Großteil des indischen Entwicklungsbudgets geht in Nachbarländer wie Bhutan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Myanmar und die Malediven. Allerdings entfällt auch auf Afrika ein zunehmender Anteil an der indischen Entwicklungszusammenarbeit. Auf dem ersten India-Africa Forum Summit im Jahr 2008 sagte Indien zu, afrikanischen Ländern in den fünf bis sechs Folgejahren Kredite im Umfang von 5,4 Mrd. US-\$ und Zuschüsse in Höhe von 500 Mio. US-\$ zur Verfügung zu stellen (Zimmermann und Smith, 2011).

Laut Schätzungen der zuständigen russischen Behörden beliefen sich Russlands ODA-Auszahlungen 2009 auf 785,0 Mio. US-\$, womit sie gegenüber den 220,0 Mio. US-\$ des Jahres 2008 und den 100,0 Mio. US-\$ im Jahr 2004 deutlich gestiegen sind (Russische Regierung, 2010). Ein Großteil der russischen ODA läuft über multilaterale Kanäle, wie die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, die Weltbank, das VN-System sowie große internationale Initiativen

und zweckgebundene Fonds. Russlands wichtigste Partnerländer sind die Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), gefolgt von Ländern im Asien-Pazifik-Raum und in Subsahara-Afrika. Schwerpunktbereich ist die Gesundheit; Russland investiert aber auch in andere Sektoren, wie Ernährungssicherheit, Energie, Bildung und regionale Integration (Russische Regierung, 2010). Russland hat erklärt, dass es dem DAC über seine ODA-Leistungen Bericht erstatten wird, sobald es über die nötigen Kapazitäten dafür verfügt.

Südafrikas Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit sind von 112,6 Mio. US-\$ im Finanzjahr 2008/2009 auf 108,7 Mio. US-\$ im Finanzjahr 2009/2010 zurückgegangen (South African National Treasury, 2010). Seine bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wird hauptsächlich über den African Renaissance and International Co-operation Fund abgewickelt, dessen Volumen von weniger als 7 Mio. US-\$ im Jahr 2003 auf fast 40 Mio. US-\$ im Finanzjahr 2008/2009 angewachsen ist. Südafrika hat 2011 die Einrichtung einer neuen Entwicklungsagentur angekündigt, der South African Development Partnership Agency, der der Renaissance Fund unterstellt werden wird und die die Koordinierung verschiedener EZ-Aktivitäten und -Instrumente verbessern soll (Ramachandran, 2011). Südafrika legt den Schwerpunkt auf die Unterstützung von Ländern in der Region. Schätzungen zufolge gehen rd. 70% der südafrikanischen ODA in Länder der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) (Zimmermann und Smith, 2011).

Neben den im Vorstehenden erwähnten bilateralen Gebern stellen auch private Geber in großem Umfang konzessionäre Mittel für

die Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung. 2010 wurden in den Statistiken des DAC erstmals die Auszahlungen einer der weltweit größten privaten Stiftungen erfasst, der Bill and Melinda Gates Foundation (Smith, 2011b).

Die Bill and Melinda Gates Foundation vergab 2009 Zuschüsse in Höhe von 1,8 Mrd. US-\$ zu Gunsten der Verbesserung der Gesundheitssituation in Entwicklungsländern und unterstützte u.a. die Entwicklung von Impfstoffen, die Bekämpfung von Poliomyelitis, HIV/AIDS, Malaria, Lungenentzündung, Tuberkulose, Durchfallerkrankungen und sonstigen Infektionskrankheiten sowie die Bereiche Familienplanung, Ernährung und Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Kindern. Damit ist die Gates Foundation der drittgrößte internationale Geber im Gesundheitsbereich nach den Vereinigten Staaten und dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria. Ein großer Teil der Ausgaben der Gates Foundation für Gesundheit dient der Erforschung und Entwicklung von Impfstoffen, Arzneimitteln und Diagnoseverfahren, so dass potenziell alle Länder aus ihnen Nutzen ziehen können. 2009 erfolgten somit 50% ihrer Ausgaben für globale Gesundheit auf internationaler oder regionaler Ebene ohne Zuordnung zu einem bestimmten Land. Die Gates Foundation investiert aber auch in die Verbesserung des Zugangs zu bewährten Methoden der Bekämpfung von Gesundheitsproblemen, was Entwicklungsländern besonders zugute kommt. Der Großteil der Beiträge ging in diesem Rahmen an afrikanische und asiatische Länder, auf die 2009 34% bzw. 15% der Ausgaben der Gates Foundation für globale Gesundheit entfielen.

Anmerkungen

1. Diese Projektionen wurden in *Entwicklungszusammenarbeit – Bericht 2005* veröffentlicht (Tabelle 1.1).
2. Die länderprogrammierbaren Entwicklungsleistungen (CPA) sind eine wichtige Unterkategorie der öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA); in ihnen nicht inbegriffen sind nichtprogrammierbare Leistungen wie z.B. humanitäre Hilfe, Schuldenerlasse oder interne Kosten der Geber (beispielsweise Verwaltungskosten und Kosten für in den Geberländern lebende Flüchtlinge).
3. Die Angaben der Vereinigten Staaten zum Grad der Ausrichtung ihrer ODA-Leistungen auf die Gleichstellung der Geschlechter sind nicht mit den entsprechenden Angaben der anderen Geber vergleichbar. Die Vereinigten Staaten haben die Datenerhebung für den Gender-Marker inzwischen einer Prüfung unterzogen und beschlossen, die dabei angewandten Methoden im Interesse einer zuverlässigen und stichhaltigen Berichterstattung in Zukunft deutlich zu ändern.
4. Der Anteil der auf die Gleichstellung der Geschlechter ausgerichteten Leistungen an der ODA insgesamt wurde unter Zugrundelegung der nach Sektoren aufschlüsselbaren Leistungen anhand des Gender-Markers bestimmt. Bei der Analyse dieser Zahlen muss berücksichtigt werden, dass die Länder erst nach und nach begonnen haben, Daten zu diesem Marker zu erfassen. Die Gesamtsumme im Zeitverlauf trägt dieser unregelmäßigen Erfassung der Geber und dem Anstieg des Umfangs der nach dem Gender-Marker eingestuften Leistungen Rechnung.
5. Die offizielle Berichterstattung zu den umweltbezogenen Rio-Markern begann 2007.
6. Zur Ermittlung der Ausgaben der DAC-Geber für humanitäre Hilfe werden in den Berechnungen von Global Humanitarian Assistance (GHA) folgende Posten zusammengezählt: a) humanitäre Hilfe gemäß DAC1 öffentliche und private Leistungen, nachrichtlich: humanitäre Hilfe (Nettoaussahlungen); b) ODA-Aussahlungen insgesamt an das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), an das Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) und an das Welternährungsprogramm (WEP) gemäß DAC2a ODA-Aussahlungen. In den GHA-Berechnungen sind nicht alle ODA-Leistungen an das WEP berücksichtigt, stattdessen wird ein Koeffizient angewendet, mit dem der Tatsache Rechnung getragen wird, dass nicht alle Ausgaben des WEP humanitärer Art sind. Die humanitäre Hilfe, die unter dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und unter „Sonstige VN-Stellen“ in den DAC2a-Tabellen erfasst ist, wird in den GHA-Berechnungen ebenfalls berücksichtigt. Wegen weiterer Informationen vgl. www.globalhumanitarianassistance.org/data-guides/calculations-methodologies.
7. Das DFID führte im Jahr 2011 eine neue Strategie unter dem Titel „Strategic Vision for Girls and Women“ (strategische Vision für Mädchen und Frauen) ein. Darin werden vier Säulen für umfassendere und effektivere Maßnahmen festgelegt, durch die die Lebensbedingungen von Mädchen und Frauen beträchtlich verbessert und nachhaltig verändert werden sollen.
8. Das Vereinigte Königreich ist außerdem entschlossen, den Klimawandel in der gesamten bilateralen und multilateralen ODA systematisch zu berücksichtigen. Diese Anstrengungen werden von einem Generaldirektor vorangetrieben, und das Führungspersonal der gesamten Organisation setzt sich mit Nachdruck dafür ein. Das Vereinigte Königreich engagiert sich darüber hinaus weiterhin für den Umweltschutz, z.B. durch die Unterstützung der Globalen Umweltfazilität.
9. Das bedeutet eine fast 50%ige Steigerung im Verlauf des Vierjahreszeitraums, wobei der Anteil der britischen für internationale Klimaschutzmaßnahmen vorgesehenen ODA bis 2014-2015 auf 7,5% steigen wird. Diese Mittelzuweisungen decken den vom Vereinigten Königreich für den Zeitraum von 2010-2012 zugesagten Anteil an der „Fast Start“-Finanzierung in Höhe von 1,5 Mrd. £ vollständig ab. Der Internationale Klimafonds leitet sowohl multilaterale als auch bilaterale Leistungen des Vereinigten Königreichs weiter und setzt sich dabei für eine ausgewogene Aufteilung zwischen Anpassung (50%), CO₂-armer Entwicklung (30%) und Forstwirtschaft (20%) ein. Diese Aufteilung wird regelmäßig überprüft werden.

10. In den Vereinigten Staaten erfolgte die Anwendung des Gender-Markers bislang auf der Grundlage einer Textsuche in den Projektbeschreibungen (mit Wörtern wie „girl“ oder „woman“). Die so ermittelten Daten über die Ausrichtung der ODA auf die Gleichstellung der Geschlechter sind nicht vergleichbar mit den Daten anderer Geber. Die Vereinigten Staaten haben die Datenerhebung für den Gender-Marker inzwischen einer Überprüfung unterzogen und beschlossen, die dabei angewandten Methoden im Interesse einer zuverlässigen und stichhaltigen Berichterstattung deutlich zu ändern.
11. Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland.
12. Anmerkung der Türkei: „Die Informationen in diesem Bericht zu Zypern beziehen sich auf den südlichen Teil der Insel. Es existiert keine den türkischen und den griechischen Bevölkerungsteil der Insel gemeinsam vertretende Instanz. Die Türkei erkennt die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) an. Bis im Rahmen der Vereinten Nationen eine dauerhafte und gerechte Lösung gefunden ist, wird sich die Türkei ihre Stellungnahme zur „Zypernfrage“ vorbehalten“. Anmerkung aller in der OECD vertretenen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission: „Die Republik Zypern wird von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen mit Ausnahme der Türkei anerkannt. Die Informationen in diesem Bericht beziehen sich auf das Gebiet, das sich de facto unter der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern befindet.“
13. Die Zahlen in diesem Abschnitt sind im Interesse einer besseren Vergleichbarkeit mit den Schätzungen zu den EZ-Anstrengungen Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas, für die Angaben zu Kreditrückzahlungen nicht verfügbar sind, auf Basis der Bruttoauszahlungen angegeben.
14. Vgl. Anmerkung 12.
15. Vgl. Anmerkung 12.

Literaturverzeichnis

- Chinesische Regierung (2010), "Expenditure Budget for Central Level Government", Finanzministerium, Beijing.
- Chinesische Regierung (2011), "China's Foreign Aid", White Paper, Information Office of the State Council of the People's Republic of China, Beijing. Verfügbar unter www.china.org.cn/government/whitepaper/node_7116362.htm.
- EXIM Bank (Export Import Bank of India) (2011), Operative Line of Credit, Stand 25. Mai 2011, Neu-Delhi. Verfügbar unter www.eximbankindia.com/locstat250511.doc.
- Indische Regierung (2010), *Annual Report 2009-2010*, Außenministerium, Neu-Delhi.
- IPEA (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada) und ABC (Agência Brasileira de Cooperação) (2010), "Cooperação Brasileira para o Desenvolvimento Internacional: 2005-2009", IPEA, Brasilien. Verfügbar unter www.ipea.gov.br/portal/images/stories/PDFs/Book_Cooperacao_Brasileira.pdf.
- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), 2011 OECD Report on Aid Predictability: Survey on Donors' Forward Spending Plans 2011-13 (erscheint demnächst), OECD, Paris.
- Ramachandran, V. (2011), "South Africa to Launch Development Aid Agency", Blog Global Development: Views from the Center, Center for Global Development, Washington, D.C. Verfügbar unter <http://blogs.cgdev.org/globaldevelopment/2011/01/south-africa-to-launch-development-aid-agency.php>, Zugriff am 29. Juni 2011.
- Russische Regierung (2010), "Assessing Action And Results Against Development-Related G8 Commitments: The Russian Federation Contribution", Finanzministerium, Moskau. Verfügbar unter www.minfin.ru.
- Smith, K. (2011a), "United Arab Emirates Statistical Reporting to the OECD Development Assistance Committee", OECD-Direktion Entwicklungszusammenarbeit, März 2011, Paris, verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/37/0/47283752.pdf.
- Smith, K. (2011b), "Statistical reporting by the Bill and Melinda Gates Foundation to the OECD DAC", April 2011, OECD-Direktion Entwicklungszusammenarbeit, Paris, verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/5/60/47539494.pdf.
- South African National Treasury (2010), "National Budget 2010", *International Relations and Co-operation*, Johannesburg.
- Zimmermann, F. und K. Smith (2011), "More Money, More Actors, More Ideas for Development Co-operation", *Journal of International Development*, Vol. 23, Issue 5. doi: 10.1002/jid.1795.



Anhang B: Trends in der Entwicklungs- zusammenarbeit, 1960-2010

Abbildungen und Tabellen nach Thema

Wichtigste Leistungsströme

Abbildung B.1.	Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder an die Entwicklungsländer (1970-2009)	222
Abbildung B.2.	ODA-Nettoleistungen in den letzten 50 Jahren (1960-2010)	222
Abbildung B.3.	Anteile der einzelnen Geber an den ODA-Nettoleistungen (1970-2009)	222
Abbildung B.4.	Verteilung der von DAC-Mitgliedern geleisteten ODA nach Region (1978-79 und 2008-09)	223
Tabelle B.1.	Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten (1970-2009)	226
Tabelle B.2.	ODA-Nettoleistungen nach DAC-Gebern (1960-2009)	227
Tabelle B.3.	ODA-Nettoleistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, zu Preisen und Wechselkursen von 2009 (2000-2010)	228
Tabelle B.4.	Öffentliche Mittel zur Entwicklungsfinanzierung an Entwicklungsländer (1980-2009)	229

Multilaterale Leistungen

Abbildung B.5.	ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen (1970-2009)	223
Tabelle B.5.	ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen (1970-2009)	230

Sektorspezifische Leistungen

Abbildung B.6.	Trends bei den sektorspezifischen Leistungen (1970-2009)	224
----------------	--	-----

Qualitative Aspekte der ODA

Abbildung B.7.	ODA-Qualitätsindikatoren (1980-2009)	224
----------------	--------------------------------------	-----

ODA-Leistungen nach Empfänger

Abbildung B.8.	Empfangene ODA-Leistungen pro Kopf (1970-2009)	224
Abbildung B.9.	Veränderungen in der DAC-Liste der ODA-Empfänger	225
Tabelle B.6.	Geografische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern (1970-2009)	232
Tabelle B.7.	Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen (1970-2009)	234

ODA-Leistungen von Nicht-DAC-Gebern

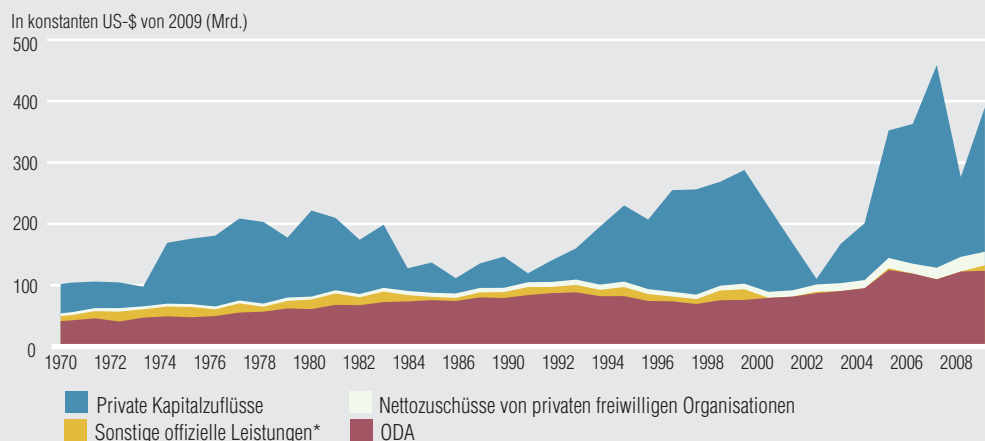
Tabelle B.8.	ODA-Nettoauszahlungen von Nicht-DAC-Gebern (2000-09)	237
--------------	--	-----

Indikatoren

Tabelle B.9.	Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung der DAC-Mitgliedstaaten	238
Tabelle B.10.	Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber (2009 = 100)	240
Tabelle B.11.	Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder	242

Technische Anmerkungen		244
-------------------------------	--	-----

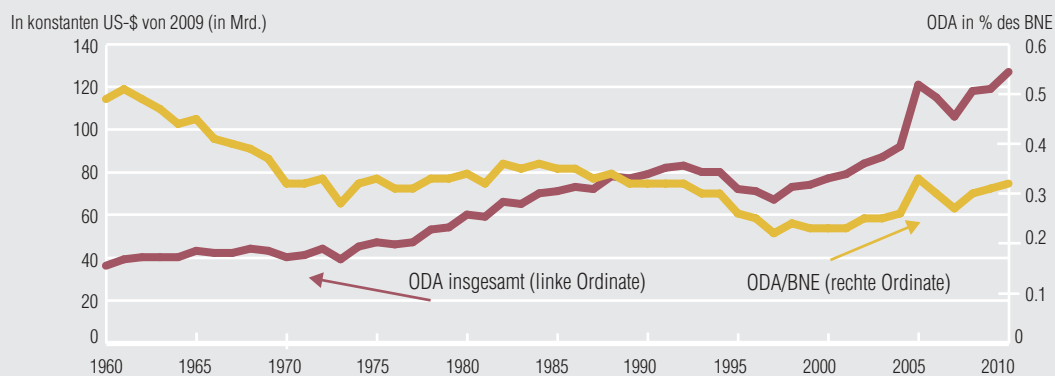
Abbildung B.1. Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder an die Entwicklungsländer (1970-2009)



* Die sonstigen offiziellen Nettoleistungen fielen 2000-2001, 2004 und 2006-2007 negativ aus.

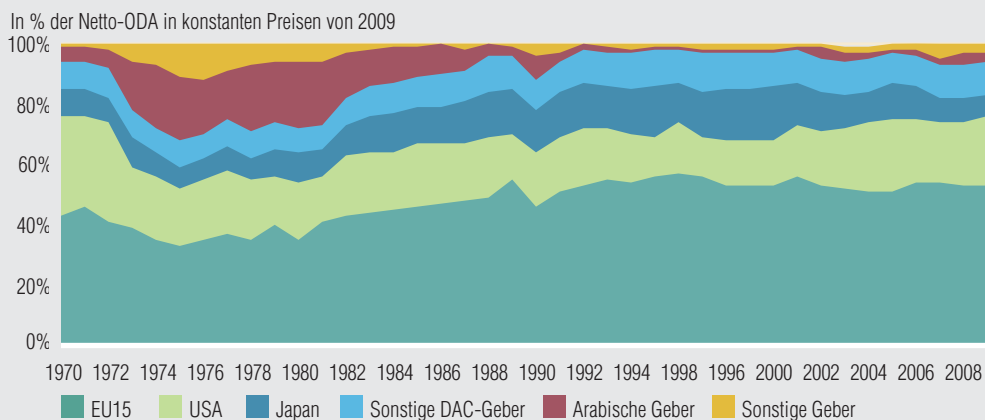
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932511986>

Abbildung B.2. ODA-Nettoleistungen in den letzten 50 Jahren (1960-2010)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512005>

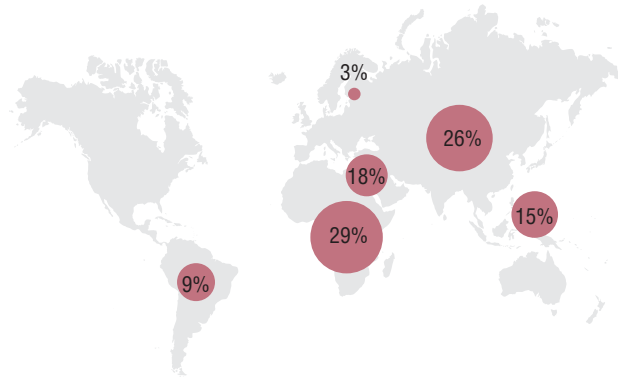
Abbildung B.3. Anteile der einzelnen Geber an den ODA-Nettoleistungen (1970-2009)



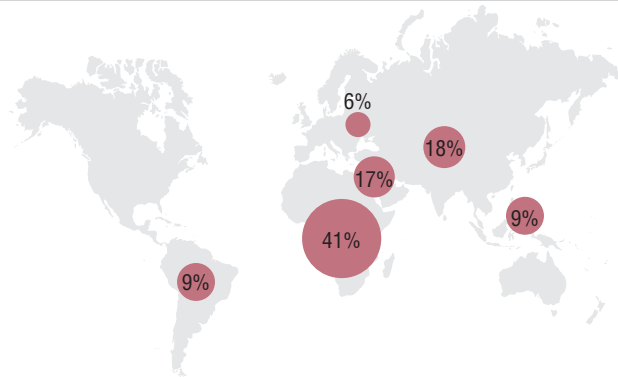
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512024>

Abbildung B.4. Verteilung der von DAC-Mitgliedern* geleisteten ODA nach Region (1978-1979 und 2008-2009)

1978-1979

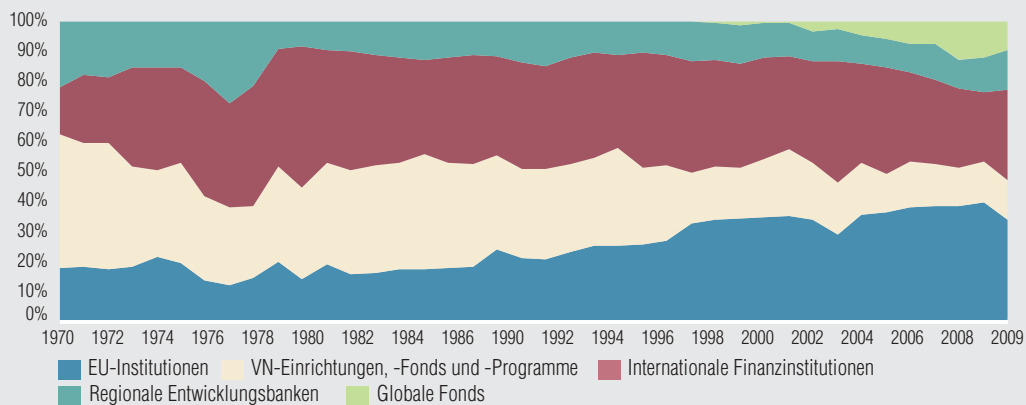


2008-2009



* Einschl. der rechnerisch ermittelten, über multilaterale Stellen ausgezahlten Leistungen, ohne nach Region aufschlüsselbare Leistungen.
Bei den hier gezeigten Regionen handelt es sich um: Lateinamerika und Karibik, Entwicklungsländer in Europa, Nordafrika und Naher Osten, Subsahara-Afrika, Süd- und Zentralasien sowie Ostasien und Pazifikraum.

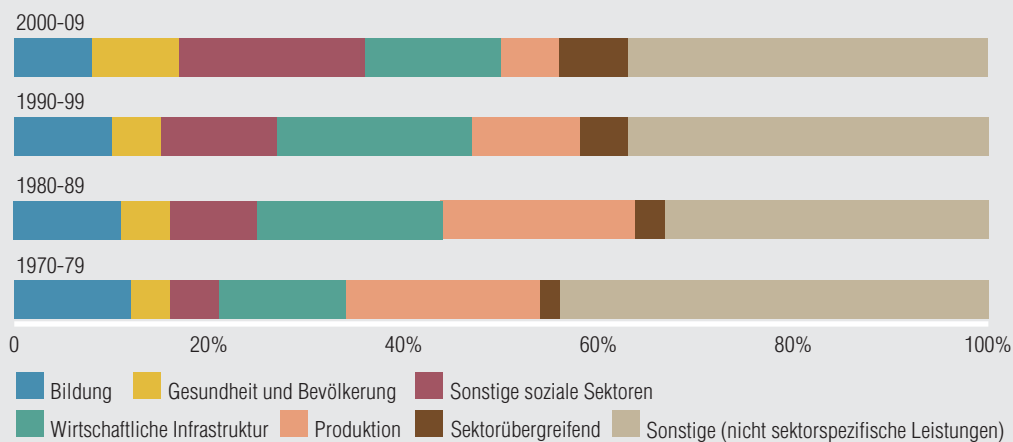
Abbildung B.5. ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen (1970-2009)
(Anteile an den multilateralen ODA-Nettogesamtleistungen zu vergünstigten Bedingungen*)



* An die in der DAC-Liste der ODA-Empfänger aufgeführten Länder und Gebiete.

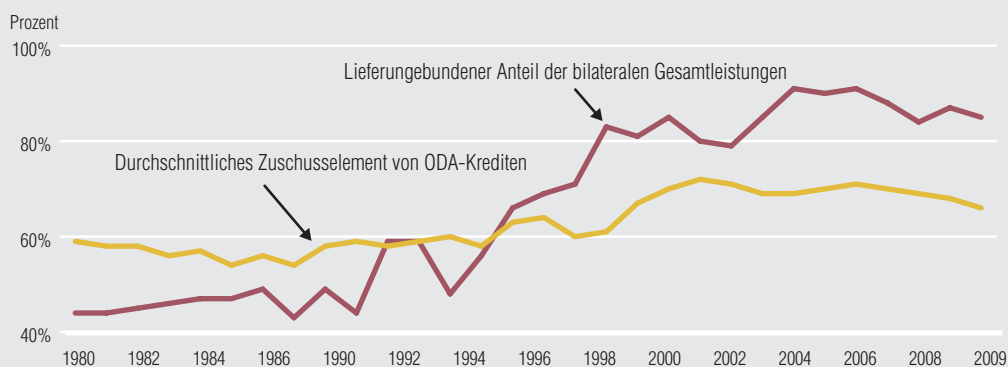
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512043>

Abbildung B.6. Trends bei den sektorspezifischen Leistungen (1970-2009)



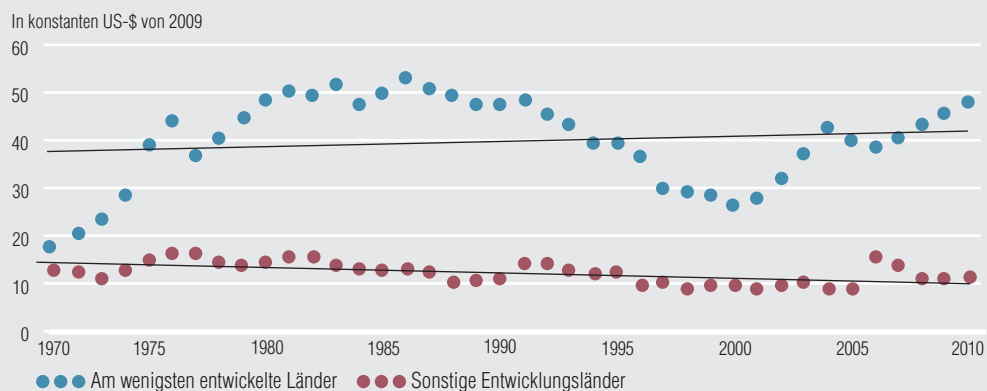
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512062>

Abbildung B.7. ODA-Qualitätsindikatoren (1980-2009)



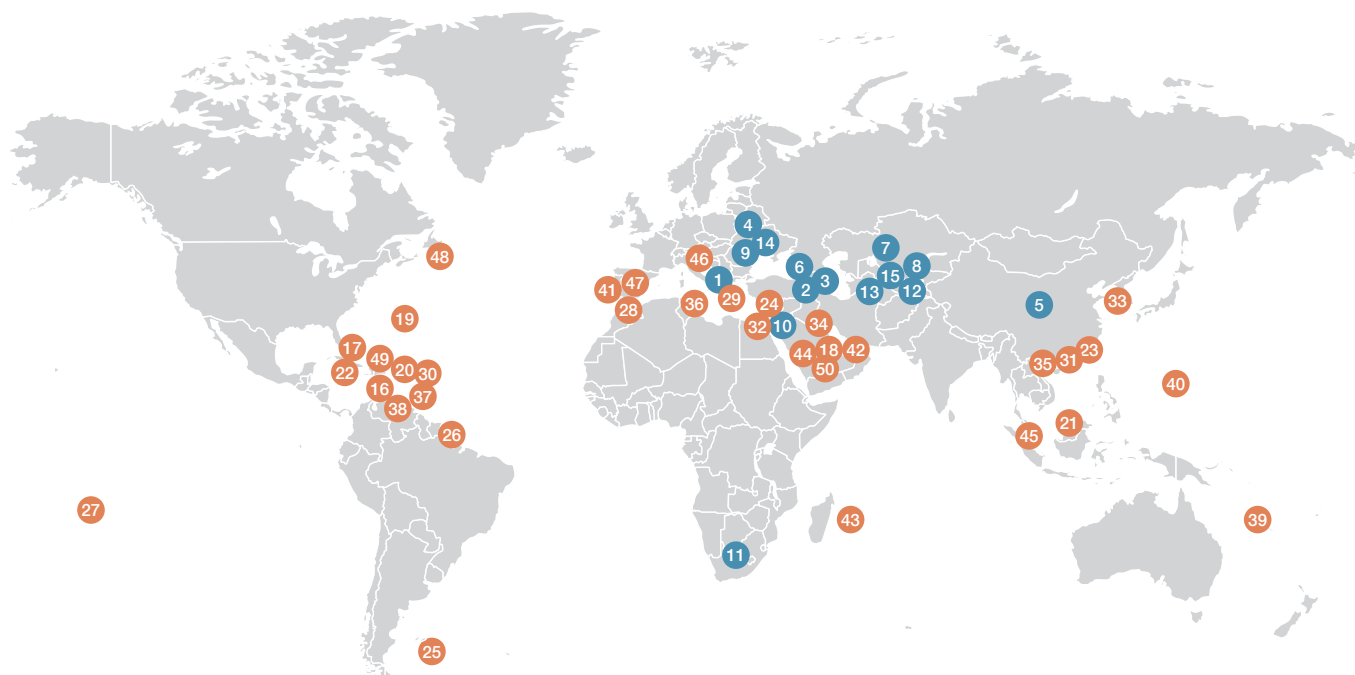
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512081>

Abbildung B.8. Empfangene ODA-Leistungen pro Kopf (1970-2009)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932512100>

Abbildung B.9. Veränderungen in der DAC-Liste der ODA-Empfänger



Empfängerland, die seit 1970 neu in die DAC-Liste aufgenommen wurden

1. Albanien	5. China	9. Moldau	13. Turkmenistan
2. Armenien	6. Georgien	10. Palästinensische Autonomiegebiete	14. Ukraine
3. Aserbaidshan	7. Kasachstan	11. Südafrika	15. Usbekistan
4. Belarus	8. Kirgisistan	12. Tadschikistan	

Empfängerland, die seit 1970 aus der DAC-Liste gestrichen wurden

16. Aruba	25. Falklandinseln	34. Kuwait	43. Réunion
17. Bahamas	26. Französisch-Guayana	35. Macau	44. Saudi-Arabien
18. Bahrain	27. Französisch-Polynesien	36. Malta	45. Singapur
19. Bermuda	28. Gibraltar	37. Martinique	46. Slowenien
20. Britische Jungferninseln	29. Griechenland	38. Niederländische Antillen	47. Spanien
21. Brunei	30. Guadeloupe	39. Neukaledonien	48. St. Pierre und Miquelon
22. Kaimaninseln	31. Hongkong (China)	40. Nördliche Marianen	49. Turks- und Caicosinseln
23. Chinesisch Taipeh	32. Israel	41. Portugal	50. Vereinigte Arabische Emirate
24. Zypern	33. Korea	42. Katar	

Tabelle B.1. Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten (1970-2009)
(Nettoauszahlungen zu konstanten Preisen und Wechselkursen)

	In konstanten US-\$ von 2009 (Mio.)				In % des Gesamtbetrags			
	Durchschnitt 1970-1979	Durchschnitt 1980-1989	Durchschnitt 1990-1999	Durchschnitt 2000-2009	Durchschnitt 1970-1979	Durchschnitt 1980-1989	Durchschnitt 1990-1999	Durchschnitt 2000-2009
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	46 693	70 210	77 960	100 739	33	45	37	38
1. Bilaterale ODA	35 041	48 112	54 059	71 187	24	31	26	27
davon: Allgemeine Budgethilfe	..	..	..	1 770	..	..	..	1
Kernunterstützung für nationale NRO	..	596	1 285	2 062	..	0	1	1
Investitionsprojekte	..	9 583	6 411	7 008	..	6	3	3
Schuldenerlass	..	748	4 536	9 443	..	0	2	3
Verwaltungskosten	..	2 314	3 565	4 682	..	2	2	2
Sonstige interne Ausgaben der Geber (a)	..	..	1 082	2 568	..	..	0	1
2. Beiträge an multilaterale Stellen	13 884	22 098	23 901	29 553	10	14	11	11
davon: VN (b)	3 640	5 963	6 082	6 456	3	4	3	2
EU (b)	2 270	4 229	6 720	10 579	1	2	3	4
IDA (b)	5 021	6 893	6 196	5 956	4	4	3	2
Regionale Entwicklungsbanken (b)	382	3 216	2 522	2 704	0	2	1	1
II. Sonstige öffentliche Leistungen	12 541	11 345	12 258	-1 758	8	6	6	-1
1. Bilateral	11 543	11 237	11 506	-1 557	7	6	6	-1
2. Multilateral	997	108	752	-201	0	0	0	-0
III. Private Leistungen zu Marktbedingungen	77 979	74 000	110 454	146 676	56	45	53	57
1. Direktinvestitionen	25 161	28 638	75 652	122 484	18	19	36	47
2. Bilaterale Wertpapierinvestitionen	34 474	26 822	33 946	19 938	26	16	17	9
3. Multilaterale Wertpapierinvestitionen	537	8 784	-2 049	-1 840	1	5	-1	-1
4. Exportkredite	17 807	9 756	2 905	6 093	12	5	2	2
IV. NRO-Nettozuschüsse	4 795	6 065	8 075	15 418	3	4	4	6
NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT	142 008	161 619	208 747	261 075	100	100	100	100

a) Einschließlich Programme zur Sensibilisierung für Entwicklungsfragen und Kosten für Flüchtlinge in den Geberländern.

b) Nur Zuschüsse und Kapitalzeichnungen.

Quelle der privaten Leistungen: Angaben der DAC-Mitglieder im jährlichen DAC-Fragebogen zu den gesamten öffentlichen und privaten Leistungen.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514570>

Tabelle B.2. ODA-Nettoleistungen nach DAC-Gebern (1960-2009)

	ODA-Nettoleistungen (in konstanten Mrd. US-\$ von 2009)					Anteil an den ODA-Leistungen (in %)					ODA/BNE-Verhältnis (in %)				
	1960-69	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	1960-69	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	1960-69	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09
Australien	0.93	1.46	1.72	1.71	2.19	2.2	3.1	2.5	2.2	2.2	0.52	0.52	0.44	0.31	0.28
Österreich	0.09	0.27	0.57	0.53	1.26	0.2	0.6	0.8	0.7	1.2	0.09	0.18	0.25	0.19	0.36
Belgien	0.82	1.20	1.44	1.28	2.10	1.9	2.6	2.0	1.6	2.1	0.54	0.53	0.50	0.36	0.47
Kanada	0.74	2.40	3.20	3.32	3.52	1.8	5.1	4.6	4.3	3.5	0.23	0.48	0.46	0.38	0.29
Dänemark	0.20	0.84	1.56	2.37	2.73	0.5	1.8	2.2	3.0	2.7	0.19	0.57	0.84	1.00	0.87
Finnland	0.03	0.15	0.57	0.69	0.91	0.1	0.3	0.8	0.9	0.9	0.05	0.16	0.45	0.44	0.41
Frankreich	7.12	5.48	9.08	10.86	10.30	17.0	11.7	12.9	13.9	10.2	0.87	0.43	0.57	0.53	0.41
Deutschland	4.29	5.61	8.40	8.96	10.56	10.2	12.0	12.0	11.5	10.5	0.40	0.37	0.43	0.32	0.33
Griechenland	..	..	..	0.30	0.51	..	..	..	0.4	0.5	..	..	..	0.15	0.18
Irland	..	0.06	0.12	0.23	0.81	..	0.1	0.2	0.3	0.8	..	0.14	0.21	0.26	0.48
Italien	0.99	1.19	4.28	4.17	3.93	2.4	2.6	6.1	5.4	3.9	0.16	0.11	0.31	0.23	0.19
Japan	2.48	4.98	9.92	12.38	11.57	5.9	10.7	14.1	15.9	11.5	0.24	0.23	0.31	0.27	0.22
Korea	..	..	0.04	0.15	0.48	..	..	0.1	0.2	0.5	..	..	0.02	0.03	0.07
Luxemburg	..	..	0.03	0.12	0.33	..	..	0.0	0.2	0.3	..	..	0.16	0.44	0.88
Niederlande	0.89	2.41	4.09	4.56	5.95	2.1	5.2	5.8	5.9	5.9	0.42	0.76	0.98	0.82	0.80
Neuseeland	0.07	0.17	0.16	0.17	0.25	0.2	0.4	0.2	0.2	0.2	0.19	0.34	0.27	0.25	0.26
Norwegen	0.15	0.77	1.82	2.40	3.20	0.4	1.7	2.6	3.1	3.2	0.20	0.71	1.04	0.96	0.91
Portugal	..	..	0.09	0.42	0.58	..	..	0.1	0.5	0.6	..	..	0.11	0.27	0.28
Spanien	..	..	0.67	2.23	4.21	..	..	1.0	2.9	4.2	..	..	0.10	0.24	0.33
Schweden	0.27	1.34	1.99	2.23	3.44	0.6	2.9	2.8	2.9	3.4	0.22	0.74	0.87	0.86	0.92
Schweiz	0.17	0.48	0.95	1.39	1.87	0.4	1.0	1.4	1.8	1.9	0.09	0.18	0.29	0.35	0.40
Ver. Königreich	3.92	4.40	4.19	4.41	8.36	9.3	9.4	6.0	5.7	8.3	0.48	0.43	0.33	0.28	0.40
Ver. Staaten	18.84	13.51	15.36	13.24	21.69	44.9	28.9	21.9	17.0	21.5	0.50	0.25	0.22	0.13	0.16
DAC INSG.	41.99	46.69	70.21	77.96	100.74	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	0.45	0.32	0.33	0.27	0.27

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514589>

Tabelle B.3. ODA-Nettoleistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, zu Preisen und Wechselkursen von 2009 (2000-10)
(In Mio. US-\$)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 (vorläufig)
Australien	1 855	1 772	1 851	1 866	1 893	2 014	2 447	2 661	2 809	2 762	3 096
Österreich	767	1 115	858	686	826	1 884	1 739	1 887	1 672	1 142	1 242
Belgien	1 485	1 584	1 823	2 579	1 812	2 374	2 314	2 046	2 329	2 610	3 109
Kanada	2 756	2 498	3 276	2 866	3 304	4 304	3 848	3 912	4 423	4 000	4 509
Dänemark	3 060	3 017	2 809	2 453	2 543	2 563	2 637	2 715	2 721	2 810	2 931
Finnland	627	656	732	742	818	1 081	979	1 026	1 137	1 290	1 380
Frankreich	7 399	7 636	9 262	10 026	10 485	12 157	12 429	10 369	10 586	12 602	13 523
Deutschland	8 399	8 471	8 469	8 897	8 900	11 827	12 075	12 805	13 686	12 079	13 272
Griechenland	441	397	500	526	412	479	508	534	688	607	509
Irland	416	497	627	644	692	799	1 084	1 147	1 230	1 006	957
Italien	2 618	3 094	4 081	3 444	3 087	6 254	4 349	4 240	4 794	3 297	3 248
Japan	14 094	11 724	11 568	10 410	9 862	14 960	13 540	9 542	10 541	9 457	10 574
Korea	235	322	319	385	415	656	369	540	723	816	1 026
Luxemburg	246	286	281	292	317	330	347	397	399	415	413
Niederlande	5 772	5 719	5 508	5 351	5 112	6 070	6 295	6 470	6 740	6 426	6 570
Neuseeland	200	204	200	213	230	273	273	287	320	309	297
Norwegen	2 444	2 616	2 980	3 092	3 006	3 361	3 252	3 678	3 495	4 086	4 233
Portugal	514	506	557	447	1 280	456	462	489	600	513	674
Spanien	2 457	3 528	3 169	2 907	3 158	3 749	4 504	5 386	6 670	6 584	6 197
Schweden	2 548	2 604	2 913	2 842	2 907	3 619	4 132	4 048	4 219	4 548	4 225
Schweiz	1 535	1 552	1 474	1 745	1 907	2 189	2 005	1 917	2 067	2 310	2 205
Ver. Königreich	5 842	6 099	6 131	6 943	7 618	10 256	11 371	8 026	10 067	11 283	13 475
Ver. Staaten	12 310	13 821	15 814	19 010	22 320	30 621	24 981	22 467	26 679	28 831	29 852
DAC INSGESAMT	78 021	79 719	85 202	88 365	92 904	122 276	115 942	106 588	118 594	119 782	127 518
davon: DAC-EU-Mitglieder	42 593	45 210	47 720	48 779	49 967	63 898	65 227	61 585	67 538	67 211	71 726
Nachrichtlich:											
DAC-Leistungen insg. zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen	53 962	52 687	58 575	69 432	79 854	107 838	104 814	104 206	121 954	119 782	128 728

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514608>

Tabelle B.4. Öffentliche Mittel zur Entwicklungsfinanzierung an Entwicklungsländer (1980-2009)
In konstanten US-\$ von 2009 (Mrd.)

	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Öffentliche Mittel zur Entwicklungsfinanzierung (ODF)	97.3	111.1	115.0	88.9	83.5	92.2	96.9	89.9	90.0	137.0	120.5	127.1	145.0	168.8
1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	80.7	81.1	89.5	73.7	72.8	80.2	90.8	91.6	93.6	123.6	118.8	111.8	124.3	127.7
davon: Bilaterale Geber (a)	62.6	60.4	70.0	51.1	52.9	53.9	63.5	67.9	67.1	97.1	90.2	81.1	92.7	89.3
Multilaterale Stellen	18.1	20.7	19.6	22.6	19.9	26.3	27.3	23.7	26.4	26.6	28.6	30.7	31.7	38.4
2. Sonstige ODF	16.7	30.0	25.5	15.2	10.7	12.0	6.1	-1.7	-3.6	13.3	1.7	15.3	20.6	41.1
davon: Bilaterale Geber (a)	5.4	10.5	10.0	10.9	-2.2	-0.5	8.9	5.8	0.6	12.6	2.8	1.2	1.8	10.0
Multilaterale Stellen	11.2	19.5	15.5	4.3	12.9	12.5	-2.8	-7.6	-4.1	0.7	-1.2	14.1	18.8	31.1
Zum Vergleich:														
Gesamte Netto-ODA (b) der DAC-Mitglieder	61.2	72.3	82.7	73.0	78.0	79.7	85.2	88.4	92.9	122.3	115.9	106.6	118.6	119.8
davon: Bilaterale Zuschüsse	31.4	41.3	49.3	46.1	48.8	50.8	57.7	64.7	66.6	94.6	87.9	77.6	86.0	81.2

a) Bilaterale ODA-Leistungen von DAC-Mitgliedern und Nicht-DAC-Mitgliedern (vgl. Tabelle B.8 wegen der Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind).

b) Umfasst die oben angegebene bilaterale ODA zuzüglich der Beiträge an multilaterale Stellen statt der oben angegebenen ODA-Auszahlungen von multilateralen Stellen.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514627>

Tabelle B.5. ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen^a (1970-2009)
 (Nettoauszahlungen)

	Insgesamt				Weltbankgruppe ^b				Regionale Entwicklungsbanken ^b			
	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09
Australien	238	496	422	378	108	180	147	149	12	110	97	84
Österreich	123	157	215	415	66	72	62	81	7	34	23	39
Belgien	361	534	531	741	112	160	131	130	0	44	26	42
Kanada	849	1 142	1 068	935	303	372	315	243	32	269	184	197
Dänemark	378	729	997	1 001	69	121	135	127	0	18	54	73
Finnland	83	222	274	373	27	56	44	46	2	30	33	33
Frankreich	1 069	2 069	2 544	3 464	334	608	569	479	10	219	236	216
Deutschland	1 756	2 700	3 206	4 002	642	922	809	728	48	217	189	234
Griechenland	-	-	85	265	-	-	4	19	-	-	2	8
Irland	28	70	98	266	10	15	12	38	-	-	-	6
Italien	800	1 766	1 964	2 433	217	528	393	280	9	227	136	123
Japan	1 287	3 156	2 848	3 283	621	1 581	1 283	1 301	78	880	644	606
Korea	-	12	69	145	-	6	30	56	-	3	13	52
Luxemburg	-	19	38	93	-	2	8	15	-	0	-	6
Niederlande	737	1 206	1 371	1 627	146	357	352	291	2	79	80	97
Neuseeland	36	34	38	57	5	11	11	10	1	6	3	7
Norwegen	365	760	749	851	82	152	164	153	4	71	75	98
Portugal	-	36	118	205	-	2	8	16	-	4	7	27
Spanien	-	234	781	1 551	-	52	84	220	-	31	59	143
Schweden	528	633	649	1 062	176	169	153	204	8	64	62	111
Schweiz	200	257	393	456	35	-	140	173	6	88	59	71
Ver. Königreich	1 568	1 791	1 942	2 873	891	565	434	642	112	141	85	172
Ver. Staaten	3 477	4 075	3 501	3 078	1 462	1 793	1 418	1 056	49	683	457	260
DAC INSGESAMT	13 884	22 098	23 901	29 553	5 305	7 726	6 705	6 457	382	3 216	2 522	2 704
davon: DAC-EU-Mitglieder	7 430	12 166	14 814	20 369	2 690	3 631	3 197	3 316	198	1 106	992	1 330

a) Nicht zweckgebundene Beiträge.

b) Nur Zuschüsse und Kapitalzeichnungen.

Tabelle B.5. (Forts.) ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen^a (1970-2009)
 (Nettoauszahlungen)

VN-Stellen ^b				EU ^b				
1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	1970-79	1980-89	1990-99	2000-09	
55	168	134	83	-	-	-	-	Australien
31	46	44	37	-	-	66	237	Österreich
66	75	68	77	164	236	270	436	Belgien
305	430	336	250	-	-	-	-	Kanada
260	374	460	397	26	109	140	223	Dänemark
39	118	141	120	-	-	37	153	Finnland
79	223	224	242	592	976	1 286	2 170	Frankreich
234	405	438	433	648	1 087	1 668	2 358	Deutschland
-	-	8	17	-	-	68	210	Griechenland
7	13	19	82	11	41	63	118	Irland
73	333	349	326	414	630	978	1 481	Italien
204	637	718	983	-	-	-	-	Japan
-	1	17	33	-	-	-	-	Korea
-	0	9	33	-	3	21	30	Luxemburg
333	438	452	596	210	328	416	486	Niederlande
16	10	12	23	-	-	-	-	Neuseeland
233	469	482	508	-	-	0	-	Norwegen
-	0	9	13	-	11	90	142	Portugal
-	26	71	175	-	51	548	898	Spanien
311	373	345	443	-	-	58	219	Schweden
110	158	167	149	-	-	-	-	Schweiz
327	272	307	443	204	757	1 010	1 417	Ver. Königreich
957	1 393	1 274	993	-	-	-	-	Ver. Staaten
3 640	5 963	6 082	6 456	2 270	4 229	6 720	10 579	DAC INSGESAMT
1 761	2 697	2 943	3 434	2 270	4 229	6 720	10 579	davon: DAC-EU-Mitglieder

 StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514646>

Tabelle B.6. Geografische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern^a (1970-2009)
(In Prozent der gesamten Nettoauszahlungen)

	Subsahara-Afrika				Süd- und Zentralasien				Sonstige asiatische Länder und Ozeanien			
	1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09	1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09	1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09
Australien	4.5	12.1	13.5	9.4	15.0	17.1	12.3	14.2	78.3	66.8	69.5	65.8
Österreich	21.5	19.8	38.5	35.2	20.3	8.9	11.3	8.1	10.3	16.7	7.3	4.7
Belgien	62.7	66.0	56.3	61.7	12.6	10.6	7.4	7.3	7.8	9.4	11.0	5.8
Kanada	30.6	38.7	41.1	45.6	42.3	30.8	19.2	17.7	8.0	10.5	15.6	10.4
Dänemark	45.0	53.5	54.2	54.1	24.9	25.7	18.1	15.3	13.8	8.8	10.3	10.4
Finnland	56.5	56.0	48.1	46.4	16.2	19.0	15.2	14.9	8.8	10.0	15.0	10.4
Frankreich	49.5	53.2	51.3	54.1	8.2	8.8	4.9	6.4	18.1	18.7	20.3	8.5
Deutschland	27.4	36.9	35.3	40.1	24.1	19.2	13.2	12.9	9.0	11.2	16.5	9.7
Griechenland	..	..	19.8	25.1	..	..	9.7	12.0	..	..	3.7	3.9
Irland	88.5	76.1	70.7	69.7	6.4	10.8	6.9	8.8	0.6	4.6	5.2	6.5
Italien	36.6	58.7	41.5	46.3	27.5	13.5	7.5	10.3	10.1	7.1	9.7	3.9
Japan	10.6	18.3	18.2	26.9	30.1	28.0	20.0	22.0	43.6	38.9	42.5	29.1
Korea	..	29.5	20.9	18.2	..	27.8	27.2	22.8	..	33.6	35.4	29.7
Luxemburg	..	..	47.4	48.2	..	..	8.9	9.4	..	..	8.3	13.1
Niederlande	26.9	38.6	40.4	51.8	24.2	22.7	16.4	13.6	15.7	13.2	7.8	9.6
Neuseeland	4.9	5.3	8.9	12.2	11.5	5.8	5.9	11.0	79.0	86.6	81.1	70.0
Norwegen	45.5	54.7	52.2	49.2	30.0	25.7	16.9	18.7	10.3	7.9	8.5	7.6
Portugal	..	99.5	89.5	60.3	..	0.2	1.3	6.3	..	0.2	4.4	13.7
Spanien	..	33.2	23.9	31.4	..	10.1	3.9	8.0	..	7.2	15.8	6.3
Schweden	41.0	51.4	48.2	49.1	29.8	24.0	14.9	14.1	16.3	13.5	12.1	9.4
Schweiz	34.2	49.0	42.0	40.7	33.2	21.3	19.8	20.3	9.8	8.8	10.9	8.1
Ver. Königreich	30.3	44.6	46.0	52.4	39.5	31.1	22.5	21.6	12.0	9.2	10.6	6.6
Ver. Staaten	11.2	19.3	25.5	33.4	22.7	15.5	12.4	17.8	25.4	8.1	8.7	6.2
DAC INSGESAMT	24.8	34.2	34.6	41.0	24.4	19.7	14.0	15.3	22.5	17.3	20.8	11.7
davon: DAC-EU-Mitglieder	37.4	47.2	44.2	48.2	22.6	17.7	11.4	12.4	13.2	12.7	14.4	8.0

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geographischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden.

Ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

b) Finnland ab 1971, Irland ab 1974, Neuseeland ab 1972.

c) Korea ab 1987, Portugal ab 1989 und Spanien ab 1987.

d) Griechenland ab 1996.

Tabelle B.6. (Forts.) Geografische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern^a (1970-2009)
(In Prozent der gesamten Nettoauszahlungen)

Nahe Osten und Nordafrika				Europa				Lateinamerika und Karibik				
1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09	1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09	1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09	
1.3	2.7	2.2	8.9	0.2	0.1	1.1	0.7	0.7	1.2	1.3	1.0	Australien
31.7	39.3	(4.5)	31.1	7.9	10.1	35.8	15.5	8.3	5.1	11.5	5.4	Österreich
9.1	6.2	8.9	10.6	1.9	1.7	2.2	5.5	5.9	6.2	14.2	9.0	Belgien
7.1	6.4	7.8	8.0	1.1	0.3	2.1	3.7	11.0	13.1	14.2	14.6	Kanada
8.7	6.6	7.2	7.5	1.3	0.5	1.8	4.5	6.4	4.9	8.5	8.2	Dänemark
5.7	7.0	8.3	11.1	0.9	0.6	5.0	8.3	11.9	7.5	8.4	8.9	Finnland
19.4	12.3	16.1	18.0	1.1	1.2	2.0	7.1	3.7	5.7	5.4	5.9	Frankreich
17.5	13.3	14.7	19.0	10.4	7.0	7.9	9.1	11.6	12.5	12.5	9.1	Deutschland
..	..	14.4	14.7	..	..	43.9	39.0	..	..	8.5	5.3	Griechenland
1.2	3.6	5.9	5.3	-	0.9	5.8	4.4	3.3	4.0	5.5	5.3	Irland
13.6	8.5	16.9	21.8	3.5	2.0	9.7	10.2	8.7	10.2	14.7	7.5	Italien
9.0	5.9	7.5	12.3	0.8	1.5	1.7	2.6	5.9	7.5	10.1	7.2	Japan
..	3.6	5.5	13.8	..	0.9	2.9	4.2	..	4.7	8.1	11.3	Korea
..	..	9.6	7.5	..	..	6.7	7.8	..	..	19.0	14.0	Luxemburg
5.6	5.7	7.7	7.9	1.7	0.7	6.1	6.9	25.9	19.0	21.7	10.1	Niederlande
1.6	0.9	1.1	3.0	0.3	0.1	0.6	0.7	2.8	1.3	2.4	3.1	Neuseeland
5.7	3.7	6.9	8.8	3.1	1.2	6.7	7.8	5.3	6.8	8.9	7.8	Norwegen
..	0.1	1.9	8.8	..	0.0	1.4	7.7	..	0.0	1.5	3.1	Portugal
..	7.2	14.7	15.3	..	0.7	3.1	8.8	..	41.7	38.5	30.2	Spanien
6.3	4.0	7.5	8.9	1.2	0.4	6.5	8.6	5.4	6.7	10.9	9.9	Schweden
7.1	5.5	7.2	8.0	2.0	0.8	6.4	11.9	13.6	14.6	13.7	11.0	Schweiz
5.0	5.2	5.9	9.8	2.6	1.8	4.6	5.8	10.5	8.2	10.4	3.9	Ver. Königreich
24.9	38.1	36.7	27.7	1.8	2.0	3.7	4.2	14.0	17.0	13.1	10.6	Ver. Staaten
15.2	15.7	14.7	16.7	2.7	2.1	4.3	6.2	10.4	11.1	11.6	9.1	DAC INSGESAMT
12.9	9.9	12.2	14.6	4.1	2.7	5.6	8.0	9.9	9.7	12.1	8.8	davon: DAC-EU-Mitglieder

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514665>

Tabelle B.7. Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen^a (1970-2009)
(Nettoauszahlungen in Prozent der gesamten ODA)

	ODA an LDC				ODA an sonstige LIC			
	1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09	1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09
Australien	13.4	23.4	24.0	33.3	64.1	43.8	36.0	27.0
Österreich	19.1	19.1	36.4	23.9	10.5	4.6	10.5	9.6
Belgien	64.0	63.6	49.4	54.0	5.8	6.0	10.9	11.8
Kanada	35.3	44.2	42.7	51.2	17.3	14.9	13.1	14.1
Dänemark	47.8	55.0	53.5	53.6	17.8	12.7	14.1	17.9
Finnland	59.8	55.8	46.1	48.7	11.4	15.6	13.9	12.2
Frankreich	41.1	46.8	37.6	36.4	9.7	9.9	13.7	16.0
Deutschland	32.8	39.3	32.7	33.6	10.4	9.1	10.5	13.5
Griechenland	..	..	16.9	26.5	..	..	4.2	5.5
Irland	81.9	73.6	66.4	67.7	4.4	8.4	8.6	9.9
Italien	40.8	57.5	39.6	41.7	14.5	7.9	7.8	12.3
Japan	27.0	29.8	20.8	30.6	10.5	9.6	12.2	20.7
Korea	..	19.6	26.5	33.0	..	50.9	19.3	16.6
Luxemburg	..	..	35.1	44.7	..	..	5.9	10.7
Niederlande	31.4	42.8	42.7	49.9	11.2	11.1	11.8	14.5
Neuseeland	21.0	25.8	32.8	43.2	7.4	7.6	12.5	15.2
Norwegen	46.6	53.9	53.8	55.9	19.1	15.0	9.0	9.6
Portugal	..	83.5	83.0	63.0	..	0.1	1.4	3.8
Spanien	..	30.6	19.6	30.2	..	4.2	5.6	7.9
Schweden	44.0	50.6	46.3	50.2	20.0	16.6	12.4	11.6
Schweiz	43.9	54.1	46.0	43.8	12.5	8.7	11.0	14.6
Ver. Königreich	34.8	44.8	42.0	44.6	12.4	15.1	15.3	21.8
Ver. Staaten	24.8	30.2	32.8	36.1	18.8	8.2	8.3	11.0
DAC INSGESAMT	32.2	39.3	34.0	39.2	16.2	11.1	11.8	14.7
davon: DAC-EU-Mitglieder	38.6	46.5	39.0	41.1	11.6	10.7	11.7	14.7

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen, die über multilaterale Stellen geleitet werden. Ohne MADCT und nicht nach Ländern aufgeschlüsselte Beträge.

b) Finnland ab 1971, Irland ab 1974, Neuseeland ab 1972.

c) Korea ab 1987, Portugal ab 1989 und Spanien ab 1987.

d) Griechenland ab 1996.

Tabelle B.7. (Forts.) Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen^a (1970-2009)
 (Nettoauszahlungen in Prozent der gesamten ODA)

ODA an LMIC				ODA an UMIC				
1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09	1970-79 ^b	1980-89 ^c	1990-99 ^d	2000-09	
19.3	25.5	34.1	36.1	3.2	7.3	5.9	3.6	Australien
61.3	62.8	43.9	55.5	9.1	13.5	9.2	11.0	Österreich
25.4	25.5	33.2	26.1	4.9	4.9	6.5	8.2	Belgien
40.0	33.4	38.0	28.9	7.4	7.6	6.2	5.8	Kanada
28.1	28.3	27.7	23.1	6.3	4.0	4.7	5.4	Dänemark
21.8	25.5	35.1	29.5	7.1	3.1	4.9	9.5	Finnland
42.9	32.9	39.6	34.1	6.3	10.4	9.1	13.5	Frankreich
43.3	38.9	49.0	41.9	13.4	12.7	7.8	11.0	Deutschland
..	..	60.6	45.1	..	..	18.3	22.9	Griechenland
12.1	15.2	19.2	15.3	1.5	2.8	5.8	7.0	Irland
34.2	28.4	44.4	35.6	10.6	6.2	8.1	10.5	Italien
55.8	52.9	61.1	43.1	6.6	7.6	6.0	5.7	Japan
..	25.1	49.4	45.0	..	4.4	4.8	5.3	Korea
..	..	47.8	36.2	..	..	11.2	8.4	Luxemburg
39.3	38.6	36.2	27.8	18.1	7.5	9.3	7.9	Niederlande
40.7	37.1	35.7	33.8	30.9	29.6	19.0	7.8	Neuseeland
25.9	24.8	30.3	27.0	8.4	6.3	6.9	7.6	Norwegen
..	16.3	14.3	26.2	..	0.0	1.4	7.0	Portugal
..	45.5	56.8	50.8	..	19.7	18.0	11.1	Spanien
29.2	28.3	33.8	30.9	6.8	4.5	7.5	7.3	Schweden
36.3	32.7	37.7	33.0	7.3	4.6	5.3	8.6	Schweiz
40.9	30.8	34.2	26.1	11.9	9.3	8.5	7.5	Ver. Königreich
47.6	53.1	54.9	47.6	8.8	8.5	4.0	5.4	Ver. Staaten
42.4	41.1	47.2	38.0	9.2	8.5	7.0	8.1	DAC INSGESAMT
39.2	33.8	40.8	34.2	10.6	9.1	8.5	10.0	davon: DAC-EU-Mitglieder

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514684>

Tabelle B.8. ODA-Nettoauszahlungen von Nicht-DAC-Gebern (2000-09) (In Mio. US-\$)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Nachrichtlich: 2009 ODA/ BNE (%)
Nicht-DAC-OECD-Länder											
Tschechische Republik	16	26	45	91	108	135	161	179	249	215	0.12
Estland	1	0	1	1	5	10	14	16	22	18	0.10
Ungarn	..	..	..	21	70	100	149	103	107	117	0.10
Island	9	10	13	18	21	27	41	48	48	35	0.35
Israel ^{a b}	164	93	131	112	84	95	90	111	138	124	0.06
Polen	29	36	14	27	118	205	297	363	372	375	0.09
Slowakische Republik	6	8	7	15	28	56	55	67	92	75	0.09
Slowenien	..	..	..	..	..	35	44	54	68	71	0.15
Türkei	82	64	73	67	339	601	714	602	780	707	0.11
Arabische Länder											
Kuwait	165	73	20	138	161	218	158	110	283	221	..
Saudi-Arabien	276	205	2 478	2 391	1 734	1 026	2 025	1 551	4 979	3 134	..
Vereinigte Arabische Emirate	399	487	558	926	485	510	783	2 426	1 266	834	0.35
Sonstige Geber											
Chinesisch Taipeh	..	..	..	..	421	483	513	514	435	411	0.13
Thailand	..	..	..	..	..	..	74	67	178	40	0.02
Sonstige Geber ^c	..	2	2	3	17	41	63	118	253	295	..
INSGESAMT	1 146	1 005	3 342	3 809	3 592	3 543	5 181	6 330	9 271	6 672	
davon: Bilateral											
Nicht-DAC-OECD-Länder											
Tschechische Republik	6	15	31	80	63	64	78	81	117	101	
Estland	0	0	0	0	1	2	2	3	6	4	
Ungarn	..	..	..	14	35	40	84	33	15	30	
Island	4	5	5	14	16	20	28	37	36	27	
Israel ^{a b}	158	86	125	104	75	80	75	96	119	108	
Polen	13	31	9	19	25	48	119	156	84	92	
Slowakische Republik	2	3	4	9	11	31	25	28	41	20	
Slowenien	..	..	..	..	..	14	18	21	29	25	
Türkei	26	19	27	26	292	532	643	545	736	665	
Arabische Länder											
Kuwait	164	73	20	114	99	218	157	109	282	220	
Saudi-Arabien	129	110	2 410	2 340	1 691	980	1 980	1 526	4 958	2 925	
Vereinigte Arabische Emirate	399	487	558	926	484	508	779	2 416	1 258	834	
Sonstige Geber											
Chinesisch Taipeh	..	..	..	..	410	465	494	495	407	402	
Thailand	..	..	..	..	..	..	65	61	166	35	
Sonstige Geber ^c	..	0	0	1	1	7	23	65	88	96	
INSGESAMT	901	830	3 188	3 647	3 204	3 008	4 569	5 671	8 344	5 582	

a) Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland.

b) Diese Zahlen umfassen auch Unterhaltskosten in Höhe von 66,8 Mio. US-\$ im Jahr 2000, 50,1 Mio. US-\$ im Jahr 2001, 87,8 Mio. US-\$ im Jahr 2002, 68,8 Mio. US-\$ im Jahr 2003, 47,9 Mio. US-\$ im Jahr 2004, 49,2 Mio. US-\$ im Jahr 2005, 45,5 Mio. US-\$ im Jahr 2006, 42,9 Mio. US-\$ im Jahr 2007, 43,6 Mio. US-\$ im Jahr 2008 und 35,4 Mio. US-\$ im Jahr 2009 für das erste Jahr von Übersiedlern aus Entwicklungsländern (in denen oft Bürgerkriege oder schwere Unruhen herrschen) oder für Einzelpersonen, die ihr Land aus humanitären oder politischen Gründen verlassen mussten.

c) Einschl. Lettland, Liechtenstein, Litauen, Malta, Rumänien und Zypern.

Anmerkung: In den oben stehenden Tabellen sind die Leistungen mehrerer großer aufstrebender Nicht-OECD-Geber nicht erfasst, da hinsichtlich ihrer Leistungen noch keine Informationen offengelegt wurden.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514703>

Tabelle B.9. Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung der DAC-Mitgliedstaaten

	Bruttonationaleinkommen (Mrd. US-\$)													
	Durchschnitt 1970-1979	Durchschnitt 1980-89	Durchschnitt 1990-99	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Australien	76	179	330	370	346	387	493	596	679	720	827	935	941	1 185
Österreich	36	87	196	188	185	204	250	291	302	320	363	400	378	373
Belgien	61	111	234	229	235	248	308	357	373	396	458	498	474	470
Kanada	153	354	564	684	705	718	854	971	1 113	1 254	1 410	1 473	1 320	1 547
Dänemark	36	72	150	157	159	170	209	240	260	280	317	343	319	317
Finnland	24	67	114	119	120	131	160	185	196	211	249	266	238	242
Frankreich	314	681	1 384	1 347	1 357	1 463	1 799	2 059	2 117	2 267	2 604	2 831	2 678	2 602
Deutschland	417	848	2 052	1 862	1 841	1 987	2 389	2 729	2 798	2 931	3 350	3 652	3 403	3 354
Griechenland ^a	..	..	122	112	117	133	173	204	224	245	308	334	322	296
Irland	10	21	52	79	87	99	128	156	171	189	216	225	185	170
Italien	185	555	1 118	1 074	1 083	1 174	1 454	1 669	1 756	1 847	2 091	2 233	2 081	2 024
Japan	531	1 709	4 190	4 808	4 245	4 065	4 376	4 759	4 675	4 486	4 524	5 042	5 180	5 603
Korea ^a	..	178	405	510	481	548	606	682	790	887	971	935	837	1 015
Luxemburg ^a	..	6	16	18	18	19	23	30	32	33	41	43	40	37
Niederlande	83	166	346	375	386	412	499	573	625	676	770	869	783	780
Neuseeland	12	27	47	45	44	55	73	91	101	97	120	114	111	134
Norwegen	26	65	129	165	169	191	222	252	297	333	392	451	386	416
Portugal ^a	..	28	91	104	107	119	145	164	179	187	214	229	219	222
Spanien ^a	..	229	533	552	574	652	839	1 018	1 110	1 210	1 400	1 537	1 434	1 389
Schweden	65	126	220	225	217	241	302	350	357	386	464	483	406	467
Schweiz	54	130	268	258	267	286	350	389	407	421	439	461	514	564
Ver. Königreich	226	577	1 144	1 418	1 431	1 595	1 829	2 180	2 279	2 424	2 772	2 672	2 223	2 444
Ver. Staaten	1 588	3 842	7 152	9 929	10 159	10 490	10 981	11 656	12 359	13 260	13 926	14 410	14 011	14 660
DAC INSGESAMT	(3 898)	(10 058)	20 858	24 627	24 335	25 387	28 463	31 602	33 198	35 057	38 227	40 438	38 483	40 309
davon: DAC-EU-Mitglieder	(1 458)	(3 573)	7 772	7 858	7 918	8 648	10 508	12 207	12 778	13 600	15 618	16 616	15 182	15 185

a) Die Daten beziehen sich lediglich auf die Jahre, in denen die Länder die ODA-Leistungen gemeldet haben.

Tabelle B.9. (Forts.) Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung der DAC-Mitgliedstaaten

Bevölkerung (in Tsd.)														
Durchschnitt 1970-1979	Durchschnitt 1980-89	Durchschnitt 1990-99	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	
13 710	15 718	17 999	19 230	19 490	19 580	19 880	20 110	20 330	20 510	21 020	21 370	21 880	22 340	Australien
7 553	7 571	7 979	8 110	8 130	8 030	8 050	8 140	8 230	8 280	8 300	8 330	8 360	8 380	Österreich
9 764	9 873	10 117	10 250	10 280	10 320	10 370	10 400	10 430	10 540	10 580	10 690	10 810	10 850	Belgien
22 926	25 792	29 161	30 770	31 080	31 490	31 710	32 040	32 380	32 730	33 090	33 390	34 020	34 109	Kanada
5 039	5 120	5 225	5 340	5 360	5 380	5 400	5 410	5 430	5 450	5 480	5 510	5 530	5 560	Dänemark
4 692	4 881	5 092	5 180	5 200	5 210	5 210	5 240	5 260	5 260	5 300	5 330	5 330	5 330	Finnland
52 405	55 153	57 887	58 890	59 190	59 440	59 770	62 000	60 740	63 400	61 700	62 280	64 490	64 670	Frankreich
61 510	61 417	79 616	82 210	82 310	82 500	82 500	82 490	82 490	82 440	82 260	82 140	81 840	81 760	Deutschland
..	..	10 505	10 920	10 960	10 950	11 020	11 040	11 090	11 110	11 180	11 240	11 260	11 280	Griechenland ^a
3 247	3 504	3 606	3 790	3 840	3 880	4 000	4 000	4 000	4 240	4 340	4 340	4 460	4 470	Irland
54 381	56 334	56 806	57 190	57 350	57 920	57 480	57 550	58 530	58 750	58 880	59 340	60 260	60 600	Italien
110 721	120 437	125 267	126 930	127 210	127 440	127 620	127 720	127 610	127 740	127 750	127 660	127 490	127 390	Japan
..	..	46 455	47 270	47 340	47 640	48 390	48 580	48 140	48 300	48 460	48 610	48 750	48 870	Korea ^a
..	372	409	440	440	440	450	450	450	460	460	490	490	500	Luxemburg ^a
13 583	14 484	15 398	15 930	15 990	16 140	16 250	16 290	16 340	16 360	16 400	16 480	16 580	16 650	Niederlande
3 018	3 247	3 623	3 830	3 850	3 940	4 010	4 060	4 090	4 170	4 220	4 270	4 350	4 390	Neuseeland
3 987	4 153	4 348	4 490	4 510	4 550	4 570	4 610	4 640	4 680	4 740	4 800	4 860	4 920	Norwegen
..	9 950	9 940	10 260	10 340	10 340	10 340	10 340	10 340	10 340	10 340	10 340	10 340	10 340	Portugal ^a
..	38 271	39 182	39 930	40 270	41 180	42 710	43 200	43 210	44 710	45 200	46 160	46 750	47 020	Spanien ^a
8 179	8 368	8 758	8 870	8 900	8 940	8 980	9 010	9 050	9 110	9 180	9 260	9 350	9 420	Schweden
6 364	6 532	6 980	7 180	7 230	7 320	7 320	7 360	7 450	7 500	7 590	7 700	7 780	7 866	Schweiz
56 106	56 696	58 417	58 660	58 790	58 980	59 200	60 000	60 000	60 200	60 580	60 970	60 970	60 970	Ver. Königreich
215 027	237 483	261 377	275 370	285 020	288 210	291 050	293 910	296 410	299 400	301 620	304 060	307 010	309 050	Ver. Staaten
(652 212)	(745 356)	864 147	891 040	903 080	909 820	916 280	923 950	926 640	935 680	938 670	944 760	952 960	956 735	DAC INSGESAMT
(276 459)	(331 994)	368 937	375 970	377 350	379 650	381 730	385 560	385 590	390 650	390 180	392 900	396 820	397 800	davon: DAC-EU-Mitglieder

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514722>

Tabelle B.10. Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber^a
 (2009 = 100)

	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002
Australien	14.81	30.31	42.36	38.81	61.31	62.42	53.20	49.26	53.42
Österreich	10.49	22.43	38.81	30.47	62.81	83.00	57.30	56.79	60.65
Belgien	13.35	27.35	45.17	29.30	59.95	77.67	55.20	54.76	58.78
Kanada	19.73	31.46	41.29	47.69	67.80	63.10	63.27	61.36	61.18
Dänemark	11.17	24.46	37.60	28.88	59.68	71.19	54.38	54.17	58.49
Finnland	12.73	27.02	42.48	38.44	82.38	80.25	59.13	59.27	63.12
Frankreich	13.67	27.21	44.51	32.39	63.19	75.30	55.47	54.97	59.23
Deutschland	13.58	27.41	45.16	32.78	67.29	87.80	59.89	58.90	62.87
Griechenland	10.79	18.36	29.76	24.89	47.98	62.97	51.25	50.76	55.23
Irland	11.14	18.95	34.74	29.96	55.19	61.64	56.27	57.70	63.48
Italien	11.16	19.22	32.73	28.49	63.51	59.24	52.56	52.59	57.15
Japan	11.61	22.76	38.93	40.20	70.64	113.36	95.84	83.99	80.25
Korea	..	..	..	51.44	86.07	115.66	90.24	82.12	87.44
Luxemburg	12.26	22.59	38.93	26.17	50.98	68.51	49.92	48.55	52.16
Niederlande	11.31	25.06	42.88	30.04	56.79	72.05	54.31	55.47	60.61
Neuseeland	13.61	23.11	40.19	34.78	64.24	76.64	56.74	54.70	60.96
Norwegen	11.44	23.07	36.11	30.90	51.98	54.77	51.71	51.45	56.92
Portugal	10.59	20.35	26.92	21.26	46.80	64.93	52.69	53.03	57.90
Spanien	8.36	18.08	33.28	24.13	57.46	61.09	48.62	49.23	54.04
Schweden	18.73	35.98	57.70	42.41	85.94	86.09	70.59	63.95	69.06
Schweiz	8.27	20.49	35.29	29.65	61.45	81.11	58.00	58.50	63.69
Ver. Königreich	13.20	22.64	47.60	36.59	67.81	71.42	77.04	74.86	80.40
Ver. Staaten	22.18	30.62	43.56	56.17	65.87	74.38	80.87	82.70	84.04
DAC INSGESAMT	16.46	27.49	42.82	39.77	65.66	80.69	69.16	66.09	68.75
EU-Institutionen	12.81	22.00	36.13	29.09	59.74	72.78	55.21	54.98	59.34

a) Einschl. des Effekts von Wechselkursänderungen, d.h. nur auf die Zahlen in US-Dollar anwendbar.

Tabelle B.10. (Forts.) Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber^a
 (2009 = 100)

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	
65.31	77.15	83.42	86.78	100.29	105.17	100.00	124.33	Australien
73.57	82.03	83.52	86.15	95.82	102.51	100.00	96.54	Österreich
71.85	80.75	82.70	85.44	95.35	102.42	100.00	96.51	Belgien
70.85	78.67	87.27	95.72	104.29	108.40	100.00	113.82	Kanada
71.28	80.11	82.30	84.80	94.39	103.01	100.00	97.82	Dänemark
75.23	83.14	83.47	85.21	95.61	102.56	100.00	96.79	Finnland
72.34	80.80	82.47	85.29	95.32	103.04	100.00	95.51	Frankreich
76.25	84.66	85.25	86.42	95.98	102.15	100.00	95.87	Deutschland
68.81	77.94	80.18	83.46	93.74	102.25	100.00	98.25	Griechenland
78.23	87.73	89.95	94.25	103.90	107.91	100.00	93.54	Irland
70.64	79.73	81.40	83.72	93.65	101.40	100.00	95.77	Italien
85.30	90.47	87.74	82.24	80.67	91.08	100.00	104.46	Japan
95.14	101.92	114.71	123.26	128.85	111.02	100.00	113.80	Korea
66.31	74.23	77.68	83.72	94.66	103.95	100.00	96.57	Luxemburg
74.24	82.23	84.26	86.60	96.20	103.74	100.00	96.66	Niederlande
77.77	92.33	100.29	94.64	111.60	108.85	100.00	118.66	Neuseeland
66.11	73.12	83.12	90.57	101.55	114.63	100.00	108.24	Norwegen
71.50	80.56	82.62	85.76	96.17	103.33	100.00	96.16	Portugal
67.47	77.18	80.51	84.66	95.42	102.96	100.00	95.47	Spanien
84.47	93.64	92.89	95.71	107.18	112.15	100.00	107.13	Schweden
74.45	81.04	80.92	82.11	87.90	98.57	100.00	104.08	Schweiz
90.19	103.77	105.03	109.57	122.71	114.24	100.00	102.14	Ver. Königreich
85.85	88.28	91.23	94.20	96.97	99.09	100.00	101.01	Ver. Staaten
78.57	85.95	88.19	90.40	97.76	102.82	100.00	100.95	DAC INSGESAMT
72.70	81.43	83.04	85.48	95.43	102.58	100.00	95.86	EU-Institutionen

 StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514741>

Tabelle B.11. Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder

1 US-\$ =		1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002
Australien	Dollar	0.8980	0.7597	0.8771	1.4317	1.2818	1.3496	1.7265	1.9354	1.8413
Österreich	Euro	1.8799	1.2660	0.9404	1.5033	0.8262	0.7328	1.0851	1.1166	1.0611
Belgien	Euro	1.2309	0.9119	0.7252	1.4732	0.8285	0.7312	1.0851	1.1166	1.0611
Kanada	Dollar	1.0442	1.0170	1.1694	1.3659	1.1671	1.3725	1.4851	1.5484	1.5700
Dänemark	Krone	7.4995	5.7413	5.6358	10.5945	6.1864	5.6037	8.0880	8.3208	7.8843
Finnland	Euro	0.7083	0.6171	0.6256	1.0421	0.6429	0.7345	1.0851	1.1166	1.0611
Frankreich	Euro	0.8429	0.6536	0.6443	1.3696	0.8302	0.7608	1.0851	1.1166	1.0611
Deutschland	Euro	1.8644	1.2579	0.9291	1.5051	0.8262	0.7327	1.0851	1.1166	1.0611
Griechenland	Euro	0.0880	0.0940	0.1251	0.4052	0.4643	0.6796	1.0725	1.1166	1.0611
Irland	Euro	0.5300	0.5737	0.6180	1.2008	0.7678	0.7930	1.0851	1.1166	1.0611
Italien	Euro	0.3239	0.3371	0.4423	0.9861	0.6189	0.8413	1.0851	1.1166	1.0611
Japan	Yen	358.2	296.8	226.7	238.6	144.8	94.1	107.8	121.5	125.2
Korea	Won	310.8	484.0	607.4	870.9	708.0	771.4	1130.6	1290.4	1251.0
Luxemburg	Euro	1.2309	0.9119	0.7252	1.4732	0.8285	0.7312	1.0851	1.1166	1.0611
Niederlande	Euro	1.6411	1.1481	0.9020	1.5076	0.8262	0.7285	1.0851	1.1166	1.0611
Neuseeland	Dollar	0.8971	0.8259	1.0272	2.0256	1.6779	1.5240	2.2047	2.3817	2.1633
Norwegen	Krone	7.1471	5.2233	4.9369	8.5938	6.2583	6.3372	8.7967	8.9930	7.9856
Portugal	Euro	0.1426	0.1271	0.2494	0.8476	0.7098	0.7479	1.0851	1.1166	1.0611
Spanien	Euro	0.4209	0.3450	0.4311	1.0221	0.6127	0.7494	1.0851	1.1166	1.0611
Schweden	Krone	5.1862	4.1506	4.2292	8.6022	5.9184	7.1336	9.1606	10.3384	9.7210
Schweiz	Franken	4.3106	2.5819	1.6761	2.4574	1.3889	1.1821	1.6879	1.6869	1.5568
Ver. Königreich	Pfund Sterling	0.4174	0.4518	0.4302	0.7793	0.5630	0.6336	0.6606	0.6943	0.6665
EU12	EURO	..	0.7537	0.7182	1.3105	0.7877	0.7652	1.0851	1.1166	1.0611

Tabelle B.11. (Forts.) Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010		1 US-\$ =
1.5415	1.3592	1.3128	1.3279	1.1952	1.2129	1.2800	1.0902	Dollar	Australien
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Österreich
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Belgien
1.4001	1.3011	1.2117	1.1343	1.0743	1.0753	1.1410	1.0302	Dollar	Kanada
6.5766	5.9876	5.9961	5.9430	5.4426	5.1675	5.3465	5.6218	Krone	Dänemark
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Finnland
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Frankreich
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Deutschland
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Griechenland
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Irland
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Italien
115.9	108.1	110.1	116.4	117.8	103.5	93.4	87.8	Yen	Japan
1190.7	1145.2	1024.2	951.8	929.5	1110.1	1273.9	1155.4	Won	Korea
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Luxemburg
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Niederlande
1.7240	1.5090	1.4208	1.5416	1.3609	1.4455	1.5988	1.3876	Dollar	Neuseeland
7.0791	6.7393	6.4414	6.4148	5.8584	5.7073	6.2784	6.0445	Krone	Norwegen
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Portugal
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	Euro	Spanien
8.0781	7.3460	7.4724	7.3733	6.7575	6.6797	7.6322	7.2022	Krone	Schweden
1.3450	1.2427	1.2459	1.2532	1.1998	1.0966	1.0839	1.0427	Franken	Schweiz
0.6124	0.5457	0.5501	0.5434	0.4997	0.5527	0.6402	0.6475	Pfund Sterling	Ver. Königreich
0.8851	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933	0.7181	0.7550	EURO	EU12

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932514760>

Technische Anmerkungen

Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen

Der Erfassungsbereich der im Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit enthaltenen Daten hat sich in den letzten Jahren geändert. Als Hauptpunkte sind dabei festzuhalten:

Änderungen in Bezug auf das Konzept der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) und die Abgrenzung des Bruttonationaleinkommens (BNE).

Die Definition der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ist zwar seit 1972 unverändert geblieben, doch hat sich der Anwendungsbereich dieses Konzepts wegen dessen veränderter Interpretation tendenziell vergrößert. Wichtigste Änderungen: Verwaltungskosten werden als ODA erfasst (seit 1979), der den Ausbildungskosten für Studierende aus Empfängerländern der DAC-Liste entsprechende Anteil der für Bildungssysteme bestimmten Zuschüsse wird als ODA ausgewiesen (1984 erstmals ausdrücklich definiert), und schließlich werden fortan auch öffentliche Unterhaltsleistungen der Geber für Flüchtlinge aus Empfängerländern im ersten Jahr nach deren Ankunft berücksichtigt (diese Praxis ist zwar bereits seit Anfang der achtziger Jahre zulässig, wird jedoch erst seit 1991 auf breiter Basis angewendet).

Eine genaue Quantifizierung der Wirkungen, die aus diesen Änderungen resultieren, ist insofern schwierig, als Veränderungen der Datenerfassungsmethoden und des Erfassungsbereichs aus den statistischen Angaben der DAC-Mitglieder oft nicht ohne weiteres ersichtlich sind. Dabei kann es sich jedoch um sehr hohe Beträge handeln. Zum Beispiel enthielten die von Kanada gemachten Angaben für 1993 erstmals einen Zahlenwert für Flüchtlingshilfe in Kanada. Der hierfür ausgewiesene Betrag (184 Mio. US-\$) entsprach fast 8% der gesamten kanadischen ODA. Die Ende der achtziger Jahre von Australien angegebenen EZ-Leistungen waren Schätzungen zufolge um rd. 12% höher als der Betrag, der sich nach den 15 Jahre zuvor geltenden Berechnungsregeln und -verfahren ergeben hätte.

Zudem hat das Konzept des Nationaleinkommens durch die Einbeziehung neuer Wirtschaftsbereiche und verbesserte Erhebungsmethoden eine Erweiterung erfahren. Das gemeinsam von der OECD und anderen großen internationalen

Organisationen geförderte System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA) von 1993 führte insbesondere zu einer breiteren Abgrenzung des Bruttosozialprodukts (BSP), das in Bruttonationaleinkommen (BNE) umbenannt wurde. Hierdurch wird das ODA/BNE-Verhältnis der Geber in der Regel gesenkt. Das ODA/BNE-Verhältnis Norwegens und Dänemarks verringerte sich Mitte der neunziger Jahre infolge der Umstellung auf das neue SNA um 6-8%. Finnland und Australien verzeichneten in der Folgezeit geringere Rückgänge von 2-4%, während in einigen anderen Ländern kaum Veränderungen festzustellen waren. Die durchschnittliche Verringerung betrug rd. 3%. Alle DAC-Mitglieder wenden nunmehr das neue SNA an.

Berücksichtigte Empfängerländer

Seit 1990 wurden in den in Klammern angegebenen Jahren folgende Länder und Ländergruppen neu in die Liste der ODA-Empfänger aufgenommen: der schwarze Bevölkerungsteil in Südafrika (1991, nunmehr einfach Südafrika), Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan (1992), Armenien, Georgien und Aserbaidschan (1993), Palästinensische Autonomiegebiete (1994), Moldau (1997), Belarus, Libyen und Ukraine (2005), Kosovo (2009).

Im selben Zeitraum wurden folgende Länder und Gebiete aus der Liste der ODA-Empfänger gestrichen: Portugal (1991), Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Réunion und St. Pierre und Miquelon (1992), Griechenland (1994), Bahamas, Brunei, Katar, Kuwait, Singapur und Vereinigte Arabische Emirate (1996), Bermuda, Chinesisch Taipeh, Falkland Inseln, Hongkong (China), Israel, Kaimaninseln und Zypern (1997), Aruba, Britische Jungferninseln, Französisch-Polynesien, Gibraltar, Korea, Libyen, Macau, Neukaledonien, Niederländische Antillen und die Nördlichen Marianen (2000), Malta und Slowenien (2003), Bahrain (2005), Turks- und Caicosinseln sowie Saudi-Arabien (2008).

Von 1993 bis 2004 wurden mehrere Transformationsländer Mittel- und Osteuropas und die Neuen Unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion in einem separaten Verzeichnis von Empfängern „öffentlicher Hilfe“ geführt. Dieses Verzeichnis wurde jetzt abgeschafft.

Berücksichtigte Geberländer

Spanien und Portugal traten dem DAC 1991, Luxemburg 1992, Griechenland 1999 und Korea 2010 bei. Die von diesen Ländern geleistete öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist heute mit in der DAC-Gesamtsumme enthalten. Die vor dem Beitritt von ihnen erbrachten ODA-Leistungen wurden, soweit datenmäßig verfügbar, den Zahlen für die Vorjahre hinzugerechnet. Die ODA-Gesamtsumme der DAC-Länder hat sich mit jedem neuen Mitglied erhöht, jedoch ist hierdurch das globale Verhältnis ODA/BNE in der Regel zurückgegangen, da die Programme dieser Länder bezogen auf das BNE oft weniger umfangreich sind als die Programme der schon länger zum Kreis der Geber zählenden Länder.

Behandlung des Schuldenerlasses

Der Erlass von Schulden aus ursprünglich nicht bei der ODA miterfassten Krediten wurde früher unterschiedlich behandelt. Bis Ende 1992 konnte der Erlass von Nicht-ODA-Schulden, soweit die ODA-Kriterien erfüllt waren, als ODA notifiziert werden. Von 1990 bis 1992 konnte er zwar weiterhin als Teil der von dem betreffenden Land geleisteten ODA gemeldet werden, doch war er nicht mehr in der DAC-Gesamtsumme berücksichtigt. Die fraglichen Beträge sind nachstehender Tabelle zu entnehmen. Seit 1993 werden Schuldenerlasse bei ursprünglich für militärische Zwecke gewährten Krediten unter „Sonstige öffentliche Leistungen“ verbucht, während der Schuldenerlass bei anderen als ODA erfassten Nicht-ODA-Krediten (hauptsächlich Exportkrediten) entsprechend der bis 1989 geübten Praxis sowohl in den Länderdaten als auch in der ODA-Gesamtsumme für die DAC-Länder enthalten ist.

Der Verzicht auf die Rückzahlung eines ursprünglich als ODA verbuchten ausstehenden Kredits zieht keine neue ODA-Nettoauszahlung nach sich. Statistisch gesehen ist dies insofern von Vorteil, als das Ausbleiben der Tilgungen keine Verringerung der ODA-Nettoauszahlungen zur Folge hat.

Erlassene Nicht-ODA-Schulden^a (in Mio. US-\$)

	1990	1991	1992
Australien	-	-	4.2
Österreich	-	4.2	25.3
Belgien	-	-	30.2
Frankreich	294.0	-	108.5
Deutschland	-	-	620.4
Japan	15.0	6.8	32.0
Niederlande	12.0	-	11.4
Norwegen	-	-	46.8
Schweden	5.0	-	7.1
Ver. Königreich	8.0	17.0	90.4
Ver. Staaten	1 200.0	1 855.0	894.0
DAC INSGESAMT	1 534.0	1 882.9	1 870.2

a) Diese Daten sind in den ODA-Angaben der einzelnen Länder berücksichtigt, in den Tabellen, in denen die Leistungen nach Gebern aufgeschlüsselt sind, werden sie jedoch nicht dem Gesamtbetrag der ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder zugerechnet.

Berichtszeitraum

Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle in dieser Veröffentlichung enthaltenen Daten auf Kalenderjahre.

DAC-Liste der ODA-Empfänger
Laut Angaben über die EZ-Ströme von 2009 und 2010

LDC	Sonstige LIC (Pro-Kopf-BNE, 2007: < 935 US-\$)	LMIC (Pro-Kopf-BNE, 2007: 936 - 3 705 US-\$)	UMIC (Pro-Kopf-BNE, 2007: 3 706 - 11 455 US-\$)
Äquatorialguinea Äthiopien Afghanistan Angola Bangladesch Benin Bhutan Burkina Faso Burundi Dschibuti Eritrea Gambia Guinea Guinea-Bissau Haiti Jemen Kambodscha Kiribati Komoren Kongo, Dem. Rep. Laos Lesotho Liberia Madagaskar Malawi Malediven Mali Mauretanien Mosambik Myanmar Nepal Niger Ruanda Salomonen Sambia Samoa São Tomé und Príncipe Senegal Sierra Leone Somalia Sudan Tansania Timor-Leste Tschad Togo Tuvalu Uganda Vanuatu Zentralafrikan. Rep.	Côte d'Ivoire Ghana Kenia Kirgisistan Korea, Dem. Rep. Nigeria Pakistan Papua-Neuguinea Simbabwe Tadschikistan Usbekistan Vietnam	Ägypten Albanien Algerien Armenien Aserbaidschan Bolivien Bosnien und Herzegowina China Dominikanische Republik Ecuador El Salvador Georgien Guatemala Guyana Honduras Indien Indonesien Iran Irak Jordanien Kamerun Kap Verde Kolumbien Kongo, Rep. Kosovo ³ Marokko Marshallinseln Mazedonien (EJR) Mikronesien Moldau Mongolei Namibia Nicaragua Niue Palästinensische Autonomiegebiete Paraguay Peru Philippinen Sri Lanka Swasiland Syrien Thailand *Tokelau Tonga Tunesien Turkmenistan Ukraine *Wallis und Futuna	*Anguilla Antigua und Barbuda ¹ Argentinien Barbados ² Belarus Belize Botsuana Brasilien Chile Cookinseln Costa Rica Dominica Fidschi Gabun Grenada Jamaika Kasachstan Kroatien Kuba Libanon Libyen Malaysia Mauritius *Mayotte Mexiko Montenegro *Montserrat Nauru Oman ¹ Palau Panama Serbien Seychellen *St. Helena St. Kitts und Nevis St. Lucia St. Vincent und die Grenadinen Südafrika Suriname Trinidad und Tobago ² Türkei Uruguay Venezuela

* Gebiet

- (1) Antigua und Barbuda sowie Oman überschritten 2007 den Schwellenwert für HIC. Gemäß den DAC-Regeln für die Überarbeitung der Liste werden diese beiden Länder in der Liste von 2011 heraufgestuft, wenn sie bis 2010 weiterhin zu den HIC zählen.
- (2) Barbados sowie Trinidad und Tobago überschritten 2006 und 2007 den Schwellenwert für HIC. Gemäß den DAC-Regeln für die Überarbeitung der Liste werden diese beiden Länder in der Liste von 2011 heraufgestuft, wenn sie bis 2010 weiterhin zu den HIC zählen.
- (3) Dies impliziert keine Rechtsauffassung der OECD hinsichtlich des Status des Kosovo.



Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe und Konzepte

(QUERVERWEISE SIND IN GROSSBUCHSTABEN ANGEZEIGT)

AUFGESCHLÜSSELTES MONITORING: Bedeutet, dass Ergebnisse aus statistischen Beobachtungen nach Geschlecht, Region des jeweiligen Landes, ethnischen und sozialen Gruppen unterteilt werden.

AUSZAHLUNG: Die Mittelvergabe an bzw. der Kauf von Gütern oder Dienstleistungen für einen Empfänger; im weiteren Sinne der hierfür ausgegebene Betrag. Als Auszahlungen werden erfasst der effektive internationale Transfer von Finanzmitteln bzw. von Gütern oder Dienstleistungen, bewertet zu den dem Geber entstehenden Kosten. Bei im Geberland durchgeführten Aktivitäten, wie z.B. Ausbildungs- und Verwaltungsprogrammen oder Programmen der Öffentlichkeitsarbeit, gilt die Auszahlung als erfolgt, wenn die Mittel an den Dienstleistungserbringer oder den Empfänger transferiert wurden. Sie können als **Bruttobetrag** (innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag) oder als Nettobetrag (Bruttobetrag abzüglich etwaiger Tilgungszahlungen auf die Kapitalsumme des DARLEHENS oder Rückführungen erhaltener Zuschüsse während desselben Zeitraums) ausgewiesen werden.

(NOCH) AUSZUAHLENDE MITTEL: Bezeichnung für zugesagte, aber noch nicht ausgezahlte Beträge (siehe ZUSAGE, AUSZAHLUNG).

BILATERAL: Siehe EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN.

DAC-LISTE DER EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE: Der ENTWICKLUNGSAUSSCHUSS (DAC) der OECD verwendet für statistische Zwecke eine Liste der Empfänger von Leistungen der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (ODA), die alle drei Jahre aktualisiert wird. Einzelheiten zu den Änderungen, die die Liste in jüngster Zeit erfahren hat, sind den „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“ zu entnehmen. Die Liste gliedert sich ab 1. Januar 2008 in folgende Kategorien (der Begriff „Länder“ umfasst auch „Gebiete“):

- **LDC (LEAST DEVELOPED COUNTRIES):** Am wenigsten entwickelte Länder. Von den Vereinten Nationen (VN) eingerichtete Kategorie. Aufgenommen werden nur Länder, die in Bezug auf Volkseinkommen, wirtschaftliche Diversifizierung und Sozialentwicklung bestimmte Schwellenwerte unterschreiten. Die DAC-LISTE DER EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE wird laufend aktualisiert, um allen Veränderungen in der LDC-Gruppe Rechnung zu tragen.
- **SONSTIGE LIC (OTHER LOW INCOME COUNTRIES):** Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe. Diese Gruppe umfasst alle nicht zur LDC-Gruppe zählenden Länder mit einem Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (BNE) von höchstens 935 US-\$ im Jahr 2007 (laut Weltbank-Atlas).
- **LMIC (LOWER MIDDLE-INCOME COUNTRIES):** Länder der mittleren Einkommensgruppe, unterer Bereich. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) zwischen 936 US-\$ und 3 705 US-\$ im Jahr 2007. LDC, die gleichzeitig zu den LMIC gehören, sind ausschließlich als LDC (und nicht als LMIC) aufgeführt.
- **UMIC (UPPER MIDDLE-INCOME COUNTRIES):** Länder der mittleren Einkommensgruppe, oberer Bereich. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) zwischen 3 706 US-\$ und 11 455 US-\$ im Jahr 2007.

Wenn ein Land zur LDC-Gruppe hinzugefügt oder aus ihr entfernt wird, werden die Gesamtsummen für die Einkommensgruppen rückwirkend bereinigt, um die Vergleichbarkeit mit der aktuellen Liste nach und nach zu optimieren.

DARLEHEN: Transfers mit Rückzahlungsverpflichtung. Die DAC-Statistik berücksichtigt lediglich Darlehen mit einer LAUFZEIT von mehr als einem Jahr. Die Daten beziehen sich auf die tatsächlichen Kapitalströme während der gesamten Laufzeit der Darlehen und nicht auf das **Zuschussäquivalent** der Darlehen (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Bei den Angaben über die Nettodarlehensbeträge sind die Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme für frühere Kredite abgezogen (nicht jedoch die Zinszahlungen). Wenn ein Darlehen vollständig getilgt wurde, ist seine Wirkung auf die gesamten NETTOLEISTUNGEN während der Darlehenslaufzeit also gleich null.

EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN: Die Mittelzuflüsse in die Empfängerländer umfassen außer den ODF öffentliche und private EXPORTKREDITE sowie langfristige private Transaktionen (vgl. PRIVATE LEISTUNGEN). Die empfangenen Gesamtleistungen verstehen sich abzüglich der TILGUNGSZAHLUNGEN und der Kapitalrückführungen seitens privater Investoren. Die **bilateralen** Leistungen gehen direkt von einem Geberland an ein Empfängerland. Die **multilateralen** Leistungen laufen über multilaterale Stellen. In den Tabellen zu den insgesamt von den Empfängerländern erhaltenen Leistungen werden die Mittelabflüsse von den multilateralen Stellen in diese Länder ausgewiesen, nicht jedoch die Beiträge, die diese Stellen von den Gebern empfangen.

ENTWICKLUNGSAUSSCHUSS (DAC): Ausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. Eine Beschreibung seiner Ziele und ein Verzeichnis seiner Mitglieder finden sich unter www.oecd.org/dac.

ERKLÄRUNG VON PARIS ÜBER DIE WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Die Paris-Erklärung (2005) – der über 100 Länder beigetreten sind – ist ein praxistauglicher, handlungsorientierter Aktionsplan für die Verbesserung der Qualität der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Entwicklungseffekte bis 2010. Mit ihr wurde eine Reihe spezifischer Umsetzungsmaßnahmen vorgegeben und ein internationales Monitoring-System eingerichtet, das gewährleisten soll, dass Geber und Empfänger einander für ihre Zusagen Rechenschaft schuldig sind, was in internationalen Über-einkommen einzigartig ist. Die 56 PARTNERSCHAFTSGRUNDSÄTZE bauen auf fünf wesentlichen Grundsätzen auf, die die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit steigern sollen:

- **EIGENVERANTWORTUNG:** Die Entwicklungsländer legen selbst ihre Entwicklungsstrategien fest, verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption.
- **PARTNERAUSRICHTUNG:** Die Geberländer erbringen ihre Unterstützung im Einklang mit diesen Zielen und nutzen die lokalen Systeme.
- **HARMONISIERUNG:** Die Geberländer koordinieren ihre Aktionen, vereinfachen die Verfahren und tauschen Informationen aus, um Doppelarbeit zu vermeiden.
- **ERGEBNISORIENTIERUNG:** Das Hauptaugenmerk der Entwicklungsländer wie der Geber liegt auf der Erzielung – und Messung – von Ergebnissen.
- **GEGENSEITIGE RECHENSCHAFTSPFLICHT:** Geber- wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab.

Der **Aktionsplan von Accra** (AAA, 2008), der die Umsetzung der Paris-Erklärung stärken und vertiefen soll, stellt eine Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte dar und macht Vorgaben für die Beschleunigung der Anstrengungen zur Verwirklichung der für 2010 gesetzten Ziele. Der AAA ist das Ergebnis einer beispiellosen Allianz von über 80 Entwicklungsländern, DAC-Gebern, etwa 3 000 zivilgesellschaftlichen Organisationen, aufstrebenden Volkswirtschaften, Organisationen der Vereinten Nationen und sonstigen multilateralen Einrichtungen sowie globalen Fonds.

EXPORTKREDITE: DARLEHEN für Außenhandelszwecke, die nicht durch ein negoziierbares Instrument verkörpert werden. Sie können vom öffentlichen oder vom privaten Sektor vergeben werden. Im letztgenannten Fall können sie durch öffentliche Bürgschaften abgesichert werden.

FÄLLIGKEIT (auch: **LAUFZEIT**): Fälligkeitstermin für die endgültige Rückzahlung des DARLEHENS; im weiteren Sinne die Darlehenslaufzeit.

FORDERUNG: Anspruch eines Gläubigers auf Rückzahlung seines DARLEHENS; im weiteren Sinne das Darlehen selbst bzw. dessen ausstehender Betrag.

FRAGMENTIERUNG DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Umschreibt den Umstand, dass die Entwicklungsleistungen in zu vielen Einzeltranchen von zu vielen Gebern bereitgestellt werden, was zu unnötigen und überhöhten Verwaltungskosten führt und es schwierig macht, die Leistungen dorthin zu lenken, wo sie am meisten benötigt werden.

FREIJAHRE: Siehe ZUSCHUSSELEMENT.

HOCHRANGIGES FORUM ZUR WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Die Formulierung eines Katalogs an Prinzipien für wirksame Entwicklungszusammenarbeit (vgl. ERKLÄRUNG VON PARIS ÜBER DIE WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT) hat ihren Ursprung in der Notwendigkeit, einerseits zu verstehen, warum Entwicklungsleistungen nicht die erhoffte Wirkung bringen, und andererseits die Anstrengungen zur Verwirklichung der ehrgeizigen Millenniumsziele (MDG) zu intensivieren. Diese Prinzipien sind das Resultat kontinuierlicher Anstrengungen zur Verbesserung der Erbringung von Entwicklungsleistungen, die sich in drei große Etappen gliedern: Die hochrangigen Foren zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Rom 2003, Paris 2005 und Accra 2008.

INTENSIVIERUNG DER ANSTRENGUNGEN: Dieser in Bezug auf die ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT verwendete Begriff beinhaltet nicht nur eine Erhöhung der Leistungen, sondern auch eine Verbesserung ihrer Wirkung und Wirksamkeit durch mehrere Maßnahmen: bessere Verteilung der Leistungen entsprechend den Bedürfnissen/Prioritäten des Empfängerlands; Ausdehnung der Leistungen auf Bevölkerungsteile und geografische/thematische Gebiete, die proportional gesehen bisher zu wenig erhielten; breitere Anwendung gewonnener Erkenntnisse zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bereitstellung und Verwaltung von Entwicklungsleistungen; Erfüllung der Zusagen (sowohl in Bezug auf die Höhe der Leistungen als auch die Verbesserung der Mechanismen ihrer Bereitstellung und Verwaltung); größere Anstrengungen zur Überwindung bekannter und erkannter Hindernisse für die EZ-Wirksamkeit.

KURZFRISTIG: Bezieht sich auf DARLEHEN mit einer LAUFZEIT von einem Jahr oder weniger (siehe LANGFRISTIG).

LÄNDERPROGRAMMIERBARE LEISTUNGEN (COUNTRY PROGRAMMABLE AID – CPA): Bezieht sich auf den Teil der ODA, bei dem die Empfängerländer ein großes Mitspracherecht geltend machen bzw. geltend machen können und bei dem die Geber dafür Rechenschaft schuldig sein sollten, dass die Leistungen „programmgemäß“ bereitgestellt werden. In den CPA drückt sich der Umfang der ODA aus, der einer mehrjährigen Planung auf nationaler oder regionaler Ebene unterliegt; sie sind nach dem Ausschlussprinzip definiert als das Bruttogesamtvolumen der ODA nach Abzug aller Leistungen, die:

- naturgemäß nicht vorhersehbar sind (humanitäre Hilfe und Schuldenerlasse),
- nicht mit grenzüberschreitenden Zahlungsströmen verbunden sind (Verwaltungskosten, kalkulatorische Studienplatzkosten, Programme zur Sensibilisierung für Entwicklungsfragen, Forschung und Flüchtlingskosten in den Geberländern),
- nicht Bestandteil zwischenstaatlicher Kooperationsvereinbarungen sind (Nahrungsmittelhilfe und ODA-Leistungen nachgeordneter Gebietskörperschaften, Beiträge zu den Kernhaushalten von NRO, über Dritte erbrachte Leistungen und nicht nach Ländern aufschlüsselbare Leistungen).

In den CPA sind die Kreditrückzahlungen nicht herausgerechnet, da diese bei den Entscheidungen über die Allokation von ODA-Leistungen normalerweise nicht berücksichtigt werden.

LANGFRISTIG: Bezieht sich auf DARLEHEN mit einer ursprünglichen oder verlängerten LAUFZEIT von mehr als einem Jahr (siehe KURZFRISTIG).

LAUFZEIT: Siehe FÄLLIGKEIT.

LIEFERGEBUNDENE ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSLEISTUNGEN: Öffentliche Zuschüsse oder DARLEHEN, bei denen die Beschaffung der betreffenden Güter und Dienstleistungen auf das Geberland oder eine Gruppe von Ländern beschränkt ist, die nicht alle ODA-Empfängerländer einschließt. Bei liefergebundenen Darlehen, Krediten und MISCHFINANZIERUNGEN müssen bestimmte Kriterien hinsichtlich VERGÜNSTIGUNGSGRAD, in Frage kommende Empfängerländer und Entwicklungsnutzen erfüllt sein, um die Verwendung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit für Projekte zu verhindern, die bei privater Finanzierung wirtschaftlich lebensfähig wären, und um sicherzustellen, dass die Empfängerländer den bestmöglichen Gegenwert erhalten.

LIEFERUNGEGBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, bei denen die Beschaffung der so finanzierten Güter und Dienstleistungen vollständig und uneingeschränkt in praktisch allen Ländern erfolgen kann.

MISCHFINANZIERUNG: Kombination von als ZUSCHUSS oder DARLEHEN bereitgestellten Mitteln der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT und beliebigen sonstigen öffentlichen oder privaten Mitteln im Rahmen eines Finanzpakets. Für Mischfinanzierungen gelten in Bezug auf Vergünstigungsgrad, Entwicklungsnutzen und Beschränkungen bezüglich der Empfängerländer die gleichen Kriterien wie für LIEFERGEBUNDENE Entwicklungskredite.

MULTILATERALE STELLEN: In den DAC-Statistiken bezieht sich dieser Begriff auf diejenigen internationalen Institutionen mit staatlicher Mitgliedschaft, deren Aktivitäten ganz oder zu einem wesentlichen Teil dem Ziel der Entwicklung dienen und den Empfängerländern und -gebieten der DAC-Liste gewidmet sind. Zu diesen Institutionen gehören die multilateralen Entwicklungsbanken (z.B. die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken), VN-Einrichtungen sowie regionale Zusammenschlüsse (wie bestimmte Stellen der Europäischen Union und bestimmte arabische Organisationen). Ein Beitrag eines DAC-Mitglieds an eine solche Stelle wird als multilateral eingestuft, wenn er mit anderen Beiträgen zusammengelegt und von der betreffenden Stelle nach eigenem Ermessen ausgezahlt wird. Soweit nicht anders angegeben, werden Kapitalzeichnungen bei multilateralen Entwicklungsbanken auf Hinterlegungsbasis ausgewiesen, d.h. zu dem Betrag und zu dem Datum, an dem das entsprechende Akkreditiv bzw. ein anderes Negoziierungsinstrument hinterlegt wird. Daten auf Kassenbasis, d.h. auf der Basis der Termine und Beträge der Ziehungen der jeweiligen Stelle auf Akkreditive bzw. andere Instrumente, sind nur begrenzt vorhanden.

NETTOLEISTUNGEN: Innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag nach Abzug von Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme während desselben Zeitraums, ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen.

NETTOTRANSFER: In den DAC-Statistiken bezieht sich dies auf NETTOLEISTUNGEN abzüglich Zinszahlungen.

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (ODA): ZUSCHÜSSE oder DARLEHEN an die in der DAC-LISTE DER EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE AUFGEFÜHRTEN LÄNDER UND GEBIETE sowie multilaterale Entwicklungsstellen, die vom öffentlichen Sektor zu vergünstigten Bedingungen (d.h. mit einem Zuschusselement von mindestens 25%) vergeben werden, und in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung des Lebensstandards von Entwicklungsländern dienen. Neben den finanziellen Leistungen umfasst die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auch die TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT. Zuschüsse, Darlehen und Kredite für militärische Zwecke werden nicht berücksichtigt. Zur Behandlung des Schuldenerlasses bei ursprünglich für militärische Zwecke gewährten Darlehen vgl. die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“ in Anhang B.

ÖFFENTLICHE MITTEL ZUR ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF): Messgröße für Mittelzuflüsse in die Empfängerländer. Sie umfasst a) bilaterale ODA, b) ZUSCHÜSSE und Entwicklungskredite der multilateralen Finanzinstitute zu vergünstigten und zu marktüblichen Bedingungen sowie c) jene SONSTIGEN ÖFFENTLICHEN LEISTUNGEN, die Entwicklungszwecken dienen (einschl. Refinanzierungsdarlehen), wegen ihres zu geringen ZUSCHUSSELEMENTS aber nicht als ODA gelten können.

OFFSHORE-BANKZENTREN: Länder oder Gebiete, deren Finanzinstitute ihre Geschäfte hauptsächlich mit Gebietsfremden abwickeln.

PARTNERLAND: Bezeichnet die Länder, die von anderen Ländern erbrachte Leistungen nutzen, um ihre eigene Entwicklung zu finanzieren.

PARTNERSCHAFTSGRUNDSÄTZE: Siehe ERKLÄRUNG VON PARIS ÜBER DIE WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.

PRIVATE LEISTUNGEN: Hierbei handelt es sich um Leistungen, die vom privaten Sektor zu Marktkonditionen erbracht werden (d.h. Bestandsveränderung bei den privaten LANGFRISTIGEN Aktiva im Besitz von Gebietsansässigen des Berichtslands) sowie um private Zuschüsse (d.h. Zuschüsse von Nichtregierungsorganisationen und anderen privaten Einrichtungen, abzüglich der vom öffentlichen Sektor empfangenen Subventionen). Liegt bei der Datenübersicht das Schwergewicht auf den vom Empfängerland erhaltenen Finanzmitteln, so werden die Leistungen zu marktüblichen Bedingungen wie folgt aufgeschlüsselt:

- **DIREKTINVESTITIONEN:** Investitionen zum Erwerb bzw. zur Vergrößerung einer dauerhaften Beteiligung an einem Unternehmen in einem Land der DAC-LISTE DER ODA-EMPFÄNGER. Eine „dauerhafte Beteiligung“ setzt eine seit langem bestehende Beziehung voraus, bei der der Direktinvestor einen beträchtlichen Einfluss auf die Unternehmensführung ausübt, der sich in einer Aktienbeteiligung von mindestens 10% oder entsprechenden Stimmrechten und Kontrollmöglichkeiten niederschlägt. Sie werden faktisch als die Veränderung des Nettovermögens einer Tochtergesellschaft in einem Empfängerland für die Muttergesellschaft ausgewiesen, wie sie aus den Buchhaltungsunterlagen letzterer hervorgeht.
- **INTERNATIONALE BANKAUSLEIHUNGEN:** Die Nettoausleihungen an Länder der DAC-LISTE DER EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE durch Banken mit Sitz in den OECD-Ländern, mit Ausnahme der DARLEHEN von zentralen Währungsbehörden. Garantierte Bankkredite und Schuldverschreibungen sind hier unter sonstige private Leistungen oder Obligationsanleihen (siehe nachstehend) erfasst.
- **OBLIGATIONSANLEIHEN:** Nettobetrag der vollständig gezeichneten internationalen Anleihen von Ländern der DAC-LISTE DER ODA-EMPFÄNGER.
- **SONSTIGE PRIVATE LEISTUNGEN:** Im Wesentlichen die erfassten Bestände an von Unternehmen in den DAC-Empfängerländern emittierten Aktien.

Liegt bei den Datenübersichten das Schwergewicht auf den Mittelabflüssen aus den Geberländern, so werden die übrigen, nicht zu den Direktinvestitionen zählenden privaten Leistungen auf Kredite mit einer Laufzeit von über einem Jahr beschränkt und gewöhnlich wie folgt aufgegliedert:

- **PRIVATE EXPORTKREDITE:** Siehe EXPORTKREDITE.
- **WERTPAPIERE MULTILATERALER STELLEN:** Hierunter fallen die Transaktionen des privaten Nichtbanken- und Bankensektors mit von multilateralen Stellen ausgegebenen Anleihen und Obligationen.

RECHNERISCH ERMITTELTE MULTILATERALE LEISTUNGEN: Geografische Verteilung der Geberbeiträge an multilaterale Stellen anhand der geografischen Aufschlüsselung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren.

SONSTIGE ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN (OOF): Vom öffentlichen Sektor mit Ländern der DAC-LISTE DER ODA-EMPFÄNGER durchgeführte Transaktionen, die nicht den Kriterien der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT entsprechen, entweder weil sie nicht primär der Entwicklungsförderung dienen oder weil sie ein ZUSCHUSSELEMENT von weniger als 25% aufweisen.

TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT: Umfasst sowohl a) Zuschüsse an Staatsangehörige von Empfängerländern, die von allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen in ihrem Heimatland oder im Ausland profitieren, als auch b) Zahlungen an in den Empfängerländern tätige Berater, Gutachter usw. sowie Lehr- und Verwaltungskräfte (einschl. der Kosten für die entsprechenden Ausrüstungen). Soll eine derartige Hilfe speziell die Umsetzung eines Investitionsvorhabens erleichtern, so wird sie in nicht näher aufgeschlüsselter Form bei den bilateralen Projekt- und Programmausgaben erfasst und bleibt bei den Ausgaben für Technische Zusammenarbeit in den Gesamtleistungsstatistiken unberücksichtigt.

TEILWEISE LIEFERUNGEGBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT zur Finanzierung von Gütern und Dienstleistungen, die entweder im Geberland oder in einer begrenzten Gruppe anderer Länder zu beschaffen sind, zu der jedoch im Wesentlichen alle Empfängerländer zählen müssen. Die teilweise lieferungebundenen Leistungen unterliegen den gleichen Regeln wie LIEFERGEBUNDENE Entwicklungskredite und MISCHFINANZIERUNGEN.

TILGUNG: Rückzahlungen auf den Darlehensbetrag, ohne Zinszahlungen.

UMSCHULDUNG (AUCH: UMSTRUKTURIERUNG DER SCHULD): Jede offizielle Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldern, mit der die ursprünglich festgelegten Tilgungsmodalitäten geändert werden. Dies kann beinhalten: **Schuldenerlass** (Löschung des DARLEHENS) oder **Neutermiinierung**, entweder in Form einer Neufestlegung des Tilgungsplans oder der Gewährung eines neuen Darlehens zur **Refinanzierung**. Vgl. hierzu die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“.

VERGÜNSTIGUNGSGRAD: Eine Messgröße für die „Weichheit“ eines Kredits, die den für den Kreditnehmer entstehenden Vorteil gegenüber einem DARLEHEN zu marktüblichen Konditionen ausdrückt (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Wird technisch ermittelt als Differenz zwischen dem Nominalwert eines LIEFERGEBUNDENEN Entwicklungskredits und dem Gegenwartswert des Schuldendienstes zum Zeitpunkt der AUSZAHLUNG, berechnet zu einem auf die Transaktionswährung angewendeten Abzinsungssatz und ausgedrückt in Prozent des Nominalwerts.

VOLUMEN (reale Beträge): Die in den DAC-Statistiken gemachten Angaben über die Leistungen sind in US-Dollar ausgedrückt. Um eine wirklichkeitsgetreuere Vorstellung von der zeitlichen Entwicklung des Leistungsvolumens zu vermitteln, werden einige Daten zu konstanten Preisen und Wechselkursen für ein bestimmtes Referenzjahr angegeben. Das heißt, es wurde eine Anpassung vorgenommen, um dem Preisauftrieb in der Währung des Geberlandes zwischen dem betreffenden Jahr und dem Referenzjahr sowie den Wechselkursänderungen zwischen der betreffenden Währung und dem US-Dollar während des gleichen Zeitraums Rechnung zu tragen. In Anhang B findet sich eine Tabelle, in der die Konversionsfaktoren (Deflatoren) zusammengefasst sind, mit deren Hilfe alle in jeweiligen US-Dollar genannten Zahlenangaben des DAC in Dollar des Referenzjahrs („konstante Preise“) umgerechnet werden können.

WIRKSAMKEIT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (EZ-WIRKSAMKEIT): Konzept zur Bezeichnung der Anstrengungen der Entwicklungsgemeinschaft zur Verbesserung der Erbringung von Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.

ZUSAGE: Eine durch entsprechende Mittel gedeckte, schriftlich eingegangene feste Verpflichtung seitens eines öffentlichen Gebers, einem Empfängerland oder einer multilateralen Stelle eine genau spezifizierte Hilfe zu gewähren. Bilaterale Zusagen werden in voller Höhe des erwarteten Transfers verbucht, ungeachtet der für die vollständige AUSZAHLUNG erforderlichen Zeit. Zusagen an multilaterale Stellen werden erfasst als die Summe a) der im betreffenden Jahr erfolgten Auszahlungen, die zuvor noch nicht als Zusagen gemeldet wurden, und b) der erwarteten Auszahlungen im folgenden Jahr.

ZUSCHUSSÄHNLICHE LEISTUNGEN: Eine Transaktion, bei der das Geberland formal seinen Rückzahlungsanspruch behält, aber in der Zusage seine Absicht bekundet hat, die Rückzahlungsbeträge im Schuldnerland zu Gunsten dieses Landes zu belassen.

ZUSCHÜSSE: Transfers in Form von Barmitteln, Gütern oder Dienstleistungen, für die keine Rückzahlung gefordert wird.

ZUSCHUSSELEMENT: Bringt die **finanziellen Bedingungen** einer ZUSAGE zum Ausdruck: Zinssatz, FÄLLIGKEIT und Freijahre (Zeit bis zur ersten Rückzahlung auf die Kapitalsumme) und wird zur Messung des Vergünstigungsgrads eines DARLEHENS, d.h. der in Prozent ausgedrückten Differenz zwischen dem Gegenwartswert der erwarteten Gesamtrückzahlungen und den Rückzahlungen, die zu einem vereinbarten Referenzzinssatz erfolgt wären. Der Referenzzins ist in der DAC-Statistik mit 10% angesetzt. Dieser Zinssatz wurde als Näherungswert für Grenzleistungsfähigkeit einer Inlandsinvestition gewählt, d.h. als Anhaltspunkt für die Opportunitätskosten, die dem Geber durch die Bereitstellung der Mittel entstehen. Demzufolge ist das Zuschusselement bei einem Kredit zu einem Zinssatz von 10% gleich null, beträgt bei einem Zuschuss 100% und liegt bei einem Kredit zu einem Zinssatz von weniger als 10% zwischen diesen beiden Werten. Durch Multiplikation des Nennwerts eines Darlehens mit dessen Zuschusselement erhält man das sogenannte **Zuschussäquivalent** dieses Kredits (vgl. VERGÜNSTIGUNGSGRAD). (Anmerkung: Das Konzept des Zuschusselements findet keine Anwendung auf die Transaktionen der multilateralen Entwicklungsbanken. Diese werden stattdessen als vergünstigte Ausleihungen eingestuft, wenn sie ein Zuschusselement enthalten (sogenannte „weiche Kredite“), bzw. als nicht vergünstigte Ausleihungen, falls sie kein Zuschusselement enthalten („harte Kredite“).

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Die OECD ist ein in seiner Art einzigartiges Forum, in dem die Regierungen gemeinsam an der Bewältigung von Herausforderungen der Globalisierung im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich arbeiten. Die OECD steht auch in vorderster Linie bei den Bemühungen um ein besseres Verständnis der neuen Entwicklungen und durch sie ausgelöster Befürchtungen, indem sie Untersuchungen zu Themen wie Corporate Governance, Informationswirtschaft oder Bevölkerungsalterung durchführt. Die Organisation bietet den Regierungen einen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, ihre Politikerfahrungen auszutauschen, nach Lösungsansätzen für gemeinsame Probleme zu suchen, empfehlenswerte Praktiken aufzuzeigen und auf eine Koordinierung nationaler und internationaler Politiken hinzuarbeiten.

Die OECD-Mitgliedstaaten sind: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Europäische Union nimmt an den Arbeiten der OECD teil.

OECD Publishing sorgt dafür, dass die Ergebnisse der statistischen Analysen und der Untersuchungen der Organisation zu wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Themen sowie die von den Mitgliedstaaten vereinbarten Übereinkommen, Leitlinien und Standards weite Verbreitung finden.

Entwicklungszusammenarbeit Bericht 2011

JUBILÄUMSAUSGABE ZUM 50-JÄHRIGEN BESTEHEN

Inhalt

Vorwort

Hillary Rodham Clinton

Zusammenfassung

Einführung: Die Antriebskräfte der künftigen Entwicklungszusammenarbeit

J. Brian Atwood

Teil I. Fünfzig Jahre Entwicklungszusammenarbeit: Was haben wir gelernt?

Kapitel 1 50 Jahre OECD-Entwicklungsausschuss und die Herausforderungen einer sich wandelnden Welt

James Wolfensohn

Kapitel 2 Der wahre Wohlstand der Nationen – Erkenntnisse aus dem *Bericht über die menschliche Entwicklung*

Helen Clark

Kapitel 3 Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit in Afrika: Was wir in den letzten 50 Jahren gelernt haben

Donald Kaberuka

Teil II. Geschlechtergleichstellung, Teilhabe, Menschenrechte und die Umwelt: Was bremst den Fortschritt?

Kapitel 4 Gender und Entwicklung – Engagement in Ergebnisse ummünzen

Michelle Bachelet

Kapitel 5 Amazonien ist nicht Avatar

Hernando de Soto

Kapitel 6 Inklusive Entwicklung: Den Herausforderungen der Zukunft entgegenreten

Sadako Ogata

Kapitel 7 Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung: das richtige Gleichgewicht finden

R. K. Pachauri

Teil III. Neue Herausforderungen, neue Ziele: Welche Zukunft erwartet die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit?

Kapitel 8 Die Zukunft von internationalen Leistungen zu vergünstigten Bedingungen

Richard Manning

Kapitel 9 Die Wiedergeburt der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit

Jean-Michel Severino

Darüber hinaus umfasst dieser Band noch ein Jubiläumskapitel mit dem Titel: „50 Jahre OECD: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit“.

Bitte zitieren Sie diese Publikation wie folgt:

OECD (2012), *Entwicklungszusammenarbeit Bericht 2011: Jubiläumsausgabe zum 50-jährigen Bestehen*, OECD Publishing.

<http://dx.doi.org/10.1787/dcr-2011-de>

Diese Studie ist in der OECD iLibrary veröffentlicht, die alle Bücher, periodisch erscheinenden Publikationen und statistischen Datenbanken der OECD enthält: www.oecd-ilibrary.org. Wegen näherer Informationen können Sie sich gerne an uns wenden.

2011

OECD publishing
www.oecd.org/publishing

ISBN 978-92-64-09475-8
43 2011 01 5 P



9 789264 094758